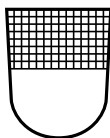


Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates des Kantons Freiburg

Jahr 2004



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2004

Direktion für Erziehung,
Kultur und Sport

Inhaltsverzeichnis

Direktion	5	4. Primarschule, französischsprachiger Kantonsteil	15
1. Gesetzgebung	5	5. Primarschule, Deutschfreiburg	17
2. Allgemeines	5	6. Orientierungsschule, französischsprachiger Kantonsteil	19
3. Interkantonale Zusammenarbeit	6	7. Orientierungsschule, Deutschfreiburg ..	20
		8. Sonderschulunterricht und Schuldienste .	22
		9. Schüler- und Klassenaustausche	24
I. Generalsekretariat	6	V. Sekundarstufe II	25
1. Allgemeines	6	1. Allgemeines	25
2. Streitsachen	7	2. Kollegium St. Michael	27
3. Interkantonale Zusammenarbeit	7	3. Kollegium Heilig Kreuz	29
II. Amt für Ressourcen	8	4. Kollegium Gambach	30
1. Allgemeines	8	5. Kollegium des Südens	33
2. Personal	8	6. Kantonale Diplommittelschule (KDMS) .	34
3. Schulbauten	8	VI. Amt für Universitätsfragen	37
4. Schülertransporte	9	1. Universitätspolitik	37
5. Kostenverteilung bei der obligatorischen Schule	9	2. Lehrerbildung	37
6. Regionales Schulabkommen	9	3. Fachhochschulen	38
III. Kantonale Lehrmittelverwaltung .	9	VII. Hochschule für Gesundheit – Krankenpflegeschule HfG-FR / KPS	39
1. Allgemeines	9	1. Organ	39
2. Tätigkeit	9	2. Ausbildungsprogramme	39
3. Aufsichtskommission	10	3. Zweisprachigkeit	40
4. Personal	10	4. Anzahl Ausbildungsanwärter/innen und Studienanfänger/innen	40
5. Nach aussen	10	5. Veranstaltungen	40
IV. Ämter für obligatorischen Unterricht	11	6. Tätigkeiten der angewandten Forschung und Entwicklung (aF&E) und Dienstleistungen	40
1. Allgemeines	11	7. Informationstätigkeit	41
2. Kindergarten, französischsprachiger Kantonsteil	13	8. Personalausbildung und Schulprojekt ...	41
3. Kindergarten, Deutschfreiburg	14		

VIII. Pädagogische Hochschule (PH) ...	41	6. Naturhistorisches Museum	73
1. Allgemeines	41	7. Schloss Greyerz	74
2. Sektor «Grundausbildung»	42	8. Schweizerisches Zentrum für Forschung und Information zur Glasmalerei in Romont	75
3. Sektor «Pädagogische Beratung, Forschung und Entwicklung»	42		
4. Fachstelle FRI-IKT	45		
IX. Universität	45	XIV. Amt für Archäologie	76
1. Studierende	45	1. Allgemeines	76
2. Zentrale Organe	46	2. Ausgrabungen und Bauuntersuchungen ..	76
3. Professuren	46	3. Prospektion, Sondierungen und Bauüber- wachungen	76
4. Studienorganisation	47	4. Zusammenarbeit mit dem Amt für Kulturgüter	76
5. Finanzen	47	5. Zusammenarbeit mit dem Bau- und Raumplanungsamt (BRPA)	76
6. Räume und Bauten	47	6. Auswertungsarbeiten nach der Grabung: Dokumentation, Restaurierung, Präsentation, Inventar	77
 		7. Weitere Tätigkeiten	79
X. Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung	48		
1. Berufsberatung	48	XV. Amt für Kulturgüter	80
2. Erwachsenenbildung	50	1. Verzeichnis der Kulturgüter	80
 		2. Schutzmassnahmen	80
XI. Ausbildungsbeiträge	50	3. Erhaltung und Restaurierung	80
1. Kommission für Ausbildungsbeiträge ...	50	4. Dokumentation der Kulturgüter	81
2. Stipendien	51	5. Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit .	81
3. Ausbildungsdarlehen	51	6. Kulturgüterschutz bei bewaffneten Konflikten und im Krisenfall	82
 		7. Kommissionen	82
XII. Amt für Sport	52	8. Führung mit Leistungsauftrag	82
1. Kantonale Kommission für Sport und Sporterziehung	52	9. Analyse der Subventionspraxis	82
2. Sporterziehung (Schule)	52		
3. Jugend + Sport	52		
4. Sport-Toto	53		
XIII. Amt für Kultur	54		
1. Kulturförderung	54		
2. Staatsarchiv	56		
3. Kantons- und Universitätsbibliothek ...	59		
4. Konservatorium	67		
5. Museum für Kunst und Geschichte	70		

Direktion

1. Gesetzgebung

1.1 Gesetze und Dekrete

Gesetz vom 12. Oktober 2004 zur Änderung des Gesetzes über den Kindergarten, die Primarschule und die Orientierungsschule (Schulgesetz) (Art. 88 und 94).

Gesetz vom 12. Oktober 2004 zur Änderung des Gesetzes über den Kindergarten, die Primarschule und die Orientierungsschule (Schulgesetz) (Art. 108).

Dekret vom 12. Oktober 2004 zur Änderung des Dekrets über Beiträge an den Bau von Primarschulen und Kindergärten.

Gesetz vom 12. Oktober 2004 zur Änderung des Gesetzes über den Mittelschul- und Sekundarunterricht [Schulbauten].

Dekret vom 15. Dezember 2004 über die Beiträge an den Bau, den Umbau und die Erweiterung von Orientierungsschulen für die Jahre 2004 ff.

1.2 Verordnungen, Beschlüsse und Reglemente

Verordnung vom 20. Januar 2004 zur Änderung der Reglemente über die Ausweise der Sekundarstufe 2.

Verordnung vom 27. Januar 2004 zur Genehmigung der Änderung des Reglements über die Zulassung an die Universität Freiburg.

Verordnung vom 1. März über die Aufnahmekapazität der Sektion Medizin und die Einführung des Eignungstests für das Medizinstudium an der Universität Freiburg im akademischen Jahr 2004/05.

Verordnung vom 27. April 2004 über die Aufnahmekapazität und die Einführung des Eignungstests für das Zahnmedizinstudium an der Universität Freiburg im akademischen Jahr 2004/2005.

Verordnung vom 2. Juni 2004 über die Zulassungsbeschränkung an der Pädagogischen Hochschule für das Schuljahr 2004/05.

Verordnung vom 14. Juni 2004 zur Änderung des Beschlusses über die Einsetzung einer kantonalen Kommission für schulische Betreuung und Integration der Kinder von Migrantinnen und Migranten.

Verordnung vom 23. Juni 2004 zur Übertragung der Zuständigkeiten für den Bau des Weiterbildungszentrums der Universität Freiburg.

Verordnung vom 6. Juli 2004 über die Entschädigung der FR-IKT-Ausbildenden für die Ausbildung der Lehrpersonen und das Informatikmaterial.

Verordnung vom 6. Juli 2004 zur Änderung des Ausführungsreglements zum Gesetz über die Stipendien und Ausbildungsdarlehen.

Reglement vom 6. Juli 2004 für das Lehrpersonal, das der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport untersteht (LPR).

Reglement vom 6. Juli 2004 über die Beförderung im 2. Ausbildungsjahr der Fachangestellten Gesundheit.

Verordnung vom 17. August 2004 über die Berechnung der finanziellen Beteiligungen der Gemeinden an den Kindergarten- und Primarschulkosten.

Verordnung vom 7. September 2004 über das Konservatorium.

Verordnung vom 7. Dezember 2004 über die Einführung von kostenpflichtigen Leistungen des Amtes für Berufsberatung und Erwachsenenbildung.

2. Allgemeines

2.1 Umsetzung SVOG

Die Änderungen in der Struktur der Direktion, die im Rechenschaftsbericht 2003 erläutert wurden, konnten 2004 konsolidiert werden; grundsätzlich sollte dieser Punkt im nächsten Rechenschaftsbericht nicht mehr auftauchen.

2.2 Auswirkungen des Finanzplans 2002-2006 und der weiteren Sparmassnahmen

Bei der Vorbereitung des Schuljahres 2004/05 gab es die gleichen Sparvorgaben wie im Vorjahr. Im Bericht Nr. 146 vom 30. August 2004 über die Finanzperspektiven 2006-2008 und Massnahmen 2004 zur Entlastung der Staatsfinanzen des Kantons Freiburg wurden neue Massnahmen zur Verringerung des angekündigten Stellenzuwachses und weitere Sparmassnahmen angekündigt. Bei den Stellen betreffen die Massnahmen die Überprüfung der Organisation der Schulkreise, die Erhöhung der Mindestschülerzahl bei bestimmten Fächern der Sekundarstufe II, die Stabilisierung des Wachstums der Bestände an der Universität, die Überprüfung der Bestimmungen über die Bestände im Sonderschulunterricht und bei den Schuldiensten sowie die Suche nach Alternativen für die Klassen mit kleinen Beständen bei der Tertiärstufe. Unter den weiteren Sparmassnahmen ist der Gesetzesentwurf für die Beitragsleistung an die Schulbauten und Sporthallen zu erwähnen, der dem Grosse Rat 2005 vorgelegt wird, sowie eine Überprüfung der Aufgaben- und Kostenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden bei den Schülertransporten, die Überprüfung der Kostenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden bei den Schuldiensten. Zunächst hat der Grosse Rat mit der Änderung des Schulgesetzes die Übernahme der AHV-Überbrückungsrenten des Lehrkörpers nach dem gleichen Verteilerschlüssel wie bei den Besoldungen des

Personals der verschiedenen Stufen zwischen Kanton und Gemeinden gutgeheissen. Er hat jedoch die Einführung eines dritten freien Halbtages in den Orientierungsschulen abgelehnt, was Einsparungen von etwa 1,75 Millionen Franken ermöglicht hätte.

2.3 Arbeitsgruppe «interkantonale Zusammenarbeit»

Wie bereits im Rechenschaftsbericht 2003 angekündigt, hat die Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz der EKS-Direktorin dem Staatsrat ihren Bericht vom 28. Januar 2004 über das Inventar und die Intensivierung der interkantonalen Zusammenarbeit vorgelegt. Die Schlussbemerkungen dieses Dokuments wurden im Bericht Nr. 147 vom 24. August 2004 über die Reform- und Restrukturierungsschwerpunkte, die im Finanzplan für die Legislaturperiode 2002-2006 aufgeführt waren, wieder aufgenommen. Nun müssen noch die Aufträge für die Einheiten vorbereitet werden, die diese Empfehlungen umsetzen müssen.

3. Interkantonale Zusammenarbeit

Die Direktorin EKSD nimmt aktiv an den interkantonalen Konferenzen der Bereiche Erziehung, Kultur und Sport teil. Während die Zusammenarbeit, die nur eine Unterrichtsstufe oder ein Amt betrifft (insbesondere das Interkantonale Gymnasium der Region Broye, die Interkantonale Universitätsvereinbarung, die Schweizerische Universitätskonferenz, die Universitätskonferenz der Westschweiz), nachfolgend in den Kapiteln der betroffenen Ämter dargestellt wird, sind die drei folgenden Konferenzen umfassender und werden detailliert hier, im Kapitel der Direktion behandelt.

3.1 Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)

Im Laufe des Jahres 2004 hat die EDK drei ordentliche Vollversammlungen und eine ausserordentliche Sitzung abgehalten. Sie war insbesondere mit den folgenden Themen und Projekten befasst: Masterplan Bund-Kantone 2004-2007 für die Fachhochschulen und die Universitäten, Umsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes, Revision der Bildungsartikel der Verfassung. Die Konferenz hat in den folgende Bereichen Entscheidungen getroffen: Reglement über die Anerkennung von Berufsmaturitätsausweisen für die Zulassung an universitären Hochschulen (Paserelle-Reglement), EDK-Strategie und Arbeitsprogramm für die Koordination des Sprachunterrichts in der obligatorischen Schule, Reglement über die Anerkennung zusätzlicher Ausweise im Unterrichtswesen. Für nähere Angaben sei auf den Tätigkeitsbericht der Konferenz verwiesen.

Die EKS-Direktorin ist Mitglied der Vollversammlung der EDK sowie Mitglied des Vorstands der Konferenz, der zu vier Sitzungen zusammengetreten ist und zahlreiche Entscheide auf dem Zirkularweg getroffen hat.

3.2 Conférence intercantonale de l'instruction publique de la Suisse romande et du Tessin (CIIP)

Im Laufe des Jahres 2004 ist die CIIP zu sechs Sitzungen zusammengetroffen. Sie war insbesondere mit den folgen-

den Themen und Projekten befasst: Westschweizer Rahmenlehrplan (PECARO), Aufgaben des Institut de recherche et de documentation pédagogique (IRDP), Rolle der Delegation für französische Sprache, Prioritäten der Konferenz für die Jahre 2005-2008, Evaluation der Schülerarbeit in der obligatorischen Schule. Die Konferenz hat insbesondere in den folgenden Bereichen Entscheidungen getroffen: Übermittlung des Dossiers «Haute Ecole de musique de Suisse romande (HEMSR)» an den Strategischen Ausschuss FH der Westschweiz im Hinblick auf die Schaffung eines Bereichs «Musik» in dieser Schule, interkantonale Verwaltungsvereinbarung über Lehrmittel und didaktische Ressourcen. Für nähere Angaben sei auf den Tätigkeitsbericht der Konferenz verwiesen. Im Übrigen waltet die CIIP seit September 2004 teilweise auch als Politischer Rat der Conférence universitaire de Suisse occidentale (CUSO).

Die EKS-Direktorin ist Mitglied und Vizepräsidentin der Vollversammlung der CIIP.

3.3 Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (NWEDK)

Im Verlauf des Jahres 2004 hat die NWEDK drei Sitzungen abgehalten. Sie war insbesondere mit den folgenden Themen und Projekten befasst: Netz «Sprachförderung in mehrsprachigen Schulen mit einem starken Anteil Migrantenkinder», Benchmarking auf Sekundarstufe II. Die Konferenz hat insbesondere in den folgenden Bereichen Entscheidungen getroffen: Kompetenzzentrum für die externe Evaluation der Schulen der Sekundarstufe II, Regionales Schulabkommen. Für nähere Angaben sei auf den Tätigkeitsbericht der Konferenz verwiesen. Für bestimmte Themen, die den gesamten deutschsprachigen Teil des Landes betreffen, kommen die drei deutschsprachigen Konferenzen in der D-EDK zusammen.

Die EKS-Direktorin war bis zum 31. Dezember 2004 Präsidentin der NWEDK.

I. Generalsekretariat

1. Allgemeines

Die vier Hauptaufgaben des Generalsekretariats der EKSD umfassen die strategische Unterstützung und das Controlling, die juristische Beratung und die Regelung von Streitigkeiten, die Finanzen und die Ausrüstung sowie das Sekretariat und die Übersetzung. Im Kontext dieser Organisation haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Generalsekretariats ihre Stabsdienstaufgaben im Laufe des Jahres 2004 für die EKS-Direktorin wahrgenommen und zudem ihren Beitrag an die Arbeit der Verwaltungseinheiten der Direktion in Form von schriftlichen Dokumenten, Teilnahme an Projekten und Sitzungen geleistet (zum Beispiel Vorsitz an der wöchentlichen Konferenz der Vorsteher der Ämter für Unterricht) und von Konferenzen über verschie-

dene Themen (juristische Aspekte des Lehrberufs, Berufsverantwortung des Lehrkörpers und des Kaderpersonals der Schule, Betriebsgrundsätze der öffentlichen Verwaltung im Bereich des Unterrichtswesens, interkantonale Zusammenarbeit). 2004 war das Generalsekretariat mit der Revision des Schulgesetzes und des Ausführungsreglements zum Schulgesetz beschäftigt. Als weitere Beispiele der Zusammenarbeit mit anderen Direktionen seien insbesondere erwähnt: die Teilnahme am Begleitausschuss NIGEFI, an der Subventionskommission, an der Controlling-Gruppe FLA, an der Arbeitsgruppe für das Informationsgesetz, an der Planung der Umsetzung der neuen Verfassung, an der Arbeitsgruppe FRI-INFO, an der kantonalen Konferenz für das öffentliche Beschaffungswesen und an der Gruppe der Kontaktpersonen für Datenschutz.

2. Streitsachen

Bezüglich Streitsachen im schulischen Bereich (Beschwerden gegen Entscheide der Inspektorinnen und Inspektoren, der Schuldirektorinnen und Schuldirektoren oder der Maturitätsprüfungskommissionen, für die die Direktion hierarchische Beschwerdebehörde ist) sind im Jahr 2004 bei der Direktion 36 Beschwerden eingegangen (26 betrafen den französischsprachigen und 10 den deutschsprachigen Unterricht). 2 Beschwerden werden noch untersucht, 2 wurden als unzulässig, 1 als gegenstandslos erklärt, 2 wurden vor dem abschliessenden Entscheid zurückgezogen, 2 wurden gutgeheissen und 27 abgewiesen.

3. Interkantonale Zusammenarbeit

Das Generalsekretariat der EKSD bereitet die Dossiers der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport für ihre verschiedenen Sitzungen im Rahmen der EDK und der CIIP vor. Im Weiteren vertritt es selber die Direktion in verschiedenen Kontexten.

3.1 Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)

Der Generalsekretär ist Mitglied der Generalsekretärenkonferenz (3 Sitzungen), der Generalsekretärenkommission und des Finanzausschusses (6 Sitzungen); er ist Vizepräsident der Kommission für die Anerkennung der Hochschuldiplome für Lehrerinnen und Lehrer der Kindergarten- und Primarstufe (5 Plenarsitzungen und 2 Expertisen). Ausserdem hat er einer Delegation aus Mazedonien die Politik für den Sprachunterricht in der Schweiz vorgestellt.

3.2 Conférence intercantonale de l'instruction publique de la Suisse romande et du Tessin (CIIP)

Der Generalsekretär ist Mitglied der Generalsekretärenkonferenz (7 Sitzungen) und des Konferenzbüros (5 Sitzungen).

3.3 Netzwerk des Bundesamts für Statistik (BFS) der Kontaktpersonen für die Statistik der öffentlichen Bildungsausgaben

Der Generalsekretär nimmt an den Sitzungen des BFS im Bereich Statistik der öffentlichen Bildungsausgaben teil und wird punktuell zu besonderen Fragen des BFS befragt.

Die juristische Beraterin wurde bis Anfang 2004 zur Mitarbeit in der juristischen Unterkommission der FH-GS aufgeboten.

II. Amt für Ressourcen

1. Allgemeines

Das Reglement vom 20. August 1991 über die besonderen Bestimmungen für das Lehrpersonal, das der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport untersteht (SGF 415.0.11), wurde aufgehoben und ersetzt durch das Reglement vom 6. Juli 2004 über das Lehrpersonal, das der EKSD untersteht (LPR); letzteres trat am 1. September 2004 in Kraft. Neben den Änderungen in Zusammenhang mit dem Gesetz und dem Reglement für das Staatspersonal wurden die Aufgaben des Lehrpersonals, die Arbeitszeit und die Praktiken des Personalmanagements neu festgelegt.

Im Anschluss an den Bericht der Kommission für die Beurteilung der Einreihung der Funktionen gab es auch bei der Einreihung bestimmter Kategorien von Lehrpersonen ab 1. September 2004 Änderungen, insbesondere bei der Orientierungsschule.

2. Personal

Zum Schuljahresbeginn 2004/05 wurden 1000 Arbeitsverträge erstellt. Dabei ging es einerseits um Neuanstellungen und andererseits um eine Vertragsverlängerung oder einen Stellenwechsel beziehungsweise eine Veränderung des Beschäftigungsgrads.

2.1 Lehrpersonen nach Stufen

	Anzahl Personen	Vollzeit- entsprechungen
Kindergarten	342	227
Primarschule	1 787	1 249
Orientierungsschule	1 122	800
Sekundarstufe II	534	374
Pädagogische Hochschule	123	48
Krankenpflegeschule	91	71
Total	3 999	2 769

2.2 Lehrpersonen in Kindergarten, Primar- und Orientierungsschule nach Sprache und Geschlecht

	französischsprachig		deutschsprachig		% Frauen
	M	F	M	F	
Kindergarten	0	237	0	105	100 %
Primarschule	288	974	85	440	79 %
Orientierungsschule	359	383	186	194	51 %
Sekundarstufe II	225	156	76	77	44 %

2.3 Beschäftigungssituation

Ende Schuljahr 2003/04 wurden auf Kindergartenstufe 6 Rücktritte registriert (davon 1 aus Altersgründen), auf Primarstufe 58 (16 aus Altersgründen), auf Orientierungsstufe 67 (20 aus Altersgründen); auf Sekundarstufe II 28 (12 aus Altersgründen).

44 Personen wurden für die Kindergartenstufe angestellt, davon 12 mit einem vollen Pensum; 223 in der Primarstu-

fe, davon 37 mit einem vollen Pensum; 158 in der Orientierungsschule, davon 19 mit einem vollen Pensum, und 49 in den Schulen der Sekundarstufe II, davon 1 mit einem vollen Pensum.

Es gibt Schwierigkeiten bei der Rekrutierung diplomierter Lehrpersonen; dies betrifft ganz besonders auf die Orientierungsschule zu. Auf dieser Stufe hat nur eine von vier Stellenbewerberinnen und Stellenbewerbern das erforderliche Diplom. Bereits seit ein paar Jahren muss auf Lehramts-Studierende zurückgegriffen werden, die jeweils in einem Teilpensum für ein Schuljahr angestellt werden, damit alle Stellen besetzt werden können. Das Gleiche ist bei bestimmten Fächern der Sekundarstufe II der Fall.

2.4 2003/04 angestellte Sekundarlehrer/innen

	französischsprachig		deutschsprachig		Total
	diplomiert	nicht dipl.	diplomiert	nicht dipl.	
Orientierungsschule	52	46	35	25	158
Sekundarstufe II	20	15	7	7	49

3. Schulbauten

3.1 Primarstufe

Die Kommission für Schulbauten ist zu sechs Sitzungen zusammen gekommen und hat 27 Dossiers behandelt.

Neu- und Umbauten von Schulgebäuden wurden oder werden in den folgenden Gemeinden realisiert: Le Flon, Le Glèbe, Marly, Marsens, Mézières, Murten, Ponthaux, Schmitten, Semsales, St. Ursen, Tafers, Vaulruz und Vuisternens-devant-Romont.

Parallelstudien wurden in Cottens, Kerzers und Villaz-St-Pierre durchgeführt. In den Gemeinden Charmey, Chérens, Cressier, Ménières und Rossens wird ein Umbau oder eine Erweiterung des Schulhauses geprüft.

Die Gemeinde Villars-sur-Glâne plant den Bau eines Schulkomplexes für die Schülerinnen und Schüler des neuen Cormanon-Quartiers.

Sporthallen werden in Cugy, La Brillaz, Le Glèbe, Romont und Ursy gebaut.

Der Staat hat Beiträge in der Höhe von 3 300 000 Franken für Primarschulbauten ausbezahlt.

3.2 Orientierungsstufe

Der Grosse Rat hat am 15. Dezember 2004 das Dekret über den Bau der OS Avry und Umbau und Erweiterung der OS Marly und Wünnewil-Flamatt gutgeheissen.

Der OS-Verband Saane-Land und Haut Lac hat zu Schuljahresbeginn 2004/05 in Avry provisorische Pavillons aufgestellt. Der Baubeginn für die OS ist für Frühling 2005 geplant. Die Erweiterung und der Umbau der OS Marly haben begonnen.

Der OS-Verband Region Broye plant die Erweiterung der OS Estavayer-le-Lac und Domdidier, um die wachsende Anzahl Schülerinnen und Schüler aufnehmen zu können.

Die Studien zur Erweiterung der OS Wünnewil-Flamatt sind abgeschlossen. Baubeginn ist im nächsten Frühjahr.

Die OS La Tour-de-Trême hat zum Schuljahresbeginn 2004/05 die ersten Schülerinnen und Schüler aufgenommen. Sie wurde am 1. Oktober 2004 eingeweiht.

Der Bau des Kultur- und Sportzentrums der OS Romont und der Sporthalle Gurmels sind im Gang.

Der Staat zahlt 6 500 000 Franken an Investitionsbeiträgen und 124 897 Franken an Mieten.

4. Schülertransporte

Alle Voranschläge der Schülertransporte für das Schuljahr 2004/05 wurden überprüft und genehmigt. Jede Erhöhung gegenüber dem Vorjahr musste gerechtfertigt werden.

Die von den Transportunternehmen vorgelegten Rechnungen 2003/04 wurden überprüft und Restbeträge ausgezahlt. Insgesamt belaufen sich die Kosten auf rund 295 000 Franken beim Kindergarten, 4 277 000 Franken bei der Primarschule und 1 113 000 Franken bei der Orientierungsschule.

Im Rahmen der Vorbereitung der Antwort auf die Motion Losey über optimale Sicherheit bei Schülertransporten wurde in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei eine Untersuchung über die Ausrüstung der Fahrzeuge für den Schülertransport durchgeführt. Die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport regt die Transportunternehmen an, beim Kauf neuer Busse die Fahrzeuge mit Quersitzen und Gurten auszurüsten. Sie erinnert zudem daran, dass die Einhaltung der Verkehrsregeln und Geschwindigkeitsvorschriften das Risiko stark begrenzen kann und lädt die Gemeinden ein, die Fahrerinnen und Fahrer von Schulbussen auf die Sicherheitsproblematik aufmerksam zu machen.

5. Kostenverteilung bei der obligatorischen Schule

Das Finanzinspektorat hat in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gemeinden die interkommunale Aufteilung der Kindergarten- und Primarschulskosten 2003 geprüft. Mit dieser Kontrolle wurde die Korrektheit der Abrechnung 2003 ausgewiesen. Die an die Gemeinden versandten Voranschläge 2005 berücksichtigen dank dem neuen, 2003 eingeführten System die Veränderungen bei der angeführten Einwohnerzahl und Klassifikation. Die Begleitgruppe für den gemeinsamen Topf, die sich aus Vertretern der Gemeinden, des SITel und der EKSD zusammen setzt, ist zusammengekommen und hat die Bestandteile der Rechnung 2003 und des Voranschlags 2005 geprüft. Für das Jahr 2004 zeigt der Ende Dezember 2004 ausgeführte 13. Durchgang, dass die durchschnittlichen Kosten pro Klasse für den Kindergarten 99 941 Franken und für die Primarschule 128 570 Franken betragen. 14 Gemeinden kamen beim Kindergarten und 14 Gemeinden bei der Primarschule in den Genuss des Korrekturkoeffizienten.

6. Regionales Schulabkommen

Das Regionale Schulabkommen (RSA 2000) der Kantone der Nordwestschweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz NWEDK (Aargau, Baselland, Baselstadt, Bern, Freiburg, Luzern, Solothurn und Zürich) gilt für die gegenseitige Rechnungsstellung für Schülerinnen und Schüler aller Schulstufen, die die Schule eines anderen Kantons besuchen. Für jeden Ausbildungsgang gilt ein fixer Betrag, der in allen Kantonen angewendet wird. Die Kostengutsprache richtet sich nach dem Angebot im eigenen Kanton. In diesem Jahr wurden für 166 Schülerinnen und Schüler und Studierende 2 564 096 Franken für den Schulbesuch in einem anderen Kanton bezahlt. Andererseits wurden auf der Grundlage des gleichen Abkommens für 135 Schülerinnen und Schüler und Studierende bei den Abkommenskantonen 1 684 150 Franken in Rechnung gestellt. Dabei stellt der Kanton Bern mit 120 Schülerinnen und Schülern den Hauptanteil.

III. Kantonale Lehrmittelverwaltung

1. Allgemeines

Die Kantonale Lehrmittelverwaltung (KLV), die 1888 unter dem Namen Kantonales Lehrmitteldepot gegründet wurde, ist eine staatliche Anstalt, deren Gesetzesgrundlagen in Artikel 111 des Schulgesetzes vom 23. Mai 1985 festgelegt sind. Das Amt ist administrativ der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) zugewiesen. Es ist finanziell selbstständig, und seine Organisation wird durch das Reglement vom 7. Februar 1994 geregelt. Kontrollorgan ist die Aufsichtskommission.

Die KLV arbeitet eng mit der EKSD zusammen: einerseits mit der Direktion und dem Generalsekretariat in Strategiefragen auf kantonaler und interkantonaler Ebene und andererseits mit den Ämtern für obligatorischen Unterricht bei Entscheidungen über die Lehrmittelwahl in didaktischer Hinsicht.

2. Tätigkeit

Die KLV hat ihren Auftrag mit der Lieferung der für einen guten Betrieb erforderlichen Lehrmittel und Ausrüstungen an alle Schulen der obligatorischen Schule des Kantons erfüllt. Ihre Tätigkeit kann wie folgt zusammengefasst werden:

- 20 900 Verkäufe, davon 15 600 im Laden;
- rund 5000 verwaltete Artikel;
- Umsatz: 5,9 Millionen Franken;
- Versand: 7000 Briefe und 1850 Pakete;

- Lieferung: 1100 Palette an die freiburgischen Schulen;
- über 500 Tonnen behandelte Ware; Eingang, Lagerung, Bestellungsvormerkung und Versand;
- Neudruck/Druck von 20 Lehrmitteln des freiburgischen Schulwesens für 187 597 Franken durch das kantonale Druckgewerbe;
- die KLV hat im Kanton Freiburg in Zusammenarbeit mit dem Office romand des éditions et fournitures scolaires (OR) für die Conférence intercantonale de l'instruction publique de la suisse romande et du Tessin (CIIP) den Neudruck von vier Westschweizer Lehrmitteln herstellen lassen. Dafür betragen die Gesamtkosten 103 600 Franken. Die KLV hat bei der CIIP Westschweizer Lehrmittel im Betrag von 276 960 Franken gekauft;
- die KLV hat im Frühjahr 2004 in enger Zusammenarbeit mit der EKSD für die Schülerinnen und Schüler der 6. Klasse das deutschsprachige Geschichtslehrmittel «Freiburger Geschichte(n), eine Reise durch die Zeit, Band 3: Die Neueste Zeit» und für den Lehrkörper einen pädagogischen Ordner herausgegeben;
- die KLV beschäftigt sich in enger Zusammenarbeit mit der EKSD und den Autoren mit der Herausgabe und Herstellung eines neuen deutschsprachigen Geschichtslehrmittels für die Schülerinnen und Schüler der 5. Klasse, das im Frühling 2005 erscheint;
- mit dem Amt für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht hat die KLV an der Suche, Erarbeitung und Herstellung eines neuen Notenzeugnisses für die deutschsprachige obligatorische Schule mitgearbeitet. Das neue Notenbüchlein im Format A4 wird im Schuljahr 2004/05 an die Schülerinnen und Schüler abgeben. Die KLV hat zudem die Lieferung von neutralem Filigranpapier und jeder Schule die Informatiklizenzen für den Druck der Notenblätter besorgt;
- die KLV hat sich in Verbindung mit dem Amt für französischsprachigen obligatorischen Unterricht bei Recherchen für ein neues Deutschlehrmittel für die französischsprachigen Orientierungsschulen mit dem administrativen Teil befasst;
- die KLV hat sich gestützt auf den Endentscheid der EKSD und im Einklang mit den OS-Direktoren mit der Einführung eines neuen Französischlehrmittels für das 1. Jahr der französischsprachigen Orientierungsschule befasst;
- mit Unterstützung der Verantwortlichen für die Musikerziehung im Kanton Freiburg hat die KLV in eine neue Auswahl an Musikinstrumenten in ihr Angebot aufgenommen;

- die KLV hat für das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung den Ordner «Une vie, des directions» hergestellt und verbreitet; der Ordner wird an alle Schülerinnen und Schüler der französischsprachigen Orientierungsschule verteilt.

3. Aufsichtskommission

Die Mitglieder der Aufsichtskommission haben im Laufe des Jahres 2004 1 Sitzung abgehalten. Diese hat am 17. März stattgefunden. Dabei haben sie von der Rechnung 2003 Kenntnis genommen und die KLV-Leitung entlastet. Auf Verlangen der EKSD haben sie zudem zwei Arbeitsgruppen ernannt. Die erste untersucht, welche Form eines juristischen Status die KLV annehmen könnte. Die zweite sucht nach einer Lösung für die Erweiterung der KLV, weil ihre Räumlichkeiten zu knapp geworden sind.

4. Personal

Die Anzahl Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beläuft sich derzeit auf 11 Angestellte, die sich insgesamt 7,7 Vollzeitstellen teilen, sowie 5 Hilfsangestellte, die sich 2,1 Vollzeitstellen teilen. In kritischen Zeiten zieht die KLV externe Aushelferinnen und Aushelfer bei, um ihren Auftrag erfüllen zu können.

5. Nach aussen

Die KLV arbeitet bei den Lehrmitteln eng mit dem Office romand des éditions et fournitures scolaires (OR) zusammen. Dieses Amt wird von den Lehrmittelverantwortlichen der einzelnen Westschweizer Kantone (Genf, Waadt, Wallis, Neuenburg, Jura, französischer Teil der Kantone Bern und Freiburg) betrieben. Die gemeinsame Tätigkeit besteht in der Realisierung neuer Lehrmittel und dem Neudruck bestehender Lehrmittel (siehe unter «Tätigkeit») sowie der gemeinsamen Verwaltung der kantonalen Bestände.

Das OR wird 2005 in die neuen Strukturen integriert, welche die CIIP eingerichtet hat, um die mit der interkantonalen Verwaltungsvereinbarung über die Lehrmittel und das didaktische Material vom 19. Februar 2004 verbundenen Dienstleistungen zu garantieren.

Die KLV arbeitet beim Erwerb der Schulausrüstung auch eng mit den Westschweizer Schulämtern zusammen. Der Kanton Freiburg beteiligt sich aktiv und erhält so bessere Produktkonditionen.

IV. Ämter für obligatorischen Unterricht

1. Allgemeines

1.1 Mehr Kohärenz

Die neue Struktur der obligatorischen Schule (siehe Rechenschaftsbericht 2003) ist etabliert. Das Bestreben, die Schulthemen kontinuierlicher und kohärenter anzugehen, ist in verschiedenen Bereichen und Stufen Wirklichkeit geworden. Beide Ämter sind auf verschiedenen Stufen betroffen. Insbesondere betrifft dies: den Sprach-, Mathematik- und Musikunterricht, die Vernehmlassung des Westschweizer Rahmenlehrplans und die Überarbeitung der Schülerbeurteilung (französischsprachiger Teil) und des Zeugnisses, die Erarbeitung des Konzepts einer externen Evaluation der Schulen (Deutschfreiburg) sowie die Integration der neuen Kommunikations- und Informationstechnologien (IKT) im Unterricht. Auch die Anpassung des Schulgesetzes und des dazugehörigen Reglements, erzieherische Themen und die Gesundheitsförderung, die Ausbildung der Mediatoren und der Klein- und Werkklassenlehrer sowie die gesamte Thematik der Integration behinderter Kinder wurden ganzheitlich angegangen.

1.2 Gemeinsame Themen der beiden Kantonsteile

Die beiden Ämter für obligatorischen Unterricht haben überschneidende Themen gemeinsam behandelt. Von den wichtigsten seien erwähnt:

- Umgang mit stark verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern: abschliessender Bericht und Vernehmlassung der betroffenen Kreise;
- Weiterbildung der Lehrpersonen: Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen den Ämtern für obligatorischen Unterricht und der Weiterbildungsstelle der PH;
- Integration der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im Unterricht: erster Jahrgang der Ausbildung für Ansprechpersonen, erste Anwendungen im Unterricht, Fortführung der Ausbildung der Lehrpersonen in zahlreichen Kursen und Erarbeitung eines Kompetenzrasters als Ausbildungsgrundlage für die kommenden vier Jahre;
- Revision des Schulgesetzes und des Ausführungsreglements zum Schulgesetz: Festlegung der wichtigsten Themen, die überarbeitet werden müssen;
- Verwaltung der Schülerbestände: Eröffnungen und Schliessungen von Klassen;
- Sprachunterricht: Fortführung der Überarbeitung der Lehrmittel und Unterrichtsmethoden auf Primar- und Orientierungsstufe, Neuausrichtung des Sprachenprojekts, neue Projektleitung, Fortführung der Versuchsprojekte auf der Primarstufe;
- Anpassung des Finanzplans der Jahre 2005 bis 2008.

1.3 Französischsprachiger Kantonsteil

Mit dem neuen Amt für obligatorischen Unterricht und den neuen Strukturen des Inspektorats und der pädagogischen Beratung auf Primarstufe gibt es mehr direkte Kontakte zwischen dem Amt und den Lehrpersonen. An sechs Kreistreffen kamen das Amt und die Lehrpersonen des Kindergartens, der Primarstufe, der Klein- und Werkklassen, des Stützunterrichts, des Handarbeits-, des Werkunterrichts und des Sonderschulunterrichts zusammen. Mehrere Sitzungen führten auf Orientierungsschulebene das Amt und die Lehrpersonen zusammen. Gesprächsthemen waren: die Einführung der neuen OS-Studentafel (Vernehmlassung und Entscheid über die Umsetzung im Herbst 2005) und Einführung neuer Lehrmittel für den Französischunterricht. An allen Zusammenkünften wurde an die Schwerpunkte erinnert, die das Amt verfolgt. Die Sitzungen dienten auch dem gegenseitigen Kennenlernen.

Im Wesentlichen ging es um:

- den Bericht über die Beurteilung in der obligatorischen Schule (17. September 2004) und Vernehmlassung im November und Dezember;
- die Weiterführung der Begleitung der «Projets d'établissement»: Evaluation, Erarbeitung von Rahmenbedingungen;
- Neugestaltung des Kindergarten-, Primarschul- und Sonderschulinspektorats (Inspektionskonzept 2004);
- Neulancierung der Arbeitsgruppe für das Übertrittsverfahren in die Orientierungsschule;
- Auswertung der Vernehmlassung über die OS-Studentafel, Zusatzmandat an die Konferenz der OS-Direktoren; am 15. Juni 2004 Entscheid über eine neue Studentafel und ihre schrittweise Einführung im Schuljahr 2005;
- Überprüfung und Vernehmlassung des Westschweizer Rahmenlehrplans (PECARO);
- Weitere Anpassung der Lehrmittel und Methoden für Französisch (1. OS), Deutsch (6. Kl.), Mathematik (2. OS), Englisch (3. OS), Latein und Musik (1. OS).

In diesem Jahr mussten mehrere Kaderstellen neu besetzt werden. Es gab Rücktritte aus Altersgründen und Rücktritte wegen Stellenwechsels, neue Stellen und krankheitsbedingte Rücktritte. Ernannt wurden: Roby Zufferey, pädagogischer Mitarbeiter mit einem Beschäftigungsgrad von 50 % beim Amt für französischsprachigen obligatorischen Unterricht (FOA) für Francine Rey; Pierre-Alain Büchel, Direktor der OS Sarine Ouest; Myriam Repond, Schulinspektorin des Inspektoratskreises Saane Süd für François Raemy; Jean-Daniel Nanzer, Direktor der OS Vivisbach für Jean-Pierre Liaudat; Marika Odermatt-Codutti, Direktorin der OS Region Murten für Pierre-Alain Büchel; Henri Terrapon, Direktor der OS Broye für Jean-Marcel Juriens; Yves Baumann, Schulinspektor des 1. Inspektoratskreises (Saane Nord und See); René Pasquier, Schulinspektor des 8. Inspektoratskreises (Greyerz); Marie-Hélène Brouchoud, pädagogische Beraterin für Handarbeit/Werken; Jean-François Beaud, Mitarbeiter für

die Begleitung des Französischunterrichts: eine neue Stelle, die nach dem Rücktritt aus Altersgründen von Herrn Martignoni (Begleitung des Musikunterrichts) geschaffen wurde.

Die folgenden Schulinspektorinnen wurden zu pädagogischen Beraterinnen für die ersten Schulstufen: Patricia Gaillard und Anne-Françoise Magnin; von der Schulinspektorin für bildnerisches Gestalten zur pädagogischen Beraterin für Handarbeit/Werken: Christine Gremaud-Pharisa. Da Hanspeter Birbaum auf Ende 2004 zurück trat und die Hauswirtschaftsinspektorin der OS auf Ende Januar 2005 nicht ersetzt wird, wird Ende 2004 die Stelle des pädagogischen Beraters für Sprachen und die Stelle eines zusätzlichen Mitarbeiters beim FOA mit einem Beschäftigungsgrad von 50 % ausgeschrieben.

1.4 Deutschfreiburg

Auf pädagogischer Ebene war das deutschsprachige Amt für obligatorischen Unterricht (DOA) und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hauptsächlich mit den folgenden Themen beschäftigt:

- Neue Schulzeugnisse: Die Zeugnisse der Primar- und Orientierungsschule wurden einer eingehenden Evaluation unterzogen und nach klar definierten Qualitätskriterien überarbeitet. Daraus entstand ein einheitliches Zeugnis für den gesamten obligatorischen Unterricht, das den Lehrpersonen neu in elektronischer Form zur Verfügung steht.
- Projekt zur Verbesserung der Schulqualität intern und extern: zum internen Qualitätsbeurteilungssystem kommt eine externe Qualitätsevaluation durch Fachpersonen hinzu.
- Konsolidierung der Schulleitungen der Primarschulen: auf die Projektphase folgte die Konsolidierungsphase. Wiederum haben mehrere Schulleiterinnen und Schulleiter eine Ausbildung im Kanton Solothurn besucht. Eine Arbeitsgruppe hat ein Pflichtenheft für die Schulleitung erarbeitet.
- Weiterbildungsbroschüre für alle Lehrpersonen über die Verwendung von Standarddeutsch als Unterrichtssprache. Das Inspektorat hat festgestellt, dass das Standarddeutsch nicht systematisch als Unterrichtssprache verwendet wird. Nebst pädagogischen und didaktischen Gründen ist vor allem die Zweisprachigkeit des Kantons Freiburg für das DOA ausschlaggebend, dass die Lehrpersonen zur Verwendung des Standarddeutschen als Unterrichtssprache angehalten und dafür ausgebildet werden.
- Schulversuch «Basisstufe»: ab Schuljahr 2004/05 erproben drei deutschsprachige Schulen im Rahmen eines gross angelegten Deutschschweizer Schulversuchs das neue Modell Basisstufe. Die Basisstufe stellt eine innovative Alternative zum herkömmlichen Modell «Kindergarten plus 1. und 2. Primarklasse» dar. Die Erkenntnisse aus diesem Versuch werden als Diskussionsbasis für die Gestaltung der anschliessenden Umsetzungsphase dienen.

- Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle der Pädagogischen Hochschule: Weil es selber nicht über die personellen Ressourcen für die wissenschaftliche Beratung und Begleitung von Projekten verfügt, ist für das Amt eine gut funktionierende Zusammenarbeit mit der PH-Forschungsstelle besonders wichtig.

Im Weiteren wurde eine sorgfältige Überprüfung der Organisation des Amts in Auftrag gegeben. Aufgrund der Ergebnisse werden geeignete Massnahmen zur Verbesserung der Information und der Koordination getroffen werden.

In personeller Hinsicht ist der Schuldirektorwechsel bei der Orientierungsschule Gurmels zu erwähnen. Hubert Andrey ist nach über dreissigjährigem Wirken als Direktor in den Ruhestand getreten und hat die Leitung der Schule an Heinrich Burri übergeben.

1.5 Schülerzahlen

1.5.1 Kindergarten

	französischsprachig		deutschsprachig		Total	
	2003/04	2004/05	2003/04	2004/05	2003/04	2004/05
Anzahl Schüler	2 479	2 594	1 077	992	3 556	3 586
Anzahl Klassen	147	155	64	61	211	216
Klassendurchschnitt	16,87	16,74	16,83	16,26	16,86	16,60

Im französischsprachigen Kantonsteil hat die Anzahl Klassen um 8 (– 1) Einheiten zugenommen und diejenige der Schülerinnen und Schüler um 115. In Deutschfreiburg ist die Anzahl Klassen um 3 (1) Einheiten zurückgegangen und diejenige der Schülerinnen und Schüler um 85 (32). Insgesamt gibt es 5 (0) Klassen und 30 (– 2) Schülerinnen und Schüler mehr.

1.5.2 Primarschule

Schülerbestände

Die Kommission für Schülerbestände hat Entscheide über Klasseneröffnungen und Klassenschliessungen getroffen. In den Regelklassen der Primarschule gibt es zu Schuljahresbeginn 2004/05 19 874 (19 803) Schülerinnen und Schüler, davon sind 14 618 (14 487) in den französischsprachigen Klassen und 5256 (5316) in den deutschsprachigen Klassen.

Im französischsprachigen Kantonsteil hat die Anzahl der Klassen um 5,5 (8,5) Einheiten zugenommen und diejenige der Schülerinnen und Schüler um 131 (102). In Deutschfreiburg hat die Anzahl der Klassen um 1 (0) Einheit abgenommen und diejenige der Schülerinnen und Schüler um 60 (18). Insgesamt gibt es 4,5 (8,5) Klassen und 71 (84) Schülerinnen und Schüler mehr.

Im Übrigen gibt es 350 Schülerinnen und Schüler in den Kleinklassen, davon sind 286 in den französischsprachigen Klassen und 104 in den deutschsprachigen Klassen.

Der Durchschnittsbestand der öffentlichen Primarklassen (ohne Kleinklassen) beträgt 19,78 (19,79) Schülerinnen und Schüler und mit den Kleinklassen 19,1 (19,66) Schülerinnen und Schüler.

Verteilung der Schülerinnen und Schüler

	französischsprachig		deutschsprachig		Total	
	2003/04	2004/05	2003/04	2004/05	2003/04	2004/05
1. Jahr	2 393	2 388	813	846	3 206	3 234
2. Jahr	2 481	2 478	946	831	3 427	3 309
3. Jahr	2 336	2 477	889	948	3 225	3 425
4. Jahr	2 402	2 363	856	886	3 258	3 249
5. Jahr	2 462	2 445	896	852	3 358	3 297
6. Jahr	2 413	2 467	916	893	3 329	3 360
Total	14 487	14 618	5 316	5 256	19 803	19 874
Anzahl Klassen	736,5	742	264	263	1 000,5	1 005
Klassen-durchschnitt	19,67	19,70	20,14	19,98	19,47	19,78

1.5.3 Orientierungsschule

Die Anzahl Klassen im französischsprachigen Kantonsteil hat um 21 (6) Einheiten zugenommen und die Anzahl Schülerinnen und Schüler um 260 (304). In Deutschfreiburg hat die Anzahl Klassen um 5 (7) Einheiten zugenommen und die Anzahl Schülerinnen und Schüler um 77 (120) Schülerinnen und Schüler. Insgesamt gibt es 26 (13) Klassen und 337 (424) Schülerinnen und Schüler mehr.

Schülerbestände nach Schuljahr

	französischsprachig		deutschsprachig		Total	
	2003/04	2004/05	2003/04	2004/05	2003/04	2004/05
7. Jahr	2 465	2 520	950	981	3 415	3 501
8. Jahr	2 241	2 526	890	920	3 131	3 446
9. Jahr	2 199	2 119	918	934	3 117	3 053
Total	6 905	7 165	2 758	2 835	9 663	10 000
Anzahl Klassen	320	341	155	160	475	501
Klassen-durchschnitt	21,58	21,01	17,79	17,72	20,34	19,96

Klassendurchschnitte nach Abteilungen

	französischsprachig		deutschsprachig	
	2003/04	2004/05	2003/04	2004/05
Sek A	24,11	23,85	19,37	19,81
Sek Allg. Abt.	23,11	22,45	21,18	21,45
Realabt.	17,58	16,85	15,91	15,77
Werkklasse	9,45	9,85	8,05	8,36
Total	21,58	21,01	17,69	17,72

Schülerinnen und Schüler nach Abteilungen Schuljahr 7 – 9

	französischsprachig				deutschsprachig			
	2003/04		2004/05		2003/04		2004/05	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Sek A	2 628	38,06	2 763	38,56	698	25,31	713	25,15
Sek Allg. Abt.	2 923	42,33	2 938	41,01	1 207	43,76	1 244	43,88
Realabt.	1 204	17,44	1 280	17,86	700	25,38	694	24,48
Werkklasse	104	1,51	128	1,79	153	5,55	184	6,49
Sprachklasse	46	0,67	56	0,78	–	–	–	–
Total	6 905	100	7 165	100	2 758	100	2 835	100

Schülerinnen und Schüler im 10. Schuljahr

	französischsprachig		deutschsprachig	
	2003/04	2004/05	2003/04	2004/05
	Anzahl	%	Anzahl	%
10. Schulj.	558	8,08	531	7,41
	144	5,25	156	5,50

1.6 Einschulung ausländischer Kinder

Im diesem Jahr konnte die Kommunikation auf verschiedenen Ebenen verbessert werden.

Die Lehrpersonen wurden über die Gebäudekorrespondentinnen und -korrespondenten (Primarstufe) und die Direktionen (Orientierungsschulen) über die laufenden Projekte und die neuen pädagogischen Hilfsmittel informiert. Es gab mehrere Zusammenkünfte der Lehrpersonen der Aufnahmestrukturen (Aufnahme- und Sprachklassen), die dem Erfahrungsaustausch dienen. Dabei kamen auch Weiterbildungsbedürfnisse und ihre Befriedigung innerhalb der bestehenden Möglichkeiten zur Sprache.

Die Lehrpersonen, welche die Herkunftssprache und -kultur vermitteln, wurden vernetzt. Verschiedene Veranstaltungen (Unterrichtsbesuche, Vorträge) dienen dazu, ihnen das Bildungssystem unseres Kantons (Sprachdidaktik, Beurteilung, Projets d'établissement usw.) zu veranschaulichen. Es gibt ein Konzept «Beurteilung der Muttersprache der neuzugezogenen fremdsprachigen Kinder», das die Sprache der Schülerin oder des Schülers einbezieht und damit eine gezieltere Platzierung der Neuankömmlinge in der freiburgischen Schule ermöglicht.

Die kantonale Kommission für die Schulung der Migrantenkinder (CCSIEM) hat drei Sitzungen abgehalten, an denen sie einen Leitfaden mit verschiedenen Empfehlungen zur Erleichterung der Integration der Jugendlichen in der Schule erarbeitete. Die EKSD ist in der Kommission für die Integration der Migranten und gegen Rassismus vertreten, um die Verbindung mit der CCSIEM sicherzustellen.

2. Kindergarten, französischsprachiger Kantonsteil**2.1 Schülerbestände und Organisation**

Im Herbst 2004 zählte die Region Nord des französischsprachigen Teil des Kantons Freiburg 77 Kindergartenklassen und 117 Kindergärtnerinnen; die französischsprachige Region Süd zählt 78 Kindergartenklassen und 119 Kindergärtnerinnen. Gesamthaft sind es 155 Kindergartenklassen und 236 Kindergärtnerinnen. Die Kindergartenklassen werden seit drei Jahren vollzeitlich geführt. Nur eine Klasse wird wegen einem Rückgang der Anzahl Kindergartenkinder teilzeitlich geführt. Seit ein paar Jahren haben zwei Schulkreise ein zweites Kindergartenjahr eingeführt. Die Gemeinden übernehmen die Kosten.

2.2 Geografische Verteilung

	2003/04		2004/05	
	Klassen	Schüler	Klassen	Schüler
Stadt Freiburg	18	290	18	298
Saane-Land	43	768	47	764
Greyerz	31	527	32	546
See	10	174	9	173
Glane	14	230	16	273
Broye	20	310	21	333
Vivisbach	11	180	12	207
Total	147	2 479	155	2 594

2.3 Klasseneröffnungen und Klassenschliessungen

12 Klassen wurden eröffnet in: Grolley / Corserey, La Brillaz / Marly Grand-Pré / Autigny, Chénens / Le Mouret / Estavayer-le-Lac / Cugy, Frasses, Montet, Granges-de-Vesin / Vuisternens-dv-Romont / Auboranges, Chapelle, Ecublens, Rue / La Jogne / Bas-Intyamon / Attalens. Die Klasse von Riaz erhielt wegen einer grösseren Anzahl Schülerinnen und Schüler zusätzlich 0,25 Pensum.

4 Klassen mussten geschlossen werden: Marly Cité / St-Aubin, Vallon, Les Friques / La Tour-de-Trême / Bas-Vully, Haut-Vully. Einer Klasse von Sorens wurde wegen einer kleineren Anzahl Schülerinnen und Schüler 0,25 Pensum entzogen.

2.4 Schwerpunkte

Die Kindergärtnerinnen haben ihre Ausbildung in Musikerziehung (3 Kurseinheiten) und Mathematik (3 Kurseinheiten) fortgesetzt. Die Mathematikausbildung der Kindergärtnerinnen wurde in diesem Jahr abgeschlossen. Bis jetzt haben 205 Kindergärtnerinnen und 1 Kindergärtner die zweijährige modulare Ausbildung besucht, die von Ausbilderinnen und Ausbildern des Cycle initial des Kantons Waadt erteilt wurde (CIN).

Innerhalb der Schulkreise wurden Austausche durchgeführt; sie waren für die Kindergärtnerinnen obligatorisch. Die Konferenz der Inspektorinnen- und Inspektoren hat diese Austausche beschlossen. Sie wurden mit der Unterstützung der Gruppe «mathématiques et évaluation» organisiert. Weil die Erfahrung damit sehr positiv war, wurden sie im Schuljahr 2004/05 weiter geführt.

Die Kindergärtnerinnen nahmen an einer Sitzung über Integrationskonzept und an einer Zusammenkunft mit den Inspektorinnen teil. Die Jungkindergärtnerinnen haben Ausbildungsmodule besucht, die von Praxisausbilderinnen der PH erteilt wurden.

2.5 Einschulung

Die Eltern von 194 (141) Kindern haben beschlossen, den Schuleintritt ihrer Kinder um ein Jahr aufzuschieben. Dies sind 6 % (5,75 %) der Kinder, die 2004 das Schulalter erreichten. Rund 50 % der Kinder, die vorzeitig in den Kindergarten eingetreten sind, absolvieren 2 Kindergartenjahre. Die Eltern von 73 (63) Kindern haben für ihre Kinder um eine vorzeitige Einschulung ersucht.

2.6 Sprachkurse

5 Lehrpersonen sind zu einem Beschäftigungsgrad von 50 % und 13 Lehrpersonen für ein paar Einheiten angestellt. Die Lehrpersonen arbeiten vernetzt, was eine gute Koordination ermöglicht. Die kantonale Koordinatorin für die Einschulung von Migrantenkindern ist in Zusammenarbeit mit den pädagogischen Beraterinnen für sie verantwortlich.

2.7 Integration der Kinder mit besonderen Bedürfnissen

13 Kinder profitieren vom Integrationskonzept. 26 werden mittel- oder langfristig von Sonderschullehrpersonen betreut. 1 sehbehindertes und 3 hörbehinderte Kinder absolvieren das gesamte Programm der Regelklasse. Sie werden zusätzlich unterstützt. 5 behinderte Kinder absolvieren einen Teil des Programms in Regelklassen. Mehrere Kinder erhalten Heilpädagogischen Stützunterricht (HSU).

2.8 Beziehungen KG – PS

Um harmonische Übergänge zwischen den drei ersten Schuljahren und Kontinuität im Lernprozess der Schülerinnen und Schüler besorgt, haben die Lehrpersonen an zwei Sitzungen obligatorische Austausche zwischen den Kindergarten- und Primarklassen vorbereitet.

2.9 Beziehungen Spielgruppe – Kindergarten

Seit zwei Jahren ist ein Austauschnachmittag für die Spielgruppenleiterinnen und die Kindergärtnerinnen reserviert. Er dient dem gegenseitigen besseren Kennenlernen, der Information über Unterrichtsziele, einer Verbesserung des Übertritts, insbesondere des Übertritts der Kinder, deren Situation schon sowieso schwierig ist.

2.10 Sonderschullehrerinnen

Zwei Sonderschullehrerinnen mit einem Beschäftigungsgrad von 80 % arbeiten in den Kindergärten. Neben ihrer Arbeit beraten sie die Kindergärtnerinnen, wenn es verhaltensauffällige Kinder gibt.

3. Kindergarten, Deutschfreiburg

3.1 Allgemeines

3.1.1 Neue Lehrmittel

Es gibt immer mehr neue Lernmethoden für die Kindergartenstufe. Sie decken die Bereiche Sprachentwicklung und Schriftspracherwerb, mathematisches Denken und naturwissenschaftliches Experimentieren ab.

Für die Sprachentwicklung und speziell auch für den Schriftspracherwerb arbeiten die meisten Lehrpersonen mit dem Würzburger Trainingsprogramm «Hören, Lauschen, Lernen». Die Einführung in dieses neue Leselehrmittel hat den Lehrpersonen gezeigt, dass sich einzelne Erstleselehrgänge sehr gut für Kindergartenkinder eignen, die bereits Lesen lernen.

Immer häufiger zeigen Kinder bereits im Vorschulalter grosses Interesse an Zahlen. Um das mathematische Verständnis und Denken zu unterstützen und zu fördern, eignet sich das «Kleine Zahlenbuch» im Kindergarten bestens. Die Lehrpersonen wurden bereits im letzten Jahr unter kompetenter Leitung in das Lehrmittel eingeführt.

Kinder im Vorschulalter wollen die Welt erforschen und verstehen. Sie begegnen naturwissenschaftlichen Phänomenen auf Schritt und Tritt und interessieren sich lebhaft dafür. Das neue Lehrmittel «Tüfteln, forschen, staunen» erklärt an Hand von gut durchführbaren Experimenten diese Phänomene, und bezieht in den zahlreichen Informationen über Wasser, Luft, Wärme, Schall, Licht und Magnetismus den Kinderalltag ein.

3.1.2 Integration behinderter und verhaltensauffälliger Kindern in den Regelklassen

Im Schuljahr 2004/05 sind 10 (15) Kinder mit besonderen Bedürfnissen in Regelkindergärten integriert. Die Integration von 7 Kindern erfolgt über das Schulheim Les Buissonnets. Zur Förderung und Unterstützung dieser Kinder arbeiten 9 (8) Heilpädagoginnen in den Regelkindergärten mit. Die Integration von drei weiteren Kindern wird durch die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport getragen.

3.1.3 Deutschunterricht für Fremdsprachige

In 25 (24) Gemeinden wird zur besseren Eingliederung der fremdsprachigen Kinder Deutschunterricht angeboten. Im Schuljahr 2004/05 können 150 (169) Kindergartenkinder von diesem Unterricht profitieren.

3.2 Klasseneröffnungen und Klassenschliessungen

Auf Schuljahresbeginn wird eine Kindergartenklasse (Überstorf) neu eröffnet.

Wegen ungenügender Schülerzahl müssen vier Klassen geschlossen werden: Bösingens (1), Jeuss (1), St. Ursen (1) und Tafers (1).

3.3 Geografische Verteilung

	2003/04		2004/05	
	Klassen	Schüler	Klassen	Schüler
Stadt Freiburg (deutsch)	6	95	6	79
Sense	34	574	32	542
Greyerz (deutsch)	1	13	1	12
See (deutsch)	23	395	22	359
Total	64	1 077	61	992

Durchschnittliche Bestände im Schuljahr 2004/05: 16,26 (16,83) Schülerinnen und Schüler pro Klasse.

Alle Kindergärten werden vollzeitlich geführt.

In 4 (4) Schulkreisen werden wegen geringer Schülerzahl oder auf Grund einer langen Tradition zwei Jahre Kindergarten angeboten: Murten (8), Galmiz (1), Fräschels (1) und Jaun (1).

35 (37) Kindergärten werden von zwei Lehrpersonen im Teilpensum geführt. 6 (5) Kindergärtnerinnen übernehmen an ihrem Schulort Schulleitungsfunktionen.

3.4 Weiterbildung

Die Lehrpersonen wurden zu 2 Weiterbildungskursen aufgeboten: Verständnis und Förderung des Erlernens einer (zweiten) Sprache.

Den Lehrpersonen wird der Spracherwerb aus wissenschaftlicher Sicht vor Augen geführt. Die Faktoren, die dabei eine Rolle spielen, werden veranschaulicht. In einem weiteren Schritt wird aufgezeigt, wie sich diese Faktoren auf den Zweitspracherwerb auswirken können und wie dieser im Kindergarten gefördert werden kann.

3.5 Einschulung

Die Eltern von 140 (160) Kindern beschliessen, den Eintritt in die Schule um ein Jahr aufzuschieben. Dies sind 12,99 % (14,4 %) der Kinder, die im Jahre 2004 das Schulalter erreichen. Hingegen nehmen die Eltern von 9 (14) Kindern die Möglichkeit einer vorzeitigen Einschulung wahr.

3.6 Beschäftigungssituation

Auf Beginn des Schuljahres 2004/05 können alle frei gewordenen Stellen besetzt werden. Einige Lehrpersonen müssen weiterhin mit einem Teilpensum vorlieb nehmen, da insgesamt nur eine einzige neue Klasse eröffnet wurde.

4. Primarschule, französischsprachiger Kantonsteil

4.1 Geografische Verteilung

	2003/04		2004/05	
	Klassen	Schüler	Klassen	Schüler
Stadt Freiburg	84	1 618	86	1 626
Saane Land	218	4 375	218,5	4 323
Greyerz	155,5	3 128	156,5	3 167
See	38	680	38	691
Glâne	85	1 658	84	1 661
Broye	99	1 825	99,5	1 939
Vivisbach	57	1 190	59,5	1 211
Total	736,5	14 487	742	14 618

4.2 Klasseneröffnungen und Klassenschliessungen

16,5 Klassen wurden eröffnet in: Freiburg (Vignettaz) / Belfaux / La Sonnaz / Villars-sur-Glâne (Les Rochettes) / Hauterive / St-Aubin, Vallon / Domdidier / Cugy, Frasses / Léchelle, Montagny, Cousset / Mézières / Esmont, Montet / Pont-en-Ogoz / La Tour-de-Trême / Vuadens / Gruyère / Bas-Vully, Haut-Vully / Semsales / Remaufens / Attalens.

11 Klassen wurden geschlossen in: Givisiez / Treyvaux / Corpataux / Autigny, Chénens / Romont / Prez-vers-Noréaz / Estavayer-le-Lac / Chapelle, Cheiry, Prévondavaux / Le Châtelard, Grangette, Massonnens / Vuisternens-devant-Romont, La Neirigue / La Roche / Charmey, Cerniat, Crésuz / Sâles / Misery, Courtion, Villarepos / Murten.

Zum Schuljahresbeginn 2004/05 gab es somit unter dem Strich 5,5 (8,5) Klassen mehr als im Vorjahr.

4.3 Schwerpunkte

4.3.1 Deutschunterricht

Die Einführung der neuen Methode (Tamburin) ist jetzt in der Schlussphase. Seit dem letzten Herbst verwenden alle Schülerinnen und Schüler der französischsprachigen 6. Klasse des Kantons die neuen Lehrmittel. Für eine reibungslose Einführung wurden die Lerninhalte im Lehrprogramm detailliert erklärt. Die Weiterbildung der Lehrpersonen der 3. bis 6. Klasse wurde weitergeführt. 111 Lehrpersonen haben dieses letzte Ausbildungsjahr absolviert. Die Ausbildung der Kursleiterinnen und Kursleiter hatte für die beiden kantonalen Ko-Verantwortlichen Vorrang.

Die EKSD hat Sprachprojekte in 6 Primarschulkreisen und eines in der OS bewilligt.

Der Vorentwurf des allgemeinen Konzepts zur Förderung der Partnersprache, den die kantonale Kommission im September 2003 vorgelegt hat, wurde eingehend durch das Kaderpersonal des Unterrichtswesens geprüft. Die Hauptpunkte mussten neu überdacht und die neuen Sprachlernimpulse darin aufgenommen werden. Die Anfrage der Grossrätin Ursula Krattinger im Juni 2004 wurde in diesem Sinn beantwortet. Frau Krattinger wollte wissen, wie es mit diesem Vorentwurf weiter geht. Nachdem zwei Projektleiter zurückgetreten waren, hat die EKSD 1,5 Stellen ausgeschrieben. Gesucht werden pädagogische Mitarbeiter für die Sprachen. Der Beschäftigungsgrad ist derjenige, der durch die Rücktritte freigeworden ist. Die neuen Mitarbeiter haben die Aufgabe, das kantonale Sprachenkonzept neu zu überdenken und es zusammen mit den Ämtern für obligatorischen Unterricht umzusetzen.

4.3.2 Mathematikunterricht

Die Schülerbeurteilung stand während des ganzen Schuljahrs 2003/04 im Mittelpunkt. Am meisten waren die Lehrpersonen der 5. und 6. Klasse damit beschäftigt. Die Einführung des Mathematiklehrmittels wird von einer Ausbildung für alle Lehrpersonen des Kantons begleitet. Es haben sich sehr viele Lehrpersonen (etwa 350) für die Module angemeldet. Es gibt sie zum letzten Mal in der aktuellen Form. Die Einführung der neuen Lehrmittel ist abgeschlossen.

Im Juni 2004 haben 20 sich 4. Klassen des Kantons Freiburg der Westschweizer Schülerbeurteilung in Mathematik unterzogen. Diese Beurteilung («Mathéval») bezieht alle Westschweizer Kantone ein. Die Ergebnisse werden im Laufe des Jahres veröffentlicht.

In vier Sitzungen mit den Lehrpersonen der 5. und 6. Klassen (2 in der Region Nord, 2 in der Region Süd) wurden das «Curriculum de mathématiques 7-9» und sein Einfluss auf die Kenntnisse und Kompetenzen, die in der 5. und 6. Klasse in Mathematik verlangt werden, erläutert. Alle Lehrpersonen dieser Stufen haben daran teilgenommen. Damit soll im Fach Mathematik, bei dem dies besonders wichtig ist, für harmonische Übergänge zwischen Primarschule und OS gesorgt werden. Seit dem Herbst dieses Jahres können die Lehrpersonen der gesamten obligatorischen

Schule des Kantons auf eine Mathematik-Internetsite zugreifen. Dafür hat unter anderen die Fachstelle FRI-IKT gesorgt.

4.3.3 Musikunterricht

Nach dem Tod von Eric Conus übernahmen Pierre-Georges Roubaty und Hugo Stern vorübergehend den Vorsitz der Kommission für Musikerziehung (CEM). Im Laufe dieses Jahres fanden 11 Kurse statt: Westschweizer Methode Gesang/Stimm- und Gehörbildung, Vortrag, Rhythmus, Intonation usw.) sowie Klassenrepertoire, Rhythmik und körperlicher Ausdruck. 70 Primarlehrpersonen haben an einem der 5 freiwilligen Zusatzmodule teilgenommen.

4.3.4 Forum der Projektschulen

Das Begleitdispositiv der «écoles en projet (DAF)» hat am 17. März 2004 sein 3. FORUM abgehalten. Der Anlass bot einen Einblick in den pädagogischen Alltag von rund zwanzig Projekt-Lehrpersonen-Teams. Die Schulen haben ihre Realisationen in Themengruppen zusammengefasst ausgestellt: Lesen, schriftlicher Ausdruck, Beobachtung und formative Beurteilung, Neuorganisation der Arbeit in Modulen usw. Neben den Ständen gab es im Laufe des Nachmittags auch zwei Vorträge mit anschliessender Diskussion und Ansprachen.

Zahlreiche Besucher, Schulbehörden und Lehrpersonen haben die Stände besucht und an den Austauschen teilgenommen. Das Forum dient dem Erfahrungsaustausch, der Präsentation verschiedener Vorstellungen und der Anregung neuer Projekte.

4.4 Kleinklassen

Der französischsprachige Kantonsteil verfügt für die Kleinklassen über 26 (26) volle Pensen. Die Region Nord hat deren 15: 8 in Freiburg, 3 in Estavayer-le-Lac, 3 in Villars-sur-Glâne, 1 in Belfaux; die Region Süd hat deren 11: 6 in Bulle, 1 in Marly, 2 in Romont und 2 in Châtel-St-Denis. In Estavayer-le-Lac gibt es zudem eine «classe à rythme lent».

Zudem gibt es 34,89 (32,40) Stellen für Heilpädagogischen Stützunterricht (HSU): 18,48 Lehrpersonen für die Region Nord und 16,41 Lehrpersonen für die Region Süd.

4.5 Sprachklassen

Stand am 1. September 2004: Region Nord, Freiburg: 6 volle Pensen, ergänzt durch Unterrichtseinheiten, die 7 Stützlehrpersonen zugeteilt sind; Villars-s-Glâne: 2 halbe Pensen; Estavayer-le-Lac: 2 volle Pensen; Courtepin: 2 halbe Pensen.

Region Süd: Bulle und La Tour-de-Trême: 1,81 Vollpensum; Marly: 2 halbe Pensen und Unterrichtseinheiten in einigen Schulkreisen: 12 Einheiten in Villaz-St-Pierre und 5,35 in Châtel-St-Denis.

Kurse zu zwei bis vier wöchentlichen Lektionen werden einzeln oder in Gruppen in allen Schulkreisen mit fremdsprachigen Kindern erteilt.

4.6 Konferenz der Schulinspektorinnen und Schulinspektoren

Im Schuljahr 2003/04 haben die französischsprachigen Inspektorinnen und Inspektoren 30 Vollversammlungen und mehrere Sitzungen in den Untergruppen abgehalten. Die Konferenz hat zahlreiche Gäste für Austausch und die gegenseitige Information empfangen. Sie hat auf verschiedene Vernehmlassungen geantwortet: Schulkalender, Sprachenkonzept, neue Stundentafel der Orientierungsschule, Selbstbeurteilung der Projektschulen, Empfehlungen über die Weiterbildung, Berufseinführung, Westschweizer Rahmenlehrplan (PECARO), Reglement über das Lehrpersonal, das der EKSD untersteht. Die neue Organisation der Schulinspektion wurde eingerichtet; die Region Süd hat Büros in Romont und die Region Nord in Freiburg. Die Schulkreise sind neu in 8 (6) Inspektoratskreise eingeteilt.

Hauptthemen: gemeinsame Überlegungen, Ausbildung, Informationen, Behandlung administrativer und organisatorischer Gegenstände, Vorbereitung der Information über die Einführung eines Konzepts «Inspektion 2004» für Lehrpersonen, Behörden und Eltern, Erarbeitung der Unterlagen «Cadre de référence et de mise en œuvre des projets d'établissement».

- in Bezug auf die Schülerinnen und Schüler:

Didaktische Besuche des Mathematikunterrichts in der 6. Klasse; Einreichung des Berichts «Projet de principes et de recommandations pour les enfants à haut potentiel».

- in Bezug auf die Lehrpersonen:

Die Planung der Mittwochnachmittage; Erarbeitung der Unterlagen für die didaktischen Besuche des Mathematikunterrichts in der 6. Klasse; Verbesserung des Dokuments «Processus d'évaluation continue des besoins des élèves en difficulté»; Teilnahme an verschiedenen Arbeitsgruppen der EKSD (Dyslexie, Kommission für Stützunterricht und Unterstützungsmassnahmen; Vorbereitung von Musterprüfungen für Französisch in der 6. Klasse); Verfassung des Berichts über die didaktischen Besuche des Mathematikunterrichts in der 3. und 4. Klasse; Schaffung eines Arbeitskonzepts für die FRI-IKT-Ansprechpersonen; Überarbeitung der «enveloppe administrative» mit allen nötigen offiziellen Dokumenten für die Lehrpersonen und ihre Zurverfügungstellung in informatisierter Form auf der Site der Schulinspektion, die in diesem Schuljahr eröffnet wurde; Organisation von 6 Kreissitzungen in Zusammenarbeit mit dem FOA.

- in Bezug auf die Behörden:

Die Arbeit mit der EKSD zur Überprüfung der Änderungen im Ausführungsreglement zum Schulgesetz (RSchG); die Zusammenkunft mit der «Groupe interprofessionnel contre la maltraitance et les abus sexuels sur les enfants et adolescents» (GRIMABU); die Wiederaufnahme der Arbeit über die Schülerbestände im Anschluss an den Auftrag, den die EKSD erteilte; die Sitzungen des Amtes in der Direktion am ersten Mittwoch jeden Monats.

4.7 Weiterbildung

23 Personen haben an einem Kurs zur Auffrischung der Kenntnisse und Kompetenzen in Handarbeit für die 3. bis 6. Klasse teilgenommen.

Zum ersten Mal haben im September im Rahmen des neuen Ausbildungsjahrgangs fünf Primarlehrpersonen die Ausbildung in Schulmediation begonnen; 22 Lehrpersonen der verschiedenen Stufen daran teil. Im November haben 13 Primarlehrpersonen nach zweijähriger Ausbildung am Heilpädagogischen Institut ihren Ausweis als Kleinklassenlehrpersonen erhalten.

4.8 Zusammenkünfte mit den Berufsverbänden

Die EKSD hat zweimal den kantonalen Vorstand der Société pédagogique fribourgeoise francophone (SPFF) empfangen. Das Gespräch drehte sich dabei insbesondere um das Dienstverhältnis der Lehrpersonen (Reglement des Lehrpersonals, die Zusammenarbeit mit den Eltern und den Gemeinden, die PH und die Besoldung der angehenden Lehrpersonen, die Feminisierung des Berufs), den Westschweizer Rahmenlehrplan (PECARO), die Projets d'école, die Lehrmittel, die Schulinspektion, den Sprachenunterricht, die Tage der offenen Tür, die Richtlinien für den Schwimmunterricht.

5. Primarschule, Deutschfreiburg

5.1 Allgemeines

5.1.1 Schulentwicklung

Neues Material für den Geschichtsunterricht

Ein Autorenteam (Historiker, Lehrer) arbeitet an einem neuen Geschichtslehrmittel in drei Bänden für die 4., 5. und 6. Klasse. Der Band für die 6. Klasse ist mit Beginn des Schuljahres 2004/05 erfolgreich eingeführt worden. Im Schuljahr 2005/06 ist die Einführung des neuen Lehrmittels für die 5. Klasse vorgesehen.

Integration der fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler

Das Modell «Classes d'intégration et d'encouragement» der Primarschule Flamatt wurde wissenschaftlich evaluiert. Den Schulbehörden wurde an einem Kolloquium ein Bericht vorgelegt. Beim Gespräch wurde festgestellt, dass es für die Erlangung aussagekräftigerer Daten noch weitere eingehende Studien braucht. Mit der Forschungsstelle der Pädagogischen Hochschule kam man so überein, dass Studierende des Grundstudiums sich im Rahmen ihrer Diplomarbeit mit dem Thema Integration fremdsprachiger Kinder befassen.

Netzwerk Sprachförderung in mehrsprachigen Schulen:

Die Primarschule Schönberg wird ab Schuljahr 2005/06 für zwei Jahre in einem interkantonalen Projekt zur Förderung der Integration fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler mitwirken. Sie wird sich mit einem Entwicklungsprojekt befassen, das die Sprachförderung in den Mittelpunkt stellt.

Forum Schule und Religion

Das neu gegründete Forum ist ein Kooperationsprojekt zwischen dem deutschsprachigen Amt für Unterricht, besonders der Primarstufe, und der deutschsprachigen ökumenischen Kommission der beiden anerkannten Kirchen. Das primäre Ziel des Forums besteht in der Behandlung wichtiger Fragen rund um die religiöse Erziehung der Kinder in der Schule. Es will Lösungen für religionspädagogische und schulorganisatorische Fragen finden.

Evaluation des Lehrplans

Die Arbeit der Expertengruppe für die Anpassung des Lehrplans ist so weit gediehen, dass der revidierte Lehrplan auf Beginn des Schuljahres 2005/06 planmässig eingeführt werden kann. Der Lehrplan enthält neben inhaltlichen Anpassungen auch moderne didaktische und lernpsychologische Aspekte. Neu wird der Lehrplan auch elektronisch greifbar sein.

Förderung der Partnersprache Französisch

Die Anpassung des Französischlehrplans richtet sich stark nach dem Europäischen Sprachenportfolio II. Drei Primarschulklassen sind in die Erprobung dieses Sprachenportfolios einbezogen. Zudem wurde die praktische Evaluation der Sprachkompetenzen nach der 5. und 6. Klasse eingehend untersucht.

5.1.2 Zusammenkünfte mit den Berufsverbänden

Die EKSD ist zweimal mit dem LehrerInnenverein Deutschfreiburg zusammengetroffen. In der ersten Sitzung ging es unter anderem um den Vergleich der Schulkosten der deutsch- und französischsprachigen Schulen und um die Koordination der Integrations- und Unterstützungsmassnahmen. Bei der zweiten Sitzung wurde hauptsächlich über das neue Reglement für das Lehrpersonal und die geplanten Passerellen (Zusatzausbildungen) für Lehrpersonen gesprochen.

5.2 Geografische Verteilung der Klassen

	2003/04		2004/05	
	Klassen	Schüler	Klassen	Schüler
Stadt Freiburg (deutsch)	30	564	31	569
Sense	152	3080	150	3009
Greyerz (deutsch)	3	52	3	55
See (deutsch)	79	1620	79	1623
Total	264	5316	263	5256

5.3 Sprachkurse, Stand am 1. September 2004

Alterswil 1/28; Bösinggen 6/28; Cordast-Guschelmuth 7/28; Courtepin 9/28; Düdingen 12/28; Flamatt: 36/28; Freiburg: 28/28; Giffers-Plasselb-Plaffeien 16/28; Gurmels 7/28; Heitenried: 2/28; Schulkreis Jeuss, Lurtigen, Salvenach 3/28; Kerzers: 23/28; Liebistorf: 5/28; Schulkreis ABGRU; 5/28; Murten 36/28; Schmitten: 14/28; St. Antoni 2/28; St. Ursen 5/28; Tafers 11/28; Wünnewil: 12/28.

5.4 Weiterbildung

Die Lehrpersonen wurden zu den folgenden obligatorischen Kursen angeboten:

- Richtlinien für den Unterricht in heterogenen Klassen
- Vielseitigkeit und Kreativität im Werkunterricht
- Einführung in das Hauswirtschaftsprogramm
- Verstehen und Fördern des Erlernens einer (zweiten) Sprache
- Neue Horizonte mit «Bonne Chance»
- Einführung in das neue Mathematikmaterial «Zahlenbuch 1-4»
- Einführung in das neue Mathematiklehrmittel «Zahlenbuch 5-6»
- Einführung in die neuen Erstleselehrgänge
- Einführung für Lehrpersonen «Deutsch als Fremdsprache»
- Informationssitzung für Werklehrer/innen
- Zusammenkünfte der Schulleiter/innen
- Weiterbildungsforum der schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen.

5.5 Konferenz der Schulinspektorinnen und Schulinspektoren

Die Konferenz hat 15 Sitzungen abgehalten, an denen sie sich mit folgenden Geschäften befasste:

In Bezug auf die Schüler/innenschaft

- Heilpädagogisches Angebot in der Primar- und Orientierungsschule
- Neuorganisation der medizinischen Untersuchungen in KG und PS
- Massnahmen für schwer verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche: Vernehmlassung
- Überarbeitung des Schulzeugnisses: Erprobung, Evaluation, Ausführungsbestimmungen
- Förderangebot für Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen: Kinder mit geistiger oder körperlicher Behinderung und überdurchschnittlich begabte Kinder

In Bezug auf die Lehrer/innen

- Weiterbildung von Lehrpersonen / Reglement zur Anerkennung von Abschlüssen: Vernehmlassung
- Konzept für die Begleitung von Lehrpersonen, die neu in den Beruf einsteigen: Vernehmlassung
- Reglement über das Lehrpersonal: Vernehmlassung
- «Passerellen»: zertifizierte Zusatzausbildung für Lehrpersonen
- Umsetzung des Konzepts «FRI-IKT»: Ausbildung der Ansprechpersonen

- obligatorische und freiwillige Weiterbildung der Lehrpersonen

In Bezug auf den Unterricht

- Ethik an der Orientierungsschule – Lehrplan
- Neue Wege in der frühen sprachlichen Förderung von Migrantenkinder
- Förderung der Standardsprache in Kindergarten und Primarschule / Leseförderung
- Erstleselehrgang: Öffnung des Lehrmittelangebots
- ELF – Erweiterte Lernformen im Unterricht in der Primarschule
- Erarbeitung eines Übergangslehrplans für die Primarschule
- Kernbereiche der Schulentwicklung: Abschluss Entwicklungsplan

In Bezug auf Schule im Allgemeinen

- Öffentlichkeitsarbeit und Nutzung des Internets für die Konferenz
- Aufgaben und Kompetenzen der Schulleitungen auf Primarstufe
- Konzept Schulversuch Basisstufe
- Behandlung von Fragen zu Schule und Religion
- Koordination mit der Lehrmittelverwaltung

5.6 Kleinklasse

Im Schuljahr 2004/05 werden 12 Kleinklassen (2003/04: 12) geführt, und zwar in Düdingen 3, Schmitten 2, Flamatt 2, Kerzers 4, Murten 1. In Murten wurde eine Kleinklasse aufgehoben und in eine Stelle HSU (Heilpädagogischer Stützunterricht) umgewandelt. In Düdingen gilt die Einführungsklasse, die auch so genannte lernbehinderte Schülerinnen und Schüler betreut, neu administrativ als Kleinklasse. Nach dem teilweisen Wechsel in Murten zum Heilpädagogischen Stützunterricht (HSU) sieht das Angebot des HSU jetzt wie folgt aus: Gesamthaft 21,3 Vollzeitstellen (2003/04: 20,11) sind auf folgende Schulkreise verteilt: ABGRU, Alterswil, Bösing, Brünisried, Cordast-Guschelmuth, Courtepin, Freiburg, Freiburg FOS, Giffers, Gurmels, Heitenried, Jaun, JLS, Liebistorf, Murten, Plaffeien, Plasselb, Rechthalten, St. Antoni, St. Silvester, St. Ursen, Schwarzsee, Tafers, Ueberstorff, Wünnewil.

6. Orientierungsschule, französischer Kantonsteil

6.1 Allgemeines

Seit Schulbeginn 2004 hat die französischsprachige Orientierungsschule 2 Schulen mehr. Die Schule der OS Saane West hat ihren ersten Jahrgang Schülerinnen und Schüler in Pavillons aufgenommen. Die 153 Schülerinnen und Schüler im ersten Jahr verteilen sich auf 8 Klassen. Die Schülerinnen und Schüler des Greyerzbezirks besuchen

nun entweder die Schule von Bulle oder diejenige von La Tour-de-Trême, welche am 1. Oktober 2004 offiziell eingeweiht wurde. Die OS verzeichnet zum Schuljahrsbeginn 2004 mit 21 (6) neuen Klassen die stärkste Zunahme.

6.2 Bestände nach OS

	2003/04		2004/05	
	Klassen	Schüler	Klassen	Schüler
Belluard	35	730	34	702
Broye	45	912	45	931
Gibloux	18	373	20	412
Glane	38	825	37	845
Greyerz-Bulle	63	1 523	37	815
Greyerz-La Tour/Jaun			39,5	815
Jolimont	37	758	36	764
Marly	25	537	25,5	559
Pérolles	28	593	27	543
Region Murten	9	166	9	147
Saane West			8	153
Vivisbach	22	488	23	479
Total OS	320	6 905	341	7 165

6.3 Sprachklassen und Sprachkurse für ausländische Schülerinnen und Schüler

Zu Beginn des ersten Semesters des Schuljahres gab es 5 (4) Sprachklassen mit 46 (43) Schülerinnen und Schülern. Die Sprachklassen, die oft Aufnahmeklassen genannt werden, gibt es nur in den OS Belluard, Greyerz, Jolimont und Pérolles. In den übrigen Schulen werden die fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler auf die Klassen der verschiedenen Abteilungen verteilt und erhalten Stützunterricht, insbesondere in Französisch.

6.4 Verteilung der Schülerinnen und Schüler nach dem Übertrittsverfahren in die OS

Am Übertrittsverfahren haben 2360 (2282) Schülerinnen und Schüler teilgenommen; 2339 (2256) aus öffentlichen Schulen und 21 (26) aus Privatschulen. Die Verteilung der Schülerinnen und Schüler im Anschluss an das Übertrittsverfahren sah folgendermassen aus:

	Schüler		%	
	2003/04	2004/05	2003/04	2004/05
Progymnasialabteilung	814	872	36,37	36,94
Allgemeine Abteilung	1 031	1 002	46,07	42,45
Realabteilung	393	434	17,56	18,38
Wiederholung der 6. Klasse	9	9	0,39	0,38
Wahl einer anderen Schule	35	43	1,53	1,82

Das Übertrittsverfahren wurde dieses Jahr nicht geändert und wird auch im Frühling 2005 nicht geändert werden. Das Projekt eines neuen Verfahrens, des so genannten Vororientierungsverfahrens, wird neu lanciert. Dabei wurden die Ergebnisse der Vernehmlassung über das im Frühling 2003 eingereichte Projekt und die Schlussfolgerungen des Berichts über ein kohärentes Evaluationssystem in der gesamten obligatorischen Schule berücksichtigt. Der Bericht ist in der Vernehmlassung.

6.5 Schwerpunkte

Die französischsprachige OS wird schrittweise eine neue Stundentafel einführen. Ab Schuljahr 2005/06 ist sie auf die 1. OS-Klasse anwendbar. Diese Einführung wird von Arbeitsgruppen in den Fächern mit geänderter Stundentafelung vorbereitet: Informatik mit der Beherrschung der Tastatur (Schreibmaschinenschreiben), Allgemeinbildung, Geografie, Ethik und Religionskultur für Schülerinnen und Schüler, die vom religionskundlichen Unterricht dispensiert sind.

Die hauptsächliche Neuerung zum Schuljahresbeginn 2004/05 war die Einführung der neuen Französischlehrmittel. Sie war verbunden mit neuen Lehrplänen, kantonalen Zusammenkünften und Teamarbeit in den Schulen.

Die OS bereitet sich auf neue Lehrmittel und eine neue Deutschlernmethode vor; sie wird auf Schuljahresbeginn 2005/06 in der 1. OS-Klasse eingeführt. Die OS hat eine Weiterbildung für Deutschlehrpersonen geschaffen: die Lehrpersonen geben das Gelernte anschliessend an ihren Schulen weiter.

Beim Mathematikunterricht geht die Einführung der neuen Lehrmittel in der 2. OS-Klasse weiter. Um die Kenntnisse und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler nach einem Jahr Arbeit mit dem neuen Lehrmittel zu beurteilen zu können, wurde im Juni mit allen Schülerinnen und Schülern eine kantonale Prüfung durchgeführt.

Das Interesse an Altgriechisch nimmt weiter zu: 240 Schülerinnen und Schüler haben sich im Schuljahr 2004 dafür angemeldet (200 im Jahr 2003, 169 im Jahr 2002), das sind 26,3 % (21,34 % im Jahr 2003 und 20,28 % im Jahr 2002) der 3. Progymnasialklasse.

Die von der Kommission für Musikerziehung in OS (CEMCO) erarbeitete Methode «La musique au cycle d'orientation» wurde auf Schuljahresbeginn 2004/05 im 7. Schuljahr eingeführt: sie stellt die Kontinuität mit der «Méthodologie romande» sicher, die in den KG/PS verwendet wird. Die Musiklehrpersonen der OS führen somit den in der Primarschule erteilten Unterricht kohärent weiter.

19 Schulmediatorinnen und Schulmediatoren, davon 14 der OS, erhielten im Juni 2004 ihr Zertifikat. Ein weiterer Jahrgang mit 20 Lehrpersonen, wovon 8 der OS, hat im Herbst die Ausbildung begonnen; sie dauert zwei Jahre und findet an einem Wochenende pro Monat statt.

Im November konnten 21 Lehrpersonen, davon 7 der OS, die im Heilpädagogischen Institut ausgebildet worden waren, ein Zertifikat für ihre Ausbildung als Werkklassenlehrpersonen entgegennehmen. Die zweijährige Ausbildung wird auch für den Unterricht an der Realabteilung der OS anerkannt.

6.6 Direktorenkonferenz

Die Konferenz der OS-Direktorinnen und OS-Direktoren (CDCO) setzt sich nach den kürzlich erfolgten Ernennungen ganz neu zusammen (siehe Punkt 1.3). Sie ist 2004 zu 26 Sitzungen zusammen gekommen. Sie hat zahlreiche Dossiers behandelt: neue Stundentafel, allgemeine Erziehung und Gesundheitsförderung, Anpassung des West-

schweizer Rahmenlehrplans (PECARO), Bericht über die Schülerinnen und Schüler mit grossen Schwierigkeiten, Berufsberatung, neues Reglement über das Lehrpersonal und Lehrpersonalgesetz, Einführung neuer Lehrmittel und neue Methoden in verschiedenen Fächern (Französisch, Deutsch, Mathematik, Englisch, Musik), Weiterbildung der Lehrpersonen, besonders in Fächern mit Neuerungen, Einführung der Informations- und Kommunikationstechnologien im Unterricht u.a.m. Die CDCO hat aktiv an der Organisation und Durchführung der Prüfungen des Schulabschlussdiploms mitgewirkt.

Die Direktorenkonferenz und die Inspektorenkonferenz sind regelmässig zusammen gekommen, um eine stufenübergreifende Kohärenz zu gewährleisten.

Die CDCO wurde im Zusammenhang mit den laufenden Dossiers mehrmals von der EKS-Direktorin empfangen. Die Konferenz ist zudem mit den deutschsprachigen Direktorinnen und Direktoren, mit dem Vorsteher des Amtes für Berufsberatung und Erwachsenenbildung, der Koordinatorin für die Integration der Migrantenkinder, mit dem Verantwortlichen für die Lehrerbildung, mit einem Vertreter der allgemeinen Erziehung, mit der Vorsteherin des Amtes für Ressourcen, mit dem Verantwortlichen der Sprachaustausche, mit den Mitgliedern der Vereinigung der Eltern von Kindern mit Dyslexie, mit dem Verwalter der kantonalen Lehrmittelverwaltung, mit den Ausbilderinnen und Ausbildern für Mathematik, Deutsch und Französisch zusammengekommen.

6.7 Zusammenkünfte mit den Berufsverbänden

Die EKS-Direktion hat die Einladung der Association des maîtres du CO francophone (AMCOFF) in Zusammenhang mit der Debatte, die sie zum Entwurf der neuen Stundentafel der OS durchgeführt hat, angenommen. Bei dieser Begegnung konnten weitere Fragen angesprochen werden: allgemeine Schulpolitik, erzieherische Werte, Umsetzung und Entwicklung des FRI-IKT-Projekts, Untersuchung der hauptsächlichen Funktionen der OS im Rahmen von EVALFRI – eine Frage, die mit dem Ansehen des Lehrberufs und einer Wiederaufwertung dieser Funktion verbunden ist.

7. Orientierungsschule, Deutschfreiburg

7.1 Allgemeines

7.1.1 Einführung des neuen Mathematiklehrmittels

Die Einführung eines neuen Mathematiklehrmittels wird fortgesetzt. Es ist so aufgebaut, dass die Schülerin oder der Schüler angeregt wird, während des Unterrichts selber nachzuforschen.

7.1.2 Ethikunterricht

Das Angebot eines Ethikkurses für Schülerinnen und Schüler, die vom Religionsunterricht befreit sind, wird erweitert. Besonders wichtig dabei ist, dass die Weiterbildung der Lehrpersonen sichergestellt und für dieses neue Fach ein Unterrichtsprogramm geschaffen wird.

7.1.3 Konzeptualisierung der Gesundheitsförderung

Um die Wirksamkeit der Gesundheitsförderung an den Orientierungsschulen zu verbessern, ist ein umfassendes Konzept erarbeitet worden. Mit diesem Konzept werden die Kern-, Beratungs-, Führungs- und Kooperationsprozesse zwischen der Suchtpräventionsstelle und dem Amt für obligatorischen Unterricht geregelt. Es enthält präzise Qualitätskriterien für schulische Massnahmen der Gesundheitsförderung.

7.1.4 Sprachförderung

Eine neue Arbeitsgruppe «Sprachen» wurde ins Leben gerufen. Sie sorgt unter der Leitung des Inspektorats der Orientierungsschule für eine bessere Koordination und Kooperation zwischen den bestehenden Expertengremien für Sprachförderung. Massnahmen und Entwicklungen im Sprachunterricht sollen neu mehr im Sinne einer integralen Sprachendidaktik angegangen werden.

7.1.5 Terrainanalyse des Realabteilungsstatus

Auftrag und Funktion der Realabteilung als Abteilung mit den leistungsschwächsten Schülerinnen und Schülern sind in Gesprächen mit Direktbetroffenen einer Analyse unterzogen worden. Diese Untersuchung läuft noch. Mittelfristig sollen die Bedeutung und das eigenständige pädagogische Profil dieser Abteilung stärker akzentuiert werden.

7.1.6 Pädagogische Begleitung des integrativen Schulmodells Jaun

Zu Beginn des Schuljahrs 2004/05 ist in Jaun eine eigene OS-Abteilung für die ortsansässigen Schülerinnen und Schüler eröffnet worden. Die Abteilung gehört zur Orientierungsschule La Tour-de-Trême. In pädagogischen Belangen wird sie vom deutschsprachigen Inspektorat betreut. Aufgrund der geringen Schülerbestände in den einzelnen Abteilungen hatte sich ein integratives Organisationsmodell im Gegensatz zum im Kanton Freiburg üblichen getrennten Modell aufgedrängt. Die Erfahrungen mit diesem neuen Modell werden laufend überprüft und eingehend untersucht.

7.2 Bestände der einzelnen Schulen

	Klassen		Schüler/innen	
	2003/04	2004/05	2003/04	2004/05
Stadt Freiburg (deutsch)	21	21	388	367
Sensebezirk				
Düdingen	23	24	441	452
Plaffeien	22	23	352	377
Tafers	23	24	442	462
Wünnewil	20	20	305	312
Gurmels	9	9	174	196
Kerzers	17	17	296	287
Murten	20	22	360	382
Total	155	160	2 758	2 835

Das Übertrittsverfahren hat sich gleich wie im Vorjahr abgespielt. Der Entscheid über die Zuweisung in eine Abteilung gründet auf der Empfehlung der Klassenlehr-

person der Primarschule und auf einer Vergleichsprüfung am Ende der Primarschule. Zudem wird die Meinung der Eltern berücksichtigt.

7.3 Sprachkurse für ausländische Kinder

Es gibt derzeit in den Schulen Deutschfreiburgs keine Sprachklasse. Die Sprachkurse werden in allen Orientierungsschulen in Form einzelner Lektionen erteilt.

7.4 Direktorenkonferenz

Die Mitglieder der Direktorenkonferenz haben sich zu 18 ordentlichen und 4 ausserordentlichen Sitzungen versammelt. Eine Sitzung wurde zusammen mit der CDCO in der neuen Schulanlage des CO du Gibloux in Farvagny durchgeführt. Das wichtigste Thema dieser Sitzung war die Stellungnahme der beiden Konferenzen zur Revision des Reglements für das Lehrpersonal, das der EKSD untersteht. An den ordentlichen Sitzungen waren der Schulinspektor und in der Regel der Amtsvorsteher anwesend. Bei wichtigen Themen wurden Fachleute beigezogen. Die Konferenz setzt sich aus insgesamt 21 Arbeitsgruppen und Kommissionen zusammen.

Schwerpunktmässig behandelte Geschäfte:

- Das neue Zeugnis und seine Einführung
- Das Reglement für das Lehrpersonal, das der EKSD untersteht
- Personalentwicklung in den Orientierungsschulen
- Änderungen in der Sekundarlehrerausbildung an der Universität Freiburg
- Überlegungen zur Weiterbildung in enger Zusammenarbeit mit der PH
- Einheitliche Regelung für die Einführung eines freiwilligen 10. Schuljahrs
- Berufsberatung und einheitliche Regelung der Schnupperlehre
- Stellungnahme zu den Richtlinien der EKSD und der VWD über die Aufnahme der Schülerinnen und Schüler in die Schulen der Sek II und der lehrbegleiteten Berufsmaturität
- Grundsatzdiskussion zum Fachinspektorat
- Handhabung der reglementarischen Grundlagen bei Klasseneröffnungen
- Integration von Schülerinnen und Schülern mit einer Behinderung in Werkklassen
- Stellungnahme zum Bericht «Massnahmen für Kinder und Jugendliche mit schweren Verhaltensstörungen im schulischen Bereich»
- Stellungnahme zum Leitfaden über das empfohlene und subventionierte Informatikmaterial für Orientierungsschulen
- Untersuchung der durchschnittlichen Kosten für eine Schülerin oder einen Schüler im Vergleich mit den ent-

sprechenden Zahlen für den französischsprachigen Kantonsteil

Die Konferenz führte zusätzlich zu den ordentlichen und ausserordentlichen Nachmittagssitzungen zwei ganztägige und eine zweitägige Klausurtagung zu zentralen Fragen durch.

8. Sonderschulunterricht und Schuldienste

8.1 Statistik

	französischsprachig		deutschsprachig		Total	
	2003/04	2004/05	2003/04	2004/05	2003/04	2004/05
Anzahl Schüler/innen	674	689	140	130	814	819
Anzahl Klassen	98	99	23	21	121	120
Schülerdurchschnitt	6,87	7	6,1	6,2	6,72	6,83

Die Sonderschulinstitutionen des Kantons haben 752 (752) Sonderschulplätze. Die Belegung liegt bei über 100 % (819 Kinder).

Fünf Institutionen haben 93 (93) Plätze für interne Schülerinnen und Schüler und nehmen 97 (99) Kinder im Internat auf. Nur eine dieser Institutionen ist zweisprachig (Les Buissonnets). Der Belegungsgrad beträgt bei 100 %.

Freiburger Kinder, die ausserhalb des Kantons platziert sind:

- Deutschfreiburg: 19 (23) (BE)
- Französischer Kantonsteil: 26 (28), davon 23 im Kanton VD; 1 im VS; 1 in BE und 1 in NE

Ausserkantonale Kinder, die im Kanton Freiburg eingeschult sind:

- Deutschfreiburg 1 (1) (BE)
- Französischer Kantonsteil 41 (39) 24 Kinder aus dem Kanton VD; 8 aus NE; 3 aus BE; 1 aus VS und 5 aus GE

8.2 Lehrkörper

Der Lehrkörper zählt 162 (157) französischsprachige und 52 (55) deutschsprachige Lehrpersonen, insgesamt also 214 (212) Lehrer/innen: 58 haben ein volles Pensum, 156 ein Teilpensum und teilen sich umgerechnet 148,72 (150,77) volle Pensen (Deutschfreiburg 30,50 und französischer Kantonsteil 118,22). Die Lehrpersonen, die in den Regelklassen heilpädagogischen Stützunterricht erteilen, sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

186 (181) von 214 (212) Lehrpersonen sind im Besitz eines Sonderschullehrdiploms (86,92 %), im französischsprachigen Kantonsteil sind es 138 Lehrpersonen von 162 (85,19 %) und in Deutschfreiburg 48 Lehrpersonen von 52 (92,31 %).

8.3 Klasseneröffnungen und -schliessungen

Im französischsprachigen Kantonsteil wurde nur eine Klasse eröffnet und in Deutschfreiburg zwei Klassen geschlossen. Die Anzahl Schülerinnen und Schüler in den Institutionen ist stabil.

8.4 Mathematikausbildung

Für die Sonderschullehrpersonen wurden zwei Zusammenkünfte zum Thema «Jeux et savoirs en mathématiques» organisiert. An diesen Treffen wird nach Lösungen für die Schwierigkeiten des Mathematikunterrichts in den Sonderschulen gesucht.

8.5 Integration in der Regelklasse

Die Anzahl integrierter Schülerinnen und Schüler hat stark zugenommen. Im französischsprachigen Kantonsteil führt das Centre éducatif et scolaire de la Glâne (CESG) den Service d'intégration d'enfants handicapés mentaux et physiques à l'école ordinaire nach dem kantonalen Konzept, das im Juni 1999 verabschiedet wurde. Diese Institution wurde vom Kanton und vom Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) für die pädagogische Unterstützung der in die Regelschule integrierten körperlich behinderten Kinder anerkannt. In diesem Schuljahr besuchen von 122 (80) von der IV anerkannte Kindern aus dem ganzen Kanton 13 den Kindergarten, 101 die Primarschule und 8 die Orientierungsschule; sie erhalten (von der IV finanzierten) Stützunterricht, der von Sonderschullehrpersonen erteilt wird. Von 122 Schülerinnen und Schülern sind 16 körperlich und 106 geistig behindert.

Das Institut St. Joseph sorgt für die pädagogische Unterstützung stummer und hörbehinderter Kinder, die ganz oder teilweise in einer Regelklasse der Primarschule integriert sind.

Die sehbehinderten und blinden Kinder, die in der Regelschule integriert sind, werden von Sonderschullehrpersonen des Centre pour handicapés de la vue (CPHV) de Lausanne betreut.

In Deutschfreiburg werden 50 (44) Kinder und Jugendliche im Rahmen des kantonalen Integrationskonzept von der Heimschule Les Buissonnets betreut: 7 (12) im Kindergarten, 29 (24) in der Primarschule und 14 (8) in der Orientierungsschule. Mehrere Kinder mit weiteren Behinderungen oder Verhaltensauffälligkeiten werden integriert: 2 (3) im Kindergarten, 13 (12) in der Primarschule, 13 (9) in den Klein- und Werkklassen und 2 (1) in der Orientierungsschule.

8.6 Die schulpsychologischen, logopädischen und psychomotoriktherapeutischen Dienste

8.6.1 Personal

49 (43) Psychologinnen und Psychologen teilen sich 27,47 (26,51) Vollzeitstellen. 78 (73) Logopädinnen und Logopäden teilen sich 48,49 (47,58) Vollzeitstellen. 24 (20) Psychomotoriktherapeutinnen und Psychomotoriktherapeuten teilen sich 12,3 (9,52) Vollzeitstellen.

8.6.2 Schulpsychologischer Dienst

	Mädchen	Knaben	Total	%
Freiburg Stadt (französisch)	145	228	373	13,2
Freiburg Stadt (deutsch)	54	57	111	12,5
Saane (ohne Stadt)	280	417	697	9,2
Broye	74	144	218	6,9
Glane	52	139	191	7,0
Greyerz	108	203	311	5,9
See (französisch)	54	88	142	14,0
See (deutsch)	147	184	331	11,5
Sense	232	319	551	10,5
Vivisbach	39	60	99	5,3
Total	1 185	1 839	3 024	9,1

Französischer Kantonsteil	2021 (2037) Kinder oder (8,6 %) der Schüler/innen	8,4 %
Deutschfreiburg	1003 (1012) Kinder oder (11 %) der Schüler/innen	10,9 %

Statistische Angaben über den Schulpsychologischen Dienst des Kantons Freiburg für das Schuljahr 2003/04:

Zum ersten Mal seit der Einführung der Statistik über die betreuten Schülerinnen und Schüler ist die gesamte Anzahl betreuter Schülerinnen und Schüler ganz leicht zurückgegangen, beträgt jedoch immer noch über 3000 Kinder; solche Schwankungen erscheinen normal. Viele Tätigkeiten der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen haben im Übrigen nichts mit der Betreuung der Kinder zu tun, so die Unterstützung von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrpersonen. Im Schuljahr 2003/04 haben 213 Beobachtungen im Unterricht, 67 Interventionen im Unterricht und 52 Kriseninterventionen stattgefunden. Die Schulpsychologinnen und Schulpsychologen haben zudem an Zusammenkünften mit anderen Schuldiensten, mit den Inspektorinnen und Inspektoren und mit Kolleginnen und Kollegen teilgenommen. Unabhängig von der Schülerbetreuung wurden ein paar hundert Betreuungsmassnahmen empfohlen.

Der Schulpsychologische Dienst hat in diesem Jahr 3024 Schülerinnen und Schüler oder 9,1 % aller Schülerinnen und Schüler der Kindergärten, der Primarschule, der Klein- und Werkklassen und der Orientierungsschule untersucht und betreut. Im französischsprachigen Kantonsteil betreute er 2021 Schülerinnen und Schüler (8,4 %) und in Deutschfreiburg 1003 Schülerinnen und Schüler (10,9 %).

Die prozentuale Verteilung der untersuchten und betreuten Schülerinnen und Schüler in den verschiedenen Schulstufen ergibt folgendes Bild: Klein- und Werkklassen: 41,09 %, Kindergärten: 14,87 %, Primarschule: 9,64 %, Orientierungsschule: 3,69 % (Progymnasialabteilung: 1,76 %, Allg. Sekundarabteilung: 3,58 %, Realabteilung: 5,83 %, Werkklasse: 16,52 %).

Die prozentuale Verteilung der betreuten Schülerinnen und Schüler nach Bezirken sieht wie folgt aus: Sensebezirk: 10,5 %, Saanebezirk: 10,6 %, Seebezirk: 12,1 %, Glanebezirk: 7,0 %, Broyebezirk: 6,9 %, Greyerzbezirk: 5,9 %, Vivisbachbezirk: 5,3 %.

Von den 3024 betreuten Schülerinnen und Schülern waren 1839 Knaben (60,8 %) und 1185 Mädchen (39,2 %).

Bezogen auf sämtliche Schüler/innen des Kantons waren es 10,8 % der Knaben und 7,3 % der Mädchen.

Von diesen betreuten Kindern wurden 63,5 % von den Lehrpersonen, 26 % von den Eltern und die restlichen von anderen Personen wie Logopädinnen oder Logopäden, Ärztinnen oder Ärzten usw. angemeldet. 42 Schülerinnen und Schüler sind von sich aus mit dem Dienst in Kontakt getreten. Die Anmeldegründe sind das Lernen und Leisten (53 %), Verhalten und Umfeld (45 %) und die eigene Persönlichkeit (32 %), wobei sich die verschiedenen Kategorien kumulieren können. Schulische Massnahmen wurden in 26 % der Fälle empfohlen und pädagogische/pädagogotherapeutische Massnahmen in 16 % der Fälle. Weit häufiger wurden Beratung und Begleitung (33 % der Fälle) und psychologische Stützmassnahmen (40 % der Fälle) empfohlen. 5 % der Fälle erforderten keine besondere Massnahme. Die meisten Fälle werden im laufenden Schuljahr oder nach einem Jahr (83 %) abgeschlossen. Nur in 8 % der Fälle dauert die Betreuung länger als drei Jahre. Die Effizienz dieser Arbeit wird durch die Tatsache bestätigt, dass nur 7 % der Fälle mehr als 20 Stunden Betreuung erfordern.

8.6.3 Logopädischer Dienst

Anzahl während des Jahres betroffener Kinder:

Französischer Kantonsteil	1 743 (1 775) Kinder oder 7,23 % Schülerinnen und Schüler, davon 1043 Knaben und 700 Mädchen
Deutschfreiburg	1 154 (1 134) Kinder oder 12,5 % der Schülerinnen und Schüler, davon 724 Knaben und 430 Mädchen
Total	2 897 (2 909) Kinder oder 8,7 % aller Schülerinnen und Schüler

Verteilung nach Schulstufen:

	französisch	deutsch	Total	%
Vorschule	44	47	91	–
Kindergarten	367	230	597	16,9
Primarschule	1 200	779	1 979	10,0
Klein- und Werkklasse	79	32	111	27,9
Orientierungsschule	53	66	119	1,2
Total	1 743	1 154	2 897	8,7

Davon während des Jahres in Behandlung

Freiburg Stadt (französisch)	146
Freiburg Stadt (deutsch)	65
Saane (französisch, ohne Stadt)	513
Saane (deutsch, ohne Stadt)	20
Broye	106
Glane	130
Greyerz (davon 7 Kinder deutschsprachig)	269
See (französisch)	73
See (deutsch)	226
Sense	445
Vivisbach	75
Total	2 068

Von der IV übernommene Behandlungen

Französischer Kantonsteil	905	(959)	oder 51,9 %
Deutschfreiburg	460	(465)	oder 44,4 %
Total	1 365	(1 424)	oder 47,1 %

8.6.4 Psychomotoriktherapiedienst

Im Schuljahr 2003/04 haben im ganzen Kanton 629 (578) Kinder die Psychomotoriktherapiedienste in Anspruch genommen:

Französischer Kantonsteil	500	(451)	Kinder, wovon 112 Mädchen und 388 Knaben oder 2,07 % (1,9 %) aller Schülerinnen und Schüler.
Deutschfreiburg	129	(127)	Kinder, wovon 28 Mädchen und 101 Knaben oder 1,40 % (1,38 %) aller Schülerinnen und Schüler.
Total	629	(578)	Kinder oder 1,89 % (1,75 %) aller Schülerinnen und Schüler.

Verteilung nach Schulstufe

	fr.	dt.	Total	%
Vorschule	10	0	10	–
Kindergarten	127	34	161	4,56
Primarschule	340	95	435	2,20
Klein- und Werkklasse	15	0	15	3,77
Orientierungsschule	8	0	8	0,08
Total	500	129	629	1,89

Behandlungen, die von der Invalidenversicherung übernommen wurden: 49 oder 7,15 % aller Behandlungen

Verteilung nach Regionen

	Mädchen	Knaben	Total
Freiburg Stadt (französisch)	9	48	57
Freiburg Stadt (deutsch)	4	7	11
Saane (französisch, ohne Freiburg)	39	132	171
Broye	25	46	71
Glane	11	78	89
Greyerz	9	34	43
See (französisch)	1	6	7
See (deutsch)	18	51	69
Sense	6	43	49
Vivisbach	18	44	62
Total	140	489	629

Die Schülerinnen und Schüler werden meistens von den Lehrpersonen (75 %), von den Eltern und oft auf Anraten der Lehrperson oder anderer Fachpersonen (Logopädinnen oder Logopäden, Psychologinnen oder Psychologen, Ärztinnen oder Ärzten) angemeldet. Bei der Invalidenversicherung wird die Psychomotoriktherapie zukünftig nicht mehr als Unterstützungsbehandlung bei schweren Sprechschwierigkeiten (Mitteilung der IV vom 14. Mai 2004) betrachtet. Diese Behandlungen stellen 6 % der von der IV getragenen Behandlungen dar.

75 % der Kinder sind für den Kindergarten und die 1. und 2. Klasse angemeldet. Der Prozentsatz der Anmeldungen nimmt im Laufe der Schulstufen regelmässig ab.

23 Psychomotoriktherapeutinnen und Psychotherapeuten teilen sich 12,05 Vollzeitstellen. Sie behandeln die Kinder in Einzel- und Gruppentherapie und beraten Lehrpersonen und Eltern. Der kantonale Durchschnitt der Dotierung liegt bei einer Stelle auf 2767 Schülerinnen und Schüler.

9. Schüler- und Klassenaustausche

9.1 Allgemeines

In diesem Jahr wurde die Internetsite der Koordination vollständig erneuert. Es gab leicht weniger Teilnehmende am 10. Partnersprachlichen Schuljahr; hingegen hat die Zahl der Einzelaustausche während der Ferien stark zugenommen hat.

9.2 Zehntes Partnersprachliches Schuljahr (ZPS)

Es gab 136 (161) platzierte Schülerinnen und Schüler. Hauptgrund für diese kleine Zahl sind ein Mangel an Anmeldungen aus deutschsprachigen Kantonen und ein Mangel an Aufnahmefamilien und Plätzen in den Schulen. Das Verhältnis zwischen den Deutschsprachigen: 55 (61) und Französischsprachigen: 82 (100) ist nicht gerade ausgewogen. Es gibt immer einen Überschuss an französischsprachigen Schülerinnen und Schülern, die an einem Austausch teilnehmen wollen, was zu einigen Koordinationsproblemen bei der Verteilung der Plätze geführt hat. Die einseitigen Austausche mit Platzierung in einer Aufnahmefamilie und die Austausche mit täglicher Rückkehr an den Wohnort werden immer noch geschätzt. Die Koordination will vorrangig die Förderung der gegenseitigen Austausche verstärken.

9.3 Klassenaustausche

Die Klassenaustausche werden immer noch geschätzt. Das Schuljahr 2003/04 liegt leicht unter dem Jahresdurchschnitt der letzten Jahre: 20 Freiburger Klassen haben sich bei der Koordination angemeldet und an einem Austauschprojekt teilgenommen. Die französischsprachigen Klassen waren am zahlreichsten. Die Koordination hat beschlossen, die Förderung in geeigneter Form zu verstärken.

9.4 Einzelaustausche in den Ferien

Die gezielte Propaganda- und Informationsaktion, die die Koordination im Schuljahr 2003/04 bei den Schulen unseres Kantons umgesetzt hat, war erfolgreich. Die gesamte Beteiligung hat stark zugenommen mit 48 (5) französischsprachigen und 15 (1) deutschsprachigen Platzierten bei insgesamt 92 französischsprachigen und 29 deutschsprachigen Angemeldeten. Das Programm, das von der NW EDK geleitet wird, funktioniert zur Zufriedenheit. Die Koordination hat in Freiburg das 10-Jahr-Jubiläum dieses Projekts, an dem der Kanton aktiv beteiligt ist, gefeiert.

V. Sekundarstufe II

1. Allgemeines

Werner Kull, ab 1997 Vorsteher des Amts für Unterricht der Sekundarstufe II, trat auf den 31. August 2004 in den Ruhestand. Nicolas Renevey, vormaliger Rektor am Kollegium St. Michael, hat seine Funktion übernommen.

1.1 Zweisprachigkeitsangebot

Das vielfältige Immersionsangebot wird weiterhin gut genutzt. Insgesamt 349 (342) Schülerinnen und Schüler absolvieren ein zweisprachiges Programm. Sie verteilen sich auf 10 (10) zweisprachige Klassen, nutzen aber auch das übrige Angebot einer kompletten oder partiellen Immersion. Nach den Prüfungen 2004 wurden 86 (52) eidgenössisch anerkannte Maturitätszeugnisse mit Vermerk «zweisprachig» abgegeben.

1.2 Psychologischer Beratungsdienst

Der Psychologische Beratungsdienst (CPS2) setzt seine Tätigkeit nach den bereits gut eingespielten und die geschaffenen Strukturen bestätigenden Modalitäten fort. Wie schon im vergangenen Jahr wurden die Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in dramatischen Situationen beigezogen. Insbesondere bei einem Selbstmord brauchen die Jugendliche und die Lehrpersonen Unterstützung. In Bulle konnte eine Zweigstelle geöffnet werden. Das CPS2-Team beschäftigt nun drei Personen in einem Beschäftigungsgrad von insgesamt 50 Stellenprozenten. Das Amt hat auch mit den Direktionen der Kollegien zusammen gearbeitet, um ein Hilfsprogramm für Schülerinnen und Schüler mit Schulschwierigkeiten einzurichten. Die Klassenlehrpersonen erhalten eine Ausbildung zur Vermittlung effizienter Arbeitsmethoden. Die Begleitkommission kommt zweimal im Jahr zusammen.

1.3 Mediationsdienst

Die Mediationsdienste sind gut in die Schule integriert. Ihre intensive Beanspruchung beweist, wie notwendig sie sind. Kommunikation und gegenseitige Hilfe zwischen den verschiedenen Diensten funktionieren und sind effizient. Der Zusammenhalt wird gestärkt durch zwei jährliche Treffen, die vom zuständigen Amt der Direktion organisiert werden. Zur Sicherung des Nachwuchses wurde in Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsberatung ein neuer Ausbildungszyklus geschaffen.

1.4 Interkantonales Gymnasium der Region Broye

Der Bau des Interkantonalen Gymnasiums der Region Broye (GYB) geht weiter: der Rohbau steht; fast alle ausgeschriebenen Arbeiten wurden vergeben. Ein Projektkomitee und eine Baukommission mit Vertretern der Kantone Waadt und Freiburg üben die bauherrschaftlichen Verantwortlichkeiten und Kontrollen aus. In der gleichen Zeit wurden die Direktion und der Lehrkörper des Gymnasiums rekrutiert. Der Direktor hat sein Amt im August 2004 angetreten. Dann wurde ein Direktionssteam, zu dem eine Ver-

walterin, eine pädagogische Adjunktin und ein pädagogischer Adjunkt gehören, angestellt. Im Dezember wurden rund zwanzig Lehrpersonen für ein Team bezeichnet, das die Lehrpläne der neuen Schule bereitstellt. Der Aufsichtsrat des Gymnasiums hat das allgemeine Reglement über die Studien- und Prüfungsorganisation gutgeheissen. Das Reglement über die Finanzverwaltung und ein weiteres über das Personal und die Berufsvorsorge werden noch erarbeitet. Im Dezember haben Informationsveranstaltungen für Eltern und künftige Schülerinnen und Schüler im ganzen Einzugsgebiet des GYB stattgefunden. Die Anmeldungen für den ersten Jahrgang müssen bis Anfang 2005 eingereicht werden.

1.5 Interkantonale Zusammenarbeit

Im Rahmen der allgemeinen Schulkoordination nimmt der Vorsteher des Amts für Unterricht der Sekundarstufe II regelmässig an den interkantonalen Zusammenkünften der entsprechenden Ämter der Westschweizer Kantone und des Tessins und der Kantone der Nordwestschweiz teil. Diese Zusammenarbeit betrifft insbesondere die Qualitätskontrolle der Schulen, die Evaluation der Gymnasialausbildung, die Sprachenpolitik sowie die Reform der Handelsmittelschulen und der Diplommittelschule. Auf nationaler Ebene ist der Amtsvorsteher Mitglied des Beirats der Schweizerischen Weiterbildungszentrale (WBZ).

1.6 Aufnahme in die Westschweizer Fachhochschule für Gesundheit und Soziale Arbeit

Die Anwärterinnen und Anwärter konnten die im Bereich Gesundheit verlangten Praktika dank der Organisation und Verwaltung durch die Diplommittelschule (KDMS) absolvieren. Anwärterinnen und Anwärter, die nicht über die erforderlichen Qualifikationen verfügten, konnten diese Lücken in einer modularen Ad-hoc-Ausbildung der KDMS schliessen.

1.7 Kommissionen

1.7.1 Schulkommissionen

Die fünf Schulkommissionen haben die laufenden Geschäfte, insbesondere die Voranschläge, die Aufnahmekapazitäten und die Ausstattung der Schulzimmer, behandelt. Gegebenenfalls wurden bei der Ernennung von Mitgliedern der Schuldirektionen die Kommissionen beigezogen.

1.7.2 Informatik

Die Kantonale Kommission für Information an den Schulen der Sekundarstufe II (KKI) hat ihre Arbeiten mit zwei Unterkommissionen weitergeführt. Diejenige, die mit sich der Technik befasst, erstellt ein Inventar des Materials, bereitet Budgetvorschläge vor, koordiniert die Verfahren der Netzverwaltung, den Erwerb und den Unterhalt der Ausrüstung. Die pädagogische Unterkommission denkt über eine Erneuerung des Informatikunterrichts in den Schulen der Sekundarstufe II nach. Die Kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen (KK-IU), zu der auch der Amtsvorsteher gehört, übermittelt der Finanzdirektion die analysierten Budgetvorschläge.

Im Rahmen des FRI-IKT-Projekts konnten die Lehrpersonen der Sekundarstufe II eine Ausbildung als Ansprechperson oder eine Grundausbildung im pädagogischen Einsatz der Informations- und Kommunikationstechniken absolvieren.

1.7.3 Prüfungen

Die kantonale Prüfungskommission, die für die Maturitätszeugnisse und die Handelsdiplome und KBM zuständig ist, hat die erforderlichen Voraussetzungen für einen reibungslosen Ablauf der Prüfungssession 2004 geschaffen. Sie prüfte die Berichte der Präsidenten der Prüfungskommissionen und suchte nach homogenen Lösungen für aufgetretene Probleme. Der Präsident der Prüfungskommission der Abschlussprüfungen der KDMS hat bei diesen Arbeiten mitgewirkt.

1.7.4 Schüleraustausche

Die Zusammenarbeit zwischen den Ämtern für obligatorischen Unterricht, dem Amt für Unterricht der Sekundarstufe II und der Koordinationsstelle für Sprachaustausche fördert die gegenseitige Information und die allfällige Anpassung der Bedingungen für die Schülerschaft und die Eltern im Sinn des bestmöglichen Aufenthalts.

1.8 Kantonale Kollegien und KDMS

1.8.1 Sparmassnahmen

Im Rahmen des Regierungsprogramms und des Finanzplans für die Legislaturperiode 2002-2006 hat der Staatsrat die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport zu einigen Anpassungen bei der Sekundarstufe II aufgefordert. Zum Schuljahr 2004/05 wurde die Stundentafel der Kollegien um zwei wöchentliche Lektionen gekürzt: eine Stunde Englisch und eine Stunde Sport.

1.8.2 Evaluation der neuen Maturität

Aufgrund der im Herbst 2002 lancierten nationalen Umfrage EVAMAR, bei der der Kanton Freiburg eine erweiterte Untersuchung wünschte, lagen Ende 2004 Zahlen vor. Die Untersuchung dieser Daten muss noch vertieft werden, um allfällige Verbesserungen vorschlagen zu können.

Unabhängig von dieser Untersuchung hat die Rektorenkonferenz der Freiburger Kollegien verschiedene Änderungen der Reglementierung der Gymnasialausbildung vorgeschlagen, die auf eine bessere Verteilung der Fächer auf die Kollegiumsjahre hinzielen. Zudem war es nötig, einige Bestimmungen über die Annahme oder Ablehnung der Maturaarbeiten sowie die Regeln für die Arbeitsweise der Prüfungskommissionen genauer festzulegen.

1.8.3 Reglemente

Diese verschiedenen Massnahmen haben Anpassungen des Reglements vom 15. April 1998 über die Gymnasialausbildung (GAR) und des Reglements vom 17. September 2001 über die Maturitätsprüfungen (MPR) erfordert.

1.9 Vereine

1.9.1 Verein der freiburgischen Mittelschullehrerinnen und -lehrer (VFM)

Die EKS-Direktorin wurde zur Generalversammlung des VFM eingeladen. Zudem ist sie mit dem VFM-Vorstand zusammengekommen. Insbesondere kamen dabei die Bestimmungen über die Sparmassnahmen und die Einführung des neuen Reglements vom 6. Juli 2004 für das Lehrpersonal (LPR) zur Sprache.

1.9.2 Elternvereinigungen

Die französischsprachigen Elternvereine der Kollegien St. Michael und Heilig Kreuz und der deutschsprachige Elternverein der Kollegien der Stadt Freiburg wurden von der EKSD empfangen. Besprochen wurden Fragen im Zusammenhang mit den Schulräumlichkeiten, den Studienreisen und den Mediationsdiensten.

1.10 Weiterbildung der Lehrpersonen

Für Kurse und Seminare, die vorwiegend von der Schweizerischen Weiterbildungszentrale in Luzern (WBZ), vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT), von der Universität Freiburg und intern von jeder Schule organisiert werden, gab es zahlreiche Anmeldungen. Der Bereich Weiterbildung der Pädagogischen Hochschule (PH) hat mehrere Abholkurse organisiert. Die Schulleitbilder fassen in den Institutionen Fuss. Sie werden von den auswärtigen Experten begleitet.

1.11 Rektorenkonferenz der kantonalen Kollegien

Diese Konferenz hat neben den laufenden Geschäften der pädagogischen und administrativen Führung der Schulen insbesondere folgenden Themen behandelt: Evaluation der Gymnasialausbildung; Ausbildung in Kommunikations- und Informationstechniken; Aufnahmebedingungen; Hörverständnisprüfungen in den Fremdsprachen; Eignungstest für das Medizinstudium EMS.

Ausserdem hat sich die Konferenz mit der Direktorenkonferenz der französischsprachigen Orientierungsschulen getroffen.

1.12 Anerkannte und unterstützte Privatschulen

Die Handelsschule des Centre de formation du Sacré-Cœur, in Estavayer-le-Lac, wurde im Schuljahr 2003/04 zum letzten Mal vom Kanton und vom BBT unterstützt. Im Schuljahr 2004/05 werden die drei verbleibenden Klassen (65 Schülerinnen und Schüler) dieser Schule administrativ und pädagogisch dem Kollegium Gambach und ab Herbst 2005 dem Interkantonalen Gymnasium der Region Broye zugewiesen.

1.13 Gesamtbestände

Schülerinnen und Schüler der öffentlichen Schulen der Sekundarstufe II am 1. September 2004:

	Knaben		Mädchen		Total (Schüler, Klassen, Mittel)					
	2003/04	2004/05	2003/04	2004/05	2003/04			2004/05		
Fr.	1 201 = 39,3 %	1 264 = 38,9 %	1 858 = 60,7 %	1 985 = 61,1 %	3 059	140	21,85	3 249	147	22,1
Dt.	421 = 38,3 %	430 = 37,2 %	679 = 61,7 %	726 = 62,8 %	1 100	52	21,15	1 156	54	21,4
Tot.	1 622 = 39,0 %	1 694 = 38,5 %	2 537 = 61,0 %	2 711 = 61,5 %	4 159	192	21,66	4 405	201	21,9

Die Anzahl Schülerinnen und Schüler vergrössert sich weiter, die Anzahl Klassen hat sich bei einer Zunahme um 246 Schülerinnen und Schüler (+5,5 %) um neun Einheiten erhöht. In diesen Zahlen ist die Integration von drei Klassen mit 65 Schülerinnen und Schülern, des Instituts Sacré-Cœur im Kollegium Gambach eingeschlossen. 2004/05 zählten die Schulen der Sekundarstufe II insgesamt 3249 (73,76 %) französischsprachige Schülerinnen und Schüler und 1156 (26,24 %) deutschsprachige Schülerinnen und Schüler. Die Anzahl Schülerinnen und Schüler anderer Kantone und ausländischer Schülerinnen und Schüler beträgt 48 (48).

2. Kollegium St. Michael

Nicolas Renevey, der seit 1996 Rektor des Kollegiums war, wurde auf den 1. August 2004 zum Vorsteher des Amtes für Unterricht der Sekundarstufe 2 ernannt. Sein Nachfolger an der Spitze des Kollegiums wurde der bisherige Abteilungsvorsteher Jacques de Coulon.

2.1 Schülerinnen und Schüler

2.1.1 Bestand

Zu Beginn des Schuljahrs 2004/05 zählte das Kollegium St. Michael 1248 (1218) Schülerinnen und Schüler. Sie verteilen sich wie folgt:

	Schüler/innen		Klassen	
	2003/04	2004/05	2003/04	2004/05
Gymnasium, fr. Abteilung	761	755	35	35
Gymnasium, dt. Abteilung	457	493	21	22
Total	1 218	1 248	56	57

Im Vergleich zum Vorjahr gibt es 30 Schülerinnen und Schüler mehr. Deshalb wurde eine zusätzliche Klasse eröffnet. Die Schülerzahl im deutschsprachigen Gymnasium hat sich erhöht, weil die zweisprachigen Klassen der deutschen Abteilung zugeteilt wurden.

Verpflegung

Schätzungsweise 450 Schülerinnen und Schüler nehmen ihr Mittagessen entweder in der Cafeteria oder in der näheren Umgebung des Kollegiums ein. Die Firma SCOLAREST, Zweigstelle der COMPASS GROUP (Schweiz), hat die Geschäftsführung übernommen. Angeboten werden einfache Speisen. Bei Grossandrang gibt es nach wie vor Platzprobleme. Den Schülerinnen und Schülern, die ein Picknick einnehmen, steht ein Raum mit ungefähr 50 Sitzplätzen zur Verfügung.

Wohnort	2003/04	2004/05
Im Kanton Freiburg	1 207	1 233 Schüler/innen
In anderen Kantonen	11	15 Schüler/innen

2.1.2 Aufnahmen

Ins Gymnasium aufgenommen

(1. Klassen)	284	348 Schüler/innen
(französische Abteilung: 229; deutsche Abteilung: 119)		
(2. Klassen)	11	25 Schüler/innen

2.1.3 Diplome

Im Juni 2004 wurden zum dritten Mal die Maturitätsausweise gemäss MAR-95 (neue Maturität) abgegeben. Insgesamt haben von 277 (257) Kandidatinnen und Kandidaten 272 die Maturitätsprüfung bestanden. Sie verteilen sich wie folgt:

Schwerpunktfach	fr. Gymnasium	dt. Gymnasium	zweisprachig	Total
Griechisch	–	–	–	–
Latein	4	1	3	8
Italienisch	9	2	1	12
Englisch	11	5	–	16
Spanisch	34	7	13	54
Physik und Ang. Math.	16	12	–	28
Biologie + Chemie	21	22	4	47
Wirtschaft und Recht	38	14	8	60
Bildnerisches Gestalten	10	15	9	34
Musik	5	4	4	13
Total	148	82	42	272

2.2 Allgemeiner Schulbetrieb

2.2.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

Französischsprachige Abteilung

Individuelle Treffen der zuständigen Vorsteher mit den Eltern von Schülerinnen und Schülern, die nach dem ersten Semester oder am Jahresende wegen ungenügender Ergebnisse in Schwierigkeiten stecken.

Elternabende im Verlauf der Monate Februar – März 2004, nach den Resultaten des 1. Semesters, für die 1. Klassen. Rund 80 % der Eltern waren anwesend.

Für die 2., 3. und 4. Klassen wurden individuelle Treffen auf Anfrage der Eltern oder der Schülerinnen und Schüler organisiert.

Anfang September 2004: Informationssitzungen für die Eltern der Schülerinnen und Schüler der 1. Klassen: Vorstellung der Ausbildung (Ziele, Programme, Methoden) durch die Vorsteher.

Die Vorsteher haben an der Generalversammlung des Elternvereins teilgenommen. Im Anschluss an die Generalversammlung hielt Jacques de Coulon ein Referat.

Der Rektor und die Vorsteher haben das Komitee des Elternvereins getroffen.

Deutschsprachige Abteilung

Elternabende im Februar für die 1. und 2. Klassen. Die Eltern der Schülerinnen und Schüler waren zahlreich anwesend. Ende Juni wurden die Eltern der zukünftigen Gymnasiastinnen und Gymnasiasten zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Ausserdem fanden individuelle Treffen der Vorsteher mit den Eltern von Schülerinnen und Schülern zur Besprechung konkreter Probleme statt.

Die Vorsteher haben an der Generalversammlung des Elternvereins teilgenommen. Der Rektor und die Vorsteher haben ausserdem die beiden Ko-Präsidenten zur Besprechung anstehender Probleme getroffen.

Der Rektor hat an den Sitzungen der Schulkommission teilgenommen.

2.2.2 Lehrkörper

Im September 2004 zählt das Kollegium St. Michael 161 (159) Lehrpersonen; davon sind 46 Frauen und 115 Männer (104,89 Vollzeitstellen im Voranschlag 2004). Zu Beginn des Schuljahres 2004/05 waren es 102,59 Vollzeitstellen bei 2429 Unterrichtsstunden.

6 Lehrpersonen gingen vorzeitig in den Ruhestand, und 14 weitere verliessen das Kollegium am Ende des Schuljahres.

22 Lehrpersonen wurden neu angestellt, davon 14 für weniger als 12 und 8 für mehr als 12 Wochenstunden.

2.2.3 Kulturelle, erzieherische und sportliche Anlässe

Die kulturellen Anlässe wurden von den Vorstehern, in Zusammenarbeit mit den beiden Kulturkommissionen, je eine für die deutsch- und eine für die französischsprachige Abteilung, geplant und organisiert.

Die wichtigsten Veranstaltungen waren:

- *«Les Aventures du Roi Pausole»*, Oper von Arthur Honegger in der Aula der Universität Freiburg. Das sehr bekannte Stück von Alfred de Musset *«On ne badine pas avec l'amour»*, inszeniert vom Théâtre des Osses.
- Ein Vortrag von Frau Sandrine Lemaire (Frankreich) zum Thema der Bilder und der Propaganda und im Anschluss daran ein Atelier für eine beschränkte Anzahl Schülerinnen und Schüler. *«Le chêne et le Baobab»*, eine kulturelle Veranstaltung aus Afrika. *«Pétales de marguerite»*, ein poetischer Film, der vom Autor, Daniel Duqué, vorgestellt wurde. Teilnahme am Internationalen Filmfestival in Freiburg (*«Moi et mon Blanc»*, ein Film von S. Pierre aus Burkina Faso, und *«L'Aiguille»*, ein kasachischer Film von R. Nougamanov)
- Die Theatergruppe St. Michael und Heilig Kreuz inszenierte unter der Leitung von Anne Dumas *«On»*, ein

Stück, das von zwei Schülern geschrieben und gespielt wurde (J. Nigito und S. Suarez), und *«Enfer, Damnation ... et Confiture»*, eine Komödie von Pierre Cami. Die Aufführungen fanden an verschiedenen Nachmittagen für die Schüler und am Abend für die Öffentlichkeit statt. Mit der musikalischen Komödie *«Ah Dieu! Que la guerre est jolie»* unter der Regie von Yann Pugin zur Eröffnungsfeier der KDMS klang das Schuljahr aus.

- *«Tingo, Bonnie et co dépendances»*, eine musikalische Tragikomödie, die von der LIFAT organisiert wurde. Die *«One Man Show»* des Freiburger Komikers Laurent Gachoud. Für die Italienisch sprechenden Schülerinnen und Schüler das multimediale Schauspiel *«Il Viaggio di Mirnah»* aus dem Tessin zum Thema Fremdenhass. Und schliesslich *«Le Baiser de la veuve»* des Théâtre des Osses, ein Stück des Amerikaners Israël Horowitz.
- Die Schülerinnen und Schüler aller deutschsprachigen Klassen wurden zu einem Diavortrag über eine Reise durch Asien eingeladen (*«Mit dem Velo durch Asien»*). Die zweiten Klassen hatten Gelegenheit, zwei Filme des Internationalen Filmfestivals in Freiburg zu sehen. Auf dem Programm standen der mexikanische Film *«Amarte Duele»* und der Film *«Moi...et mon blanc»* aus Burkina Faso.
- Ein Höhepunkt des jährlichen Kulturprogramms ist jeweils die Aufführung der Theatergruppe St. Michael, Heilig Kreuz und Gambach. Diesmal stand unter der Regie von Marianne Rohrer das Stück *«Homer brennt»* auf dem Programm, eine Collage aus verschiedenen Werken des französischen Dramatikers Eugène Ionesco. Für die dritten Klassen wurde im Podium in Düdingen das Musical *«Voices»* zur Aufführung gebracht, das zwei Schüler im Rahmen ihrer Maturaarbeit geschrieben hatten.
- Der Organist René Oberson organisierte eine Konzertreihe mit fünf Orgelkonzerten in der Kollegiumskirche.
- Nachdem sie im März ein Konzert an der Kantonsschule in Chur und im Mai zwei weitere Konzerte an zwei Schulen Zürichs gegeben hatten, luden die 34 Mitglieder der Fanfare des Kollegiums am 26. Mai 2004 in der Aula des Lyzeums unter der Leitung von Eric Conus zum Jahreskonzert ein. Ende Schuljahr hatten die Mitglieder der Fanfare den Verlust ihres geliebten Dirigenten zu beklagen.
- Während den Fasnachtsferien führte der Chor des Kollegiums (24 Sängern und Sänger) sein traditionelles Musiklager durch. Zusammen mit dem professionellen Quatuor Vivat aus St. Petersburg gab der Chor drei Konzerte in Freiburg, Neuenburg und St-Légier und lud zu seinem Jahreskonzert in der Kollegiumskirche zusammen mit dem Quatuor Laqué aus Freiburg.

2.2.4 Besonderes Ereignis

Am Donnerstag, 1. Juli 2004, hatte das Kollegium St. Michael die Ehre, den Bundesrat anlässlich seiner jährlichen Schulreise zu empfangen. Der Bundesrat wurde von seinem Präsidenten Joseph Deiss, ehemaliger Schüler, Lehrer und Vorsteher des Kollegiums, geführt.

2.2.5 Schüleraustausche

Einzel austausche: 2003/04 haben 7 Schülerinnen und Schüler der französischsprachigen Abteilung und 14 der deutschsprachigen Abteilung ein Jahr im Ausland verbracht (USA, Deutschland, Australien), und das Kollegium hat 10 ausländische Schülerinnen und Schüler in der französischsprachigen Abteilung und 5 in der deutschsprachigen Abteilung aufgenommen.

Ausserdem haben 5 Schülerinnen und Schüler der 2. Klassen zwei Wochen in einem Zürcher Gymnasium (Stadelhofen) verbracht und im Gegenzug den/die Zürcher Kamerad/in im Kollegium St. Michael empfangen.

2.2.6 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

Die Schülerinnen und Schüler des Ergänzungsfachs «Histoire-Sciences politiques» haben während 3 Tagen an der UNO-Jugendversammlung (SUN) in Genf teilgenommen. In der Auffahrtswoche oder der Woche vor Ostern haben die meisten Schülerinnen und Schüler der 3. Klassen, entweder pro Klasse oder Wahlfachgruppe, Studientage durchgeführt. Zum Beispiel hat eine Gruppe einen Film realisiert, die Schülerinnen und Schüler des Schwerpunktfachs Spanisch besuchten Sevilla, die Schülerinnen und Schüler mit Schwerpunktfach Italienisch fuhren ins Tessin, wiederum andere haben Skitouren unternommen oder das Elsass, Florenz, Malta oder die Provence besucht. Für die 1. Klassen der französischsprachigen Abteilung wurden zwei Thementage über Arbeitsmethoden fürs Studium durchgeführt.

Vor den Osterferien nahmen die 1., 2. und 3. Klassen der deutschsprachigen Abteilung an einer Studienwoche teil; die Schülerinnen und Schüler hatten Gelegenheit, ein spezielles Thema ausführlicher und fächerübergreifend zu behandeln.

Das Kollegium zählte zu Schuljahresbeginn 2004 7 zweisprachige Klassen, 3 im 2. Jahr, 2 im 3. Jahr und 2 im 4. Jahr. Der Besuch der zweisprachigen Klassen führt zu dem den Anforderungen der MAR entsprechenden Prädikat «zweisprachige Maturität».

2.2.7 Unterrichtsreform

Die neue Maturität ist nun in allen Bereichen umgesetzt. Die Maturitätsprüfungen wurden zum dritten Mal nach dem neuen Reglement durchgeführt.

Im Herbst 2004 wurden zum vierten Mal Maturaarbeiten geschrieben: die 300 Schülerinnen und Schüler der 4. Klassen haben in 17 französischsprachigen, 9 deutschsprachigen und 2 zweisprachigen Seminaren Arbeiten zu Themen in den Bereichen Literatur, Malerei, Geschichte, Wirtschaft, Psychologie, Genealogie, Biologie, Naturwissenschaften und Sport verfasst. Die Texte wurden auf Französisch oder Deutsch, ausnahmsweise auch auf Englisch, geschrieben. 36 Lehrpersonen betreuten die Schülerinnen und Schüler.

Nach einem Vortrag von Professor Heinz Wismann im März 2004 traf sich der Lehrkörper am 1. Juni zu einem pädagogischen Workshop zum Thema *Eine zweisprachige Schule*, um über zweisprachige Pädagogik nachzudenken.

2.3 Gebäude, Reparaturen und Unterhalt

Während des Jahres 2004 wurden folgende Arbeiten durchgeführt:

2.3.1 Im Hauptgebäude:

Vollständige Renovation des Sterbezimmers des heiligen Petrus Kanisius; Einbau einer neuen Türe im Foyer der Lehrpersonen; Anbringen einer allgemeinen Informations-tafel (neben der Telefonkabine)

2.3.2 Im Gymnasium:

Vollständige Instandsetzung von fünf Schulzimmern und des Gangs im Parterre

2.3.3 Im Sportzentrum:

Neuausstattung der Materialräume und Anschaffung von neuen Schränken und Sportgeräten; Renovation der Lehrerzimmer

2.3.4 In der Kirche:

Einrichtung einer neuen Beleuchtung an der Decke, in der Vorhalle und den Seitenkapellen, an den Pilastern und über dem Altar; die ganze Beleuchtung des Chors wurde verbessert. Arbeiten am Sandstein der Aussenmauer des Chors

2.3.5 Umgebung:

Nachziehen der Linien auf den Sportfeldern; Anbringen einer allgemeinen Informationstafel

3. Kollegium Heilig Kreuz

3.1 Schülerinnen und Schüler

3.1.1 Bestand

Zu Beginn des Schuljahres 2004/05 zählte das Kollegium Heilig Kreuz 955 (930) Schülerinnen und Schüler. Sie verteilen sich wie folgt:

	Schüler/innen		Klassen	
	2003/04	2004/05	2003/04	2004/05
Fr. Abteilung	623	636	27	28
Dt. Abteilung	307	319	14	14
Total	930	955	41	42

Verpflegung

Ungefähr 400 Schülerinnen und Schüler essen am Mittag in der Cafeteria des Kollegiums (kleine Verpflegung), in der Mensa von Regina Mundi oder in der Ingenieurschule.

Wohnort	2003/04	2004/05
im Kanton Freiburg	924	952 Schüler/innen
in einem anderen Kanton	6	3 Schüler/innen

3.1.2 Aufnahmen

Neuaufnahmen	244	323 Schüler/innen
--------------	-----	-------------------

3.1.3 Diplome

Im Juni 2004 wurde die Matura zum 3. Mal nach dem Reglement MAR 95 durchgeführt. Im Ganzen haben 228 (201) Kandidatinnen und Kandidaten am Examen teilgenommen; davon haben 217 (191) die Examen bestanden. Hier die Aufteilung:

Schwerpunktfach	Fr. Abteilung	Dt. Abteilung	Zwei- sprachige	Total
Griechisch	7	0	1	8
Latein	12	0	3	15
Italienisch	7	11	1	19
Englisch	12	0	0	12
Spanisch	26	4	8	38
Physik + angew. Math	14	22	0	36
Biologie + Chemie	21	8	6	35
Wirtschaft und Recht	22	20	5	47
Bildnerische Gestalten	6	7	5	18
Musik	0	0	0	0
Total	127	72	29	228

3.2 Allgemeiner Schulbetrieb

3.2.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

In der französischen Abteilung: 22 Elternabende für 15 Klassen: Beteiligung der Eltern 67 %; ein Informationsabend für die Eltern der neuen Schülerinnen und Schüler.

In der deutschen Abteilung: 11 Elternabende für 7 Klassen: Beteiligung der Eltern 72 %; ein Informationsabend für die Eltern der neuen Schülerinnen und Schüler.

Elternvereine: die Leitung hat an zwei Sitzungen der Schulkommission teilgenommen.

3.2.2 Lehrkörper

Im September 2004 zählt das Kollegium Heilig Kreuz 119 (117) Lehrpersonen, davon sind 60 (49) Frauen und 59 (68) Männer. Im Budget 2004 wurden 76,52 (78,05) Vollzeitstellen vorgesehen.

2 Lehrpersonen sind in Pension gegangen.

7 Lehrpersonen wurden neu angestellt, davon 2 für weniger als 12 Stunden und 5 für mehr 12 Wochenstunden.

3.2.3 Kulturelle, erzieherische und sportliche Anlässe

Darbietungen: 3 Theateraufführungen, 2 Filme im Rahmen des «Freiburger Filmfestivals», 2 Schüleraufführungen, 2 Konzerte, das traditionelle Sportfest, Vorträge (Forum über die neue Kantonsverfassung), 2 Ausstellungsbesuche und 2 Fabrikbesuche im Rahmen des Schwerpunktfaches «Wirtschaft und Recht».

Während der Projektwoche wurden folgende Themen behandelt: Ethik und Journalismus, das Lachen, Salsa und Lambada, Pérolles-See, Stress, Fotografie, Konzentration, Ernährung, Tier-Misshandlung, Urwald, Erfinden und Vorstellen eines Märchens, die Medien, Wohlbefinden, Folter und Todesstrafe, Jugendverbrechen, die 4 Elemente, Weltregionen, Romeo und Julia, Freiburger Sagen und Märchen.

3.2.4 Besondere Ereignisse

Verfassen des jährlichen *Sempervivums*; Besinnungstage auf dem Simplon; WINS-Woche (Women in science) für die 3. Klassen.

3.2.5 Schüleraustausche

18 Schülerinnen und Schüler verbrachten einen Sprachaufenthalt in der deutschsprachigen Schweiz, in Australien, in den USA, in Deutschland, in Neuseeland, in Spanien oder in Norwegen. Die Schule nahm 12 Schülerinnen und Schüler aus der Deutschschweiz, aus Deutschland, Österreich, Chile, Schweden und Brasilien auf.

3.2.6 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

Zweisprachigkeit:

4 deutschsprachige Schüler/innen in der französischsprachigen Abteilung,
13 französischsprachige Schüler/innen in der deutschsprachigen Abteilung,
1 zweisprachige 4. Klasse
1 zweisprachige 3. Klasse
1 zweisprachige 2. Klasse

Den Maturitätsausweis mit dem Vermerk «zweisprachige Matura» haben 29 Schülerinnen und Schüler erhalten, 9 deutschsprachige, 20 französischsprachige.

3.3 Gebäude, Reparaturen und Unterhalt

Wegen Raummangels wurde die Aula zur Einrichtung eines Aufgabenraums zweigeteilt.

4. Kollegium Gambach

4.1 Schülerinnen und Schüler

4.1.1 Bestand

Zu Beginn des Schuljahrs 2004/05 zählt das Kollegium Gambach 644 (660) Schülerinnen und Schüler. Sie verteilen sich wie folgt:

	Schüler/innen		Klassen	
	2003/04	2004/05	2003/04	2004/05
fr. Gymnasium	283	289	14	14
dt. Gymnasium	166	165	8	8
Handelsschule fr. Diplom	97	72	5	4
KBM	41	49	2	2
Handelsschule dt. Diplom	39	39	2	2
KBM	22	18	1	1
Kant. Ausbildung Fachangestellte/r für Verwaltung dt. und fr. 12	12	1	1	1
Total	660	644	33	32

Am Anfang des Schuljahrs 2004/05 zählt die unter der Verantwortung des Kollegiums Gambach geführte Handelsschule Sacré-Cœur in Estavayer-le-Lac 65 (61) Schülerinnen und Schüler.

Verpflegung / Internat: die Schule zählt 0 (6) Interne.

Wohnort	2003/04	2004/05	
Im Kanton Freiburg wohnhaft	653	627	Schüler/innen
In einem anderen Kanton wohnhaft	7	8	Schüler/innen
Im Ausland (Austausch) wohnhaft	0	9	Schüler/innen

4.1.2 Aufnahmen

Ins Gymnasium	155	133	Schüler/innen
In die Handelsschule und KBM	(*85	49	Schüler/innen
In den Sekretariatskurs	12	12	Schüler/innen
Total neu aufgenommen	252	194	Schüler/innen

(*) Im Jahr 2003/04 gab es deutlich mehr Aufnahmen in die Handelsschule. Nach der Einführung des neuen Ausbildungsreglements für kaufmännische Angestellte stellten mehrere Betriebe im Herbst keine kaufmännischen Angestellten mehr ein. Die Lage hat sich 2004 wieder normalisiert.

4.1.3 Diplome

Gymnasialmatura

Im Juni 2004 wurden zum dritten Mal Diplome der Gymnasialmatura nach dem Reglement MAR 95 ausgehändigt. 107 (117) Kandidatinnen und Kandidaten haben sich zu den Examen angemeldet, 102 (105) haben sie bestanden. Verteilung:

Schwerpunktfächer	franz.	deutsch	zweisprachig	Total
Griechisch	0	0	0	0
Latein	0	0	0	0
Italienisch	2	2	0	4
Englisch	3	6	0	9
Spanisch	16	5	1	22
Physik u. angew. Math.	0	0	0	0
Biologie u. Chemie	17	0	0	17
Wirtschaft u. Recht	25	24	1	50
Bildnerisches Gestalten	0	0	0	0
Musik	0	0	0	0
Total	63	37	2	102

Handelsdiplom

Von den 56 (55) Kandidatinnen und Kandidaten haben 50 (46) das Handelsdiplom erhalten:

fr. Abteilung	31	(25)
dt. Abteilung	19	(21)
<i>Handelsschule Sacré-Cœur:</i> 17 (18) KandidatenInnen	13	(14)

Kaufmännische Berufsmaturität

Von den 29 (20) Kandidatinnen und Kandidaten haben 28 (19) die Berufsmaturität bestanden. Von der Handelsschule Sacré-Cœur haben von 7 (8) Kandidatinnen und Kandidaten 6 (4) die KBM erfolgreich abgeschlossen.

Kantonale Ausbildung zum/zur Fachangestellten für Verwaltung und Sekretariat FAV:

Von den 10 (14) Kandidatinnen und Kandidaten haben 10 (14) das Diplom erhalten.

4.2 Allgemeiner Schulbetrieb

4.2.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

Zwischen Februar und März 2004 wurden 18 Elternabende für die Eltern der Schülerinnen und Schüler der 1., 2. und 3. Klassen auf Deutsch und Französisch organisiert.

Zwei Informationsabende für die neuen Schülerinnen und Schüler jeder Abteilung haben im Juni 2004 stattgefunden.

Während des Schuljahrs gab es auch zahlreiche persönliche Kontakte zwischen den Eltern und der Direktion (Rektor/Vorsteherin/Vorsteher).

Der Rektor hat zudem an den Sitzungen der Schulkommision teilgenommen.

4.2.2 Lehrkörper

Im September 2004 zählt das Kollegium Gambach 94 (92) Lehrpersonen, wovon 43 (43) Frauen und 51 (49) Männer. Im Budget 2004 waren 59,45 (58,68) Vollzeitbeschäftigungen vorgesehen.

Die Handelsschule Sacré-Cœur zählt 15 Lehrpersonen, wovon 8 Frauen und 7 Männer (= 5,3 Vollzeitbeschäftigungen).

Abschiede: 3 Lehrkräfte (Tod von Emil Schwarzen; Gérard Devanthey konzentriert sein Lehrpensum auf ein einziges Kollegium; Marianne Knübel trat am 31. Dezember 2004 in den Ruhestand).

4 Lehrpersonen sind neu angestellt worden, davon 2 für weniger als 12 Stunden und 2 für mehr als 12 Wochenstunden.

4.2.3 Kulturelle, erzieherische und sportliche Anlässe

Unter anderen haben die Klassen oder Teile davon folgende Anlässe besucht:

- Filme: «Mais im Bundeshaus» von Jean-Stéphane Bron, «Balzac et la petite tailleuse chinoise» von Dai Sije, Filmfestival: «Moi et mon Blanc» von Pierre Yaméogo (Burkina Faso), begleitet von Thema-Tagen für die interessierten Klassen (Vorbereitung auf die Filme, Vorführung, Begegnungen, Gespräche mit den Regisseuren)
- Theateraufführungen und Konzerte: «Médiévaux 2003», gespielt von der Gamb'Art-Truppe; «Lorenzaccio» von Alfred de Musset im Theater Moncor, «Thérèse Raquin» von Emile Zola, im Theater des Osses; Freifachtheater der 3 Kollegien, «Finie la Comédie» von Lorraine Lévy, «La Nonna» von Roberto Cossa, gespielt von der Gamb'Art-Truppe und «Les Reines» von de Normand Chauréte, gespielt von den Ehemaligen der Gamb'Art-Truppe unter der Regie von Sr. A.-

Françoise Hostettler, Solidaritätskonzert im Podium Düdingen, unter der Leitung von P. Ruprecht und J. Berger, «Les Aventures du Roi Pausole» von Arthur Honegger

- Besuche und Ausflüge: Betriebsbesuche in der CAFAG AG und in der JESA AG, Besuche: Freiburger Kantonalbank, Kommunikationsmuseum in Bern, Tierpark, Bezirksgericht Tafers, Fernsehsendung «Arena» in Zürich, Gianadda-Ausstellung in Martigny, Kernkraftwerk Mühleberg, Botanischer Garten
- Thema-Tage: Arbeitsmethoden, interdisziplinäre Tagungen, Bildungstage KBM und für alle Klassen verschiedenste, ansatzweise behandelte Themen, wie z.B. Computermusik, atypische Berufe, Kochkunst, Kino, Euthanasie, Sophrologie und Zeichnen
- Informationssitzungen/Vorträge: Vorstellung der Schwerpunktfächer, Teilnahme der Schülerinnen und Schüler der 3. Gymnasialklassen und der 2. Handelsmittelschulklassen an Berufsinformationen. Job-info, «People with AIDS», Zeugenaussagen, Podiumsgespräch über die neue Verfassung des Kantons Freiburg, Bildungstag in Broc über das Recht auf Arbeit und über das Thema «Unternehmen und Personal», «Tag der offenen Tür» an der Universität Freiburg, Informationen über Austauschmöglichkeiten (Ausland)
- Die Schule organisierte drei aufeinander folgende polysportive und Ski-Sporttage; die Schülerinnen und Schüler nahmen auch an intergymnasialen Wettkämpfen und an anderen von den Sportlehrerinnen und -lehrern organisierten Turnieren teil.

4.2.4 Besondere Ereignisse

Mehrere Schülerinnen und Schüler und Klassen haben Betriebspraktika absolviert.

4.2.5 Schüleraustausche

Dieses Jahr fand kein Klassenaustausch statt.

4.2.6 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

Gymnasiale Maturität

Das grösste Novum der neuen Gymnasialmatura ist sicher die *Matura-Arbeit*. Voraussetzung dafür ist eine solide Betreuung vonseiten der Lehrerinnen und Lehrer in Bezug auf die Themenwahl und die Arbeitsmethoden. Diese Betreuung setzt voraus, dass die Lehrperson bereit ist, neue Wege zu gehen und sich vermehrt und direkter mit den naturwissenschaftlichen und wirtschaftlichen Realitäten auseinanderzusetzen. All dies ist interessant und motivierend, aber es geht nicht von selbst. Im Unterricht von heute kann man sich nicht mehr damit begnügen, nur ein kodifiziertes Wissen zu vermitteln oder neue Erkenntnisse auf herkömmliche Art anzugehen.

Damit jede Lehrperson fähig ist, eine Matura-Arbeit unter den bestmöglichen Bedingungen zu begleiten, haben wir diesem Thema eine spezielle pädagogische Tagung gewidmet. Die beiden eingeladenen Fachpersonen, Bertrand Gay und Peter Bonati, haben zahlreiche Fragen klar und prä-

gnant beantwortet und gleichzeitig nützliche Anregungen gegeben für die bei einer professionellen Betreuung erforderlichen Arbeitsinstrumente.

Kaufmännische Berufsmatura (KBM)

Auf Verlangen der Eidgenössischen Berufsmaturitätskommission hat das Kollegium Gambach die KBM-Lehrpläne in Zusammenarbeit mit dem Kollegium des Südens auf den neuesten Stand gebracht. Im Anschluss an die Einführung des *neuen Rahmenlehrplans für die Berufsmaturität kaufmännische Richtung vom 4. Februar 2003* waren ein paar Anpassungen erforderlich.

Handelsmittelschule

Die Vollzeit-Handelsschule des Kollegiums Gambach ist vom BBT berücksichtigt worden, um am *schweizerischen Pilotprojekt* teilzunehmen, welches die berufliche Praxis in den Vollzeit-Handelsschulen verstärken will. Eine Arbeitsgruppe ist in unserem Kollegium gebildet worden mit dem Ziel, den Anforderungen des BBT gerecht zu werden. Mit diesem Pilotprojekt sollten einige grundlegende Elemente des neuen Reglements für die kaufmännische Berufslehre und die Lehrabschlussprüfungen unter den Bedingungen der Handelsmittelschulen getestet werden können. Der Schwerpunkt liegt deshalb auf der Umsetzung der Elemente in Betrieben und Zwischenbetrieben.

4.3 Gebäude, Sanierung und Anpassung

4.3.1 Gebäude

Das Kollegium hat vier Gebäudekomplexe zur Verfügung: das Hauptgebäude (A), Eigentum der Ursulinenschwestern; 3 Schulzimmer in einem Pavillon im Garten (Eigentum des Staates); 17,5 Schulzimmer in den FOS-Gebäuden (B); das Kollegium verfügt über einen Drittel der Sport-Infrastrukturen der KDMS.

Wie schon in den vergangenen Jahren gibt es zunehmend ein Platzproblem (Raummangel, ungeeignete Ausstattung usw.).

4.3.2 Im Jahre 2004 realisierte Arbeiten

Gebäude A: Durchführung von Installationen in der Aula und Beleuchtungsinstallation im Theatersaal. Installation von Sicherheitsschränken im 1. Stock für die Lagerung von Chemieprodukten.

Gebäude B (FOS): Installation von neuen Tischen und Stühlen in allen noch nicht adäquat ausgerüsteten Klassenzimmern.

«Neues Kollegium»: Vorbereitung auf die Umsetzung des Projekts.

4.3.3 Projekte

In der Zeit bis zum «neuen Kollegium» sollten die *Informatikzimmer* mit der Mindestausrüstung versehen werden (dies betrifft mehrere Spezialzimmer ganz besonders).

«Neues Kollegium»: Der Staatsrat hat dem Grossen Rat eine Botschaft (Nr. 168) über den Erwerb der Liegenschaft

Gambach und einen Kredit für Vorstudien zur Sanierung der bestehenden Gebäude und die Errichtung eines Neubaus vorgelegt. Dieses Dokument wird im Januar 2005 von der parlamentarischen Ad-hoc-Kommission geprüft und anschliessend in der ordentlichen Session des Grossen Rates (Februar 2005) behandelt.

5. Kollegium des Südens

5.1 Schülerinnen und Schüler

5.1.1 Bestand

Zu Beginn des Schuljahrs 2004/05 zählte das Kollegium des Südens 827 (797) Schülerinnen und Schüler. Sie verteilen sich wie folgt:

	Schüler/innen		Klassen	
	2003/04	2004/05	2003/04	2004/05
Gymnasium	586	597	26	27
Handelsschule	79	84	5	5
Diplom	18	18	0	0
KBM	114	128	5	6
Diplommittelschule	114	128	5	6
Total	797	827	36	38

Aufgrund der Anzahl Schülerinnen und Schüler im ersten Gymnasialjahr und in der DMS ist die Anzahl Klassen die gleiche wie 2002/03 (vgl. Punkt 5.1.2 weiter unten).

Verpflegung: im Durchschnitt wurden 250 (240) Mahlzeiten in der Schule eingenommen.

Wohnort	2003/04	2004/05
Im Kanton	790	822 Schüler/innen
In einem anderen Kanton	7	5 Schüler/innen

5.1.2 Aufnahmen

	2003/04	2004/05
Ins Gymnasium	143	176 Schüler/innen
In die Handelsschule	32	50 Schüler/innen
In die Diplommittelschule	42	72 Schüler/innen
Total der Neuaufnahmen	217	298 Schüler/innen

5.1.3 Diplome

Maturitätsausweis

Dritter Jahrgang nach den neuen Maturitätsbestimmungen MAR95.

Von 120 (113) Kandidatinnen und Kandidaten haben 117 (105) die neue Matura bestanden.

Schwerpunktfächer	fr.-sprachig	dt.-sprachig	zwei-sprachig	Total
Griechisch	1	0	1	2
Latein	3	0	0	3
Italienisch	5	0	1	6
Englisch	6	0	0	6
Spanisch	22	0	1	23
Physik und Anwendungen der Math.	6	0	0	6
Biologie + Chemie	29	0	6	35
Wirtschaft und Recht	18	0	3	21
Bildnerisches Gestalten	6	0	0	6
Musik	8	0	1	9
Total	104	0	13	117

Handelsdiplom

Von 29 (19) Kandidatinnen und Kandidaten haben 25 (14) das Diplom erhalten.

Kaufmännische Maturität

Von 12 (9) Kandidatinnen und Kandidaten haben 11 (9) die Berufsmaturität bestanden.

Diplommittelschule

Von 36 (31) Kandidatinnen und Kandidaten haben 36 (31) das Diplom erhalten.

5.2 Allgemeiner Schulbetrieb

5.2.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

- Elternabende im Dezember 2003 für die Eltern der Schüler/innen der 1. Klasse
- Februar 2004: Elternabend für die Eltern der Schüler/innen der 2. und 3. Klassen
- Zahlreiches Erscheinen der Eltern (Treffen mit der Direktion und den Lehrpersonen)
- Zahlreiche persönliche Kontakte (Direktion, Lehrkörper) mit Eltern der Schülerinnen und Schüler bei Problemen jeglicher Art oder bei Neuorientierung
- Informationsabend für die Eltern der zukünftigen Schülerinnen und Schüler der 1. Klasse Anfang Dezember 2004: Präsentation der Ausbildungen (HS-DMS-Gymnasium)

5.2.2 Lehrkörper

Im September 2004 zählte das Kollegium des Südens 103 (105) Lehrpersonen (65,62 Vollzeitstellen im Voranschlag 2004), davon 37 (34) Frauen und 66 (71) Männer.

2 Lehrer sind in den Ruhestand getreten.

6 Lehrer wurden neu angestellt, davon 4 für weniger als 12 Stunden und 2 für mehr als 12 Stunden pro Woche.

5.2.3 Kulturelle, erzieherische und sportliche Anlässe

Die Mehrzahl der kulturellen Aktivitäten wird von der Kulturkommission (OS Greyerz in Zusammenarbeit mit dem Kollegium des Südens) vorgeschlagen. Dazu kommen die von der Lehrerschaft vorgeschlagenen Projekte (Vorträge, Besuche, Thementage usw.).

Es seien insbesondere die folgende Aktivitäten und Veranstaltungen erwähnt:

- Konzerte: Quatuor Janacek; After Shave (Jazz); Trio Wien; Quatuor Hugo Wolf; Marquis de Saxe
- Theater: «*La demande en mariage*» von Tschechov; «*La nuit des assassins*» von José Triana; «*One man show*» von Laurent Gachoud; «*Thérèse Raquin*» von Zola («*Théâtre des Osses*»)
- Filme: «*Ciné-club*» des Kollegiums des Südens, 6 Vorführungen pro Schuljahr; Teilnahme am Internationa-

- len Filmfestival Freiburg (FIFF): «*l'Aiguille*» von Nougmanov Rachid
- Vorträge: Debatte über die neue Freiburger Kantonsverfassung
 - Ausstellungen: «La Liberté de voir» le regard des photographes du quotidien fribourgeois; Mediationsakte; Mittelaltertag; Barcelona; Jubiläum des Kollegiums des Südens; Magasins du Monde; Schülerarbeiten in visueller Kunst
 - Thementage: Besuch des Konzentrationslagers Struthof (Elsass) für die Schülerinnen und Schüler der 3. Stufe; Besuch des Schweizer Parlaments für die Schülerinnen und Schüler der 3. Stufe; Wallfahrt nach Santiago de Compostela; Leserpreis des Kollegiums des Südens

5.2.4 Besondere Ereignisse

Theater-Atelier des Kollegiums des Südens («Compagnie des Longues Fourchettes»), Konzert des «Ensemble instrumental du CS et du CO».

5.2.5 Schüleraustausche

Das Kollegium des Südens bietet 2- bis 7-wöchige Austauschprogramme (Tandem) an. Es bestehen ausserdem Partner-Abkommen mit 8 Gymnasien in Süddeutschland und eines mit der deutschen Schweiz (ZH). Die Austausch mit Grossbritannien (Canterbury) konnten verstärkt werden, da sich ein zweites Gymnasium zu einer Partnerschaft bereit erklärt hat.

13 Schüler haben einen Auslandsaufenthalt von einem bis zwei Monate verbracht.

70 Schüler hatten brieflichen Austausch (via Internet) mit einer Schule in den USA.

Wie letztes Jahr hat das Kollegium des Südens im einseitigen Austausch 7 Schülerinnen und Schüler aufgenommen, davon 5 für das ganze Schuljahr.

5.2.6 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

Zu Schulbeginn 2004 besuchten 84 (68) Schülerinnen und Schüler das zweisprachige Programm. Die in deutscher Sprache unterrichteten Kurse sind: in der 1. Klasse: Einführung in Wirtschaft und Recht; in der 2. Klasse: Physik und Geschichte; und in der 3. und 4. Klasse: Mathematik und Geschichte. Diese Schülerinnen und Schüler werden ihre gymnasiale Ausbildung mit dem in der neuen Maturität vorgesehenen Vermerk «zweisprachig» abschliessen.

6. Kantonale Diplommittelschule (KDMS)

6.1 Schülerinnen und Schüler

6.1.1 Bestände

Zu Beginn des Schuljahrs 2004/05 zählte die KDMS 665 (567) Schülerinnen und Schüler. Sie verteilen sich wie folgt:

	Schüler/innen		Klassen	
	2003/04	2004/05	2003/04	2004/05
Fr. Abteilung				
1. Jahr	195	241	9	10
2. Jahr	131	172	6	7
3. Jahr	131	130	5	5
Dt. Abteilung				
1. Jahr	39	54	2	3
2. Jahr	30	37	2	2
3. Jahr	41	31	2	2
Total	567	665	26	29

Von den 665 (567) Schülerinnen und Schülern sind 156 (134) Knaben.

Verpflegung: Ungefähr 400 (350) Schülerinnen und Schüler essen mittags in der Schule: 300 im neuen Schulrestaurant und 100 in der Cafeteria.

Wohnort	2003/04	2004/05
Im Kanton Freiburg	550	657 Schüler/innen
In einem anderen Kanton	17	8 Schüler/innen

6.1.2 Aufnahmen

Französischsprachige Abteilung:	253	(217)
Deutschsprachige Abteilung:	66	(56)

Insgesamt wurden 319 (273) neue Schülerinnen und Schüler aufgenommen.

Zudem besuchen 47 (48) Erwachsene, die eine Klasse bilden, den Ergänzungskurs für den Eintritt in die Fachhochschule für Gesundheit und Soziale Arbeit (FH-GS).

6.1.3 Diplome

Französischsprachige Abteilung: 114 (89) Schülerinnen und Schüler dieser Abteilung haben nach 3 Ausbildungsjahren ihr Mittelschuldiplom erhalten, wovon 91 (72) Mädchen.

Deutschsprachige Abteilung: 35 (34) Schülerinnen und Schüler dieser Abteilung haben nach 3 Ausbildungsjahren ihr Mittelschuldiplom erhalten, wovon 32 (31) Mädchen.

Ergänzungskurs für Erwachsene: 39 (26) Erwachsene haben das Zertifikat des Ergänzungskurses für die Aufnahme an die FH-GS erhalten, davon 21 (17) Frauen.

6.2 Allgemeiner Schulbetrieb

6.2.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

Folgende Begegnungen haben stattgefunden:

- 13 Elternabende mit der Lehrerschaft, den Schülerinnen und Schülern;
- 2 Informationsabende für die neuen Schülerinnen und Schüler und deren Eltern;
- 2 Informationsabende für die Schülerinnen und Schüler der 3. Klasse der Orientierungsschule und ihre Eltern;
- 2 Orientierungen zur Organisation des Ergänzungskurses für Erwachsene.

Anlässlich der ersten Spezialwoche zum Thema «Gesundheit und Berufsinformation» besuchten die Schülerinnen

und Schüler an die 50 Vorträge und Workshops zur Weiterbildung über Gesundheit, soziale Integration und Erziehung: CIPS in Neuenburg und Lausanne, Pflegeberufe, TOA, Fachhochschule für Soziale Arbeit, Hauspflege, Familienhilfe, Ergotherapie, Ernährungsberatung, Dentalhygiene, Physiotherapie, Radiologie- und Laborberufe, medizinische, pharmazeutische und zahnärztliche Assistenz, Vorbereitungskurs der PH; «Stressbewältigung», Behinderten-Info über Paraplegie und Tetraplegie, SOS – werdende Mütter, Familienplanung, Sozialarbeit und kantonales Jugendamt, Association fribourgeoise d'aide et d'accompagnement psychiatrique.

Die zweite Spezialwoche wurde auf das Ende des Schuljahres gelegt; sie war der Vorbereitung und Organisation der Einweihung der neuen KDMS gewidmet.

Von den 161 Schülerinnen und Schülern des 3. Jahres, haben 75 das neue 12-wöchige Berufsvorbereitungspraktikum für die Aufnahme in die Fachhochschule für Gesundheit absolviert; die anderen Kandidatinnen und Kandidaten aus dem sozialen, medizinisch-technischen und erzieherischen Bereich haben 2 bis 4 Wochen in einer Institution gearbeitet. Zudem hat die Schule 50 Gesundheitspraktika Aussenstehender anerkannt.

Seelsorge, Schulmediation und die psychologischen Berater betreuen Gruppen oder Einzelpersonen; sie beraten Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen und die Erwachsenen des Ergänzungskurses.

6.2.2 Lehrerschaft

Im September 2004 zählte die KDMS 77 (74) Lehrpersonen, davon 40 (42) Frauen und 37 (32) Männer. Im Budget 2004 waren 48,08 (46,78) Vollzeitstellen vorgesehen.

2 Lehrpersonen sind in den Ruhestand getreten

3 Lehrpersonen haben die Schule am Ende des Schuljahres verlassen

9 Lehrpersonen wurden neu angestellt, davon 4 für weniger als 12 Stunden und 5 für mehr als 12 Wochenstunden.

6.2.3 Kulturelle, erzieherische und sportliche Anlässe

Unter anderen wurden folgende Veranstaltungen organisiert, besucht oder angeboten:

- Filme: «Mais im Bundeshaus» von Jean-Stéphane Bron; «Balzac et la petite tailleuse chinoise», von Dai Sijie, im Rex; Teilnahme am Internationalen Filmfestival Freiburg
- Theater, Musik, Gesang, Literatur und Kultur: «Naives hirondelles», von Roland Dubillard, vom Théâtre des Osses; «Jedermann», von Hugo von Hofmannsthal, in der Aula der Universität; «Les Aventures du Roi Pausole», Oper von Arthur Honegger, in der Aula der Universität; Teilnahme an Abonnements-Konzerten, in der Aula der Universität; «On ne badine pas avec l'amour» von Alfred de Musset, im Théâtre des Osses, Givisiez; Konzert des «Marquis de Saxe», Saxophon Quatuor, an der KDMS; 12 Vorstellungen von «Ah Dieu! Que la guerre est jolie...», im Espace Théâtre der KDMS, im

Rahmen zur Einweihung der KDMS, gespielt von der Theatergruppe der KDMS, zusammen mit der Tanzgruppe; Mitwirkung von zwei Schriftstellern, M.-Claire Dewarrat und Sylvie Germain, an einer Debatte mit Schülern; Teilnahme am «Gedenktag» vom 27.01.2004 mit Spezialkursen in Geschichte, hauptsächlich Soziologie, und Ausstellung an der Kantonsbibliothek, «La mémoire – Drame de l'holocauste»; «La suisse de la Médiation dans l'Europe napoléonienne», für alle Klassen, durch die Geschichtslehrer; Salon international du Livre, in Genf; eine Klasse trifft die TSR; Organisation der Ausstellung «Archéologie: quand la génétique s'en mêle...» in Zusammenarbeit mit dem AAKF

- Seelsorge: Besinnungstage in Taizé für einige Schüler und Lehrer; Adventsaktion von den 11 Klassen des 1. Jahres, Besuche, Aktivitäten und Aufführungen in verschiedenen Heimen, Spitälern, Institutionen; intergymnasiale Besinnungstage auf dem Simplon; Fastenopfer in Verbindung mit dem gymnasialen Seelsorgedienst für ein Waisenhaus in Madagaskar
- Verschiedene Tätigkeiten: Information der jungen Erwachsenen durch den Jugendrat über die Nationalratswahlen; eintägige Schulreise an verschiedene Orte der Schweiz der Schülerinnen und Schüler von 19 Klassen des 1. und 2. Klasse; verschiedene Ausstellungen im Museum für Kunst und Geschichte; traditionelle Teilnahme am Schoggitalerverkauf, am Mimosen- und am Orangenverkauf für Terre des hommes; Laborbesuche im Chemischen Institut der Universität Freiburg; verschiedene kommentierte Besuche der Kantonsbibliothek, Aktivitäten der «Freizeitgruppe» der Lehrer: aktive Teilnahme der Lehrer an der «Mittelalter-Woche» in Freiburg; Einweihungsvorstellung im Saal in Villars-sur-Glâne; Ausstellung im Museum Gianadda; Marc Monteleone in La Schurra; Educa 2004, salon de la formation in Genf; Stand HES-S2; Oper «Carmen»; von G. Bizet, in Avenches; Schlussfeier der KDMS im Forum Freiburg, in Anwesenheit der Präsidenten des Grossen Rats und des Staatsrats
- Sport: Orientierungslauf im Wald von Moncor; traditionelle Basketball-, Volleyball- und Fussballturniere sowie Unihockey; Match zwischen Lehrer und Schüler: Fussball und Basketball; Teilnahme einer KDMS-Mannschaft am 24. schweizerischen Volleyballturnier; «Giant X Tour 04»: Intergymnasialer Snowboard-Wettkampf; Winterlager in Montana für die Schülerinnen und Schüler des 2. Jahres; zwei Tage Polysport, mit Ski und Snowboard in Anzère, und verschiedene Sportarten in Freiburg; Leichtathletik und Fussmarsch am Ende des Schuljahrs.

6.2.4 Besondere Ereignisse

Der Direktor nahm teil an den 3 jährlichen Sitzungen der Schulkommission, an den 10 Klassenlehrersitzungen, an den wöchentlichen Sitzungen der Verantwortlichen der Schule sowie an den zahlreichen Kommissions- und Unterkommissionssitzungen im Rahmen der Renovierung und der Erweiterung der KDMS oder an ausserschulischen Sitzungen.

6.2.5 *Austausche*

Einige Klassen des ersten und zweiten Jahres beider sprachlicher Abteilungen haben gemeinsame zweisprachige Lektionen durchgeführt.

Der Sprachenaustausch von insgesamt 30 Jugendlichen hat während des Schuljahres mit dem Kollegium der Berufsvorbereitenden Schule von Zug stattgefunden; von jeder Schule befanden sich 2 Schüler während einer Woche in der Partnerinstitution.

6 Schüler haben ein Aufenthaltsjahr in Deutschland, England oder in den Vereinigten Staaten verbracht.

Das Unternehmen «Tandem» wurde wieder eingeführt: 10 Schülerduos trafen sich ein bis zweimal pro Woche während des ganzen Schuljahres.

6.2.6 *Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit*

Das Verfahren im Hinblick auf eine Zertifizierung «Qualitätsmanagement» wird fortgesetzt.

Während der für die Lehrer organisierten pädagogischen Tagung im November 2004 wurden folgende Themen bearbeitet: Konzept der «offenen Tür», «Qualitätsmanagement» und das «Wohlbefinden» in der Schule.

6.3 **Gebäude, Reparaturen und Unterhalt**

Das Ende der grossen Erweiterungs- und die Renovierungsarbeiten der KDMS wurden im Rahmen der offiziellen Einweihung vom 25. Juni 2004 gefeiert.

In etwa fünf Jahren wurden drei Baukörper errichtet, die sich durch ihre Architektur und Funktion auszeichnen.

Die Umgebungsarbeiten und die Innenausstattung – inklusive Mobiliar, Material, Apparate – sind praktisch abgeschlossen.

Seit Ostern 2004 werden die renovierten Räume des alten Kantonsspitals von Schülern, Lehrern und der Verwaltung genutzt.

Die Einweihung war durch einige Höhepunkte geprägt: Festessen für alle Schüler der KDMS eine Woche vor der Einweihung; offizielle Feier mit anschliessendem Essen für 250 Gäste und die Behörden; Ausgabe einer «Festzeitschrift»; die Theatervorführung mit 200 Schauspielern, Sängern, Musikern, Tänzern und Statisten; der Tag der offenen Tür mit verschiedenen Animationen, freien oder geführten Besichtigungen, mit über 3000 Gästen.

VI. Amt für Universitätsfragen

Das Amt befasst sich sowohl mit den eigentlichen Universitätsfragen als auch mit den Fragen der Hochschulen, die der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport unterstellt sind: Pädagogische Hochschule (PH) und Krankenpflegeschule (KPS). Es ist zudem kantonale Stelle der HES-S2 und befasst sich insofern mit den Geschäften der Freiburger Hochschule für Soziale Arbeit.

1. Universitätspolitik

1.1 Auf kantonaler Ebene

Per Verordnung vom 23. Juni 2004 hat der Staatsrat der Universität die Zuständigkeit für den Bau des Weiterbildungszentrums der Universität übertragen. Vorgängig hat der Staatsrat dem Grossen Rat einen einschlägigen Bericht vorgelegt, den das Parlament in seiner Sitzung vom 16. Juni 2004 zur Kenntnis genommen hat.

1.2 Auf nationaler Ebene

Die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK) hat 2004 fünf Sitzungen abgehalten, an denen sie die folgenden Geschäfte behandelt hat:

- Erneuerungs- und Kooperationsprojekte: Systemanalyse, Leistungsaudit und Entscheidungen über die Weiterführung der Projekte der Vorperiode sowie Entscheidungen über die Finanzierung neuer Projekte in den Jahren 2004-07.
- Indikatorensystem der Schweizer Hochschulen: Besprechung des Expertenberichts und Entscheidung.
- Analytische Buchhaltung: Projektstand.
- Akkreditierungsorgan (OAQ): verschiedene Entscheide auf Akkreditierungsgesuche.
- Bildungsartikel in der Verfassung: Stellungnahme.
- Universitätsmedizin 2008: Diskussion der verschiedenen Modelle und besonders des Berichts der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS).
- Hochschullandschaft Schweiz 2008.
- Strategie 2005-2015 der CRUS.

Die Jahreskonferenz der SUK fand am 24. und 25. Juni 2004 in Lugano statt. Unter dem Vorsitz von Staatssekretär Charles Kleiber wurde der Bericht der Projektgruppe über die Hochschullandschaft 2008 vorgestellt und diskutiert.

Die EKS-Direktorin ist Mitglied der SUK und der Projektgruppe Hochschullandschaft 2008. Die Amtsvorsteherin ist Mitglied der Konferenz der Amtsvorsteher (fünf Sitzungen 2004). Sie hat zudem an den Evaluationsbesuchen der Innovations- und Kooperationsprojekte sowie an der Ad-hoc-Gruppe über die Finanzierungsmodelle für die Hochschulen teilgenommen.

Die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport hat sich im Namen der SUK an der WBK-N-Tagung in St. Gallen über

den Änderungsentwurf betreffend die Bildungsartikel in der Verfassung geäussert.

Die Amtsvorsteherin vertritt die SUK beim Stiftungsrat des Einführungskurses für das Hochschulstudium in der Schweiz (3 Sitzungen 2004). 2004 hat sie in der Untergruppe «neue Schule» mitgewirkt.

1.3 Auf interkantonaler Ebene

In Anwendung der Interkantonalen Universitätsvereinbarung vom 20. Februar 1997 hat der Kanton Freiburg 2004 für die Studierenden aus anderen Kantonen 55 332 777 Franken eingenommen und für die Freiburger Studierenden an anderen Schweizer Universitäten 12 616 000 Franken bezahlt. Netto erhielt der Kanton Freiburg somit 42 716 777 Franken (41 148 586 Franken 2003).

1.4 Auf Westschweizer Ebene

Die Conférence universitaire de Suisse occidentale (CUSO) hat am 3. Juni 2004 eine neue Vereinbarung verabschiedet. Sie hat die Organisation der Konferenz geändert und zwei getrennte Räte gebildet: einen politischen Rat und einen akademischen Rat. Der politische Rat ist nun der Conférence intercantonale de l'instruction publique de la Suisse romande et du Tessin (CIIP) angeschlossen und wird von deren Präsidentin oder Präsident, Vize-Präsidentin oder Vizepräsident präsiert. In diesem Rahmen wurde eine Vereinbarung über weiterführende interuniversitäre Ausbildungen (Master of advanced studies) unterzeichnet.

Der Fortgang der interuniversitären Zusammenarbeit im BeNeFri-Netz wird durch die Erziehungsdirektorin und die Erziehungsdirektoren der Kantone Bern, Neuenburg und Freiburg und die Rektoren der drei Universitäten sichergestellt. 2004 wurden drei Sitzungen abgehalten. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Entwicklung von Projekten geschenkt, die vom Bund unterstützt werden, und den neuen Projekten, für die eine weitere Finanzierung beantragt wurde. Das Netz hat von einer sehr positiven Beurteilung im Rahmen der Evaluation der Erneuerungs- und Kooperationsprojekte der SUK profitiert. Der Bund hat so 6,4 Millionen Franken für die BeNeFri-Projekte in der Periode 2004-07 gewährt. Die Umsetzung der Bologna-Reform in den drei Universitäten des Netzes und die Kooperation im Hinblick auf die gemeinsamen Masters stehen ebenfalls im Vordergrund. Zwei Fächervereinbarungen, eine in Erdwissenschaften und eine in Informatik wurden unterzeichnet. Die Vereinbarung «Enseignement de droit en langue italienne» wurde aufgehoben, nachdem dieses Lehrangebot an der Universität Bern nicht mehr besteht.

2. Lehrerbildung

Die pädagogische Bildungskonferenz hat unter dem Vorsitz der IKS-Direktorin 3 Sitzungen abgehalten, und ihr Büro ist ebenfalls zu 3 Sitzungen zusammengekommen. Sie hat die folgenden Geschäfte behandelt: Änderungen in Verbindung mit dem neuen Bundesgesetz über Berufsbil-

derung; Zwischenbilanz des Projekts FRI-IKT und Umsetzung der Bologna-Deklaration bei der Sozialpädagogik.

Der Leitungsausschuss für die allgemeine Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen der Pädagogischen Hochschule und der Universität hat 2 Sitzungen abgehalten, an denen er die folgenden Geschäfte behandelt hat: Projekt einer gemeinsamen Information über die Lehrerbildung im Kanton, Ausbildung der Studierenden der beiden Schulen in der Integration der Informations- und Kommunikationstechnologien im Unterrichtswesen, Untersuchung der Möglichkeiten eines Angebots von Passerellen zwischen der PH und dem Departement für Erziehungswissenschaften der Universität.

Die Amtsvorsteherin ist Mitglied der PH-Kommission (siehe VIII. Kapitel) und der interfakultären Kommission der Lehrerbildung der Universität. 2004 hat diese Kommission sich hauptsächlich mit der neuen Studienorganisation der Lehrdiplome der Sekundarstufen I und II befasst.

Die deutschsprachige Abteilung der universitären Lehrerinnen- und Lehrerausbildung ist nun im Anerkennungsverfahren für ihr Diplom für die Sekundarstufe I; im Herbst haben Experten die Ausbildung besucht. Sie hat zudem das Dossier zum Anerkennungs-gesuch für das Diplom für die Sekundarstufe II vorbereitet, das die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport bei der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) einreichte. Die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport verfolgt im Übrigen das Anerkennungsverfahren für das Diplom in schulischer Logopädie des Heilpädagogischen Instituts der Universität.

3. Fachhochschule

3.1 Ausbildungen Gesundheit – Soziales auf FH-Ebene

Die EKS-Direktorin vertritt den Kanton Freiburg im Strategieausschuss der Haute Ecole spécialisée santé-social de Suisse romande (HES-S2).

Der Ausschuss hat 6 Sitzungen abgehalten; alle zusammen mit dem strategischen Ausschuss der HES-SO. Im Wesentlichen wurden dabei die folgenden Geschäfte behandelt: nationale Koordination der FH, verschiedene Finanzierungsdossiers, Status der Dozierenden, Umsetzung des Masterplans, F&E und Nachdiplomaausbildungen, Umsetzung der Bologna-Deklaration, internationale Austausche, neue interkantonale Vereinbarung: Stand der Arbeiten, Praxisausbildung HES-S2, Gesuch um Anerkennung der Studiengänge, zusätzliche Module im Bereich Gesundheit.

Der kantonale Vertreter HES-S2 sitzt im Führungsausschuss der S2 ein, der sechs Sitzungen abgehalten hat, an denen er Dossiers zu Händen des strategischen Ausschusses vorbereitet und Grundsatzfragen im Zusammenhang mit der Arbeitsweise der beiden Westschweizer FH behandelt hat, insbesondere das FH-Finanzsystem, die Einführung der Bologna-Reform, die praktische Ausbildung, die Harmonisierung der Stellung des Personals sowie die Förderung der Forschung und der Nachdiplomaausbildungen. Im Weiteren arbeitete die freiburgische kantonale

Inстанz in der Nachdiplomaausbildungskommission mit. Für diese Koordinationsarbeiten bezahlt die HES-S2 den Kantonen eine Entschädigung von 25 000 Franken pro Jahr.

Im Kanton gehören zwei Ausbildungsstätten dem HES-S2-Netz an, die Hochschule für Gesundheit Freiburg (HfG-FR; FH-Studiengang Krankenpflege der Krankenpflegeschule, siehe VII. Kapitel, weiter unten) und die Hochschule für Soziale Arbeit Freiburg (HEF-TS; FH-Studiengang Sozialpädagogik).

3.2 Hochschule für Soziale Arbeit Freiburg (HEF-TS)

Im Dezember 2004 hat der strategische Ausschuss zum Gesuch von 2003 positiv Stellung genommen, mit dem die Schule beantragte, ab 2005/06 ebenfalls den Studiengang Sozialdienst anzubieten zu können. Diese Erweiterung des Angebots führt nicht zu einer Erhöhung der Anzahl Aufnahmen.

2004 wurden Arbeiten durchgeführt, um der HEF-TS einen neuen Rechtsstatus zu geben. Die Schule war per Vereinbarung vom 5. Januar 1978 über den Betrieb der Erzieherschule Freiburg zwischen den Kantonen Neuenburg, Waadt und Freiburg, die am 11. Mai 1982 auf den Kanton Jura erweitert wurde sowie auf die Association fribourgeoise des institutions en faveur de la jeunesse inadap-tée ou handicapée (AFIJH), die bis heute Träger der Schule sind, gegründet worden. Aus der Rechtsexpertise ging hervor, dass für die Schule der Status einer öffentlich-rechtlichen Schule geeignet wäre. Auf ein Abkommen-protokoll folgte die Unterzeichnung durch die EKS-Direktorin im Auftrag des Staatsrates einer Vereinbarung, die den Kanton an die Association fribourgeoise des institutions pour personnes handicapées et inadaptées bindet und mit der sich der Staat verpflichtet, unter dem Vorbehalt der Entscheide des Grossen Rates, die gesetzgeberischen Arbeiten zur Gewährung des Status einer öffentlich-rechtlichen Anstalt für die HEF-TS zu besorgen. Der Gesetzesentwurf über die HEF-TS wird dem Grossen Rat 2005 vorgelegt.

3.3 Ausbildungen Gesundheit-Soziales auf Nicht-FH-Ebene

Auf interkantonaler Ebene hat der Bildungsrat Gesundheit-Soziales an der Umsetzung der neuen Ausbildungsmodelle in den Kommissionen des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie, der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren und der Conférence romande de la formation professionnelle mitgewirkt.

Auf kantonaler Ebene koordiniert die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport mehrere Arbeitsgruppen, an denen die betroffenen Schulen, die Kreise im Bereich Gesundheit-Soziales und die anderen zuständigen Ämter der Verwaltung beteiligt sind. Die Arbeitsgruppen behandeln die praktische Umsetzung der Reorganisierung der Ausbildungen zu Gesundheits- und Sozialberufen, insbesondere: die Organisation der Nicht-FH-Ausbildungen; die Gebäude und Räumlichkeiten der Ausbildungen Gesundheit-Sozia-

les sowie die Berufsmaturität Gesundheit-Soziales und die Fachmaturität.

Die Entwicklung der neuen Berufsgrundausbildungen Gesundheit-Soziales erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem kantonalen Amt für Berufsbildung. Das Jahr 2004 war geprägt von der Zusammenlegung der Studiengänge Pflegeassistent, Familienhilfe und Haushaltsverwaltung im Centre de formation en économie familiale (CEFA) in Grangeneuve. Dieser Umzug wurde von einer Steuerungsgruppe koordiniert, die sich aus Vertreterinnen und Vertretern der drei betroffenen Direktionen (Direktion für Erziehung, Kultur und Sport, Volkswirtschaftsdirektion, Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft) sowie den Direktionen der betroffenen Schulen (Krankenpflegeschule, Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg/Centre de formation en économie familiale und der Hochschule für Soziale Arbeit Freiburg als Beobachterin) zusammensetzte.

VII. Hochschule für Gesundheit – Krankenpflegeschule HfG-FR / KPS

Die Änderungen betreffend die Ausbildungen in den Gesundheitsberufen wurden im Laufe dieses Jahres vorgenommen.

1. Organ

Unter dem Vorsitz der EKS-Direktorin hat der Direktionsrat vier Sitzungen abgehalten und dabei:

- die Rechnung, die Bilanz und den Jahresbericht 2003 geprüft und dem Staatsrat vorgelegt sowie den Voranschlag 2005 geprüft;
- Personal angestellt und Rücktritte zur Kenntnis genommen;
- die Nachfolge des Örtlichen Studiengangsverantwortlichen FH geregelt;
- Kenntnis von den laufenden Geschäften genommen: Gesetz über die Fachhochschule Freiburg (FHFG), Einführung eines Leistungserfassungsblattes für das Lehrpersonal, neuer Ausbildungsort für die Fachangestellten Gesundheit (FAGE);
- die Reglemente über die Individuelle Berufliche Weiterbildung (IBW) und die Zusatzausbildungen (Nachdiplomkurse/Nachdiplomstudien) genehmigt;
- an der Schaffung einer Kommission zur Integration der Ausübenden der neuen Berufe mit Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, kantonalen Ämtern, Ausbilderinnen und Ausbildnern mitgewirkt;

- aufgrund der geringen Bestände bei der TOA-Ausbildung verschiedene potentielle Ausbildungsvarianten geprüft.

Neben seinen statutarischen Aufgaben hat er sich über alle nationalen und westschweizerischen Projekte im Zusammenhang mit den neuen FH- und FAGE-Ausbildungen auf dem Laufenden gehalten.

2. Ausbildungsprogramme

Am 31. Dezember 2004 gibt es in den acht Studiengängen der Krankenpflegeschule insgesamt 477 Studierende, berufsbegleitend Studierende und Lernende. 2004 wurden an zwei Diplomfeiern 153 Diplome und Zertifikate abgegeben.

2.1 Studiengang Pflegefachfrau FH/Pflegefachmann FH: Grundausbildung

Am 25. Oktober 2004 traten 74 Studierende, davon 58 französischsprachige und 16 deutschsprachige, die Ausbildung an; dies ist der dritte Jahrgang im neuen Programm. Der Aufbau des Programms in zwei Ausbildungszyklen (4 Jahre) ist abgeschlossen. Neu wurde als Örtliche Studiengangsverantwortliche Frau Susanna Weyermann-Etter ernannt. Sie hat ihr Amt am 1. September angetreten und folgt auf den zurückgetretenen Herrn Jacques Mondoux. 2004 wurde die Organisation der praktischen Ausbildung mit der Unterzeichnung der Vereinbarungen und Rahmenabkommen durch die Praktikumsorte konsolidiert. Die Ausbildung der Praktikumsbegleitenden ist bei den Partnern der Schule auf grosses Interesse gestossen. Bei diesem wichtigen Geschäft wurde der Ausbildungsstandort Freiburg mit der Bearbeitung der Gesuche um Anerkennung der Lernleistungen der Praktikumsbegleitenden betraut.

2.2 Weitere Krankenpflegeausbildungen («abschliessende» Ausbildungen)

Französisch- und deutschsprachige Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner Niveau II: 2004 wurden 60 Diplome verliehen, davon 12 Diplome mit Vermerk zweisprachig. Im vierten Jahr absolvieren 42 französischsprachige und 12 deutschsprachige Studierende die Ausbildung.

Französischsprachige Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner Niveau II in der berufsbegleitenden Ausbildung für Französischsprachige mit DN I: die einjährige Ausbildung stösst bei den Pflegefachfrauen und Pflegefachmännern DN I und bei ihren Arbeitgebern auf grosses Interesse. Es ist eine Ausbildung in Modulen, die sich an erwachsene Berufsausübende, die oft Familie haben, richtet. 2004, wurden 21 Diplome abgegeben. Für 2005 übersteigt die Zahl der Anmeldungen die verfügbaren Ausbildungsplätze; deshalb ist das Programm auch für 2006 vorgesehen.

2.3 Programm der technischen Operationsassistenten (TOA)

Im September 2004 haben 11 Studierende mit der Ausbildung begonnen, wovon einige die Ausbildung berufsbe-

gleitend absolvieren. Mit den Studierenden der Vorjahre gibt es in der TOA-Abteilung damit 33 Studierende.

Wegen der Erfordernis, die TOA-Ausbildung auf tertiärem Nicht-FH-Niveau in einer höheren Schule einzugliedern, haben die geringe Anzahl Studierende und die mit dieser Abteilung verbundenen Schwierigkeiten die Direktion dazu geführt, eine Zusammenarbeit mit der Ecole Supérieure de la santé in Lausanne ins Auge zu fassen. Gespräche sind im Gange.

2.4 EFZ-Ausbildung / Fachangestellte/r Gesundheit (FAGE)

Im August sind Lehrpersonen und Lernende aus der Krankenpflegeschule Freiburg aus- und im Hauswirtschaftszentrum (HWZ) in Posieux eingezogen.

56 Lernende, verteilt auf drei Klassen, haben das 1. Jahr in einem gemeinsamen Stamm mit den Familienhelferinnen und Haushaltleiterinnen begonnen. Im 2. Jahr sind 61 Lernende, die sich auf drei Klassen verteilen, in der FAGE-Ausbildung. Im 3. Jahr bereiten sich 34 Lernende auf das EFZ FAGE vor. Insgesamt sind 150 Lernende in dieser Ausbildung. Das pädagogische Team ist weiter mit der Schaffung eines Programms für den ersten Auftritt auf dem Arbeitsmarkt beschäftigt. Die Arbeitgeber, mit denen die Partnerschaft durch die Unterzeichnung einer Vereinbarung und die Festlegung der Ausbildungsvergütung (Lernendenlöhne) verstärkt wurde, bereiten sich ebenfalls auf diese neuen Gesundheitsfachleute vor.

2.5 Berufsbegleitendes Programm für französischsprachige Pflegeassistentinnen und Pflegeassistenten («abschliessende» Ausbildung)

Dieses Programm dauert ein Jahr. 46 Personen absolvieren diese Ausbildung. Die meisten üben die Funktion bereits ohne Ausbildung aus, so z.B. in Alterssiedlungen oder in Anlaufstellen für Behinderte und Gesundheitszentren, die Pflegedienstleistungen zu Hause und in Spitälern anbieten. Die Ausbildung schliesst mit dem Pflegeassistenten-Zertifikat ab. Die Pflegeassistentinnen- und Pflegeassistentenausbildung wird zugunsten des neuen EFZ FAGE oder einem anderen Ausbildungsverlauf mit Ausweis aufgehoben.

2.6 Praktika

2004 haben die Studierenden und Lernenden rund 780 Praktika in den verschiedenen Pflegeinstitutionen des Kantons und anderer Kantone absolviert.

3. Zweisprachigkeit

Die zweisprachigen Seminare bieten die Möglichkeit, Berufsthemen in der Partnersprache zu vertiefen und mit Dozierenden verschiedener Abteilungen zu sprechen. Sie sind zudem eine zusätzliche Gelegenheit für einen fruchtbaren Austausch mit den Studierenden der anderen Sprachgemeinschaft. Ausserdem sei bemerkt, dass das neue FH-Programm neu eine zweisprachige Ausbildung umfasst.

4. Anzahl Ausbildungsanwärter/innen und Studienanfänger/innen

Studiengänge/ Programme	Anfragen	berück- sichtigt	Auf- nahmen	Studienan- fänger/innen
FH	115	82	77	74
Niveau II berufsbegl.	30	26	25	23
EFZ – FAGE	280	69	60	56
TOA	30	18	12	11
Pflegeassistentenz	290	111	52	46

5. Veranstaltungen

Die KPS nimmt an verschiedenen Informationsveranstaltungen in den Orientierungsschulen des Kantons teil. Solche Veranstaltungen werden auch in der Krankenpflegeschule selber durchgeführt, wo zudem die folgenden Ausstellungen gezeigt wurden:

- vom 13.02 bis 18.02.: die Ausstellung für Studierende der KPS «Der Bildungsmarkt»;
- vom 19.02 bis 28.03.: die Ausstellung «Von den Genen zum Menschen» über Krebs;
- Treffen zwischen Arbeitgebern und Praktikumsbegleitenden (11.02 / 07.04 / 10.11.04);
- vom 07.12 bis 19.12.04: Foto- und Text-Ausstellung von Studierenden, die ein Praktikum im Ausland (Gabon, Madagaskar, Kanada und Portugal) absolviert haben; mit zwei Präsentationen.

6. Tätigkeiten der angewandten Forschung und Entwicklung (aF&E) und Dienstleistungen

6.1 Forschungs- und Dienstleistungszentrum

Die bisherigen Tätigkeiten der aF&E wurden weiter ausgebaut. Der Schwerpunkt wurde dabei auf die Strukturen des Forschungs- und Dienstleistungszentrum (FDZ) gelegt. Die Forschenden waren mit den folgenden Tätigkeiten beschäftigt:

- 10 Publikationen in Fachzeitschriften;
- 21 wissenschaftliche Vorträge an nationalen und internationalen Kongressen.

Sieben Anwendungen der aF&E wurden bei «DORE» und «RECCS» (Réseau d'étude des zones frontières (confins) entre la santé et le social) eingereicht.

Im Rahmen von Austausch kamen Kontakte mit elf schweizerischen und ausländischen Institutionen zustande.

Sämtliche Informationen des Zentrums sind auf der Site (www.heds-fr.ch/crp) einsehbar.

Ein Forscher wurde als externer assoziierter Professor an die Universität Laval in Québec berufen.

6.2 Weiter- und Nachdiplomausbildungen

Das Angebot der Weiter- und Nachdiplomausbildung richtet sich an Fachleute der Institutionen für Gesundheit und Soziales sowie die Dozierenden der FH-Ausbildungsstätten; die Kurse haben zum Inhalt:

- die Weiterbildung der Pflegeassistierenden:
 - Pflege von Demenzpatienten
 - Essstörungen und Prävention.
- die Ausbildung der Fachleute für Gesundheit und Soziales: Projektstudie und Konzeption einer Nachdiplomausbildung in Psychogeriatric.
- die Ausbildung der Praktikumsbegleitenden der Institutionen, die am Aufbau der praktischen Ausbildung im Rahmen der FH Gesundheit und Soziales mitarbeiten: Region BEJUNEFRI und deutschsprachiges Wallis.
- die Ausbildung der Dozierenden der Ausbildungsstätten für Gesundheit HfG-FR und HE-ARC: Entwicklung von Forschungskompetenzen.

Die HfG-FR arbeitet zur Koordination des Weiter- und Nachdiplomabildungsangebots der BEJUNEFRI-Region eng mit den Ausbildungsstandorten für Gesundheit und Soziales der FH und den Gesundheits- und Sozialinstitutionen sowie bei den Nachdiplomabildungen (Langzeitausbildungen) mit den HES-SO-Ausbildungsstandorten zusammen.

6.3 Dienstleistungen

Die Hochschule für Gesundheit Freiburg (HfG-FR) bietet Dienstleistungen an, die den Bedürfnissen der Gesundheits- und Sozialinstitutionen (Gesundheitsinstitutionen, Gemeinwesen, Gesellschaften oder Privatbetriebe) entsprechen. In diesem Jahr betrafen die Dienstleistungen die Pflege und die Ausbildung allgemein. Sie umfassten insgesamt rund 1350 Stunden, die von den Dozierenden der HfG-FR geleistet wurden. Das Forschungs- und Dienstleistungszentrum hat Kontakte aufgebaut mit den kantonalen Gesundheitsnetzen für ältere Menschen, den Betreuungs- und Pflegestrukturen, der Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung, für geistige Gesundheit und der Krankenhauspflege allgemein. Es wirkt so aktiv am Ausbau der institutionellen Aufgaben und der Kompetenzen der professionellen Pflege mit.

7. Informationstätigkeit

Die Information der Öffentlichkeit, der Ausbildungsinteressierten, der Partner der Schule und intern wurde dank der Verstärkung folgender Mittel verbessert:

- KPS-Internetsite (Aufschaltung der Site des Forschungs- und Dienstleistungszentrums);
- KPS-Zeitung OuerTüre, mit einer Auflage von über 1600 Exemplaren;
- zahlreiche Informationsveranstaltungen an verschiedenen Orten über die Ausbildungen.

Zusätzlich zur engen Zusammenarbeit der Schule mit dem Amt für Berufsbildung sind zu erwähnen:

- die Schaffung einer Kommunikationskommission;
- die Präsenz an der Freiburger Messe im Dorf der Berufe.

8. Personalausbildung und Schulprojekt

Vier Dozentinnen haben eine höhere oder universitäre Ausbildung in Erziehungswissenschaften, drei Dozentinnen eine Ausbildung in Erwachsenenbildung abgeschlossen.

Das 2001 erarbeitete Schulprojekt wurde im Hinblick auf eine Umstrukturierung der verschiedenen Studiengänge und ihres Betriebs als getrennte Einheit umfassend überdacht: Sekundarniveau II (ASSC und AS), tertiäres Nicht-FH-Niveau (TOA) und FH-Niveau (Studiengang Pflegefachfrau/Pflegefachmann). Grund dafür war der Umstand, dass die Kompetenzen auf dem Gebiet der Gesundheitsberufe dem Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BTT) übertragen wurden, für die vorher die Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren, vertreten durch das Rote Kreuz, verantwortlich war.

Für das Schulprojekt Gesundheit wurde ein Beitrittsge such zum Schweizerischen Netzwerk Gesundheitsfördernder Schulen eingereicht.

VIII. Pädagogische Hochschule (PH)

1. Allgemeines

Im Jahr 2004 hat die PH ihre Entwicklung weitergeführt. Zu den wichtigsten Aufgaben der Institution gehörten die Vorbereitung des dritten Ausbildungsjahres der Grundausbildung, die Ausarbeitung eines Passerellen-Ausbildungskonzeptes für Lehrpersonen des ehemaligen Lehrerseminars und die Weiterentwicklung der beiden Dienststellen für Forschung.

Die PH-Kommission hat zweimal unter dem Präsidium von Herrn Beat Vonlanthen getagt. Sie hat Fragen in Zusammenhang mit dem Entwurf des Ausführungsreglementes des PH-Gesetzes bearbeitet (insbesondere die Fragen nach dem Status der Ausbilderinnen und Ausbilder).

Im Rahmen des EDK-Anerkennungsverfahrens wurde der freiburgische PH-Ausbildungsgang nach einem ersten positiven Vorentscheid in die Fachhochschulvereinbarung integriert (rückwirkend auf den 1. September 2003). Im November 2004 hat der Direktionsrat der Anerkennungskommission im Hinblick auf den Besuch der Expertengruppe vom 16. und 17. Dezember 2004 weitere Dokumente zur Verfügung gestellt. Der Entscheid sollte im Frühling 2005 fallen. Die erste Diplomierung findet am 14. Juli 2005 statt.

Im Laufe des Jahres 2004 haben alle Dienststellen ihre Informationen nach dem neuen Konzept auf der Internetseite vervollständigt (www.hepfr.ch).

Die Umbauarbeiten wurden fortgesetzt und werden im Jahre 2005 abgeschlossen sein. Dank einem Zusatzkredit von 475 000 Franken konnte ein Auditorium für 70 Personen mit zwei Nebenräumen an der PH-1 geschaffen werden, so dass nun für Vorträge und Seminare geeignete Räume zur Verfügung stehen. Die letzten Arbeiten betreffen das Centre fribourgeois de documentation pédagogique (CFDP) und ein neues Zulassungssystem für alle Gebäude.

Rektor Alexandre Etienne wurde für 2005/06 zum Präsidenten der CDHEP (Conférence des directeurs des HEP de Suisse romande et du Tessin) gewählt.

Als weiteres Zeichen der Aufnahme in den Kreis der Fachhochschulen hat die PH in ihren Räumen mehrere nationale und internationale Veranstaltungen organisiert:

- das Kolloquium JFREM (Journées francophones de recherche en éducation musicale), am 26. und 27. März 2004
- die Vergabe des Preises «Blauer Planet» (der Stiftung Forschung und Entwicklung) für neue Lehrmittel
- die Tagung «Berufseinführung», organisiert von der SKPH-Kommission Berufseinführung (Schweizerische Konferenz der Pädagogischen Hochschulen) am 1. September 2004
- die Bologna-Tagung der Schweizerischen FH-Konferenz, am 24. November 2004

Innerhalb des Kantons hat die PH an verschiedenen Vernehmlassungen teilgenommen. Die Institution hat auch die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates am 10. Dezember 2004 empfangen.

2. Sektor «Grundausbildung»

Bei Schuljahresbeginn betrug die Anzahl der Studierenden 439 Studentinnen und Studenten, welche die Ausbildungsgänge «Vorbereitungskurs» und «Grundausbildung» besuchen.

2.1 «Vorbereitungskurs»

Die Abschlussfeier für den dritten Vorbereitungskurs fand am 2. Juli 2004 statt. 86 Zertifikate, die zum Zugang zum Aufnahmeverfahren für die Grundausbildung berechtigen, wurden ausgestellt (59 in der französischen Abteilung; 27 in der deutschen Abteilung). Bei den Abschlussprüfungen wurden 3 Misserfolge verzeichnet.

Bestand bei Beginn des Schuljahrs 2004:

- franz. Abteilung 88
- dt. Abteilung 33

Zum zweiten Mal wurde eine zweisprachige Klasse geöffnet. Zudem konnte eine Klasse mit Studierenden des Kantons Wallis dank einer finanziellen Vereinbarung mit ihrem Kanton den Vorbereitungskurs besuchen.

2.2 «Grundausbildung»

Die grosse Anzahl Anmeldungen im Frühling 2004 hat den Staatsrat dazu geführt, mit der Verordnung vom 2. Juni 2004 die Aufnahmezahl für das Schuljahr 2004/05 zu beschränken, damit die Qualität der Ausbildung sichergestellt bleibt. Die Anzahl der aufgenommenen Kandidatinnen und Kandidaten entspricht nun der maximalen Kapazität und beträgt:

- franz. Abteilung 90
- dt. Abteilung 40

103 Studierenden besuchen das 2. Ausbildungsjahr (74 Französischsprechende und 29 Deutschsprechende).

85 Studierenden sind in das 3. und letzte Ausbildungsjahr eingetreten (63 Französischsprechende und 22 Deutschsprechende).

Für die Eröffnung des 3. Ausbildungsjahres wurden neue Ausbilderinnen und Ausbilder angestellt, von denen einige als Praxisausbilderinnen und Praxisausbilder tätig sind.

2.3 SLD-Ausbildung

Die in Zusammenarbeit mit der Universität Freiburg organisierte Ausbildung in den Fächern «Hauswirtschaft» und «Technisches Gestalten» konnte dank genügend Einschreibungen nochmals durchgeführt werden.

Die im Herbst 2002 und 2003 aufgenommenen Studierenden besuchen weitere Kurse in der Fach- und fachdidaktischen Ausbildung. Ihr Ziel ist die Erlangung eines Lehrdiploms für den Unterricht auf der Sekundarstufe I.

3. Sektor «Pädagogische Beratung, Forschung und Entwicklung»

3.1 Centre fribourgeois de documentation pédagogique (CFDP)

3.1.1 Dokumentation und Ausleihe

	Anzahl	
Medienbestand	32 500	Titelsätze / 60 600 Exemplare
Katalogisierung	1 900	Titelsätze / 4 500 Exemplare
Ausleihen	85 300	(inkl. Verlängerungen / ohne Erneuerung der Ausleihe)
Eingeschr. Benutzer	3 700	
Aktive Benutzer	1 950	
Neu Benutzer	400	
Besuche/Ausbildungen	20	

Die Anzahl der Ausleihen hat in den letzten Jahren stark zugenommen (von 70 000 im Jahr 2001 bis auf über 85 000 im Jahr 2004). Daneben haben auch zahlreiche andere Dienstleistungen zugenommen, z.B. in der Mediathek (pädagogische und didaktische Beratung, Einführung in die Dokumentationssuche, Farb- und Schwarzweiss-Kopien, Laminierung, Buchbindung usw.) und im Multimedia-Atelier (pädagogische und technische Beratung für die Ton- und Videobearbeitung, Informatik usw.).

3.1.2 Wichtigste Projekte 2004

- Vollständige Überarbeitung der Klassifikation in Geschichte und Durchsicht aller Dokumente in diesem Bereich.
- Ende der rückwirkenden Katalogisierung: alle Dokumente mit Ausnahme der Einzeldias sind im Informatikkatalog integriert.
- Verwaltung der PH-Ressourcen: Integration der Schulbibliothek des Lehrerseminars II, Einrichtung der dezentralen Arbeitsplätze für die Grundausbildung der PH (Didaktische Arbeitsräume und Lesesäle).
- Entwicklung eines zweisprachigen Lesekoffers «La chenille qui fait des trous / Die kleine Raupe Nimmer satt» für die Entdeckung der Partnersprache in den Kindergärten und den ersten beiden Primarklassen. Dieser Koffer ist das Ergebnis einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen den Ausbilderinnen und Ausbildern der PH, dem Didaktischen Zentrum und dem Multimedia-Atelier.
- Schaffung eines pädagogischen Dossiers, das den freiburgischen Archäologiekoffer «Artisanat» ergänzt, der in Zusammenarbeit mit Lehrpersonen und dem Amt für Archäologie des Kantons Freiburg entwickelt wurde.
- Ausstellung über die Illustratorin Catherine Louis vom 2. November bis zum 23. Dezember 2004. Diese Ausstellung war ein grosser Erfolg: 85 Primarklassen haben sie besucht. Auf die offizielle Eröffnung am 12. November folgte die «Lesenacht», die die Studierenden des ersten PH-Ausbildungsjahres, zahlreiche Lehrpersonen und Bibliothekarinnen und Bibliothekare zusammengeführt hat.

3.1.3 Zusammenarbeit

- Die Zusammenarbeit mit den übrigen Dokumentationszentren der Romandie ermöglichte eine gemeinsame Reflexion, wie in Zukunft Fernsehsendungen aufzunehmen sind und wie man mit digitalen Ressourcen in Pädagogik und Wissenschaft umgehen soll. Aus dieser Zusammenarbeit entstand auch ein gemeinsamer Katalog der Zeitschriften.
- Das CDFP arbeitet eng mit dem Dokumentationszentrum der PH-BEJUNE zusammen, was das gemeinsame Bibliothekssystem HORIZON betrifft. Diese Zusammenarbeit wurde dieses Jahr noch erweitert, indem Fernsehsendungen gemeinsam aufgenommen wurden.
- Das CDFP arbeitet auch mit den Berufsverbänden (BBS, Bibliotheken der Fachhochschulen usw.) zusammen, namentlich im Zusammenhang mit der Ausbildung I+DA.

3.2 Didaktisches Zentrum (DZ)

3.2.1 Dokumentation und Ausleihe

	Anzahl
Medienbestand	25 171 Titelsätze / 37 378 Exemplare
Zunahme 2004	991 Titelsätze / 2 217 Exemplare

	Anzahl
Ausleihe	58 509
Eingeschr. Benutzer	3 621
Aktive Benutzer	1 143
Neue Benutzer	234

3.2.2 Hauptaufgaben

- Anschaffungen, Katalogisierung, Ausleihe und Beratung
- Ausbau der Klassensätze im Rahmen der Leseförderung
- Einrichtung eines Lesesaals und von Arbeitsplätzen für die Studierenden der PH
- Verwaltung der PH-Dokumente (Bestellung, Katalogisierung usw.)

3.2.3 Neue Unterrichtsmittel

Ergänzendes Material für den Französisch-Unterricht «Bonne Chance» in der 5. und 6. Klasse.

3.2.4 Kontakte

- Information: Neuanschaffungen, Werkstatt-Unterlagen, Mitteilungen der Abteilungen Bibel-Religion-Lebenskunde-Ethik, Medienerziehung und Informatik waren die Hauptthemen der drei Informationsbroschüren
- Neues Konzept für den Internetauftritt im Rahmen der PH
- Ausstellung für die Klassensätze am Ende der Sommerferien mit Referaten von internen und externen Fachpersonen
- Ausstellung «Blauer Planet» in Zusammenarbeit mit dem CDFP und der Stiftung Forschung und Entwicklung
- Weiterbildungskurse für die Katechetinnen und Katecheten sowie für die Lehrpersonen der folgenden Fächer: Bibelkunde, Religion, Ethik

3.2.5 Ausbildung

Begleitung einer Praktikantin im Rahmen der Ausbildung zur Informations- und Dokumentationsassistentin (Titel: «Informationskompetenz erwerben»).

3.3 Dienststelle Weiterbildung

3.3.1 Freiwillige Kurse

Zum zweiten Mal wurde das Kursprogramm dem gesamten freiburgischen Lehrkörper in einer Übersicht (Kurstitel, Kursleiter, Zielpublikum, Daten) und detaillierter (pädagogische und didaktische Aspekte: Ziele, Inhalt, Bibliografie) auf der Internetseite (www.focofr.ch) angekündigt. Die Kursanmeldungen konnten entweder traditionell mit der Antwortkarte oder online gemacht werden. Dieses Vorgehen wird wieder aufgenommen für die Kurse 2005 mit dem einzigen Unterschied, dass die Website nun in jene der PH integriert ist (www.hepfr.ch/foco).

Die Anmeldungen verteilen sich wie folgt:

1023 Anmeldungen für 66 Kurse im Sommer (Wochen vom 5. bis 19. Juli 2004)

233 Anmeldungen für 18 Kurse während des Schuljahres 2003/04

1069 Anmeldungen für 92 Abholkurse

3.3.2 Ausbildung im Bereich der Sprachen

Sprachenprogramm 2004: 11 Anmeldungen

Intensivprogramm: nur für die deutschsprachigen Lehrpersonen

3.3.3 Berufseinführung:

Seit dem Herbst 2004 ist die Berufseinführung der Dienststelle Weiterbildung angegliedert. Eine Praxisausbilderin und ein Praxisausbildner haben die Begleitung neuer Lehrpersonen gesichert, bis die neue Verantwortliche für Berufseinführung ihre Stelle antritt.

3.4 Dienststelle für Weiterbildung

3.4.1 Offenes Programm

Die Dienststelle hat 111 Kurse angeboten, 68 wurden durchgeführt. Ein Intensivkurs von 6 Wochen wurde organisiert, in welchem 16 Lehrpersonen ihre Berufstätigkeit vertieft reflektieren konnten, um mit neuer Motivation das neue Schuljahr beginnen zu können.

Das freiwillige Programm wurde in der gleichen Form präsentiert wie das französischsprachige (Plakat und Website).

3.4.2 Angebot Sprachen

16 Lehrpersonen haben bei Sprachaufenthalten im Ausland und am Englisch-Didaktikkurs in Murten ihre Kenntnisse in der Partnersprache und in Englisch (OS-Lehrpersonen) perfektioniert.

3.4.3 Ausbildung in Schulleitung

14 Schulleiter/innen besuchten das zweite Ausbildungsjahr in Solothurn. Diese Ausbildung wird teilweise nach den Kriterien für ein Nachdiplomstudium konzipiert.

3.4.4 Schulinterne Weiterbildung

In der Form von Projekten und in Zusammenarbeit mit den OS-Schuldirektionen wurde für das Jahr 2005 ein Angebotspaket erarbeitet, welches die verschiedenen Weiterbildungsaktivitäten der Schulzentren stützen wird.

Als wachsender Arbeitsschwerpunkt erweist sich die Beratung von Schulteams aller Stufen und Projektleitungen für schulinterne Weiterbildungsanlässe.

3.4.5 PH-interne Zusammenarbeit

In Zusammenarbeit mit der französischsprachigen Dienststelle wurden Weiterbildungsanlässe für Ausbilderinnen und Ausbilder der PH geplant sowie die Umsetzung des

Ausbildungskonzepts für Praxisausbilder/innen unterstützt. Das Konzept für die Berufseinführung wurde weiter verfeinert. Die Ausbildung der Praktikumslehrpersonen wurde weiter entwickelt.

3.5 Dienststellen Forschung (deutsch und französisch)

3.5.1 Entwicklung der Dienststellen

Die Dienststellen für Forschung haben die Entwicklung ihrer Aufgaben dank dem Stellenantritt von Herrn Alois Niggli, dem Verantwortlichen der deutschen Dienststelle, vervollständigt. Die Zusammenarbeit der beiden Verantwortlichen hat zu Richtlinien über die Forschung geführt. Dadurch konnte die Präsenz der Forschungsstellen innerhalb der PH gefördert werden. Ebenso war es möglich, die Ausbilderinnen und Ausbilder sowie die Studierenden in die Forschungsaktivitäten einzubinden.

3.5.2 Ausbildung und Forschungsprojekte

Sechs Foren sowie Forschungskolloquien wurden den Ausbilderinnen und Ausbildern angeboten. Die Themen waren unterschiedlich und betrafen die Reflexion im Rahmen der PH-Ausbildungsbereiche (siehe Programm 2004/05). Während des Schuljahres 2003/04 haben die beiden Verantwortlichen eng zusammengearbeitet und sechs Vorträge für 2004/05 organisiert.

Während des Schuljahres 2003/04 wurde ein Projekt zum Bilinguismus mit 4 Ausbilderinnen und Ausbildern durchgeführt. Weitere Projekte sind in der Startphase. Parallel dazu wurde die Beteiligung der Dozierenden an der Forschung geklärt.

In der französischen Abteilung wurden Projekte mit externer Beziehung begonnen (wie z.B. mit der Primarschule Romont) oder mit anderen Institutionen und Vereinigungen wie der ADMEE für die Evaluation der Kompetenzen oder auch mit FRI-IKT. Mit der Universität Freiburg wurde ein Nationalfondsprojekt DORE eingereicht (September 2004).

Für die deutschsprachige Abteilung laufen z.Z. zwei Projekte zum Thema der Hausaufgaben. Eines dieser Projekte ist mit der Ausbildung der Lehrkräfte an der Universität verbunden. Für dieses Projekt wurde ein Gesuch beim Schweizerischen Nationalfonds DORE eingereicht. Ein drittes Projekt betrifft das Mentoring.

Die beiden Dienststellen sind eingebunden in das Projekt HARMOS, das von dem LEFOZ der Universität Freiburg geleitet wird.

3.5.3 Referate und Publikationen

Im März 2004 hat die französischsprachige Abteilung die «Journées francophones de recherche en éducation musicale» mit etwa 40 Forschenden aus Frankreich, Belgien, Kanada und der Schweiz durchgeführt. Eine Publikation wird bei Harmattan im Frühjahr 2005 erscheinen. Der Dienststellenleiter ist für die Koordination der dritten Ausgabe der «Revue des HEP de Suisse romande et du Tessin» zum Thema der Reflexivität mitverantwortlich. Er publiziert einen Artikel in der zweiten Ausgabe über die Vorstel-

lung der Ausbilderinnen und Ausbilder zu den Diplomarbeiten. Ferner hat er an verschiedenen Tagungen und Ausbildungen im Schuljahr 2003/04 teilgenommen.

Der Verantwortliche der deutschsprachigen Dienststelle hat mehrere Vorträge zur Lehrerbildung in der Schweiz und im Ausland gehalten und verschiedene Artikel in Fachzeitschriften publiziert.

4. Fachstelle FRI-IKT

Im Jahre 2004 hat die Fachstelle FRI-IKT ihre Dienste in den drei Säulen des Globalkonzeptes konsolidiert: Ausbildung der Lehrpersonen, pädagogische und technische Unterstützung, Infrastruktur. Dank zusätzlicher Ressourcen konnte das Projekt FRI-IKT einen Teil des Rückstandes aufholen. Der Zwischenbericht zuhanden des Grossen Rates beschreibt im Einzelnen die Aktivitäten seit Beginn des Projektes.

4.1 Ausbildung der Lehrpersonen

Die Ausbildungsprojekte für Ausbilderinnen und Ausbilder, die 2003 begonnen haben und von der Eidgenossenschaft subventioniert werden, wurde 2004 beendet. Mehr als 30 Lehrpersonen des Kantons Freiburg haben an diesen Ausbildungen, die mit den Kantonen Bern und Waadt organisiert wurden, teilgenommen. Diese Lehrpersonen sind nun an der Fachstelle FRI-IKT angestellt und stellen die Ausbildung aller Lehrpersonen im Kanton sicher.

Seit Beginn des Projektes haben mehr als 1100 Personen an FRI-IKT Kursen teilgenommen, was etwa 30 % des Lehrkörpers entspricht. Der Ausbildungsstand ist jedoch noch sehr heterogen: ein Teil der Teilnehmenden haben ihre Ausbildung mit einem pädagogischen Szenario beendet, andere haben erst einige Kurse besucht. Global kann der Ausbildungsstand auf etwa 20 % geschätzt werden. Während des Schuljahres 2004/05 sind 700 Personen in 167 Kursen eingeschrieben. In Zukunft ist vorgesehen, die begonnenen Ausbildungen zu konsolidieren und nur noch vollständige Ausbildungsgänge anzubieten.

Im Jahre 2004 wurde der Ausbildungsgang für Ansprechpersonen durchgeführt. Diese Personen leisten pädagogische Unterstützung in den Schulen. An der Ausbildung nahmen 20 deutschsprachige und 20 französischsprachige Lehrpersonen verschiedener Schulstufen teil. Der zweite Ausbildungsgang beginnt im Januar 2005; ein dritter Ausbildungsgang ist für 2006 geplant.

4.2 Pädagogische und technische Unterstützung

Die pädagogischen Beraterinnen und Berater haben den grössten Teil ihrer Zeit in die Umsetzung der Ausbildungsgänge für die Ansprechpersonen investiert. Die Anstellung zweier neuer Mitarbeiterinnen ermöglichte es, die bestehenden Dienste auszubauen (Qualitätssicherung, Evaluation, Entwicklung von Kursprogrammen) und neue Leistungen anzubieten, wie die Förderung und Unterstützung von IKT-Projekten in den Schulen.

Das technische Personal hat sich auf die Einrichtung der zahlreichen online-Dienste konzentriert: Fri-web, ein Web-sitegenerator (700 Benutzer); Moodle, eine Lernumgebung (mehr als 160 Kurse); school.fri-tic.ch, eine Austauschplattform (mehr als 1100 Benutzer). Die Website www.fri-tic.ch zählt rund 40 000 Besucher pro Monat. Die Partnerschaft mit Swisscom wurde fortgesetzt und mehr als 100 Schulen des Kantons sind nun an das freiburgische Bildungsnetz angeschlossen.

4.3 Infrastruktur

Parallel zu den Anschlüssen der Schulen ans Bildungsnetz wurde eine Ausweitung des Vertrags mit Swisscom ausgehandelt, welche eine Erhöhung der Bandbreiten gestattet. Die Dienste von Swisscom bleiben unentgeltlich und die Fachstelle FRI-IKT übernimmt den Verwaltung und die technischen Support. Die Fachstelle FRI-IKT betreut ebenfalls das Netzwerk und den Server der PH.

Allgemein kann festgestellt werden, dass die Nachfrage nach Onlinediensten stark wächst, was eine Ausweitung der Infrastrukturen nötig gemacht hat. Zum Beispiel wurde ein Antivirusvertrag abgeschlossen und die Fachstelle FRI-IKT bietet nun einen zentralen Antiviruschutz zu einem vorteilhaften Preis an. Ein neuer Dienst wird es den Schulen ermöglichen, ihre Computer an einem Terminalserver anzuschliessen, was eine zentrale Verwaltung der Standardprogramme ermöglicht.

IX. Universität

Die Tätigkeiten der Universität werden jedes Jahr ausführlich im Bericht über das akademische Jahr sowie in Kurzform im Jahresbericht dargestellt. Diese Berichte umfassen insbesondere die Informationen über die Forschungs-, Dienstleistungs- und Weiterbildungstätigkeiten.

1. Studierende

	Winter 2002/03		Winter 2003/04		Winter 2004/05	
Total	9 651	100,0 %	10 007	100,0 %	9 927	100,0 %
a) Studierende nach Herkunft						
Freiburg	2 033	21,1 %	2 089	20,9 %	2 049	20,6 %
Andere Kantone	6 110	63,3 %	6 352	63,5 %	6 300	63,7 %
Ausländer	1 508	15,6 %	1 566	15,6 %	1 578	15,9 %
b) Studierende nach Fakultäten						
Theologie	405	4,2 %	404	4,0 %	382	3,9 %
Recht	1 993	20,7 %	1 984	19,8 %	1 894	19,1 %
Wirtschafts- und Sozialwiss.	1 895	19,6 %	2 192	21,9 %	2 271	22,9 %
Philosophie	4 176	43,3 %	4 228	42,3 %	4 177	42,1 %
Math.-Naturwissenschaft.						
a) Naturwissenschaft.	920	9,5 %	927	9,3 %	938	9,5 %
b) Medizin	262	2,7 %	272	2,7 %	265	2,7 %

Die Analyse der Entwicklung der Studierendenzahlen gibt zu folgenden Bemerkungen Anlass:

- a) Nachdem die Zahl der an der Universität Freiburg immatrikulierten Studierenden letztes Jahr die 10 000-Grenze überschritten hat, ist sie im Wintersemester 2004/05 auf 9927 zurückgefallen. Gegenüber dem Wintersemester 2003/04 bedeutet dies einen Rückgang um 80 Studierende oder 0,8 %. Dieser Rückgang ist als Normalisierung nach zwei Jahren aussergewöhnlichen Bestandeswachstums anzusehen (+ 3,7 % 2003/04 und + 6 % 2002/03). Die Zunahme war weitgehend mit den doppelten Maturitätsjahrgängen verbunden. Dazu ist zu bemerken, dass die Zunahme der Gesamtzahl der Studierenden im Jahr 2003/04 bereits zu einem grossen Teil die Folge der bereits im Vorjahr festgestellten sehr grossen Zahl Studienanfängerinnen und Studienanfänger war.
- b) Nach der Herkunft der Studierenden nimmt die Zahl der freiburgischen Studierenden oder von Studierenden mit Wohnsitz im Kanton um 40 Einheiten oder 1,9 % ab, diejenige der Studierenden aus anderen Kantonen geht um 52 Einheiten oder 0,8 % zurück, während diejenige der Ausländerinnen und Ausländer um 12 Einheiten oder 0,8 % zunimmt.
- c) Ausser bei der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät und der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät verzeichnen alle Fakultäten rückläufige Studierendenzahlen: – 5,5 % Theologische Fakultät, – 4,5 % Rechtswissenschaftliche Fakultät, – 1,3 % Philosophische Fakultät und – 2,6 % Sektion Medizin. Bei der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät beträgt die Zunahme 1,2 %, bei der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät 3,6 %.
- d) Die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger (1678) ist stark rückläufig. Diese Zahl liegt 324 Einheiten unter der Zahl des Vorjahres, die bereits tiefer als die ausserordentliche Zahl im Wintersemester 2002/03 (2138 Anfängerinnen und Anfänger) lag. Nach Herkunft nimmt die Zahl der freiburgischen Studienanfängerinnen und Studienanfänger um 23 Einheiten oder – 6,12 % ab, diejenige der Studierenden aus anderen Kantonen geht um 263 Einheiten oder – 19,7 % zurück, und diejenigen der Ausländerinnen und Ausländer um 38 Einheiten oder oder – 13 %.

Folglich ist die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger in allen Fakultäten kleiner als im Vorjahr. Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät registriert den stärksten relativen Rückgang: – 30,1 %. Dieser Rückgang ist mit einem Rückgang der Studienanfängerinnen und Studienanfänger bei den Gesellschaftswissenschaften verbunden, bei denen die Zunahme der letzten Jahre unverhältnismässig war. Der Bestandesrückgang beträgt – 23,4 % bei der Theologischen Fakultät, – 16,8 % bei der Philosophischen Fakultät, – 3,9 % bei der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und – 3,3 % bei der Rechtswissenschaftlichen Fakultät.

- e) Die Feminisierung der Universität setzt sich fort mit einem Wachstum um ein Prozent der Gesamtstudentin-

nenzahl, die sich von 5544 auf 5601 erhöht. Der Anteil Studentinnen beläuft sich in diesem Jahr auf 56,4 % des Gesamtbestandes. Wie in den Vorjahren liegt der Bestand der Studienanfängerinnen (1047) höher als derjenige der Studienanfänger (631); er stellt 62,4 % des Gesamtbestandes der Studienanfängerinnen, Männer und Frauen. Dieser Prozentsatz beträgt seit dem Wintersemester 1993/94 über 50 %.

Im Studienjahr 2004/05 machen die Studienanfängerinnen in den folgenden Fakultäten und Sektionen mehr als 50 % aus: Philosophische Fakultät (73,2 %), Sektion Medizin (68,1 %), Rechtswissenschaftliche Fakultät (65 %) und Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät (50,3 %). Bei der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät liegt der Anteil der Studentinnen bei 47,8 %.

2. Zentrale Organe

Die Zusammensetzung des Senats hat im Anschluss an die Bezeichnung neuer Vertreter des Grossen Rates und des Staatsrates für die Periode 2004 bis 2007 geändert. Der Senat hat zudem einen neuen Präsidenten, Jean-Pierre Dorand, und er hat sein Büro bestellt.

Das Rektorat hat 2004 beschlossen, die interne Struktur neu zu organisieren. Die Funktion der operationellen Führung des Rektorats wird durch die Direktunterstellung einer Anzahl akademischer Dienste unter einen Vize-Rektor verstärkt. Das Organigramm ist wie in der Vergangenheit in drei Bereiche gegliedert, deren Funktionen geändert werden. Zum einen wird der frühere Rektorsadjunkt Generalsekretär und zum anderen werden die Vorsteher der Verwaltungsdienste durch den akademischen oder den administrativen Direktor ersetzt. Nachdem der Leiter der Verwaltungsdienste in den Ruhestand getreten ist, wurde Monique Bersier zur administrativen Direktorin ernannt.

3. Professuren

In den folgenden Bereichen wurden Professuren besetzt:

- Rechtswissenschaftliche Fakultät: Privatrecht;
- Philosophische Fakultät: Sozialarbeit;
- Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät: Finanzmanagement.

In den folgenden Bereichen wurden assoziierte Professuren besetzt:

- Theologische Fakultät: altes Testament;
- Rechtswissenschaftliche Fakultät: Schweizer Zivilrecht;
- Philosophische Fakultät: kognitive Ergonomie, Psychologie der Persönlichkeit, Erziehungs- und Bildungsethologie, Berufs- und Sozialpädagogik der Jugend;
- Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät: Physik, Biologie, Zellularbiologie, Morphologie.

Zwei der drei ordentlichen Professuren wurden mit Frauen besetzt; bei den assoziierten Professuren gibt es vier Frauen und sechs Männer.

Titularprofessuren

Eine Titularprofessur wurde an eine Lehrbeauftragte der Rechtswissenschaftlichen Fakultät verliehen.

4. Studienorganisation

Seit dem Herbst 2004 ist das erste Studienjahr in allen Fakultäten im Bachelor-Programm nach dem zweistufigen so genannten Bologna-Modell durchgeführt worden. Je nach Fakultät braucht es noch einige Jahre, bis die Reform der gesamten Ausbildung vollzogen und insbesondere die Master-Studien eingerichtet sind. Auf dieser Ebene kann aus der Zusammenarbeit im BeNeFri-Netz Nutzen gezogen werden; zwei Vereinbarungen über gemeinsame Masterdiplome wurden unterzeichnet.

Ab Wintersemester 2004/05 bietet die Rechtswissenschaftliche Fakultät ein neues verstärktes Zweisprachigkeitsprogramm an: Bilingue Plus. Anders als für den herkömmlichen Vermerk zweisprachig (40 % Studienleistungen in der anderen Sprache), besuchen die Studierenden dafür zusätzliche Veranstaltungen (Sprache und Kultur).

Am 27. Januar 2004 hat der Staatsrat die Änderung des Reglements über die Zulassung an die Universität Freiburg gutgeheissen; diese Änderung war wegen der neuen Hochschuldiplome erforderlich.

Auf Empfehlung der Schweizerischen Universitätskonferenz hat der Kanton Freiburg mit der Staatsratsverordnung vom 1. März 2004 den Eignungstest für Humanmedizin erneut eingeführt und mit der Verordnung vom 27. April 2004 neu den Zulassungstest auch auf das Zahnmedizinstudium ausgedehnt. Die Anzahl Plätze im ersten Studienjahr wurde in der Humanmedizin auf 103 und in der Zahnmedizin auf 17 begrenzt. Auf der Basis der Vereinbarung, die 2002 zwischen den Medizinischen Fakultäten, den Universitäten und den Erziehungsdirektionen der Kantone Freiburg, Bern, Basel, Lausanne und Zürich unterzeichnet worden war, werden die Studierenden, die die zwei Studienjahre Medizin in Freiburg abgeschlossen haben, auf die vier betreffenden Medizinischen Fakultäten verteilt.

2004 hat die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport die Änderung der Statuten der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, vier Statuten von Universitätsinstituten, vier Reglemente über die Erlangung von Universitätsdiplomen sowie sechs Reglementsänderungen gutgeheissen.

5. Finanzen

Angesichts der Entwicklung der Studierendenzahlen

1991/1992	6 909	2002/2003	9 651
1996/1997	8 586	2003/2004	10 007
2001/2002	9 101	2004/2005	9 927

sieht die Betriebsrechnung nach den Voranschlägen wie folgt aus:

	Voranschlag in Millionen Franken			Kosten pro Student/in in Tausend Franken		Landes- index ⁽²⁾
	Ausgaben	Einnahmen	Überschüsse	Ausgaben/ Stud.	Überschüsse/ Stud.	
1992 ⁽¹⁾	116,2	72,6	43,6	16,8	6,3	100,0
1997	138,4	97,3	41,1	16,1	4,8	109,0
2002	154,0	104,2	49,8	16,9	5,5	113,2
2003	157,4	104,5	52,9	16,3	5,5	114,2
2004	165,5	111,4	54,1	16,5	5,4	114,8
2005 ⁽³⁾	172,1	113,6	58,4	17,3	5,9	116,5

Bemerkungen:

- ⁽¹⁾ Die Beträge von 1992 sind nach dem alten Berechnungssystem, ohne Abschreibung, angegeben.
- ⁽²⁾ Beim Vergleich der Beträge muss die Entwicklung des Landesindex der Konsumentenpreise berücksichtigt werden (Index vom November des Vorjahres).
- ⁽³⁾ In den Ausgaben, Überschüssen und Kosten pro Student/in sind die Abschreibungen für den Bau von Pérolles 2 von über 4,6 Millionen Franken inbegriffen.

6. Räume und Bauten

Am 1. Oktober 2004 ist ein totales Rauchverbot an allen Universitätsstandorten in Kraft getreten.

Für den Bau der Universitätsgebäude auf der Pérolles-Ebene hat die Baukommission fünf Sitzungen abgehalten. Der Rohbau war im Frühling abgeschlossen. Der Bau kommt wie vorgesehen voran.

Beim Miséricorde-Gebäude gab es 2004 die folgenden Bauarbeiten: fünfte Etappe (von sieben) der Fassadenrenovation der Gebäude Baujahr 1940. Die Arbeiten umfassen die Beton- und Gitter-Renovation auf der Seite der Kappelle sowie die Abdichtung von Dach und Kuppel der Kappelle.

X. Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung

1. Berufsberatung

1.1 Vorbereitung auf die Berufswahl

In den Orientierungsschulen erfolgt die Vorbereitung auf die Berufs- und Schulwahl vorwiegend im Unterricht durch Berufsberaterinnen und Berufsberater oder dafür ausgebildetes Lehrpersonal. Es wurden 1711 Info-Veranstaltungen über Schulen und Berufe in diesen Schulen durchgeführt.

Im französischsprachigen Kantonsteil wurde der Berufswahlvorbereitungsordner «Une vie, des directions» in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Lehrmittelverlag neu aufgelegt. Dieses Dokument wird an alle Schülerinnen und Schüler des 2. OS-Jahres abgegeben und dient den Berufsberaterinnen und Berufsberatern als pädagogisches Werkzeug für die Arbeit im Unterricht.

In den Gymnasien erfolgt die Berufswahlvorbereitung in der Form von Gesprächs- und Reflexionsgruppen, so genannten «Berufswahl-Workshops».

1.2 Schul- und Berufsinformation

Die Information über die Berufe und Bildungsgänge wurde auf der gleichen Basis wie bisher beibehalten. Es werden die folgenden Hilfsmittel eingesetzt:

- Schriftliche Information (Leihmappen, Berufsinformationsblätter);
- Mündliche Information (Berufsinformationsanlässe in den Schulen);
- Audio-visuelles Material (Videokassetten, CD-Rom, DVD);
- Kantonale und nationale Berufsberatungssites (Lehrstellenliste und Bewerbungsfristen);
- Betriebsbesichtigungen (in Zusammenarbeit mit den Berufskreisen);
- Berufsvorbereitungspraktika.

14 190 Dossiers oder Dokumente wurden ausgeliehen.

Anhand der Ergebnisse der jeden Herbst bei den Lehrmeistern durchgeführten Umfrage veröffentlicht das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung eine Lehrstellenliste. 2004 umfasste diese Liste 1521 (1394) Lehrstellen. Diese Zahl entspricht jedoch nicht genau der Realität, weil nicht alle Lehrstellen von den Lehrbetrieben öffentlich ausgeschrieben werden.

Um eine optimale Aktualisierung der Lehrstellen im Internet zu gewährleisten, hat das Amt im Frühjahr beim Arbeitgeberverband zwei zusätzliche schriftliche Umfragen durchgeführt und im Frühjahr und Sommer einen Telefondienst eingerichtet.

Für die Schülerinnen und Schüler der Orientierungsschule und ihre Eltern kam die Broschüre «Après le Cycle d'ori-

entation: quelles voies de formation?» in einer neuen Auflage heraus. Sie beschreibt die verschiedenen Bildungsgänge und zeigt in einer Übersicht, wie das Bildungssystem des Kantons Freiburg strukturiert ist.

Für die Jugendlichen in den Berufsvorbereitungspraktika wurde ein Praktikumsführer erarbeitet. Er dient zur Organisation, Begleitung und Auswertung eines Praktikums.

Das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung arbeitet weiter mit den Ämtern der anderen Kantone zusammen, insbesondere bei der Herstellung von Informationsunterlagen. Die Kantone erhalten vom Centre de production documentaire romand entlohnte Aufträge für die Unterlagenherstellung. Der Dokumentationsdienst hat sich an der Herstellung oder Aktualisierung mehrerer Sammlungen von Informationsblättern beteiligt: der Kanton Freiburg hat 10 UNI INFO-Blätter, 50 ECOL'INFO-Blätter über die freiburgischen Schulen und 60 INFOP-Blätter über die Berufe hergestellt oder aktualisiert. 854 Weiterbildungsangebote sind in die Datenbank www.bop.ch aufgenommen worden. Die Informationen sind via Internet oder über die Info-Anschlüsse der Berufsberatungsstellen und regionalen Arbeitsvermittlungszentren zugänglich.

Das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung hat beim Aufbau des Dorfs der Berufe im Rahmen der Messe Freiburg mitgewirkt. 3816 Schülerinnen und Schüler der Orientierungsschule aus dem ganzen Kanton konnten sich über 56 Berufe informieren. Weitere Berufsinformationsveranstaltungen fanden statt und eine von der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport bezeichnete Arbeitsgruppe hat Empfehlungen über eine Koordination mit der Volkswirtschaftsdirektion herausgegeben.

1.3 Berufsinformationszentren

Die Berufsinformationszentren bieten die Möglichkeit, sich über die Berufe und Ausbildungsgänge zu informieren. Sie stellen den Besucherinnen und Besuchern Informationsmittel zur freien Benutzung zur Verfügung. Im ganzen Kanton gab es 25 526 Besucherinnen und Besucher, davon haben sich 11 281 direkt von einer Berufsberaterin oder einem Berufsberater oder einer Dokumentalistin-Informatikerin beraten lassen.

1.4 Internetsite der kantonalen Berufsberatung

Das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung verfügt über eine Internetsite, die insbesondere ein Verzeichnis der Berufsinformationszentren und die Anmeldefristen für die verschiedenen Bildungsgänge umfasst. Es gibt einen Link zur nationalen Berufsberatungssite, die eine Lehrstellenliste führt.

1.5 Einzelberatung

Die folgenden Zahlen umfassen die gesamte Beratertätigkeit, also die Beratung von Jugendlichen und Erwachsenen. Anhand der Zahlen dieses Jahres kann festgestellt werden:

- Die behandelten Fälle haben um 2,3 % zugenommen. Es wurden 469 Gespräche mehr durchgeführt, was einer Zunahme um 4,6 % entspricht.

- In 1475 Beratungen (= 14 %) wurden Tests durchgeführt;
- Die 1332 erwachsenen Ratsuchenden (20-jährig und älter) machen 24,1 % der gesamten Beratungen aus.

Statistik der Ratsuchenden:	2004			2003
	M.	F.	Total	
Anzahl beratene Personen	2332	3167	5499	5375
Anzahl Beratungsgespräche	4784	5741	10525	10056
Alter der Ratsuchenden				
– bis 19-jährig	1791	2376	4167	4080
– 20-jährig und älter	558	774	1332	1295
Schwerpunkte der Beratung				
– Lehre, Berufsmaturität	968	985	1953	1677
– Schulen der Sekundarstufe II	347	582	929	782
– Universität, Fachhochschulen	317	560	877	753
– Erwachsenenurse, Nachdiplomausbildung	127	225	352	387
– Psychologische und soziale Beratung	50	61	111	152
– Unterstützung bei der Lehrstellensuche	364	405	769	688

1.6 Erwachsenenberatung

277 (225) Arbeitslose erhielten ein Beratungsgespräch; diese Zahl zeigt gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um 23,1 %. Diese Entwicklung entspricht der Zunahme der Arbeitslosenrate. Führungen im Berufsinformationszentrum wurden in Zusammenarbeit mit anderen Körperschaften organisiert, die sich mit der Ausbildung von Arbeitslosen befassen.

Eine Vereinbarung zwischen dem Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung und der Strafanstalt Bellechasse ist in Kraft getreten. Damit können die Inhaftierten eine Berufsberatung erhalten.

1.7 Schul- und Berufswahl der Jugendlichen

2004 haben 3158 (2913) Schülerinnen und Schüler die Orientierungsschule beendet; sie haben sich für die folgenden Schul- und Berufsrichtungen entschieden:

Gewählte Richtung in %:	2004			2003
	M.	F.	Total	
– Lehre, Grundausbildung	60,2	32,9	46,9	49,0
– Schulen der Sekundarstufe II	25,2	47,5	36,1	33,0
– Andere Schulen	2,0	2,0	2,0	2,0
– Erwerbsarbeit	0,2	0,4	0,3	0,3
– Partnerschaftliches 10. Schuljahr	3,0	4,4	3,7	4,9
– Übergangs- und unbekannte Lösungen	3,2	9,5	6,3	6,9
– Vorbereitungs- oder Integrationskurse	6,1	3,2	4,6	3,8

Der Prozentsatz der Jugendlichen, die eine Lehre gewählt haben, beträgt 46,9 % (49,0 %); dies sind 1480 (1427) Personen. Der Prozentsatz der Jugendlichen, die nach der obligatorischen Schule eine Lehre angetreten haben, hat um 2,1 % abgenommen. Bei den Knaben betrug diese Abnahme 3,8 %, bei den Mädchen 0,8 %.

Das Lehrstellenangebot hat nicht ganz mit der Zunahme bei der Anzahl Schülerinnen und Schüler, die die OS abschlossen, mithalten. Die Anzahl freier Lehrstellen reicht in einigen Sektoren wie dem Bausektor oder dem

Gastgewerbesektor aus, doch entsprechen diese Berufe nicht unbedingt der Berufswahl der Jugendlichen. In den Berufen, die mit den neuen Technologien verbunden sind, besteht gegenüber der Bewerberzahl ein zu kleines Angebot an freien Lehrstellen. Die Mädchen haben auch eher Mühe, eine Lehrstelle zu finden. Allgemein sind die Anforderungen, die an die Bewerberinnen und Bewerber der Lehrstellen gestellt werden, gestiegen, und eine zunehmende Anzahl Jugendlicher erfüllten die von den Arbeitgebern nach der obligatorischen Schule gestellten Voraussetzungen nicht.

Das Dispositiv «Brücken zur Lehrstelle», das vom Amt für Berufsbildung eingerichtet wurde, hilft Notlösungen für Schülerinnen und Schüler zu finden, die noch ohne Lehrvertrag dastehen. Dank der Jugendplattform, die im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit mit den zuständigen Ämtern geschaffen wurde, können die Jugendlichen der am besten geeigneten Übergangslösung zugeführt werden. Das Arbeitsamt finanziert eine Berufsberaterstelle zu 50 % für diese Struktur.

Die freiburgische Berufsberatung widmet sich besonders den am meisten benachteiligten Jugendlichen. Massnahmen aktiver Unterstützung in Form intensiver Begleitung wurden eingerichtet, damit jeder junge Mensch nach der obligatorischen Schule eine Lösung finden kann. In den Monaten Juli und August wurde mit Unterstützung des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie eine besondere Massnahme in Form eines Telefondienstes und einer individuellen Betreuung eingerichtet. 234 Anrufe wurden verzeichnet; davon haben 71 zu einem Einzelgespräch geführt. Ausserdem fand, ebenfalls im Sommer, in Zusammenarbeit mit den Kreisen der Berufe, die bei den Jugendlichen auf wenig Interesse stossen, eine Aktion mit dem Titel «Praktikum und Job» statt. 43 Betriebe haben sich bereit erklärt, Praktikanten zu beschäftigen, aber nur 7 Jugendliche haben an dieser Aktion teilgenommen.

Mit dem Ziel, die Mädchen bei der Wahl von technischen und gewerblichen Berufen zu unterstützen, haben das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung, das Amt für Berufsbildung und das Büro für Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen zwischen 1999 und 2003 das Projekt «Praktika in atypischen Berufen für Mädchen» durchgeführt. Der Bericht über diese Aktion wurde 2004 vorbereitet. 1247 Mädchen haben an einer Informationsveranstaltung zum Thema Berufswahl teilgenommen und 476 Betriebe haben 843 Mädchen für ein Praktikum aufgenommen.

1.8 «New Public Management»-Projekt

Der Leistungsauftrag 2001-2004 des Amts für Berufsberatung und Erwachsenenbildung ist bald beendet. Mit dem Leistungscontrolling kann die Tätigkeit während des ganzen Jahres verfolgt werden. Was die Qualität betrifft, so ging aus den Fragenbogen, der bei allen die Leistungen beanspruchenden Personen verteilt wird, ein Zufriedenheitsgrad von 90,5 % (Schülerinnen und Schüler) beziehungsweise von 96,6 % (Erwachsene) hervor.

Die EKSD hat den Rückzug des Amts von seiner Funktion als Piloteinheit auf Ende 2004 angekündigt, weil das Amt

möglichst bald das Qualitätsverfahren «Swiss counselling quality» einführen will, das die Schweizerische Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Berufs- und Studienberatung geschaffen hat. Die Einführung dieses Systems erfordert einen grossen Einsatz des Personals des Amtes, das sich nicht gleichzeitig an zwei so wichtigen Projekten beteiligen kann.

2. Erwachsenenbildung

2.1 Kommission für Erwachsenenbildung

Die Kommission hat 6 Sitzungen abgehalten; sie hat die Subventionsgesuche geprüft und gegenüber der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport Empfehlungen abgegeben.

Weitere Tätigkeiten der Kommission waren:

- Einführung der Änderungen, die mit dem periodischen Bericht der Subventionskontrolle verlangt worden waren;
- Machbarkeitsstudie des Bildungschecks.

Ein Betrag von 25 650 Franken wurde für erneuerbare oder ausserordentliche Beiträge verwendet.

2.2 Volkshochschule und Uni 3

2003/04 haben 3372 (3134) Personen Kurse der Volkshochschule besucht, insgesamt wurden 49 553 (49 639) Teilnehmer-Stunden abgehalten. 555 (515) Kurse wurden angeboten und 341 (309) durchgeführt.

Ein Leistungsvertrag zwischen dem Staat Freiburg und der Volkshochschule des Kantons Freiburg legt einerseits die Leistungen fest, die von der Volkshochschule erwartet werden, und andererseits die finanziellen Mittel, die der Staat zur Verfügung stellt. Er legt die Ziele fest, die über die quantitativen und qualitativen Indikatoren erreicht werden müssen. Auf Wunsch des Staates wurde das Spezialprogramm «Seniorenuniversität» durchgeführt. Es bietet 181 Tageskurse an und stellt somit 32 % des Gesamtangebots dar.

Ein Beitrag von 70 000 Franken wird gewährt als Beteiligung an den Betriebskosten und ein Beitrag von 1.50 Franken pro Anzahl Stunden und Kursteilnehmerin oder Kursteilnehmer. 13 000 Franken wurden für die Seniorenuniversität gezahlt. Insgesamt beläuft sich der Beitrag auf 150 320.50 Franken.

2.2.1 Eigenmittel

Kursgebühren, Beiträge, Schenkungen	81,68 %	(80,37 %)
--	---------	-----------

2.2.2 Beiträge

Kanton	17,25 %	(18,70 %)
Gemeinden	1,07 %	(0,93 %)
Beiträge insgesamt	18,32 %	(19,63 %)

2.3 Verein Lesen und Schreiben

Der Leistungsvertrag mit dem Verein Lesen und Schreiben ist in Kraft getreten. Dieser Institution wurde ein Beitrag von 15 000 Franken für die Entfaltung ihrer Tätigkeit in der Bekämpfung des Analphabetismus gewährt.

2.4 Diplom für Erwachsenenbildnerin/ Erwachsenenbildner DIFA

Dieses Programm für Erwachsenenbildnerinnen und Erwachsenenbildner wurde unter der Ägide von Regierungsmitgliedern der Kantone Bern, Jura, Neuenburg und Freiburg aufgestellt. Weil das Diplom der Erziehungsdirektorenkonferenz mit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Berufsbildung aufgehoben wurde, wird nun bei den Weiterbildungsstellen der Universitäten Freiburg und Neuenburg eine neue Grundlage geprüft.

17 Teilnehmende, wovon 7 mit Wohnsitz im Kanton Freiburg, haben den Ausbildungszyklus 2002-2004 abgeschlossen.

Die Beteiligung des Kantons Freiburg machte einen Betrag von 27 720 Franken aus.

2.5 Vereinbarung mit dem Abendgymnasium Lausanne

Im Anschluss an den Bericht zum Postulat Rudaz-Spicher/Piller über die Maturität für Erwachsene, wurden mit dem Abendgymnasium Lausanne Verhandlungen aufgenommen. Es wurde eine Vereinbarung abgeschlossen, wodurch für Freiburgerinnen und Freiburger die gleichen Zulassungsbedingungen wie für Waadtländer Schülerinnen und Schüler gelten.

2.6 Anerkennung und Validierung der Kenntnisse

Der Staatsrat hat eine kantonale Kommission für die Anerkennung und Validierung der erworbenen Kenntnisse geschaffen. Er hat ihre Zusammensetzung festgelegt und ihr einen Bericht bis 2005 in Auftrag gegeben. Darin untersucht sie die bestehenden Bedürfnisse, das anwendbare Verfahren, dessen Umsetzung, allfällige Änderungen der Gesetzgebung, verantwortliche Körperschaften sowie finanzielle und personelle Auswirkungen.

XI. Ausbildungsbeiträge

1. Kommission für Ausbildungsbeiträge

Die Kommission hat 3 Plenarsitzungen und 20 Unterkommissionssitzungen abgehalten: An 13 Sitzungen wurden die Stipendien- und Darlehensgesuche sowie 87 Einsprachen behandelt. Es gab keine Beschwerde beim Verwaltungsgericht.

2 Sitzungen dienten der Erarbeitung der Änderung des Ausführungsreglements vom 27. Oktober 1992 zum

Gesetz über die Stipendien und Ausbildungsdarlehen; der Staatsrat hat diese Änderung durch die Verordnung vom 6. Juli 2004 in Kraft gesetzt. 5 Sitzungen der Arbeitsgruppe Gesetzgebung dienten ersten Überlegungen über die bevorstehende Revision des Gesetzes vom 28. November 1990 über die Stipendien und Ausbildungsdarlehen.

2. Stipendien

Ein Vergleich mit dem Ausbildungsjahr 2002/03 zeigt, dass die Zahl der Gesuche im Ausbildungsjahr 2003/04 leicht zurückgegangen ist.

Der Beitragssatz an die Deckung des berechneten Fehlbeitrags ist mit 75 % unverändert geblieben.

Ausbildungsjahr	Gesuche	Bezüger/innen	Abgelehnte Gesuche Total	Ablehnungssatz
2002/03	3502	1920	1582	45,17 %
2003/04	3323	1798	1525	45,89 %

2004 ausbezahlte Beträge: Sie verteilen sich wie folgt auf die vom Bundesamt für Statistik (BFS) vorgegebenen 9 Ausbildungskategorien:

Ausbildungskategorien	Anzahl	Beiträge in Fr.
<i>Sekundarstufe II</i>		
Gymnasiale Maturitätsschulen	580	1 699 597
Andere Mittelschulen	299	875 224
Vollzeitberufsschulen	282	980 006
Berufslehren und Anlehren	708	1 680 172
Nach der Berufslehre erworbene Berufsmaturitäten	22	61 090
<i>Tertiärstufe</i>		
Höhere (nicht universitäre)		
Berufsbildung	83	398 989
Fachhochschulen	210	882 636
Universitäten und Eidgenössische Technische Hochschulen	438	2 047 752
Weiterbildung	14	57 790
Total	2 636	8 683 256

Im Ausbildungsjahr 2003/04 konnten die Stipendien des Kantons 75 % der von den Bezügerinnen und Bezüger berechneten Bedürfnisse decken. Der nicht gedeckte Teil wird ganz oder teilweise von den Gemeinden übernommen, die aus freien Stücken Stipendien gewähren.

Die Gemeinden legen ihre Stipendien anhand der Berechnung des Kantons und des von diesem gewährten Beitrags fest.

Die Gemeinden haben folgende Beiträge geleistet:

Jahr	Anzahl Gemeinden	Gemeindestipendien in Fr.
2003	112	1 060 286
2004	125	989 848

Die privaten Institutionen, die einen Bundesbeitrag erhalten, haben 91 065 (28 673) Franken an Personen in Ausbildung ausbezahlt.

Der Bund hat den Beitragssatz für die Stipendien an den Kanton Freiburg auf 48 % festgesetzt; zudem bestehen Möglichkeiten für die Gewährung von Krediten. Die Jahresrechnung 2003, die Ende Dezember 2004 vorlag, hat aber gezeigt, dass der reduzierte Kredit des Bundes, der im Rahmen des Erleichterungsprogramms festgelegt wurde, bei weitem nicht ausreicht, die Aufwendungen der Kantone gemäss festgelegtem Beitragssatz zu decken; es ist viel eher von einem Beitragssatz von 40 % auszugehen.

Der Restbetrag der Rückstellungen des Jahres 2001 in Höhe von ursprünglich 423 565 Franken musste verwendet werden, um die geringeren Bundessubventionen in der Abrechnung 2003 zumindest zu einem Teil auszugleichen.

3. Ausbildungsdarlehen

Die Kommission hat im Kalenderjahr 58 (64) Gesuche geprüft, 54 (56) Gesuchen wurde stattgegeben. Der veranschlagte Betrag von 450 000 (500 000) Franken wurde voll ausgeschöpft.

Der Bund vergütet die Zinsen (4 %) der ab dem 1. Januar 2000 gewährten Darlehen zum gleichen Beitragssatz wie die Stipendien.

XII. Amt für Sport

1. Kantonale Kommission für Sport und Sporterziehung

2004 hat die Kommission 7 Sitzungen abgehalten. Sie hat:

- die von der Sport-Toto-Unterkommission vorgeschlagene Verteilung der ordentlichen Sport-Toto-Beiträge angenommen;
- die neuen Sport-Toto-Richtlinien verabschiedet;
- Kenntnis genommen vom Kantonalen Sportkonzept, das vom Institut für Verbands- und Genossenschafts-Management (VMI) der Universität Freiburg in Zusammenarbeit mit Sportvertretern ausgearbeitet worden ist;
- 7 Beschwerden zu Sport-Toto-Beiträgen behandelt;
- anlässlich der Sitzung vom 7. September das regionale Zentrum für das Schiessen mit Luftdruckwaffen in Freiburg (Zivilschutzanlagen im Juraquartier) besucht;
- dem Staatsrat den Preisträger des Sportpreises des Kantons vorgeschlagen;
- entschieden, 2 Nachwuchspreise an Doris Trachsel (Skilanglauf) und Anthony Page (Schwimmen) zu verleihen;
- 3 neue Arbeitsgruppen gebildet: Kantonales Kompetenzzentrum, Ausbildung der Leitenden, Sport im Leben;
- die laufenden Angelegenheiten, für die die Kommission zuständig ist, behandelt.

2. Sporterziehung (Schule)

Die beiden zurückgetretenen Inspektoren, Gallus Grossrieder für Deutschfreiburg und Pierre Monney für den französischsprachigen Kantonsteil, haben ihre Tätigkeit in ihren Sektoren bis 31. August 2004 weitergeführt. Alexandre Dupasquier hat die Nachfolge als sportpädagogischer Mitarbeiter am 1. November 2004 angetreten

2.1 Unterrichtskontrolle und Qualitätsentwicklung des Unterrichts

Die Unterrichtskontrolle wurde nach dem im Mai 2000 eingerichteten System fortgeführt. Sie erfolgte in Form von Begegnungen mit den Lehrpersonen. Diese Kontakte haben stattgefunden im Rahmen von Zusammenkünften, Kursen über die Einführung von Lehrmitteln und des neuen Lehrplans, Arbeitssitzungen und Austauschen unter den Primarlehrpersonen. Besondere Aufmerksamkeit wurde den Projekten geschenkt, die langfristig die Unterrichtsqualität verbessern sollten:

- Intervention
- Zusammenarbeit zwischen den Lehrpersonen für Sporterziehung derselben Schule

- Projekt auf dem Gebiet «Sport – Gesundheit – Bewegung»

2.2 Weiterbildung für Lehrpersonen

Es wurden rund 30 Weiterbildungskurse in Sporterziehung und Sport durchgeführt: vom Amt vorgeschlagene Kurse, Kurse auf Anfrage, Blockkurse, Kurse in Seminarform, aufgeteilte Kurse.

2.3 Freiwilliger Schulsport

Seit einigen Jahren nimmt die Zahl der Kurse des freiwilligen Schulsports zu. Rund 20 Schulen, insbesondere der Primar- und Sekundarstufe I, haben Kurse in rund 30 Sportarten angeboten.

2.4 Schülermeisterschaften

2004 wurden verschiedene Meisterschaften organisiert. In der Primarschule konnten sich die Kinder in folgenden Disziplinen messen: Ski, Snowboard, Basketball und Fussball.

Die Klassen der Orientierungsschulen haben an folgenden Turnieren teilgenommen: Basketball, Handball, Uni- und Eishockey. Mehrere Klassen sind bei den «Choreografischen Begegnungen» aufgetreten.

Auf Gymnasialstufe haben die «Collégiades» grossen Erfolg gehabt. Im Rahmen der «Choreografischen Begegnungen» konnten die Schülerinnen und Schüler ihre Produktionen einem grossen Publikum präsentieren.

Festzuhalten ist auch die Beteiligung mehrerer Mannschaften der Orientierungsschule an den Schweizerischen Schulsporttagen in Chur.

2.5 Förderung der jungen Talente

2004 wurde die Zusammenarbeit mit Swiss Olympic auf dem Gebiet der Nachwuchsförderung verstärkt: Beratung, Anpassung der Stundenpläne in der Schule, finanzielle Hilfe (Sport-Toto und/oder kantonaler Sportfonds).

3. Jugend + Sport

Die rund 4000 J+S-Leiterinnen und -Leiter und ihre Vereine und Verbände sind vom Bund mit 1 806 444 Franken (1 658 492) Franken) entschädigt worden.

2004 war das zweite Jahr von «J+S 2000». Das Bundesamt für Sport (BASPO) hat zum letzten Mal den Förderungsbeitrag ausbezahlt (176 512 Franken). Die Aufhebung dieses Beitrags ab 2005 ist definitiv; zudem werden die Kantone einen Teil der Kosten der nationalen J+S-Datenbank tragen müssen. Die Statistiken 2003 und 2004 belegen, dass der «neue J+S» funktioniert. Die detaillierte Statistik wird das Amt für Statistik vorlegen.

3.1 Tätigkeit und Weiterbildung der Experten

171 (159) Experten haben bei der Aus- und Weiterbildung der J+S-Leiterinnen und -Leiter mitgewirkt.

26 (21) Freiburger und 35 Walliser Experten haben den regionalen Ski- und Snowboard-Zentralkurs besucht, den J+S Freiburg in Zermatt organisiert hat, 48 (37) haben an weiteren Zentralkursen in Magglingen teilgenommen.

3.2 Aus- und Weiterbildung der Leiterinnen und Leiter

413 (255) Leiterinnen und Leiter wurden in 16 (10) kantonalen Leiterbildungskursen ausgebildet. 377 (240) haben den Grundkurs und 36 (15) die Weiterbildung I besucht. Ein Leiterkurs (Tennis) und drei Fortbildungsmodule mussten wegen zu wenig Anmeldungen abgesagt werden.

562 (553) Leiterinnen und Leiter haben 14 (19) kantonale Weiterbildungskurse besucht.

3.3 J+S-Material

Die Zentralisierung des Materials im eidgenössischen Zeughaus Biel funktioniert zur Zufriedenheit der Kantone und Verbände. Die Kantone bestellen per E-Mail. Der Materialversand an die Gruppierungen geht zu Lasten von J+S, die Rücksendung nach Biel zu Lasten der Gruppierungen.

3.4 Sportlager des kantonalen Amtes

Das Kletter- und Bergsteigerlager von Finhaut musste mangels Anmeldungen abgesagt werden. An den zwei Lagern in Tenero haben insgesamt 139 (141) Jugendliche teilgenommen. 22 (21) Jugendliche haben am Kanulager in La Roche teilgenommen und 17 (5) haben an einer polysportiven Woche, die J+S Wallis in Sion durchgeführt hat, mitgemacht.

3.5 J+S-Kurse und -Lager (für 10- bis 20-Jährige) der Vereine und Schulen

Für die J+S-Kurse und -Lager haben sich rund 27 000 Jugendliche in folgenden Sportarten angemeldet: Rollschuhlaufen, Karate, Lagersport, Reiten, Segeln, Squash, Surfen, Badminton, Basketball, Bergsteigen, Eishockey, Eislauf, Fechten, Turnen, Polysport, Fussball, Kunst- und Geräteturnen/Trampolinspringen, Gymnastik und Tanz, Handball, Judo/Ju-Jitsu/Selbstverteidigung, Kanu-Kayak, Land-/Unihockey, Leichtathletik, Nationalturnen/Schwimmen, Orientierungslauf, Radsport, Ringen, Rudern, Schwimmen, Ski/Snowboard, Langlauf, Skitouren, Tennis, Tischtennis, Volleyball, Lagersport/Trekking, Mehrfächerkurse.

4. Sport-Toto

Der Kantonsanteil am Sport-Toto-Gewinn (Sport-Toto und Loterie Romande) betrug 1 852 527 Franken.

Dieser Betrag wurde wie folgt verteilt:	Fr.
– Unterstützung des ordentlichen Sportbetriebs	843 470
– Bauten und Materialeinkäufe	411 225
– Unterstützung von Spitzensportlern und Talenten	200 000
– Veranstaltungen, Kurse und Lager, «Sport für alle», andere Trainingsformen	200 000
– Kommissionen	5 000
– Verschiedene Verwaltungsausgaben	30 000
– Werbung	20 000
– Aktion Sport-Toto	20 000
– Überweisung an den Reservefonds	122 832
Total	1 852 527

(58) 58 Vereine, Verbände, Klubs und Institutionen haben eine finanzielle Unterstützung an ihren ordentlichen Sportbetrieb erhalten.

Ein Betrag von 1 276 508 Franken aus dem Ausgleichsfonds von Sport-Toto Basel ist in den Reservefonds eingezahlt worden.

XIII. Amt für Kultur

1. Kulturförderung

1.1 Personal

France-Christine Fournet wurde auf den 1. März 2004 zu 50 % als Beauftragte für das Projekt Musikhochschule der Westschweiz angestellt. Sie nimmt an den Arbeiten des von der CIIP gebildeten Steuerungsausschusses teil. Ausserdem wurde sie mit der Erarbeitung eines Ausbildungskonzepts für die Berufsklassen des Konservatoriums beauftragt; sie sorgt dafür, dass das Konzept in den verschiedenen Studiengängen angewendet wird.

1.2 Kommissionen

1.2.1 Kommission für die Verwaltung des kantonalen Kulturfonds

Gemäss Gesetzgebung über die kulturellen Angelegenheiten hat der Staatsrat eine Kommission für die Verwaltung des kantonalen Kulturfonds eingesetzt und ihre Mitglieder ernannt. Die Verwaltung der Fonds der Kantons- und Universitätsbibliothek, des Museums für Kunst und Geschichte und des Naturhistorischen Museums gehört ebenfalls zu ihren Aufgaben.

1.2.2 Kommission für kulturelle Angelegenheiten

Die Kommission hat 8 Sitzungen abgehalten. Sie hat zu 180 (147) beim Amt eingegangenen Beitragsgesuchen Stellung genommen. Die Gesuche haben gegenüber dem Vorjahr um 18 % zugenommen. Sie hat die Bedingungen für die Gewährung eines Schaffensbeitrags, insbesondere für das Bühnenschaffen, sowie die Beitragsgewährung für die Produktion von CDs verabschiedet. Sie hat die Expertenberichte über die Arbeit der Truppen mit Schaffenspartnerschaften geprüft. Sie hat dem Staatsrat den Preisträger des Kulturpreises des Staates Freiburg vorgeschlagen.

1.3 Kulturförderungsbeiträge

Zur Förderung aller kulturellen Ausdrucksformen (Theater, Literatur, Musik, Film, bildende Kunst, Tanz, Kulturanimation) sowie Projekte der kulturellen Zusammenarbeit verfügte das Amt für Kultur über einen Gesamtbetrag von 3 500 000 Franken; davon stammen 2 000 000 Franken aus dem Kulturfonds, der eine Schenkung in der Höhe von 1 500 000 Franken von der freiburgischen Kommission der Loterie romande und einen Betrag von 500 000 Franken, die einem Teil der Lotteriesteuer entspricht, erhalten hat.

1.3.1 Statistik

81 % der gewährten Beiträge gingen an die Förderung des Kulturschaffens und 19 % an Kulturveranstaltungen der folgenden Ausdrucksformen:

– Theater:	48,4 %
– Musik:	17,6 %
– Tanz:	10,2 %
– Bildende Kunst:	6,6 %

– Film/Video:	7,8 %
– Literatur/Publikationen:	1,9 %
– Verschiedene:	7,5 %

Die Internetsite des Amts (www.fribourg-culture.ch) ist weltweit über 75 000 Mal besucht worden.

1.3.2 Schaffenspartnerschaften

Die Direktion hat Experten mit einer Evaluation der künstlerischen Arbeit der Gruppen mit Schaffenspartnerschaften beauftragt. Diese wurden aufgrund ihrer ausgewiesenen Kompetenzen auf dem betreffenden Gebiet der Kunst und ihrer Unabhängigkeit sowohl gegenüber den Gruppen wie auch gegenüber dem Staat ausgewählt. Es handelt sich um Michel Dubois (französischsprachiges Theater), Peter Arnold (deutschsprachiges Theater), Jean-Claude Issenmann (Figurentheater), Pio Pellizzari (Musik/Gesang) und Esther Sutter Straub (Tanz). Ihre Evaluationsberichte wurden den Gruppen und der Kommission für kulturelle Angelegenheiten vorgelegt.

Die folgenden Schaffensgruppen sind im Genuss einer mehrjährigen Schaffenspartnerschaft mit einem Gesamtbetrag von 1 400 000 Franken: Théâtre des Osses (Givisiez), Compagnie de dance Da Motus (Freiburg), Compagnie Fabienne Berger (Promasens), Guignol à roulettes (Freiburg), Vokalensemble Orlando (Freiburg).

1.3.3 Erneuerbare Schaffensbeiträge

Drei Institutionen kamen in den Genuss eines erneuerbaren Schaffensbeitrags mit einem Gesamtbetrag von 390 000 Franken: Freiburger Oper, Centre d'art contemporain Fri-Art und Internationales Bollwerk-Festival.

1.3.4 Schaffensbeiträge

Die Direktion hat einmalige Schaffensbeiträge von insgesamt 1 050 000 Franken den folgenden Kulturschaffenden und kulturellen Institutionen gewährt:

Association Amie, Christophe Tiberghien, Avalon Trio, Ensemble Triade, Jean-Christophe Gawrysiak, Chœur du Conservatoire de Fribourg, Chœur-Mixte «L'Echo des Alpes» von Charmey, Ani and the Flowers, Festival für Geistliche Musik Freiburg, L'Accroche-Chœur Fribourg, Ciderman, Chœur Symphonique de Fribourg, Concerts de la Semaine Sainte, b-ton, Chœur-Mixte «L'Echo des Marches» de Broc, Beautiful Leopard, A Ballare, Maîtrise L'Annonciade, Al Pesto, Denis Beuret, Chœur des XVI, Safari Hifi, Yasmina & Tizi, Adventskonzerte Villars-sur-Glâne, AB Project, TiramiSu, Association Comédie musicale Dracula, Pierre-André Dougoud, Quatuor Marquis de Saxe, Gustav Management, Julien Victor Scheuchzer (Musik, Gesang, Rock, Jazz);

Françoise Kern-Egger, Bernard Campiche Editeur, Deutschfreiburger Heimatkundeverein, Editions La Sarine, Association Belzédicts, Huber and Co, Editions de l'Aire, François Favre, Freiburger Studierenden-Buchverlag, Bibliomédia Suisse, Comité du Livre du Millénaire de Cudrefin, Architecture Expo.02, edition-8, Editions L'Age d'Homme, Editions Gruériennes, Paulusverlag (Literatur/Publikationen);

Angela Bürger, Compagnie Ad Hoc, Cirque Toamême, Kunos Circus Theater, La Compagnie des Barbares, Talman Ensemble, Théâtre de l'Ecrou, Nouvelle Troupe du Théâtre de Marionnettes de Fribourg, Theater AktRiss, L'Aire du Théâtre, Deutschfreiburger Theatergruppe DFTG, Compagnie Peaux d'Âne, Les Ananasses Vertes (Theater);

Olympia Films, Association des Amis de Cinémagination, Association Films Plans-Fixes, Hugo Veludo, Association Le Lieu-Dit, Hugofilm GmbH, Louise Productions, Plot & Point Pictures François Yang (Film/Video);

Musée historique de Lausanne, Musée d'art et d'histoire de Neuchâtel, Museum für Kunst und Geschichte Freiburg, Peter Aerschmann, Robert Andre Vonlanthen, Laurence Cotting, Viviane Fontaine, Sandro Godel, Jean-Claude Fontana, Erika Bolinger, Magdalena Rubin, Rico Weber, Pierre Aebischer, Martine Aeschlimann, Flaviano Salzani (Bildende Kunst, Fotografie);

Compagnie Drift, Association des Amis de La Planche, Tanzcompany Joka, Jeanne Macheret, Tonia Schilling, Compagnie Vol-au-Vent (Tanz).

1.3.5 Ausserordentliche Beiträge und Beiträge zur Förderung der Dezentralisierung

Die Direktion hat mit ausserordentlichen Beiträgen oder Defizitgarantien in der Höhe von insgesamt 251 000 Franken hauptsächlich für die folgenden Veranstaltungen und Organisationen unterstützt:

Musikfest Bulle, Le Nouveau Monde (Freiburg), Internationales Filmfestival Freiburg, Art Forum Glâne (Rue), Fondation des Amis de la Tour historique de La Tour-de-Trême, Stadt- und Universitätsorchester Freiburg, Fanfare paroissiale de Sivrîez, Association des Amis de l'Orgue du Collège St-Michel (Freiburg), Verein «Schloss Uebersdorf», Espace Moncor (Fribourg), Association Jeune Musique (Freiburg), Chœur-Mixte «La Gruéria» de Gruyères, Académie d'Orgue de Fribourg, Chœur de Chambre de l'Université, Festival Michel Corboz, Kirchenkonzerte Murten, Fête du Livre et du Papier (Gruyères), Ludimania'K (Estavayer-le-Lac), Festival Les Montanuits (Montagny), Collegium Vocale Seeland, Commission culturelle de Châtel-St-Denis, Estivale Estavayer-le-Lac, Fribourg La Médiévale, Société de développement de Broc, Association «Guitare et Luth» (Bulle), Photo-Club Fribourg, Société des concerts de la Ville de Bulle, L'Usine Festival (Vuadens), Divertimento vocale (Freiburg/Tafers).

1.3.6 Ordentliche Beiträge

Die Direktion hat 41 Kulturvereine und kulturelle Gruppierungen kantonaler Ausstrahlung sowie interkantonale Institutionen mit insgesamt 226 000 Franken unterstützt.

1.3.7 Beiträge der Loterie Romande

Im Einvernehmen mit der Direktion hat die kantonale Kommission der Loterie Romande insbesondere folgende Veranstaltungen und Kulturstätten mit einem Gesamtbeitrag von 2 500 000 Franken unterstützt: Bad Bonn (Düdingen), Belluard Bollwerk International (Freiburg), Centre

culturel Ebullition (Bulle), Espace Moncor (Villars-sur-Glâne), Festival international de Jazz de Fribourg, Internationales Filmfestival Freiburg, Fri-Art (Freiburg), Festival Michel Corboz (Freiburg), Fri-Son (Freiburg), La Spirale (Freiburg), Le Bilboquet (Freiburg), Le Nouveau Monde (Freiburg), Les Concerts de l'Avent (Villars-sur-Glâne), Murten Classics, Opéra de Fribourg, Internationales Folkloretreffen Freiburg, Société des Concerts de Fribourg.

1.4 Kulturpreis des Staates Freiburg

1987 hat der Staatsrat den «Kulturpreis des Staates Freiburg» geschaffen, der alle zwei Jahre auf Antrag der Kommission für kulturelle Angelegenheiten verliehen wird. Mit Beschluss vom 6. April 2004 hat der Staatsrat beschlossen bei der achten Ausgabe des Preises den Kulturpreis des Staates Freiburg an Pierre Huwiler, Komponist und Chor- und Orchesterdirigent, wohnhaft in Rueyres-les-Prés, zu verleihen. Der Preis in der Höhe von 10 000 Franken wurde dem Preisträger anlässlich eines öffentlichen Konzerts im Aufführungssaal La Prillaz, in Estavayer-le-Lac, das am 7. November stattfand, überreicht.

1.5 Kulturelle Infrastrukturen

Der Grosse Rat hat das Dekret über einen Beitrag an die Werkstatt für Bühnenkunst in Villars-sur-Glâne in der Höhe von 1 295 000 Franken und an den Aufführungssaal der Glâne in Romont in der Höhe von 458 000 Franken gutgeheissen. Ausserdem hat die EKSD dem Amt für Kultur und Tourismus der Stadt Freiburg den Entscheid des Staatsrats bestätigt, dem Grosse Rat die Gewährung einer Beitrags in der Höhe von 2 500 000 Franken (zu dem eine Schenkung eines gleichen Betrags vom kantonalen Organ der Loterie Romande hinzukommt) für einen Aufführungssaal in der Stadt Freiburg zu beantragen, soweit dieses Projekt die gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen über die Beitragsleistung an kulturelle Infrastrukturen erfüllt.

1.6 Zusammenarbeit

Das Amt hat bei den Aktivitäten der CORODIS (Commission romande de diffusion des spectacles) mitgewirkt. Es hat die Tätigkeit der Fondation romande pour la musique actuelle, des interkantonalen Fonds «Regio-Films» und der Association romande des techniciens du spectacle (ARTOS) unterstützt. Es hat sich zudem an den Arbeiten der westschweizerischen und der nationalen Kulturkonferenzen beteiligt.

Der Amtsvorsteher vertritt die Direktion im Stiftungsrat der Haute Ecole de Théâtre de Suisse romande. Er beteiligt sich zudem an den Arbeiten der Projektgruppe, die mit der Schaffung einer vernetzten Musikhochschule der Westschweiz beauftragt ist.

Der bildende Künstler Sandro Godel aus Domdidier wurde für einen sechsmonatigen Aufenthalt in der Atelier-Wohnung «Schönhauser» ausgewählt, die das Amt in Berlin mietet.

Der Fotograf François Yang wurde für einen einjährigen Aufenthalt im Atelier Jean Tinguely der Cité des Arts in Paris ausgewählt.

1.7 Fotografische Ermittlung: Thema Freiburg

1996 hat die Direktion die «Fotografische Ermittlung: Thema Freiburg» geschaffen. Mit dieser Initiative überträgt der Staat alle zwei Jahre einer Fotografin oder einem Fotografen die Realisierung einer Fotoreportage, die mit dem Kanton Freiburg in einem Zusammenhang steht. Der Preisträger der Ausgabe 2003, Christophe Dutoit, wohnhaft in Châtel-sur-Montsalvens, hat an einer Ausstellung im Greyerzer Museum mit dem Titel «Fenils» vom 27. Juni bis 17. Oktober 50 Schwarzweissabzüge gezeigt. Zur Ausstellung gab es einen Katalog, der vom Amt für Kultur und von der Kantons- und Universitätsbibliothek herausgegeben wurde.

1.8 Kultur und Schule

Ab Schuljahrbeginn 2003/04 bietet die Direktion den Klassen der obligatorischen Schule und der Sekundarstufe II des Kantons ein Kulturprogramm mit Aufführungen und Konzerten von Freiburger Kulturveranstaltern an. Die Schulen sind in der Nutzung des finanziell und/oder pädagogisch unterstützten Angebots frei. Der für «Kultur und Schule» gewährte Beitrag belief sich auf 83 000 Franken.

Im ersten Jahr nach dem Inkrafttreten von «Kultur und Schule» haben die Schulen 31 Veranstaltungen ausgewählt. 120 Aufführungen wurden von 15 561 Schülerinnen und Schülern besucht. Ausserdem haben mehrere Museen und das Festival Bédémânia in Belfaux rund 30 Workshops für freiburgische Klassen durchgeführt. Diese finanziell unterstützten Aktionen wurden von rund 1000 Schülerinnen und Schülern besucht.

1.9 Espace Jean Tinguely – Niki de Saint Phalle in Freiburg

Der Espace hat die folgenden Wechselausstellungen durchgeführt: «Jean Tinguely et Giovanni Battista Podestà (bis 18.04.04)» und «Jean Tinguely et Jo Siffert, témoignage d'une amitié» (ab 19.05.04). Zudem hat er fünf öffentliche Konzerte unter dem Titel «Les soirées musicales de l'Espace» angeboten. Den Espace haben 16 920 (17 042) Personen besucht; er wurde 135 (123) Mal für verschiedene Anlässe gemietet. Insgesamt wurden 47 (55) Führungen und 18 (23) pädagogische Veranstaltungen durchgeführt.

1.10 Römisches Museum Vallon

Es wurden die folgenden Wechselausstellungen gezeigt: «Archéologie dans l'Empire ottoman autour de 1900 (bis 2.05.04)» und «Graphomanie» (ab 5.06.04). Das Museum verzeichnete 8189 (9015) Besucherinnen und Besucher. Insgesamt wurden 96 (90) Führungen und 52 (40) pädagogische Veranstaltungen organisiert.

1.11 Öffentliche Bibliotheken

Der Kanton verfügt derzeit über 34 öffentliche Bibliotheken. In Anwendung der Vereinbarung vom 6. März 2002 zwischen dem Staat Freiburg und der Vereinigung der Freiburger Bibliotheken hat die kantonale Kommission der Loterie Romande Beträge in der Höhe von insgesamt

119 000 Franken an die Bibliotheken des Kantons gewährt, um den Kauf neuer Bücher zu ermöglichen. Das Amt für Kultur hat für die Weiterbildung des Personals der öffentlichen Bibliotheken Beiträge gewährt. Die Direktion hat zusammen mit der Vereinigung der Freiburger Bibliotheken neue Richtlinien über die öffentlichen Bibliotheken erarbeitet, die am 1. August 2004 in Kraft getreten sind.

1.12 Koordination zwischen den kulturellen Institutionen

Das Amt hat mit den Verantwortlichen der kulturellen Institutionen, die ihm angeschlossen sind, 40 bilaterale Koordinationssitzungen und zwei Plenarsitzungen abgehalten.

2. Staatsarchiv

2.1 Ablieferungen

Das Staatsarchiv verzeichnete Eingänge von insgesamt 761,90 (14,90) Laufmetern (Lm).

2.1.1 Ablieferungen der öffentlichen Hand

738,10 (8,10) Laufmeter wurden von der kantonalen Verwaltung abgeliefert:

von der Staatskanzlei:

- vom Amt für Drucksachen und Material: Druckschriften (0,30 Lm);

von der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport:

- vom juristischen Dienst des Generalsekretariats: Geschäftsdossiers (Polizeigaragenaffäre), 1993-1996 (1 Lm);
- vom Amt der franz. Orientierungsschulen: Geschäftsdossiers, 1972-2001 (0,70 Lm);
- vom Amt für Kultur: Geschäftsdossiers, 1986-2002 (6 Lm);
- vom Amt für Ressourcen: Baudossiers, 1976-1996 (4,25 Lm);

von der Sicherheits- und Justizdirektion:

- von der Kantonspolizei: Informationsjournal 2003 und Tagesberichte der Polizeiposten, 1998 (0,30 Lm);
- vom Amt für Bevölkerung und Migration: Geschäftsdossiers Nr. 66 321 bis 100 000 der verstorbenen, eingebürgerten oder ausgewanderten Personen, 1964-1987 (184 Lm);
- vom Amt für Justiz: 11 Notariatssiegel von 6 Notaren, die ihre Tätigkeit eingestellt haben, 1994-2004;
- von der Staatsanwaltschaft: Geschäftsdossiers des Kassationshofs in Strafsachen, 1943-1998, der Einvernahmen, 1990-1991, Korrespondenz, 1992-1999, Anklageschriften, 1993-1998 (51,10 Lm);
- von den Anstalten von Bellechasse: 137 Schubladen Geschäftsdossiers der Insassen, Gefangenen usw., Ende 19. Jh. – ca. 1950 (82 Lm);

von der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft:

- vom Amt Gemeinden: Geschäftsdossiers der Freien öffentlichen Schulen, 1903-2002, der Beziehungen Kirche und Staat, 1930-2003, sowie der Kontrollen der Pfarreischulden (4,50 Lm);
- vom Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen: 4 Register der Pfarrei Plaffeien, 1850-1875 (4,50 Lm);
- vom Oberamt des Saanebezirks: Register der Einwohnerkontrolle, Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen, 1907-1987 (4,5 Lm);
- vom Sekretariat des Verfassungsrats: Geschäftsdossiers der Sitzungen, Vernehmlassungen, Reglemente, Korrespondenz usw., 1999-2004 (9 Lm);

von der Volkswirtschaftsdirektion:

- vom Wohnungsamt: Geschäftsdossiers der Schlichtungskommission betreffend Missbräuche im Mietwesen des Saanebezirks, 1979-1999, (18 Lm);

von der Direktion für Gesundheit und Soziales:

- vom Schutzaufsichtsamt: Briefkopien 1882-1932, Besuchsrapporte, 1972-1986, Rechnungsbücher, 1944-1992, sowie Personaldossiers, 1953-2003 (15 Lm);

von der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion:

- vom Bau- und Raumplanungsamt: Baudossiers, 1976-1985 (230 Lm);

vom Kantonsgericht: Dossiers und Protokolle der verschiedenen Gerichte, Kammern und Kommissionen, 1914-1997 (90 Lm);

vom Verwaltungsgericht: vom Steuergerichtshof: Kantonale Steuerrekurskommission, 1922-1991, Sitzungen, 1945-1979, und Geschäftsdossiers 1993, vom Sozialversicherungsgerichtshof: Beschlüsse der Rekurskommission, 1979-1991 und Geschäftsdossiers, 1992-1993 (18 Lm);

vom Friedensgericht des 2. Kreises des Sensebezirks: Vormundschaft, 1971-2004 (3,30 Lm).

Abgegeben von Verbänden und Pfarreien:

- von der Rentnervereinigung des Staates Freiburg: Geschäftsdossiers, 1987-2003 (0,5 Lm)
- von der Pfarrei Arconciel: 1 Taufregister, 1740-1844, Wahlen, 1892-1987, Rechnungen und Voranschläge, 1901-1945, Abgabenverzeichnisse, 1904-1966, u.a. (0,30 Lm)
- von der Pfarrei Orsonnens: Archivbestand und Inventar, 1399-1986 (3 Lm).

2.1.2 Ablieferungen (Schenkungen, Depots) von Privatpersonen

Dem Archiv haben Archivbenutzer die Ergebnisse ihrer Nachforschungen überlassen sowie Einzelpersonen verschiedene Veröffentlichungen, Broschüren, Dokumente und Familiennachlässe übergeben (20 Lm), darunter:

- Jean-Joseph Ansermot: 70 Minuten Kataster- und Waldpläne des Greyerzbezirks, 1947-1957 (0,0 Lm);
- Yvonne Steinauer: 5 Hefte und 2 Dossiers der Lehrerinnenvereinigung des Kantons, 1890-1969 (0,10 Lm);
- Chorherr Athanas Thürler: Biografien der Priester der Diözese, 15.-20. Jh., Genealogien und Schriften zur Lokalgeschichte (6 Lm);
- François de Vevey: Familienarchiv, 1266-2002 (12,50 Lm).

2.1.3 Ablieferungen des Staatsarchivs

Das Staatsarchiv Freiburg hat Pierre Rime, der seine Tätigkeit als Notar wieder aufgenommen hat, 56 Minutenbände 1996-2001, zurückerstattet (3,20 Lm).

2.2 Restaurierungsarbeiten, Schutzmassnahmen und Mikroverfilmung

Verschiedene Fachleute haben 2 Urkunden und eine päpstliche Bulle, 1 Edellehen von Rue, 1628, 1 Notariatsregister, 1750-1756 (RN 3136) und ein Ratsmanuale von 1721 (RM 272) restauriert.

Ein Archivmitarbeiter hat die Verzeichnung und Einordnung der Pläne der Architekten Cuony und Genoud, aus der Zeit um 1900, in säurefreie Mappen fortgeführt.

Die Mikrofilmzentrale hat 472 Geburts-, Ehe- und Sterberegister, die im Staatsarchiv hinterlegt sind, sowie 421 (211) Register von 46 (13) Pfarreien auf Mikrofilm aufgenommen.

2.3 Klassierungs- und Inventarisierungsarbeiten

Folgende Klassierungen und Inventare wurden abgeschlossen und den Archivbenutzern mit einem Verzeichnis zugänglich gemacht (chronologische Reihenfolge):

- Kontrolle des Familienarchivs de Vevey seit 1266 und Inventar, 1880-2002, 82 S.;
- Kontrolle der Notariatsregister und Erstellung einer Liste der Indices sowie der Testamentbände, 14.-20. Jh., 15 S.
- Index der Heilig-Geist-Bruderschaft nach Chronologie und Signaturen, 1306-1787, 30 S.;
- Inventar der Gerichtsbücher, Kollokationen, Edikte, Konkursregister usw., 1403-1798, und chronologische Liste der Richter, Schreiber usw., 112 S.;
- Ergänzung des Inventars des Bestandes Pierre Glasson, 1907-1991, 6 S.

Im Berichtsjahr 2004 konnten folgende Inventare weitergeführt werden (chronologische Reihenfolge):

- Klassierung und Inventarisierung des Familienbestands de Courten, der besonders die Freiburger Familien de Bocard, Buman, Endrion, Weck usw. betrifft, 1438-20. Jh.;
- Inventar der Pfarreiregister, 16.-20.Jh., 333 S. (282 S.);
- Neuerstellung des Inventars von Alfred d'Amman, die Familie de Weck betreffend, 1598-1823;

- Inventar der Kornlisten und Aufstellung der Haushaltungen in den Vogteien, 1785;
- Inventar der Helvetischen Republik, 1798-1803;
- Klassierung von Dokumente die Tagsatzungen betreffend, 1803-1848;
- Inventar von losen Blättern und Faszikel des Zivilstandsamts, 1876-1982, (ca. 20 Lm);
- Kontrolle und Inventar der Pläne der Architekten Cuony und Genoud, 19.-20. Jh.;
- Klassierung und Inventarisierung der Dossiers der Anstalten von Bellechasse, Ende 19.- Beginn 20. Jh.

2.4 Anschaffungen

Zusätzlich zu den Schenkungen wurde die Handbibliothek des Staatsarchivs um 114 (105) Titel erweitert. Das Archiv konnte folgende Dokumente erwerben: verschiedene Dokumente zu Freiburger Patrizierfamilien 1438-20. Jh.; ein Formularbuch eines Notars 18. Jh., das eine Beschreibung der Schweiz und die Chronik von Peter Fruyo, 16. Jh., enthält.

2.5 Kundendienst

11 079 (10 765) Dokumente und 2561 (2018) Mikrofilme wurden von 531 (571) Besuchern in 3446 (2018) Tagesarbeitsstätten bearbeitet. Es beschäftigten sich

- 329 (311) Personen, davon 261 (244) mit genealogischen Nachforschungen und 68 (67) mit verschiedenen Themen;
- 266 (220) Wissenschaftler, davon 48 (44) mit dem Mittelalter, 72 (60) mit dem Ancien Regime und 146 (116) mit dem 19. und 20. Jh.

Es wurden 26 (10) Führungen für 565 (112) Personen, darunter Schüler, Studenten, Lehrer, Beamte und Mitglieder privater Vereinigungen, durchgeführt.

2.6 Vorarchivierung

Die Archivare haben Einblick in die Archive genommen und 19 (4) Dienststellen der kantonalen Verwaltung sowie zwei private Firmen besucht und beraten: die Jugendstrafkammer, die Anstalten von Bellechasse, die Hochschule für Gesundheit, die Pädagogische Hochschule, das Friedensgericht von Dompierre, das Friedensgericht und die Amtsvormundschaft von Rechthalten, das Betreibungsamt des Seebezirks, die Freisinnig-demokratische Partei des Kantons Freiburg, das Oberamt des Seebezirks, das Sekretariat des Verfassungsrats, das Sekretariat des Kolloquiums «Rerum novarum», das Amt für Archäologie, das Amt für Kultur, das Amt für Strafvollzug, das Amt für Kulturgüter, das Amt für Gemeinden, das Amt für Ressourcen, die Amtsvormundschaft Tafers, den gerichtspolizeilichen Erkennungsdienst, das Schutzaufsichtsamt und das Kantonsgericht.

Der Archivar hat die Pfarreiarchive von Bösinggen, Domdier, Jaun, Murten und Wünnewil sowie die Gemeindearchive von Murten und Schwarzenburg besichtigt.

2.7 Informatik

Die Liste der im Staatsarchiv vorhandenen Pfarreiregister wurde auf der Homepage regelmässig nachgeführt. Zudem wurde neu die französische Fassung des Archivführers von 1986 aufgeschaltet. Von November 2003 bis Ende Oktober 2004 wurde die Homepage 103 610 (94 160)-mal besucht. Dies stellt einen monatlichen Durchschnitt von 8634 Zugriffen dar.

Dank Hilfspersonal konnten 90 Inventare, bzw. 3326 Seiten Text und 2 Karteien in die Datenbank scopeArchiv übernommen oder eingetippt werden.

Das Staatsarchiv hat zusätzliche Module (Vorarchiv, Partner, Dossier, Recherchemodul Query) zum bestehenden Verzeichnismodul von scopeArchiv angeschafft. Diese Werkzeuge werden anfangs 2005 mit der neuen Version des Programms eingeführt werden.

Seit Januar 2004 ist das Staatsarchiv Mitglied der Usergruppe scopeArchiv, welche die Verzeichnung und Erschliessung der Archivadokumente vereinheitlichen sollte.

Die Konferenz der leitenden Archivare und Archivarinnen auf Kantons- und Bundesebene sowie des Fürstentums Liechtenstein (Archivdirektorenkonferenz) hat ihre Arbeiten zur Gründung einer schweizerischen Koordinationsstelle für die elektronische Archivierung weitergeführt. Diese Stelle hat ihre Tätigkeit im Sommer aufgenommen.

2.8 Publikationen, Vorträge, Ausstellungen und Varia

Die Archivare haben folgende Publikationen zur Freiburger Geschichte herausgegeben:

- Nachruf Peter Rück, 1934-2004, Adjunkt von 1964 bis 1968, in: Freiburger Nachrichten, 21.09.2004 und Freiburger Geschichtsblätter 81/2004, S. 230-235;
- Das Staatsarchiv Freiburg ist umgezogen, in: Arbido 4/2004, S. 26-27;
- Der Fonds der Familie de Courten im Staatsarchiv Freiburg, in: Freiburger Geschichtsblätter 81/2004, S. 225-229;
- Der Freiburger Stadtschreiber Petermann Cudrefin, 1410-1420, und sein Testament, in: Freiburger Geschichtsblätter 81/2004, S. 7-57;
- Dossier Fribourg-Freiburg: Fribourg: noir et blanc – Culture et histoire dans l'administration cantonale / Freiburg: schwarz und weiss – Kultur und Geschichte in Freiburgs Staatsverwaltung; und Geschichte ohne Staatsarchiv? les Archives de l'Etat au service du public – Das Staatsarchiv als Vermittler von Geschichte, in: Revue Arbido 9/2004, S. 3, 5-8;
- Ein Räuber, der den Ruf als Hexer hatte, in: Freiburger Nachrichten, 17.07.2004;
- Un «laisser-passer» pour l'inquisiteur. Les rapports entre l'Inquisition et les autres pouvoirs en Suisse romande, in: Inquisition et pouvoir, Aix en Provence, 2004, S. 71-87.

Das Staatsarchiv hat an dem vom Schweizerischen Bundesarchiv herausgegebenen Inventar der Militärbestände, 1848-2000, für den Freiburger Teil mitgearbeitet.

Die Archivare haben folgende Vorträge gehalten:

- Gerichtsnutzung von «oben» und von «unten». Die Anfänge der Hexenverfolgungen in der Westschweiz, anlässlich der Jahresversammlung der Schweiz. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Bern;
- Les spécificités et traitement d'un fonds d'archives, im Rahmen des Certificat de formation continue en gestion de documentation et de bibliothèque des universités de Fribourg et de Genève in Freiburg;
- Predigt und Inquisition. Der Kampf gegen die Häresie in der Stadt Freiburg (erste Hälfte des 15. Jh.) anlässlich des Kolloquiums Vincent Ferrier in Estavayer-le-Lac.

Das Staatsarchiv stellt im Konferenzsaal Fotos zum alten und neuen Archivgebäude sowie zum Umzug aus. Anlässlich der 600 Jahre des Vennerbriefs, der letzten mittelalterlichen Verfassung Freiburgs, wurde eine Sommerausstellung durchgeführt. Bei dieser Gelegenheit hat das Staatsarchiv seine erste CD herausgegeben.

Für die Porträtausstellung «La tête des nôtres» im Museum für Kunst und Geschichte hat das Staatsarchiv 10 Fotos ausgeliehen.

Die Archivare waren in den Berufsverbänden tätig.

2.9 Weiterbildung

Die Archivare haben an Weiterbildungsveranstaltungen teilgenommen, u.a. im Bereich der Archivwissenschaften, der Archivpädagogik und der elektronischen Archivierung.

2.10 Gebäude

Das neue Archivgebäude findet allgemeine Zustimmung. Kleinere Arbeiten müssen noch vorgenommen werden.

2.11 Archivkommission

Die Kommission hat dreimal getagt. Haupttraktanda waren neben dem Budget und den Rechnungen das neue Gebäude und die Überarbeitung des Archivreglements.

3. Kantons- und Universitätsbibliothek

3.1 Einleitung

Das Jahr 2004 stand im Zeichen mehrerer aussergewöhnlicher Schenkungen. Am 24. Mai unterzeichneten die Schweizer Kapuzinerprovinz und der Staatsrat einen Schenkungsvertrag über die Kapuzinerbibliotheken von Freiburg (bereits seit 1982 in der KUB deponiert) und von Bulle. Am 25. Oktober unterschrieben Pierre de Castella und der Staatsrat eine Schenkungsurkunde über die «Bibliothek de Castella de Delley». Es handelt sich dabei um die bedeutendsten Schenkungen seit der Gründung der KUB im Jahr 1848.

Auf bibliothekstechnischer Ebene ist der Abschluss mehrerer Projekte zu verzeichnen:

- Digitalisierung des alten Zettelkatalogs mit mehr als 1 Million Karten (<http://bcu.dilib.info>). Gleichzeitig wurden die von Pater Norbert Sapin erstellten 25 000 Karten des Katalogs der Kapuzinerbibliothek Freiburg digitalisiert (dieselbe URL-Adresse). Seit September sind somit alle durch diesen Katalog erfassten Bücher – und zugleich die gesamten Bestände der KUB – online zugänglich;
- Vergrößerung der Mediathek, die neu im ehemaligen Katalogsaal untergebracht ist, und Umzug des Informatikdienstes in die ehemaligen Räume des Medienzentrums;
- völlige Neugestaltung der Website (<http://www.fr.ch/bcu>), die seit Dezember 2004 aufgeschaltet ist;
- Onlinezugriff auf den Katalog aller Dissertationen der Universität Freiburg;
- Inbetriebnahme eines gemeinsamen Dokumentenservers der RERO-Bibliotheken (Dissertationen und andere elektronische Dokumente; <http://doc.rero.ch>), mit insbesondere einer ersten Tranche digitalisierter Freiburger Kulturgüter (Jahrgänge 1900-1920 der Tageszeitungen *La Liberté* und *Freiburger Nachrichten*).

Im Rahmen einer partiellen Reorganisation der KUB-Strukturen hat der Staatsrat im April die Beförderung von Regula Feitknecht, vorher Koordinatorin KUB – Universität, zur stellvertretenden Direktorin und von Alain Bosson, vorher Verantwortlicher des Bereichs «Gedrucktes Kulturgut», zum Abteilungsleiter für «Gedrucktes Kulturgut, alte Drucke und Konservierung» gutgeheissen. Isabelle Blanc wurde zusätzlich zu ihrer Tätigkeit als Direktionssekretärin mit der Personalverwaltung beauftragt. Das von der Direktion vorgeschlagene Organigramm wurde vom Staatsrat genehmigt.

Wie die folgenden Zahlen im Detail belegen, nahmen die Fern- und Heimausleihen wiederum erheblich zu. Die Vergrößerung der Mediathek sowie die Erweiterung ihres Angebots durch Musikaufnahmen und Hörbücher, die zu den Filmen und Comics hinzukommen, führten zu einer um mindestens 50 % höheren Nutzung. Die Konsultation der von der KUB angebotenen elektronischen Ressourcen, insbesondere der elektronischen Zeitschriften, stieg ebenfalls beträchtlich an.

3.2 Kommission

Im Berichtsjahr hielt die Kommission zwei Sitzungen ab. Sie hiess die Rechnung 2003 gut und nahm zum Vorschlag 2005 und zum aktualisierten Finanzplan in zustimmendem Sinn Stellung.

Sie wurde über das neue Organigramm der KUB, die Finanzierung der elektronischen Zeitschriften und die Neugestaltung der Mediathek informiert; mit Befriedigung nahm sie die Digitalisierung des Zettelkatalogs, die Optionen hinsichtlich der Fernleihe und die Beziehungen zwischen der KUB und der Vereinigung der Freiburger Bibliotheken zur Kenntnis.

Des Weiteren nahm sie an den Überlegungen zu folgenden Themen teil: Jahresbericht, neue Website der KUB, Vereinheitlichung der Vorschriften und Gebühren für den Leihverkehr zwischen den zum Westschweizer Verbund gehörenden Bibliotheken sowie Erweiterungs- und Umbaupläne der KUB. Die Kommissionsmitglieder besichtigten die neuen Räumlichkeiten der Mediathek in der KUB-Zentrale.

3.3 Direktion und Stabsfunktionen

3.3.1 Direktion

Um die Verwendung des für 2005 budgetierten Projektkredits für die Gebäudeerweiterung vorzubereiten, wurde unter Leitung des Vorstehers des Amtes für Kultur und mit Beteiligung des Bauamtes sowie der KUB eine Arbeitsgruppe gebildet.

Das «Comité des directeurs des grandes bibliothèques romandes (CDROM)» traf insbesondere in folgenden Bereichen Entscheide oder bereitete sie vor:

- Vereinheitlichung der Fernleihgebühren auf Westschweizer Ebene;
- Funktionalitäten und Verbundarchitektur;
- Inbetriebnahme des RERO-Dokumentenservers;
- Wahl einer neuen Präsidentin (Gabrielle von Roten, Universität Genf).

Der Conseil exécutif RERO traf insbesondere in folgenden Bereichen Entscheide:

- Vorbereitung der Statuten für die Umwandlung von RERO in einen Verein;
- Aufnahme neuer Partnerbibliotheken, insbesondere zweier Freiburger Institutionen (Hochschule für Gesundheit und Hochschule für soziale Arbeit);
- Wahl einer neuen RERO-Vizedirektorin (Romaine Valério).

Die Konferenz der Universitätsbibliotheken der Schweiz (KUB) befasste sich insbesondere mit folgenden Themen:

- Vereinbarung betreffend die elektronischen Dissertationen: Koordination auf Landesebene;
- Finanzierung der elektronischen Ressourcen, insbesondere der Zeitschriften, und des Konsortiums der Schweizer Hochschulbibliotheken;
- Koordination der Abonnementskündigungen;
- Bibliothekstantieme.

Im Jahr 2004 trat die KUB der «Interessengruppe BBS Studien- und Bildungsbibliotheken» bei und organisierte eines der beiden Jahrestreffen in Freiburg.

3.3.2 Verwaltung, Buchhaltung, Sekretariat

Zwei Personen wurden pensioniert und drei neue Mitarbeitende eingestellt (eine Stellvertreterin des Leiters der Katalogisierungsabteilung, ein Verantwortlicher für elektronische Ressourcen und eine Diplombibliothekarin).

Im Jahr 2004 arbeiteten in der KUB 13 Personen im Rahmen von ein- bis zwölfmonatigen Beschäftigungsprogrammen.

3.3.3 Gebäude, Einrichtungen

Abgesehen von den laufenden Unterhaltsarbeiten und den durch unvorhersehbare Probleme verursachten Interventionen wurden folgende Dossiers behandelt:

- Verlegung der Mediathek in den ehemaligen Katalogsaal, um die Nutzfläche zu erhöhen und die Infrastruktur der Ausleihe mitzunutzen. Dank dieser Verlegung konnte ein neues Büro für die Informatikabteilung eingerichtet werden;
- Auswechslung des Dokumentensicherungssystems im Anschluss an die Einführung neuer Schutzvorrichtungen für die Dokumente der Mediathek;
- Erste Etappe der Erneuerung des Heiz- und Klimatisierungssystems, die Verbesserungen im Heizungsbereich bringt.

Für die KUB-Beauregard wurden mit dem Hochbauamt allgemeine Nachkontrollen organisiert. Einige Pannen an technischen Anlagen erforderten die Intervention der verantwortlichen Unternehmen über eine neu beauftragte Verwaltungsgesellschaft. Die Wartungsverträge für technische Anlagen und Apparate wurden abgeschlossen und die automatische Beleuchtung optimiert.

3.3.4 Berufsausbildung

Ein I+D-Lehrling (Assistent in Information und Dokumentation) hat seine Lehrzeit abgeschlossen, zwei weitere setzen ihre Ausbildung im Jahr 2005 fort. Die KUB stellte zwei neue I+D-Lehrlinge an, einen in Partnerschaft mit der Bibliothèque publique et scolaire de Bulle. Zudem nahm die KUB einen Lehrling der Bibliothèque publique d'Yverdon-les-Bains für ein Praktikum auf. Im Rahmen der Ausbildung zum Spezialisten in Information und Dokumentation (Haute Ecole de Gestion Genf) absolvierte eine Person das für die Aufnahme in die Fachhochschule erforderliche einjährige Berufspraktikum; im Herbst nahm die KUB eine neue Praktikantin auf.

3.3.5 Weiterbildung des Personals

Neun Veranstaltungen für das Personal und alle weiteren interessierten Personen wurden durchgeführt. Sie waren folgenden Themen gewidmet:

- Präsentation des neuen Gebäudes der Zentralbibliothek Zürich (Hermann Köstler);
- Begegnung mit der neuen RERO-Direktion, gefolgt von Ausführungen zum Thema «Un nouveau mode de communication scientifique» (Marylène Micheloud, Gianni Pante und Jean-Philippe Schmitt);
- Präsentation des Projekts der Digitalisierung des Zettelkatalogs (interne Weiterbildung);
- Neue Kommunikationstechnologien im Unterricht (Gérald Collaud, Jacques Monnard);

- Berufsethik der Schweizer Bibliothekare und Archivare (Michel Gorin);
- Digitalisierung und Archivierung von Fotografien sowie Präsentation von Plakaten im Internet, im Rahmen eines Treffens der «Interessengruppe BBS Studien- und Bildungsbibliotheken» (Jean-Frédéric Jauslin, Lukas Rosenthaler und Mitarbeitende der KUB);
- Handhabung von Büchern und Konservierungsprobleme (Monika Lüthi);
- Der digitalisierte alte Zettelkatalog und seine Nutzung (interne Weiterbildung);
- Architektur und Konservierung (Andrea Giovannini).

3.3.6 Informatik

Dank einer zusätzlichen 50 %-Stelle und verschiedener Rochaden konnte ein «Verantwortlicher für elektronische Ressourcen» (80 %) angestellt werden. Nach dem Bezug neuer Räumlichkeiten sind die Mitarbeitenden der Informatikabteilung nun in einem gemeinsamen Büro vereint.

Die Migration der Computer und Terminals zu Windows XP und Office 2003 (SP3) ist abgeschlossen. Im Dezember 2004 standen in der KUB 123 Arbeitsstationen in Betrieb. Der Informatikdienst befasste sich auch mit der Migration mehrerer Terminals der Bibliothèque publique in Bulle zu Windows XP und nahm ihre neue Konfiguration vor.

Die Einrichtung der neuen Mediathek führte zu umfangreichen Veränderungen in der Datenbank (Standorte, Ausleihbedingungen). Die Aufnahme der Hochschule für soziale Arbeit Freiburg [HSF-SA] und der Hochschule für Gesundheit [HSfG-FR/KPS] in die Vereinigung der Freiburger Bibliotheken und den Westschweizer Bibliotheksverbund war mit Analyse- und Parametrisierungsarbeiten verbunden.

Die Integration der Bucherwerbung in den Lokal- und Verbundkatalog (Katalogisierungsregeln, Parameter, Handbücher, Ausbildung) sowie die elektronische Zeitschriftenverwaltung wurden ebenfalls vorbereitet. Der Versand von Mahnungen und Mitteilungen an die Benutzer per E-Mail wurde getestet.

3.3.7 Koordination mit der Universität

Die Koordinationsgruppe trat im Prinzip einmal monatlich zusammen. Während dieser Sitzungen wurden insbesondere folgende Themen behandelt: Besetzung von Stellen (in der BLL, BHT und DOKPE für Rekatalogisierungsarbeiten; Hilfspersonal finanziert durch die Universität; ein Beschäftigungsprogramm zu Gunsten von zwei Bibliotheken), Benutzerschulung, Finanzierung der elektronischen Zeitschriften, partielle Dezentralisierung des Buchdurchlaufs, elektronische Dissertationen (Verträge mit Doktoranden), Zusammenstellung eines Dossiers «Bibliotheken» für die Herbstausgabe der Zeitschrift «Universitas Friburgensis», Erweiterung der KUB und Probleme in Zusammenhang mit den Räumlichkeiten der dezentralen Bibliotheken.

Ein neuer Kurs für das «Certificat de formation continue en gestion de documentation et de bibliothèque» wurde lanciert, an dem 17 Personen verschiedenster Ausrichtung teilnehmen.

3.3.8 Koordination mit den assoziierten Bibliotheken und mit der Vereinigung der Freiburger Bibliotheken (VFB)

Die Hochschule für Gesundheit (HSfG-FR/Krankenpflegeschule) und die Hochschule für Soziale Arbeit Freiburg (HSF-SA Givisiez) sind dem Freiburger Lokalverbund (und damit RERO) beigetreten, welcher nun 12 Mitgliederbibliotheken umfasst.

Der Koordinator traf mit den meisten Bibliotheksverantwortlichen zusammen, um Lagebeurteilungen vorzunehmen, Problemlösungen zu finden oder besondere Projekte voranzutreiben.

Im März 2004 wurde ein mobiler Bibliothekar («Störbibliothekar») mit einem Pensum von 40 % angestellt. Zu seinen Aufgaben gehört die Bearbeitung von Werken in assoziierten Bibliotheken, die nicht über das nötige qualifizierte Personal verfügen; dazu kommen weitere Aufgaben, wie Schulungen und Beratungen.

Die VFB begann das Jahr 2004 mit einer neuen Präsidentin, Rose-Marie Ducrot. Die Vereinigung führte 4 Weiterbildungskurse durch und änderte die *Direktiven zu den allgemein öffentlichen Bibliotheken* ab, deren neue Fassung von der EKSD genehmigt wurde. Die Zuwendungen der Loterie Romande (Fr. 119 930.–) wurde an öffentliche und gemischte Bibliotheken weiterverteilt.

Die Pädagogische Hochschule (PH) lud Bibliothekare zu einem Austausch mit Lehrpersonen ein zwecks Förderung der Bibliotheksbenutzung. In Zusammenarbeit mit dem Didaktischen Zentrum (DZ) und der PH wurde eine Umfrage durchgeführt, um eine Bestandesaufnahme der Schulbibliotheken vorzunehmen, ihre Funktionsweise und ihre Bedürfnisse zu ermitteln und ihre Benutzung zu fördern.

Die Inbetriebnahme der neuen Website der KUB führte zu Veränderungen in der Präsentation der Bibliotheken; für alle Bibliotheken des Kantons und für die Vereinigung wurden neue Seiten geschaffen.

3.3.9 Öffentlichkeitsarbeit

Um ihre Bestände, ihre Angebote und den Betrieb allgemein bekannt zu machen, veröffentlichte die KUB folgende Schriften:

- Prospekt «KUB: Profil, Dienstleistungen und Ressourcen 2004/05»;
- Prospekt «Kulturprogramm 04-05»;
- Halbjährlicher elektronischer «Newsletter» für den Lehrkörper der Universität;
- Cinéplus-Programm 2004/05;
- BCU Info Nr. 48-49;
- Jahresbericht 2003.

Das Hauptinstrument der Öffentlichkeitsarbeit bleibt jedoch die Website der KUB, die vollständig überarbeitet wurde.

3.4 Kulturelle Aktivitäten

3.4.1 Ausstellungen

- Amoureux ... pour la St. Valentin: die Liebe, verewigt in poetischen Bildern von vier Fotografen: Boubat, Doisneau, Ronis, Weiss;
- Usbekistan von Max Penson: 1926-1948, im Rahmen des Freiburger Internationalen Filmfestivals;
- Jacques Chessex: «*Il y a moins de mort lorsqu'il y a plus d'art*», in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Literaturarchiv der Landesbibliothek;
- Fragments d'un discours social: Bilder, die Ästhetik und Politik verknüpfen, von einigen bedeutenden Fotografen des 20. Jahrhunderts;
- Diderot, d'Alembert & Cie: von den Vorläufern der berühmten Encyclopédie zu den virtuellen Enzyklopädien im Rahmen einer Ausstellung von Beständen der KUB;
- Allergattig Lütt: Deutschfreiburger, gesehen vom Fotografen Romano P. Riedo;
- Hopfen und Blei: Welttag des Buches (23. April) und Gedenktag für das am gleichen Tag im April 1516 von Herzog Wilhelm IV. von Bayern erlassene Reinheitsgebot für Bierbrauer;
- Hommage an Pater Joachim Berthier, OP (1848-1924), Mitgründer der Universität und der Theologischen Fakultät, anlässlich seines 80. Todestages.

3.4.2 Veröffentlichungen

- Chronique fribourgeoise 2003;
- Fenils, von Christophe Dutoit (4. fotografische Ermittlung);
- Edouard Favre, violoniste, chef d'orchestre et compositeur.

3.4.3 Veranstaltungen, Vorträge

Die Begegnungen der Rotunde:

- Comment réinventer l'autoportrait, entre lecture et écriture du désir, von Alain Favarger;
- Chapelles fribourgeoises, entre patrimoine religieux et patrimoine culturel, von Yvan Andrey und Serge Gummy;
- Genèse et tribulations d'une première aventure éditoriale, von Isabelle Flükiger, Autorin des Romans «Du ciel au ventre», L'Age d'homme, 2003;
- Internet et l'œuvre littéraire: nouveau support, nouvelles approches?, von Prof. Claude Bourqui, Universität Neuenburg;
- Diesseits und Jenseits. Jacques Chessex in Freiburg, von Prof. Gérald Froidevaux, Universität Basel;

- Ce que je dois à Fribourg, von Jacques Chessex;
- Autorenlesung mit Amalita Hess und Claude Luezi über das Thema des Reisens;
- L'Encyclopédie et la Suisse romande, von Jean-Daniel Candaux, Historiker;
- Jean-Euphèle Milcé, Autor des Romans «L'Alphabet des Nuits», Verlag Bernard Campiche, Prix Georges Nicole 2004.

Mittagstreffen in der Rotunde:

- Le livre triomphant et l'essor de l'imprimerie aux XVII^e-XVIII^e siècles, von Alain Bosson;
- La presse et les journaux des origines au XIX^e siècle, von Alain Bosson;
- Bücher bewahren und pflegen: eine Aufgabe der öffentlichen Bibliotheken, von Joseph Leisibach;
- Quelques aspects méconnus de l'histoire du livre médiéval, von Romain Jurot;
- Collectionner les cartes postales: intérêt et curiosités, von Alex E. Pfingsttag;
- Führungen durch die Ausstellung: Diderot, d'Alembert & Cie, von Alain Bosson;
- Führungen durch die Ausstellung: Fragments d'un discours social, von Emmanuel Schmutz.

3.4.4 Cinéplus – der Filmklub

Das erste Halbjahr stand im Zeichen einer *David Cronenberg*-Retrospektive mit sechs seiner wichtigsten Filme und der Vorführung des «Making of» über die nie abgeschlossenen Dreharbeiten von *Lost in la Mancha*, dem Unglücksfilm von *Terry Gilliam*.

Im zweiten Halbjahr standen Zeichentrick- und Dokumentarfilme auf dem Programm: zum einen zwei Werke von *Bill Plymton*, die im Rahmen der von Images.04 Vevey veranstalteten Schweizer Tournee gezeigt wurden, und die beiden unbestrittenen Kinohits *Shrek 1* und *Shrek 2* in der Originalfassung, zum anderen zwei ältere Filme von *Michael Moore*, die Vorpremiere von *Mondovino* über die Globalisierung des Weins und zwei weitere in Freiburg noch nicht gezeigte Dokumentarfilme. Hinzu kommt das traditionelle Cinéplus-Clubprogramm in Freiburg und Bulle. Rund 1400 Personen besuchten die 28 Vorführungen, und mehr als 4000 Sekundarschülerinnen und -schüler schauten sich die Filme im Rahmen der kulturellen Aktivitäten an.

3.4.5 Zusammenarbeit

- Sonntag in Yaoundé: Ausstellung im Rahmen des 15-jährigen Bestehens der Bibliothek von Cousset und in der OS Bulle;
- Der heilige Augustinus: Afrikanität und Universalität, Ausstellung in Vilnius, 15.10.-15.12.2004;
- Benedikt Rast, photographe: Ausstellung in der Médiathèque Valais in Martigny und im Collège du Sud in Bulle, Oktober 2004;

- Aventicum. Ville en vues. Lausanne, Espace Arlaud, 16.02.-30.04.2004;
- Images du monde. Lausanne, Musée historique, 04.06.-31.10.2004;
- Empfang der Hauptversammlung der Arbeitsgruppe BBS «Alte Drucke»;
- Mitarbeit an der Website MEMO für den Kanton.

3.5 Konservierung und Kulturgüter

3.5.1 Handschriften und Inkunabeln

Erwerbungen durch Schenkung:

- 18 mittelalterliche Handschriften und eine noch unbekanntere Zahl neuere Handschriften aus den Kapuzinerbibliotheken Freiburg und Bulle;
- 152 Inkunabeln aus den Kapuzinerbibliotheken Freiburg und Bulle;
- Nachlass Pierre Kaelin.

Erschliessung:

- Klassierung und Verzeichnis der Neuzugänge, L 2071-2077;
- Nachlass Gérard Pfulg: Verzeichnis und Konservierung;
- Dossier LE 10: Verzeichnis und Konservierung;
- Wettbewerb Geistliche Musik, 1995 und 1997: Verzeichnis und Konservierung;
- Dossier J Frib. 26 (Konzert- und Theaterprogramme): Konservierung;
- Nachlass Favre: Verzeichnis und Konservierung;
- Nachlass Oscar Moret nach neuer Systematik;
- Nachlass Joseph Bovet: Vorbereitung des neuen Katalogs.

Katalogisierung der mittelalterlichen Handschriften:

- 27 mittelalterliche Handschriften wurden beschrieben.

Mikroverfilmung:

- Inkunabeln Z 107, 183, 1971-6, 236.

3.5.2 Freiburger Drucke und seltene Bücher

Erwerbungen durch Ankauf:

- Ankauf der Bibliothek von Hans Grossrieder, die insbesondere 120 Widmungsexemplare zeitgenössischer Schriftsteller enthält.

Erwerbungen durch Schenkung:

- Schenkung der Kapuzinerbibliotheken Freiburg und Bulle, insgesamt fast 14 000 alte Drucke, darunter 130 Bände aus der Bibliothek des Freiburger Humanisten Peter Falck (1468-1519);

- Unterzeichnung der Schenkungsvertrages für die Bibliothek von Pierre de Castella, insgesamt 2663 alte, wertvolle Bände.

Erschliessung und Benutzung

Die Ausleihe alter Drucke und seltener Bücher in den überwachten Lesesaal verzeichnete 115 (95) Benutzungen mit insgesamt 214 (184) konsultierten Bänden. Im Rahmen der Rekatalogisierung der alten Drucke auf Virtua wurden 232 (167) Titel, davon 112 (15) Freiburger Drucke, mit insgesamt 518 (263) Bänden erfasst, indiziert und mit der Brunet-Parguez-Klassifizierung versehen. Ausserdem schloss die Abteilung das Verzeichnis der Bibliothek von Pierre de Castella ab, die Gegenstand der am 25. Oktober unterzeichneten Schenkungsurkunde ist.

3.5.3 Audiovisuelle Kulturgüter

Die Postkartensammlung nahm um 324 Stücke zu. Die Archivierung des Nachlasses Jean Mülhauser (1902-1966) und seiner Kinder Hans und Trudy setzte sich mit der Herstellung von 1926 Kontaktabzügen fort. Zudem wurden 1631 Negative des Nachlasses Thévoz digitalisiert und 924 Kontaktabzüge im Rahmen des Projekts MemoriaV hergestellt. 1000 dieser Fotos sind katalogisiert und auf der Website der KUB zugänglich.

Der Nachlass Louis Sottas (1888-1908) von Vuadens, der 102 Glasplatten mit 150 Originalabzügen umfasst, der Nachlass des Freiburger Unternehmers O. Salvisberg mit 45 Fotos aus den Jahren 1906 bis 1909 und ein 172 Dokumente enthaltender Bestand aus dem Pfarrhaus in Châtel-St-Denis haben die bestehenden Sammlungen bereichert. Die Filme des Nachlasses Eugène Gross wurden auf digitale Träger überspielt. Die Erschliessung und Überspielung des audiovisuellen Archivs des Nachlasses Kaelin hat begonnen. Im Bemühen um die Konservierung der Sammlungen wurden 962 (866) Dokumente überspielt oder kopiert.

3.5.4 Konservierung und Buchbinderei

Bindarbeiten	2004	2003
– Einbände	227	423
– Vergoldungen	55	128
– Broschuren	160	572
– Beschnitte	200	1 180

Konservierungsarbeiten

– Reparaturen beschädigter Einbände	224	496
– Spezialbehälter	52	239
– Kartonagen	330	362
– Passe-Partouts	111	288

Die Buchbinder beteiligten sich am Auf- und Abbau der Ausstellungen und an der Betreuung der Zeitungen und Zeitschriften im Lesesaal (Rotunde). Sie waren auch für die Reprografie und Verwaltung der Mikrofilme zuständig: 628 (611) Bestellungen mit insgesamt 10 549 (10 012) Fotokopien und 64 (50) Bestellungen von Kopien ganzer Zeitungen wurden bearbeitet.

Die Mikroverfilmung der wichtigsten Freiburger Zeitungen des laufenden Jahrs wurden gemäss den einschlägigen

Normen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz durchgeführt.

3.5.5 Pflichtabgabe

	2004	2003
Monografien (Total)	2 086	3 415
– Pflichtexemplare	1 053	1 961
– Ankäufe	318	469
– Schenkungen	715	985

543 (480) Plakate wurden gesammelt, davon 100 (156) als Pflichtabgabe und 443 (324) als Schenkung. Zudem wurden 6 (11) geografische Karten erworben, davon 1 (3) als Ankauf, 4 (7) als Schenkung und 1 (1) als Pflichtabgabe.

Freiburger Zeitschriften	2004	2003
– Eingegangene Faszikel	1 720	892
– Neue Zeitschriftentitel	46	17

Im Hinblick auf die elektronische Verwaltung der Periodika wurde im Laufe des Jahres 2004 eine vollständige Revision der Zeitschriften durchgeführt, dank der 165 (93) Bestandesüberblicke erstellt, 260 (49) neue Titel katalogisiert und 170 (39) eingestellte Titel abgeschlossen werden konnten. Zahlreiche Freiburger Zeitschriften wurden neu katalogisiert und teilweise, insbesondere durch Schenkungen, ergänzt.

	2004	2003
Total	141	136
– Tondokumente	119	108
– Videodokumente	15	20
– CD-ROMs	7	8

3.5.6 Freiburger Dokumentation

Die Freiburger Bibliografie (FB), die seit 2001 online zugänglich ist, wurde im Laufe des Jahres zweimal aktualisiert. Am 31. Dezember umfasste die FB 23 521 (21 652) Einträge.

Freiburger Bibliografie	2004	2003
– Einträge mit FB-Indexierung: Total	1 720	1 509
– Druckschriften	1 564	1 375
– Audiovisuelle Dokumente	156	134
– Annotierte Aufnahmen	289	203
– Leitaufnahmen	838	576

Freiburger audiovisuelles Kulturgut	2004	2003
Total	81	139
– Tondokumente	42	92
– Videodokumente	39	47

3.6 Erwerbungen

3.6.1 Statistik

Monografien	2004	2003
– Ankäufe aus dem Budget der Zentrale	7 496	6 746
– Ankäufe aus dem Budget der Universität	13 162	12 773
– Ankäufe aus Sonderkrediten	1 997	1 500

	2004	2003
– Schenkungen	3 458	3 633
– Pflichtabgaben	1 273	2 297
– Tausch	658	794
– Deposita	1 834	3 428
– Zeitschriften: neue Abonnements	371	108
– Zeitschriften: Sonderhefte	494	572
Total	30 743	31 851

Zeitschriften

– Anzahl Titel in Papierform	5 092	4 942
– Elektronische Zeitschriften:		
• über das Konsortium abonniert	4 928	4 000
• ausserhalb des Konsortiums	480	550
• unentgeltlich	8 105	6 397
– Datenbanken (CD-ROMs und online)	320	290

Die Verwaltung der Zeitschriften auf Papier umfasste 32 494 (32 149) Faszikel.

3.6.2 Tätigkeiten

Die KUB setzte ihre Zusammenarbeit mit dem 1999 gegründeten und vom Bund unterstützten Konsortium der Schweizer Hochschulbibliotheken fort. Das Konsortium handelt Verträge mit den grossen internationalen Verlagen für elektronische Zeitschriften und Online-Datenbanken aus. So konnte die KUB erneut ihr Angebot erweitern. Ende 2004 bietet die KUB ihren Benutzern mehr als 13 513 elektronische Zeitschriftentitel an, die in der *Elektronischen Zeitschriftenbibliothek* verzeichnet sind. Diese Angebote sind alle von den an die Universitäts- und KUB-Netze angeschlossenen Arbeitsstationen abrufbar.

In Hinblick auf die elektronische Zeitschriftenverwaltung mussten umfangreiche Erfassungsarbeiten auf Virtua geleistet werden (Periodizität, Einbandtyp, Budgetnummer). Ab Erscheinungsjahr 2005 werden sämtliche Zeitschriftenhefte einzeln im Online-Katalog nachgewiesen.

Dank einer neuen Version des Softwareprogramms Virtua konnte die Bucherwerbung in den RERO-Verbundkatalog und die verschiedenen lokalen Kataloge integriert werden. Dadurch stehen die für die Bestellungen benutzten bibliografischen Daten allgemein zur Verfügung und müssen nicht doppelt erfasst werden.

3.6.3 Buchbinderei und Ausrüstung

	2004	2003
– Von externen Unternehmen gebundene Bände	6 376	4 750
– Etikettierte Bände	36 577	38 456
– Mit Magnetstreifen versehene Bände	23 454	13 689

Diese Zahlen umfassen auch die Arbeiten für die Bibliotheken an der Universität.

3.7 Katalogisierung

3.7.1 Statistik

Formalkatalogisierung

77 322 Bände wurden 2004 (74 906 im Jahr 2003) bearbeitet, die sich wie folgt verteilen:

	2004	2003
– Neuaufnahmen	32 852	28 072
– Rekatalogisierung	34 255	38 262
– Verschiedenes	2 372	1 789
Total KUB	69 479	68 123
– Assoziierte Bibliotheken	7 843	6 783
Total	77 322	74 906

Was die laufende Rekatalogisierung und die verschiedenen Spezialaktionen betrifft, ergeben sich folgende Zahlen:

- Zentrale: 10 713 Bände (10 211);
- Universität: 23 542 Bände (28 051).

Von 1985 bis 2004 wurden 456 706 Bände rekatalogisiert, davon 34 255 im Jahr 2004 (38 262).

Sachkatalogisierung

Im Jahr 2004 wurden 73 811 Bände (62 646 im Jahr 2003) bearbeitet, die sich wie folgt verteilen:

	2004	2003
– von der KUB bearbeitete Titel	16 392	15 022
– von einer anderen Bibliothek bearbeitete Titel	18 024	17 783
– nicht erschliessbare Titel	35 331	26 867
– Leitaufnahmen	4 064	2 974
Total	73 811	62 646

Die Universitätsbibliothekare leisteten folgende Arbeiten: 44 % (43 %) für die Formalkatalogisierung und 49 % (49 %) für die Sachkatalogisierung. Der Verbundgewinn (d.h. der Anteil der bereits von anderen Bibliotheken des RERO erfassten bibliografischen Daten) betrug für die KUB 43 % (55 %) bei der Formalkatalogisierung und 24 % (28 %) bei der Indexierung.

Der informatisierte Katalog der KUB umfasste Ende Jahr 970 955 (909 726) Aufnahmen (ohne die Leitaufnahmen) und weist die Standorte von 1 277 416 (1 193 875) Bänden nach.

3.7.2 Verbund der Westschweizer Bibliotheken (RERO)

Die verschiedenen für die Katalogisierung zuständigen Kommissionen befassten sich insbesondere mit der Einführung einer neuen Version der Bibliothekssoftware Virtua, der Erarbeitung neuer Katalogisierungsregeln für elektronische Dokumente, der Integration der Buchwerbung sowie mit den Indexierungsregeln für Bilddokumente. Zudem waren KUB-Mitarbeitende in der Arbeitsgruppe tätig, welche sich mit dem Import bibliografischer Daten befasst, sowie in der Arbeitsgruppe «AACR2», welche die Übernahme der anglo-amerikanischen Katalogisierungsregeln prüft.

3.7.3 Tätigkeiten

In Zusammenarbeit mit dem Leiter der Informatikabteilung nahm der Leiter der Katalogisierungsabteilung an der Planung und Durchführung der Installation der neuen Version von Virtua teil.

Daneben wurden im Laufe des Jahrs folgende Arbeiten unternommen:

- Weiterführung der laufenden Rekatalogisierungsarbeiten in der KUB-Zentrale und den dezentralen Bibliotheken an der Universität;
- Bereitstellung eines Online-Katalogs aller Freiburger Dissertationen;
- Rekatalogisierung der Lizentiatsarbeiten der Universität Freiburg in Hinblick auf einen Online-Katalog;
- Mitarbeit am Projekt der Digitalisierung des alten Zettelkatalogs;
- Fortsetzung der Digitalisierung und Katalogisierung der Fotosammlungen;
- Anpassung der Standortangaben für die Mediathek, welche in neue Räume gezügelt ist.

3.7.4 Rekatalogisierung

Die Rekatalogisierungsarbeiten wurden in der Zentrale wie auch in einigen dezentralen Bibliotheken fortgeführt. Besonders zu erwähnen ist der Abschluss der Erfassung der Bestände in Journalistik (SJOURN), Schweizer Geschichte (SHS) und Kunstgeschichte (BHAP).

3.8 Benutzungsabteilung

3.8.1 Ausleihstatistik

	2004	2003
– Heimausleihe	231 495	206 991
– Ausleihe in den Lesesaal	15 511	13 772
– Ausleihe durch die Bibliotheken an der Universität	92 702	90 162
– Ausleihe von auswärtigen Bibliotheken	9 641	6 011
– Ausleihe an auswärtige Bibliotheken	10 411	8 750
– Versand bestellter Fotokopien	1 074	1 150
– Eingang bestellter Fotokopien	788	930
Total	361 622	327 766

Registrierte Zutritte von Benutzern zu den Magazinen 3 500 3 300

In diesen Zahlen nicht enthalten sind Werke, die direkt in den Magazinen, in den Lesesälen der KUB-Zentrale und in den Freihandbereichen der Bibliotheken an der Universität eingesehen wurden.

Die Lesesäle sind stark ausgelastet, insbesondere während der Examenszeit. Der Mangel an Arbeitsplätzen macht sich deutlich bemerkbar. Zudem fehlt es an Platz zur Aufstellung von Referenzwerken.

3.8.2 *Betrieb*

Wie die Zahlen belegen, nimmt die Zahl der Heimausleihen weiterhin erheblich zu. Die 2003 eingeführte neue Arbeitsorganisation erlaubt im Allgemeinen, diese Zunahme zu bewältigen.

3.8.3 *Mediathek*

Der Umzug der Mediathek in neue Räumlichkeiten führte zu einer besseren Zugänglichkeit sämtlicher Bestände und bietet nun den Benutzern die Möglichkeit, auch Musikaufnahmen und Hörbücher auszuleihen. Dies führte zu einer markanten Zunahme der Ausleihen (+50 % im Oktober). 30 182 (28 479) audiovisuelle Dokumente wurden vor Ort visioniert oder ausgeliehen, 7219 (6495) Bücher wurden ausgeliehen.

423 (234) Videodokumente wurden aufgezeichnet und bearbeitet. 962 (866) wurden zwecks langfristiger Erhaltung überspielt oder kopiert. Die Ton- und Videoregie wurde während 1781 (1187) Stunden genutzt.

Die Datenbank Ciné-Index, die Artikel der wichtigsten in der Mediathek aufliegenden Filmzeitschriften erfasst, nahm um 4000 Einträge zu.

3.8.4 *Fernleihe*

Das 2003 eingeführte Softwareprogramm ILL RERO wurde verbessert (der Benutzer kann den Bearbeitungsstand seiner Bestellungen einsehen). Werke oder Beiträge von Zeitschriften, die in Freiburg nicht vorhanden sind, können bequem bestellt werden. Die Bestellungen der Benutzer (vor allem aus dem universitären Bereich) nahmen im Berichtsjahr um 25 % zu. Die Bestellungen von Schweizer Bibliotheken stiegen um 10 bis 15 %.

3.8.5 *Magazine*

In den Magazinen standen die klimatischen Bedingungen (Temperatur und Luftfeuchtigkeit) im Vordergrund. Die Zeitschriftenexemplare wurden systematisch für die Aufnahme in den elektronischen Katalog bearbeitet. Die noch verfügbare Zeit wurde für Revisionen genutzt; dabei handelt es sich um eine langfristig angelegte Arbeit, bei der jede Signatur in der KUB-Zentrale überprüft wird.

3.8.6 *Nutzung der elektronischen Angebote*

Die Benutzer haben Zugriff auf ca. 4928 elektronische Zeitschriften. Hinzu kommen ca. 480 ausserhalb des Konsortiums abonnierte und 8105 unentgeltliche Titel. Allein bei den Zeitschriften des Konsortiums wurden 125 000 Artikel (100 000) konsultiert. 320 (290) Datenbanken stehen zur Verfügung; die Zahl der diesbezüglichen Recherchen beläuft sich auf mehr als 510 000 (350 000).

Auf der Homepage wurden 561 467 Besuche registriert. Innerhalb der Bibliothek stehen dem Publikum fünf PC für einen unbeschränkten Internetzugang zur Verfügung.

3.8.7 *Benutzerschulung*

Die KUB-Zentrale organisierte 42 Führungen für insgesamt 637 Personen (593). Zudem wurden im Rahmen der

Ausstellung «Diderot, d Alembert & Cie» 26 Führungen veranstaltet, an denen 461 Personen teilnahmen. Infolge eines Engpasses beim deutschsprachigen Personal wurde für die allgemeinen Führungen eine Studentin angestellt.

Das in das Universitätsstudium integrierte Schulungsprogramm wurde während des Studienjahrs 2003/04 von mehr als 500 Studierenden genutzt. Im Berichtsjahr wurde das Programm auf zwei zusätzliche Fachbereiche erweitert (Politikwissenschaften und Psychologie). Um die Einschreibungen besser bewältigen zu können, wurde zu Beginn des Wintersemesters 2004/05 die Website www.unifr.ch/biblio eingerichtet.

3.9 *Zweigstelle Beauregard*

3.9.1 *Statistik*

Ausgeliehene Dokumente	2004	2003
– über die KUB-Zentrale	17 534	17 019
– direkt an der KUB-Beauregard	1 056	867
Rekatalogisierung	2004	2003
– durch das Personal der KUB-Zentrale	4 954	3 199
– durch den «Störbibliothekar»	715	–
– durch das Personal der Universität	6 996	4 977
Total	12 665	8 176

3.9.2 *Tätigkeiten*

Organisation

Die Benutzung durch die Professoren und Assistenten der Universität bleibt bescheiden. Die Ausleihe über die KUB-Zentrale hat sich auf ein Tagesmittel von 70 Einheiten (69) eingependelt. Lediglich 157 (1027) nicht im elektronischen Katalog aufgenommene Werke wurden bestellt; dies entspricht 1 % (6 %) der Bestellungen, während diese Werke zwei Drittel der in der KUB-Beauregard gelagerten Bestände ausmachen.

Die Digitalisierung des alten Zettelkatalogs wird zweifellos zu einer Erhöhung der Ausleihen führen. Die Bearbeitung der Bestellungen über den alten Zettelkatalog wird vom Personal in der KUB-Beauregard übernommen. 318 Titel wurden seit September (4 Monate) bestellt, und die Zahl der Bestellungen nimmt weiter zu.

Magazine, Bestände, Transporte

Eine kurzfristige (1-2 Jahre) und eine mittelfristige (3-5 Jahre) Planung des verfügbaren Platzes (3600 Laufmeter) wurden der KUB-Direktion, der Koordinationsgruppe und den Verantwortlichen der dezentralen Bibliotheken an der Universität vorgelegt. Nach ihrer Genehmigung wurden die entsprechenden Flächen reserviert. Ein Verfahren für unauffindbare Werke wurde entwickelt. Das Verzeichnis der Werke aus der Zeit vor 1900 wurde fortgesetzt.

Der Fonds «Sciences varia» (DOKPE) wurde auf der Grundlage der von den Professoren getroffenen Auswahl neu geordnet (Sichtung usw.) und bearbeitet; die ausgewählten Dokumente wurden katalogisiert. Die Bibliotheken der Rechtswissenschaftlichen Fakultät (BFD), für

Geschichte und Theologie (BHT), für Sprachen und Literaturen (BLL), der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (BSES) und der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät (DOKPE) haben die Rückführung deponierter Werke organisiert.

Der Chauffeur der KUB (50 %-Stelle) wurde der Abteilung Beaugard angegliedert, die künftig für die Organisation der Transporte verantwortlich ist.

Rekatalogisierung

Für die KUB-Zentrale wurde die Rekatalogisierung der Signatur EA (Literaturgeschichte) abgeschlossen, während jene der Signatur EB (Kunst) begonnen hat. Für die Universität ist die Rekatalogisierung folgender Bibliotheken abgeschlossen: Journalistik (SJOURN), neue germanische Philologie (SPGN), Mediävistik (IEM) und historische Hilfswissenschaften (SHW). Die Rekatalogisierung der Informatik-Bibliothek (IAUTOM) und die Rückgaben aus der Bibliothek des Seminars für Politikwissenschaften (SPOL) haben begonnen.

Handschriften- oder Fotobestände

Mehrere Nachlässe wurden in den Räumen der KUB-Beaugard zwischengelagert:

- Handschriften: Bovet, Nationalrat, Dubas, Jauquier, Kaelin, Marmier, Les Nouvelles littéraires, Pfingsttag, Ruffieux, Scheller, Schwab, Studer, Union de Fribourg, Wei;
- Fotografien und audiovisuelle Dokumente: A7A, Expo.02 – FRI-Style, Flechtner, Mülhauser, Pfingsttag, Prêtre, Schmid.

Depotbestände

Die Bearbeitung der Kapuzinerbibliothek Freiburg musste vorübergehend eingestellt werden. Von 10 000 Büchern sind noch 800 zu katalogisieren; zu dieser Zahl kommt die im Berichtsjahr erfolgte Schenkung der Kapuzinerbibliothek Bulle (4000 Bände) hinzu. Die Bearbeitung der Bibliothek der Stiftung Archivum Helveto-Polonicum (AHP) wird fortgesetzt; insgesamt 11 000 Dokumente sind im elektronischen Katalog verzeichnet.

3.10 Dezentrale Bibliotheken an der Universität

Nach der Eröffnung des neuen Lesesaals in der Kapelle von Regina Mundi konnten im Empfangsraum der Bibliothek des Pädagogischen und des Psychologischen Instituts Erneuerungs- und Einrichtungsarbeiten durchgeführt werden. Der neue Lesesaal umfasst 66 Studienplätze und 12 abgeschlossene Arbeitsplätze für Doktorandinnen und Doktoranden.

Das Projekt der zukünftigen Bibliothek Pérolles 2 machte grosse Fortschritte. Das Organisationskonzept der BP2 wurde durch eine Pilotgruppe entwickelt, während die Bauarbeiten abgeschlossen sind.

Das Reglement der dezentralen Bibliotheken an der Universität Freiburg und die Richtlinien über den Status, die Anstellung und die Qualifikation des Personals der dezentralen Bibliotheken an der Universität wurden vom Rektorat wie vom Senat genehmigt.

Die Rekatalogisierung der Bibliothek für Kunstgeschichte und des Journalistik-Bestands der BSES konnte im Berichtsjahr abgeschlossen werden; jene für die Bibliotheken des Seminars für französische Sprache und Literatur sowie des Seminars für slawische Sprachen und Literaturen stehen kurz vor dem Abschluss.

4. Konservatorium

4.1 Schülerinnen und Schüler

Statistische Angaben von Juni 2004 (Juni 2003).

4.1.1 Einteilung nach Fach:

4697 (4706) Schüler/innen besuchten Einzelkurse:

	2003	2004		2003	2004
1. Klavier	1 484	1 357	17. Fagott	13	16
2. Orgel	30	29	18. Trompete	385	402
3. Cembalo	7	6	19. Posaune	45	47
4. Akkordeon	37	37	20. Horn	22	21
5. Geige	371	365	21. Es-Horn	42	44
6. Bratsche	3	7	22. Euphonium	93	81
7. Cello	93	99	23. Klavier (Jazz)	117	119
8. Kontrabass (Jazz)	5	6	24. Synthesizer (Jazz)	37	36
9. Gitarre	409	425	25. El. Gitarre (+ Bass)	15	13
10. Harfe	36	40	26. Gitarre (Jazz)	72	77
11. Blockflöte	323	319	27. Saxophon (Jazz)	10	11
12. Querflöte	313	322	28. Trompete (Jazz)	0	0
13. Klarinette	178	175	29. Schlagzeug (Jazz)	99	102
14. Saxophon	136	136	30. Theorie	4	4
15. Oboe	28	29	31. Gesang	270	263
16. Schlagzeug klass.	26	36	32. Kontrabass klassisch	2	3

640 (645) Schüler/innen besuchten Gruppenkurse:

	2003	2004
– Musikalische Früherziehung:		
Rhythmik Dalcroze	93	79
Orff-Methode	35	31
Willems-Methode	76	58
– Solfège (Anfänger, Zertifikats- und Berufsklassen)	117	103
– Theoriefächer: Harmonie, Kontrapunkt, Satzanalyse	121	115
– Musikgeschichte: Berufsschüler/innen und Hörer/innen	48	41
– Pädagogik	27	29
– Theater	22	22
– Klassisches Ballett: Anfänger und Mittelstufe	57	66
– Jazz-Ensemble	8	9
– Bühnen-Atelier	10	10
– Kammermusik	9	13

	2003	2004
– Orgel-Improvisation	1	5
– Chorleitung Berufsklasse	10	16
– Blasmusikdirigieren	6	6

Kurse Total, Juni 2004: 5291 (5346)

Schüler/innentotal (2003/04): 4812 (4783)

Eine Schülerin oder ein Schüler kann in zwei oder drei Einzelkursen sowie in mehreren Gruppenkursen eingeschrieben sein kann (vgl. Berufsklassen).

4.1.2 Einteilung nach Unterrichtsstufen:

	2003	2004		2003	2004
1. Unterstufe	2 894	2 641	4. Zertifikat	266	271
2. Mittelstufe	1 197	1 248	5. Lehrdiplom	54	88
3. Sekundarstufe	526	530	6. Konzertdiplom	13	15

4.1.3 Einteilung nach Alter und Geschlecht im Jahr 2004

2468 Lektionen wurden von unter 20-jährigen Schülerinnen besucht

1536 Lektionen wurden von unter 20-jährigen Schülern besucht

626 Lektionen wurden von über 20-jährigen Schülerinnen besucht

481 Lektionen wurden von über 20-jährigen Schülern besucht.

4.1.4 Zertifikate und Diplome

Zum Schuljahrsabschluss 2003/04 hat das Konservatorium folgende Diplome und Zertifikate verliehen:

- 1 Konzertdiplom: Trompete;
- 18 Lehrdiplome: Gesang, Blasmusikleitung, Klarinette, Es-Horn, Gitarre, Harfe, Klavier, Geige, Trompete;
- 9 Studienzertifikate: Posaune, Klarinette, Gitarre, Geige, Klavier, Es-Horn;
- 15 «Amateur»-Zertifikate: Ballett, Querflöte, Gitarre, Blockflöte, Lith. Orgel, Klavier, Klarinette, Cello, Euphonium und Geige.

4.2 Examen

Zwischen Januar und Juni wurden folgende Examenssessionen durchgeführt: Übertrittsprüfungen (Eintritt in Mittelstufe, Oberstufe und Zertifikatsklasse), Zwischenprüfungen (Zertifikatsklassen und Berufsklassen), Ausscheidungs- und Abschlussprüfungen zur Erlangung des Amateurzertifikats, des Studienzertifikats, des Lehrdiploms und des Konzertdiploms. Diese Prüfungen wurden von 72 Experten bewertet: externe Experten (50), Lehrpersonen (10), Abteilungsleiter (7), künstlerischer Berater (5). Neben den rund 50 Übertrittsexamen hat der Direktor die Prüfungskommission aller Examenssessionen für den Eintritt in die Zertifikatsklasse, Zwischenprüfungen der Zertifikatsklassen und Berufsklassen, Eintrittsprüfungen in die

Berufs- und Konzertdiplomklassen, Ausscheidungs- und Abschlussprüfungen zur Erlangung des Amateurzertifikats, des Studienzertifikats, des Lehrdiploms und des Konzertdiploms präsiert.

Statistik: erstes Semester: Zwischenprüfungen der Zertifikatsklassen und der Berufsklassen: 110; Übertrittsprüfungen: Eintritt in die Mittel- und Oberstufe: 216; Eintrittsprüfungen in die Zertifikatsklasse: 36; zweites Semester: Übertrittsprüfungen: Eintritt in die Mittel- und Oberstufe: 668; Eintrittsprüfungen in die Zertifikatsklasse: 80; Eintrittsprüfungen in die Konzertdiplomklasse: 3; Ausscheidungs- und Abschlussprüfungen zur Erlangung des Amateurzertifikats, des Studienzertifikats, des Lehrdiploms und des Konzertdiploms: 246.

Im Schuljahr 2003/04, haben die Experten 1359 Examen (rund 650 Stunden) abgenommen.

4.3 1904 – 2004: 100-Jahr-Jubiläum des Konservatoriums

Das Jahr 2004 war geprägt von den Feierlichkeiten zum 100-Jahr-Jubiläum des Konservatoriums. Am Samstag, 3. Juli 2004, fand der offizielle Festakt im Beisein der Behörden aus Gemeinde und Kanton statt, und ein grosses Musikfest, an dem 300 Musikerinnen und Musikern mitwirkten, rundete den Festtag ab. Eine Broschüre des jungen Freiburger Historikers Jean-Blaise Monney wurde aus Anlass des Jubiläums herausgebracht. Die Aula der Universität hat am 9. November 2004 das Prager Kammerorchester mit dem Solisten Gyula Stuller und drei Berufsschülern empfangen. Dieses Konzert wurde in Zusammenarbeit mit den Freunden des Konservatoriums Freiburg und der Konzertgesellschaft Freiburg organisiert.

4.4 Berufsklassen

Im Juni 2002 hat die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren der Westschweiz und des Tessins entschieden, die Organisation der musikalischen Berufsbildung zwischen den kantonalen Konservatorien der Westschweiz (Freiburg, Genf, Neuenburg, Wallis und Waadt) zu koordinieren und eine interkantonale Musikhochschule zu bilden. Am 19. Februar 2004 hat die Konferenz den Grundsatz einer Absichtserklärung zur Gründung einer Musikhochschule der Westschweiz gutgeheissen. Im Hinblick auf die Vorbereitung des Zertifizierungsdossiers des Konservatoriums Freiburg zur Integration in der Musikhochschule der Westschweiz hat die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport Christine Fournet als MHS-Bbeauftragte bezeichnet.

4.5 Neue Verordnung

Der Staatsrat des Kantons Freiburg hat am 7. September 2004 die neue Verordnung über das Konservatorium angenommen. Der neue Text ersetzt das Reglement vom 2. Februar 1993 und ist den Erfordernissen angepasst, welche die eidgenössische Kommission für die Anerkennung der Studiengänge der Musikhochschule festgelegt hat. Seit Schuljahrsbeginn 2004/05 besuchen 15 Studierende des Konservatoriums Freiburg die neuen MHS-Studiengänge.

4.6 Lehrpersonal und neue Studiengänge

Während des Schuljahrs 2003/04 erteilten 207 (203) Lehrpersonen durchschnittlich 3070 (3040) Unterrichtsstunden. Die Entlastungsstunden der Abteilungsvorsteherinnen und Abteilungsvorsteher wurden nach der internen Reorganisation der Musikschule dem neuen Pflichtenheft angepasst (Musikschule: + 21 Stunden). Die Aktivität der Korrepetitorinnen und Korrepetitoren (Begleiter am Klavier) wurde den Normen der Musikhochschule angepasst (Berufsklassen: + 10 Stunden). Seit dem Herbst 2004 wurden die Studiengänge um die folgenden Kurse und Aktivitäten erweitert: Einführung in die musikalische Informatik, Claude Buri; Chorgesang, Yves Corboz; Streicherquartett, Pierre-Bernard Sudan; Camerata des Konservatoriums, Gyula Stuller; Arbeitsgruppe für zeitgenössische Musik, Caroline Charrière und Jean-Claude Charrez; Horn, Claudio Pontiggia. Die Zusammenarbeit mit dem Orchester des Konservatoriums Neuenburg ermöglicht unseren Schülerinnen und Schülern eine praktische Orchestertätigkeit.

4.7 Kulturelle Aktivitäten

Das Jahr am Konservatorium ist für die Eltern von Schülerinnen und Schülern und für Musikliebhaberinnen und Musikliebhaber durch mehrere hundert Vortragsübungen (ca. 300 im Schuljahr 2003/04), öffentliche Diplomprüfungen für Lehrdiplome und Konzertdiplome und Konzerte geprägt. Besonders erwähnt seien hier folgende Veranstaltungen:

- 17. Januar: Begegnung mit dem Komponisten Daniel Glaus und Konzert mit dem «Basler Streichquartett»;
- 7. Februar: Konzert des Schülerorchesters des Konservatoriums;
- 27. – 29. Februar: Gesangsworkshop unter der Leitung von Yves Corboz;
- 24. April: Tag der offenen Türe in der Musikschule Greyerz, in Bulle
- 28. April: Wettbewerb «Fonds Pierre et Renée Glasson» und Bezeichnung des Preisträgers 2004;
- 2. Mai: Finalwettbewerb des 1.-Mai-Singens, in Zusammenarbeit mit dem Sängerverband des Kantons Freiburg;
- 8. Mai: Tag der offenen Türe im Konservatorium in Granges-Paccot;
- 15. Mai: öffentliches Violinkonzert von Patricia Kopatchinskaya;
- 26. Juni: Konzert des Schülerorchesters des Konservatoriums;
- 2. Juli: Diplomverleihung 2004;
- 3. Juli: 100-Jahr-Feier des Konservatoriums, offizieller Festakt und Musikfest mit rund 300 Musikerinnen und Musikern und rund 40 Ensembles der Berufsschule;
- 9. November: Aula der Universität, Konzert der Berufsschüler, das im Rahmen des 100-Jahr-Jubiläums

zusammen mit den Freunden des Konservatoriums Freiburg und der Konzertgesellschaft Freiburg organisiert wurde;

- 25. November: Konzert-Premiere der Camerata, des Kammerorchesters des Konservatoriums Freiburg, das Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler der Berufsklasse unter der künstlerischen Leitung von Gyula Stuller gegründet haben;
- 13. Dezember: Plauderei/Vortrag mit Jean-Michel Hayoz über die Oper von Gioacchino Rossini «La Pietra del Paragone»;
- 17. Dezember: in der Kirche des St. Michel Kollegiums, Konzert zum 100-Jahr-Jubiläum zusammen mit den Freunden der Orgel des Kollegium St. Michael.

Der Chor des Konservatoriums Freiburg hat das Jahr 2004 mit einem grossen Mendelssohn-Programm, dem Te Deum mit 2 Chören, unter der Leitung von Yves Corboz begonnen. Für die Soloparte dieses beeindruckenden Werks wurden Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler des Konservatoriums einbezogen. Am 16. April 2004 fand im St. Niklausen-Münster Freiburg ein Konzert in Zusammenarbeit mit der Orgelakademie Freiburg statt. Am Tag der offenen Türe am 8. Mai führte der Chor einen Gesangsworkshop durch, der die Besucherinnen und Besucher dazu animieren sollte, im Chor mitzutun. Im Rahmen des 100-Jahr-Jubiläums hat der Chor am 3. Juli zwei Programme mit «Lieder romantiques» aufgeführt. Vom 5. bis 8. Juli absolvierte ein Teil des Chors die Journées chantantes in St-Luc (VS), die mit einem Schlusskonzert in der Pfarrei abschlossen. Eine grosse Aufgabe war sicher der Schuljahrsbeginn im Herbst, als die Schülerinnen und Schüler der Berufsklassen in den Chor integriert wurden und Kurse für Chorgesang zu organisieren waren. Ein erstes konkretes Resultat wurde in den zwei Konzerten vom 18. und 19. Dezember in Bulle und Freiburg mit einem Programm mit Oratorien von Carissimi und Charpentier (unter Mitwirkung von zwei Gesangslehrern als Solisten) dargeboten.

Die Big Band des Konservatoriums unter der Leitung von Max Jendly gab durchs Jahr 2004 vier öffentliche Konzerte: am 29. Januar (offizieller Empfang von Bundespräsident Joseph Deiss im Forum Freiburg), am 3. Juli (Jazz Parade in Freiburg, in Begleitung der zwei amerikanischen Saxophonisten Jimmy Heath und Andy McGhee), am 22. Oktober (Chorus Cave à Jazz, in Lausanne mit dem Saxophonisten Yvan Ischer), am 6. November (im Internationalen Uhrenmuseum in La Chaux-de-Fonds, gemeinsames Konzert mit der neuenburgischer Formation «68 Jazz Big Band»). Das Orchester hatte 44 Proben, darunter fünf Wochenendkurse (Workshops mit vier Berufsmusikern: Yvan Ischer, Saxophon, Philippe Demierre, Trompete, Danilo Moccia, Posanne, und Roby Seidel, Orchesterchef und Saxophonist). Die Proben finden abwechselnd am Donnerstagabend und am Samstagmorgen in der Villa Gallia statt.

4.8 Pädagogische Aspekte

Das Schuljahr war angereichert mit pädagogischen Ausbildungs- und Weiterbildungsveranstaltungen für Schülerin-

nen und Schüler der Musikschule, der Berufsschule und die Lehrerschaft:

- 31. Januar: Meisterkurs mit Jean-Christophe Cholet, Jazz, in Zusammenarbeit mit der freiburgischen Sektion des Schweizerischen Musikpädagogischen Verbandes;
- 7. Februar: Meisterkurs mit John Sass, Tuba, in Zusammenarbeit mit der freiburgischen Sektion des Schweizerischen Musikpädagogischen Verbandes;
- 26. – 27. März: Kurs und Konzert von und mit Francis Kleynjans, Gitarre;
- 27. März: Kurs und Konzert mit Guy Goethals, Saxophone;
- 24. August: Weiterbildungskurs mit Jean-Pierre Chollet, Einführung in die neue Methode für Gesangsunterricht an der Primarstufe;
- 25. August: Weiterbildung mit Emmy Henz Diémand, Workshop in zeitgenössischer Musik für Pianist/innen;
- 26. August: Weiterbildung mit Aude Hauser Mottier, die Funktionen des Gehirns im Zusammenhang mit Musik und Kunst;
- 4. September: Espace Tinguely, Begegnung der Streicherklassen (70 Schüler/innen) mit Daniel Glaus, Komponist;
- 27. – 29. September, Meisterkurs und Konzert mit Philippe Huttenlocher, Gesang und Eric Cerantola, Klavier, für die Gesangsklassen von Antoinette Faës;
- 2. – 6. November, Meisterkurs für die Klassen Blasmusikdirektion von Jean-Claude Kolly mit Derek Bourgeois, Komponist und Orchesterchef;
- 13. November, Weiterbildungskurs für die Lehrer der Querflöten mit André Bernhard;
- 13. November, Aula vom Kollegium St. Michael, Begegnung der Streicherklassen mit Daniel Glaus, Komponist;
- 6. – 11. Dezember, Reise nach Brüssel der Camerata des Konservatoriums Freiburg an einen Meisterkurs und ein anschliessendes Konzert im Königlichen Konservatorium von Brüssel.

Die Ballettklassen des Konservatoriums unter der Leitung von Corinne Held und Françoise Terrapon konnten am 1. April 2004 anlässlich der Übertrittsprüfungen Riccardo Duse, Direktor der Ballettabteilung der Musikhochschule Zürich, als Experten empfangen. Am 12. Juni wurden vier Schülerinnen in die Klassen für talentierte Ballettschülerinnen und Ballettschüler im Schweizerischen Ballettlehrerverband (SBLV) in Bern aufgenommen. Während des Schuljahrs wurden mehrere Praktika in Zusammenarbeit mit Gastdozierenden organisiert; drei Kurse mit Henri Charbonnier (klassische Technik und Repertoire) und zwei Fortbildungskurse mit Dominique Praud (Bewegungsanalyse und modernes Ballett). Am 2. und 3. Juni wurde eine öffentliche Ballettaufführung durchgeführt, und am 3. Juli nahmen die Klassen an der Feier zum 100-Jahr-Jubiläum teil.

4.9 Gebäude

Vom 4. Oktober 2004 bis etwa Dezember 2006 werden an den Gebäuden in Granges-Paccot grössere Erweiterungs- und Renovationsarbeiten ausgeführt. Sie werden in Etappen realisiert: Neuer Flügel mit Unterrichtsstudios und Aufenthaltsraum (Oktober 2004 – Dezember 2005), Neugestaltung des Verwaltungsbereichs, Renovation der bestehenden Gebäude (Januar 2006 – Dezember 2006). Seit ihrer Bildung im September 2003 hat die Baukommission neun Sitzungen abgehalten.

Der Generalrat der Stadt Bulle hat am 13. Dezember einen Investitionskredit für den Umbau des Gebäudes an der Rue du Marché 28 bewilligt, das bis im Juni 2004 von den Orientierungsklassen benutzt wurde. Damit werden für den Konservatoriumsunterricht in Bulle ab 2006 neue Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. In Bulle war der Raummangel seit zehn Jahren ein ständiges Thema; 1986 gab es dort 450 Schülerinnen und Schüler; zehn Jahre später musste die gleiche Infrastruktur 700 wöchentliche Einzelstunden bewältigen. Wegen des Raummangels an der Rue du Marché 16 war die Organisation nach Stundentafel nicht mehr für jeden Unterricht möglich. Zwei Dozenten mussten zu Hause unterrichten. Die Organisation des Unterrichts und der übrigen Tätigkeiten war stark eingeschränkt.

4.10 Internetsite (www.fr.ch/cof)

Es gibt immer mehr Besucherinnen und Besucher der Internetsite. Im Jahr 2004 wurde die Site des Konservatoriums Freiburg 75 000 Mal angeklickt.

5. Museum für Kunst und Geschichte

5.1 Personal

Martine Oberson, Sekretärin, arbeitet seit dem 1. Januar 2004 zu 50 %. Die andere Halbtagsstelle wird durch Marie Vieli erfüllt. Germaine Aeby, Kassiererin am Empfang, und Claude Rossier, Restaurator, sind am 31. März 2004 in den Ruhestand getreten. Claude Breidenbach und Alain Fretz wurden zu je 50 % als Restauratoren angestellt.

5.2 Ausstellungen

- Jenseits des Sichtbaren: Reliquiare und Klosterarbeiten (31. Oktober 2003 bis 29. Februar 2004).
- Würth – Aspekte einer Sammlung (2. April bis 13. Juni 2004).
- La tête des nôtres – Porträts in Freiburg 1850-2000 (10. September 2004 bis 9. Januar 2005).

Insgesamt wurden die oben erwähnten Ausstellungen von 21 360 (18 973) Personen besucht, 3552 (2974) Besucherinnen und Besucher davon in 218 (195) Gruppen oder Schulklassen. Insgesamt ergibt das einen Tagesdurchschnitt von 70 (62) Besucherinnen und Besuchern.

Die Direktorin hielt 38 (37) Führungen ab, die Vizedirektorin 29 (16), die wissenschaftliche Mitarbeiterin 1 (11) und die Direktionsadjunktin 40 (46). 12 (3) Führungen wurden

von Externen abgehalten. Insgesamt gab es somit 120 (122) Führungen. Nebst den Freiburger Schulklassen haben zahlreiche Vereine und Gruppen der umliegenden Kantone das Museum und seine Ausstellungen besucht.

5.2.1 Neueinrichtung der Säle im Ratzehof

- Mehrere Säle des Ratzehofes wurden neu gestaltet und eingerichtet, um die Freiburger Kulturgüter dem Publikum thematisch näher zu bringen:
- «Malerei und Skulptur um 1500», am 30. Juni 2004 eröffnet.
- «Aufklärung und Wohnlichkeit», am 5. November 2004 eröffnet.
- «Kabinettscheiben», am 10. Dezember 2004 eröffnet.

5.2.2 Entdeckung von 6 bis 7

Am zweiten Dienstag jedes Monats präsentieren Kunsthistoriker und Fachleute ein ausgewähltes Werk der Sammlung. 10 Vorträge mit anschliessender Diskussion wurden dem Publikum geboten.

5.2.3 Familiensonntage

Am ersten Sonntag jedes Monats stellen wir von 11 bis 12 Uhr ein spannendes Thema aus unserer Sammlung vor. Unsere jüngsten Besucherinnen und Besucher (4–10 Jahre) können dann spielen, zeichnen und basteln. Diese Veranstaltung fand 10-mal statt.

5.3 Informatik

Die Website des Museums für Kunst und Geschichte wurde 136 842 (147 155) auf dem offiziellen Server des Staates Freiburg abgerufen.

5.4 Gebäude

Im Einverständnis mit dem Gebäudedepartement sind verschiedene Arbeiten ausgeführt worden:

- Malerarbeiten in den Sälen des 1. Stocks des Ratzehofes;
- Auswechslung der Fenster in der Galerie der Kabinettscheiben des Ratzehofes;
- Verstärkung der Maskarons an den Fenstereinrahmungen des Ratzehofes;
- Auswechslung der Sandsteinquader am Latrinenturm;
- Anbringen von UV-Filtern im 1. Stock des Ratzehofes;
- Anbringen von Vorhängen in den «Louis XV» Sälen;
- Anbringen von Vorhängen im 3. Stock des ehemaligen Konservatoriums;
- Auswechseln der Storen am Gebäude 64;
- Reinigung und Reparatur der Dachrinnen der Museumsgebäude;
- Parking am Varis: Reparatur des Bodenbelags und des Wasserabflusses;

- Stadtmauer: Auswechslung von Sandsteinquadern;
- Ehemalige Archäologie-Säle: zurzeit im Umbau. Im Verlauf von 2005 werden dort Säle eingerichtet, die der Wohnkultur des 19. Jh. gewidmet sind.

5.5 Schenkungen

Malerei: Pierre Chessex: Jérémie Falquet, «Der zum Tode verurteilte Christus», undatiert, Gouache auf Papier; idem, Studie zum «Hl. Franz von Assisi» in Vernier, 1926, Gouache auf Papier; idem, Studie zur «Hl. Maria Magdalena», 1926, Gouache auf Papier; idem, «Hl. Franz von Assisi», 1926, Gouache auf Papier. Coup de pouce: Marie-Thérèse Dewarrat, «Le pont du Milieu», um 1980, Farblithografie 139/200. Legat von Mathilde Forestier: Forestier, Maler nicht identifiziert, «Portrait des Vorfahren Forestier, Tuchmacher in Freiburg», 19. Jh., Öl auf Leinwand; François Bonnet, «Studie eines Mannes, Rückenansicht», 2. Drittel 19. Jh., Öl auf Karton; Unbekannt, «Knabe Forestier», um 1790-1800, Öl auf Leinwand.

Grafik: Pierre Chessex: Jérémie Falquet, «Erscheinung Christi», undatiert, Pastell auf Papier. Marcelle Gigandet: Karl Jauslin, «Album du cortège historique de Morat», 1876, 40 Tafeln, Chromolithografie. Legat Mathilde Forestier: Unbekannt, «Portrait des Joseph Forestier, 1. Hälfte 19. Jh., Bleistift auf Papier; Hermine Haas, «Portrait von Mathilde Forestier», um 1915, Pastell auf Papier; Hermine Haas, «Portrait von Mathilde Forestier», um 1915, Pastell auf Papier. Bruno Kirchgraber: Bruno Kirchgraber, «Losverkäufer in Freiburg», 1964, Schwarzweissfotografie. Hans Peter Klemenz: Hans Peter Klemenz, «Rababou», 1965/67, Abzüge 2004, 8 Schwarzweissfotografien, 4 Farbfotografien. Henriette Loutan-Barde: Auguste Dietrich, «Portrait des Charles-Valentin Loutan», 1842, Bleistiftzeichnung auf Papier; Idem: «Portrait von zwei Knaben (Schaller?)», 1846, Bleistiftzeichnung auf Papier; «Skizzenheft von Thérèse Vicarino», 1858-1868, Bleistiftzeichnung, Texte und Kollagen auf Papier, 107 Seiten; Unbekannt, «Portrait des Charles (?) Schaller», 1810/1830, Bleistiftminiatur auf Elfenbein; Gustave Courbet, «La Liberté», Fotografie auf Karton aufgeklebt mit Widmung an Isaac Gendre, 1870/1871; Idem: «Briefe an Alexandre Daguet, Mlle Bachelin und Auguste Bachelin», 14. Juli 1871, 3 autografe Blätter in Tinte. Marcel Robert: Henri Robert, «Zeichnungsalbum» 1916-1946, Bleistiftzeichnung, Röteln auf Papier, Radierung, 43 Seiten. Marie-Louise Schneider: Henri Robert, «Kopf eines Mannes», 1943, Bleistiftzeichnung. Hermann Schöpfer: Unbekannt, «Gisant der Hl. Philomene», 19. Jh., Chromolithografie; P. Favre, «Melchenbühl bei Bern», 1928, Aquarell auf Papier. Freunde des Museums: Jwan Luginbühl, «Ohne Titel», Lithografie 1/50, Jahresgrafik.

Kunsthandwerk: anonyme Schenkung: Klosterarbeit, «Schwarze Madonna mit Kind», 3. Drittel 19. Jh., Wachsrelief bemalt, unter Glas. Raymond Bulliard: Alfred Lorton, «Primarschule in der Neuveville Freiburg», um 1910, Schwarzweissfotografie auf Karton geklebt; idem, «Kaserne auf der Oberen Matte Freiburg», um 1910, Schwarzweissfotografie auf Karton geklebt.

Pfarrei von Ecuwillens: Chormantel und Kasel, 1. Drittel 20. Jh., goldbestickte Seide; Chormantel, Kasel mit Zubehör, 1. H. 20. Jh., schwarzer Samt; Kasel mit Zubehör, Ende 19. Jh., goldbestickter Stoff; 4 Kelchvelen, 3. Viertel 20. Jh., Wolle, Seide, Leinen. Legat Mathilde Forestier: Freiburger Schrank, Greyerzer-Typus, 19. Jh., Kirschholzintarsien; Freiburger Schrank, Berger-Typus, 2. Hälfte 19. Jh., Kirsch- und Nussholzintarsien; Kleiner Tisch, 18. Jh., Kirsch- und Birnenholz; Louis XVI-Spiegel, im Lucca-Stil, 18. Jh., vergoldetes Holz und Rosastein. Eugène Gross: Handwärmer, 1. Drittel 20. Jh., Messing und Holz; Curten & Höltingen in Solingen, Knopflochscher, 1. Drittel 20. Jh., Eisen. Yvonne Lehnerr: Adam Wuilleret, Deckel eines Giessfasses, L. V. 16. Jh., Zinn. Henriette Loutan Barde: Unbekannt, Elfenbeinkästchen mit dem Miniaturporträt einer Frau, 1799/1800, Gouache auf Elfenbein und Gold. Hermann Schöpfer: Klosterarbeit aus dem Kloster Bisemberg, Kirchenvase, 1808, vergoldetes Holz, Papier und Wachs. Leo und Ursula Villiger-Hitzig: Matthäus Merian, «Topographia Helvetiae, Rhetiae et Vallesiae», 1642, Originalausgabe.

5.6 Deposita

Fondation pour l'art moderne et contemporain (FAMC): Alfred Hofkunst und Jean Tinguely, «Globe terrestre», undatiert, synthetische Materialien und Eisen; Niki de Saint Phalle, «Obélisque au chat», 1993, Polyester und farbig verspiegelt; Daniel Spoerri, «Ohne Titel», undatiert, tableau-piège. Pfarrei Orsonnens: 2 Katakombenheilige, «Hl. Theodora» und «Hl. Theophil», 1834, Glasschreine. Pfarrei Ursy: «Banner der Pfarrei Ursy», 19. Jh., Seide. Visitandinnenkloster: Sammlung von Reliquiaren und Reliquien.

5.7 Ankäufe

Malerei: Jean Crotti, «Muriel et ses pensées» (Porträt von Muriel Blancpain), 1951, Öl auf Leinwand. Paul Gross, «Porträt von Bruno Baeriswyl», 1987, Öl auf Leinwand. Schweizer Maler, «Porträt von zwei Knaben mit ihrem Hund», um 1830, Öl auf Leinwand. Schweizer Maler, «Porträt von drei Kindern, im Hintergrund der Turm von Sankt Niklaus», um 1830, Öl auf Leinwand. Marc Monteleone, «Montegonzi», 2002, Öl auf Leinwand. Ernest Riesemey, «Porträt von Gaby Riesemey», 1955, Öl auf Tafel; Idem, Der Silsersee, 1962, Öl auf Leinwand.

Grafik: Fernand Caille, «Kruzifix im Friedhof der Johanniterkomturei und St. Annakapelle», 2. Drittel 20. Jh., Aquarell auf Papier. Oscar Cattani, «Die Reichengassen von der Oberen Matte aus gesehen», undatiert, Radierung; idem, «Prophet», undatiert, farbiger Linolschnitt. Thomas Dettwiler, «Ohne Titel», 2004, farbiger Holzschnitt, 14/200, Xylon-Abonnement. Gabriel Lory, Sohn, «Ansicht der Hängebrücke in Freiburg», um 1834-1840, Bleistift und Aquarell. Bernhard Luginbühl, «Zorn», 1976, Serigrafie 4/75. Martin Martini, «Ansicht der Stadt Freiburg, von Süden her», 1606, Abzug des 17. oder 18. Jh., Kupferstich. Raymond Meuwly, «Porträt einer Frau mit Blumenstrauss», 1953, Farblithografie 7/55. Niki de Saint Phalle: «Tapetenmuster», undatiert, Serigrafie. Gaston Thévoz,

«Porträt des Raymond Buchs», 1925, Kohle auf Papier. Miriam Tinguely, «Ohne Titel», 2004, Tusche auf Papier. Rico Weber, «Blumentöpfe», 2002, Farbfotografie.

Kunsth Handwerk: François-Charles Gendre, drei Teller, um 1775, Keramik; idem, zwei Teller mit dem Gléresse Wappen, um 1775, Keramik; idem, Wassertopf, um 1775, Keramik; Unbekannt, Freiburger Kommode mit Aufsatz, um 1700, Nussholz. Klosterarbeiten, 33 Taschenreliquiare, L. V. 19. – I. H. 20. Jh., Silber, Messing und Holz.

5.8 Pädagogische Abteilung

Carmen Effner ersetzt seit September 2004 Françoise Emmenegger als pädagogische Mitarbeiterin.

17 Primarklassen (315 Schüler) haben sich an folgenden Ateliers beteiligt: «Wachsskulpturen» (Jenseits des Sichtbaren: Reliquiare und Klosterarbeiten); «Fotografieren wie zu Urgrossvaters Zeiten: eine Schuhschachtel genügt!» (Würth: Aspekte einer Sammlung); «Das Porträt: die Bedeutung des Accessoires» (La tête des nôtres: Porträts in Freiburg 1850-2000).

5.9 Konservierungs- und Restaurierungsabteilung

Die Restauratoren haben die klimatischen Bedingungen der verschiedenen Depoträume der Sammlung sowie der Säle der permanenten und temporären Ausstellungen kontrolliert.

Sie waren als Berater für interne und externe Anfragen tätig, haben technologische Expertisen durchgeführt und technische Ratschläge erteilt.

Sie haben eine Bestandesaufnahme der bestehenden Depots und eine Evaluation der Bedürfnisse der Institution durchgeführt – um eine optimale Konservierung der Sammlungen zu gewährleisten.

Für die Ausstellung «Würth» haben die Restauratoren in Zusammenarbeit mit dem Restaurator der Sammlung Würth beim Abbau die Kontrolle der Werke übernommen.

Für die Ausstellung «La tête des nôtres» wurden die Bestandesaufnahmen und Eingangskontrollen und -Protokolle der geliehenen Werke gemacht. Im Zusammenhang mit dieser Ausstellung wurden zu verschiedenen Werken der Sammlung Unterhaltsarbeiten, Konservierungs- und Restaurierungsmassnahmen getroffen.

Im Hinblick auf die Eröffnung der neuen Säle zum 18. Jh. im Ratzehof haben die Restauratoren ebenfalls Konservierungs- und Restaurierungsmassnahmen getroffen.

5.10 Kommission

Die Kommission und der Ausschuss sind einmal zusammengetreten; sie haben die Jahresrechnung geprüft, den Voranschlagsentwurf für 2005 angenommen und die Vorschläge für Ankäufe gutgeheissen.

5.11 Vermächtnisse

Das Museum erhielt zwei Vermächtnisse zugesprochen, die der Staatsrat anerkennend und dankbar angenommen

hat, zum einen von Mathilde Forestier, selig, die dem Museum ihren gesamten Besitz vermacht hat, und zum anderen von Rico Weber, selig, der dem Museum alle seine Kunstgegenstände, die eigenen Werke, die Werke anderer Künstlerinnen und Künstler in seinem Besitz und die damit verbundenen Arbeiten, Fotos und Archive hinterlassen hat.

6. Naturhistorisches Museum

6.1 Allgemeines

2004 besuchten 40 587 (35 349) Personen das Museum, davon 7484 (8868) Schülerinnen und Schüler aus 458 (506) Klassen. Die Internetseite des Museums wurde 1 015 081 (710 672) Mal besucht; dies ist ein neuer Rekord.

Im Rahmen der laufenden Sonderausstellungen und anlässlich der beiden «Museums-z'Morge» der Vereinigung der Freunde des Museums wurden mehrere Führungen organisiert. Die Sonderausstellung «Erdbeben» wurde von einer Delegation des Bundesamts für Wasser und Geologie (BWG) und einer Gruppe der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) besucht.

Der Direktor des Museums ist Mitglied der Konsultativkommission für Natur- und Heimatschutz, Beisitzer im Vorstand von Freiburg Tourismus und Mitglied der Kommission «GEORAMA du Gibriloux». Er hat für Radio Suisse romande, Radio Fribourg und Television Suisse romande mehrere Sendungen aufgezeichnet. Aktivitäten des Museums wurden zudem bei Radio Freiburg, Schweizer Radio DRS sowie TeleBärn vorgestellt.

Der Vizedirektor vertrat das Museum in zwei Kommissionen (Möserkommission Düdingen und Rechthalten – St. Ursen) und bei der Konservatorentagung in Luzern.

Der Leihdienst des Museums stellte 92 (106) Personen 220 (220) Objekte zur Verfügung. Mehrere Jugendliche liehen sich Dokumentationen für schulische Zwecke wie Vorträge oder Maturaarbeiten aus.

Schulklassen des Kantons verwendeten Tierpräparate und andere Objekte für diverse schulische Zwecke.

Das Inventar der Museumsbibliothek wurde in Zusammenarbeit mit der Kantons- und Universitätsbibliothek weitergeführt.

Das Faltblatt «Information» mit Beiträgen zu Sonderausstellungen, Neuanschaffungen und anderen Angeboten des Museums erschien zweimal. Es wird gratis an Lehrpersonen und Museumsbesucher abgegeben. Die Druckkosten dieser farbigen Publikation werden von der Vereinigung der Freunde des Museums getragen.

Das Museum betreibt eine offiziell anerkannte Pflegestation für Wildtiere. Im Jahr 2004 wurden 173 (176) verletzte oder kranke Tiere aufgenommen: 74 (66) wurden gepflegt und wieder in Freiheit entlassen, 94 (104) starben oder mussten eingeschläfert werden; am 31. Dezember befanden sich noch 6 (6) Tiere in Pflege.

Das Projekt zur Satellitentelemetrie bei Weissstörchen, Rotmilanen und Uhus wurde weitergeführt. Neuerdings wird auch das Zugverhalten von Schneeeulen untersucht. Die neuesten Resultate werden ständig auf der Internetseite des Museums veröffentlicht und einmal pro Woche per E-Mail an 1283 (906) eingeschriebene Personen versandt. In den Schweizer Medien erschienen gegen 40 Beiträge zum Thema wobei der Weissstorch «Max» wiederum im Zentrum des Interesses stand. Dem illegal abgeschossenen Rotmilan «Romeo» widmete der französische Fernsehsender France3 im Regionaljournal Lyon-Rhône-Alpes einen eigenen Beitrag.

Auch im Jahr 2004 waren Dienstleistende im Zivildienst im Museum tätig. 3 (4) Personen arbeiteten insgesamt 9 (12) Monate im Museum.

Das Amt für den Arbeitsmarkt vermittelte eine und das Schweizerische Arbeiterhilfswerk zwei Personen, die temporär im Museum beschäftigt werden konnten.

6.2 Gebäude

Mit dem Hochbauamt wurden mehrere Sitzungen zur Planung und Realisierung der neuen Dauerausstellung «Fische – versteinert und lebendig» abgehalten.

6.3 Sonderausstellungen

- «Der Rotmilan» (4. Oktober 2003 – 23. Mai 2004)
- «Invasion» (15. November 2003 – 22. Februar 2004)
- «Erdbeben» (5. Juni 2004 – 26. September 2004). Diese Ausstellung entstand in Zusammenarbeit mit der Kantonalen Gebäudeversicherung.
- «Im Wandel der Jahreszeiten» (19. Juni 2004 – 26. September 2004)
- «Pilze» (16. Oktober 2004 – 9. Januar 2005)
- «Schnee und Eis» (16. Oktober 2004 – 13. Februar 2005)

6.4 Dauerausstellungen

In der Dauerausstellung «Erdgeschichte» wurden zwei neue Tafeln mit Bildern und Texten montiert. Diese präsentieren das Raumfahrtprojekt Cassini-Huygens und geben aktuelle Informationen zum Planeten Saturn und seinen Monden.

Die neue Dauerausstellung «Fische – versteinert und lebendig», die am 7. Mai 2004 eröffnet wurde, beschreibt die faszinierende Entwicklung der Fische anhand versteinerner und lebender Tiere. Bei den Fossilien handelt es sich um Vertreter seit langem ausgestorbener Fischgruppen sowie um Vorfahren und Verwandte heutiger Fische. Die lebendigen Tiere, die in fünf grossen Aquarien gehalten werden, sind Vertreter von Fischgruppen (Flössler, Störe, Knochenhechte, Lungenfische), die vor vielen Millionen Jahren häufiger oder sogar dominant waren, aber heute nahezu ausgestorben sind. Sie zeigen einen urtümlichen Körperbau und ein spezifisches Verhalten.

6.5 Ausleihe von Sonderausstellungen

Die Sonderausstellung «Der Fuchs – ein unbekannter Nachbar» war zwischen dem 5. November 2003 und dem 25. April 2004 im Naturhistorischen Museum von La Chaux-de-Fonds zu sehen. Teile der Ausstellung «Die Kuh» werden seit dem 3. April 2004 im Rahmen der Ausstellung «Meuh!» im Musée paysan et artisanal de la Chaux-de-Fonds gezeigt. Die Ausstellung «Wale und Delphine» wurde zwischen dem 19. April und dem 7. Mai 2004 an der Berufsschule in Lausanne präsentiert. Einige Elemente der Sonderausstellung «Invasion» wurden vom 26. April bis zum 15. Oktober 2004 dem Botanischen Garten der Stadt Genf ausgeliehen. Zwischen dem 7. Oktober und dem 31. Dezember 2004 wurde die Ausstellung «Erdbeben» von der Nidwaldner Sachversicherung in Stans gezeigt. Anlässlich der Eröffnungsfeier war die Nidwaldner Kantonsregierung in corpore anwesend.

6.6 Sammlungen

Die Inventarisierung der verschiedenen Sammlungen des Museums wurde weitergeführt.

Die paläontologischen Sammlungen des Museums verzeichneten 25 Neueingänge, so zum Beispiel einen 225 Millionen Jahre alten, kompletten Schädel eines Labyrinthodonten (*Metoposaurus diagnosticus*) aus dem frühen Mesozoikum von Polen. Die Sammlung mit Wirbeltierfossilien von Wallenried wurde inventarisiert.

Die mineralogischen und petrografischen Sammlungen wurden 2004 durch 194 Stücke bereichert. Davon stammen 164 aus der Sammlung von Alfred Frey aus Estavayer-le-Lac. Die interessantesten Stufen dieser Schenkung kommen aus dem Binntal (VS) und aus dem ehemaligen Steinbruch von Enney im Greyerzerland.

Im Präparationsatelier des Museums wurden für die zoologischen Sammlungen 122 (78) Stücke katalogisiert, so zum Beispiel eine Sumpfhöhreule (*Asio flammeus*), ein Mauerläufer (*Tichodroma muraria*), eine Sturmmöwe (*Larus canus*), ein Italiensperling (*Passer domesticus italiae*), ein Alpenbirkenzeisig (*Carduelis cabaret*), eine Zwergschnepfe (*Lymnocyptes fluviatilis*), eine Waldschnepfe (*Scolopax rusticola*), ein Flussneunauge (*Lamprolaima fluviatilis*), ein Forellenbarsch (*Micropterus salmoides*), ein Weisshai (*Carcharodon carcharias*) sowie Eier aus verlassenen Gelegen der Weisskopfmöwe (*Larus cachinnans*) und des Rotmilans (*Milvus milvus*).

Die malakologischen Sammlungen des Museums verzeichneten den Eingang von 254 (51) marinen Gastropoden. Das Inventar der Sammlungen wurde weitergeführt.

Zur Vorbereitung einer Publikation und einer Sonderausstellung wurde ein Inventar der Flora der Freiburger Voralpen in Angriff genommen. Verschiedene zum Teil seit mehr als 100 Jahren im Kanton nicht mehr beobachtete seltene Pflanzenarten konnten wiedergefunden und dokumentiert werden, so zum Beispiel der Schneeballblättrige Ahorn (*Acer opalus*), der Alpen-Seidelbast (*Daphne alpina*) und die Echte Alpenscharte (*Saussurea alpina*).

Die Inventur der Herbare des Kantons wurde weitergeführt. Bei den «Herbiers réunis» liegt nun das fünfte Freiburger Herbar in informatisierter Form vor. Dafür wurden gegen 4000 Belege bearbeitet

Mehrere wissenschaftliche Sammlungen des Museums können via Internet konsultiert werden, so alleine fünf Herbare mit mehr als 14 000 Pflanzenbelegen.

6.7 Kommission

Die Kommission tagte zweimal. Sie hat die Rechnung 2003 zur Kenntnis genommen und den Voranschlagsentwurf 2005 geprüft. Weiter wurde die Frage der Verlegung des Museums diskutiert.

6.8 Schenkungen

201 (247) Personen haben 384 (401) Tiere oder Objekte im Museum abgegeben.

7. Schloss Greyerz

7.1 Personal

Es gab keinen Wechsel beim fest angestellten Personal.

7.2 Ausstellungen

Weihnachten im Schloss: Die Krippenfiguren von Lise Berger (22. November 2003 – 11. Januar 2004)

Ulrich Ackermann: Greyerz aus der Vogelschau (14. Februar – 18. April 2004)

Marcel Mathys: Skulpturen (1. Mai – 5. September 2004)

Antonio Bruni: Alle auf die Alp! (18. September – 7. November 2004)

Gisèle Rime: Sagen aus dem Greyerzerland (13. November 2004 – 9. Januar 2005)

Weihnachten im Schloss: Krippen aus dem Erzgebirge (20. November 2004 – 9. Januar 2005)

Zusätzlich zu den Ausstellungen wurden im Schloss folgende Aktivitäten durchgeführt:

- «Das Johannisfest im Schloss» (Mittelalterfest mit Vorführungen von Greifvögeln, 19. und 20. Juni 2004)
- Atelier für alte Musik: Bau einer Viola da Gamba mit David Van Edwards (22.-29. August 2004)
- Konzert und Vorstellung mit dem Gambisten Christoph Urbanetz (26., 27. und 28. August 2004)
- Musikalische Geschichtennachmittage mit Nicolas Favre und dem Trio Norn (18. November und 19. Dezember 2004)

Das Sekretariat des Schlosses organisierte 364 (301) geführte Besichtigungen des Schlosses und des Städtchens Greyerz. Insgesamt wurden das Schloss und die Sonderausstellungen von 168 274 (185 853) Personen besucht, was einen Tagesdurchschnitt von 460 (509) Besuchern ergibt.

7.3 Sammlung

Der Burgundersaal ist neu eingerichtet worden. Neu sind vier Harnische des 16. und 17. Jh. als Leihgabe des Museums «Altes Zeughaus» in Solothurn darin ausgestellt. Die Wandteppiche von Jean Lurçat sind von ihrem Eigentümer, der «Richemont Art Foundation», zurückgenommen worden. Unterhalts- und Konservierungsarbeiten sind im Rittersaal (Wandmalereien, Bänke und Tische) durchgeführt worden. Der Faltprospekt mit der Beschreibung des Schlosses und seiner Sammlung wurde überarbeitet und korrigiert sowie in drei zusätzliche Sprachen übersetzt (Polnisch, Ungarisch und Tschechisch). Er liegt nun in 13 Sprachen vor.

7.4 Gebäude

Der Burgundersaal wurde völlig neu gestrichen. Der Grafsaal, im grossen Salon und im Furet-Zimmer, wurde ausgebessert. Unterhalts- und Reparaturarbeiten erfolgten an den Galerien des Innenhofs und den Türen des französischen Gartens. Auf verschiedenen Dächern des Schlosses wurden Ziegel ersetzt. Das Schindeldach des Sodbrunnens ist teilweise erneuert worden. Der Rundweg «Jean l'Éclapé» ist mit einem finanziellen Beitrag des Schlosses durch die Gemeinde Greyerz ausgebessert worden.

7.5 Informatik

Die Website des Schlosses wurde laufend aktualisiert. Zahlreiche Besucher haben sie abgerufen.

7.6 Ankäufe

Es wurden keine Ankäufe getätigt.

7.7 Pädagogische Abteilung

Ein «Geschichtenrundgang» in französischer Sprache für Erwachsene sowie eine deutschsprachige Version für Kinder sind ausgearbeitet worden. Während des Jahres wurden 167 (170) Aktivitäten für Schulen und Private aus der ganzen Schweiz durchgeführt. Michel Riedo hielt 32 (50) Geschichtslektionen für Schüler der 5. und 6. Primarklassen aus dem Kanton Freiburg. Er hat zusätzlich einen «Mittelaltertag» für ganze Primarschulen ausgearbeitet. Vier Schulen haben daran teilgenommen.

7.8 Stiftungsrat

Der Stiftungsrat hat sich 4-mal versammelt. Das Büro des Stiftungsrats trat 5-mal zusammen.

8. Schweizerisches Zentrum für Forschung und Information zur Glasmalerei in Romont

8.1 Allgemeines

Die Bibliothekarin Anne Brünisholz hat ihre Stelle aufgegeben. Yves Jolidon übernahm ihre Aufgabe. Zwei Praktikantinnen arbeiteten im Zentrum: Dunja Kielmann, Studentin der Fachhochschule Erfurt, Fachbereich Konser-

vierung und Restaurierung (Glasmalerei), und Karina Queijo, Studentin der Kunstgeschichte an der Universität Lausanne (Prof. G. Cassina). Die Zusammenarbeit mit der universitären Forschung und Lehre wurde fortgesetzt, insbesondere durch die Lehrtätigkeit von Brigitte Kurmann-Schwarz (Universität Zürich) und Stefan Trümpler (Berne Fachhochschule, Nachdiplomkurs Denkmalpflege und Umnutzung), durch das Forschungsprojekt über die frühmittelalterliche Glasmalerei (Universität Freiburg und ETH Zürich) sowie Beiträge zu vier Projekten nationaler Forschungsschwerpunkte (Universitäten Freiburg, Bern und Zürich). Die Datenbanken zur Schweizer Glasmalerei wurden erheblich erweitert.

8.2 Erhaltung und Technologie

Das Zentrum war massgeblich an der Redaktion der neuen internationalen Richtlinien zur Konservierung von Glasmalereien beteiligt. Es wurde zur Erhaltung von Glasmalerei-Ensembles aller Epochen in der Schweiz und im Ausland beigezogen, insbesondere in den Kathedralen von Freiburg, Lausanne und Chur, im Berner Münster, in der ehemaligen Klosterkirche von Kappel am Albis und in der Basilika von Valeria in Sitten, in den Kreuzgängen von Wettingen und Muri sowie in der Pfarrkirche von Crevoladossola. In Freiburg handelte es sich unter anderem um die Fragmente mittelalterlicher Scheiben in der St. Peterskirche von Treyvaux und um die Jugendstilfenster des Cafés «La Viennoise» in Bulle. Das Forschungsprojekt von Cordula Kessler, Sophie Wolf und Stefan Trümpler über die Funde frühmittelalterlicher Glasmalereien in Sitten (Sousle-Scex) und im Kloster von Müstair wurde bis auf die Schlusspublikation beendet (eine Zusammenarbeit mit dem Institut für Mineralogie und Petrografie der Universität Freiburg und der ETH Zürich/Grabung Müstair, unterstützt durch den Nationalfonds). Den historischen Techniken der Hinterglasmalerei waren zwei experimentelle Studien-Workshops mit dem Elsässer Hinterglasmaler Yves Siffert gewidmet.

8.3 Kunstgeschichtliche Forschung

Das Forschungsprojekt über die historische Glasmalerei Zugs wurde von Uta Bergmann mit der Veröffentlichung eines Bandes in der Reihe des Corpus vitrearum zu Ende gebracht. Im gleichen Rahmen wurden die Studien über die Verglasung von Königsfelden und die historische Glasmalerei Schaffhausens weitergeführt. Auch die Inventarisierung und Erforschung der historischen Glasmalerei Freiburgs wurde wieder aufgenommen und insbesondere im Zusammenhang mit der Neueinrichtung der Glasmalereigalerien des Museums für Kunst und Geschichte vertieft. Auf dem Gebiet der Glasmalerei nach 1800 wurde das Inventar von La Chaux-de-Fonds ganz, jenes von Genf nahezu abgeschlossen. Das Projekt über die Hinterglasmalerei des 16.-18. Jh. in der Schweiz und in Süddeutschland wurde ebenfalls beendet (Yves Jolidon, unterstützt durch den Nationalfonds); die Sammlung Ryser wurde weiter inventarisiert.

XIV. Amt für Archäologie

1. Allgemeines

Für den am 31. Dezember 2003 in den Ruhestand getretenen Roland Perrin nahm Mireille Ruffieux, die bislang bei den «Autobahngrabungen» beschäftigt war, auf den 1. Januar 2004 ihre Tätigkeit im Bereich «Verzeichnis und Inventar der archäologischen Fundstellen» als wissenschaftliche Assistentin auf. Am 1. August ersetzte Claude Zaugg, ebenfalls seit vielen Jahren im Bereich «Autobahngrabungen» angestellt, Mélanie Rouiller als Fotograf des Amtes für Archäologie. Schliesslich hatte das Amt in der ersten Jahreshälfte zwei Todesfälle zu beklagen: am 28. April starb Hanni Schwab, ehemalige Kantonsarchäologin und Begründerin unseres Amtes, in ihrem 82. Lebensjahr, und am 10. Juni mussten wir endgültig Abschied nehmen von unserem allseits geschätzten und beliebten Ausgräber Getachew Tekeste.

2. Ausgrabungen und Bauuntersuchungen

2.1 Verschiedene Untersuchungen

Arconciel/La Souche (Lehrgrabung an einem mittelsteinzeitlichen Felsüberhang); Bossonnens/St-Claude (Lehrgrabung in der mittelalterlichen Burganlage); Bulle/La Condémine (Ausgrabung eines römischen Friedhofes); Bulle/Montcalia/Planchy d'Avau/La Prila 1/La Prila 2/Taillemau (Ausgrabungen vorgeschichtlicher und römischer Fundstellen auf dem Trasse der zukünftigen H 189); Bulle/Place du Tilleul (Dokumentation einer mittelalterlichen Pflasterung); Enney/La Delése (Ausgrabung eines mittelalterlichen Wegabschnitts); Estavayer-le-Gibloux/Au Village (Ausgrabung in der römischen Villenanlage); Muntelier/Dorfmatte 2 (Ausgrabung in einer jungsteinzeitlichen Seeufersiedlung); Schmitten/Schlossmatte (Ausgrabung einer mittelalterlichen Siedlungsstelle); La Tour-de-Trême/Les Partsis/Pré de Chêne (Ausgrabungen vorgeschichtlicher Fundstellen auf dem Trasse der zukünftigen H 189); Villars-sur-Glâne/Les Daillettes (Ausgrabung eines eisenzeitlichen Grabhügels).

In zahlreichen mittelalterlichen Gebäuden sind vor Restaurierungsarbeiten oder Umbauten Analysen und Sondierungen durchgeführt worden: Cugy/Grand-Rue 72; Estavayer-le-Lac/Grand-Rue 43/Place de Moudon/Rue de l'Hôtel-de-Ville 16/Ruelle du Bordet 11; Freiburg/Zisterzienserinnenkloster Magerau/Basilika Unserer Lieben Frau/Bürglen/St.-Niklausen-Münster/Grosser Werkhof/Reichengasse 68/Klein-St.-Johann-Platz 9/Obere Matte 25/Neustadtgasse 46/ 68/Chorherrengasse 1/Goltgasse 22/Steinbrückengasse 16-18/Hängebrückgasse 16/Steinhauergässchen 8-10/Tour du Blé; Greyerz/Schloss; Mézières/Château; Murten/Ryf 24.

2.2 Schutzmassnahmen auf archäologischen Stätten

Das 1995 begonnene Programm zur Bestandesaufnahme der Seeufersiedlungen am Murten- und am Neuenburger-

see ist fortgeführt worden mit dem Ziel, diese Siedlungen besser zu schützen. Manuelle Bohrungen wurden in den Seeufersiedlungen von Font/Sous l'Epenex und Forel/En Chéseau durchgeführt, um Aufschluss über den Erhaltungszustand der Kulturschichten zu erhalten.

3. Prospektion, Sondierungen und Bauüberwachungen

Mit Prospektionen (Abschreiten von Feldern und Fluren nach Funden auf der Oberfläche) und Sondierungen (Serien von maschinell angelegten Suchgräben) konnte der Charakter einiger wichtiger Fundplätze besser erfasst werden, und es mussten Rettungsgrabungen vorgenommen werden.

Mittels Prospektion sind archäologische Perimeter bestimmt worden, die im Rahmen der Ortsplanung zu berücksichtigen sind. Dabei wurden neue Fundstätten erfasst.

Im Rahmen des Programms zur Erforschung der vorgeschichtlichen Fundstellen in den Voralpen konnten anlässlich einer Prospektionskampagne mit Studierenden unter der Leitung des Amtes mehrere neue mittelsteinzeitliche Fundstellen lokalisiert werden (Charmey/Petit Mont).

Zahlreiche Sondierungen führte das Amt für Archäologie im Vorfeld umfangreicher Baumassnahmen präventiv durch. Zu erwähnen sind insbesondere: Bösinggen/Fendringenstrasse; Autigny/En Mortallaz; Bulle/La Condémine; Charmey/Petit Mont; Courgevau/Fin du Mossard 2; Estavayer-le-Lac/Vers le Moulin; Lovens/A Lovens; Muntelier/Schilfweg (Bohrungen); Pont-la-Ville/A Pont; Schmitten/Schlossmatte; St. Ursen/Dählhölzliweg und Villaz-Saint-Pierre/Le Clos.

4. Zusammenarbeit mit dem Amt für Kulturgüter

Für zahlreiche Umbau- und Restaurierungsprojekte sind die Mittelalter-Archäologen des Amtes beigezogen worden. Besonders zu erwähnen sind die Burgruine von Bossonnens, ferner zahlreiche Häuser in den mittelalterlichen Kleinstädten und der Altstadt von Freiburg. Zusätzlich betraf dies die historischen Gebäude des Kantons, die sich im Staatsbesitz befinden, z.B. die Schlösser von Châtel-Saint-Denis, Estavayer-le-Lac und Greyerz, oder das St.-Niklausen-Münster in Freiburg. Die beiden Ämter arbeiteten bei Anlässen wie den «Europäischen Tagen des Denkmals» oder auch bei Publikationen wie den «Blättern für die Denkmalpflege» ebenfalls eng zusammen.

5. Zusammenarbeit mit dem Bau- und Raumplanungsamt (BRPA)

Im Rahmen des Bewilligungsverfahrens für Neubauten sind 539 (444) Gutachten erstellt worden. 43 (62) Gutachten sind zu vorgezogenen Baubewilligungen abgegeben

worden, davon sind allein 34 (51) im Greyerzbezirk. Zu 53 Dossiers Ortsplanung (55) und 25 (20) Dossiers Detailplanung hat das Amt Stellung genommen.

Nur 11 % (12 %) der Antragsteller haben sich an die vom Amt in der Baubewilligung verlangte Mitteilung des Baubeginns gehalten.

Die archäologischen Perimeter sind auf einem speziellen geografischen Server zugänglich (SIG ArcView). Im Jahr 2003 konnten die Daten von 18 (34) Gemeinden in dieses System übertragen werden. Im Rahmen der Revision der Ortsplanung konnten die archäologischen Perimeter von 14 (9) Gemeinden aktualisiert werden.

6. Auswertungsarbeiten nach der Grabung: Dokumentation, Restaurierung, Präsentation, Inventar

6.1 Auswertung und Publikationen

6.1.1 Monographien

G. Kaenel – Ph. Curdy – F. Carrard, *L'oppidum du Mont Vully. Un bilan des recherches 1978 – 2003* (Archéologie fribourgeoise 20), Fribourg 2004.

6.1.2 «Freiburger Hefte für Archäologie» (FHA) 5, 2003.

Bei den Autobahnausgrabungen der A1 wird der Schwerpunkt momentan auf eine Monographie gelegt, die im Sinne einer Synthese zahlreiche Fundstellen auf der A1 gesamthaft behandelt. Gleichzeitig wird eine Publikation über die weiteren Ausgrabungsstätten vorbereitet (Sévaz/Tudinges 1; Frasses/Praz au Doux; Châbles/Les Biolleyres; Murten/Löwenberg; Courgevau/Le Marais 1 und Frasses/Champs Montants).

Zwei wichtige Publikationen, deren Erscheinen für 2005 und 2006 vorgesehen ist, befinden sich ebenfalls in Entstehung. Es handelt sich um die Monographien über die Ausgrabungen in der römischen Villa von Vallon/Sur Dompierre und in der römischen Nekropole von Arconciel/Pré de l'Arche.

6.1.3 Artikel

C. Agustoni, «Graphomanie, écritures romaines au quotidien», *Cahiers d'Archéologie Fribourgeoise* 6, 2004, 212-213; C. Agustoni, «Mosaïques romaines à Ludimania'k», *Cahiers d'Archéologie Fribourgeoise* 6, 2004, 214-215; S. Anatrà, «La protection des berges contre l'érosion», in: G. Bourgarel – M. Mauvilly – L. Dafflon – S. Anatrà, «Pont-en-Ogoz/Vers-les-Tours: de l'oubli au vedettariat», *Cahiers d'Archéologie Fribourgeoise* 6, 2004, 24-27; T. Anderson – D. Castella – C. Doswald – D. Villet, «Meules à bras et meules 'hydrauliques' en Suisse romaine: répartition et pétrographie», *Minaria Helvetica* 24, 2004; T. Anderson – V. Serneels, «La forge de Châbles-Les Saux (Canton de Fribourg)», in: M. Mangin (dir.), *Le Fer*, Paris 2004, 98-99; B. Arnold – A. Hafner – M. Maute Wolf – M. Mauvilly – A. Winiger – C. Wolf, «La région des Trois-Lacs, entre Suisse romande et Suisse alémanique»,

Archéologie Suisse 27/2, 2004, 42-53; A.-F. Auberson, «Un guldener en or de la collection du Musée d'art et d'histoire de Fribourg», *Numispost&HMZ* 37/3, 2004, 16-17; A.-F. Auberson, «Ein Goldabschlag eines Guldiners aus der Sammlung des Museums für Kunst und Geschichte Fribourg», *MünzenRevue* 36/4, 2004, 33; A.-F. Auberson, «Les trouvailles monétaires de Pont-en-Ogoz/Vers-les-Tours», in: G. Bourgarel – M. Mauvilly – L. Dafflon – S. Anatrà, «Pont-en-Ogoz/Vers-les-Tours: de l'oubli au vedettariat», *Cahiers d'Archéologie Fribourgeoise* 6, 2004, 57-58; V. Beugnier, «Analyse fonctionnelle des éléments lustrés du Néolithique final du site de Delley/Portalan II», *Cahiers d'Archéologie Fribourgeoise* 6, 2004, 140-149; R. Blumer – L. Braillard, «La Tour-de-Trême/Les Partsis: une nouvelle séquence mésolithique en Suisse romande», *Cahiers d'Archéologie Fribourgeoise* 6, 2004, 66-81; G. Bourgarel – M. Mauvilly – L. Dafflon – S. Anatrà, «Pont-en-Ogoz/Vers-les-Tours: de l'oubli au vedettariat», *Cahiers d'Archéologie Fribourgeoise* 6, 2004, 14-41; G. Bourgarel, «De l'abandon au premières recherches», in: G. Bourgarel – M. Mauvilly – L. Dafflon – S. Anatrà, «Pont-en-Ogoz/Vers-les-Tours: de l'oubli au vedettariat», *Cahiers d'Archéologie Fribourgeoise* 6, 2004, 16-23; G. Bourgarel, «Pont-en-Ogoz: bourg ou ville médiévale?», in: G. Bourgarel – M. Mauvilly – L. Dafflon – S. Anatrà, «Pont-en-Ogoz/Vers-les-Tours: de l'oubli au vedettariat», *Cahiers d'Archéologie Fribourgeoise* 6, 2004, 41-65; C. Buchiller, «Collections archéologiques lacustres fribourgeoises, un patrimoine à découvrir sur plusieurs sites...», in: G. Kaenel – P. Crotti (éd.), *Les Lacustres. 150 ans d'archéologie entre Vaud et Fribourg (Document du Musée cantonal d'archéologie et d'histoire)*, Lausanne 2004, 24-25; M. Fuchs, «Coiffure celtique et Marc Aurèle d'Avenches», *Archéologie Suisse* 27/3, 2004, 28-35; G. Graenert, «Schweiz § 3: Merowingerzeit», *Reallexikon der germanischen Altertumskunde XXVII* (Berlin/New York 2004) 505-514; G. Graenert, «Sind die reichen Kindergräber wirklich reich? Die Beigabensitte bei Kindern in der merowingerzeitlichen Burgundia», in: G. Graenert et al. (Hrsg.), *Hüben und drüben. Räume und Grenzen in der Archäologie des Frühmittelalters*. Festschrift M. Martin. Archäologie und Museum 48 (Liestal 2004) 159-188; G. Kaenel – C. Buchiller, «150 ans déjà...», in: G. Kaenel – P. Crotti (éd.), *Les Lacustres. 150 ans d'archéologie entre Vaud et Fribourg (Document du Musée cantonal d'archéologie et d'histoire)*, Lausanne 2004, 9-14; Ch. Kündig, «Murten/Rathausgasse 27: eines der Ersten und eines der Letzten seiner Zeit», *Freiburger Hefte für Archäologie* 6, 2004, 202-209; M. Mauvilly, «Arrière-pays et rives: une histoire complémentaire», in: G. Kaenel – P. Crotti (éd.), *Les Lacustres. 150 ans d'archéologie entre Vaud et Fribourg (Document du Musée cantonal d'archéologie et d'histoire)*, Lausanne 2004, 28; M. Mauvilly, «La maison», in: G. Kaenel – P. Crotti (éd.), *Les Lacustres. 150 ans d'archéologie entre Vaud et Fribourg (Document du Musée cantonal d'archéologie et d'histoire)*, Lausanne 2004, 49-53; M. Mauvilly, «Reconstitutions expérimentales et données ethnographiques», in: G. Kaenel – P. Crotti (éd.), *Les Lacustres. 150 ans d'archéologie entre Vaud et Fribourg (Document du Musée cantonal d'archéologie et d'histoire)*, Lausanne 2004, 28; M. Mauvilly, «Une maison

lacustre-type: essai de modélisation», in: G. Kaenel – P. Crotti (éd.), *Les Lacustres. 150 ans d'archéologie entre Vaud et Fribourg (Document du Musée cantonal d'archéologie et d'histoire)*, Lausanne 2004, 57-66; M. Mauvilly, «La vie quotidienne», in: G. Kaenel – P. Crotti (éd.), *Les Lacustres. 150 ans d'archéologie entre Vaud et Fribourg (Document du Musée cantonal d'archéologie et d'histoire)*, Lausanne 2004., 67-72 (Chasse et pêche), 77-78 (Le silex) et 90-92 (La métallurgie); M. Mauvilly, «Les stations littorales de Delley/Portalban», in: G. Kaenel – P. Crotti (éd.), *Les Lacustres. 150 ans d'archéologie entre Vaud et Fribourg (Document du Musée cantonal d'archéologie et d'histoire)*, Lausanne 2004, 104-106; M. Mauvilly, «Les stations littorales de Montilier», in: G. Kaenel – P. Crotti (éd.), *Les Lacustres. 150 ans d'archéologie entre Vaud et Fribourg (Document du Musée cantonal d'archéologie et d'histoire)*, Lausanne 2004, 107-110; M. Mauvilly – L. Braillard, L. Dafflon – J.-L. Boisaubert, «Arconciel/La Souche, nouveaux éléments à la connaissance du Mésolithique récent et final», *Cahiers d'Archéologie Fribourgeoise* 6, 2004, 82-101; M. Mauvilly – L. Dafflon, «Une maison lacustre dans un musée ou la poursuite d'un mythe vieux de 150 ans...», *Cahiers d'Archéologie Fribourgeoise* 6, 2004, 210-211; M. Mauvilly – L. Dafflon, «L'île de Pont-en-Ogoz/Vers-les-Tours, au temps de la Pré- et Protohistoire, in: G. Bourgarel – M. Mauvilly – L. Dafflon – S. Anatrà, «Pont-en-Ogoz/Vers-les-Tours: de l'oubli au vedettariat», *Cahiers d'Archéologie Fribourgeoise* 6, 2004, 28-40; M. Mauvilly – M. Ruffieux – P. Moinat – L. Braillard – H. Vigneau, «La Tour-de-Trême/La Ronclina: une nouvelle nécropole hallstattienne en terre gruérienne», *Cahiers d'Archéologie Fribourgeoise* 6, 2004, 150-167; P.-A. Vauthey – S. Garnerie-Peyrollaz, «Estavayer-le-Gibloux rattrapé par son passé. Grandeur et décadence des thermes staviacois», *Cahiers d'Archéologie Fribourgeoise* 6, 2004, 168-201; C. Wolf, «150 ans de recherches archéologiques sur les sites lacustres du canton de Fribourg: prétexte à la fête ou souvenir qui laisse songeur?...», in: G. Kaenel – P. Crotti (éd.), *Les Lacustres. 150 ans d'archéologie entre Vaud et Fribourg (Document du Musée cantonal d'archéologie et d'histoire)*, Lausanne 2004, 16-17; C. Wolf, «L'avenir des sites lacustres: à court terme, la fouille – à moyen terme, la conservation – à long terme, la destruction?», *Archéologie Suisse* 27/2, 2004, 15; C. Wolf – M. Mauvilly, «150 Jahre Ausgrabungen in den Seeufersiedlungen von Muntelier – Versuch einer kritischen Synthese», *Freiburger Hefte für Archäologie* 6, 2004, 102-139.

6.1.4 Fundregister für das Jahr 2003

- «Chronique archéologique 2003», CAF 6, 2004, 216-233.
- ASSPA 87, 2004, passim.

6.2 Büro der Grafiker und Zeichner

- Zeichnerische Arbeiten (Pläne des Lapidariums) für das neu eingerichtete Museum in der alten Sakristei der Basilika Unserer Lieben Frau in Freiburg; Zusammenarbeit bei Ausstellungen des Musée Romain de Vallon

- Mise en page/Layout: Monographie über das keltische Oppidum auf dem Wistenlacherberg (FA 20)
- Auswertung der römischen Nekropole von Arconciel/Pré de l'Arche: diverse Zeichenarbeiten (vor allem Funde)
- Zeichenarbeiten für die Monographie über die römische Villa von Vallon
- Verschiedene Arbeiten für den Band 6 der Freiburger Hefte für Archäologie
- Zahlreiche Vorbereitungen für Vorträge der wissenschaftlichen Mitarbeiter
- Organisation der computergestützten Datenbanken (Projekt SADE):

6.3 Konservierungs- und Restaurierungslabor (LCR)

Präventive Konservierung: regelmässige Kontrolle der klimatischen Parameter (vor allem Feuchtigkeit) in den verschiedenen Depots und bei Bedarf Anpassung an die jeweiligen Bedürfnisse der darin aufbewahrten Gegenstände; Weiterführung der vorbeugenden Konservierung (z.B. Entsalzung von Metallobjekten); Zusammensetzen von Fundensembles.

6.3.1 Röntgenaufnahmen:

Weiterführung der Zusammenarbeit mit dem CIMED

6.3.2 Praktische Arbeiten

- Wandmalereien: (Estavayer-le-Gibloux, Vallon/Sur Dompierre, Bösingens/Cyrusmatte)
- Stein: Reinigung, Konsolidierung und Zusammensetzung römischer Säulenfragmente (Estavayer-le-Gibloux) und Mahlsteine (Arconciel/Es Nés I)
- Keramik, Ziegel, Fayence: Zusammensetzen von Objekten verschiedener Grabungen: Arconciel/Pré de l'Arche (römisch), Marsans/En Barras (römisch), Estavayer-le-Gibloux (römisch), Bulle/Condémine (römisch), Muntelier/Dorfmatte II (jungsteinzeitlich), Freiburg/Basilika Unserer Lieben Frau (Mittelalter), Freiburg/Reichengasse 10 (Fayence, Nationalfondsprojekt)
- Metall: Freilegung und Behandlung von Funden verschiedener Grabungen: Arconciel/Es Nés I (römisch) und Es Nés II (Frühmittelalter), La Tour-de-Trême/Les Partsis und andere Fundstellen der H 189, Freiburg/Steinhauergässchen 8-10, Schmitten/Schlossmatte (Mittelalter), Courgevau/Le Marais, Lully/La Faye (römisch), Murten/Löwenberg (Eisenzeit)
- Diverse Objektgattungen: Beschriftung und Konsolidierung: Muntelier/Dorfmatte II (jungsteinzeitliche Keramik), Arconciel/Es Nés I (römische Kermaik), Fribourg/Reichengasse 10 (mittelalterliche Keramik)
- Behandlung der ehemals im Museum für Kunst und Geschichte in Freiburg ausgestellten Objekte (Keramik, Ziegel, Metall, organische Materialien)

- Organische Materialien: Freilegung und Konsolidierung: Muntelier/Dorfmatte II (Lyophilisation), Busy/Pra Natey (Teile von Holzfässern), Vallon/Sur Dompierre (heruntergestürzte Deckenreste), Arconciel/Es Nés II (Knochenkämme)
- Konservatorische Bearbeitung der Münzen: die Fundstellen Estavayer-le-Gibloux, Freiburg/Neustadtgasse/Klein St.-Johann-Platz/Steinhauergässchen lieferten die grösste Anzahl von Münzen im Jahr 2004. Sie reichen in die gallo-römische Zeit bzw. bis ins Mittelalter zurück. Für die Konservierung und Identifizierung wurden an den Münzen verschiedene Massnahmen vorgenommen.

6.4 Inventarisierung

- Vorbereitungsarbeiten für die Ausleihe von archäologischen Objekten für Sonderausstellungen (Museen von Murten, Vallon, Vindonissa, Lausanne und diverse andere kleine Ausstellungen)
- Inventar aller archäologischen Funde des keltischen Oppidums auf dem Wistenlacher Berg im System frinarc für die Monographie der Fundstelle
- Inventarisierungsarbeiten der archäologischen Funde aus der aufgelösten Ausstellung im Museum für Kunst und Geschichte in Freiburg
- Rückführung der Funde, die zur Restaurierung an die Hochschule für Konservierung und Restaurierung in La Chaux-de-Fonds ausgeliehen waren, und Inventarisierung für die Datenbank frinarc
- Inventarisierung besonders fragiler archäologischer Objekte

6.5 Fotolabor

- zahlreiche Aufnahmen für Publikationen, Ausstellungen und Vorträge
- Zusammenarbeit mit dem Musée Romain de Vallon
- Einrichtung der neuen Diathek und des Fotoarchivs in den Räumen des Amtes für Archäologie
- Kontaktaufnahme mit der Firma Ilford bezüglich Archivierung von digitalen und traditionellen Aufnahmen
- Zusammenarbeit mit dem Grafikerteam bei verschiedenen Projekten.

7. Weitere Tätigkeiten

7.1 Website

Die Website wird stetig erweitert. Momentan gibt es erst eine französische Version.

7.2 Führungen

- mittelsteinzeitliches Felsdach von Arconciel/La Souche
- römische Villenanlage von Estavayer-le-Gibloux

- Altstadt von Freiburg zu verschiedenen Anlässen
- keltische Befestigungsanlage auf dem Wistenlacher Berg;
- Basilika Unserer Lieben Frau in Freiburg
- Gebäude und Aktivitäten des Amtes für Archäologie in Freiburg für verschiedene Gruppen und Schulklassen
- Grabungsbesuche für Schulklassen und Gruppen
- Ferienpass.

7.3 Kurse und Veranstaltungen

- Zweite Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Freiburg: Einführungskurs in die Archäologie zwischen dem 1. und dem 7. Oktober (2 Lehrveranstaltungen)
- Kurs an der Universität Freiburg durch den Leiter des Sektors Vor- und Frühgeschichte
- Kurs an den Universitäten von Genf und Lausanne (Fak. Architektur) durch den Leiter des Sektors Mittelalter
- Zeichenkurs für Studierende des Universitäten Bern, Neuchâtel und Freiburg
- Berufsinformation für zukünftige Studierende
- Pressekonferenzen, Interviews und Vorträge an verschiedenen Kolloquien durch den Kantonsarchäologen, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Dienstes.

7.4 Ausstellungen / Museographie

Zusammenarbeit mit dem Kanton Waadt: «Die Pfahlbauer. 150 Jahre Archäologie zwischen Waadtland und Freiburg» (Ausstellung vom 17. September 2004 bis 23. Januar 2005 in Lausanne, in Freiburg im Jahr 2005).

Zusammenarbeit mit dem Museum Murten: «Wohnen mit Seesicht – Handwerk und Alltag im Pfahlbaudorf» (Ausstellung vom 4. April bis 16. Mai).

Zusammenarbeit mit dem Musée Romain de Vallon für die Sonderausstellung «Graphomanie: écritures romaines au quotidien»; Aufbau der Sonderausstellung «Archéologie, quand la génétique se mêle ...» in der Kantonalen Diplommittelschule in Freiburg, dem Collège du Sud in Bulle und der Ecole du Cycle d'orientation de la Glâne in Romont.

Abschluss des Projektes mehrerer archäologischer Hinweis tafeln in der Broye in Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Freunde der Archäologie.

Veranstaltung von «Apéritifs archéologiques» in Zusammenarbeit mit der «Association des Amis de l'Archéologie» (ein Grossteil der Vorträge wurden von Mitarbeitenden des Amtes für Archäologie gehalten).

XV. Amt für Kulturgüter

1. Verzeichnis der Kulturgüter

Die Verzeichnisse bezeichnen Objekte, die es wert sind, als Kulturgüter betrachtet zu werden, und vermitteln den Eigentümern und den mit ihrem Schutz betrauten Behörden die nötigen Informationen über den kulturgeschichtlichen Wert der Objekte.

1.1 Verzeichnis der unbeweglichen Kulturgüter

Das Verzeichnis bildet eine der Grundlagen, die von den Gemeinden zu berücksichtigen sind, wenn es darum geht, bei Revisionen der Ortsplanung Schutzmassnahmen zu ergreifen. Bei jeder Revision des Zonenplanes ist das Verzeichnis der betroffenen Gemeinden auf den neuesten Stand zu bringen.

Für 7 Gemeinden ist das Verzeichnis überarbeitet worden: Villarsel-sur-Marly, Bösinggen, Portalban, Corminbœuf, Ueberstorf, Ursy (mit den ehemaligen Gemeinden Vauderens, Mossel und Bionnens) sowie Sâles (mit Maules und Rueyres-Treyfayes). Gesamthaft wurden von annähernd 5000 beurteilten Gebäuden deren 500 bewertet und ins Verzeichnis aufgenommen. Ferner wurde ein Verzeichnis der Industriegebiete von Murten erstellt. Das Verzeichnis der Gemeinde Crésuz wurde abgeschlossen und auf CD veröffentlicht.

Wegen Zeit- und Geldmangels wurden die thematischen Verzeichnisse sowie die professionelle Fotodokumentation der Stadt Freiburg zurückgestellt. Hingegen konnten die Pflasterungen von Gruyères vor dem Beginn der Gesamterneuerung fotografisch umfassend dokumentiert werden. Forschungen und erweiterte Dokumentationen sind für 11 Gebäude abgeschlossen worden. Besondere Untersuchungen galten der Architektur des sog. Heimatstils und der Bau- und Planungsgeschichte von Bulle, beide im Zusammenhang mit Forschungsprojekten (siehe Ziff. 5).

Die Datenbank der unbeweglichen Kulturgüter wurde nachgeführt, insbesondere die Rubrik «auteurs» (Bauleute, Handwerker, Künstler – siehe Ziff. 4).

1.2 Verzeichnis der beweglichen Kulturgüter

Das Verzeichnis der beweglichen Kulturgüter (oder der kirchlichen Kunst) wird vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz mit einer Subvention von 27 % unterstützt. Die Verzeichnisse der Pfarreien Crésuz, Marly und Ursy sind abgeschlossen. Erfasst wurden die Kulturgüter von Sâles und des Kapuzinerklosters Bulle. Nachträge wurden zu den Verzeichnissen von Bulle und Châtel-St-Denis verfasst. In Bearbeitung stehen die Verzeichnisse von Gruyères, Charmey, Vallon und Avry-devant-Pont. Über die Pfarrkirche Gruyères wurde eine ausführliche Dokumentation vorbereitet.

Das Verzeichnis wird nunmehr auf einer neuen Datenbank geführt: Museumplus tritt an die Stelle von Texto.

Der verantwortliche Redaktor betreute verschiedene Restaurierungs- und Konservierungsmassnahmen (siehe Ziff. 3) und wirkte beim Ausstellungskonzept des Kirchenschatzes der Liebfrauenkirche in Freiburg mit, das nunmehr abgeschlossen ist.

1.3 «Kunstdenkmäler der Schweiz»

Der Redaktor hat die Archivalien im Staatsarchiv und im Stadtarchiv Estavayer-le-Lac gesichtet und ausgewertet. Eine Kampagne von Planaufnahmen und Fotografien lieferte die Grundlagendokumentation für die Bearbeitung der wichtigen Bauwerke der Stadt Estavayer-le-Lac.

2. Schutzmassnahmen

Auf der Grundlage der Verzeichnisse schlägt das Amt den zuständigen Behörden Schutzmassnahmen für die Kulturgüter vor. Das Amt hat ferner den Auftrag, die Liste der geschützten Kulturgüter (Inventar) zu erstellen und nachzuführen.

2.1 Unbewegliche Kulturgüter

Das Amt unterstützt die Gemeinden bei der Unterschutzstellung der Kulturgüter im Rahmen der Ortsplanungsrevisionen. Neben der Erstellung des Verzeichnisses (siehe Ziff. 1.1) nimmt das Amt jeweils an Sitzungen mit dem Gemeinderat, der Ortsplanungskommission oder mit dem Ortsplaner teil. Es organisiert auf Wunsch der Gemeinden Informationssitzungen für die Eigentümer von im Verzeichnis aufgeführten Bauten. Wo nötig beteiligt es sich an der Bearbeitung der Einsprachen gegen Schutzmassnahmen der Zonenpläne. Das Amt begutachtete im Stadium der Vorprüfung oder anlässlich der Schlussprüfung 87 Teil- oder Gesamtrevisionen der Ortsplanung zuhanden der Kulturgüterkommission oder ihres Büros.

2.2 Bewegliche Kulturgüter

454 Objekte im Eigentum von Pfarreien wurden unter Schutz gestellt.

2.3 Inventar

Nach der Genehmigung der Ortsplanung verschiedener Gemeinden, nach bewilligten Umbauten oder Abbrüchen, nach Gemeindefusionen sowie nach der Einführung neuer Hausnummern werden beträchtliche Mittel für die Nachführung des Inventars der geschützten Bauten aufgewendet.

3. Erhaltung und Restaurierung

Das Amt stellt die Erhaltung der Kulturgüter sicher, indem es den für die Bewilligungen zuständigen Behörden zweckmässige Unterlagen für angemessene Entscheidungen bereitstellt und den Eigentümern fachliche Begleitung und finanzielle Unterstützung zukommen lässt.

3.1 Gutachten zu Baubewilligungen

Abgesehen von den Gesuchen in Verbindung mit Änderungen der Ortsplanung (vgl. oben, Ziff. 2.1.) behandelte das Amt gesamthaft 1074 Gesuche in unterschiedlichen Stadien des Bewilligungsverfahrens (Anfrage ausserhalb eines Verfahrens, Voranfrage, Baugesuch, Stellungnahmen im Anschluss an das Gutachten oder die Baubewilligung). Die Kulturgüterkommission und deren Büro stellten 879 Gutachten aus. Im eigenen Namen behandelte das Amt 195 Anfragen. Die Anfragen verteilen sich wie folgt: geschützte oder im Verzeichnis eingetragene Gebäude 42 %, nicht im Verzeichnis erfasste Bauten oder Neubauten innerhalb geschützter oder schützenswerter Ortsbilder 53 %, Detailbebauungspläne und Verkehrsplanungen 5 %.

3.2 Subventionen

Der Staat beteiligt sich durch Finanzhilfen an Erhaltungs- und Restaurierungskosten geschützter Kulturgüter im Eigentum von Privatpersonen. Ebenso kann er sich an den Kosten beteiligen, wenn es sich um juristische Personen handelt. Der Beitragssatz bemisst sich nach der Bedeutung des geschützten Kulturgutes. Gemäss der geltenden Regelung bewegt er sich zwischen 10 und 24 %. Der Beitragssatz von 24 % wird nur angewendet, wo eine Bundessubvention für ein Objekt von nationaler Bedeutung zugesprochen wird. Der Budgetposten für Beiträge ist aus Spargründen verringert worden. Zwischen 1997 und 2001 wurde er von 2 000 000 Franken auf 1 500 000 Franken gekürzt. Seither ist er auf diesem Stand geblieben.

Von dem im Voranschlag bereitgestellten Betrag dienten 36 % (über 535 000 Fr.) zur Erledigung von Auszahlungsgesuchen, die im Verlaufe des Jahres 2003 eingereicht und abgerechnet wurden. Vom Gesamtbetrag der 2004 bearbeiteten Auszahlungsgesuche konnten 62 % überwiesen werden.

Die bearbeiteten Beitragsgesuche betreffen einen Gesamtbetrag von über 1 560 000 Fr. Die Restaurierung von 68 Objekten wurde unterstützt. Die ausbezahlten Beträge gingen zu 82 % an Privatpersonen und zu 18 % an juristische Personen des öffentlichen Rechts (Gemeinden und Pfarreien). Der durchschnittliche Beitrag pro Objekt liegt bei rund 23 000 Franken. Deutlich über dem Durchschnitt liegende Beiträge gingen an die Restaurierung folgender Objekte: Mézières, Schloss (Akontozahlung); Freiburg, Reichen-gasse 10; Freiburg, Kirche St. Peter; Freiburg, Liebfrauenkirche (Akontozahlung); Châtel-St-Denis, Fruence, Chemin des Asses 1; Romont, Frauenkloster Fille-Dieu; Hauterive, Kreuzgang des Klosters (Akontozahlung); Freiburg, Neustadtgasse 15-21; Corminbœuf, Route du Centre 4; Vuissens, Schloss, Nordflügel; Rue, Kapelle des Châteaue des Augustins.

Die im Verlauf des Jahres 2004 eingereichten und von der Kulturgüterkommission behandelten Beitragsgesuche erreichen einen voraussichtlichen Gesamtbetrag von 1 540 000 Franken. Sie betreffen 73 Objekte. Die von privaten Eigentümern eingereichten Beitragsgesuche machen 89 % des Gesamtbetrags aus, die von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (Gemeinden, Pfarreien) beantragten

Beiträge 11 %. Der durchschnittliche Beitrag pro Objekt beläuft sich auf etwa 21 000 Franken. Deutlich über dem Durchschnitt liegen die Beiträge für folgende Objekte: Vuissens, Schloss-Scheune; Cugy, Bauernhaus Grand-Rue 72; Estavayer-le-Lac, Rue de l'Hôtel de Ville 16; Freiburg, Franziskanerkloster; Vuadens, Bauernhaus Nr. 84; Praroman, Kirche; Vuissens, Schloss, Nordflügel; Ulmiz, Bauernhaus Nr. 21; Pierrafortscha, Granges-sur-Marly, Liegenschaft Nr. 36; Freiburg, Neustadtgasse 46; Bösinggen, Noflen Nr. 30; Plaffeien, Kirche.

Für 12 Objekte sind 2004 Bundessubventionen von mehr als 1 311 000 Franken ausbezahlt worden. Die wichtigsten Beiträge betreffen folgende Objekte: Mézières, Schloss; Freiburg, Kathedrale; Freiburg, Liebfrauenkirche; Freiburg, Universität Miséricorde; Freiburg, Kloster Magerau. Mehr als 84 % der ausbezahlten Bundesbeiträge gingen an diese Objekte. Etwa 30 000 Franken wurden an die Wiederherstellung von Schindeldächern auf Alphütten ausgerichtet.

Im Rahmen der Vorarbeiten für Erhaltungsmassnahmen und Restaurierungen hat das Amt Expertisen, Analysen und Sondierungen im Betrag von rund 75 000 Franken übernommen.

4. Dokumentation der Kulturgüter

Das Amt hat die Aufgabe, eine Dokumentation zu den Freiburger Kulturgütern aufzubauen und nachzuführen und diese der Forschung und der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu halten.

Etwa 70 Pläne aus der Pfarrei Semsales wurden erfasst und dokumentiert. Wiederum wurden die anlässlich von Konservierungs- und Restaurierungsmassnahmen angelegten Dokumentationen katalogisiert und archiviert.

Die Sektion Verzeichnis hat die Datenbank «auteurs» weitergeführt, die mit der Datenbank des Verzeichnisses der unbeweglichen Kulturgüter verknüpft ist. Hier werden über die im Kanton tätig gewordenen Künstler, Handwerker und Bauherren zahlreiche Angaben zusammengetragen, die bei der Arbeit am Verzeichnis anfallen. Die Datenbank zählt jetzt annähernd 2000 Einträge.

Die Dokumentation über die Kulturgüter wurde vervollständigt. 275 Publikationen wurden für die Handbibliothek erworben, die nun 10 236 Einheiten zählt. Die Negativsammlung ist um 300 Filme, d.h. mehr als 6000 Aufnahmen gewachsen. Aus Kostengründen werden statt Diapositiven zukünftig digitale Farbaufnahmen gemacht. Mehr als 1400 alte Abzüge wurden bestimmt und eingeordnet und bereichern so die Fotothek.

5. Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit

Das Amt hat den Auftrag, die Kenntnis der Kulturgüter und deren Wertschätzung zu fördern.

Im Jahr 2004 konzentrierte sich die Arbeit auf den im August realisierten Internet-Auftritt und auf die Herausga-

be einer CD des Verzeichnisses der unbeweglichen Kulturgüter. Die 16. Ausgabe der Zeitschrift «Freiburger Kulturgüter» und die 4. Serie von Blättern zur Architektur – Einzelgebäude oder Ensembles – in der Stadt Freiburg mussten auf das Frühjahr 2005 zurückgestellt werden. Mangels Ressourcen bleibt die Veröffentlichung von Kurzberichten über Beispiele abgeschlossener Restaurierungen von geschützten Bauten weiterhin eingestellt.

Das Amt war an Anlässen und Aktionen beteiligt, mit denen die Öffentlichkeit auf den Reichtum des kulturellen Erbes im Kanton aufmerksam gemacht wurde. Es hat namentlich die Europäischen Tage des Denkmals im Kanton organisiert. Das Amt wurde für Vorträge und geführte Besichtigungen angefragt. Zu nennen sind: Ausbildungskurse für Personen, die von Fribourg Tourisme für Stadtführungen eingesetzt werden; Vortrag über die Kirche Gruyères; Besichtigung und Vortrag aus Anlass der 50-Jahr-Feier der Pfarrei Christkönig; geführte Besichtigung des Quartiers Saucens in Bulle für die Vereinigung «Les Amis du Musée gruérien»; Besichtigung der Bauernhäuser von Crojeta bei Praroman für die Société de développement du Mouret; Besichtigungen in Freiburg für Armasuisse und für den Congrès européen des Hautes-Ecoles; Besichtigung für die Studierenden in mittelalterlicher Kunstgeschichte der Universität Lausanne und für die Studierenden der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg; Vortrag über das Landgut Ginggenrain bei Rechthalten für den Geschichtsverein des Kantons Freiburg; Vortrag im Rahmen der Einführung in die mittelalterliche Geschichte an der Universität Freiburg. Mitarbeiter wurden beigezogen für Beiträge anlässlich eines Kolloquiums über historische Verkehrswege IVS in Münchenwiler sowie an der Studientagung über Père Berthier an der Universität Freiburg. Ein Mitarbeiter wirkte an einer Serie von Sendungen von Radio Freiburg über Deutschfreiburger Ortschaften mit. Ein Mitarbeiter hat mehrere Kapitel zur Kantongeschichte für das Historische Lexikon der Schweiz verfasst. Ausserdem organisierte das Amt eine Tagung der Westschweizer Denkmalpfleger; es war aktiv beteiligt am internationalen Kolloquium «Savoir-faire – Handwerkskunst» aus Anlass des 40. Jahrestags der Gründung von «Pro Freiburg».

Das Verzeichnis der unbeweglichen Kulturgüter lieferte die Basisdokumente für eine nationale Studie über den Heimatstil. Es setzte ferner namhafte Mittel ein für die Archivforschung über die Pflasterungen in der Stadt Freiburg und den grossen Brand von Bulle vom 2. April 1805.

6. Kulturgüterschutz bei bewaffneten Konflikten und im Krisenfall

Verschiedene Sicherheitsdokumentationen wurden vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz mit einem Bundesbeitrag von 27 % unterstützt: fotogrammetrische Aufnahme des Schlosses Chenaux in Estavayer-le-Lac, Verzeichnis

der beweglichen Kulturgüter, Kopien auf Mikrofilm von Freiburger Zeitungen sowie die Digitalisierung alter Fotografien.

Der kantonale Verantwortliche, Mitarbeiter des Amtes, war beteiligt an der Publikation des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz «Kulturgüterschutz in der Schweiz. Bewahren – Sichern – Respektieren».

7. Kommissionen

Die Kulturgüterkommission ist zu 11 Sitzungen zusammengekommen.

Das Büro der Kulturgüterkommission hat 44 Sitzungen abgehalten.

Die Unterkommission für bewegliche Kulturgüter hat 2 Sitzungen abgehalten.

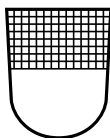
Die im Oktober 1996 vom Staatsrat eingesetzte Unterkommission für das Verzeichnis der zeitgenössischen Architektur hat 8 Sitzungen abgehalten. Weil das Verzeichnis in die Evaluationsphase eingetreten ist, die Anfang 2005 abgeschlossen sein wird, waren mehr Sitzungen als üblich erforderlich.

8. Führung mit Leistungsauftrag

Das Amt für Kulturgüter ist eine der vom Staatsrat bestimmten Piloteneinheiten für das Projekt «Führung mit Leistungsauftrag». Die am 1. Januar 2001 begonnene Versuchsphase ging am 31. Dezember 2004 zu Ende. Um den beteiligten Piloteneinheiten zu ermöglichen, weiterhin nach diesen Führungsprinzipien zu arbeiten, hat der Staatsrat vorgeschlagen, die Geltungsdauer des Dekrets vom 8. Februar 2000 bis zum Ende der Legislaturperiode, d.h. bis zum 31. Dezember 2006, zu verlängern. Damit wird es auch möglich sein, das bestehende Modell anzupassen und zu verbessern. Das Amt hat seinen Voranschlag 2005 gemäss Produktkatalog aufgestellt.

9. Analyse der Subventionspraxis

In Anwendung des Subventionsgesetzes (SubG) analysierte das Amt 2004 die Subventionen zum Schutz der Kulturgüter. Für diese Untersuchung wurden 108 Stunden (ca. 13 Arbeitstage) aufgewendet.



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2004

Sicherheits- und
Justizdirektion

Inhaltsverzeichnis

Direktion	5	V. Amt für Strafvollzug	23
1. Gesetzgebung	5	1. Personal	23
2. Instruktion von Beschwerden	5	2. Gesetzliche Grundlagen	23
3. Interkantonale Direktorenkonferenzen ..	6	3. Vollzug von Strafen und Massnahmen im Jahr 2004	23
I. Kantonspolizei	6	4. Begnadigungsgesuche	24
1. Personal	6	5. Strafregister	24
2. Tätigkeiten der Kantonspolizei	7	VI. Amt für Gefängnisse	25
3. Besondere Ereignisse im Jahre 2004 ...	8	1. Personal	25
4. Besondere Bereiche	9	2. Insassen	25
5. Logistik	10	3. Ernährung	26
II. Amt für Militär und Bevölkerungsschutz (MBSA)	12	4. Räumlichkeiten	26
A. Organisation des Amtes	12	5. Beschäftigung der Häftlinge	26
B. Militärverwaltung	12	6. Häftlingsfürsorge	26
C. Bevölkerungsschutz	15	VII. Amt für Justiz	27
D. Zivilschutz	16	A. Wahlkollegium	27
III. Amt für Bevölkerung und Migration	19	B. Advokatur	27
1. Personal	19	C. Notariat	27
2. Fremdenpolizei	19	D. Unentgeltliche Rechtspflege in Zivilsachen	27
3. Sektion für Asyl	19	E. Internationale Rechtshilfe	28
4. Sektion ausländische Arbeitskräfte	20	VIII. Amt für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge (ASVA)	29
5. Schweizerpässe und Identitätskarten ...	20	A. Personal	29
IV. Amt für Gewerbepolizei	21	B. Tätigkeit	29
1. Öffentliche Gaststätten	21	C. Statistik	29
2. Handel mit alkoholhaltigen Getränken ..	21	IX. Amt für Gesetzgebung (GeGA) ..	30
3. Lotterien und Kollekten	21	X. Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt	31
4. Kinokontrollen	21	XI. Kantonale Gebäudeversicherung	31
5. Sicherheitsunternehmen	21		
6. Spielapparate und Spielsalons	21		
7. Handelspatente	21		
8. Masse und Gewichte	22		

XII. Staatsanwaltschaft	31
1. Personal	31
2. Strafverfahren	32
XIII. Strafanstalten von Bellechasse ...	33
XIV. Kantonale Aufsichtsbehörde für den Datenschutz	33

Direktion

1. Gesetzgebung

A. Gesetze

Gesetz vom 10. Februar 2004 zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch für den Kanton Freiburg (Unterhaltungspflicht)

Gesetz vom 12. Februar 2004 zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch für den Kanton Freiburg (Eheschutzmassnahmen)

Gesetz vom 23. März 2004 über den Zivilschutz (ZSG)

Gesetz vom 12. Oktober 2004 zur Änderung des Gesetzes über die Besteuerung der Motorfahrzeuge und Anhänger

Gesetz vom 14. Oktober 2004 zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels

Gesetz vom 14. Dezember 2004 zur Änderung des Gesetzes über die Spielapparate und die Spielsalons

B. Verordnungen und Reglemente

Verordnung vom 7. Juni 2004 zur Änderung des Reglements betreffend die Pensionierung der Beamten der Kantonspolizei

Verordnung vom 23. Juni 2004 zur Änderung des Ausführungsbeschlusses zum Konkordat über die Sicherheitsunternehmen

Reglement vom 23. Juni 2004 über den Zivilschutz (ZSR)

Verordnung vom 29. Juni 2004 zur Änderung von verschiedenen Bestimmungen im Bereich der Feuerpolizei und der Schutzmassnahmen gegen Elementarschäden

Verordnung vom 6. Juli 2004 über die provisorische Änderung der Friedensgerichtsreise des Greyerzbezirks

Verordnung vom 11. Oktober 2004 zur Änderung der Verordnung über die Gebühren im Bereich der Fremdenpolizei

Verordnung vom 11. Oktober 2004 zur Änderung des Ausführungsbeschlusses zum Gesetz über die Besteuerung der Motorfahrzeuge und Anhänger

Verordnung vom 11. Oktober 2004 über die Gebühren für die Erteilung von Arbeitsbewilligungen an Ausländer

Tarif vom 3. November 2004 über die Beiträge für den Ersatz und den Einkauf von Schutzplätzen für 2005

Verordnung vom 9. November 2004 über die Umschreibung der Militärsektion Freiburg

Verordnung vom 21. Dezember 2004 über die Unterstellung des Schutzaufsichtsamts unter die Sicherheits- und Justizdirektion

Verordnung vom 21. Dezember 2004 über die Umschreibung der Militärsektion Tafers

Verordnung vom 21. Dezember 2004 über die verdeckte Ermittlung

Verordnung vom 21. Dezember 2004 zur Änderung der Verordnung betreffend die Feuerpolizei und den Schutz gegen Elementarschäden

2. Instruktion von Beschwerden

2.1 Die Direktion entscheidet in Fällen, für welche sie gemäss Gesetzgebung zuständig ist. Sie behandelt auch Beschwerden auf Grund des Art. 116 Abs. 1 VRG gegen von ihren Ämtern gefällte Entscheide, für die das Gesetz keine direkte Beschwerde beim Verwaltungsgericht vorsieht. Im Jahre 2004 sieht die Situation bei diesen Beschwerden wie folgt aus:

Eingereichte Beschwerden	27
davon	
gutgeheissen	3
abgewiesen	15
gegenstandslos wegen Rückzug oder Tod	6
unzulässig	1
noch hängig bei der SJD am 1. Januar 2005	2

Diese Beschwerden betreffen die folgenden Ämter: Kantonspolizei, Amt für Militär und Bevölkerungsschutz, Amt für Handelspolizei, Amt für Strafvollzug, Anstalten von Bellechasse. Gegen einen Beschwerdeentscheid der Direktion wurde beim Verwaltungsgericht rekuriert. Dieser Rekurs ist am 1. Januar 2005 noch hängig.

2.2 Die Direktion instruiert die Angelegenheiten, in denen der Staat für Handlungen seiner Amtsträger haftbar gemacht wird (Gesetz vom 16. September 1986 über die Haftung der Gemeinwesen und ihrer Amtsträger / Haftung gemäss Bundesrecht). Die Entscheide werden vom Staatsrat gefällt oder in gewissen Fällen von der Direktion (verjährte Gesuche, Gesuche um Entschädigungen von weniger als 3000 Franken).

Am 31. Dezember 2004 war bei der Direktion die Instruktion von 9 Fällen hängig (die Instruktion von sieben dieser Fälle ist seit 1997 noch immer suspendiert, weil Strafverfahren noch nicht abgeschlossen sind). Im Jahre 2004 sind 5 neue Beschwerden eingereicht worden. Davon sind 3 im gleichen Jahr erledigt worden (zwei durch einen Staatsratsentscheid und eine durch Entscheid der Direktion). Eine im Jahre 2002 eingereichte Beschwerde ist im Jahre 2004 durch einen Staatsratsentscheid erledigt worden.

3. Interkantonale Direktorenkonferenzen

A. Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)

- Die KKJPD wird von Herrn Regierungsrat Jörg Schild (BS) präsiert und hat drei Sitzungen abgehalten.
- Sie hat insbesondere die folgenden Fragen behandelt:
 - Umsetzung des revidierten Strafrechts: der Bund wurde ersucht, das Inkrafttreten nicht auf den 1. Januar 2006, sondern auf ein späteres Datum festzusetzen.
 - Ausbildungskonzept der Polizei: Das allgemeine Konzept, das eine Struktur mit Modulen und die Schaffung von regionalen Ausbildungszentren vorsieht, wurde angenommen.
 - Polizeiliche Zusammenarbeit: Die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen und dem Bund in ausserordentlichen Situationen wurde untersucht; des Weiteren wurden der Personalmangel bei den Polizeikörpern und die Rolle der Armee thematisiert.
 - Schweizerisches Ausbildungszentrum für das Strafvollzugspersonal: die KKJPD hat ein neues Finanzierungsmodell (Globalbudget) sowie eine Leistungsvereinbarung gutgeheissen; des Weiteren hat sie den neuen Bestimmungen über die Kaderausbildung zugestimmt.
 - Asyl: Die KKJPD hat mit den Bundesbehörden einen kritischen Dialog geführt über die Massnahmen des Bundes und deren Auswirkungen auf die Kantone, unter anderem was die Nichteintretentscheide betrifft.

B. Schweizerische Konferenz der kantonalen Militär- und Zivilschutzdirektorinnen und -direktoren (KMZD)

- Die KMZD wird von Herrn Regierungsrat Ernest Hasler (AG) präsiert und hat drei Sitzungen abgehalten.
- Die Sitzungen fanden im Beisein des Vorstehers des VBS sowie des Chefs der Armee statt. Dabei ging es in erster Linie darum, die kantonalen Direktorinnen und Direktoren über die Reform der Logistik in der Armee zu informieren. Dabei wurden insbesondere folgende Fragen behandelt:
 - Sitzung vom 14. Mai 2004: Grund der Reform, angestrebte Ziele (Verminderung der Standorte, Auswirkungen für das Personal);
 - Sitzung vom 3. September 2004: Ankündigung des ersten Massnahmenpakets des VBS und Vorstellung des Programms zur Umsetzung der Reform;
 - Sitzung vom 6. Dezember 2004: Vorstellung des Konzepts des VBS für die Verteilung der militärischen Infrastrukturen (Bezeichnung der verbleibenden Standorte); Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens.

- Gemäss den Vorschlägen, die das VBS an diesen drei Sitzungen vorgestellt hat, soll im Kanton Freiburg ein logistisches Zentrum (von insgesamt fünf für die ganze Schweiz) sowie ein Infrastrukturzentrum (von insgesamt sechs) entstehen. Das definitive Konzept wird nach der Anhörung der Kantone vom VBS festgelegt und im Juni 2005 der KMZD vorgestellt werden.

I. Kantonspolizei

1. Personal

1.1 Bestand am 31.12.2004

	Polizei-beamte	Polizei-aspiranten	Hilfspoli-zisten	Zivile Mitarbeiter	Lehrlinge	Total
Kommando und Stabsdienste	41	28	2	43	3	117
Gendarmerie	285	–	18	12	3	318
Kriminalpolizei	73	–	–	5	–	78
Total	399	28	20	60	6	513

1.2 Mutationen beim Personal

	Polizei-beamte	Polizei-aspiranten	Hilfspoli-zisten	Zivile Mitarbeiter	Total
Anstellungen	3	30	1	8	42
Versetzung in den Ruhestand	13	–	–	–	13
Kündigungen	6	2	–	1	9

1.3 Ausbildung und Weiterbildung

Im Jahr 2004 haben 27 Aspiranten die Polizeischule (PAS) mit Erfolg besucht, davon 20 Gendarmen (5 Frauen) und 7 Inspektoren (4 Frauen). Ihre Ausbildung dauerte 12 Monate, von Anfang Januar bis Ende Dezember 2004. Aus gesundheitlichen Gründen konnte ein Aspirant nicht an den Schlussexamen teilnehmen und konnte somit nicht vereidigt werden. Die PAS 2005 besteht aus 26 Aspiranten, davon 21 Gendarmen (4 Frauen) und 4 Inspektoren (1 Frau). Am Ende ihrer Ausbildung, im Dezember 2005, werden diese Aspiranten die Examen bestehen müssen, um den eidgenössischen Fachausweis als Polizist / Polizistin zu erhalten.

Neben der Betreuung der PAS hat sich das Ausbildungszentrum im Jahr 2004 hauptsächlich auf die Weiterbildung des Personals der Kantonspolizei konzentriert. Somit konnten die neu ernannten Kaderleute (20 Personen) einen 3-tägigen Funktionsübergabekurs besuchen, der ihnen erlaubt, ihre neue Funktion optimal auszuführen. Die Offiziere (20 Personen) haben während 3 Tagen eine spezifi-

sche Ausbildung zu folgenden Themen erhalten: Führung bei Katastrophen, die Rolle des Offiziers der Gerichtspolizei bei Polizeieinsätzen, Fragen der Gesetzesanwendung. Die Sektionschefs und Brigadechefs (50 Personen) wurden während 2 Tagen in Personalführung durch Zielsetzung und zu Gesetzesänderungen im Strassenverkehr geschult. Die Gruppenchefs und Stv-Gruppenchefs (48 Personen) haben während 2 Tagen einen spezifischen, ihrer Tätigkeit angepassten Kurs besucht. Zwei Wiederholungskurse wurden geschaffen, einerseits für die Beamten der Kriminalpolizei und andererseits für diejenigen der Gendarmerie.

Für alle Beamten der Kantonspolizei wurden drei Schiessübungen organisiert. 180 Beamte der Gendarmerie besuchten einen Kurs von 4 Stunden über persönliche Sicherheit (Hausdurchsuchung) und Benützung eines Digital-Fotoapparates. Ein ähnlicher Kurs wurde für die Beamten der Kriminalpolizei organisiert. Im Herbst konnten 160 Beamte der Gendarmerie, die mit einem Abwehrstock ausgerüstet sind, von einem Wiederholungskurs (1/2 Tag) profitieren. Das Inkrafttreten der neuen Verkehrsvorschriften erforderte für alle Beamten der Gendarmerie einen Kurs von 1/2 Tag.

Das Ausbildungszentrum hat auch mehrere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu externen Kursen angemeldet, die hauptsächlich vom Schweizerischen Polizeiinstitut (SPI) und vom Staat Freiburg durchgeführt wurden.

Verschiedene Kurse wurden auch für externe Partner organisiert (Beamte von Gemeindepolizeien, Mitarbeiter des Amtes für Zivilschutz und Wildhüter).

2. Tätigkeiten der Kantonspolizei

2.1 Behandelte Geschäfte

	2004	2003
Erstellte Polizei-Rapporte	19 176	18 894
durch die Gendarmerie	13 364	13 147
durch die Kriminalpolizei	5 812	5 747
Behandelte Ereignisse	47 914	31 953
Aufgenommene Strafklagen	10 964	10 444
Verwaltungsanträge	28 375	23 448
Eingegangene Telefonanrufe	133 432	136 212
davon Anrufe über eine Notfallnummer	78 812	71 430
Behandelte Alarmer	979	1 354
davon wegen Feuer	198	212
davon wegen Einbruch/Überfall	781	1 142
Transporte von Gefangenen und Beschuldigten	5 047	4 610
davon im Kanton	4 041	4 053
davon ausserkantonale	1 006	557
Identifikationen durch den Erkennungsdienst (KTD)	341	232
durch Fingerabdrücke	147	85
durch DNA-Profile	132	81
durch Schuhsohlenprofile	62	66
Relationen durch DNA-Profile	117	
interne	26	
mit anderen Kantonen	91	

2.2 Verhaftungen

	2004		2003		Total	
	CH	Ausl.	CH	Ausl.	2004	2003
Region Nord (See und Broye)	3	16	54	37	19	91
Region Zentrum (Saane und Sense)	43	85	141	283	128	424
Region Süd (Glane, Greyerz und Vivisbach)	23	41	71	87	64	158
Kriminalpolizei	42	137	48	104	179	152
Total	111	279	314	511	390	825

2.3 Strassenverkehr und Schifffahrt

Bezirke	Anzahl Unfälle		Anzahl Verletzte		Anzahl Tote	
	2004	2003	2004	2003	2004	2003
Saane	632	643	389	347	4	4
Sense	240	230	182	178	5	2
Greyerz	269	239	211	175	5	9
See	129	177	94	117	4	3
Glane	72	81	63	65	3	3
Broye	85	80	66	59	2	2
Vivisbach	77	81	59	64	2	5
Total	1 504	1 531	1 064	1 005	25	28

	2004	2003
Alkohol am Steuer	972	788
Fahrzeugführer an der Weiterfahrt gehindert	463	358
Geschwindigkeitskontrollen	2 623	2 577
Führerflucht nach Unfall	355	335
Ermittelte Lenker nach Führerflucht	71	88
Betrag der einkassierten Ordnungsbussen	Fr. 3 283 198	Fr. 3 270 199
Kontrollierte Transportunternehmen	59	106
Begleitung von Ausnahmetransporten	89	103
Schiffahrtsunfallmeldungen	1	0
Geleistete Hilfe an in Schwierigkeiten geratene Schwimmer und Schiffsführer	8	6
Einsatz der Tauchergruppe	10	11

2.4 Betäubungsmittel

	2004	2003
Verzeigte Personen	1 197	1 237
davon Frauen	185	144
davon Minderjährige	248	249
davon reine Händler	66	50
davon Händler-Konsumenten	116	138
Beschlagnahmte Betäubungsmittel		
Haschisch (in Gramm)	6 495,5	913,6
Heroin (in Gramm)	21 133,6	470,4
Kokain (in Gramm)	1 438	2 952
Pillen: Thaï, LSD, Ecstasy, Amphetamine	165	1 399
Todesfälle infolge Überdosis	7	4
Einbruchdiebstähle in Apotheken und Spitäler	18	13

Zu den Hanfkulturen ist Folgendes zu bemerken:

	2004	2003
Illegale Felder	33 (mit einer Gesamtfläche von 153 174 m ²)	63 (mit einer Gesamtfläche von 152 179 m ²)
davon im Saanebezirk	1	2
davon im Sensebezirk	14	27
davon im Glanebezirk	2	1
davon im Greyerzbezirk	0	3
davon im Seebezirk	9	14
davon im Broyebezirk	8	15
davon im Vivisbachbezirk	0	1
Beschlagnahmte Hanfmenge	116 kg	2 000 kg
Laufende Strafuntersuchungen	35	57

3. Besondere Ereignisse im Jahre 2004

3.1 Die wichtigsten Ereignisse

Januar	Anti-WEF-Demonstration in Freiburg Empfang zu Ehren von Herrn Joseph DEISS, Bundespräsident im Jahr 2004, in Freiburg
Februar	2-jährige Zwillinge von ihrem Vater aus dem Fenster geworfen in Marly
März	Kontrolle von Geschäften (Kioske), die porno- graphische Gegenstände verkaufen
Mai	Besuch des schweizerischen diplomatischen Korps in Freiburg, unter der Führung der Bun- desräte Joseph DEISS und Micheline CALMY- REY
Juni	Operation FALCON
Juli	Ausflug des Bundesrates <i>in corpore</i> im Kanton Freiburg
Oktober	Tötung eines 3-jährigen Kindes durch seinen Vater in einem Einkaufszentrum in Freiburg Finale des 60. Schweizerischen Polizeifern- schiessens in Düdingen, Marly und Plaffeien

Wie oben erwähnt, wurden während des Monats März 140 Geschäfte des Kantons kontrolliert, hauptsächlich Kioske, um festzustellen, ob die kantonalen Weisungen über den Verkauf und die Ausstellung von pornographischen Kassetten und Büchern mit brutalen Szenen respektiert werden. Nach Ablauf dieser Untersuchung wurden 11 nicht konforme Situationen der zuständigen Behörde gemeldet.

Ebenfalls zu erwähnen ist, dass die Kantonspolizei bei der Operation FALCON, dem 2. Teil einer gerichtlichen Untersuchung im Bereich der Pädophilie auf dem Internet, mitgearbeitet hat. Die Koordinierung durch die Bundespolizei und die Unterstützung der anderen Kantone erlaubten der Jugendbrigade der Kantonspolizei, 15 Personen anzuhalten. Umfangreiches Material wurde für Analysen beschlagnahmt, insbesondere 23 Personalcomputer, 8 tragbare Computer, 31 DVD, 692 CD-ROM, 352 Disketten und 427 VHS-Kassetten.

3.2 Ausserkantonale Einsätze

Die Kantonspolizei kam auf Gesuch des Bundes einmal ausserkantonale zum Einsatz: Vom 19. bis 25. Januar mit 49

Beamten am World Economic Forum (WEF) in Davos. Im Rahmen dieses Einsatzes wurden 3063 Arbeitsstunden geleistet, davon 1049 Überstunden. Ein Betrag von Fr. 162 302.– wurde vom Bund an die Kantonspolizei überwiesen, zusätzlich zu den Vergütungen von verschiedenen Auslagen (Material, Fahrzeuge, Reparaturen und anderes).

3.3 Präventionsaktionen

01.01. – 31.12. Gurten als Lebensretter
Kontrolle des gesamten kantonalen Netzes mit Verzeigung der Fahrzeugführer bei Nichttragen der Sicherheitsgurten

01.01. – 31.12. TECO
Verstärkter Einsatz gegen den Gebrauch von Mobiltelefonen am Steuer mit Verzeigung der Zuwiderhandelnden

15.08. Helm
Präventionsaktion mit Geschwindigkeitskontrolle der Motorradfahrer und Informationsstand mit Jacques CORNU, dem VSR und der REGA

16.08. – 10.09. Schulbeginn
Überwachung der Fussgängerstreifen, mit Geschwindigkeitskontrollen in der Nähe der Schulen oder der von den Schülern benutzten Wege

21.09. Zu Fuss in die Schule
Verstärkte Vorbeugung: Die Kinder ermutigen, zu Fuss in die Schule zu gehen

06.12. – 16.12. Beleuchtung
Kontrolle der Fahrzeugbeleuchtung und Anwendung von Nebellichtern

3.4 200-Jahr-Jubiläum der Gendarmerie

Das Jahr 2004 war ein besonderes Jahr für die Kantonspolizei. Sie konnte das 200-jährige Bestehen der Gendarmerie feiern. Mit verschiedenen Anlässen wurde dieses historische Ereignis begangen:

07.06. Schloss Petit Vivy
Vorstellung des Programms der Feierlichkeiten zum 200-Jahr-Jubiläum der Gendarmerie an die Presse

16.06. Freiburg
Radarkontrollen «wie anno dazumal»

19.06. IZG von Granges-Paccot
Tag der offenen Tür

30.06. Galmiz
Radarkontrollen «wie anno dazumal»

03.07. IZG von Domdidier
Tag der offenen Tür

15.09. Semsales, Mézières und La Roche
Radarkontrollen «wie anno dazumal»

18.09. IZG von Vaulruz
Tag der offenen Tür

17.12. Freiburg
Offizielle Zeremonie

Im Rahmen der offiziellen Zeremonie marschierten die Gendarmerie und die Polizeischule in einem Umzug durch die Stadt; dabei wurden sie vom Freiburger Grenadierkorps, dem «Cadre Noir et Blanc», der Landwehr und der Musik der Kantonspolizei begleitet. Am Gebäude des Rathausplatzes in Freiburg wurde vom Präsidenten des Staatsrates eine Gedenktafel eingeweiht.

Im Rahmen des 200-Jahr-Jubiläums der Gendarmerie war die Kantonspolizei vom 1. bis 10. Oktober 2004 geladener Gast an der Freiburger Messe und hat in diesem Rahmen verschiedene Vorführungen organisiert.

4. Besondere Bereiche

4.1 Fahrende

Der Einsatz der Kantonspolizei wurde 32-mal (25-mal im Jahre 2003) wegen Anwesenheit von Fahrenden verlangt. Diese verweilten insgesamt 115 Tage auf dem Gebiet des Kantons Freiburg. Weil ein geeignetes Gelände fehlt, das von den Fahrenden benutzt werden könnte, muss der Offizier der Gerichtspolizei jedes Mal mit den Betroffenen, den Gemeindebehörden, dem Oberamt und mit dem Besitzer des Geländes verhandeln, um den Aufenthaltsort der Fahrenden zu bestimmen.

4.2 Personenschutz

Die Interventionsgruppe der Kantonspolizei (GRIF) kam 24-mal (15-mal im Jahre 2003) für einen Personenschutz zum Einsatz. Sie versah 4 Sicherheitsdienste für Vertreter der Bundesbehörden und für ausländische Persönlichkeiten, die sich in der Schweiz auf Besuch aufhielten.

4.3 Ausweisungen ins Ausland

6-mal (5-mal im Jahre 2003) hat die Kantonspolizei aus der Schweiz ausgewiesene Ausländer in ihr Herkunftsland begleitet. Zu erwähnen ist auch, dass 4 Beamte eine spezifische Ausbildung für solche Ausweisungen am Schweizerischen Polizeiinstitut (SPI) besucht haben.

4.4 Polizeihunde	2004	2003
Anzahl Hunde	15	16
davon vielseitig einsetzbar	6	13
davon Personensuchhund	1	1
davon in der Dressur	4	2
Anzahl Einsätze	361	193
davon Verhaftungen und/oder Auffinden von gestohlenen Gegenständen	24	21
davon Beschlagnahmungen durch die Drogenspezialisten	100	39
davon Personensuche	38	26
davon Sicherheitsdurchsuchungen durch Sprengstoffspezialisten	4	7

Mit Hilfe der Drogenspürhunde konnten folgende Mengen an Betäubungsmitteln entdeckt werden:

Haschisch	6 761 g
Marihuana	7 226 g

Heroin	3 692 g
Hanf	–
Speed	–
Ecstasy	34 Pillen

Dank dem Einsatz von Drogenhunden konnten verschiedene Betäubungsmittel aufgespürt werden, insbesondere Kokain, Heroin, Haschisch, Marihuana und Ecstasy-Pillen.

4.5 Einheit «Zwischenmenschliche Beziehungen»

Im Jahre 2004 hat die Einheit «Zwischenmenschliche Beziehungen» 10-mal Opfer, Nahestehende von Opfern oder Zeugen von schwierigen Situationen, wie tödliche Unfälle oder Selbstmorde, unterstützt. Die Gruppe von 5 Beamten, die im Jahr 2003 in den Methoden Debriefing und Defusing ausgebildet wurden, musste 4-mal bei tragischen Todesfällen intervenieren.

Der Verantwortliche dieser Einheit hat die Tätigkeit in der nationalen Kampagne «Häusliche Gewalt», die im Jahre 2003 eingeleitet wurde, weitergeführt. Er wurde auch zum Co-Präsidenten der kantonalen Kommission «Häusliche Gewalt» ernannt.

Die Einheit «Zwischenmenschliche Beziehungen» wurde als koordinierendes Führungsorgan in die Abteilung «Psychologische Betreuung» der Katastrophenorganisation (ORKAF) integriert.

4.6 Verkehrserziehung	2004	2003
Verkehrsunterricht in Schulen und Institutionen	1 209	1 445
Ausbildung von Schülerpatrouilleuren	1 610	1 684
Ausbildung von Erwachsenenpatrouilleuren	385	317
Prüfungen: Erlangung des Führerausweises (Anzahl Personen)	1 331	1 626
Erziehungskurse für verzeigte Minderjährige (SVG-Widerhandlungen)	10	6

4.7 Waffen und Sprengstoffe

Seit dem 1. Januar 2004 ist die Kantonspolizei zuständige kantonale Behörde für Waffen und Sprengstoff (bisher beim Polizeidepartement).

Die Tätigkeit im Jahre 2004 war folgende:	2004	2003
Waffenerwerbserwilligungen	209	182
Ausnahmebewilligungen zum Kauf von Waffen	40	7
Sonderbewilligungen für die Jagd oder das Schiessen im Ausland	13	5
Bescheinigungen für die Verwendung von Sprengmitteln	3	3
Bewilligungen zum Verkauf von Feuerwerksartikeln	113	119
Erwerbsscheine für Sprengstoffe	15	14
Waffentragscheine	43	73
Abgewiesene Gesuche (Kauf und Tragen von Waffen)	0	2

4.8 Presse

Zusätzlich zu den laufenden Geschäften pflegte der Pressedienst den Kontakt mit den Vertretern der Medien bei folgenden besonderen Ereignissen:

Januar	Explosion in einem öffentlichen Lokal (Pizzeria) in Bulle
Februar	Einbruchwelle im Sensebezirk Rumänische Staatsangehörige, die in Freiburg minderwertigen Schmuck verkauften, werden angehalten Vater wirft Zwillinge aus dem Fenster in Marly
März	Tod eines 16-jährigen in Plasselb
Juni	Diebstahl eines wertvollen Pferdes im Seebezirk
August	Schlechtwetterwelle im Kanton
September	Operation FALCON
Oktober	Vater tötet sein 3-jähriges Kind in Freiburg

Der Pressedienst organisierte ebenfalls Pressekonferenzen und gab den Medien die Möglichkeit, an verschiedenen besonderen Anlässen teilzunehmen, vor allem in folgenden Fällen:

- 03.03. Jährliche Pressekonferenz der Kantonspolizei
- 09.03. Einladung zu einem Ausbildungstag der Kader der Kantonspolizei, geführt von Herrn Jean-Pierre EGGER
- 26.03. Vorstellung der «Bürgernahen Polizei» von Gross-Freiburg am Bahnhof Freiburg
- 07.04. Einladung zu einer Geschwindigkeitskontrolle im Rahmen des Weltgesundheitstages
- 28.06. Vorstellung der Diagnose zur lokalen Sicherheit, realisiert im Rahmen des Projektes «Bürgernahe Polizei»
- 02.07. Pressekonferenz im Zusammenhang mit der Operation GENESIS (Pädophilie auf dem Internet, 1. Teil)
- 01.09. Einladung zur Feier zu Ehren des «Ritters der Strasse 2003» in Granges-Paccot
- 20.11. Einladung an die «Corrida» in Bulle, bei der Zweiergruppen, bestehend aus je einem Polizeiaspiranten und einem behinderten Mitglied von Swiss Olympics, teilnahmen
- 26.11. Einladung zu einer Verkehrskontrolle mit Atem-Alkoholprobe 0,5 ‰ in Font
- 20.12. Vorstellung der einheitlichen Uniform der Westschweizer Polizeikorps (UNIMATOS) im Schloss Grandson

Zudem hat der Pressedienst bei der Organisation der 200-Jahr-Feier der Gendarmerie mitgearbeitet.

Und schliesslich ist der Pressedienst in die Zelle «Interkantonale Kommunikation», die für die Show Air.04 vom 3. bis 5. September 2004 in Payerne gebildet wurde, integriert worden.

5. Logistik

5.1 Informatik und Telekommunikation

Im Laufe des Jahres 2004 wurden folgende Schwerpunkte gesetzt:

- Migration der Informatik-Arbeitsplätze auf Windows XP;
- Einrichtung des Wireless-Systems (drahtlose Datenübermittlung) in den Einvernehmeräumen der Polizeigebäude in Freiburg, Granges-Paccot, Vaulruz und Domdidier;
- Entwicklung eines Konzepts für einen gemeinsamen Arbeitsplatz, der Zugriff zu spezifischen Programmen erlaubt;
- Einrichtung von Scannern;
- Verbesserung des Übermittlungs- und Suchmoduls der Anwendung Zephyr;
- Entwicklung spezifischer Module in der Anwendung Zephyr;
- Studie im Rahmen des Projekts Polycom;
- Vollständiges Inventar des Informatikparks.

5.2 Fahrzeuge

Der Fahrzeugpark der Kantonspolizei setzt sich wie folgt zusammen:

	2004	2003
Autos	164	160
Motorräder	16	23
Schiffe	5	5

5.3 Gebäudeverwaltung

Folgende Arbeiten wurden im Jahre 2004 durchgeführt:

- Interne Einrichtungen im Polizeigebäude am Liebfrauenplatz 2 in Freiburg;
- Studien und Planungen im Rahmen des Projekts des Polizeipostens in der Rue des Pilettes in Freiburg;
- Erstellung eines Zellentraktes im Polizeiposten in Bulle;
- Einrichtung einer Notstromgruppe für das Interventionszentrum der Gendarmerie in Granges-Paccot;
- Entwicklung eines Videosystems in den Interventionszentren von Vaulruz, Granges-Paccot und Domdidier;
- Anpassung der Zutrittskontrollsysteme in den Interventionszentren von Vaulruz, Granges-Paccot und Domdidier;
- Sanierung der Alarmsysteme in den Polizeigebäuden in Granges-Paccot.

Ausserdem war der Gebäudeverwalter an verschiedenen Vorhaben beteiligt, so namentlich an folgenden Projekten:

- Vorbereitung der Anlässe der 200-Jahr-Feier der Gendarmerie;
- WEF in Davos;
- Interkantonale Arbeitsgruppe UNIMATOS (einheitliche Uniform der Westschweizer Polizeikorps);
- Arbeitsgruppe des 60. Schweizerischen Polizeifernschliessens;
- Arbeitsgruppe zur Erstellung eines Gesamtkonzepts für die Fahrzeugverwahrungshalle.

5.4 Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung

Im Jahre 2004 wurden folgende Angelegenheiten erledigt:

- Elektronischer Gehörschutz für die Schiessleiter: Anschaffung von 10 Stück.
- Erstellen eines Konzepts für den Unterhalt und die regelmässige Kontrolle der Dienstwaffen;
- Umrüsten von 15 Maschinenpistolen HK MP5 mit der Zielvorrichtung AIMPOINT und Einzelfeuereinstellung;

- Umrüsten von 35 Maschinenpistolen HK MP5 auf Einzelfeuereinstellung;
- Ausstatten der Interventionsgruppe (GRIF) mit einem neuen Einsatzanzug.

Der für diesen Sektor Verantwortliche hat ausserdem an folgenden Projekten mitgewirkt:

- Interkantonale Arbeitsgruppe UNIMATOS (einheitliche Uniform der Westschweizer Polizeikorps);
- WEF in Davos;
- Umrüsten des Schiesskellers der Kantonspolizei in Granges-Paccot.

5.5 Buchhaltung

Für das Jahr 2004 erstellte die Buchhaltung, gestützt auf den Beschluss vom 22. Dezember 1987 über die Gebühren der Kantonspolizei, 16 371 Rechnungen (im Jahr 2003 13 848). Ein Umsatz von 3 503 080.80 Franken wurde realisiert (Fr. 3 566 904.45 im Jahr 2003).

II. Amt für Militär und Bevölkerungsschutz (MBSA)

A. Organisation des Amtes

Die vakante Stelle des Chefs Bevölkerungsschutz wurde wiederbesetzt. Philippe Knechtle hat seine Stelle am 1. Oktober 2004 angetreten.

Im Bereich Zivilschutz haben vier Mitarbeiter in den vorzeitigen Ruhestand treten können. Zwei Arbeitsstellen wurden nicht wiederbesetzt.

Ende des Jahres 2004 hat das MBSA neu 35 Mitarbeiter (+ 2 Lehrlinge). Dies entspricht 29,9 Vollzeitäquivalenten (+ 2 Lehrlinge).

B. Militärverwaltung

1. Spezielle Einsätze

Das MBSA hat sich voll für die Interessen des Kantons Freiburg bei der Reorganisation der Logistik der Armee eingesetzt. Die zahlreichen Rapporte die erstellt wurden um den Wert der Militärbetriebe im Kanton Freiburg hervorzuheben, und die häufigen Kontaktnahmen mit den höheren Instanzen der Armee haben dazu beigetragen, dass der Chef VBS dem Kanton Freiburg ein Logistikzentrum (von insgesamt fünf in der ganzen Schweiz) und ein Infrastrukturzentrum (von insgesamt sechs in der ganzen Schweiz) zugewiesen hat.

Die endgültige Bestätigung des Projektes «Standortmodell der Armee», die für Juni 2005 vorgesehen ist, sollte es dem Kanton Freiburg erlauben, die Folgen dieses starken Abbaus der Militärinfrastrukturen in der Schweiz in Grenzen zu halten.

2. Dienstbetrieb

2.1 Offiziersbeförderungen

Der Bundesrat oder das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport hat im freiburgischen Offizierskorps oder unter den im Kanton wohnhaften Offizieren, die in Bundestruppen eingeteilt sind, folgende 43 Beförderungen vorgenommen:

- 5 Oberste
- 24 Oberstleutnants
- 8 Majore
- 6 Hauptleute.

2.2 Ausbildungsdienst der Formationen

Seit dem 1. Januar 2004 ist die Militärverwaltung für die Behandlung der Dienstverschiebungsgesuche aller im Kanton wohnhaften Soldaten (ohne Offiziere und Unteroffiziere) zuständig.

Im Jahr 2004 haben 918 Gesuche zu 670 (73 % der Gesuche) Dienstverschiebungen geführt. 248 Gesuche (27 %) wurden abgelehnt.

Die folgenden Gründe haben zu Dienstverschiebungen geführt:

Studium	43,2 %
Berufliche Gründe	26,6 %
Berufliche Weiterbildung	8,9 %
Berufslehre	1,9 %
Medizinische Gründe	7,3 %
Auslandsurlaub	4,8 %
Gesuche für Zivildienst	0,2 %
Andere Gründe	7,1 %

2.3 Schiesswesen ausser Dienst

2.3.1 Mutationen im Bereich der kantonalen Schiesskommission

Sub-kommissionen	Rücktritte 31.12.2004	Ernennung 01.01.2005
3 FR Greyerz	Oberstlt Jean-Louis Ropraz (Pdt)	Hptm Cédric Menoud (Pdt)
6 FR Broye	Oblt Frédéric Jacquat	

2.3.2 Teilnahme an den eidgenössischen Übungen

	Gewehrschiessen 300 m		Pistolenschiessen	
	Oblig. Schiesspflicht Schützen	Eidg. Feldschiessen Schützen	Bundes-Programm Schützen	Eidg. Feldschiessen Schützen
2004	11 424	6 542	838	1 574
2003	14 222	6 894	846	1 611
2002	15 346	6 876	876	1 442

Total Jungschützen

2004	895
2003	924
2002	912

2.3.3 Dispensationen von der obligatorischen Schiesspflicht

2004	132
2003	126

2.4 Disziplinar- und Strafwesen

1801 (999 im Jahre 2003) Untersuchungen wurden wegen Versäumnis der Schiesspflicht eingeleitet. Sie führten zu 922 (704) Strafverfügungen.

8 (9) Beschwerden gegen diese Verfügungen wurden durch die Sicherheits- und Justizdirektion behandelt. Die 8 Beschwerden wurden abgewiesen.

9 französischsprachige und 3 deutschsprachige Stellungspflichtige wurden wegen einem ersten Versäumnis der Rekrutierung disziplinarisch bestraft.

1 französischsprachiger Stellungspflichtiger wurde nach dreimaligem Versäumnis der Rekrutierung an die Militärjustiz überwiesen und 29 (28) Personen wurden zur Ermittlung des Wohnortes im Schweizerischen Polizeianzeiger ausgeschrieben.

2.5 Rekrutierung

2.5.1 Orientierungstage

Im Jahr 2004 wurden von der Kreiskommandantin vierzig Orientierungstage auf dem Waffenplatz Freiburg durchgeführt. Eine erste Serie fand anfangs Jahr für die Stellungspflichtigen des Jahrganges 1985 statt, eine zweite im Herbst für die Stellungspflichtigen des Jahrganges 1986. Damit wurde der Normalrhythmus der Orientierungstage für die 18-Jährigen eingeführt.

Die Planung der Rekrutenschulen der französischsprachigen Stellungspflichtigen der Jahrgänge 1985 und 1986 wurde folgendermassen erstellt:

Stellungspflichtige des Jahrganges 1985 (918)

Jahr	Frühjahr	Sommer	Herbst
2004	1,96 %	6,97 %	4,70 %
2005	7,10 %	33,87 %	21,25 %
2006	0,43 %	17,10 %	1,75 %
2007	0,10 %	4,03 %	0,32 %
2008	0	0,32 %	0,10 %

Stellungspflichtige des Jahrganges 1986 (908)

Jahr	Frühjahr	Sommer	Herbst
2005	1,60 %	8,70 %	5,30 %
2006	8,40 %	28,40 %	30,60 %
2007	0 %	6,70 %	8,20 %
2008	0 %	1,60 %	0,50 %

Für die deutschsprachigen Stellungspflichtigen sieht die Planung wie folgt aus:

Stellungspflichtige des Jahrganges 1985 (345)

Jahr	Frühjahr	Sommer	Herbst
2004	1,73 %	6,10 %	4,05 %
2005	9,27 %	36,55 %	25,50 %
2006	0,30 %	13,04 %	0,86 %
2007	0 %	1,73 %	0,30 %
2008	0 %	0,57 %	0 %

Stellungspflichtige des Jahrganges 1986 (375)

Jahr	Frühjahr	Sommer	Herbst
2005	1,90 %	7,70 %	8,00 %
2006	8,00 %	30,10 %	28,80 %
2007	0,30 %	8,60 %	4,80 %
2008	0 %	1,30 %	0,50 %

2.5.2 Organisation der Rekrutierung

Im Jahr 2004 wurden anlässlich der Rekrutierung in den Rekrutierungszentren von Lausanne und Sumiswald BE folgende Entscheide gefällt:

	Lausanne	Sumiswald
Anzahl	509	205
Diensttaugliche	312 (61,3 %)	113 (55,1 %)
	davon 26 Durchdiener	davon 8 Durchdiener
SD-taugliche	106 (20,8 %)	51 (24,9 %)

	Lausanne	Sumiswald
SD-untaugliche	53 (10,4 %)	16 (7,8 %)
SD-untaugliche in abs	27 (5,3 %)	12 (5,9 %)
Zurückgestellt zur		
Nachrekrutierung	2 (0,4 %)	6 (2,9 %)
Zurückgestellt auf 1 Jahr	8 (1,6 %)	7 (3,4 %)
Zurückgestellt auf 2 Jahre	1 (0,2 %)	0 (0 %)

2.5.3 Waffenloser Militärdienst

8 Gesuche um waffenlosen Militärdienst wurden eingereicht. Davon wurden 1 angenommen und 2 abgelehnt. Fünf Fälle sind noch hängig.

2.6 Entlassungen aus der Wehrpflicht

3427 Angehörige der Armee der Jahrgänge 1965 bis 1968 wurden auf den 31. Dezember 2004 aus der Wehrpflicht entlassen. Die Entlassungsinspektionen wurden auf dem Waffenplatz Freiburg durchgeführt. Diese waren durch die Entlassungsfeierlichkeiten geprägt, die dieses Jahr zum letzten Mal durchgeführt wurden. Die Oberamtmänner hielten die offiziellen Ansprachen. Der Kanton übergab jedem aus der Wehrpflicht Entlassenen den Ehrensold und die Gemeinden kamen für einen ausgiebigen Aperitif auf.

8509 nichteingeteilte Angehörige der Armee (Dienstbefreite, Untaugliche, Ausgeschlossene usw.), welche in den Jahren 1965 bis 1974 geboren sind, wurden ebenfalls auf den 31. Dezember 2004 von ihren Militärflichtigen entlastet (Altersgrenze 30 Jahre).

Aufgrund der Verordnung vom 5. Dezember 2003 über die persönliche Ausrüstung der Armeeangehörigen (VPAA), welche die Hinderungsgründe zur unentgeltlichen Abgabe zu Eigentum der persönlichen Waffe im Sinne von Artikel 8 Abs. 2 des Waffengesetzes festsetzt, wurde von den Angehörigen der Armee, welche die persönliche Waffe (Sturmgewehr 57 oder Pistole) zu behalten wünschten, ein Auszug aus dem schweizerischen Strafregister (nicht älter als 3 Monate) verlangt. Ausserdem wurde für jeden Antragsteller eine polizeiliche Untersuchung bei der Kantonspolizei durchgeführt. Von den 3119 bewaffneten Angehörigen der Armee haben 958 (30,71 %) den Antrag gestellt, die Waffe als Eigentum zu behalten.

Die Staboffiziere des Jahrganges 1954, die Hauptleute des Jahrganges 1962 und die Subalternoffiziere der Jahrgänge 1964 bis 1968, im Gesamten 161 Offiziere, wurden anlässlich einer offiziellen Feier, die vom Sicherheits- und Justizdirektor präsiert wurde, aus der Wehrpflicht entlassen.

2.7 Wehrpflichtersatz

Im Jahr 2004 haben die Bruttoeinnahmen der Wehrpflichtersatzbeträge 6,8 Millionen Franken erreicht. Im Jahr 2003, einem Ausnahmejahr in der Geschichte des Wehrpflichtersatzes, bedingt durch die Einführung der jährlichen Steuerveranlagung, waren es 7,2 Millionen Franken. 12 991 Abgabepflichtige (eine Zunahme von 364 gegenüber dem Vorjahr) waren 2004 durch eine Veranlagung betroffen. Der Betrag der Ende 2004 hängigen Forderungen war um 67 000 Franken höher als im Jahr 2003. Trotzdem wurde insgesamt ein geringerer Betrag einkassiert.

Die Erklärung dafür ist eine wesentliche Zunahme der strittigen Fälle. In diesem Bereich nehmen die Anzahl der Stundungsentscheide sowie der Betreibungsverfahren ständig zu.

Kapitalleistungen aus Vorsorge (Säulen 2 und 3a) werden bei der Ermittlung des steuerbaren Einkommens ebenfalls berücksichtigt. 350 Dossiers wurden diesbezüglich bei der kantonalen Steuerverwaltung eingesehen und so wurden 4 Millionen Franken Kapital unter dieser Bezeichnung besteuert.

Das Büro für Wehrpflichtersatz unterliegt regelmässigen Kontrollen. Diese wurden im Frühling durch die Eidgenössische Steuerverwaltung und durch die kantonale Finanzverwaltung vorgenommen.

Ende Oktober wurde das Informatiksystem den gesetzlichen Änderungen angepasst, die sich ab dem Jahr 2005 auf die Veranlagung für das Jahr 2004 auswirken werden (Einführung des Ausgleichszinses wie bei der direkten Bundessteuer, neuer Ansatz, neue Anrechnung der abziehbaren ZS-Tage).

2.7.1 Bezug

	2004	2003
Ersatzabgaben von Ersatzpflichtigen in der Schweiz	6 834 822.20	7 230 981.10
Ersatzabgaben von Ersatzpflichtigen im Ausland	499.00	331.55
Bruttoertrag	6 835 321.20	7 231 312.65
Rückerstattungen (Dienstnachholungen)	91 098.70	118 746.95
Reinertrag	6 744 222.50	7 112 565.70
Anteil des Bundes (80 %)	5 395 378.00	5 690 052.55
Anteil des Kantons (20 %)	1 348 844.50	1 422 513.15

2.7.2 Statistiken

	2004	2003
Provisorische Veranlagungsverfügungen (Sämtliche Jahre)	8 527	10 646
Definitive Veranlagungsverfügungen (Sämtliche Jahre)	11 331	14 159
Durchschnittliche Ersatzabgabe	572.50	597.40

Ersatzpflichtige ohne Veranlagung (Ersatzjahr 2003)

Ersatzbefreiung Art. 4 WPEG	1 530	1 849
Im RIPOL ausgeschrieben	47	65

Arten der Ersatzpflicht (Ersatzjahr 2003)

Wegen Militärdienstversäumnis		
Ersatzpflichtige	895	759
Militärisch nicht eingeteilte		
Ersatzpflichtige	1 839	1 732
Im Zivilschutz eingeteilte		
Ersatzpflichtige	11 254	11 336
In einem Feuerwehrcorps eingeteilte		
Ersatzpflichtige	715	735
Wegen Versäumnis des Zivildienstes		
Ersatzpflichtige	32	38

Ersatzpflichtige mit Kapitalleistungen aus Vorsorge	225	118
Rückstände	1 859 144.50	1 345 344.00
Annullierte Ersatzabgaben	15 214.15	9 164.15
Erlassene Ersatzabgaben	26 553.20	54 998.00
Verjährte Ersatzabgaben	0.00	0.00
Betrag der Verlustscheine	46 857.15	74 444.45
Rückerstattungsentscheide (Dienstnachholungen)	275	319
Rückzahlungsentscheide (Revisionen, Überschüsse)	2 244	908
Auslandurlaube - Prüfung der Ersatzpflicht	86	81
Ratenzahlungsentscheide (sämtliche Jahre)	1 085	946
Nicht eingehaltene, annullierte Ratenzahlungsentscheide	282	244
Erlassentscheide	113	211
Einsprachen	518	686
Beschwerden an das Verwaltungsgericht	2	3
Mahnungen	3 859	3 659
Verwarnungen	1 038	938
Letzte Mahnungen vor		
Betreibungsbegehren	606	742
Betreibungsbegehren (sämtliche Jahre)	760	384
Anzeigen wegen Verfügung über mit Beschlagnahmte Vermögen	8	9
belegte Vermögenswerte		
Gesuche um Aufhebung des Rechtsvorschlages	8	6
Fortsetzungsbegehren	330	132
Verwertungsbegehren	0	0
Eingaben beim Konkursamt	19	9
Vorschuss von Betreibungskosten	35 270.90	21 139.30

3. Verwaltung der Militärgebäude

3.1 Allgemeine Verwaltung

Die Verwaltung der Militärgebäude betreut das Lager Schwarzsee und besorgt den Unterhalt der Gebäude in Freiburg (Zeughaus und Kaserne La Poya). Sie kümmert sich ebenfalls um die administrativen Belange des kantonalen Personals der Zeughäuser und Waffenplätze Region Freiburg/Broye.

Die neue Konvention zwischen Bund und Kanton schreibt vor, dass der Bund die gesamten Lohnkosten (inklusive Sozialabgaben) des Personals mit kantonalem Status zu tragen hat. Der Bund trug vorher nur 92,67 % der Lohnkosten (inklusive Sozialabgaben) dieses Personals.

3.2 Anfertigung von Armeematerial/Heimarbeiten

Die Verwaltung der Militärgebäude liess ihren Teil an neuen Effekten herstellen und lieferte diese dem Bund ab, d.h.:

3 000 Kleidertaschen	
300 Mannsputzzeugtaschen, leer	
1 700 Futterale zu Fettbürsten	
3 400 Fettbürsten	

Folgende Beträge wurden für die Heimarbeit ausbezahlt:

Art der Arbeit	Personen/ Betriebe	Fr. 2003	Fr. 2004
Anfertigung von Sattlerartikeln	6 Sattler	144 089.45	109 235.80

Die Kleiderkonfektion und die entsprechenden Bestellungen des Bundes sind zurzeit immer noch stillgelegt.

3.3 Zeughaus

Gebäudeunterhalt

Die grosse Werkstatt der Waffenmechaniker wurde renoviert (Anstrich, Heizinstallation, elektrische Installation) und 3 Garagetore wurden ausgetauscht.

Das neue Büro des Chefs Bevölkerungsschutz wurde renoviert.

3.4 Kaserne La Poya

Gebäudeunterhalt

Um grössere Pannen während dem Winter zu vermeiden, waren wichtige Sanierungsarbeiten an der Heizung im Gebäude 3 vorzunehmen. Der Heizungsverteiler wurde ausgetauscht und ein elektrisches Schaltbrett mit digitaler Steuerung für die Bedienung der Heizelemente installiert.

Die Reparaturarbeiten an den Vordächern der Einstellhallen und der Garage haben begonnen. Die Arbeiten an der Halle 2 und der Garage sind beendet, die 2. Etappe (Halle 1) wird im Laufe des Jahres 2005 durchgeführt.

Die Wohnung (4 Zimmer, Badezimmer, WC) im 2. Stock des Wohnhauses der Kaserniers wurde renoviert und wird seit dem 1. März 2004 an die Zeitsoldaten der Ns/Rs Rekrutenschule 45 vermietet.

4. Lager Schwarzsee

4.1 Bestand

Der Personalbestand beträgt 1 Vollzeit-Angestellter und 3 Teilzeitbeschäftigte. Dies entspricht 2 Vollzeitäquivalenten.

4.2 Gebäudeunterhalt

Die Sanierung der Küchen wurde weitergeführt. Im Gebäude A musste dringend die Hauptabwasserleitung der Küchen ersetzt werden.

Ein Teil der Isolationen der Warmwasser- und Heizungsrohre in den Gebäuden A und B wurden ersetzt.

Am Wohnhaus des Lagerwartes wurden die Aussenwand und das Dach isoliert. Alle Fenster und die Fensterläden wurden ersetzt. Damit sind die Renovationsarbeiten dieses Hauses abgeschlossen.

4.3 Unterhalt Mobiliar

Die Stühle in den Essräumen stammen aus den 70er-Jahren. Der Austausch ist in 3 Etappen geplant. In der ersten Etappe im Jahr 2004 wurden 150 neue Stühle angeschafft.

4.4 Internet

Eine Internetseite zum Lager Schwarzsee ist unter www.ferienheime.ch zu finden. Diese Internetseite wird durch die Verwaltung der Militärgebäude in Zusammenarbeit mit dem Verband der Freiburger Ferienheime und Gruppenunterkünfte betreut.

4.5 Belegungstage

2003	2004
62 609	54 882

Von den 54 882 Tagen wurden 34 794 zivile Tage durch die belgischen Ferienlager, 7347 durch Schulen, Sportvereine, verschiedene kulturelle Zusammenkünfte und private Treffen belegt. Die militärischen Belegungen ergaben 12 741 Tage. Dies ist ein Rückgang von 8338 Belegungstagen gegenüber dem Vorjahr, der jedoch durch die Einführung von Armee XXI bedingt ist. Die militärische Belegung sollte im nächsten Jahr ungefähr zum Niveau des Jahres 2003 zurückfinden.

4.6 Jubiläum

Die belgischen Ferienlager Intersoc, unser wichtigster ziviler Mieter, haben 2004 ein Jubiläum gefeiert. Sie weilen seit 45 Jahren jeden Sommer im Lager Schwarzsee.

C. Bevölkerungsschutz

1. Administrative Tätigkeiten und Vorbereitungen für den Katastrophenfall (ORKAF)

Im Berichtsjahr wurden die folgenden Tätigkeiten durch den Bevölkerungsschutz durchgeführt:

- die Überarbeitung des ORKAF-Plans, der neu nun auch ein Einsatzkonzept für weniger schwere Fälle enthält;
- die Verwaltung der Führungsanlage, die der Regierung und dem kantonalen Führungsorgan für die Bewältigung ausserordentlicher Ereignisse zur Verfügung steht;
- die Studie zur Ersetzung des aktuellen Systems zur Mobilisierung der ORKAF- Führungs- und Einsatzformationen (vorgesehene Ersetzung: Frühling 2005);
- die administrative Verwaltung des in den ORKAF-Führungs- und Einsatzorganen eingeteilten Personals;
- die Einführung eines «Passierschein»-Konzeptes für die in den Kommandoposten und auf dem Schadenplatz tätigen ORKAF-Mitglieder;
- die Teilnahme an Arbeiten von verschiedenen Kommissionen und Studiengruppen, insbesondere:
 - Kommission des ORKAF-Planes
 - Kommission zur Planung des Funksicherheitsnetzes Polycom
 - Kommission zur Beherbergung von Asylbewerbern in Notlagen
 - Finanzüberwachungs- und Verwaltungskommission der sanitären Notrufzentrale 144

- Studiengruppe zur sanitären Notintervention
- Verwaltungsgruppe der psychologischen ORKAF-Empfangszelle
- die Definition einer Vorstudie zum zukünftigen Bevölkerungsschutzkonzept, das zur Vorbereitung des kantonalen Bevölkerungsschutzgesetzes dienen soll.

2. Analyse der Katastrophenrisiken im Kanton Freiburg

Eine kantonale Arbeitsgruppe wurde beauftragt, eine Analyse der Katastrophenrisiken für den Kanton Freiburg zu erstellen. Diese Arbeitsgruppe konnte sich auf die Mitarbeit eines eigens dafür angestellten Projektleiters sowie auf eine Projektbegleitung durch eine spezialisierte Firma stützen. Das Resultat dieser Analyse wird als Grundlage zur Erstellung des zukünftigen Bevölkerungsschutzkonzeptes dienen.

3. ORKAF-Übungen

Die kantonalen Verantwortlichen der Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes (Polizei, Feuerwehr, Sanität, Zivilschutz und technische Dienste) haben an einem Ausbildungstag teilgenommen, der für die Mitglieder des kantonalen territorialen Verbindungsstabes organisiert wurde. Diesem Ausbildungstag wird im Oktober 2005 eine zivil-militärische Stabsübung folgen mit dem Ziel, die Zusammenarbeit in ausserordentlichen Lagen zu üben.

Eine CIMI genannte Übung wurde am 11. August 2004 im Ausbildungszentrum von Sugiez organisiert. Diese Übung wurde mit dem Ziel realisiert, die kantonale Führungsorganisation auf einen allfälligen Einsatz während des Flugmeetings Air.04 in Payerne vorzubereiten. Der Führungskommandoposten der Kantonspolizei, der Feuerwehrstützpunkt Murten, die sanitäre Einsatzgruppe sowie die psychologische Empfangsgruppe wurden im Rahmen dieser CIMI-Übung aufgeboten.

4. Echteinsätze

Die ORKAF hat für das Flugmeeting Air.04 von Payerne eine Führungszelle aufgeboten. Die psychologischen Unterstützungs- und sanitären Formationen wurden bei diesem Anlass auf Pikett gestellt. Die Spitäler und die Sanitätsnotrufzentrale 144 wurden über die mit dem Flugmeeting verbundenen Risiken informiert. Dank dem guten Ablauf des Meetings kam die ORKAF nicht zum Einsatz.

Gewisse Einsatzformationen (Lawinen- und Seerettungsstationen) wurden mit dem ORKAF-Mobilisationssystem für Einsätze infolge von Unfällen alarmiert.

D. Zivilschutz

1. Allgemeines

Im Zentrum der Tätigkeiten des Sektors Zivilschutz des MBSV stand das neue kantonale Gesetz über den Zivilschutz, das am 23. März 2004 vom Grossen Rat verabschiedet und rückwirkend auf den 1.1.2004 in Kraft gesetzt

wurde. Der Sektor Zivilschutz hat aktiv an der Erarbeitung des Ausführungsreglements teilgenommen, das am 23. Juni 2004 vom Staatsrat verabschiedet wurde.

Im Rahmen der Umsetzung der neuen Gesetzesbestimmungen wurden die Grunddaten der Zivilschutzpflichtigen von den Gemeinden übernommen und in das neue, vom Staat bei der Firma OM erworbene Informatiksystem integriert. Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen, um die Strukturen des Zivilschutzes den neuen Rahmenbedingungen anzupassen. Der Zivilschutz ist neu in drei Regionen aufgeteilt: Region NORD (Bezirke See und Broye), MITTE (Bezirke Saane und Sense) und SÜD (Bezirke Greyerz, Glâne und Vivisbach). Die bisherigen 42 Zivilschutzorganisationen (ZSO) wurden beibehalten und in die neue Organisation überführt. Sie sind zukünftig unter der Bezeichnung lokales Zivilschutzkorps tätig, und ihr Hauptauftrag besteht darin, Kontrolle und Wartung der Schutzbauten der Gemeinden sicherzustellen.

Das im Jahre 2004 bei der Firma OM erworbene Informatikprogramm ist in Betrieb. Nebst der Mannschafts- und Kursverwaltung ermöglicht es mit dem integrierten Modul Material ebenfalls eine effizientere Planung und Kontrolle des Anlage- und Materialunterhalts. Die Schnittstelle mit der Applikation der kantonalen Steuerverwaltung ermöglicht eine automatisierte Adressenverwaltung sämtlicher im Kanton Freiburg wohnhaften Zivilschutzpflichtigen. Dadurch wird der diesbezügliche administrative Aufwand wesentlich reduziert.

Die neue Finanzordnung sieht eine paritätische Kostentragung zwischen den Gemeinden und dem Kanton vor. Sie wurde von den Gemeinden positiv aufgenommen, und die erste Abrechnung wurde ihnen im August 2004 zugestellt. Ausserdem wurde den Gemeinden Mitte Juli eine detaillierte Information über die Auswirkungen der Neuorganisation des Zivilschutzes in den Bereichen der Verwaltung, der Ernennung des Kommandanten und des Kaderns des lokalen Zivilschutzkorps, der Zivilschutzkommission und der praktischen Arbeiten zu Gunsten der Allgemeinheit gegeben. Zwecks Erstellung des Voranschlages hat der Sektor Zivilschutz den Gemeinden die nötigen Angaben über ihre Beteiligung an den Zivilschutzkosten für das Jahr 2005 geliefert.

Der Sektor Zivilschutz wurde ausserdem beauftragt, im Rahmen des Projektes «Fri Info», die Internetseite des MBSA neu zu gestalten.

2. Grund-, Kader- und Spezialistenausbildung

Im Ausbildungszentrum Sugiez haben die neuen, zweiwöchigen Grundausbildungsschulen im Januar 2004 begonnen. 8 dieser Schulen wurden im Jahre 2004 durchgeführt. Die Ausbildungsprogramme wurden vom Instruktorsteam des Ausbildungszentrums Sugiez erarbeitet und haben auf Anhieb sehr gute Resultate erzielt. Die Auswertung der Rückmeldungen der jungen Kursteilnehmer hat eine hohe Zufriedenheitsquote erkennen lassen.

Grundausbildungsschulen im Jahre 2004

Schule Nr.	Ausgebildete Funktion	Teilnehmer (Rekruten)	TOTAL
04 – 301	Betreuer (f)	17	59
04 – 302	Betreuer (f)	18	
04 – 303	Betreuer (d)	24	
04 – 304	Pionier (f)	16	65
04 – 305	Pionier (f)	30	
04 – 306	Pionier (d)	19	32
04 – 307	Stabsassistent (f+d)	17	
04 – 308	Stabsassistent (f)	15	
Insgesamt ausgebildete Zivilschutzpflichtige			156

Auslastung des Zivilschutzzentrums von Sugiez

Schulen	2 343
Regionalkommissionen	42
Schweizerisches Polizei-Institut	780
Verschiedene	20
Total	3 185 Tage (2003: 3 462)

Interkantonale Ausbildung der Kaderleute und Spezialisten

Parallel zur ihrer Ausbildungstätigkeit im Rahmen der Grundausbildungsschulen haben die Instruktoressen die Ausbildungsprogramme der Spezialisten- und Kaderschulen erarbeitet. Arbeitsgruppen, bestehend aus Instruktoressen aus den Westschweizer Kantonen, haben die verschiedenen Ausbildungsunterlagen ausgearbeitet. Eine Vereinbarung zwischen den betroffenen Kantonen wurde erstellt und die ersten, nach dem neuen Verfahren durchgeführten Spezialisten- und Kaderschulen werden im Jahre 2005 stattfinden.

3. Sektor Operationen*3.1 Rekrutierung*

Die zentral in Lausanne (auf Französisch) und Sumiswald (auf Deutsch) durchgeführten Rekrutierungen zeigten im vergangenen Jahr gute Resultate.

Ergebnisse der Rekrutierung

Lausanne (FR f)			
Stabsassistent	26		
Betreuer	75		
Pionier	93	Total Rekrutierte	Kontingent
Total	194	331	196
Wovon NIAX	48		
Sumiswald (FR d)			
Stabsassistent	35		
Betreuer	44		
Pionier	58		
Total	137		
Wovon NIAX	41		

3.2 Wiederholungskurse

Trotz der sich im Aufbau befindenden Neuorganisation des Zivilschutzes wurden im Verlaufe des Jahres 2004 insgesamt 233 Wiederholungskurse durchgeführt. Hauptsäch-

lich betroffen waren die Bereiche Anlageunterhalt und praktische Arbeiten zu Gunsten der Gemeinschaft. Die geleisteten Manntage teilen sich folgendermassen auf:

Art des Kurses	Manntage
Ausbildung	2 498
Besondere Dienste (z. B. Anlageunterhalt)	1 194
Praktische Arbeiten zu Gunsten der Gemeinschaft	820
Diverse (z. B. Übergang zu Zivilschutz XXI)	577
Total	5 089

Im Rahmen des Wiederholungskurses für den Übergang zu Zivilschutz XXI wird den aktiven Zivilschutzpflichtigen eine persönliche Ausrüstung abgegeben. Damit soll die Reaktionszeit der Zivilschutzeinheiten bei Einsätzen verkürzt werden.

3.3 Dispenswesen

Die Behandlung der Dispensgesuche von Angehörigen des Zivilschutzes erfolgt wie beim Militär. Die Entscheidkompetenz liegt beim Chef des Sektors Zivilschutz, während Rekurse vom juristischen Berater der SJD behandelt werden. Dispensgesuchen wird nur bei zwingenden Gründen stattgegeben. Die Statistik des Dispenswesens sämtlicher Kurse zeigt, dass von 2080 Aufgebotenen insgesamt 251 dispensiert wurden. Deren 5 wurden medizinisch aus der Dienstleistung entlassen.

3.4 Disziplinar-massnahmen

Insgesamt 22 Personen, welche gegen die Dienstvorschriften verstossen haben, bekamen im Verlauf des Jahres die Möglichkeit zum rechtlichen Gehör. Eine Person wurde daraufhin verwarnet, 12 wurden durch einen Richter strafrechtlich verurteilt. Gegen 9 ist das Strafverfahren noch hängig.

4. Material*Persönliche Ausrüstung*

Es wurden zusätzlich 250 Zivilschutzhosen 2000, 100 Mützen und 350 Einsatzhosen für Pioniere im Gesamtwert von 16 500 Franken erworben.

Abgegebenes, vom Bund mit 70 % und vom Kanton mit 13,5 % subventioniertes Material

Saldo der Ausrüstung der geschützten Spitalanlage Riaz mit einem Gesamtwert von 150 966 Franken. Der Kantonsanteil belief sich auf 20 380 Franken.

Kontrollen und Inspektionen

Folgende Zivilschutzorganisationen wurden einer Kontrolle unterzogen: Givisiez, Bulle-Riaz, Intyamon, La Molière, Haute-Vevyese. Düdingen, Murten und Gireste. Es konnte festgestellt werden, dass das Material dieser Zivilschutzorganisationen fachgerecht gelagert und unterhalten wurde und dass es somit einsatzbereit ist.

Unterhalt der Anlagen und des Materials

Aufgrund ihrer Arbeitsrapporte wurde einzelnen Zivilschutzorganisationen die Bewilligung erteilt, bestimmte

Aufwendungen im Bereich des Unterhalts der Anlagen und des Materials mit Ersatzbeiträgen zu bezahlen. Diesbezügliche Aufwendungen: 169 444 Franken.

Periodische Kontrolle der Anlagen

Die Anlagen der folgenden Zivilschutzorganisationen wurden einer Kontrolle unterzogen:

Fribourg, Vully, Bulle, Romont, Villars-sur-Glâne, Châtel-Saint-Denis, Bösinggen, Kerzers, Giffers sowie die geschützte Spitalanlage von Billens.

Alle kontrollierten Anlagen entsprechen den einschlägigen Vorschriften. Die festgestellten Mängel haben auf den Bereitstellungsgrad der Anlagen keinen Einfluss.

Sirenen

Die Abonnementskosten für die Fernsteuerungen der Sirenen SFI-457 beliefen sich auf 32 005 Franken, wovon 45 %, d.h. 17 704 Franken, zu Lasten des Kantons gehen. Anlässlich des jährlichen Tests des Sirenenalarms im Februar haben 10 Sirenen Mängel aufgezeigt. Diese wurden alle in bestmöglicher Frist behoben.

5. Bauten

5.1 Private Schutzräume

Angemeldete Schutzräume 2004:	
93, entsprechend	4 722 Schutzplätzen
davon gemeinsame private Schutzräume: 46, entsprechend	2 468 Schutzplätzen
Anzahl erledigte Dossiers von Schutzräumen 2004:	
104, entsprechend	4 223 Schutzplätzen
davon 58 gemeinsame private Schutzräume entsprechend	2 461 Schutzplätzen
Ausstehende Abrechnungen oder Schlussabnahmen:	210
Eingekaufte Schutzplätze für den Bau von gemeinsamen privaten Schutzräumen:	2 747
Ersatzbeiträge für den Bau von öffentlichen Schutzräumen:	910

5.2 Öffentliche Schutzräume

- Genehmigte Projekte 2004: 0,
Abgeschlossene Projekte 2004: 2, entsprechend 300 Schutzplätzen
- 2004 abgeschlossen und bezahlt:
Le Mouret (Oberried), Billens-Hennens
- Im Bau:
Attalens II, Attalens III, La Brillaz (Lentigny), Ecuvilens, Le Glèbe, Massonnens, Misery-Courtion, Saint-Aubin, Semsales, Villaz-Saint-Pierre
- Vorprojekte und Projekte in Planung oder Genehmigung:
Alterswil, Chénens, Corpataux-Magnedens, Corserey, Fétigny, Granges, Les Montets BR, Rossens, Sâles, Vuisternens-devant-Romont

Ausbezahlte Beträge:

- Bund 503 292 Franken
- Kanton 90 478 Franken.

5.3 Bauten der Schutzorganisationen und des Sanitätsdienstes:

Abgerechnete Anlagen 2004:

- La Tour-de-Trême: Bereitstellungsanlage
- Le Mouret (Oberried): Blockleitung

Anlagen im Bau:

- Attalens: Ortsleitung
- Massonnens: Ortsleitung
- Saint-Aubin: Ortsleitung
- Villaz-Saint-Pierre: Kommandoposten III, Bereitstellungsanlage III

Anlagen in Planung:

- Avry: Kommandoposten III, Bereitstellungsanlage III
- Chénens: Ortsleitung
- Corpataux-Magnedens: Ortsleitung
- Corserey: Ortsleitung
- Granges: Kommandoposten III, Bereitstellungsanlage III
- Sâles: Ortsleitung
- Vuisternens-devant-Romont: Kommandoposten III, Bereitstellungsanlage III

Ausbezahlte Beträge:

- Bund 576 835 Franken
- Kanton 72 700 Franken

III. Amt für Bevölkerung und Migration

1. Personal

Der Bestand des ständigen Personals blieb unverändert. Hingegen mussten einige Abteilungen verstärkt werden, was zum Teil mit Hilfe von internen Transfers geschehen konnte. Durch die stete Zunahme der Anzahl Ausländer sowie die starke Nachfrage nach neuen Schweizerpässen nahm die Arbeitslast aber weiterhin zu, so dass der Beizug von temporärem Personal erforderlich wurde.

2. Fremdenpolizei

Im Jahre 2004 nahm die ständige ausländische Wohnbevölkerung erneut um 3,4 % zu. Bei den Angehörigen von EU- und EFTA-Staaten betrug die Zunahme gar 5,3 %. Damit hat sich das Abkommen über den freien Personenverkehr trotz der Beibehaltung der Kontingente für die Bewilligungen in erheblichem Masse ausgewirkt.

2.1 Neue Jahresbewilligungen

Es wurden 2496 (2831) neue Jahresaufenthaltsbewilligungen ausgestellt.

2.2 Kurzaufenthalterbewilligungen

Das Amt hat 2933 (3253) Kurzaufenthalterbewilligungen mit oder ohne Arbeitsaufnahme (Studenten) ausgestellt.

2.3 Niederlassungsbewilligungen

Es wurden 2101 (2293) neue Niederlassungsbewilligungen ausgestellt.

2.4 Erneuerungen von Jahresaufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen

Das Amt hat 16 446 (15 647) Jahresaufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen erneuert.

2.5 Zusammenfassung der erteilten Bewilligungen

	2003	2004
Jahresaufenthaltsbewilligungen (Ausweis B)	2 831	2 496
Niederlassungsbewilligungen (Ausweis C)	2 293	2 101
Kurzaufenthalterbewilligungen (Ausweis L)	3 253	2 933
Erneuerungen von B- und C-Bewilligungen	15 647	16 446
Total	24 024	23 976

2.6 Bestand der am 31. Dezember 2004 im Kanton anwesenden Ausländer (ohne Asylbewerber und vorläufig aufgenommene Personen)

	2003	2004
Ausweis für Kurzaufenthalter	749	1 241
Ausweis B	11 146	11 440
Ausweis C	24 993	25 477
Total	36 888	38 158

2.7 Administrativmassnahmen

	2003	2004
Namentliche Gesuche für die Zusicherung der Aufenthalts- und Einreisebewilligung, die vom Amt abgewiesen wurden	26	55
Ausschaffungsverfügungen	70	105
Verweigerung oder Widerruf von Aufenthaltsbewilligungen	47	128
Androhung der Ausweisung	3	7
Ausweisungsverfügungen gemäss Art. 10 ANAG	3	4
Ausschaffungshaft (ausgesprochene Verfügungen)	145	172
Ausschaffungshaft (vollzogene Verfügungen)	58	87
Gebietszuweisungen	48	17
Abgewiesene Gesuche um Härtefallbewilligungen (Art. 13 f BVO)	38	31
Eingereichte Beschwerden gegen Administrativmassnahmen	72	101
Vom Verwaltungsgericht gutgeheissene Beschwerden	4	1
Teilweise gutgeheissene Beschwerden	–	2
Gutgeheissene Beschwerden mit Rückweisung	–	1
Vom Verwaltungsgericht eingestellte Verfahren	4	7
Beim Verwaltungsgericht noch hängige Beschwerden	14	29
Vom Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung auf Antrag des Kantons verfügte Einreisesperren	205	238

2.8 Zustimmungen für Erwerbstätigkeit

In 283 (285) Fällen wurde Ausländern, die in einem anderen Kanton wohnen, die Genehmigung für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit im Kanton Freiburg erteilt.

2.9 Rückreisevisa

Im Jahre 2004 wurden 172 (178) Rückreisevisa für die Schweiz an ausländische Staatsbürger ausgehändigt.

3. Sektion für Asyl

Die Anzahl der neu dem Kanton zugewiesenen Asylbewerber ist im Jahre 2004 um 35 % zurückgegangen. Diese starke Abnahme erfolgte zeitgleich mit der Einführung der

seit dem 1. April 2004 geltenden, neuen Bestimmungen des Bundes, wonach abgewiesene Asylbewerber, auf deren Gesuch nicht eingetreten wurde, von den Fürsorgeleistungen ausgeschlossen werden. Diese Kategorie ging von 191 Personen im April auf 58 im Dezember zurück. Da der Vollzug der Ausweisungen in bestimmte Staaten mit Schwierigkeiten verbunden ist, ging jedoch der Gesamtbestand von Asylbewerbern und vorläufig aufgenommenen Personen lediglich um 14,4 % zurück. Am Ende des Jahres weilten noch über 360 Personen, gegen welche eine Ausweisungsverfügung erlassen wurde, aber noch nicht vollzogen werden konnte, im Kanton.

3.1 Tätigkeiten im Asylbereich:

	2003	2004
Personen, die in eine Empfangsstelle geschickt wurden	37	24
Asylbewerber, die gemäss eidgenössischem Verteilschlüssel dem Kanton Freiburg zugewiesen wurden	689	445
Vom Amt durchgeführte Befragungen	441	201
Asylbewerber, die aufgrund eines schwerwiegenden persönlichen Härtefalls (Art. 13 f BVO) eine Aufenthaltsbewilligung erhalten haben	104	81
Asylbewerber, für die das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) eine vorläufige Aufnahme verfügt hat	115	166
Positive Entscheide des BFF	45	53
Negative Entscheide des BFF	829	516
Beim BFF hängige Asylgesuche	319	167
Beim Kanton hängige Befragungen	24	12
Total der am 31.12.2004 im Kanton weilenden Asylbewerber	1 392	1 029
Total der am 31.12.2004 im Kanton Freiburg vorläufig aufgenommenen Ausländer	598	674

3.2 Übersicht der an Asylbewerber ausgestellten provisorischen Arbeitsbewilligungen:

	2003	2004
Agenturen für Temporärarbeit	277	269
Industrie	54	13
Gastgewerbe	49	37
Handel	3	13
Bauunternehmen	19	25
Spitäler	9	5
Übrige	42	54
Total	453	416

4. Sektion ausländische Arbeitskräfte

Das Abkommen über den freien Personenverkehr ist am 1. Juni 2004 in seine zweite Phase getreten. Damit wurde für die Angehörigen der 15 EU-Staaten und der EFTA-Staaten der Grundsatz der Priorität der einheimischen Arbeitskräfte aufgehoben, ebenso wie die vorgängige Kontrolle der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ebenfalls seit

dem 1. Juni 2004 müssen sich Angehörige dieser Staaten nur noch anmelden, wenn sie für eine Dauer von höchstens drei Monaten bei einem Schweizer Arbeitgeber tätig werden, wenn sie in der Schweiz für einen Arbeitgeber aus einem EU- oder EFTA-Staat während höchstens 90 Arbeitstagen tätig sind oder wenn sie innerhalb derselben Frist als Selbständigerwerbende eine Leistung erbringen.

4.1 EU/EFTA-Bürger

	2003	2004
Jahresaufenthaltsbewilligungen	131	241
Kurzaufenthalterbewilligungen	1 328	2 132
Bewilligungen für einen Aufenthalt von höchstens 4 Monaten	486	227
Anmeldung (ab 1. Juni 2004)		
– für eine Tätigkeit von max. 3 Monaten bei einem Schweizer Arbeitgeber	–	457
– für entsandte Arbeitnehmer	–	174
– für grenzüberschreitende, selbständige Leistungserbringer	–	47

4.2 Angehörige von Drittstaaten

	2003	2004
Jahresaufenthaltsbewilligungen	23	32
Kurzaufenthalterbewilligungen	33	47
Bewilligungen für einen Aufenthalt von höchstens 4 Monaten	116	140
Bewilligungen für Künstler	717	698

4.3 Administrativmassnahmen

Hat ein Arbeitgeber wiederholt oder schwer gegen Vorschriften des Ausländerrechts verstossen, so kann die kantonale Behörde gestützt auf Artikel 55 BVO dessen Gesuche um ausländische Arbeitskräfte ganz oder teilweise abweisen oder ihm diese Sanktion androhen.

	2003	2004
Verweise	40	182
Androhungen	16	48
Suspendierungen	1	8

5. Schweizerpässe und Identitätskarten

Ab dem 1. Januar 2004 konnten die alten Pässe 85 nicht mehr verlängert werden. Die Nachfrage nach neuen Schweizerpässen hat im Jahre 2004 weiterhin zugenommen, obschon im Vorjahr, anlässlich der Einführung dieser Pässe, bereits ausserordentlich viele dieser Pässe bestellt worden waren. Die Fristen für die Herstellung der Pässe konnten auf ein normales Mass reduziert werden, so dass auch deutlich weniger provisorische Pässe erstellt werden mussten.

5.1 Vom Amt im Jahre 2004 ausgehändigte Ausweise

	2003	2004
Neue Pässe	23 723	24 992
Identitätskarten	22 089	30 641
Provisorische Pässe	2 489	1 629
Total	48 301	57 262

IV. Amt für Gewerbepolizei

1. Öffentliche Gaststätten

Im Jahr 2004 hat die Sicherheits- und Justizdirektion folgende Patente erteilt:

neue Patente A für das Hotelleriegewerbe	2
neue Patente B für Betriebe mit Alkohol	20
neue Patente D für Dancings oder Kabarett	4
neue Patente G für Betriebe, die einem Lebensmittelgeschäft angegliedert sind	21
neue Sonderpatente H	15
neue Patente I für hotelähnliche Betriebe	1
Patente für die Übernahme eines laufenden Betriebes	213

Zudem wurden 225 Patente erneuert, 8 Namensänderungen bewilligt und 14 Patente erweitert.

In 17 Fällen wurde die provisorische Schliessung eines Betriebes angeordnet.

Am 31. Dezember 2004 betrug die Zahl der öffentlichen Gaststätten:

	Total
Hotelbetriebe	188
Betriebe mit Alkohol	535
Betriebe ohne Alkohol	15
Dancings, Kabarett	34
Hotelbars	16
Nachtrestaurants	4
Betriebe, die einem Lebensmittelgeschäft angegliedert sind	86
Büvetten, Cafeterias, Ausländerkolonien	464
Hotelähnliche Betriebe	84
	<u>1 426</u>

Der Arbeitgeberverband für Restauration und Hotellerie (Gastro-Freiburg) hat unter Aufsicht der Direktion drei Ausbildungskurse für Betriebsführer von öffentlichen Gaststätten organisiert. Diese Kurse wurden von 105 Personen besucht, wovon 81 französischer und 24 deutscher Muttersprache waren.

Die Direktion hat 83 Fähigkeitsausweise ausgehändigt. Im Weiteren haben 28 Inhaber eines von einem anderen Kanton ausgestellten Fähigkeitsausweises oder eines Diploms einer anerkannten Hotelfachschule die entsprechende Zusatzprüfung abgelegt.

2. Handel mit alkoholhaltigen Getränken

Am 31. Dezember 2004 bestanden 466 Patente für den Handel mit alkoholhaltigen Getränken.

3. Lotterien und Kollekten

Im Jahr 2004 wurden 140 Bewilligungen für die Durchführung einer Lotterie erteilt, gegenüber deren 167 im Jahr 2003. In diesen Zahlen sind die Loterie Romande, das Sport-Toto und das Schweizer Zahlenlotto nicht inbegriffen

Weiter wurden 50 Kollekten für wohltätige Zwecke bewilligt, wovon 43 im Kalender der Stiftung ZEWO (Fachstelle für gemeinnützige Spenden sammelnde Organisationen) aufgeführt waren.

4. Kinokontrollen

Die Betriebsführer von Kinos haben 285 Filme angemeldet und für alle eine Aufführungsbewilligung erhalten.

Die Aufsichtskommission für Filmwesen und Theater hielt keine Sitzung ab.

5. Sicherheitsunternehmen

Im Jahr 2004 wurden ausgestellt:

80 Bewilligungen für die Anstellung von Sicherheitspersonal,
56 Ausübungsbewilligungen.

Das Amt hat zudem 6 Bewilligungen für die Anstellung von Personen, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung in öffentlichen Gaststätten zu sorgen haben, erteilt.

Es hat ferner in 4 Fällen die Anstellung von Sicherheitspersonal verweigert.

Ausserdem wurde an 1 Sicherheitsunternehmen mit Sitz im Kanton Freiburg eine Betriebsbewilligung erteilt.

Die Prüfungskommission für Sicherheitsunternehmen hat zwei Prüfungssessionen durchgeführt.

Zurzeit haben 8 Sicherheitsunternehmen eine Betriebsbewilligung für den Kanton Freiburg.

6. Spielapparate und Spielsalons

Im Jahr 2004 hat das Amt 1227 Betriebsbewilligungen für Geldspielautomaten erteilt. Es hat zudem 156 Geschicklichkeitsspielautomaten bewilligt. Ausserdem wurde der Betrieb von 603 Unterhaltungsapparaten bewilligt.

Im Kanton Freiburg werden zurzeit 17 Spielsalons betrieben.

7. Handelspatente

Im Jahr 2004 wurden 128 Ausweise für Reisende ausgestellt.

8. Masse und Gewichte

Entsprechend den eidgenössischen Gesetzesbestimmungen wurden geprüft:

1401 Waagen für offene Verkaufsstellen, 614 Waagen für nicht offene Verkaufsstellen, 25 Fahrzeugwaagen, 31 Geleisewaagen, 30 Spezialwaagen, 41 selbsttätige, kontinuierlich totalisierende Waagen (Förderbandwaagen), 16 selbsttätige, diskontinuierlich totalisierende Waagen

(Schüttwaagen), 281 Preisauszeichnungswaagen für Zufallspackungen, 74 Gewichtstücke, 619 Volumenmessanlagen für Mineralöle, 1 Hochdruck-Erdgastanksäule, 50 Volumenmessanlagen für Lebensmittel (Milch, Wein), 41 Massenzähler, 410 Abgasprüfgeräte und zwei andere Messmittel.

V. Amt für Strafvollzug

1. Personal

Der Personalbestand des Amtes für Strafvollzug umfasst einen Amtsvorsteher, einen Bürochef, eine Sekretärin und eine Lehrtochter.

2. Gesetzliche Grundlagen

Die Aufgaben des Amtes werden in der Strafprozessordnung (Art. 247 und 248), im Staatsratsbeschluss vom 26. August 1975 über die Organisation des Strafvollzugs, im Reglement vom 11. Juli 1986 betreffend den tageweisen Strafvollzug und den Vollzug in Form der Halbgefängenschaft sowie im Reglement vom 7. Juni 1993 über den Vollzug von Strafen in der Form der gemeinnützigen Arbeit umschrieben.

3. Vollzug von Strafen und Massnahmen im Jahr 2004

3.1 Vollzug von kurzen Gefängnisstrafen in den Gefängnissen des Kantons

113 Personen haben Strafen von weniger als 6 Monaten im Zentralgefängnis in Freiburg oder in den Bezirksgefängnissen verbüsst.

- 66 Personen wurde erlaubt, die Strafe in Halbgefängenschaft zu verbüsen. Die Erleichterung besteht darin, dass die Verurteilten weiterhin ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen und nur während der Nachtzeit und über das Wochenende in Haft belassen werden.
- 3 Personen haben ein Gesuch gestellt, um ihre Strafe auf die Wochenenden zu verteilen.
- 44 Personen, welche die Voraussetzungen für einen erleichterten Strafvollzug nicht erfüllten, verbüsst ihre Strafen in Normalhaft im Zentralgefängnis, in den Bezirksgefängnissen oder manchmal in den Anstalten von Bellechasse.

3.2 Vollzug in anderen Kantonen

412 Strafen (umgewandelte Bussen inbegriffen), die von Justizbehörden unseres Kantons ausgesprochen worden waren, wurden in andern Kantonen verbüsst, da die Verurteilten dort wohnhaft waren.

3.3 Gemeinnützige Arbeit

Seit der Inkraftsetzung des Reglements vom 1. August 1993 über den Vollzug von Strafen in der Form der gemeinnützigen Arbeit können kurze Strafen bis zu 90 Tage durch gemeinnützige Tätigkeit abgegolten werden. Diese Arbeit muss zugunsten einer privaten Organisation mit sozialem Zweck oder mit öffentlichem Nutzen, der öffentlichen Verwaltung oder einer unterstützungsbedürftigen Person geleistet werden. Dabei entsprechen vier Stunden gemeinnützige Arbeit einem Tag Freiheitsentzug.

Am 1. Januar 2004 waren 54 Personen für einen Strafvollzug in dieser Form vorgemerkt, wovon verschiedene bereits ihren Einsatz in einer gemeinnützigen Institution begonnen hatten. Während des Jahres wurde 257 weiteren Verurteilten bewilligt, die Strafe in Form einer gemeinnützigen Arbeit abzugelten. Am 31. Dezember 2004 hatten 202 Verurteilte ihre Strafe in dieser Form verbüsst. Die 5660 Gefängnistage entsprachen dabei 22 640 Arbeitsstunden. 54 Personen waren zu diesem Zeitpunkt noch im Einsatz. In 10 Fällen waren Verhandlungen mit potentiellen Arbeitgebern im Gang.

In 4 Fällen musste der Strafvollzug in dieser erleichterten Form wegen ungebührlichen Benehmens oder unentschuldigtem Fernbleibens abgebrochen werden. Die 4 Verurteilten hatten schon 312 Stunden erbracht, was 78 Tagen Gefängnis entsprach. 19 Personen musste die Bewilligung bereits vor Antritt des Einsatzes entzogen werden (wegen Nichterscheinens am Arbeitsplatz am ersten Tag, Verlegung des Wohnsitzes, Untersuchungshaft oder weil der Betroffene inzwischen verstorben war). In 22 Fällen sind Aufhebungs- oder Unterbrechungsverfahren hängig.

3.4 Vollzug von langen Strafen und von Massnahmen

- 186 Personen haben Strafen über 90 Tage in Konkordats- oder andern Strafanstalten verbüsst. Zudem wurden 8 Personen auf Grund der Anordnung von Massnahmen (Art. 43, 44 und 100^{bis} des Schweizerischen Strafgesetzbuches) in Arbeitserziehungsanstalten, Heilanstalten für Alkoholranke und Rauschgiftabhängige sowie in Kliniken und Spitälern untergebracht. Diese Personen sind wie folgt untergebracht worden:

	Tage	Personen
– Strafanstalt Bellechasse	17 735	103
– Strafanstalt Bochuz/VD	2 646	9
– Anstalten von Crêtelongue/VS	1 245	10
– Anstalten von Bellevue in Gorgier/NE	3 880	23
– Gefängnis La Tuilière in Lonay (Frauen) VD	453	7
– Strafanstalt Witzwil/BE	491	3
– Strafanstalt Realta, Cazis/GR	1 436	14
– Strafanstalt Wauwilermoos, Egolzwil/LU	226	2
– Strafanstalt Bostadel, Menzingen/ZG	462	2
– Strafanstalt Schöngrün/SO	106	1
– Strafanstalt Frauenfeld/TG	746	6
– Strafanstalt Riant-Parc/GE	458	3
– Gefängnis Thorberg/BE	712	3
– Massnahmenzentrum St-Johannsen/BE	710	2
– Arbeitserziehungsanstalt Pramont/VS	244	1
– Foyer Horizon, Pensier/FR	304	1
– Centre le Torry, Freiburg	84	1
– Centre de sociothérapie La Pâquerette/GE	366	1
– Centre le Levant/VS	202	2
Total	32 558	194

- b) 27 Personen, welchen einige Monate vor der bedingten Entlassung die Halfreiheit gewährt werden konnte, wurden in folgende Anstalten eingewiesen:

Zentralgefängnis	384	8
Gefängnis Bulle	128	1
Übergangsheim Montfleury/GE	489	5
Übergangsheim Le Vallon/GE	1 129	11
Wohnheim Bethlehem, Wangen	139	2
Total	2 269	27

Die Verurteilten, welche auswärts arbeiten durften, haben sich an die Anordnungen und Weisungen für diese letzte Vollzugsstufe gehalten.

- c) Bedingte Entlassung

Die beratende Kommission für bedingte Entlassung, die jedes Mal, wenn ein Entscheid über bedingte Entlassung bei Strafen von mehr als einem Jahr oder bei strafrechtlichen Massnahmen zu fällen ist, Stellung zu nehmen hat, ist fünfmal zusammengetreten und hat 48 Fälle behandelt. In allen Fällen entschied der Sicherheits- und Justizdirektor im Sinne der Anträge der vorgenannten Kommission:

Bedingte Entlassung nach der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestdauer	27
Bedingte Entlassung zu einem späteren Zeitpunkt	10
Verweigerung der bedingten Entlassung	7
Widerruf der bedingten Entlassung	2
Verwarnung	2
Total	48

Drei Personen haben beim Verwaltungsgericht gegen die Entscheidungen der Sicherheits- und Justizdirektion rekuriert. Ein Rekurs wurde abgewiesen und zwei Rekurse sind noch immer hängig bei dieser Instanz.

Verfügungen bei einer Strafdauer von weniger als einem Jahr:

Bedingte Entlassung nach der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestdauer	16
Verweigerung der bedingten Entlassung	1
Widerruf	0
Total	17

3.5 Umgewandelte Bussen

Unbezahlte Bussen werden in Haftstrafen umgewandelt (30 Franken = 1 Tag Haft).

Im Jahre 2004 haben die Gerichtsbehörden unseres Kantons dem Amt für Strafvollzug 1962 Strafmandate mit umgewandelten Bussen überwiesen. Der Betrag der Bussen belief sich auf 492 893.75 Franken, welche in 16 430 Tage Haft umgewandelt wurden. Dank der Möglichkeit, die Bussen auch noch nach der Umwandlung bezahlen zu können, wurden durch Vermittlung des Amtes 262 415.20 Franken einkassiert.

3.6 Verschiedenes

– Vorladungen zum Strafvollzug in einer Strafanstalt	157
– Zustellung eines Fragebogens über die Vollzugsmöglichkeiten von kurzen Strafen	357
– Verschiebung des Strafvollzuges aus medizinischen, beruflichen oder familiären Gründen	18
– Unterbrechung des Strafvollzuges	6
– Ausschreibung im schweizerischen Polizeianzeiger (MSP)	108
– Ausschreibung im kantonalen Polizeianzeiger (JCR)	497
– Widerruf im schweizerischen und im kantonalen Polizeianzeiger	488
– Verhaftungen	94
– Versetzungen	102

4. Begnadigungsgesuche

Im Jahre 2004 hat der Grosse Rat 3 Begnadigungsgesuche behandelt. Die drei Gesuche wurden abgewiesen.

5. Strafregister

Die Koordinationsstelle für das Strafregister hat 2291 Einträge behandelt, welche bedingte Strafen nach Ablauf der Probezeit betrafen. In 2031 Fällen (89 %) wurde eine Löschung des Eintrags angeordnet, in 260 Fällen (11 %) waren die Bedingungen für eine Löschung nicht gegeben.

VI. Amt für Gefängnisse

1. Personal

Der Personalbestand präsentiert sich wie folgt: 1 Direktor, 1 Adjunkt des Direktors, 14 Aufseher (13,5 Stellen), wovon 2 im Gefängnis Bulle tätig sind, 3 Aufseherinnen (2,5 Stellen), 1 Aufseher für den Empfangsdienst, 1 Werkstattaufseher (50 %), 1 Sekretärin (40 %) und 1 Krankenpflegerin (50 %).

2. Insassen

In den Gefängnissen werden grundsätzlich folgende Personen beider Geschlechter, Voll- und Minderjährige, untergebracht:

- Untersuchungshäftlinge für die Dauer der Untersuchung;
- Untersuchungshäftlinge nach Abschluss der Untersuchung bis zum Gerichtsurteil;
- Verurteilte bis zu ihrer Überführung in eine Strafanstalt;

- Insassen, welche von einem Gefängnis in eine Strafanstalt oder umgekehrt überführt werden;
- Insassen, die Haftstrafen verbüssen;
- Verurteilte, welche Strafen bis zu 15 Tagen im tageweisen Vollzug verbüssen;
- Verurteilte, welche Strafen bis zu höchstens sechs Monaten in Form der Halbgefängenschaft verbüssen;
- Verurteilte, welche Strafen von mehreren Monaten in Form der Halbfreiheit verbüssen (Endphase bei langen Strafen);
- Verurteilte, welche Strafen bis zu drei Monaten im ordentlichen Vollzugssystem verbüssen;
- Personen, welche auf Grund der Jugendstrafgerichtsbarkeit zurückbehalten werden;
- Insassen auf Grund der Bundesgesetzgebung über die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht.

2.1 Neueintritte im Jahr 2004	Schweizer	Ausländer
– Männer – Zentralgefängnis	165	472
– Männer – Gefängnis Bulle	41	66
– Männer – Gefängnis Romont	0	11
– Frauen – Zentralgefängnis	21	23
Total	227	572

2.2 Hafttage

	Schweizer/innen		Ausländer/innen		Total
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
Untersuchungshaft					
– Zentralgefängnis	2 195	137	10 341	588	13 261
– Gefängnis Bulle	81	0	1 875	0	1 956
– Gefängnis Romont	0	0	117	0	117
Jugendhaft					
– Zentralgefängnis	107	0	510	0	617
– Gefängnis Bulle	1	0	0	0	1
Ordentlicher Vollzug von Gefängnis- und Haftstrafen					
– Zentralgefängnis	531	68	1 181	46	1 826
– Gefängnis Bulle	67	0	436	0	503
Tageweiser Vollzug	2	0	0	0	2
Halbgefängenschaft					
– Zentralgefängnis	902	0	600	0	1 502
– Gefängnis Bulle	375	0	220	0	595
Halbfreiheit					
– Zentralgefängnis	302	52	75	0	429
– Gefängnis Bulle	128	0	0	0	128
Zwangsmassnahmen	0	0	1 616	1	1 617
Militärarrest – Bulle	26	0	0	0	26
Total	4 717	257	16 971	635	22 580

3. Ernährung

Der Menüplan erstreckt sich über mehrere Wochen und bietet eine ausgewogene Ernährung. Die Mahlzeiten werden im Zentralgefängnis von einem Koch mit Fachausbildung zubereitet; in den Bezirken werden die Mittagmahlzeiten von einer externen Institution geliefert.

Im Jahre 2004 ist bezüglich der Qualität oder der Quantität der Nahrung keine Beschwerde bei der Direktion eingegangen.

4. Räumlichkeiten

4.1 Das Gebäude des Zentralgefängnisses umfasst 8 Sektoren, nämlich:

– Untersuchungshaft Männer:	37 Plätze
– Minderjährige:	3 Plätze
– Gemeinschaftsvollzug:	5 Plätze
– Untersuchungshaft Frauen:	5 Plätze
– Strafvollzug Frauen:	6 Plätze
– Halbfreiheit:	8 Plätze
– Tageweiser Vollzug und Halbgefängenschaft:	7 Plätze
– Vollzug von Zwangsmassnahmen:	<u>12 Plätze</u>
Total der verfügbaren Plätze:	83 Plätze

4.2 Das Gefängnis Bulle umfasst zwei Sektoren, nämlich:

– Untersuchungshaft Männer:	6 Plätze
– Strafvollzug Männer:	<u>5 Plätze</u>
Total der verfügbaren Plätze:	11 Plätze

4.3 Das Gefängnis Romont umfasst zwei Sektoren, nämlich:

– Untersuchungshaft Männer:	5 Plätze
– Strafvollzug Männer:	<u>2 Plätze</u>
Total der verfügbaren Plätze:	7 Plätze

5. Beschäftigung der Häftlinge

Personen, die sich in Untersuchungshaft befinden, sind nicht zur Arbeit verpflichtet. Die Bestimmungen des Strafgesetzbuches sehen hingegen vor, dass Verurteilte oder sich in Haft befindende Personen zur Arbeit angehalten werden können.

Im Zentralgefängnis werden einige der inhaftierten Personen mit Küchen-, Garten-, Unterhalts- und Reinigungsarbeiten beschäftigt. Seit der Einführung des Vollzugs in Form der tageweisen Inhaftierung, der Halbgefängenschaft und der Halbfreiheit wurde die Frage der Beschäftigung der Inhaftierten grösstenteils gelöst. Die Einstellung eines Werkstattaufsehers (50 %) und die Inbetriebnahme einer Werkstatt haben das Arbeitsproblem für Untersuchungsgefängene, für Personen im Strafvollzug und für Gefangene, die auf Grund der eidgenössischen Bestimmungen über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht mitunter mehrere Monate inhaftiert sind, teilweise gelöst.

6. Häftlingsfürsorge

Im Jahre 2004 hat der Amtsvorsteher 416 Unterredungen mit Gefangenen geführt. Die ärztliche Betreuung im Zentralgefängnis wird von zwei Ärzten, Dr. Roger Riedo und Dr. Marc-Antoine Gamba, und von einer Krankenpflegerin (50 %) gewährleistet. Im Jahre 2004 haben die Ärzte 643 Konsultationen durchgeführt. In den Bezirksgefängnissen wird jeweils der Pikettarzt herbeigerufen (31 Konsultationen). Mehrere Häftlinge mussten für Analysen, ambulante Behandlungen oder auch für Eingriffe ins Spital überführt werden. Gegenwärtig ist keine kantonale Pflegeeinrichtung in der Lage, Gefangene zur Behandlung aufzunehmen und eine minimale Sicherheit zu gewährleisten. Die Untersuchungsrichter müssen deshalb die Angeschuldigten in die Zellentakte der Spitäler Genf oder Bern einweisen.

Seit Februar 2004 ist der Psychosoziale Dienst jeden Mittwochnachmittag im Zentralgefängnis anwesend. Des Weiteren werden die Gefängnisärzte für die Behandlung von Alkohol- oder Rauschgiftsüchtigen von Spezialisten unterstützt. Die Anwesenheit von Rauschgiftsüchtigen in einer Anstalt wie dem Zentralgefängnis bereitet weiterhin heikle Probleme, die im Rahmen einer allgemeinen Neuüberprüfung der Situation zusammen mit den medizinischen Fachorganen gelöst werden sollten.

Die moralische und geistliche Betreuung der Häftlinge wird von den katholischen und reformierten Geistlichen gewährleistet. Auf Verlangen und im Rahmen der Möglichkeiten wird ein Gottesdienst abgehalten. Ausserdem werden die Insassen auch von Priestern der italienischen und spanischen katholischen Mission sowie von anderen Priestern und Laien besucht.

Im Bedarfsfall kommen die Gefangenen in den Genuss einer beschränkten materiellen Hilfe.

Die Mitarbeiter des Amtes für Schutzaufsicht sind, neben ihren anderen Tätigkeiten, mit der Fürsorge in den Gefängnissen des Kantons beauftragt. An drei Nachmittagen in der Woche sind sie im Zentralgefängnis anwesend und treffen alle neu Angekommenen in speziell dafür eingerichteten Räumlichkeiten. In den Bezirksgefängnissen sind die Mitarbeiter des Amtes für Schutzaufsicht zweimal pro Monat oder auf Anfrage auch häufiger anwesend. Diese Kontakte mildern den Schock, den die Inhaftierung bewirkt, und begünstigen die Rückkehr der Häftlinge ins Zivilleben. Sie erleichtern auch die Beziehungen der Insassen mit ihren Familien und den Arbeitgebern.

Mehrere Personen, die vom Amt für Schutzaufsicht eine entsprechende Bewilligung erhalten haben, besuchten Häftlinge in den Gefängnissen des Kantons, vor allem solche, die keine Familie mehr haben oder keinen Kontakt mit ihr pflegen.

Jeden Samstag von 15 bis 16 Uhr können Insassen im ordentlichen Strafvollzug von ihren Angehörigen besucht werden. Personen, die sich in Untersuchungshaft befinden, können mit Bewilligung des zuständigen Untersuchungsrichters ebenfalls Besuche empfangen.

VII. Amt für Justiz

A. Wahlkollegium

Anlässlich der Sitzungen vom 23. Juni und 13. Dezember hat das Wahlkollegium folgende Wahlen vorgenommen:

1. Wirtschaftsstrafgericht

Ernst Maeder, Richter

2. Bezirksgerichte

Saane:

Hélène Cudré-Mauroux, Ersatzrichterin
Claire Roelli, Ersatzrichterin

Greyerz:

Marguerite Brülhart, Ersatzrichterin
Anne Morand, Ersatzrichterin

See:

Elisabeth Leu-Lehmann, Richterin
Frédéric Plancherel, Ersatzrichter

Vivisbach:

Josiane Suchet, Ersatzrichterin

3. Gewerbekammern

Sense:

Leo Bertschy, Ersatzbeisitzer (Vertreter der Arbeitnehmer)

4. Mietgerichte

Saane:

Pierre Wicht, Beisitzer (Vertreter der Eigentümer)
Jacqueline Brodard, Ersatzbeisitzerin (Vertreterin der Eigentümer)

Sense und See:

Tarkan Göksu, Ersatzbeisitzer (Vertreter der Mieter)

Greyerz, Glane, Broye und Vivisbach:

Nicole Monney, Beisitzerin (Vertreterin der Mieter)

5. Aufsichtskommission im Bereich der fürsorgerischen Freiheitsentziehung

Laurence Meer, Beisitzerin

6. Friedensgerichte

Farvagny:

Paul Chenaux, 1. Beisitzer
Jean-Marie Villet, 2. Beisitzer

Schmitten:

Erwin Schneiter, Friedensrichter
Silvia Reidy, 1. Beisitzerin
Albert Schaller, 2. Beisitzer
Klara Jungo, 1. Ersatzbeisitzerin
Johanna Brülhart, 2. Ersatzbeisitzerin

Albeuve:

Félix Pythoud, 1. Beisitzer
André Cosandey, 2. Beisitzer
Jean-Marc Both, 1. Ersatzbeisitzer

Rue:

Joëlle Baudois, Friedensrichterin

Cugy:

Gérard Pillonel, Friedensrichter

Semsaales:

Hélène Dévaud, 1. Ersatzbeisitzerin
Pascal Pittet, 2. Ersatzbeisitzer

B. Advokatur

Die Prüfungskommission für die Anwaltskandidaten hat Frédéric Chassot, Philippe Corpataux, Gabriella Musumeci-Kastrati, Bénédicte Sapin, Sandrine Schaller, Carine Sotz und Raphaël Zbinden einen Befähigungsausweis ausgestellt.

Die Anwaltskommission hat 22 Inhaber eines freiburgischen Befähigungsausweises sowie fünf Anwälte mit Ausweisen eines anderen Kantons in das kantonale Register der Anwälte und Anwältinnen eingetragen.

Ferner hat die Kommission 33 Praktikumsbewilligungen erteilt.

Es waren am 31. Dezember 2004 tätig:

- Im kantonalen Register der Anwälte und Anwältinnen eingetragene Anwälte 131
- Anwaltspraktikanten 79

C. Notariat

Am 31. Dezember 2004 gab es 41 praktizierende Notare, wovon 5 das 70. Altersjahr überschritten haben und für die Berechnung der im Gesetz über das Notariat vorgesehenen Höchstzahl nicht mitzählen. Somit ist die vom Gesetz festgesetzte Höchstzahl von 42 Notaren nicht erreicht.

D. Unentgeltliche Rechtspflege in Zivilsachen

Vom 1. Januar bis 31. Dezember 2004 hat das Amt für Justiz 1044 Mitteilungen über unentgeltliche Rechtspflege erhalten, die sich wie folgt verteilen:

	Teilweises Armenrecht	Gänzlichches Armenrecht	Rückzug	Abweisung	Total
Kantonsgericht	–	19	–	25	44
Verwaltungsgericht	–	43	–	3	46
Bezirksgericht Saane	27	270	3	55	355
Bezirksgericht Sense	1	80	3	18	102

	Teilweises Armenrecht	Gänzlich Armenrecht	Rückzug	Abweisung	Total
Bezirksgericht Greyerz	8	132	–	22	162
Bezirksgericht See	4	46	–	22	72
Bezirksgericht Glane	–	53	–	9	62
Bezirksgericht Broye	10	50	–	3	63
Bezirksgericht Veveyse	7	41	–	11	59
Friedensgerichte	–	79	–	–	79
Total	57	813	6	168	1044

593 Kostenlisten von Anwälten und Friedensgerichtsschreibereien im Gesamtbetrag von 1 059 151 Franken (im Jahre 2003: 1 186 504 Franken für 611 Kostenlisten) wurden 2004 für folgende Streitfälle zur Bezahlung angewiesen:

	Fr.
Ehescheidungsprozesse	685 747
Ehetrennungsprozesse	191 290
Vaterschafts- und Anfechtungsprozesse	25 230
Vormundschaftssachen	59 288
Obligationenrechtsprozesse	40 578
Verwaltungsbeschwerden	27 682
Verschiedenes	29 336
Total	<u>1 059 151</u>

E. Internationale Rechtshilfe

Das Amt für Justiz besorgt die für die internationale Rechtshilfe erforderlichen Übermittlungen. Im Jahre 2004 wurden 23 Rechtshilfebegehren von ausländischen Gerichtsbehörden behandelt.

VIII. Amt für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge (ASVA)

A. Personal

Zum Personal des Amtes zählen der Vorsteher, der Adjunkt und die Sekretärin (50 %). Am 1. April 2005 tritt eine neue Vorsteherin ihr Amt an.

B. Tätigkeit

Das Amt beaufsichtigt die sog. klassischen Stiftungen (Art. 84 ZGB) und die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge (Art. 61 ff. BVG).

1. Klassische Stiftungen

Als klassische Stiftungen werden alle Stiftungen bezeichnet, die nicht die berufliche Vorsorge zum Zweck haben und keine Familienstiftungen oder kirchliche Stiftungen sind. Die Aufsicht erstreckt sich im Wesentlichen auf die Kontrolle der zweckgemässen Verwendung des Stiftungsvermögens. Statutenänderungen sind vom Amt, Zweckänderungen von der Direktion zu genehmigen.

Das Jahr 2004 hat einen weiteren Anstieg der Zahl klassischer Stiftungen gebracht, die unter der Aufsicht des Amtes stehen.

2. Einrichtungen der beruflichen Vorsorge

Einrichtungen der beruflichen Vorsorge versichern die Risiken Alter, Invalidität und Tod. Sofern sie das BVG-Obligatorium durchführen, sind sie im Register der beruflichen Vorsorge einzutragen. Das Amt führt das kantonale Register. Neben den Vorsorgeeinrichtungen, welche die obligatorische berufliche Vorsorge betreiben, unterstehen auch jene freiburgischen Vorsorgeeinrichtungen der Aufsicht des Amtes, welche die weitergehende berufliche Vorsorge durchführen. Im Rahmen der Aufsicht prüft das Amt insbesondere die Übereinstimmung der reglementarischen Bestimmungen mit den gesetzlichen Vorschriften, fordert von den Vorsorgeeinrichtungen jährlich Berichterstattung, nimmt Einsicht in die Berichte der Kontrollstelle und des Experten für berufliche Vorsorge, trifft Massnahmen zur Behebung von Mängeln und beurteilt Streitigkeiten über die Informationsrechte versicherter Personen.

Das Jahr 2004 war geprägt durch das Inkrafttreten des ersten Teils der 1. BVG-Revision sowie des neuen Fusionsgesetzes, das auch für die Vorsorgeeinrichtungen gilt. Das zweite Paket der 1. BVG-Revision ist am 1. Januar 2005 in Kraft getreten. Zu beiden Paketen der 1. BVG-Revision hat das Amt den Vorsorgeeinrichtungen ein Rundschreiben zugestellt. Die Gesetzesänderungen machen die Anpassung praktisch aller Vorsorgereglemente erforderlich.

Wirtschaftliche Veränderungen und die zunehmende Komplexität der gesetzlichen Bestimmungen bewegen viele Vorsorgeeinrichtungen zur Teil- oder Gesamtliquidation. Auch im vergangenen Jahr hat das Amt viele Vorsorgeeinrichtungen in Teil- oder Gesamtliquidation gesetzt, Pläne zur Verteilung der freien Mittel genehmigt und Vorsorgeeinrichtungen aufgehoben.

Die Anzahl der Vorsorgeeinrichtungen, die sich gemäss Art. 44 BVV2 in Unterdeckung (inkl. öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen mit Staatsgarantie) befinden, hat gegenüber dem Vorjahr dank Sanierungsmassnahmen und besseren Anlageergebnissen abgenommen (von 19 auf 12). Dem Bundesamt für Sozialversicherung wurde hierzu Anfang Oktober Meldung erstattet.

Die Aufgabe des Amtes, der Auffangeinrichtung die Arbeitgeber zu melden, welche ihrer BVG-Anschlusspflicht nicht nachgekommen sind, ging per 1. Januar 2005 auf die AHV-Ausgleichskasse über. Im vergangenen Jahr behandelte das Amt 137 Fälle, wovon 37 der Auffangeinrichtung gemeldet wurden.

C. Statistik

1. Klassische Stiftungen

Das Amt nahm per 31. Dezember 2004 die Aufsicht über 264 klassische Stiftungen wahr (Vorjahr: 258), wovon 12 in Liquidation waren.

2. Einrichtungen der beruflichen Vorsorge

Per 31. Dezember 2004 waren 78 Vorsorgeeinrichtungen im kantonalen Register der beruflichen Vorsorge eingetragen (Vorjahr: 93). Davon befanden sich 26 in Liquidation. Im Bereiche der weitergehenden beruflichen Vorsorge beaufsichtigte das Amt 137 Vorsorgeeinrichtungen (Vorjahr: 164). Davon waren 59 in Liquidation.

IX. Amt für Gesetzgebung (GeGA)

1. Das GeGA erstellte einen Reglementsorentwurf über die Ausarbeitung der Erlasse, der im Herbst 2004 in die Vernehmlassung gegeben wurde. Dieser Erlass hat zahlreiche Berührungspunkte mit dem Gesetz über die Organisation des Staatsrates und der Verwaltung (SVOG) – insbesondere Rolle der zentralen Dienste, Koordination und Planung – und behandelt zudem die externen Vernehmlassungsverfahren, die in der geltenden Gesetzgebung nicht geregelt sind.
2. Das GeGA arbeitete in den verschiedenen Projekten im Bereich der Information der Öffentlichkeit mit. So war es die treibende Kraft in der Arbeitsgruppe mit dem Auftrag, Ausführungsbestimmungen zu den Artikeln 8 und 9 SVOG vorzuschlagen. Als Ergebnis dieser Arbeiten ist dem Staatsrat nach einer internen Vernehmlassung ein Verordnungsvorentwurf über die Information der Öffentlichkeit über die Tätigkeit des Staatsrats und der Kantonsverwaltung mit einem ausführlichen erläuternden Bericht unterbreitet worden.

Das GeGA ist zudem am Projekt «Informationsgesetz» beteiligt, das in der Kantonsverwaltung und in den Gemeindeverwaltungen das Öffentlichkeitsprinzip einführen soll. Die dafür eingesetzte Kommission hielt im Jahr 2004 auf der Grundlage von Vorschlägen, die das GeGA ausgearbeitet hatte, vier Sitzungen ab.

Schliesslich ist das GeGA in der Kommission «Fri-Info» und in deren Arbeitsgruppe für die gesetzgeberische Umsetzung vertreten, für die es einen Verordnungsvorentwurf über die Websites des Staates erarbeitete, der im Dezember 2004 in die Vernehmlassung ging.
3. Das GeGA hat einen Verordnungsvorentwurf über die Organisation und die Arbeitsweise der Kommissionen des Staates ausgearbeitet. Dieser Erlass stellt die allgemeinen Regeln über die Kommissionen auf, die in Artikel 53 SVOG vorgesehen sind. Er ist von der Konferenz der Generalsekretäre gutgeheissen worden und wird im Frühling 2005 von der Sicherheits- und Justizdirektion in die Vernehmlassung gegeben.
4. Das GeGA war auch an weiteren Aspekten der Umsetzung des SVOG beteiligt. So wirkte es in der Arbeitsgruppe mit, die die allgemeinen Regeln über die Organisation der unterstellten Verwaltungseinheiten behandelt.
5. Das GeGA ist wesentlich an der Umsetzung der neuen Kantonsverfassung beteiligt. Es wirkt aktiv im Leitungsausschuss mit, den der Staatsrat dafür eingesetzt hat; es führt dessen Sekretariat und hat die allgemeine Leitung der Arbeiten inne. Es verfasste einen Bericht, der im Dezember 2004 dem Grossen Rat vorgelegt wurde, und bereitete die Planung der anstehenden Gesetzesrevisionen vor. Es verfasste ferner mehrere

Aktennotizen und Stellungnahmen im Zusammenhang mit den Neuerungen in der Verfassung.

Dem GeGA ist auch die Vorbereitung von Gesetzesentwürfen, die sich aus der neuen Verfassung ergeben, übertragen. So hat das Amt im Auftrag des Büros des Grossen Rates das Gesetz vom 19. November 2004 über die Neuorganisation des Sekretariats des Grossen Rates ausgearbeitet, das die Trennung dieses Sekretariats von der Staatskanzlei konkretisiert.

6. Das Amt besorgte die Nachführungen Nrn. 31 und 32 der Systematischen Gesetzessammlung des Kantons Freiburg (SGF; 17 Bände pro Sprache). Diese Nachführungen werden den Abonentinnen und Abonnenten innert drei Monaten nach dem Stichtag (1. Januar und 1. Juli) zugestellt und berücksichtigen sogar noch die Texte, die einen Monat vor Erscheinen der Nachführung in der Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg (ASF) veröffentlicht wurden.

Das Amt gab auch das Register 2004 der SGF heraus, wobei es ein druckfertiges Layout erstellte. Dieses Arbeitsinstrument, das auf Französisch und auf Deutsch erscheint, ist ein Hilfsmittel zum Auffinden von Erlassen in der Gesetzessammlung und enthält zu diesem Zweck unter anderem ein Sachregister, das auf den Stichwörtern der Erlassitel beruht.

Das GeGA verwaltete zudem in beiden Sprachen eine wöchentlich nachgeführte Ergänzung zu den halbjährlichen SGF-Inhaltsverzeichnissen. Dieses Verzeichnis, das im Internet abrufbar ist, gibt alle Änderungen der Gesetzgebung an, die seit der letzten Nachführung der SGF in der ASF erschienen sind.

Das GeGA kümmerte sich ferner um die Nachführung mehrerer Einzelausgaben von Erlassen.

7. Das GeGA betreibt die Datenbank der freiburgischen Gesetzgebung (BDLF); es besorgt das Bearbeiten und Einfügen der eingetretenen Änderungen.
 - a) Das GeGA führte in beiden Amtssprachen acht Nachführungen der BDLF durch. Ende 2004 war die BDLF auf dem Stand vom 1. Dezember 2004; zudem waren die früher gültigen Fassungen bis zurück zum 1. Juli 1996 abrufbar.
 - b) Die Website des GeGA mit der BDLF wurde im Jahr 2004 mehr als 185 000-mal, d. h. ca. 650-mal pro Werktag, besucht.
 - c) Die französische Fassung der BDLF ist dreimal auf einer CD-ROM der Genfer Staatskanzlei erschienen, zusammen mit der Gesetzgebung des Bundes und derjenigen der übrigen französischsprachigen Kantone, sowie auf einer DVD, die zusätzlich diejenige des Tessins enthält.
 - d) Die BDLF war Gegenstand verschiedener Anpassungen an die technologische Entwicklung, die insbesondere in einer erneuten Verbesserung der Suchfunktionen und der Benutzungshilfe sowie in einem erleichterten Zugriff auf die Texte in den Formaten Word und PDF zum Ausdruck kommen.

Diese Verbesserungen wurden von den Benutzerinnen und Benutzern sehr positiv aufgenommen.

8. Das GeGA betreibt eine Intranet-Site und eine Internet-Site, die zahlreiche Informationen über die freiburgische Gesetzgebung und Gesetzestechnik bieten. Daneben gab das GeGA anderen Dienststellen, die eine Site betreiben, Ratschläge und unterstützte sie, insbesondere was die Seiten über die gesetzlichen Grundlagen ihrer Tätigkeit betrifft.
9. Das GeGA unterstützte die Direktionen und Dienststellen auf verschiedene Arten bei der Ausarbeitung der Spezialgesetzgebung.
 - a) Das GeGA prüfte rund vierzig Erlassentwürfe und teilte das Ergebnis seiner Prüfung der zuständigen Direktion mit. Von den Geschäften aus dem Zuständigkeitsbereich des Grossen Rates sind insbesondere folgende zu erwähnen: die Gesetzesvorentwürfe über die Subventionen für Schulbauten, über die Einführung der politischen Rechte der Ausländer und der Auslandschweizer, über den Tourismus, über die spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe und über die Jugend. Von den Entwürfen aus dem Zuständigkeitsbereich des Staatsrates sind insbesondere folgende zu erwähnen: die Reglements- bzw. Verordnungsentwürfe über das Konservatorium, über den Zivilschutz, über die flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr, über die amtliche Vermessung und über die Information der Öffentlichkeit.
 - b) Das GeGA verfasste mehrere Studien und Gutachten zuhanden des Staatsrates und der Kantonsverwaltung.
 - c) Das GeGA war an der Vorbereitung von Vernehmlassungen zu Vorlagen des Bundes beteiligt oder bereitete solche Stellungnahmen – z. B. diejenige zur Revision des RVOG (Genehmigung kantonalen Erlasse) – vor.
10. Das GeGA führte die gesetzestechnischen Richtlinien (GTR) nach, indem es ein Themenblatt zum Übergangsrecht und ein Sachregister zur leichteren Orientierung in den rund 200 Themenblättern des GTR-Ordners veröffentlichte. Mit Hilfe der Übersetzerinnen und Übersetzer der Direktionen und der Staatskanzlei schloss es zudem die Herausgabe der deutschen Fassung der GTR ab. Es hat ferner mit der Ausarbeitung einiger neuer Themenblätter begonnen. Der GTR-Ordner enthält neben den Anweisungen zur Planung und Ausführung der Rechtsetzungsarbeiten auch allgemeine Informationen über das Rechtsetzungsverfahren. Ausserdem gab das GeGA den Direktionen und Dienststellen regelmässig Auskünfte zu gesetzestechnischen Aspekten ihrer Entwürfe.
11. Das GeGA ist im Redaktionsausschuss der Freiburger Zeitschrift für Rechtsprechung vertreten. Es leistet zudem fachliche Unterstützung bei der Herausgabe der einzelnen Hefte der Zeitschrift und erstellt deren Jahresverzeichnis. Es führte die Arbeiten für die Herausgabe der Sondernummer zur neuen Kan-

tonsverfassung durch und verfasste zwei Beiträge in diesem Werk.

12. Von der Tätigkeit des GeGA im Jahr 2004 sei noch Folgendes erwähnt.

Das GeGA erteilte regelmässig Auskünfte über die freiburgische Gesetzgebung.

Im Rahmen der Weiterbildung des Staatspersonals erteilte es den neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Staates einen Kurs über die drei Staatsgewalten und die Grundsätze der Verwaltungstätigkeit.

Das GeGA führt zahlreiche Aufgaben im Zusammenhang mit dem Einsatz der Informatik innerhalb des Amtes selbst durch, so die Installierung von Programmen, die Weiterbildung des Personals sowie die Entwicklung von Makrobefehlen und Dokumentvorlagen für die Textverarbeitung.

Mehrere Angehörige des GeGA nahmen an Fachtagungen oder Weiterbildungskursen teil.

X. Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt

Die Tätigkeit des Amtes für Strassenverkehr und Schifffahrt bildet Gegenstand eines besonderen Berichtes.

XI. Kantonale Gebäudeversicherung

Die Tätigkeit der Kantonalen Gebäudeversicherung bildet Gegenstand eines besonderen Berichtes.

XII. Staatsanwaltschaft

1. Personal

Angesichts der stets steigenden Zahl von Strafverfahren hat der Staatsrat eine zusätzliche Substitutenstelle geschaffen. Die entsprechenden Stellenprozente wurden zu 60 % für die Bearbeitung der französischsprachigen und zu 40 % für die Bearbeitung der deutschsprachigen Fälle verwendet.

Per 1. Januar 2004 begann Frau Alessia Chocomeli ihre Tätigkeit als Substitutin der Generalstaatsanwältin. Während den ersten fünf Monaten vertrat sie ausserdem Frau Gabriele Berger, die im Mutterschaftsurlaub war.

Seit dem 1. Juni 2004 betreuen Frau Chocomeli und Frau Berger – mit einem Arbeitspensum von je 70 % - die deutschsprachigen Dossiers gemeinsam.

Herr Raphaël Bourquin wurde per 1. Februar 2004 für ein Pensum von 60 % zum Substitut der Generalstaatsanwältin ernannt. Infolge der gestiegenen Arbeitsbelastung arbeitete er bis zum 31. Dezember 2004 zu 100 %.

Wie Frau Berger im Jahre 2002 haben dieses Jahr die Herren Sallin und Gasser den Nachdiplomkurs der *HES pour Magistrats* erfolgreich absolviert. Den daraus entstandenen zusätzlichen Arbeitsaufwand bewältigten die erwähnten Substituten nebst ihrem grossen, ordentlichen Arbeitspensum.

2. Strafverfahren

Allgemeine Statistik

	2003	2004
Erscheinen vor erstinstanzlichen Gerichten	218	362
Teilnahme an Strafuntersuchungen	194	221
davon obligatorische		200
davon dringende		21
Erscheinen vor dem Appellationshof	35	18
Visum von Urteilen, Strafbefehlen	32 020	36 158
Einsprachen	6	5
Gesuche um vollständige Begründung	8	8
Berufungen	5	12
gutgeheissen	3	–
abgewiesen	2	1
Beschwerden an die Strafkammer	6	7
gutgeheissen	5	3
abgewiesen	1	–
Begründete Stellungnahme an die Strafkammer	84	113
Gesuche um Bemerkungen durch die Strafkammer	213	216
Begründete Stellungnahme zu Berufungen	40	36
Nichtigkeitsbeschwerden	1	2
Stellungnahme zu Nichtigkeitsbeschwerden an das Bundesgericht	18	16
Stellungnahme zu staatsrechtlichen Beschwerden an das Bundesgericht	19	27
Prüfungen der Akten zum Entscheid der Teilnahme an den Strafuntersuchungen	225	169
Strafanzeigen an die Untersuchungsrichter	2	5
Eingereichte Verwaltungsbeschwerden	7	14
Behandelte Verwaltungsbeschwerden	4	5
Offene Untersuchungen	114	158
Hängige Untersuchungen	120	115
Erstinstanzliche Akten	104	110
Hängige Beschwerden	33	21

Aus der allgemeinen Statistik ergibt sich Folgendes:

- Die Teilnahme der Staatsanwaltschaft an Verhandlungen vor den erstinstanzlichen Gerichten hat im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugenommen: um 144 Sitzungen, was einer Erhöhung von 60 % entspricht.

- Die Beteiligung der Staatsanwaltschaft an den Strafuntersuchungen hat sich ebenfalls erhöht (221 im Vergleich zu 194 im Vorjahr).

- Die Teilnahme an Verhandlungen vor dem Strafappellationshof entspricht derjenigen des Jahres 2002. Von den zwölf eingelegten Berufungen wurde bis jetzt nur eine einzige entschieden; diese wurde abgewiesen.

- Von den sieben von der Staatsanwaltschaft eingereichten Beschwerden an die Strafkammer wurden bisher 3 gutgeheissen, keine abgewiesen.

- Die Anzahl der begründeten Stellungnahmen zu Berufungen der Verteidigung bewegt sich im Bereich der Vorjahre.

- Im Jahr 2004 haben die Vertreter der Staatsanwaltschaft 169 Straftaten studiert, um über die Teilnahme am Verfahren zu entscheiden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich diese Zahl verringert, weil wegen der grossen Arbeitsbelastung wenig Zeit für diese Tätigkeit zur Verfügung stand.

- Die Zahl der erstinstanzlichen Urteile sowie der Strafbefehle, die der Staatsanwaltschaft eröffnet werden, ist erneut stark gestiegen: von 27 117 im Jahr 2002 auf 36 158 im Jahr 2004; dies entspricht einer Erhöhung um 30 %.

- Die deutschsprachigen Verfahren machen 22 % der bei der Staatsanwaltschaft offenen Dossiers aus.

Zivilverfahren

Das kantonale Zivilstandsamt unterrichtet die Staatsanwaltschaft regelmässig über Eheschliessungen zwischen einem schweizerischen und ausländischen Ehegatten, falls dabei gegen die schweizerische Rechtsordnung verstossen wurde. Anzeigen wegen Nötigung und Bigamie wurden beim Untersuchungsrichteramt eingereicht.

Verwaltungsverfahren

Die Zahl der Verwaltungsbeschwerden hat sich verdoppelt, von 7 auf 14. Alle Verfahren betrafen personalrechtliche Angelegenheiten.

Allgemeine Bemerkungen

Im Verfahren wegen Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz, in das 43 Beschuldigte impliziert sind, wurden die ersten Urteile gefällt.

Einige grosse Dossiers konnten im vergangenen Jahr definitiv abgeschlossen werden: die Schiesserei von Murten und Châtillon, die Sache Aldis, das Tötungsdelikt vom Bahnhof Freiburg. Andere Verfahren harren allerdings weiterhin ihrer Beurteilung (Cannabioland, eine Anstiftung zu Mord, SLK), ein Umstand, welcher der Glaubwürdigkeit der Freiburger Justiz nicht gerade förderlich ist.

Die Staatsanwaltschaft versucht durch ihre Teilnahme an den Strafverfahren die Praxis der erstinstanzlichen Gerichte zu vereinheitlichen, zum Beispiel wenn es darum geht,

eine Strafbestimmung anzuwenden, welche in der Überweisungsverfügung zwar nicht erwähnt, deren Tatbestand aufgrund des überwiesenen Sachverhaltes aber erfüllt ist.

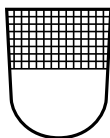
Nach verschiedenen Unfällen wegen ungenügend enteisten Windschutzscheiben (einer mit tödlichem Ausgang) intervenierte die Staatsanwaltschaft, damit diese Widerhandlung gegen das Strassenverkehrsgesetz strenger geahndet wird.

XIII. Strafanstalten von Bellechasse

Die Tätigkeit der Strafanstalten von Bellechasse bildet Gegenstand eines besonderen Berichtes.

XIV. Kantonale Aufsichtsbehörde für den Datenschutz

Die Tätigkeit der Kantonalen Aufsichtsbehörde für den Datenschutz bildet Gegenstand eines besonderen Berichtes.



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2004

Direktion der Institutionen und
der Land- und Forstwirtschaft

Inhaltsverzeichnis

Direktion	5	9. Übrige Zusammenarbeit	20
I. Gesetzgebung	5	10. Statistik	20
1. Gesetze und Dekrete	5		
2. Verordnungen und Reglemente	5	Amt für Landwirtschaft	21
II. Allgemeines	6	I. Förderung der Landwirtschaft	21
III. Personal	7	1. Allgemeines	21
IV. Streitsachen	7	2. Personal	21
V. Kantonale Behörde für Grundstückverkehr ...	7	3. Örtliche Landwirtschaftsverantwortliche .	21
1. Bäuerliches Bodenrecht	7	4. Landwirtschaftliche Pacht für Parzellen ..	21
2. Landwirtschaftliche Pacht	7	5. Landwirtschaftliche Nutzfläche (LN)	21
VI. Kommission und Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen ..	8	6. Beitragswesen	21
VII. Ausübung der politischen Rechte	8	7. Rindviehzucht	22
1. Wahlen	8	8. Pferdezucht	23
2. Abstimmungen	8	9. Schweine-, Schaf- und Ziegenzucht	23
VIII. Oberämter	9	10. Weinbau	24
1. Allgemeines	9	11. Viehhandelspatente	25
2. Personal und Verwaltung	9	12. Raumplanung	25
3. Gerichtliche und administrative Tätigkeiten	10	13. Umweltschutz	25
4. Tätigkeiten auf Gemeindeebene	10	14. Naturschutz: Öko-Qualitätsverordnung (ÖQV)	25
5. Interkantonale Zusammenarbeit	11	II. Verwaltung der Staatsreben	26
		Meliorationsamt	27
Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen	17	1. Allgemeines	27
1. Allgemeines	17	2. Tätigkeiten	27
2. Zivilstandswesen	17		
3. Einbürgerungen	18	Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg	30
Amt für Gemeinden	19	1. Allgemeines	30
1. Allgemeines	19	2. Berufsbildung	30
2. Personal	19	3. Land- und Milchwirtschaftliche Stationen und Dienstleistungen des LIG	31
3. Oberaufsicht und damit verbundene Beschlüsse	19	Veterinäramt	33
4. Gesetzlich festgelegte Verschuldungs- grenze	19	1. Allgemeines	33
5. Gemeindeverbände	19	2. Personal	33
6. Beratende Tätigkeit	19	3. Tätigkeiten	33
7. Beziehung zwischen den Kirchen und dem Staat	19		
8. Eigentliche Gesetzgebungsarbeiten	20		

Amt für Wald, Wild und Fischerei	35
I. Wald	35
1. Allgemeines	35
2. Personal	35
3. Neuerungsprojekte	35
4. Aus- und Weiterbildung	35
5. Naturgefahren	36
6. Holzförderung	36
7. Naturschutz im Wald	36
8. Technische Projekte	36
9. Forstliche Planung	37
10. Forststatistik	38
11. Waldschäden	38
12. Waldbau	38
13. Forstpolizei	39
II. Wild, Jagd und Fischerei	39
1. Verwaltung	39
2. Jagd	39
3. Fischerei	40

Direktion

Die Zahlen des Rechenschaftsberichts 2003 stehen in ().

I. Gesetzgebung

Die Gesetze, Dekrete, Verordnungen und Reglemente in den Bereichen, die in die Zuständigkeit der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft fallen, sind in der Reihenfolge ihrer Veröffentlichung in der Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg (ASF) geordnet:

1. Gesetze und Dekrete

- Gesetz vom 10. Februar 2004 zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinden
- Dekret vom 24. März 2004 über die Einbürgerungen
- Dekret vom 15. Juni 2004 über den Zusammenschluss der Gemeinden Cugy und Vesin
- Dekret vom 15. Juni 2004 über die Einbürgerungen
- Zivilstandsgesetz (ZStG) vom 14. September 2004
- Dekret vom 14. September 2004 über die Gültigkeit der Gesetzesinitiative «Steuerrabatt für Familien»
- Dekret vom 14. September 2004 über die Einbürgerungen
- Dekret vom 15. September 2004 über die Anwendung neuer Techniken zur Resultatermittlung bei Volksabstimmungen
- Gesetz vom 12. Oktober 2004 zur Änderung des Gesetzes über die Bodenverbesserungen
- Dekret vom 13. Oktober 2004 über den Zusammenschluss der Gemeinden Lussy und Villarimboud
- Dekret vom 18. November 2004 über den Zusammenschluss der Gemeinden Botterens und Villarbeney
- Dekret vom 18. November 2004 über den Zusammenschluss der Gemeinden Bulle und La Tour-de-Trême
- Dekret vom 18. November 2004 über den Zusammenschluss der Gemeinden Cordast und Gurmels
- Dekret vom 18. November 2004 über den Zusammenschluss der Gemeinden Delley und Portalban
- Dekret vom 14. Dezember 2004 über die Einbürgerungen
- Dekret vom 16. Dezember 2004 über den Zusammenschluss der Gemeinden Chapelle (Broye) und Cheiry
- Dekret vom 16. Dezember 2004 über den Zusammenschluss der Gemeinden Praratoud und Surpierre
- Gesetz vom 16. Dezember 2004 zur Änderung des Gesetzes über die Zahl und den Umfang der Verwaltungsbezirke

2. Verordnungen und Reglemente

- Verordnung vom 20. Januar 2004 zur Änderung der Verordnung über die Klassifikation der Gemeinden für die Jahre 2003 und 2004
- Verordnung vom 11. Februar 2004 über die Grenzen der Wildsektoren
- Verordnung vom 17. Februar 2004 zur Aufhebung von vier Beschlüssen auf dem Gebiet der politischen Rechte
- Verordnung vom 17. Februar 2004 über die finanziellen Beteiligungen und die Gebühren für die Entsorgung tierischer Abfälle
- Verordnung vom 17. Februar 2004 über die Prämien der SANIMA für 2004 und die Höchstschätzung der versicherten Tiergattungen
- Verordnung vom 17. Februar 2004 zur Änderung des Reglements über die besonderen Entschädigungen für das Personal des Amts für Wald, Wild und Fischerei
- Verordnung vom 1. März 2004 zur Änderung der Verordnung über die Teilprüfungen der Fähigkeitsprüfung für die Jagd und die Bedingungen für den Prüfungserfolg
- Verordnung vom 30. März 2004 über die Kantonsbeiträge für den Wald und den Schutz vor Naturereignissen
- Verordnung vom 27. April 2004 über die Bedingungen des Alpauftriebs
- Reglement vom 6. Mai 2004 zur Änderung des Ausführungsreglements zum Konkordat über die Fischerei im Neuenburgersee
- Reglement vom 6. Mai 2004 zur Änderung des Reglements über die Ausübung der Fischerei im Neuenburgersee in den Jahren 2004, 2005 und 2006
- Verordnung vom 10. Mai 2004 über die besonderen Rechte der Schweisshundeführer
- Verordnung vom 7. Juni 2004 zur Änderung des Reglements über die Jagd sowie den Schutz wild lebender Säugetiere und Vögel und ihrer Lebensräume
- Verordnung vom 7. Juni 2004 zur Änderung des Reglements über die Ausübung der Jagd
- Verordnung vom 7. Juni 2004 zur Änderung der Verordnung über die Ausübung der Jagd in den Jahren 2003, 2004 und 2005
- Verordnung vom 7. Juni 2004 zur Änderung der Verordnung über die Wildschutzgebiete
- Verordnung vom 17. August 2004 zur Änderung der Verordnung über die Schulgelder, die Gebühren und die übrigen Kosten des Landwirtschaftlichen Instituts des Kantons Freiburg in Grangeneuve

- Verordnung vom 31. August 2004 über die Klassifikation der Gemeinden für die Jahre 2005 und 2006
- Ausführungsreglement vom 28. September 2004 zum Gesetz über die örtlichen Landwirtschaftsverantwortlichen
- Verordnung vom 3. November 2004 über den kantonalen Sömmerungsbeitrag für 2004
- Verordnung vom 30. November 2004 zur Änderung des Reglements über den Wald und den Schutz vor Naturereignissen (Festlegung der Forstkreise)
- Verordnung vom 7. Dezember 2004 zur Anpassung des Subventionssatzes oder des Anwendungsgebiets gewisser kantonalen Subventionen
- Verordnung vom 9. Dezember 2004 über die Einteilung des Kantons in Aufsichtsregionen für die Tier- und Pflanzenwelt, die Jagd und die Fischerei
- Verordnung vom 16. Dezember 2004 über die Verlängerung der Wildschweinjagd im Flachland

II. Allgemeines

Nebst den Aktivitäten, die zu Beginn der Berichte der einzelnen Ämter, Einrichtungen oder anderen Verwaltungseinheiten aufgeführt sind, hat die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft (ILFD) sich vor allem mit den folgenden Dossiers befasst und die folgenden Aufgaben wahrgenommen:

1. Totalrevision der Kantonsverfassung: Anfang Jahr verabschiedete der Verfassungsrat den Entwurf der neuen Kantonsverfassung, der am 16. Mai 2004 vom Volk angenommen wurde. Damit fand das Revisionsverfahren seinen Abschluss. Im Rahmen der Arbeiten zur Umsetzung der neuen Kantonsverfassung hat ein Leitungsausschuss, der der ILFD administrativ zugewiesen ist und vom Direktionsvorsteher präsiert wird, herausgearbeitet, welche Gesetzesanpassungen das neue Grundgesetz nach sich zieht. In dieser ersten Studie wurde vor allem zwischen sog. «zwingenden» und sog. «fakultativen» Projekten unterschieden, und die verschiedenen Projekte wurden den Themen entsprechend den verschiedenen Direktionen zugeteilt. Diese erste Phase war Gegenstand eines Berichts des Staatsrats an den Grossen Rat. Anschliessend hat der Leitungsausschuss ein Planungs- und Koordinationsverfahren zur Umsetzung besagter Gesetzgebungsarbeiten erarbeitet. In diesem Rahmen mussten die Direktionen dem Leitungsausschuss ihre Absichten zur Ausführung der verschiedenen Projekte und zur Planung der Gesetzesanpassungen bekannt geben. Die Direktionen wurden daher gebeten, dem Leitungsausschuss im Januar 2005 eine Liste der Anpassungsentwürfe sowie einen Zeitplan für ihre Umsetzung vorzulegen.
2. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen: Gemäss ihrem Auftrag hat die Kantonale Kommission für eine umfassende Familienpolitik unter der Leitung des Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen einen Schlussbericht vorgelegt. Nach einer eingehenden Prüfung durch die ILFD hat der Staatsrat den Bericht dem Grossen Rat unterbreitet und die wichtigsten Optionen festgehalten, die er umzusetzen gedenkt.
3. Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (ZEA): Die Einsetzung des neuen Amtes für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (ZEA) im Rahmen der Reorganisation der Zuständigkeitsbereiche der Direktionen des Staatsrats im Jahre 2003 wurde Anfang Jahr abgeschlossen. Die Aufhebung zahlreicher lokaler Zivilstandsämter war mit keinen besonderen Problemen verbunden, im Gegenteil. Die Bürgerinnen und Bürger, die die Dienstleistungen des ZEA in Anspruch nehmen, sind mit dem Angebot offenbar zufrieden, was dem grossen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Amtes zu verdanken ist. Die Informatisierung des Amtes mit der Erfassung aller Zivilstandsdaten in der zentralen Datenbank Infostar, die schweizweit eingeführt wird, geht voran. Die Gesamtheit dieser Aktivitäten wurde im Zivilstandsgesetz (ZStG), das vom Grossen Rat am 14. September 2004 angenommen wurde, geregelt.
4. Gemeinden: Auch in diesem Jahr lag der Schwerpunkt der Aktivitäten erneut bei den Gemeindezusammenschlüssen. 10 Fusionsprojekte, die insgesamt 21 Gemeinden betrafen, wurden von den Gemeindeversammlungen oder den Generalräten genehmigt. Die ILFD hatte den Vorsitz bei den Arbeiten zur Revision des Gemeindegesetzes inne, vor allem was den Aspekt der politischen, administrativen und der finanziellen Aufsicht und die Überprüfung der Modalitäten des Finanzausgleichssystems betrifft.
5. Landwirtschaft: Im Hinblick auf die grundlegende Revision des Gesetzgebung im Agrarbereich wurden die Studien über eine koordinierte Zuchtspolitik, eine Revitalisierung der Wirtschaft und die Organisation der landwirtschaftlichen Kontrollen abgeschlossen. Diese Berichte wurden bei der Ausarbeitung des Vorentwurfs eines kantonalen Landwirtschaftsgesetzes berücksichtigt.
6. Forsten: Die Aktivitäten in diesem Bereich waren hauptsächlich auf die sekundären Folgen des Sturms «Lothar», also die Borkenkäferbekämpfung in den Bergwäldern und die Wiederherstellung zerstörter Flächen, ausgerichtet. Die Reorganisationsbemühungen wurden mit der Bildung von Revierkörperschaften weitergeführt. Die Ausführung der neuen Verordnung über die Aufsicht über die Tier- und Pflanzenwelt und über die Jagd und die Fischerei wurde gewährleistet.
7. Die ILFD hat, vertreten durch ihren Vorsteher, an den vier Sitzungen der Konferenz der kantonalen Landwirtschaftsdirektoren und an zwei Sitzungen der Konferenz der kantonalen Forstdirektoren (FoDK) teilgenommen. Die wichtigsten Themen, die die Konferenz der kantonalen Landwirtschaftsdirektoren behandelt hat, waren:

- die Auswirkungen des freien Personenverkehrs von Personen aus dem EU-Raum auf die Landwirtschaft, insbesondere unter dem Aspekt des Lohn-dumpings.
- die Abdeckung von Hofdüngeranlagen im Zusammenhang mit Ammoniakemissionen. Die Konferenz hat vorgeschlagen, das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft zu ersuchen, auf diese Forderung zu verzichten.
- das Schema für Kürzungen im Rahmen der Ausrichtung von Direktzahlungen.

Die kantonalen Landwirtschaftsdirektoren wurden über die wichtigsten aktuellen Dossiers der Agrarpolitik des Bundes informiert. Sie konnten sich dazu äussern, ihre Meinung geltend machen und gegebenenfalls Stellung nehmen. Die Informationen betrafen:

- den Stand der Verhandlungen im Rahmen der Welt-handelsorganisation (WTO)
- das Entlastungsprogramm der Bundesfinanzen
- die Bundesverordnung über den Ausstieg aus der Milchkontingentierung
- die Änderung des Bundesgesetzes über den Schutz von Pflanzenzüchtungen
- den Bericht zur Agrarpolitik 2011
- die Änderung der Bundesverordnung über die Qualitätssicherung in der Milchwirtschaft
- die Bundesverordnung über die Rückerstattung der Treibstoffzölle
- die Zukunft der landwirtschaftlichen Beratung

Die Konferenz der kantonalen Forstdirektoren hat sich ihrerseits in die folgenden Themen vertieft:

- die Auswertung der Bundeskredite im Forstbereich
- die Volksinitiative «Rettet den Schweizer Wald»
- die Teilrevision des Bundesgesetzes über den Wald

III. Personal

Es gab keine Änderungen.

IV. Streitsachen

Die Direktion beurteilt grundsätzlich Beschwerden gegen Entscheide der ihr unterstellten Dienststellen, d.h. vor allem Entscheide des Amtes für Zivilstandswesen und Einbürgerungen, des Amtes für Landwirtschaft, des Veterinäramts und des Amtes für Wald, Wild und Fischerei. Sie beurteilt auch alle anderen Beschwerden, für die sie gemäss Gesetz zuständig ist, und entscheidet über Einsprachen im Forstbereich.

Erledigte Beschwerden: 27
Am 31.12.2004 hängige Beschwerden: 7

Erledigte Einsprachen: 1

Hängige Einsprachen: 1

Die Direktion hat ausserdem 3 Fälle von Haftpflichtansprüchen im Hinblick auf die Vorbereitung der Stellungnahme des Staatsrats instruiert und die Interessen des Staates in einem inzwischen abgeschlossenen Verfahren, das nach einer Entscheidung des Staatsrats vor die Justizbehörden gebracht worden war, wahrgenommen. 2 Fälle von Haftpflichtansprüchen sind hängig.

V. Kantonale Behörde für Grundstückverkehr

1. Bäuerliches Bodenrecht

Die kantonale Behörde für Grundstückverkehr (BGV), deren Sekretariat vom Generalsekretariat der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft zugewiesenen Personal geführt wird, ist in ihrer Eigenschaft als erstinstanzliche Verwaltungsbehörde mit der Anwendung des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1991 über das bäuerliche Bodenrecht beauftragt.

Im November 2004 musste der Staatsrat mit Bedauern vom plötzlichen Hinschied von Michel Torche, Rechtsanwalt und Notar in Freiburg und geschätzter Präsident der kantonalen Behörde für Grundstückverkehr, Kenntnis nehmen. Herr Torche hatte die BGV mit Kompetenz und Effizienz während 8 Jahren präsidiert.

Im Jahr 2004 behandelte die BGV 430 (466) Gesuche, davon:

- 271 Entscheide in Bezug auf die Bewilligung von Realteilungen (Art. 58 Abs. 1 BGG). Zerstückelungen (Art. 58 Abs. 2 BGG) und zum Erwerb eines landwirtschaftlichen Gewerbes oder Grundstücks (Art. 60 BGG)
- 111 Entscheide in Bezug auf die Unterstellung von Grundstücken in der Landwirtschaftszone unter das bäuerliche Bodenrecht
- 46 Entscheide zur Festsetzung des höchstzulässigen Preises (Art. 66 BGG)
- 2 Entscheide in Bezug auf eine Bewilligung zur Überschreitung der Belastungsgrenze (Art. 76 Abs. 2 BGG)

Gegen 7 Entscheide wurde beim Verwaltungsgericht Beschwerde eingelegt.

2. Landwirtschaftliche Pacht

Gemäss den Aufgaben, die ihr durch das Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht übertragen sind, hat die Behörde für Grundstückverkehr 67 (85) Gesuche behandelt, nämlich:

- 26 Gesuche um eine Verkürzung der Pachtdauer
- 1 Gesuch um Festsetzung des zulässigen Pachtzinses
- 8 Gesuche um parzellenweise Verpachtung von landwirtschaftlichen Gewerben

- 27 Genehmigungen des Pachtzinses von landwirtschaftlichen Gewerben.

Sie hat ausserdem 5 Einsprachen des Amtes für Landwirtschaft gegen den Pachtzins gutgeheissen und in 5 Fällen den Pachtzins gesenkt.

Diese Dossiers wurden in 15 Plenarsitzungen und jeweils einer Sitzung pro Woche mit reduziertem Mitgliederbestand (Präsidentialsitze) behandelt.

VI. Kommission und Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen

Das Gleichstellungsbüro ist ein Beratungs-, Auskunft-, Informations-, Förderungs-, Vollzugs- und Kontrollorgan für alle Fragen der Gleichstellung von Frau und Mann und der Familienpolitik.

Von den vom Büro wahrgenommenen Aufgaben seien insbesondere die folgenden erwähnt:

- Überweisung des Berichts der Kantonalen Kommission für eine umfassende Familienpolitik im März 2004; Vorstellung des Berichts im Staatsrat im April 2004; Organisation einer Fachtagung am 7. Oktober 2004: «Familienpolitik und Gleichstellung: Zukunftsperspektiven für den Kanton Freiburg», gefolgt von einem «Runden Tisch» mit Vertreterinnen und Vertretern der politischen Parteien des Kantons Freiburg; Überweisung des Berichts über eine umfassende Familienpolitik an die Grossrätinnen und Grossräte;
- Koordination der Sitzungen der interdisziplinären Arbeitsgruppe (Polizei, Gerichtsbehörden, Sozialdienste, Gesundheit, Opferhilfe, Oberämter) zum Thema häusliche Gewalt; Informationskampagne zur Sensibilisierung von Freiburger Ärztinnen und Ärzten und den Notfalldiensten der Spitäler des Kantons, den Opfern von häuslicher Gewalt ein einheitliches Arzzeugnis auszustellen; gross angelegte Verbreitung der *Notfallkarten*;
- Lancierung einer freiburgischen Plattform für die Unterstützung des Mutterschaftsurlaubs im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 26. September 2004;
- Beteiligung und Anwesenheit des GFB an den Tagen der offenen Tür der ILFD in Grangeneuve;
- Organisation einer Veranstaltung zum 10-jährigen Bestehen des Gleichstellungsbüros für Frau und Mann und für Familienfragen am 7. Oktober 2004 in Anwesenheit von Regierungsvertretern, verschiedenen Grossratsmitgliedern und zahlreichen Gästen aus dem ganzen Kanton und der übrigen Schweiz;
- Verfassung und Herausgabe des Schlussberichts zur Auswertung des Projekts «Motivationspraktika für Mädchen in geschlechtsatypischen Berufen», das in Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsbildung und dem Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung des Kantons Freiburg durchgeführt wurde; Organisation

des 4. kantonalen «Tochtertags», an dem dieses Jahr die Mädchen der 5. Primarklassen teilnehmen konnten;

- Beratung, Begleitung und Beantwortung von Fragen von Privatpersonen zur Diskriminierung im Berufsleben (vor allem innerhalb der Kantonsverwaltung); Beratung und Information von Privatpersonen sowie Berufsleuten zu Fragen im Zusammenhang mit der Gleichstellung und der Familie;
- Stellungnahmen und Beantwortung von verwaltungsin-
ternen Vernehmlassungen oder Vernehmlassungen zu Gesetzesprojekten sowohl auf kantonaler als auch auf Bundesebene (17 Vernehmlassungen oder Stellungnahmen im Jahr 2004);
- Beteiligung an Arbeiten der Schweizerischen und Lateinischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten; Verbreitung der Broschüre «Scheidung, Pensionskasse, AHV/IV – Das müssen Sie wissen», die von der SKGB herausgegeben wurde; die Wiederaufnahme der Sensibilisierungskampagne zum Thema «sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz» bei freiburgischen Unternehmen mit der Unterstützung des Arbeitsinspektorats; Beteiligung an der Arbeitsgruppe «Gewalt» der SKGB;

Das Büro führt das Sekretariat der Schlichtungskommission für die Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben (GIG; Gleichstellungsgesetz des Bundes).

Das Büro führt das Sekretariat der kantonalen Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen. Die Kommission berät das Büro und unterstützt es in seiner Arbeit. Sie ist zudem Bindeglied zwischen dem Büro und den interessierten Vereinigungen. Sie hat während dem Jahr 3 Plenarsitzungen abgehalten. Ihre Mitglieder sind in zwei Arbeitsgruppen aufgeteilt, die Arbeitsgruppe zur «Anerkennung der Freiwilligenarbeit» und die Arbeitsgruppe «Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben für Väter». Die Kommissionsmitglieder haben an mehreren Veranstaltungen, die vom Büro organisiert wurden, mitgewirkt und zu ihrem Gelingen beigetragen.

VII. Ausübung der politischen Rechte

Der Staatsrat erliess auf Antrag der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft folgende Beschlüsse:

1. Wahlen

Beschluss vom 17. Februar 2004 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur Ergänzungswahl in den Staatsrat vom Sonntag, den 16. Mai 2004.

2. Abstimmungen

2.1 Eidgenössische Abstimmungen

Beschluss vom 16. Dezember 2003 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 8. Februar 2004 über folgende Vorlagen:

- Gegenentwurf der Bundesversammlung vom 3. Oktober 2003 zur Volksinitiative «Avanti – für sichere und leistungsfähige Autobahnen»;
- Änderung vom 13. Dezember 2002 des Obligationenrechts (Miete);
- Volksinitiative vom 3. Mai 2000 «Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter».

Beschluss vom 9. März 2004 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 16. Mai 2004 über folgende Vorlagen:

- Änderung vom 3. Oktober 2003 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) (11. AHV-Revision);
- Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2003 über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze;
- Bundesgesetz vom 20. Juni 2003 über die Änderung von Erlassen im Bereich der Ehe- und Familienbesteuerung, der Wohneigentumsbesteuerung und der Stempelabgaben;

Beschluss vom 23. Juni 2004 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 26. September 2004 über folgende Vorlagen:

- Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2003 über die ordentliche Einbürgerung sowie über die erleichterte Einbürgerung junger Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation;
- Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2003 über den Bürgerrechtserwerb von Ausländerinnen und Ausländern der dritten Generation;
- Volksinitiative vom 26. April 2002 «Postdienste für alle»;
- Änderung vom 3. Oktober 2003 des Bundesgesetzes über die Erwerb ersatzordnung für Dienstleistende in Armee, Zivildienst und Zivilschutz (Erwerb ersatzgesetz, EOG);

Beschluss vom 5. Oktober 2004 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 28. November 2004 über folgende Vorlagen:

- Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2003 zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA);
- Bundesbeschluss vom 19. März 2004 über eine neue Finanzordnung;
- Bundesgesetz vom 19. Dezember 2003 über die Forschung an embryonalen Stammzellen (Stammzellenforschungsgesetz, StFG).

2.2 Kantonale Abstimmungen

Beschluss vom 9. März 2004 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur kantonalen Abstimmung vom 16. Mai 2004 zu folgender Vorlage:

- Verfassung des Kantons Freiburg (vom Verfassungsrat am 30. Januar 2004 verabschiedeter Entwurf).

VIII. Oberämter

1. Allgemeines

Wie auch in den vergangenen Jahren sahen sich die Oberämter nebst den in der Tabelle unter Punkt 3 aufgelisteten Aufgaben im Rahmen ihres allgemeinen Auftrags mit zahlreichen Tätigkeiten und Interventionen konfrontiert. Auch in diesem Jahr waren die wichtigsten Bereiche, mit denen sie sich im Laufe des Jahres zu befassen hatten, die Gemeindezusammenschlüsse, die interkommunale Zusammenarbeit und die Information sowohl von Gemeinden und den Mitgliedern ihrer Behörden als auch von Privaten. Was die Verwaltung betrifft, so wurde mit dem Fakturierungsprogramm SAP ein neues Fakturierungssystem eingeführt.

2. Personal und Verwaltung

2.1 Oberamt des Saanebezirks

Keine Änderung.

2.2 Oberamt des Sensebezirks

Susanne Clément hat ihre Lehre im Sommer 2004 abgeschlossen und wurde befristet als Büroangestellte angestellt. Aus diesem Grund wurde keine neue Auszubildende angestellt.

2.3 Oberamt des Greyerzbezirks

Aufgrund der Neuorganisation der Finanzdienste wurde das Oberamt mit einer zusätzlichen 50 %-Sekretariatsstelle ausgestattet, die gegenwärtig von Françoise Castella-Gachet besetzt ist.

2.4 Oberamt Seebezirk

Julia Neuhaus wurde vom Oberamt für ihre Lehre als kaufmännische Angestellte eingestellt.

2.5 Oberamt des Glanebezirks

Caroline Butty hat ihre Lehre als kaufmännische Angestellte begonnen und ersetzt Anne-Laure Bach, die ihre Ausbildung mit der Berufsmatura abgeschlossen hat.

2.6 Oberamt des Broyebezirks

Ebenfalls aufgrund der Neuorganisation der Finanzdienste wurden Sylviane Brasey, Sekretärin zu 50 %, und Willy Glardon, Verwaltungsadjunkt ebenfalls zu 50 %, in den Personalbestand des Oberamts integriert. Eine neue Auszubildende, Mélanie Peter, wurde eingestellt.

2.7 Oberamt des Vivisbachbezirks

Keine Änderungen.

3. Gerichtliche und administrative Tätigkeiten

siehe folgende Tabelle:

	Saane	Sense	Greyerz	See	Glane	Broye	Vivisbach
Strafklagen und Strafanzeigen	9 333 (8 581)	1 080 (1 066)	1 535 (1 613)	954 (1 081)	451 (380)	1 303 (1 069)	339 (451)
Versöhnungsversuche	462 (429)	56 (67)	132 (148)	42 (160)	58 (57)	62 (84)	43 (74)
– davon erfolgreich	290 (268)	38 (33)	95 (100)	17 (44)	30 (29)	40 (42)	21 (27)
– davon gescheitert und an den zuständigen Richter überwiesen	164 (151)	15 (31)	37 (48)	22 (116)	12 (9)	22 (42)	8 (28)
Strafbefehle	8 638 (7 951)	962 (931)	1 403 (1 465)	873 (921)	385 (310)	989 (953)	296 (377)
– davon definitiv	8 458 (7 810)	938 (911)	1 355 (1 436)	840 (886)	366 (288)	974 (930)	255 (327)
– davon mit Einsprache belegt	180 (141)	24 (20)	48 (29)	33 (35)	19 (22)	15 (23)	13 (9)
Beschwerden	266 (371)	22 (22)	58 (94)	45 (9)	31 (19)	216 (44)	9 (20)
Baubewilligungen	899 (806)	571 (554)	707 (602)	510 (604)	336 (265)	480 (394)	351 (243)
Neue Pässe	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)
Passerneuerungen	– (–)	– (1 185)	– (1 240)	– (1 800)	– (488)	– (456)	– (278)
Identitätskarten	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)
Ausländerausweise	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)
Freiheitsentzug	29 (24)	– (–)	– (–)	– (–)	1 (2)	– (–)	– (2)
Jagdausweise	329 (351)	348 (342)	566 (575)	149 (133)	159 (144)	137 (130)	174 (171)
Fischereiausweise	1 576 (1 569)	1 206 (1 222)	1 646 (1 572)	1 956 (1 645)	205 (223)	583 (597)	238 (190)
Fahrrad- und Mofaschilder	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)
Patente	648 (699)	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)
Sozialhilfe	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)	– (–)	1 (–)
Einsargungen	22 (27)	4 (3)	3 (1)	2 (–)	1 (3)	– (–)	1 (–)
Verschiedene Bewilligungen	3 186 (3 682)	1 555 (541)	1 302 (1 344)	371 (371)	1 310 (516)	873 (785)	390 (349)

4. Tätigkeiten auf Gemeindeebene

4.1 Oberamt des Saanebezirks

Seit dem 1. Januar 2004 zählt der Saanebezirk 36 Gemeinden. Die Fusionsprojekte der Gemeinden Neyruz und Cottens, Arconciel, Ependes, Ferpicloz und Senèdes, Corpataux-Magnedens und Rossens sowie Autafond und Belfaux waren leider nicht erfolgreich.

4.2 Oberamt Sense

Im Berichtsjahr begleitete der Oberamtmann die Fusionsverhandlungen von Oberschrot und Plaffeien. Den Gemeindeversammlungen dieser Gemeinden wurde ein Fusionsprojekt zur Abstimmung unterbreitet. Während Plaffeien der Fusion zustimmte, wurde sie von Oberschrot verworfen. Die Gemeindeversammlungen von Giffers, St. Silvester und Tentlingen ihrerseits konnten über die Ausarbeitung einer Fusionsvereinbarung befinden. Während diese Frage in Giffers positiv beantwortet wurde, wurde sie von St Silvester und Tentlingen abgelehnt, so dass auch in diesem Fall keine Fusion zustande gekommen ist.

4.3 Oberamt des Greyerzbezirks

Es sei vor allem auf die Mitarbeit bei der Vorbereitung von Gemeindezusammenschlüssen hingewiesen. Zwei Fusionsprojekte konnten erfolgreich zum Abschluss gebracht werden, nämlich die Zusammenschlüsse von Bulle–LaTourde-Trême und von Botterens–Villorsonnens.

4.4 Oberamt des Seebezirks

Das Oberamt bot bei den folgenden Fusionsprozessen seine Unterstützung und seine Hilfe an:

- bei den Gemeinden Gurmels und Cordast. Der Zusammenschluss der beiden Gemeinden wurde bei den Gemeindeversammlungen vom 30. September 2004 angenommen. Gegen den Entscheid dieser Versammlung wurde Beschwerde eingereicht, die vom Oberamtmann am 30. Dezember 2004 jedoch abgewiesen wurde;
- bei den Gemeinden Ried und Agriswil, deren Gemeindeversammlungen Anfang Frühling 2005 einberufen werden;
- bei den Gemeinden Villarepos und Misery–Courtion. Dieses Fusionsprojekt konnte jedoch nicht erfolgreich zu Ende gebracht werden.

Das Oberamt und zahlreiche Gemeinden konnten die Prüfung der Dossiers insbesondere im Zusammenhang mit der Spitalplanung (Zukunft des Spitals von Merlach), der Feuerprävention und -bekämpfung, Lärmbelästigungen und Vandalenakten im Raum Murten abschliessen.

4.5. Oberamt des Glanebezirks

Der Änderungsprozess der territorialen und politischen Strukturen setzte sich fort. So konnten die Fusionsverfahren der folgenden beiden Gemeinden im Jahr 2004 abgeschlossen werden:

- La Folliaz (Zusammenschluss der Gemeinden Lussy und Villarimboud), in Kraft ab dem 1. Januar 2005
- Vuarmarens (Zusammenschluss der Gemeinden Esmonts und Vuarmarens), in Kraft ab dem 1. Januar 2006

Das Oberamt hat ausserdem die Gemeinderäte von Grassettes, Le Châtelard und Massonnens bei ihren Fusionsstudien unterstützt.

Die vom Oberamt des Glanebezirks initiierten Arbeiten im Hinblick auf einen oder mehrere neue Lastenverteilungsschlüssel der verschiedenen Gemeindeverbände oder Gemeindeübereinkünfte wurden in Zusammenarbeit mit dem Gemeindeverband des Glanebezirks und dem Sekretariat der Region Glane-Vivisbach fortgesetzt. Diese Studien wurden an die neuen demographischen und finanziellen Gegebenheiten der Gemeinden angepasst. Bei Besprechungen mit den Ammännern konnte ein breiter Konsens gefunden werden. Dies ermöglicht es dem Oberamtmann, einen einzigen neuen Verteilungsschlüssel vorzuschlagen, der der Einwohnerzahl, dem Finanzkraftindex und dem Steuerertrag jeder Gemeinde Rechnung trägt.

4.6 Oberamt des Broyebezirks

2004 konnten fünf Gemeindefusionsprojekte erfolgreich zu Ende geführt werden: der Zusammenschluss der Gemeinden Cugy und Vesin, die seit dem 1. Januar 2005 die Gemeinde Cugy bilden, der Zusammenschluss der Gemeinden Delley und Portalban, die seit dem 1. Januar 2005 die Gemeinde Delley-Portalban bilden, der Zusammenschluss der Gemeinden Autavaux, Forel und Montbrelloz, die ab dem 1. Januar 2006 die Gemeinde Vernay bilden werden, der Zusammenschluss der Gemeinden Chappelle und Cheiry, die seit dem 1. Januar 2005 die Gemeinde Cheiry bilden, und der Zusammenschluss der Gemeinden Praratoud und Surpierre, die seit dem 1. Januar 2005 die Gemeinde Surpierre bilden.

Unter Berücksichtigung der mit dem Ablauf des Fusionsdekrets verbundenen Modalitäten werden den Gemeindeversammlungen bis Ende April noch zwei Fusionsprojekte zur Abstimmung unterbreitet, nämlich das Fusionsprojekt der Gemeinden Bollion, Lully und Seiry und das Fusionsprojekt der Gemeinden Les Montets und Nuvilly.

4.7 Oberamt des Vivisbachbezirks

Das Oberamt des Vivisbachbezirks hat Inspektionen von Gemeindeverwaltungen vorgenommen.

5. Interkantonale Zusammenarbeit

5.1 Oberamt des Saanebezirks

- Gemeindeverband der Orientierungsschule Saane Land und des oberen französischsprachigen Seebezirks

Was die zukünftige OS Avry betrifft, so werden die provisorischen Pavillions von den Schülern bereits seit Beginn des Schuljahres 2004/05 benutzt. Die Delegiertenversammlung des Verbands hat dem Kredit für den Bau der OS Avry zugestimmt. Der Baubeginn verzögerte sich aufgrund von Einsparungen, die bei der Auflage des Projekts eingereicht wurden. Diese Arbeiten sollten Anfang 2005 beginnen, damit der Zeitplan eingehalten werden kann und die Schüler das neue Gebäude beim Schulanfang im Herbst 2006 beziehen können.

Die Umbau- und Ausbaurbeiten der OS Marly sind praktisch abgeschlossen.

- Verkehrsverbund der Agglomeration Freiburg (CUTAF)

Da die Grundlagen der CUTAF nun fest verankert sind, ist es an der Zeit, die zahlreichen, im Rahmenentwurf festgelegten Massnahmen umzusetzen. Mehrere Gemeinden haben von der finanziellen Unterstützung der CUTAF profitiert, sei es bei der Einführung neuer Linien, sei es bei der Einrichtung der für den Betrieb der öffentlichen Verkehrsmittel notwendigen Infrastruktur. Die CUTAF wurde von der konstituierenden Versammlung der Agglomeration damit beauftragt, bis Ende 2005 ein Agglomerationsprogramm zu erarbeiten, d.h. dem Bund ein Zusammenarbeitsprojekt der Gemeinden des provisorischen Perimeters in den Bereichen Umwelt, Transport, und Raumplanung vorzulegen. Eine darauf spezialisierte Arbeitsgemeinschaft wurde mit der Ausarbeitung eines Agglomerationsprogramms beauftragt. Die Arbeiten gehen gut voran, und das Programm kann dem Bund fristgerecht unterbreitet werden, was mit einer Unterstützung des Bundes verbunden ist. Es sei auch erwähnt, dass die CUTAF mehr und mehr zu einer Referenz im Bereich interkommunaler Zusammenarbeit geworden ist.

- Gemeindeverband für die Kulturförderung CORIOLIS

Die Arbeiten an der kulturellen Infrastruktur Espace Nuithonie in Villars-sur-Glâne waren Ende Jahr praktisch abgeschlossen. Die Einweihung findet im Februar 2005 statt. Was den Konzert- und Theatersaal der Stadt Freiburg betrifft, so sind die Planung und die Ausarbeitung des Projekts abgeschlossen und der Generalrat wird darüber Anfang 2005 entscheiden. Die fünf Gemeinden, die die zentrale Stütze für den Bau der Infrastrukturen in Villars-sur-Glâne und Freiburg bilden, also Freiburg, Granges-Paccot, Villars-sur-Glâne, Givisiez und Corminboeuf, haben am 13. Dezember die Vereinbarung erneuert, die sie für den Bau und den Betrieb der erwähnten Infrastrukturen bindet. Sie haben ausserdem die Statuen von Coriolis Infrastrukturen genehmigt, was die Finanzierung der Investitionen und den Betrieb der Infrastrukturen ermöglicht. Die Erwartungen an die aus dem Casinobetrieb stammenden Gelder wurden nicht enttäuscht. Im Hinblick auf die Beteiligung an den Betriebs- und Infrastrukturkosten von Freiburg und Villars-sur-Glâne wurden bereits beinahe 1,1 Millionen an Coriolis Finanzen überwiesen.

- Stiftung für spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe (SPITEX)

Am 9. Juli 2004 wurde die Stiftung für spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe gegründet. Die Arbeiten für die Schaffung des neuen gemischten Dienstes für Krankenpflege und Familienhilfe gingen sehr rasch voran. So konnte der Stiftungsrat eine neue Leitung einsetzen.

zen. Das gesamte Personal des Roten Kreuzes, der «Association des aides familiales» und des «Office familial de Fribourg» wurde erneut eingestellt. Mit der Verwaltungseinheit wurden im Bezirk insgesamt sechs lokale Aussenstellen geschaffen und in Betrieb genommen. Dieser neue, gemischte Dienst sollte seine Tätigkeit am 1. Januar 2005 aufnehmen.

– Agglomeration

Die Arbeiten zur Schaffung der Agglomeration Freiburg gehen normal voran. Anfang Sommer hat die Kommission für die Aufgabenbereiche ihren Bericht vorgelegt. Dieser wurde bei den Gemeinderäten der Gemeinden des provisorischen Perimeters der Agglomeration in die Vernehmlassung gegeben. Aufgrund dieser Ergebnisse können die Finanzkommission und die Kommission für Rechtsfragen ihre Arbeiten ausführen. Die konstituierende Versammlung hat die CUTAF mit der Ausarbeitung eines Agglomerationsprogramms (Leitbild in den Bereichen Raumplanung, Transport und Umwelt) beauftragt, das den Bundesstellen zur Genehmigung und für eine spätere Unterstützung der Arbeiten in diesen Bereichen unterbreitet werden kann.

5.2 Oberamt des Sensebezirks

– Gemeindeverband Orientierungsschule des Sensebezirks

Die Organe der OS Sense befassten sich insbesondere mit folgenden Geschäften:

- Genehmigung des Projekts und des Kredits zum Ausbau des OS-Schulzentrums Wünnewil;
- Planungsarbeiten zum Ausbau des OS-Zentrums Plaffeien;
- Antworten auf Vernehmlassungen zum Gesetzesentwurf über Kantonsbeiträge an Schulbauten, zum Bericht über Massnahmen für Kinder und Jugendliche mit schweren Verhaltensstörungen, zum kantonalen Sportkonzept und zum Schulkalender.

– Gemeindeverband Spital, Pflegeheim und sozialmedizinische Dienste im Sensebezirk

Nachfolgende Themen beschäftigten die Organe in besonderem Masse:

- Abschluss der Umbauarbeiten für das Spital und Pflegeheim des Sensebezirks und Genehmigung der entsprechenden Bauabrechnungen;
- Mitarbeit und Begleitung der Spitalplanung Nord (Seebezirk);
- Strategische Ausrichtung des Spitals Tifers;
- Beherbergungsmöglichkeiten für (betagte) Personen, die vorübergehend oder dauernd einer betreuten Wohnform bedürfen;
- Abschluss einer Vereinbarung mit dem Ambulanz- und Rettungsdienst Sense AG über die Stationierung eines Ambulanzfahrzeugs im Spital;

- Vorbereitungsarbeiten Teilrevision der Statuten.

– Gemeindeverband «Region Sense»

Im Rahmen der Aktivitäten dieses Gemeindeverbands sind hervorzuheben:

- Stellungnahme zum Projekt der neuen Regionalplanung des Bundes;
- Genehmigung der Teilrevision der Statuten: der Vorstand des Gemeindeverbandes setzt sich künftig aus den Gemeindepräsidentinnen und Ammännern der Verbandsgemeinden zusammen;
- Erarbeitung und Genehmigung neuer Aktionsblätter zum Entwicklungskonzept Sense;
- Erarbeitung und Genehmigung eines Marketingkonzepts Sense;
- Prüfung von Tourismusstrukturen und Entwicklung des Tourismusstandortes Schwarzsee;
- Überprüfung der Strukturen des Projekts Integrale Berglandsanierung;
- Bestimmung der interkommunalen Zentren im Sensebezirk gemäss kantonalem Richtplan;
- Beziehung der Region Sense zur künftigen Agglomeration Freiburg.

– Ammännervereinigung des Sensebezirks

Zusätzlich zu den auch in den oben genannten Gemeindeverbänden behandelten Geschäften befasste sich die Ammännervereinigung an ihren Sitzungen mit folgenden Fragen:

- Bericht über die Reorganisation der Polizei (Gemeindepolizei);
- Geschäfte des Grossen Rates und des kantonalen Gemeindeverbandes;
- Verkehrsfragen im Sensebezirk (Ortsdurchfahrten Düdingen und Flamatt), öffentlicher Verkehr (neuer Fahrplan);
- Sicherheitsmassnahmen für Behörden und Verwaltungspersonal;
- Dienstverhältnis (Personalreglement) und Weiterbildungsfragen des Gemeindepersonals;
- Zusammenarbeit mit dem Untersuchungsrichteramt und dem Grundbuch.

– Interkommunale Zusammenarbeit mit Gemeinden des Saanebezirks

Hervorzuheben sind:

- Konstituierende Versammlung der Agglomeration Freiburg (Gemeinden Düdingen und Tifers);
- Beteiligung an den Arbeiten der CUTAF, Kontakte mit den Gemeinden Giffers und Tentlingen bezüglich eines möglichen Beitritts;
- Beteiligung einzelner Gemeinden im Gemeindeverband «Coriolis».

5.3 Oberamt des Greyerzbezirks

Die Tätigkeit des Oberamts und das persönliche Engagement des Oberamtmanns waren auf verschiedene Bereiche ausgerichtet. Hervorgehoben seien vor allem die folgenden:

– Orientierungsschulverband Greyerz:

Vorsitz der Delegiertenversammlung und des Schulvorstands, Problemmanagement im Zusammenhang mit der Eröffnung der neuen OS in La Tour-de-Trême in enger Zusammenarbeit mit der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport, Anstellung der Restaurant-Verantwortlichen, Vorbereitung der Verträge für die Miete des Theatersaals, der Aula und der Turnhallen.

Ausarbeitung eines neuen Verteilschlüssels der Betriebskosten in Zusammenarbeit mit dem Schulvorstand.

– Stiftung für Sonderschulklassen des Greyerzbezirks:

Vorsitz des Stiftungsrats der Schule. Suche nach Lösungen für Schwierigkeiten innerhalb der Institution und Entscheidungsfindung zur Gewährleistung eines reibungslosen allgemeinen Schulbetriebs durch den Stiftungsrat in enger Zusammenarbeit mit der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport, der Aufsichtsbehörde der Sonderschulklassen.

– Kommission des Kollegiums des Südens:

Vorsitz der Kommission und Wahrnehmung des Aufsichts- und Unterstützungsmandats des Kollegiums, der Handelsschule und der Diplommittelschule.

– Bezirkskommission für Spitalexterne Pflege und Familienhilfe (COSAF):

Vorsitz der Kommission, Entscheide über die Gewährung von Pauschalentschädigungen an die betroffenen Personen und Stellungnahmen zur Einstellung des für den Dienst nötigen Personals.

– Bezirkskommission für spitalexterne Pflege und Familienhilfe (CODEMS):

Vorsitz der Kommission, Schätzung der Finanzierungskosten und Überwachung der Koordination des Angebots im Bezirk, Besuch der Heime im Bezirk und verstärkte Kontakte mit den Verantwortlichen.

– Ambulanzdienst des Freiburger Südens:

Zusammenarbeit der drei Oberamtmänner des Freiburger Südens bei der Umsetzung des Ambulanzdienstes in Vaulruz und der Zentralisierung der Ersten Hilfe im Freiburger Süden.

– Gesundheit:

Vorsitz einer Ad-hoc-Abreitsgruppe für die Schaffung eines gemischten Dienstes für die Verwaltung der spitalexternen Krankenpflege und Familienhilfe ab dem 1. Januar 2005.

Die Statuten und die Politik betreffende Entscheidungen innerhalb der Versammlung der Delegierten und aller Gemeinden des Bezirks zur Änderung der «Association des communes de la Gruyère pour l'hôpital de district» in die «Association du Réseau de santé de la Gruyère».

– Association Régionale La Gruyère (ARG):

Vorsitz des Verbandes und Weiterführung der Überlegungen im Rahmen des Leitbilds des Greyerzer Tourismus, namentlich in Bereichen im Zusammenhang mit der Reorganisation der Tourismusstrukturen, der Entwicklung des sanften Tourismus und familienfreundlichen Strukturen, der Studie zur Uferplanung des Greyerzersees sowie der Schaffung eines Regionalrats für die Bergbahnen.

– Association touristique La Gruyère (ATG):

Mitarbeit im Ausschuss, der sich mit der Zukunft des Tourismus im Bezirk beschäftigt (Herausforderungen auf der Ebene der Strukturen, der Bergbahnen und der Anpassungen an die laufenden Gesetzesänderungen).

– Naturgefahrenkommission (KNG):

Vizepräsidium der Kommission und Vorbereitung der Gefahrenkartierung.

– Tripartite Kommission für die RAV des südlichen Kantonssteils:

Wird abwechselnd von den Oberamtmännern des Greyerz-, des Glane- und des Vivisbachbezirks präsiert; regelmässige Zusammenkünfte der Kommission im Zusammenhang mit der Situation im Arbeitsmarktbereich und der Suche nach Lösungen bei Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Arbeitswelt.

– Stiftung Schloss Greyerz:

Vizepräsidium und Weiterführung der laufenden Studien zu den Arbeiten, die am Abwärtsgebäude vorgenommen werden müssen.

Überlegungen im Hinblick auf eine Steigerung der Attraktivität des Schlosses, einer Hochburg des Greyerzer und Freiburger Tourismus, im Bereich Kunst.

– Stiftung Pro Gruyères:

Vorsitz der Stiftung und Beschaffung von Mitteln bei der Allgemeinheit und Institutionen für die Pflasterungsarbeiten im Grafenstädtchen, Beginn der ersten Etappe der Arbeiten nach der Genehmigung der zuständigen Stellen.

– Vereinigung «Stop Violence en Gruyère»:

Vorsitz der Vereinigung, Weiterführung und Entwicklung der Präventionstätigkeit und Unterstützung der Jugend.

Treffen der ausländischen Gemeinschaften des Bezirks zur Festigung der Beziehung zwischen der Behörde und den betreffenden Staatsangehörigen.

– Bekämpfung von Brand und Elementarschäden:

Beteiligung des Oberamtmanns und des Vizeoberamtmanns an fünf Feuerwehrenspektionen und Besuch verschiedener Kurse im Kanton oder Bezirk in den Bereichen Ausbildung und Prävention.

Organisation einer Info-feu-Sitzung in Zusammenarbeit mit der KGV für alle betroffenen Partner.

- Gaststätten:
Verstärkte Aufsicht über die Führung der Gaststätten, Zusammenarbeit und Zusammenkünfte mit den Betreibern.
- Stiftungen Rieter, Odette Saudan und Rose Lorétan:
Vorsitz der drei Stiftungen, Entscheide über die Ausrichtung von Hilfen zugunsten von in Greyerz wohnhaften Lehrlingen und betagten oder behinderten Personen.
- Teilnahme an der Delegiertenversammlung sowie an zahlreichen Vorstandssitzungen.
- Weitere Tätigkeiten
 - Beteiligung an der Gründung von zwei Forst-Revierkörperschaften;
 - Einsatz zugunsten des Projekts «Redwood» im Hinblick auf die Umzonung von Landwirtschaftsland in der Gemeinde Galmiz in Industriezone;
 - Gründung der Bodenverbesserungskörperschaft Misery-Courtion;
 - Einsetzung und Leitung einer Strategie-Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Berichts über ein Gesundheitsnetz Seebezirk;
 - Vizepräsidium von «Trivapor», Verein zur Wiederbelebung des Dampfschiffes «Neuchâtel» auf den drei Seen des Jura-Südfusses;
 - Leitung der Bezirkskommission für die spitalexterne Krankenpflege und die Familienhilfe, die insbesondere Entscheide betreffend die Gewährung von Pauschalentschädigungen für die Pflege zu Hause und die Revision des Gesetzes über die spitalexterne Krankenpflege und die Familienhilfe behandelte;

5.4 Oberamt des Seebezirks

Insbesondere die folgenden Aktivitäten sind zu erwähnen:

- Verband der Gemeinden des Seebezirks
 - Vorbereitung der Revision des Regionalen Richtplans zur Anpassung an den neuen Kantonalen Richtplan;
 - Koordination der Strassenplanung im Seebezirk;
 - Organisation der Vernehmlassung zur Neugestaltung der Fahrpläne;
 - Präsidium der Delegiertenversammlung sowie Teilnahme an zahlreichen Vorstandssitzungen.
- Gemeindeverband des Spitals des Seebezirks
 - Mitglied der Delegation des Seebezirks in der kantonalen Arbeitsgruppe Spitalplanung für den Seebezirk;
 - Koordination der Arbeiten für die Spitalplanung im Seebezirk;
 - Revision der Statuten im Hinblick auf die neue Mission des Spitals gemäss Beschluss des Staatsrats;
 - Präsidium der Delegiertenversammlung.
- Gemeindeverband für das medizinische Pflegeheim des Seebezirks in Murten
 - Präsidium der Delegiertenversammlung.
- Association des communes du Home médicalisé St-François à Courtepin
 - Teilnahme an mehreren Delegiertenversammlungen und Vorstandssitzungen.
- Gemeindeverband für die Alters- und Pflegeheime im Murtenbiet
 - Präsidium der Delegiertenversammlung.
- Gemeindeverband der Orientierungsschule der Region Murten
 - Präsidium der Delegiertenversammlung sowie Teilnahme an zahlreichen Vorstandssitzungen;
 - Beteiligung an den Arbeiten zur Bekämpfung der Gewalt unter Schülern.
- Association du Cycle d'orientation de Sarine-Campagne et du Haut-Lac
 - Unterstützung der Gemeinden des Haut-Lac français bei der Neustrukturierung des Schulkreises;
- Gründung des Spitexvereins Haut-Vully und Begleitung des neuen Vereins bei der Organisation seiner Tätigkeit;
- Beteiligung an den Arbeiten zur Restrukturierung des kantonalen Spitexdachverbandes;
- Leitung der Kommission des Seebezirks für die Alters- und Pflegeheime;
- Leitung des Bezirksvorstandes von Pro Senectute;
- Präsidium des Regionalverbandes des Seebezirks für Wirtschaft, Tourismus und Kultur, der sich mit den touristischen Reklametafeln an den Autobahnen A1 und A12 und den finanziellen Aspekten im Zusammenhang mit der Änderung des kantonalen Tourismusgesetzes befasste.

5.5 Oberamt des Glanebezirks

Die folgenden Punkte seien erwähnt:

- Vizepräsidium des Verbands für die Entwicklung des Glane- und des Vivisbachbezirks (ADGV – IHG-Entwicklungskonzept);
- Arbeiten im Hinblick auf die Schaffung neuer Organe im Bereich Tourismus;
- Mehrzweckverband für das Spital und die sozialmedizinischen Dienste des Bezirks (Réseau Santé de la Glâne):
 - Bildung und Leitung einer Task Force für die Konkretisierung des Projekts für den Umbau des Standorts HSF in Billens, ein Projekt, das von den Gemeinden des Glanebezirks getragen wird;
 - Weiterverfolgung der operativen Einbindung des Pflegeheims Foyer Sainte Marguerite in Vuisternens-devant-Romont in das «Réseau Santé de la Glâne».

- Gemeindeverband für die Orientierungsschule des Glanebezirks:
 - Fortsetzung der Bauarbeiten am Kultur- und Sportzentrum des Glanebezirks;
 - Einweihung und Inbetriebnahme der Holzheizzentrale, die nebst den Orientierungsschulanlagen auch grosse Mehrfamilienhäuser in der Umgebung versorgt;
 - wichtige Vorbereitungsarbeiten für den Betrieb des zukünftigen Zentrums und Erarbeitung eines kulturellen Programms, das diesem bedeutenden regionalen Projekt würdig ist.
- Gemeindeverband zur Abwasserreinigung Glanemittelland und der Gemeinde Sâles (AIMPGPS):
 - Fortsetzung der Planung des generellen Entwässerungsplans der betroffenen Gemeinden und der Studien im Zusammenhang mit der Klärschlammproblematik.

5.6 Oberamt des Broyebezirks

Der Oberamtmann war vor allem in den folgenden Bereichen tätig:

- Orientierungsschule

Die Delegiertenversammlung hat sich für eine Erweiterung der OS Broye an den Standorten Estavayer-le-Lac und Domdidier entschieden, was gleichzeitig die endgültige Schliessung des Standorts Cousset bedeutet. Ausserdem haben sich die Mitgliedsgemeinden auf einen Verteilschlüssel der Investitions- und Betriebskosten geeinigt, so dass 2005 mit dem Erweiterungsprojekt gestartet werden kann.
- Bezirksspital

Der Umbau des Standorts Estavayer-le-Lac wurde mit der Einrichtung von zwei Aufbahrungsräumen abgeschlossen, um den Bedürfnissen der Gemeinden des Bezirks gerecht zu werden. Im Übrigen hat sich der Vorstand vor allem damit befasst, die Modalitäten für die Schuldenübernahme im Zusammenhang mit den Bau- und Umbauarbeiten des Standorts Estavayer-le-Lac auszuarbeiten. Sowohl die Entwicklung der Betriebskosten des Interkantonalen Spitals der Broye als auch die Frage seines Fortbestehens wurden im Vorstandsvorstand regelmässig besprochen.
- Sozialmedizinische Dienste

Verschiedene Dossiers haben den Oberamtmann 2004 besonders beschäftigt, z.B.:

Die Pflegeheime des Bezirks (Domdidier, Estavayer-le-Lac, Gletterens und Montagny) weisen einen Belegungsgrad von beinahe 100 % auf und es müssen neue Lösungen in Betracht gezogen werden.

Die Arbeitsgruppe, die mit der Vorbereitung der Zusammenlegung der Dienste für spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe beauftragt war, hat ihr Mandat beendet und die «Association pour l'aide et les soins à domicile

du district de la Broye (ASDB)» wurde am 6. Mai 2004 ins Leben gerufen. Alle Elemente wurden zusammengelegt, damit die neue Struktur am 1. Januar 2005 betriebsbereit ist.

Dem Dossier «Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter» widmete der Oberamtmann besondere Aufmerksamkeit, da es im Bezirk noch nicht genügend solche Einrichtungen gibt.

- Schuldienste

Der Oberamtmann steht der Aufsichtskommission über die Schuldienste des Schulkreises Broye vor. Der Zugang zu psychologischen, logopädischen und psychomotorischen Diensten ist nach wie vor problematisch, obwohl die Situation eine Tendenz zur Besserung aufweist.

- Jugendkommission

Der Oberamtmann hat den Vorsitz dieser Kommission inne. Sie hat den Auftrag, sich mit den Problemen, mit denen man sich im Kanton konfrontiert sieht, auseinander zu setzen. Die Kommission trat mehrmals zusammen und hat namentlich vom Bericht, den die Gemeinde Estavayer-le-Lac in Auftrag gegeben hat, Kenntnis genommen. Dieser Bericht behandelt die Jugendproblematik in Estavayer-le-Lac und will den Denkprozess auf den ganzen Bezirk ausweiten und am Beispiel der Waadtländer Bezirke Avenches, Payerne und Moudon konkrete Massnahmen vorschlagen.

- ASCOBROYE

Der Oberamtmann nahm an verschiedenen Vorstandssitzungen und Versammlungen teil und wirkte bei der Führung verschiedener Dossiers mit.

- Regionales Arbeitsvermittlungszentrum (RAV)

Der Oberamtmann leitete die tripartite Aufsichtskommission des RAV des Broyebezirks.

- Communauté régionale de la Broye (COREB)

Unter dem Vorsitz des Regierungstatthalters des Bezirks Payerne hat die COREB ein Jahr tief greifender Veränderungen durchlebt. Aufgrund des Weggangs des Verantwortlichen für die Wirtschaftsförderung und des Generalsekretärs mussten ihre Strukturen und ihre Funktionsweise neu überdacht werden. Es wurde ein neuer Direktor eingestellt und neue Stossrichtungen festgelegt.

- Interkantonales Spital der Broye (HIB)

Der Verwaltungsrat konzentrierte sich neben den laufenden Geschäften auf die Sicherung und den Fortbestand des Spitals. So wurden häufig Kontakte aufgenommen, um die Position des Spitals zu stärken, sei dies unter dem Aspekt der Finanzierung, dem Betrieb oder der rechtlichen Struktur. Das Spital hat ausserdem einen neuen Generaldirektor erhalten.

- Interkantonales Gymnasium der Region Broye (GYB)

Der Rat des Interkantonalen Gymnasiums der Region Broye, dem der Oberamtmann angehört, trat mehrmals

zusammen, um dem Gymnasium die für einen guten Schulbetrieb nötigen Strukturen zu verleihen. Es wurde ein Direktor ernannt und alles arrangiert sich schnell. Die Gebäude sollten für den Schulbeginn 2005/06 fertig sein.

- Regionales Arbeitsvermittlungszentrum (RAV)
Die Machbarkeitsstudie über ein interkantonales RAV (Estavayer-le-Lac/Payerne) ist noch nicht abgeschlossen.
- Gemischter Flugplatz/Aeropol
Die Zone ist bereit, aber die ersten Unternehmen lassen noch immer auf sich warten. Die Öffnung des Militärflugplatzes für den zivilen Verkehr muss noch offiziell bestätigt werden.
- Interkantonale Kommission für den Unterhalt der Kleinen Glane und des Fossé Neuf
Die Kommission setzt ihre Arbeiten fort, um neue Lösungen für die Wiederinstandsetzung der Ufer vorzuschlagen zu können.
- Tourismus und Kultur
Die COREB hat eine Tourismuskommission geschaffen, die an der Umsetzung einer leistungsfähigen und rationellen Struktur in der Region arbeiten soll.
- Réseau Santé Broye
Das «Réseau Santé Broye» wird aufgelöst und an seine Stelle tritt das grosse «Réseau de la Broye et du Nord Vaudois», das ab dem 1. Januar 2005 einsatzbereit sein wird. Das regionale Informations- und Orientierungsbüro (Brio), das als eine Art Nervenzentrum der koordinierten Gesundheitsversorgung betrachtet werden kann, wird in Payerne weiterhin eine Aussenstelle haben. Was die Finanzierung der Strukturen betrifft, so werden die Gespräche weitergeführt, damit ein System gefunden werden kann, das sowohl die freiburgischen als auch die Waadtländer Partner zufrieden stellt.
- Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter

Die Diskussionen mit den waadtländischen Nachbarbezirken werden weitergeführt, um eine Lösung für diese interkantonale Problematik zu finden.

5.7 Oberamt des Vivisbachbezirks

Im Rahmen der Aktivitäten dieses Oberamts sind hervorzuheben:

- Übereinkommen mit der Oberamt männerkonferenz über die Schaffung eines Ausbildungsmoduls für Gemeinderäte und das Gemeindepersonal. Das 2004 geschaffene Modul entsprach einer halbtägigen Weiterbildung, in deren Rahmen das Amt für Bevölkerung und Migration die verschiedenen Aufenthaltsbewilligungen und die neuen Modalitäten zum freien Personenverkehr vorstellte;
- Organisation eines neuen Dienstes für Familienhilfe und spitalexterne Krankenpflege (Réseau Santé de la Veveyse RSV), in der Rechtsform eines Mehrzweckverbandes;
- die Planung einer Sporthalle und eines eventuellen Holzheizsystems wird vom Gemeindeverband für die Orientierungsschule fortgesetzt. Das Projekt entwickelt sich, ist für die Gemeinden und den Hauptort jedoch mit einem grossen finanziellen Aufwand verbunden;
- Auflösung des Gemeindeverbands für das Spital, der seit Juni 2004 durch die «association des communes pour le RSV (Réseau Santé de la Veveyse)» ersetzt worden ist; dasselbe gilt für den Gemeindeverband für die Ambulanzdienste des Bezirks;
- Mitwirkung in der Schulkommission des Kollegiums des Südens, im Erziehungsrat und in der Bezirkskommission für die Schuldienste; Vorsitz der Kommission «Öffentlicher Verkehr»;
- Verfolgung der Arbeiten mehrerer VOG-Gemeindeverbände (Veveyse-Oron-Glâne), die sich um die Abwässer kümmern, und der AVGG (Association Veveyse-Gruyère-Glâne), die für die Wasserversorgung zuständig ist.

Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen

1. Allgemeines

Am 1.1.2004 hat das Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen seine strukturelle Reorganisation abgeschlossen. Ende Januar 2004 waren die 64 ehemaligen freiburgischen Zivilstandskreise auf 7 Zivilstandsämter, also einen pro Bezirk, zusammengefasst. In diesen neu gegliederten Zivilstandskreisen sind 32 Zivilstandsbeamtinnen und -beamte mit einem Beschäftigungsgrad zwischen 40 und 100 % tätig.

Das Amt hat die elektronische Führung der Zivilstandsregister (Programm Infostar) in Angriff genommen. Dieses neue Programm wurde zwischen März und April 2004 in den 7 dezentralisierten Ämtern eingeführt und funktioniert ordnungsgemäss. Die Einführung erfolgte in zwei Phasen. Im Frühling wurden in einer ersten Phase die Personendaten in Infostar erfasst. Im Dezember 2004 wurde die zweite Phase «Ereignisse 2.1», also Trauungen, Geburten, Anerkennungen und Todesfälle in Angriff genommen. Die Ausbildung der französischsprachigen Zivilstandsbeamtinnen und -beamten wurde vom Amt durchgeführt. Die Ausbildung der deutschsprachigen Personen erfolgte mit der Unterstützung des Kantons Bern. Die Inbetriebnahme einer dritten Phase im Zusammenhang mit anderen Ereignissen ist für 2005 vorgesehen. Es handelt sich um die Phase «Ereignisse 2.2», die Adoptionen, Namensänderungen, usw. betrifft.

2004 wurde das neue kantonale Zivilstandsgesetz vom Grossen Rat angenommen. Mit diesem Gesetz werden gewisse Neuerungen eingeführt. So gibt es neu einen kantonalen Zivilstandsbeamten, und die Zivilstandsbeamtinnen und -beamten unterstehen von nun an der Gesetzgebung über das Staatspersonal. Auch ist das Zivilstandswesen zu einer ausschliesslich kantonalen Aufgabe geworden.

2. Zivilstandswesen

Im Verlaufe des Jahres 2004 hat sich das Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen mit folgenden Geschäften befasst:

2.1 Zivilstandsurkunden mit Auslandsbezug

Einschreibungen von Zivilstandsurkunden aus dem Ausland (Art. 23 der eidgenössischen Zivilstandsverordnung vom 28. April 2004, ZStV)	1 350
verweigerte Einschreibungen	9
Mitteilungen von Zivilstandsfällen, die sich im Kanton ereigneten und Ausländer betreffen, an das Ausland (Art. 54 ZStV)	202
Mitteilungen von Zivilstandsmeldungen, die sich im Kanton ereigneten und Ausländer betreffen, an die Fremdenpolizei (Art. 28 des Ausführungsreglements über den Zivilstandsdienst)	1 763

2.2 Eheschliessungen

Ehefähigkeitszeugnisse, ausgestellt an Kantonsbürger im Ausland (Art. 75 ZStV)	25
Prüfung der Akten für Eheschliessungsverfahren bei ausländischen Verlobten (Art. 16 ZStV)	558
zurückgezogene Eheschliessungsverfahren	4
Eheschliessungsbewilligungen für Ausländer mit Wohnsitz im Ausland (Art. 69 ZStV)	1

2.3 Anerkennungen

Prüfung der Dokumente bei Anerkennung von Kindern (Art. 11 und 16 ZStV)	142
Mitteilungen an die Vormundschaftsbehörden der im Ausland erfolgten Geburten von Kindern, deren Eltern nicht miteinander verheiratet sind (Art. 125 ZStV)	5
Ungültigkeitserklärungen von Anerkennungen	2

2.4 Zivilstandsänderungen

Berichtigungen, Streichungen und Ergänzungen in den Einzel- und den Familienregistern (Art. 43 ZGB und 29 ZStV)	146
Berichtigungen durch das Gericht (Art. 42 ZGB und 30 ZStV)	2
verschiedene Weisungen betreffend den Zivilstandsdienst	281
Adoptionen (Art. 264 ff ZGB)	
a) bewilligt durch die ILFD	46
b) durch andere Kantone ausgesprochen	20
Familien- und Vornamensänderungen (Art. 30 ZGB)	
a) bewilligt durch das ZEA	168
b) zurückgezogene Gesuche	12
c) von anderen Kantonen erhalten	72
Erklärung der Unterstellung des Namens unter das Heimatrecht (Art. 37 Abs. 2 des Gesetzes über das internationale Privatrecht)	198
den Namen betreffende Erklärungen	52

2.5 Bürgerrecht

(Bundesgesetz vom 29. September 1952 über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts, BüG, und Gesetz vom 15. November 1996 über das freiburgische Bürgerrecht, BRG)

Bürgerrechtsbestätigungen, abgegeben an Kantonsbürger im Ausland	508
Prüfung der Zivilstandsdaten für die Wiederaufnahme in das Schweizer- und Kantonsbürgerrecht	
a) nach Art. 21, 23 und 58 BüG	13
b) nach Art. 21 BRG	3
Prüfung der Zivilstandsdaten bei Einbürgerungs- und Wiedereinbürgerungsgesuchen	591
ordentliche Einbürgerungen (Art. 13 BüG)	733
Einbürgerungen von Freiburgern in anderen Kantonen	79
erleichterte Einbürgerungen (Art. 27, 28 und 29 BüG)	479
erleichterte Einbürgerungen (Art. 31, 58a und 58b BüG)	113

Einbürgerungen von Freiburgern in anderen freiburgischen Gemeinden (Art. 36 BRG)	7
Erklärungen über die Beibehaltung des freiburgischen Bürgerrechts bei Einbürgerung in einen andern Kanton (Art. 27 BRG)	40
Ehrenbürgerrecht der Gemeinde (Art. 43 BRG)	1
Verlust des freiburgischen Bürgerrechts (Art. 27 BRG)	61
Verlust des Schweizer Bürgerrechts (Art. 9 und 10 BüG)	15
Entlassung aus dem freiburgischen Bürgerrecht (Art. 29 BRG)	9
Entlassung aus dem Bürgerrecht freiburgischer Gemeinden (Art. 39 BRG)	4
Nichtigerklärungen der Einbürgerung (Art. 41 BüG)	6
Anzeigen nach erleichterten Einbürgerungen	17

2.6 Verschiedenes

Bewilligungen zum Einholen von Zivilstandsangaben zu genealogischen Zwecken (Art. 59 ZStV)	28
Auskünfte über die Ausstellung von Heimatscheinen	5
Kraftloserklärung verloren gegangener Heimatscheine	17

2.7 Dezentralisierte Zivilstandsämter

2004 haben die dezentralisierten Zivilstandsämter folgende Ereignisse erfasst:

• Geburten	2 833
• Anerkennungen	346
• Eheschliessungen	1 323
• Todesfälle	1 831

3. Einbürgerungen

3.1 Allgemeines

2004 registrierte das ZEA insgesamt 1295 neue Dossiers. Die Anzahl neuer Gesuche blieb mit durchschnittlich 100 Gesuchen pro Monat stabil.

3.2 Ordentliche Einbürgerungen

Der Grosse Rat entschied über 386 Gesuche um ordentliche Einbürgerung, die sich folgendermassen verteilen:

Personen ausländischer Staatsangehörigkeit aus:

2 Afghanistan	1 Irak
1 Albanien	1 Iran
8 Angola	35 Italien
1 Armenien	6 Kambodscha
1 Äthiopien	1 Kanada
18 Bosnien-Herzegovina	2 Kapverden
4 Chile	4 Kolumbien
1 China	3 Kroatien
1 Dänemark	1 Laos
10 Demokratische Republik Kongo	4 Libanon
5 Deutschland	1 Marokko
2 Eritrea	44 Mazedonien
12 Frankreich	1 Mexiko
3 Grossbritannien	3 Niederlande
	2 Peru

2 Philippinen	14 Spanien
13 Portugal	5 Sri Lanka
3 Ruanda	1 Syrien
1 Rumänien	2 Tunesien
4 Russland	39 Türkei
1 Schweden	1 Ungarn
97 Serbien und Montenegro	3 Vereinigte Staaten von Amerika
7 Somalia	7 Vietnam

Schweizer Staatsangehörige aus den Kantonen:

2 Aargau	1 Thurgau
1 Bern	1 Waadt
1 Luzern	1 Zürich
1 Sankt Gallen	

177 dieser 386 Gesuche um ordentliche Einbürgerung wurden von Ausländer/innen der zweiten Generation gestellt.

Mit den Familienangehörigen, die in die Einbürgerungen einbezogen wurden, erwarben somit 733 Personen das freiburgische Bürgerrecht, d.h. 372 Ausländer/innen mit 105 ausländischen Ehegatten und 256 ausländischen Kindern.

3.3 Kantonsbürgerrecht

Nebst den Erteilungen des freiburgischen Bürgerrechts an 8 Schweizer Staatsangehörige durch den Grossen Rat hat der Staatsrat 13 Schweizer Staatsangehörige wieder in das freiburgische Bürgerrecht aufgenommen und 9 Personen aus dem freiburgischen Bürgerrecht entlassen.

3.4 Erleichterte Einbürgerungen

Gestützt auf die Stellungnahme des ZEA und in Anwendung des Bürgerrechtsgesetzes (BüG) hat das Bundesamt für Ausländerfragen (heute: Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung) 711 Gesuche um erleichterte Einbürgerungen behandelt. Die erleichterten Einbürgerungsverfahren verteilten sich auf:

590 Gesuche um erleichterte Einbürgerungen ausländischer Ehegatten einer Schweizerin oder ausländischer Ehegattinnen eines Schweizer (Art. 27 und 28 BüG);

27 Gesuche um erleichterte Einbürgerung von Kindern eines mit der ausländischen Mutter nicht verheirateten Schweizer (Art. 31 BüG);

87 Gesuche um erleichterte Einbürgerung von vor 1985 geborenen ausländischen Kindern von mit einem ausländischen Staatsangehörigen verheirateten Schweizerinnen durch Abstammung (Art. 58a BüG);

7 Gesuche um erleichterte Einbürgerung von ausländischen Kindern von Schweizerinnen, die das Bürgerrecht durch eine frühere Ehe mit einem Schweizer erlangt haben und mit einem Ausländer verheiratet sind (Art. 58b BüG);

3.5 Wiedereinbürgerung (Art. 21, 23 und 58 BüG)

12 ehemalige Schweizer und Freiburger Staatsangehörige wurden auf den Entscheid des Bundesamtes für Ausländerfragen hin wieder in das Schweizer und Freiburger Bürgerrecht aufgenommen.

Amt für Gemeinden

1. Allgemeines

2004 wurden weiterhin Massnahmen zur Förderung von Gemeindegemeinschaften ergriffen. Die Förderungsmassnahmen liefen Ende Jahr jedoch aus. Ausserdem wurden die Arbeiten zur Totalrevision des Finanzausgleichs fortgeführt. Den Gemeinden wurde die Möglichkeit geboten, an Informationssitzungen und Workshops zu diesem Thema teilzunehmen. 2004 ging es vor allem darum, das gegenwärtige Finanzausgleichssystem auszuwerten.

2. Personal

Anne Schwitter hat im Juni 2004 ihr dreijähriges Praktikum für die kaufmännische Berufsmaturität angetreten.

3. Oberaufsicht und damit verbundene Beschlüsse

Im Laufe des Jahres 2004 hatte das Amt 405 Gesuche von Gemeinden und Gemeindeverbänden zu behandeln.

- a) 18 bildeten Gegenstand eines Staatsratsbeschlusses:
- 4 Genehmigungen von Steuern, die 100 % der Staatssteuer auf Einkommen und Vermögen übersteigen
 - 4 Auflösungen von Gemeindeverbänden
 - 4 Vorentscheide zu Gemeindefusionen
 - 2 Genehmigungen von Gemeindegewappen
 - 2 Genehmigungen von Verbandsstatuten
 - 2 Verschiedenes;
- b) 198 Gesuche bildeten Gegenstand eines Entscheids des Amts, nämlich:
- 137 Ermächtigungen zur Finanzierung von Investitionsausgaben
 - 2 Ermächtigungen zu Liegenschaftskäufen und anderen Grundstücksgeschäften
 - 23 Bewilligungen zu Finanzgeschäften (Bürgschaften, Kontokorrente)
 - 27 Genehmigungen von Gemeindeglementen
 - 9 Änderungen von Gemeindeverbandsstatuten;

c) Im Übrigen hat das Amt

30 Mitteilungen betreffend Änderungen der Gemeindesteuerfüsse registriert;

160 Stellungnahmen zu Gemeindeglementen zuhanden der zuständigen Direktionen abgegeben;

Die übrigen Anfragen betrafen Rechtsgutachten, rechtliche Auskünfte, Beurteilungen der finanziellen Situation und die gesetzlich festgelegten Verschuldungsgrenzen und andere Anfragen, die nicht zu einem Beschluss oder einem Entscheid führten.

4. Gesetzlich festgelegte Verschuldungsgrenze

Das Amt für Gemeinden stellt für alle Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlichen Gemeinde-

anstalten die gesetzlich festgelegte Verschuldungsgrenze fest. Diese Grenze basiert auf der Summe der Finanzierungsmöglichkeiten, wobei die im Gemeindegesetz vorgeschriebenen Schuldentilgungsverpflichtungen berücksichtigt werden. Die Kontrolle der rechtlichen Verschuldungsgrenze wurde anhand von am 31. Dezember 2003 erstellten Bilanzen auf den neuesten Stand gebracht.

5. Gemeindeverbände

2004 wurden 4 Gemeindeverbände neu gegründet, nämlich: Coriolis Finanzen, Coriolis Kulturförderung, der Gemeindeverband des Seebezirks und der Gemeindeverband für die Schaffung und den Betrieb eines gemeindeübergreifenden Polizeikorps. Es wurden jedoch auch vier Verbände aufgelöst, nämlich: der Verband für Tierkadaverbeseitigung des Greyerzbezirks (AIDEC), die Association du complex scolaire, sportif et culturel de Saint-Martin, der Verband für die Sporthalle in Siviriez und der Gemeindeverband für die Abwasserreinigung des Einzugsgebiets der unteren Arbogne (ARBINF). In den einzelnen Bereichen bestehen heute die folgenden Gemeindeverbände:

Schulen, Orientierungsschulen	8
Kultur	2
Sporthallen	3
Bezirksspitäler	4
Altersheime	9
Wasserversorgung	16
Abwasserreinigung	23
IHG- und andere Regionen	8
Mehrzweckverbände	5
Sozialhilfe	2
Zivilschutz	1
Polizei	1
Verkehr	<u>1</u>
Total	83

6. Beratende Tätigkeit

Die beratenden Tätigkeiten umfassen wirtschaftliche und finanzielle Beratungen (z.B. die Erstellung eines Finanzplans, die Ermittlung der Selbstfinanzierungsmarge, der Anleihe- oder der Investitionskapazität, die Berechnung der Kosten und Gebühren spezifischer Gemeindeaufgaben) sowie juristische Beratungen (insbesondere bei der Ausarbeitung von Gemeindestatuten). In diesem Rahmen wurde die finanzielle Situation aller Gemeinden auf der Grundlage der Rechnungen per 31. Dezember 2003 analysiert. Mehrere Sitzungen wurden organisiert, um die Gemeinden über die Anforderungen bei der Rechnungsführung und der Rechnungsprüfung zu informieren.

7. Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat

2004 ist die kantonale Kommission für Fragen der Anstaltsseelsorge neunmal zusammengetreten. In ihrem Bericht, den sie Ende 2003 dem Staatsrat unterbreitete, hielt sie die gegenwärtige Seelsorgesituation in den staatli-

chen Anstalten fest. Im Anschluss daran bereitete sie den Entwurf einer Rahmenvereinbarung zwischen dem Staat und der Römisch-katholischen und der Evangelisch-reformierten Kirche im Bereich der Anstaltsseelsorge vor.

Der Entwurf der Rahmenvereinbarung wurde am 7. Juli 2004 bei den verschiedenen Direktionen und Dienststellen des Staates sowie den verschiedenen Organen der beiden erwähnten Kirchen in die Vernehmlassung gegeben. Sie wurde von den Parteien zum Grossteil gutgeheissen. Gegenwärtig wird lediglich noch die Indexierung des Betrags, den der Staat den beiden Kirchen als Gegenleistung für die seelsorgerische Tätigkeit in seinen Anstalten bezahlt, diskutiert.

Die kantonale Kommission für Fragen der Anstaltsseelsorge hatte ausserdem Gelegenheit, sich mit Vertretern der Kantonalen Aufsichtsbehörde für Datenschutz und der Freiburgischen Vereinigung der Institutionen für Behinderte und Gefährdete zu unterhalten.

Sie hat den Präsidenten des Exekutivrats der Kirchlichen Katholischen Körperschaft des Kantons Freiburg damit beauftragt, Kriterien zu erarbeiten, die in Zukunft herangezogen werden können, um den Bedarf im Seelsorgebereich in den staatlichen Anstalten festzustellen. Der Experte wird seine Schlussfolgerungen den Kommissionsmitgliedern im März 2005 unterbreiten.

8. Eigentliche Gesetzgebungsarbeiten

Eine Teilrevision des Gemeindegesetzes ist in Arbeit. Sie betrifft die Neuorganisation der Aufsicht und Anpassungen, die sich aufgrund der neuen Kantonsverfassung ergeben.

9. Übrige Zusammenarbeit

Das Amt arbeitete bei der Vorbereitung von Gemeindefusionsprojekten mehrfach mit den Oberamtmännern und den Gemeinden zusammen.

- So hat es die Berichte und Botschaften an den Staatsrat zum Zusammenschluss folgender Gemeinden vorbereitet: Cugy und Vesin (neue Gemeinde Cugy), Lussy und Villarimboud (neue Gemeinde La Folliaz), Delley und Portalban (Gemeinde Delley-Portalban), Cordast und Gurmels (neue Gemeinde Gurmels), Chapelle (Broye) und Cheiry (neue Gemeinde Cheiry), Praratoud und Surpierre (neue Gemeinde Surpierre), Botterens und Villarbeney (neue Gemeinde Botterens), Bulle und La Tour-de-Trême (neue Gemeinde Bulle). Am 31. Dezember 2004 belief sich die Zahl der Gemeinden auf 182.
- Das Amt war auch im Bereich der interkantonalen Beziehungen tätig. Es beteiligte sich am Projekt «tripartite Agglomerationskonferenz», das von der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) gemeinsam mit dem Bund, den Städteverbänden und den Schweizer Gemeinden lanciert wurde. Das Amt beteiligt sich an der Arbeitsgruppe «TA Städte».
- Was das Agglomerationsdossier betrifft, so wurde das Amt öfters um Stellungnahmen gebeten. Dies hing vor allem damit zusammen, dass die Projektgruppe im Jahr 2004 auf technischer Ebene weniger stark vertreten

war. Das Amt wurde im Frühling 2004 daher regelmässig zu den Sitzungen der Kommission für Rechtsfragen eingeladen. Es beteiligt sich ausserdem an der Technischen Arbeitsgruppe, die die Entwicklung eines Agglomerationsprogramms im Sinne des Konzepts des Bundesamts für Raumentwicklung betreut.

- Das Amt ist Partner bei der Umsetzung und Entwicklung der interkantonalen Ausbildung für Gemeindeforschreiber. Es erarbeitet ausserdem Kursunterlagen für einen Teil eines Ausbildungsmoduls.
- Es hat an der Sommeruniversität des Instituts für Föderalismus mit Vorträgen in englischer Sprache über die freiburgischen Gemeinden mitgewirkt. Bei einem Besuch einer Delegation aus Mazedonien hat das Amt, ebenfalls auf Englisch, über die Gemeindezusammenschlüsse im Kanton gesprochen.
- Ausserdem ist das Amt in verschiedenen Arbeitsgruppen, bzw. Kommissionen vertreten, wie zum Beispiel:
 - FREUlex. Anpassung des kantonalen Rechts an die sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union;
 - Revision des kantonalen Richtplans;
 - Vorstand der Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden über die Gemeindefinanzen;
 - Begleitgruppe der Abteilung «Kommunalpolitik» des Institut de Hautes Etudes en administration publique;
 - Koordinationskommission für die periodische Überprüfung der Subventionen;
 - Begleitgruppe des Bundesamts für Raumentwicklung zur Erarbeitung von Vorschlägen zum rechtlichen Rahmen des «Agglomerationsprojekts»;
 - Kommission zur Prüfung der Delegation von Kompetenzen und Aufgaben der Polizei an die Gemeindepolizei;
 - Kommission zur Prüfung der Reorganisation des Friedensgerichts;
 - Konstituierende Versammlung der Agglomeration Freiburg;
 - Arbeitsgruppe «Reform der Freiburger Gesundheitsstrukturen»;
 - Arbeitsgruppe «Informatisierung und kommunale Adressdaten»;
 - Arbeitsgruppe «Zivilschutzreform – ZS XXI FR»;
 - Arbeitsgruppe «Verbesserung des Einnahmepotentials des Kantons».
- Das Amt wurde mehrmals gebeten, bei Vorträgen oder Informationsveranstaltungen über Themen im Zusammenhang mit den Gemeindeinstitutionen mitzuwirken.

10. Statistik

Alle statistischen Tabellen werden im Statistischen Jahrbuch des Kantons Freiburg publiziert.

Amt für Landwirtschaft

I. Förderung der Landwirtschaft

1. Allgemeines

In Anbetracht der Finanzperspektiven 2006-2008 wurde im Rahmen der Massnahmen 2004 zur Entlastung der Staatsfinanzen des Kantons Freiburg beschlossen, dass das Dekret über die Anwendung von Anbaumethoden zum Schutz landwirtschaftlicher Böden nach Ablauf seiner Geltungsdauer 2007 nicht erneuert wird. Das Amt für Landwirtschaft hat daher 2004 keine neuen Verträge abgeschlossen. Die Verträge, die 2003 abgeschlossen wurden, behalten ihre Gültigkeit bis 2007 und die entsprechenden Beiträge werden so lange auch ausbezahlt.

2. Personal

Es gab keine Änderungen.

3. Örtliche Landwirtschaftsverantwortliche

Nach dem Gesetz vom 7. Februar 1996 über die örtlichen Landwirtschaftsverantwortlichen werden die Aufgaben des Viehinspektors und des Ackerbauleiters einem örtlichen Landwirtschaftsverantwortlichen übertragen.

Am 31. Dezember 2004 waren im ganzen Kanton 184 Personen zu örtlichen Landwirtschaftsverantwortlichen ernannt.

4. Landwirtschaftliche Pacht für Parzellen

Das Amt für Landwirtschaft ist gemäss Ausführungsgesetz vom 24. Februar 1987 zum Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht zur Einsprache gegen eine Zupacht oder den Pachtzins für landwirtschaftliche Grundstücke befugt. In dieser Eigenschaft hat es 95 landwirtschaftliche Pachtverträge behandelt, davon 79 Pachtverträge für Grundstücke von Gemeinden. Gegen 23 Pachtverträge erhob es Einsprache.

5. Landwirtschaftliche Nutzfläche (LN)

Das Projekt zur Festlegung der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) ist in die Phase der Aktualisierung der Bodenbedeckung, bzw. der Kontrolle der LN übergegangen. 2004 waren 21 Gemeinden von diesen Arbeiten betroffen.

Die Umsetzung des gesamten Projekts wird für die Gemeinden mit digitalisiertem Kataster, von denen nur die Bodenbedeckung aktualisiert werden muss, ungefähr drei Jahre in Anspruch nehmen. Für die übrigen Gemeinden hängt die Umsetzungsdauer vom Vorankommen des Vermessungsprogramms ab.

6. Beitragswesen

Folgende Beiträge wurden gewährt:

6.1 Bundesbeiträge

Beitragsart	Anzahl Betriebe		Beiträge in tausend Franken	
– Flächenbeiträge	3 190	(3 219)	97 001	(96 940)
– Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere	1 980	(2 049)	15 467	(15 300)
– Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere unter erschwerten Produktionsbedingungen	1 823	(1 848)	12 448	(12 637)
– Allgemeine Hangbeiträge	1 521	(1 534)	2 832	(2 837)
– Hangbeiträge für Rebflächen	17	(16)	19	(19)
– Beiträge aufgrund der Trockenheit	27	(–)	119	(–)
Total der allgemeinen Direktzahlungen			127 886	(127 733)
– Beiträge für den ökologischen Ausgleich	3 121	(3 170)	7 375	(7 251)
– Beiträge für die extensive Produktion von Getreide und Raps	1 173	(1 294)	2 327	(2 440)
– Beiträge für den biologischen Landbau	112	(101)	756	(695)
– Beiträge für besonders tierfreundliche Stallhaltungs- systeme	1 841	(1 543)	4 075	(3 611)
– Beiträge für den regelmässigen Auslauf von Nutztieren im Freien	2 437	(2 410)	12 566	(12 091)
– Sömmerungsbeiträge	629	(635)	7 112	(7 206)
– Beitrag Gewässerschutz	38	(19)	446	(72)
– Beiträge für die ökologische Qualität, biologische Qualität	238	(269)	128	(143)
– Beiträge für die ökologische Qualität, Vernetzung	348	(154)	290	(144)
– Beiträge für die ökologische Qualität biologische Qualität/ Vernetzung	92	(–)	98	(–)
Total der Ökobeiträge			35 173	(33 653)
Ackerbaubeiträge	563	(553)	2 569	(2 435)
Total der Bundesbeiträge			165 628	(163 821)

6.2 Kantonsbeiträge

– Sömmerungsbeiträge	45	(48)	181	(197)
– Beiträge Gewässerschutz	38	(19)	84	(20)
– Beiträge für die ökologische Qualität, biologische Qualität	238	(269)	14	(16)
– Beiträge für die ökologische Qualität, Vernetzung	348	154	32	16
– Beiträge für die ökologische Qualität biologische Qualität/Vernetzung	92	(–)	11	(–)
– Total der Kantonsbeiträge			322	(249)

Zu diesen Zahlen müssen folgende Bemerkungen gemacht werden:

- 3190 Betriebe haben Direktzahlungen erhalten, das sind 29 Betriebe, bzw. 0,9 Prozent weniger als im Jahr 2003.

- Der Gesamtbetrag der 2004 gewährten Direktzahlungen von 166 Millionen Franken liegt 2 Millionen über dem Betrag von 2003.
- Der Gesamtbetrag der Ökobeiträge nahm um 1,5 Millionen Franken zu, dies vor allem weil sich immer mehr Landwirte für die Programme des Auslaufs der Tiere im Freien und besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme anmelden.
- Die Beiträge für die ökologische Qualität (biologische Qualität und Vernetzung) haben sich verglichen mit 2003 beinahe verdoppelt, vor allem jene für die Vernetzung.
- Die Beiträge infolge der Trockenheit im Jahre 2003 belaufen sich auf nur 0,1 Millionen Franken.

7. Rindviehzucht

7.1 Bundes- und Kantonsbeiträge zugunsten der Rindviehzucht

In Anwendung des kantonalen Gesetzes vom 16. Mai 1961 über die Verbesserung der Rindvieh-, Pferde- und Kleinviehzucht waren für die Rindviehzucht 1 250 000 Franken budgetiert, wovon 850 000 Franken zur Mitfinanzierung der vom Bund vorgesehenen Massnahmen und 400 000 Franken für die Finanzierung von speziellen kantonalen Massnahmen zur Förderung der Rindviehzucht aufgewendet wurden.

7.2 Zuchtstiermarkt

Der vom Amt für Landwirtschaft, der kantonalen Station für Tierproduktion und Pflanzenbau des Landwirtschaftlichen Instituts Grangeneuve und den kantonalen Viehzuchtverbänden organisierte Zuchtstiermarkt in Bulle gilt als obligatorische Schau für die deckfähigen Stiere, die für den Natursprung und die künstliche Besamung verwendet werden. Der Zuchtstiermarkt 2004 fand am 22. September im Espace Gruyère in Bulle statt. Alle Stiere wurden von einem einzigen Preisrichter pro Ring klassiert. Es ergaben sich folgende Resultate:

	Rasse Rotflecken	Rasse Holstein	Total/ Durchschnitt
Angemeldete Stiere	270	89	359
Vorgeführte Stiere	242	70	312
Ins Herdebuch aufgenommene Stiere	239	70	309
Abgewiesene Stiere	3	0	3
<i>Verkauf:</i>			
– Verkauf von 7-18 Monate alten Stieren für die Zucht	85	35	120
– Durchschnittlicher Preis in Franken	3 088	2 954	3 049

Nach ihrer Abwesenheit im Vorjahr organisierte die Freiburgerische Viehverwertungsgenossenschaft am 23. September 2004 erneut einen Schlachtviehmarkt. 41 Stiere und über 50 Kühe und Rinder wurden auf diesem Weg verkauft. Das Durchschnittsgewicht der Stiere betrug 672 kg. Der Preis pro kg Lebendgewicht belief sich auf 3.75 Franken. Ausserdem wurde für jeden Stier eine kantonale Prämie von 110 Franken bezahlt.

7.3 Januarschauen 2004

Die Januarschauen für Rotflecken fanden zwischen dem 8. und 14. Januar 2004 auf den 6 offiziellen Plätzen im Kanton statt. Von den 115 angemeldeten Stieren wurden 102 ins Herdebuch aufgenommen.

Seit 2003 werden die Holsteinstiere nach dem LBE-System (lineare Beschreibung und Einstufung) vom Schweizerischen Holsteinzuchtverband auf dem Betrieb des Besitzers beschrieben.

7.4 Milchviehausstellung

Unter dem Patronat des Amts für Landwirtschaft haben der kantonale Rotfleckvieh- und der Holsteinzuchtverband vom 2. bis 4. April 2004 die 34. Milchviehausstellung im Espace-Gruyère in Bulle organisiert. Folgende Rassen waren zugelassen: Red Holstein und Holstein aus der ganzen Schweiz.

Der Viehbestand setzte sich folgendermassen zusammen:

Rasse	im Katalog eingetragene Tiere	insgesamt vorgeführte Tiere	davon aus Freiburg
Holstein	245	136	161
Rotfleckvieh	302	161	243
Total	547	297	404

JUNIOR-EXPO Bulle 2004

Die freiburgischen Jungzüchter haben vom 2. bis 4. Dezember 2004 über 600 Rinder und Kühe der Rotfleckvieh- und Holsteinrasse aus allen Kantonen ausgestellt.

Im Rahmen der JUNIOR-EXPO 2004 haben sie in Zusammenarbeit mit Fachlehrern aus Kanada, Belgien und der Schweiz erneut eine Jungzüchterschule organisiert.

Die 5 besten Kandidaten werden 2005 am Finale in Belgien teilnehmen.

2004 haben sich 5 Kandidaten erfolgreich an der Europameisterschaft der Jungzüchter in Belgien beteiligt.

Swiss Expo

An der Swiss Expo 2004 haben zahlreiche Züchter aus der ganzen Schweiz rund 1000 Tiere aller in der Schweiz vertretenen Rassen ausgestellt. Mehrere Freiburger Züchter zeichneten sich bei dieser Veranstaltung aus.

Internationale Ausstellung in Brüssel

Bei der internationalen Ausstellung in Brüssel wurden rund 15 Rotflecken und Holsteinkühe ausgestellt. Die freiburgischen Red Holstein wurden mit den Titeln «Grande Championne européenne» und «Championne junior européenne» ausgezeichnet.

7.5 Zuchtgenossenschaften und Viehbestand

	Rasse Rotfleckvieh	Rasse Holstein	Rasse Braunvieh	Rasse Fleischvieh
Anzahl				
Zuchtgenossenschaften	108	37	2	0
Herdebuchbestand 2004	33 444	23 453	530	310

7.6 Lineare Beschreibung und Einstufung

2003 wurde für alle Rindviehrassen unseres Kantons das LBE-System eingeführt. Für die Organisation dieser Beschreibungsmethode sind die Schweizer Zuchtverbände zuständig. Die Beschreibung findet zweimal jährlich direkt bei den Züchtern statt.

Anzahl der 2004 der LBE unterzogenen Tiere pro Rasse:

Rotfleckvieh	10 713	(7 897)
Holstein	7 515	(7 325)
Braunvieh	119	(260)
Schweizerische Vereinigung von Haltern von Ammen und Mutterkühen	425	(354)
Jersey	0	(1)
Grauvieh Pro Specia Rara	0	(5)
Total	18 772	(15 842)

7.7 Genossenschaftsjubiläen und regionale Ausstellungen

a) Mehrere Zuchtgenossenschaften feierten ihr Gründungsjubiläum:

Zuchtgenossenschaft	Gründungsjahr	Viehbestand	Mitgliederzahl
<i>Rotfleckvieh:</i>			
Attalens	1904	275	10
Jaun	1904	318	23
Promasens	1904	358	14
Romont	1904	571	19
Porsel	1919	623	21
Remaufens	1929	351	13
<i>Holstein:</i>			
Le Bry	1904	903	26
Le Crêt	1904	1457	34

b) Regionale Ausstellungen

Rotfleckvieh:

Club Red-holstein de la Gruyère
Vereinigung der Fleckviehzüchter des Sensebezirks
Club des éleveurs de la Broye
Groupement des syndicats pie-rouge de la Veveyse

Holstein:

Club holstein de la Gruyère
Expo holstein Broye-Lac
Groupement des syndicats holstein Glâne-Veveyse
Expo holstein de la Sarine

Braunvieh:

Braunviehgenossenschaft Sense

8. Pferdezucht

8.1 Bundes- und Kantonsbeiträge zugunsten der Pferdezucht

In Anwendung der Bundesverordnung vom 7. Dezember 1998 über die Tierzucht und des kantonalen Gesetzes vom 16. Mai 1961 über die Verbesserung der Rindvieh-, Pferde- und Kleinviehzucht wurden folgende Beiträge an die Pferde- zucht ausgerichtet:

	An vom Bund anerkannte Organisationen in tausend Franken	andere kantonale Unterstützung in tausend Franken
Zuchtprämien	– (–)	34 (42)
Beiträge an anerkannte Organisationen	76 (68)	– (–)
Beiträge für die Erhaltung der Freibergerrasse	45 (39)	
Andere Beiträge (Organisationen, Prüfungen)	– (–)	5 (5)
Total	121 (107)	39 (47)
	121 (107)	39 (47)
Total der kantonalen Unterstützung	160 (154)	

Der Kantonsbeitrag 2004 umfasst neben dem Beitrag an anerkannte Pferdezuchtorganisationen die Zuchtprämien (Genossenschaften und Hengsthalter) sowie eine Unterstützung für den Feldtest von Grangeneuve (2500 Franken) und den kantonalen Verband (1800 Franken).

8.2 Pferdezüchtgenossenschaften

2004 wurde vom Freiburgerzuchtverband eine neue Zuchtgenossenschaft anerkannt. Es handelt sich um die Freiburgerzuchtgenossenschaft Haute-Broye. Somit zählte der Kanton Freiburg am 31. Dezember 10 Pferdezüchtgenossenschaften, davon 8 Genossenschaften für die Freibergerrasse, 1 für das Warmblut und 1 für die Haflinger. Im Kanton werden folgende Pferde gehalten, für die eine kantonale Prämie ausgerichtet wurde:

	2003	2004
Freiberger	552	555
Warmblut	89	31
Haflinger	38	28
Total	679	614

Die oben erwähnten Bestände enthalten Stuten, Saugfohlen und Hengste. Jungpferde zwischen 18 Monaten und 2 1/2 Jahren wurden nicht berücksichtigt.

9. Schweine-, Schaf- und Ziegenzucht

9.1 Bundes- und Kantonsbeiträge zugunsten der Kleinviehzucht

In Anwendung der Bundesverordnung vom 7. Dezember 1998 über die Tierzucht und des kantonalen Gesetzes vom 16. Mai 1961 über die Verbesserung der Rindvieh-, Pferde- und Kleinviehzucht wurden folgende Beiträge an die Kleinviehzucht ausgerichtet:

	An vom Bund anerkannte Organisationen in tausend Franken	andere kantonale Beiträge in tausend Franken		
Zuchtprämien	– (–)	29	(28)	
Beiträge an anerkannte Organisationen	162 (167)	–	(–)	
Andere Beiträge (Organisationen, Prüfungen)	– (–)	8	(8)	
Total	162 (167)	37	(36)	

davon

Unterstützung der Schaf- und Ziegenzucht	110	(115)
Unterstützung der Schweinezucht	89	(88)
Total der kantonalen Unterstützung	199	(203)

Im Gegensatz zur Schaf- und Ziegenzucht ist in der Unterstützung für die Schweinezucht nur die Unterstützung der vom Bund anerkannten Organisationen enthalten.

9.2 Im Herdebuch eingetragener Schafbestand

	Im Herdebuch eingetragene Genossenschaften	Im Herdebuch eingetragene Tiere
Weisses Alpenschaf	5 (5)	785 (840)
Braunköpfiges Fleischschaf	4 (4)	341 (431)
Schwarzbraunes Bergschaf	13 (13)	1 629 (1 734)
Schwarznasenschaf	1 (1)	68 (62)
Charollais	1 (1)	302 (276)
Total	24 (24)	3 125 (3 343)

Wie im Vorjahr beträgt die Anzahl Schafzuchtgenossenschaften 24.

9.3 Im Herdebuch eingetragener Ziegenbestand

Von den 8 Zuchtgenossenschaften und der einzigen Zuchtstation halten nur 2 Genossenschaften und die Station in Botterens eine einzige Ziegenrasse. Die übrigen Genossenschaften halten 2 oder 3 verschiedene Rassen. Nebst den unten aufgeführten Rassen werden im Kanton Freiburg auch seltenere Rassen wie die Burenziege und die Bündner Strahlenziege gezüchtet. Die Zahl der Genossenschaften ist gleich wie im letzten Jahr.

Da die Zahlen für 2004 noch nicht vorliegen, werden die Bestände von 2003 aufgeführt.

	Im Herdebuch eingetragene Tiere
Gämsfarbige Gebirgsziege	1 067 (894)
Saenenrasse	317 (329)
Toggenburgerziege	30 (20)
Appenzellerziege	12 (10)
Total	1 426 (1 253)

9.4 Bewertung

Die Schafe und Ziegen wurden unter der Verantwortung des Amtes für Landwirtschaft im Auftrag der vom Bundesamt für Landwirtschaft anerkannten Zuchtverbände bewertet.

10. Weinbau

10.1 Neupflanzungen

26 Gesuche für kantonale Neupflanzungsbeiträge über eine Gesamtfläche von 43 880 m² wurden behandelt, d.h. pro Region:

Wistenlach: 19 Gesuche über eine Fläche von 38 858 m².

Cheyres, 7 Gesuche über eine Fläche von 5022 m².

Ausserdem wurden im Rahmen der Bundesverordnung vom 7. Dezember 1998 über den Rebbau und die Einfuhr von Wein 21 Gesuche um Umstellung von Rebflächen (Rodung der Rebsorten Chasselas und Müller-Thurgau und Ersatz durch andere Rebsorten) eingereicht für eine Fläche von 31 615 m².

10.2 Weinlese

Mit dem Reglement vom 15. September 1997 wurde die kontrollierte Ursprungsbezeichnung (AOC) für die freiburgischen Weine eingeführt.

Für die Weinlese 2004 wurden die Qualitätsnormen (Mindestzuckergehalt) und die Produktionsbeschränkungen mit Entscheid der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft vom 1. Juli 2004 wie folgt festgesetzt:

	Produktions- beschränkung	Mindestzucker- gehalt (Öchslegrad)
Wistenlach		
weisse Trauben:	1,1 kg/m ²	60°
rote Trauben*:	1,05 kg/m ²	65°
Cheyres		
weisse Trauben:	1,25 kg/m ²	60°
rote Trauben*:	1,1 kg/m ²	65°

* Der Mindestzuckergehalt (Öchslegrad) wurde für Blauburgunder bei 68°Oe festgelegt.

Die Produktionsbeschränkungen für die freiburgischen Weinberge sind strenger als die Beschränkungen des Bundes. Nur die Trauben, die diese Kriterien erfüllen, erlauben die Herstellung von Weinen mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung (AOC) und mit Ursprungsbezeichnung (AO).

Die Erträge der Weinlese 2004 sind geringer ausgefallen als in den beiden Vorjahren. Der Gesamtertrag aller kantonalen Rebflächen grenzt an 1 Million kg Trauben. Auch 2004 hatten die Produzenten den Behang zugunsten der Qualität und mit dem Ziel, die Quantität unter Kontrolle zu bringen, stark reguliert. Was die Qualität betrifft, so ist der in Öchslegrad gemessene Zuckergehalt erhöht und die Weinlese ist sehr ausgeglichen, was auf einen hervorragenden Jahrgang hindeutet.

Nachdem 2003 aussergewöhnlich früh geerntet wurde, stellte sich 2004 wieder der Normalzustand ein. Der Frühling entsprach der Norm und die Rebenknospen konnten unter guten Bedingungen aufbrechen. Die erhöhten Temperaturen im Juni ermöglichten ein Vegetationswachstum, das an das Jahr 2003 erinnerte. Die Sommermonate 2004 waren jedoch regnerisch, was die Vegetation stark verlangsamte. Mit kalten Nächten und sonnigen Tagen im September entwickelten sich die Stichproben positiv und

der phytosanitäre Zustand der Rebe konnte auf ideale Weise beibehalten werden.

Die ersten Reben konnten Ende September gelesen werden, und die Weinlese dauerte rund drei Wochen. Während der ersten vierzehn Tage herrschte ein trockenes Klima, wodurch ein sehr guter phytosanitärer Zustand der Weinlese gewährleistet werden konnte. Die nachfolgenden regnerischen Abschnitte verlangsamten die Arbeiten zwar, wirkten sich jedoch nicht auf die Qualität der Trauben aus. Somit erfüllt die gesamte Weinlese 2004 der Weinberge Wistenlach und Cheyres die Anforderungen für die kontrollierte Ursprungsbezeichnung. Die ausgeglichene Ernte eröffnet Perspektiven für einen sehr guten Jahrgang.

Die Weinlese ergab folgende Ergebnisse:

Vully	in kg	mittlerer Grad
Chasselas	599 963	72,31
Pinot Noir	178 743	91,70
Gamay	8 057	84,92
Spezialitäten weiss	78 002	88,75
Spezialitäten rot	44 454	83,73
Cheyres		
Chasselas	40 776	72,75
Pinot Noir	56 476	89,17
Gamay	2 231	83,13
Spezialitäten weiss	4 760	95,75
Spezialitäten rot	4 800	83,41

11. Viehhandelspatente

Gestützt auf die interkantonale Übereinkunft vom 13. September 1943 über den Viehhandel wurden 63 Viehhandelspatente und 11 Vermittlerpatente ausgestellt. 35 Patente wurden an Inhaber von Hundezwingern abgegeben (Art. 6 des Beschlusses vom 21. Dezember 1982 über die Hundesteuer).

Kein Kandidat hat am Einführungskurs für neue Händler teilgenommen.

Die Konsultativkommission für Taxation, bestehend aus einem Vertreter pro Bezirk und zwei Vertretern der Nutztiersversicherungsanstalt (SANIMA), hielt eine eintägige Sitzung ab. Sie setzte die Umsatzgebühren für die Viehhändler gestützt auf die Verordnung vom 17. Februar 2004 über die Prämien der SANIMA für 2004 fest.

12. Raumplanung

Gemäss Artikel 11 des Ausführungsreglements vom 18. Dezember 1984 zum Raumplanungs- und Baugesetz vom 9. Mai 1983 wurden im Jahr 2004 zu folgenden Gesuchen Stellungnahmen abgegeben:

- 111 (85) Baubewilligungsgesuche für Neubauten oder Umbauten von Wohnteilen und 32 (29) direkt von Landwirten gestellte Gesuche betreffend die Berechnung der Raumeinheiten;
- 311 (256) Baubewilligungsgesuche für Neubauten oder Umbauten von Ökonomiegebäuden, Schuppen, Schweineställen, Hühnerställen, Alphütten, Verkaufs-

lokalen, Buvetten, «Tables d'hôtes», mechanischen Werkstätten, Schneckenzuchten;

- 92 (77) Dossiers über Ortsplanungen wurden geprüft. Es handelte sich entweder um Vorprüfungen, um Schlussprüfungen oder um Vorstudien im Hinblick auf die nächste Revision der Ortsplanung.

13. Umweltschutz

13.1 Bodenschutz

a) Baubewilligungen

Gemäss der Verordnung vom 20. August 2002 über den Bodenschutz hat das Amt für Landwirtschaft 38 (24) Baugesuche für die Landwirtschaftszone mit qualitativem oder quantitativem Einfluss auf den Boden begutachtet, z.B. für das Legen von Wasserleitungen, die Erstellung von Wegen oder Biotopen, die Ausbeutung von Kiesgruben, Auffüllungen.

b) Pfluglose Saat

In Anwendung des Dekrets vom 26. Juni 2003 über die Anwendung von Anbaumethoden zum Schutz landwirtschaftlicher Böden hat das Amt für Landwirtschaft Beiträge an 48 Landwirte für insgesamt 98 691 Franken ausgerichtet. Diese Beiträge sind mit dem Abschluss eines 5-jährigen Vertrages zwischen dem Landwirt und dem Amt verknüpft. Die unter Vertrag stehenden Flächen betragen 305 Hektaren.

c) Erosion

In 10 Gemeinden wurde ein Pilotprojekt in Angriff genommen, um das Ausmass der Erosion auszuwerten. Die Erhebung von Erosionsfällen auf landwirtschaftlichen Flächen wird in Zusammenarbeit mit den örtlichen Landwirtschaftsverantwortlichen durchgeführt. Dieses Projekt wird von einer Arbeitsgruppe geleitet, die sich aus Vertretern des Amtes für Umwelt, des Landwirtschaftlichen Instituts Grangeneuve und des Amtes für Landwirtschaft zusammensetzt.

13.2 Gewässerschutz

In Anwendung des Beschlusses vom 28. November 2000 über die Verringerung der Nitratbelastung aus der landwirtschaftlichen Bodenbewirtschaftung hat das Amt für Landwirtschaft 37 Landwirten in Avry, Middel, Courgevaux, Fétigny und Domdidier Flächenabgeltungen ausgerichtet. Der Anteil des Kantons an den Abgeltungen, die zu gleichen Teilen zwischen dem Kanton und den 5 Gemeinden aufgeteilt wurden, beläuft sich auf 53 806 Franken. Ausserdem hat der Kanton die Restrukturierung eines Betriebs in der Gemeinde Cugy, der am Nitratprojekt von Fétigny beteiligt ist, mit 30 320 Franken unterstützt.

14. Naturschutz: Öko-Qualitätsverordnung (ÖQV)

In Anwendung der eidgenössischen Öko-Qualitätsverordnung haben 238 Betriebe für die biologische Qualität einen Betrag von insgesamt 141 277 Franken erhalten. 348 Betrieben wurde ein Bonus von 320 078 Franken für die

Vernetzung von kombinierten ökologischen Ausgleichsflächen ausgerichtet. 92 Betriebe beteiligten sich an beiden Massnahmen für einen Gesamtbetrag von 108 465 Franken. 2004 wurden im Kanton Freiburg 6 neue ÖQV-Vernetzungsprojekte anerkannt, womit die Zahl der im Kanton anerkannten ÖQV-Vernetzungsprojekte auf 12 ansteigt. Die Öko-Qualitätsverordnung wird zu 90 % vom Bund und zu 10 % vom Kanton finanziert.

II. Verwaltung der Staatsreben

Die Weinlese in den beiden Gebieten ergab folgende Mengen:

Lavaux

Geerntete Menge:

– Faverges weiss	104 000 l junger Wein (85 540)
– Ogoz (nur weisse Trauben)	12 200 l junger Wein (15 300)
– Faverges rot	31 150 l junger Wein (19 470)

Verkauf der letzten Ernte:

– Faverges weiss 2003	77 500 l Wein (74 370)
– Ogoz 2003	13 680 l Wein (19 850)
– Faverges rot 2002	23 190 l Wein (24 560)

Bestand am 31.12.2004:

– Faverges weiss 2003	11 170 Flaschen (26 540)
– Ogoz 2003	2 240 Flaschen (2 070)
– Faverges rot 2002	2 920 Flaschen (1 080)

Der gesamte Rotwein des Rebzugs Faverges 2003 wird im Frühling 2005 in Flaschen abgefüllt und im Lauf des Jahres 2005 verkauft.

Wistenlach

Geerntete Menge:

– Etat de Fribourg weiss	15 900 l junger Wein (11 650)
– Château de Mur weiss	11 450 l junger Wein (14 900)
– Etat de Fribourg rot	2 600 l junger Wein (1 400)
– Château de Mur rot	8 100 l junger Wein (5 700)

Verkauf der letzten Ernte:

– Etat de Fribourg weiss 2003	8 500 l Wein (10 280)
– Château de Mur weiss 2003	13 960 l Wein (8 490)
– Etat de Fribourg rot 2003	640 l Wein (982)
– Château de Mur rot 2003	4 825 l Wein (6 050)

Bestand am 31.12.2004:

– Etat de Fribourg weiss 2003	4 500 Flaschen (3 010)
– Château de Mur weiss 2003	1 340 Flaschen (4 660)
– Etat de Fribourg rot 2003	1 085 Flaschen (740)
– Château de Mur rot 2003	1 250 Flaschen (2 070)

Meliorationsamt

1. Allgemeines

Die am 1.1.1999 in Kraft getretenen neuen Bundesbestimmungen im Zusammenhang mit der «Agrarpolitik 2002» brachten für die Bodenverbesserungen keine grossen Änderungen mit sich. Mit der pauschalen Subventionierung der landwirtschaftlichen Hochbauten können mehr Fälle behandelt werden als unter dem alten Recht, was von 1999 bis 2001 zu einer deutlichen Zunahme bei dieser Budgetposition und in der Rubrik des Fonds für Bodenverbesserungen führte. Die Situation hat sich seither stabilisiert.

2. Tätigkeiten

2.1 Personal

Philippe Weber, der zu 50 % als Sekretär tätig war, hat das Amt im Laufe des Jahres verlassen und wurde nicht ersetzt.

2.2 Vom Kanton subventionierte Arbeiten

Die folgende Aufstellung umfasst die im Jahre 2004 zugesicherten Beiträge und deren Verteilung auf die verschiedenen Meliorationsarten, die eingegangenen Verpflichtungen unter der Rubrik des Fonds für Bodenverbesserungen ausgenommen.

	Anzahl Projekte	Beitragsberechtigter Kostenvoranschlag Fr.	Kantonale Beiträge Fr.
Güterzusammenlegungen	17	7 214 061	2 322 990
Alpwege und Hofzufahrten	17	4 519 217	1 562 233
Wasserversorgungen	9	6 112 723	712 500
Andere Bodenverbesserungen (Entwässerungen, Stromversorgung, Ausdolung von Bächen, Instandstellung von Grundstücken, ...)	–	–	–
Landw. Bauten und Sennereien	52	26 882 500	3 307 200
Hofdüngeranlagen	7	1 239 080	199 980
Total 2004	102	45 967 581	8 104 903
Total 2003	103	42 874 937	7 206 071
Total 2002	120	51 630 188	9 185 124
Total 2001	110	34 288 827	6 297 006
Total 2000	136	34 104 882	6 497 736

Die jährlichen Veränderungen bei der Gewährung der Kantonsbeiträge sind auf die unterschiedlichen Bundeskredite und die Tatsache zurückzuführen, dass gewisse Projekte nicht im gleichen Jahr vom Kanton und vom Bund subventioniert werden. Der Kantonsbeitrag für landwirtschaftliche Bauten in der Talzone, entsprechend der Motion Godel/Page, beläuft sich auf 811 400 Franken für 19 Fälle.

Die Gesamtsumme der im Jahr 2004 zugesicherten Beiträge unter der Rubrik des Fonds für Bodenverbesserungen beläuft sich auf 472 912 Franken bei einem Kostenvoranschlag von 1 952 464 Franken, was 27 Projekten oder Etappen entspricht.

2.3 Vom Bund subventionierte Arbeiten

Zusammenstellung der im Jahr 2004 zugesicherten Beiträge:

	Fr.
Güterzusammenlegungen	1 972 911
Alpwege und Hofzufahrten	1 713 115
Wasserversorgungen	1 029 415
Andere Bodenverbesserungen	207 200
Landw. Bauten und Sennereien	2 750 700
Hofdüngeranlagen	–
Total der dem Kanton zugesicherten Beträge:	
2004	7 673 341
2003	7 679 415
2002	8 022 328
2001	6 481 082
2000	6 121 364

2002 konnte der Kanton Freiburg von einem zusätzlichen Beitrag von über einer Million profitieren, der auf nicht genutzte Beiträge anderer Kantone zurückzuführen war.

2.4 Im Jahr 2004 beendete Arbeiten

Unternehmen und Etappen, für die 2004 eine Schlussabrechnung erstellt wurde:

	Anzahl Projekte	Gesamtkosten Fr.
Güterzusammenlegungen	7	9 685 880
Alpwege und Hofzufahrten	5	969 717
Wasserversorgungen	8	4 524 413
Andere Bodenverbesserungen	–	–
Landw. Bauten und Sennereien	42	23 404 781
Hofdüngeranlagen	15	2 092 050
Total 2004	77	40 676 841
Total 2003	91	41 722 976
Total 2002	100	38 794 493
Total 2001	103	45 102 029
Total 2000	130	32 387 041

2.5 Im Jahr 2004 ausbezahlte Beiträge (ohne Beiträge des Fonds für Bodenverbesserungen)

	Beiträge Kanton Fr.	Beiträge Bund Fr.
Güterzusammenlegungen	2 270 675	2 540 222
Alpwege und Hofzufahrten	843 314	1 040 195
Wasserversorgungen	640 606	675 332
Andere Bodenverbesserungen	212 000	196 000
Landw. Bauten und Sennereien	3 487 800	2 946 400
Hofdüngeranlagen	443 900	–
Total 2004	7 898 295	7 398 149
Total 2003	7 572 035	7 467 518
Total 2002	7 444 251	9 284 410
Total 2001	6 321 191	6 943 053
Total 2000	8 011 387	6 360 799

Am 31. Dezember 2004 befand sich keine Abrechnung zur Genehmigung und Bezahlung bei der Abteilung Strukturverbesserungen des Bundesamts für Landwirtschaft.

am 31.12.2003:	6 Abrechnungen
am 31.12.2002:	2 Abrechnungen
am 31.12.2001:	16 Abrechnungen
am 31.12.2000:	15 Abrechnungen

Die Zunahme der Bundesbeiträge im Jahr 2002 im Vergleich zu den Vorjahren ist darauf zurückzuführen, dass der Abteilung Strukturverbesserungen höhere Kredite zur Verfügung gestellt wurden und dass gewisse Kantone die Beiträge nicht nutzten.

Die ausbezahlten Kantons- und Bundesbeiträge nach Rubrik stehen nicht immer im Verhältnis zu den entsprechenden Ansätzen dieser Rubriken, da einige Auszahlungen je nach den zur Verfügung stehenden Krediten von einem Jahr zum nächsten abweichen können.

2.6 Im Jahr 2004 durch den Fonds für Bodenverbesserungen ausbezahlte Beträge

	Fr.
Total 2004	600 917
Total 2003	748 462
Total 2002	1 045 844
Total 2001	1 278 914
Total 2000	1 237 209

Der Rückgang im Vergleich zu 2003 und den Vorjahren ist vor allem durch die Aufhebung der Subventionen der gemeinschaftlichen Bauten in der Talzone durch den Fonds für Bodenverbesserungen bedingt. Seit 2002 werden die gemeinschaftlichen Bauten gemäss der Motion Godel/Page mit den übrigen landwirtschaftlichen Hochbauten in der Talzone subventioniert.

2.7 Stand der Verpflichtungen nach Unternehmensart

Der Saldo der zugesicherten, aber noch nicht ausbezahlten Kantonsbeiträge setzte sich am 31. Dezember 2004 wie folgt zusammen:

	Fr.
Güterzusammenlegungen	2 037 354
Alpwege und Hofzufahrten	1 111 900
Entwässerungen	116 000
Wasserversorgungen	376 525
Andere Bodenverbesserungen	11 000
Landw. Bauten und Sennereien	2 106 200
Hofdüngeranlagen	724 710
Total der Verpflichtungen am 31. Dezember 2004	6 483 689
Idem am 31. Dezember 2003	7 024 197
Idem am 31. Dezember 2002	8 378 440
Idem am 31. Dezember 2001	6 837 234
Idem am 31. Dezember 2000	6 897 559

Die eingegangenen Verpflichtungen des Fonds für Bodenverbesserungen betragen am 31. Dezember 2004 458 770 Franken.

2.8 Allgemeine Bemerkungen zu einigen Unternehmen

a) Güterzusammenlegungen

Zur Anpassung an die finanziellen Bedingungen in der Landwirtschaft wurden 2004 drei vereinfachte Güterzu-

sammenlegungen freiwillig vorgenommen. Damit wurden seit 1998 insgesamt 12 freiwillige Güterzusammenlegungen durchgeführt.

Die Arbeiten der in den letzten Jahren neu gegründeten Flurgenossenschaften nehmen ihren normalen Verlauf, wobei die Kostenvoranschläge eingehalten werden.

b) Alpwege und Hofzufahrten

Die Beiträge, die für den Bau oder die Wiederinstandstellung von Alpwegen und Hofzufahrten in der Berg- oder Hügelzone zur Verfügung gestellt wurden, sind 2004 angestiegen, nachdem sie zuvor während einigen Jahren in Folge stark zurückgegangen sind.

c) Wasserversorgungen

Unter dieser Rubrik werden zahlreiche Beitragsgesuche gestellt, vor allem seit der Bund 1999 Beiträge für die Anlagen in der Hügelzone einführte, während zuvor Subventionen nur für die Bergzone gewährt wurden.

d) Andere Bodenverbesserungen

Unter diese Rubrik fallen die Entwässerungen, die Stromversorgungen, die Ausdolung von Bächen, die Instandstellung von Grundstücken usw.

e) Landw. Bauten und Sennereien

Aufgrund der am 1. Januar 1999 in Kraft getretenen neuen Bundesbestimmungen können einzelne Elemente subventioniert werden (z.B. Ställe, Schuppen). Seither konnten daher gemeinsam mit dem Bund und dem Fonds für Bodenverbesserungen mehr Fälle behandelt werden. Der pro Fall gewährte Beitrag liegt jedoch in der Regel unter den Beiträgen der früheren Jahre. Die 2004 insgesamt gewährten Beiträge, sowohl auf Bunds- als auch auf kantonaler Ebene, weisen einen gewissen Rückgang auf.

Seit dem Inkrafttreten der Motion Godel/Page am 1.1.2002 sind im Jahr 2004 19 landwirtschaftliche Hochbauten in der Talzone subventioniert worden. 2003 waren es 18 und 2002 32.

f) Hofdüngeranlagen

Seit der Einführung des kantonalen Sanierungsprogramms für Hofdüngeranlagen 1988 wurden 1621 Anlagen mit einem Volumen von 634 243 m³ subventioniert. Die Kantonsbeiträge, die seit 1988 ausgerichtet werden, belaufen sich insgesamt auf 39 616 000 Franken. Dazu kommen 354 Werke mit einem Volumen von 149 000 m³, die aufgrund der Beiträge zur Rationalisierung der Gebäude oder zur Stallsanierung realisiert wurden. Diese Werke stellen einen sehr wichtigen Beitrag zum Gewässerschutz dar.

Die Zahl der subventionierten Anlagen geht deutlich zurück (7 im Jahr 2004), einerseits, weil das Sanierungsprogramm praktisch abgeschlossen ist, und andererseits ist die Erstellung einer Jauchegrube oft mit einer umfänglicheren Restrukturierung der Gebäude verbunden.

2.9 Tätigkeiten der Kommissionen

a) Kommission für Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft

Diese Kommission wurde am 25. November 2003 vom Staatsrat eingesetzt und übernimmt die Tätigkeiten der folgenden Kommissionen:

- der Kantonalen Kommission für Agrarkredite,
- der Konsultativkommission für Meliorationsfragen,
- der Landwirtschaftlichen Baukommission,

Sie trat seit 2004 11-mal an Plenarsitzungen zusammen. Die Prüfung besonderer Probleme wurde einer Subkommission übertragen, die 4 Sitzungen abhielt.

b) Rekurskommission für Meliorationen

Zu behandelnde Angelegenheiten	am 31. Dezember 2003	1
Eingereichte Rekurse	im Jahr 2004	16
Gefällte Entscheide	im Jahr 2004	10
Aufgehobene Angelegenheiten	am 31. Dezember 2004	–
zu behandelnde Angelegenheiten	am 31. Dezember 2004	7

c) Kommission für Grundstückerwerb

Die Kommission für Grundstückerwerb trat 2004 insgesamt 23-mal zusammen, 9-mal im Plenum und 14-mal in kleinerer Zusammensetzung.

Sie befasste sich mit verschiedenen Dossiers. Davon betrafen:

- 3 das Autobahnamt
- 12 das Tiefbauamt
- 3 das Hochbauamt
- 4 andere Stellen der Freiburger Staatsverwaltung
- 2 die Staatsbetriebe
- 4 die Gemeinden, Pfarreien oder andere Institutionen im öffentlichen Interesse
- 1 den Bund.

2.10 Aufträge an das Amt

Diese Arbeiten beliefen sich auf 5000 Franken und stellen die einkassierten Honorare für Leistungen dar, die ein Amtsvertreter an Stelle eines Ingenieurs oder Architekten erbringt.

2.11 Schweizerischer Hilfsfonds für nichtversicherbare Elementarschäden

Dieser Fonds hat verschiedenen Geschädigten im Kanton 14 778 Franken ausbezahlt (2003: 81 530 Franken, 2002: 119 490 Franken, 2001: 293 613 Franken und 2000: 113 518 Franken); davon wurden 6720 Franken für die

Wiederinstandstellung von Werken der Bodenverbesserungskörperschaften ausgerichtet. Eine gewisse Zahl von Schadenfällen wird zurzeit von den Verantwortlichen des schweizerischen Hilfsfonds in Bern überprüft. Der Betrag schwankt von Jahr zu Jahr, je nach Zahl und Ausmass der Schäden.

2.12 Fonds für Bodenverbesserungen

a) Geldverkehr

Einnahmen:	Fr.
• Zahlungen an den Fonds unter der Rubrik 3435/380.002	500 000.—
• jährliche Zinsen von 2 %	66 227.40
• Zahlungen der Grundbuchämter	3 834 698.30
Total der Einnahmen	4 400 925.70
Ausgaben:	
• Zahlungen an die Budget-Rubrik 3435/402.001	3 834 698.30
• Zahlungen an die Budget-Rubrik 3435/480.002	600 000.—
• Vermögensrückgang	– 33 772.60
Total der Ausgaben	4 400 925.70

b) Stand des Fonds am 31. Dezember 2004

Vermögen am 31. Dezember 2003	3 313 591.50
Vermögensrückgang	– 33 772.60
Vermögen am 31. Dezember 2004	3 279 818.90

c) Allgemeine Bemerkungen

Im oben erwähnten Betrag ist das Darlehen von 2 Millionen an Prolait (Plate-forme laitière de Suisse occidentale), das aufgrund des Dekrets vom 12. Dezember 2002 über eine Finanzhilfe an die freiburgische Milchwirtschaft erfolgte, nicht berücksichtigt. Das Darlehen muss ab 2008 innerhalb von höchstens 10 Jahren zurückerstattet werden.

Die Einnahmen des Fonds hängen vom Volumen des verkauften Kulturlandes für nichtlandwirtschaftliche Zwecke ab. Die Zahlungen der Grundbuchämter lagen im Jahr 2004 deutlich über denjenigen der Vorjahre. Die Schwankungen von einem Jahr zum nächsten sind ziemlich deutlich, wie man der Aufstellung der letzten fünf Jahre entnehmen kann:

	Fr.
2000	2 115 451
2001	2 758 282
2002	3 187 755
2003	2 428 448
2004	3 834 698

Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg

1. Allgemeines

Das Landwirtschaftliche Institut des Kantons Freiburg in Grangeneuve (LIG) ist seinem Bildungs- und Dienstleistungsauftrag gemäss den gesetzlichen Bestimmungen von Bund und Kanton nachgekommen. In seinen Berufsschulen und Fachschulen gewährleistete das LIG die Ausbildung im Bereich Landwirtschaft, Agrokaufmannswesen, Forstwirtschaft, Milchwirtschaft, Lebensmitteltechnologie und Hauswirtschaft. Bei den Dienstleistungsaufträgen handelt es sich mehrheitlich um öffentliche Aufträge in den Bereichen Weiterbildung, Beratungs- und Kontrollaufträge und die Bereitstellung von Ressourcen.

Die Veranstaltungen des LIG werden zum Grossteil in Französisch und Deutsch angeboten.

Das LIG hat sich den ihm übertragenen ständigen Aufgaben gewidmet. Das Jahr 2004 war ausserdem durch die folgenden Ereignisse und Tätigkeiten gekennzeichnet:

- Anstieg der Schülerzahl zum vierten Mal in Folge
- Organisation eines «Tags der offenen Tür» der Verwaltungseinheiten der ILFD in Grangeneuve im Juni
- Fortsetzung des Denkprozesses über die Reorganisation des Milchwirtschaftlichen Inspektions- und Beratungsdienstes
- Umzug der Ausbildung zur Fachangestellten Gesundheit unter der Leitung der Krankenpflegeschule in die Räumlichkeiten des Hauswirtschaftlichen Bildungszentrums
- Umsetzung des Konzepts «Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz»
- Lancierung eines Projekts zur Anerkennung des Kurses für Agrokaufleute als höhere Fachschule
- Konferenz in Fétigny für Gemeinden und Presse zur Problematik des Gewässerschutzes im Zusammenhang mit der Nitratbelastung aus der Landwirtschaft

2. Berufsbildung

Die drei Berufsbildungszentren (Land- und Forstwirtschaft, Milchwirtschaft und Lebensmitteltechnologie, Hauswirtschaft), die vom Aufsichtsrat und den Konsultativkommissionen unterstützt werden, arbeiteten ordnungsgemäss im Dienste der 814 (737) Schüler, und zwar in beiden Amtssprachen.

Entsprechend dem System zur Qualitätssicherung wurde der Unterricht in allen Schulen des LIG einer Evaluation unterzogen. Die Auswertung der Evaluationen, die Schlussfolgerungen und die Vorschläge wurden beim Management Review besprochen.

2.1 Landwirtschaftliches und forstwirtschaftliches Bildungszentrum

	Anzahl Schüler/ Kandidaten	
– Landwirtschaftliche Berufsschule	148	(138)
– Berufsschule für Forstwarte	50	(51)
– Fachschule	91	(91)
– Vorbereitungskurs für den landwirtschaftlichen Fachausweis	58	(91)
– Vorbereitungskurs für die landwirtschaftliche Meisterprüfung	87	(55)
– Kurs für Agrokaufleute	11	(23)

Das Modell für die landwirtschaftliche Ausbildung im Rahmen des neuen Berufsbildungsgesetzes (BBG) wurde vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie gutgeheissen. Dank der Gliederung der Ausbildung in zwei Stufen mit einer praktischen Ausbildung nach dem dualen System und einer anschliessenden theoretischen Ausbildung (Vollzeit) kann der Lehrlingsaustausch zwischen den Sprachregionen beibehalten werden (50 % der Schüler der Berufsschule sind ausserhalb des Kantons). Da sich die Kursblöcke auf die «schlechte Periode» konzentrieren, nimmt der Lehrkörper auch Beratungs- und Verwaltungsaufgaben wahr und führt Expertisen durch. Dieses System gewährleistet de facto die Weiterbildung der Unterrichtenden und trägt zur Entwicklung der am Institut ansässigen landwirtschaftlichen Kompetenzzentren bei.

Die in der ganzen Schweiz seit vier Jahren bestehende Modularisierung der Fachausweis- und Meisterkurse ermöglicht den Kandidaten, den Anbieter ihrer Wahl zu wählen. Die Walliser Kandidaten haben sich für den Kanton Freiburg entschieden. Auch mit den Kantonen Waadt und Bern wird eine Zusammenarbeit organisiert. So sollen Module, die nur wenige Kandidaten auf sich vereinen, gemeinsam angeboten werden.

Als weitere Ausbildung auf der Tertiärstufe bereiten sich die Kurse für Agrokaufleute auf eine Anerkennung als höhere Fachschule vor. Die Umsetzung ist für den nächsten Jahrgang, also 2006 vorgesehen (die Ausbildung dauert zwei Jahre).

2.2 Bildungszentrum für Milchwirtschaft und Lebensmitteltechnologie

	Anzahl Schüler/ Kandidaten	
– Lehre Milchtechnologin/ Milchtechnologie	97	(58)
– Einführungskurs I und II	46	(–)
– Lehre Lebensmitteltechnologin/ Lebensmitteltechnologie	31	(27)
– Milchwirtschaftliche Schule	11	(7)
– Technikerschule für Lebensmittel- technologie	15	(17)
– Vorbereitungskurse für die Meisterprüfung	–	(13)

Seit dem Schulbeginn Ende August 2004 vereinigt das Milchwirtschaftliche und Lebensmitteltechnologische Bildungszentrum sämtliche Schülerinnen und Schüler der

Westschweiz aus dem Milch- und dem Lebensmitteltechnologischen Bereich von der Lehre bis zur Meisterprüfung.

Gleichzeitig hat das Milchwirtschaftliche und Lebensmitteltechnologische Bildungszentrum auch einen neuen Jahrgang der Technikerschule für Lebensmitteltechnologie willkommen geheissen.

Die Vorbereitungskurse für den Fachausweis Milchtechnologie wurden zum ersten Mal nach dem modularen System organisiert. Dies war mit bedeutenden Änderungen und grossem Einsatz der Lehrkräfte verbunden, vor allem bei der Vorbereitung der Kursunterlagen.

Am Ende des Schuljahres 2004 haben die ersten Lebensmitteltechnologielehrlinge ihr Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis erhalten. Aus diesem Anlass wurde eine spezielle Veranstaltung organisiert.

Der Schweizerische Milchwirtschaftliche Verein hat in der Deutschschweiz eine zweijährige berufliche Grundbildung mit Attest für Jugendliche mit Lernschwierigkeiten, die am Milchbereich interessiert sind, lanciert. Der Berufsverband möchte, dass das Milchwirtschaftliche und Lebensmitteltechnologische Bildungszentrum diese Möglichkeit auch jungen Leuten aus der Westschweiz anbietet. Aufgrund der Bundessubventionen wurde die Bildung einer solchen Klasse verschoben.

Alle Schülerinnen und Schüler aus Grangeneuve, die 2004 die milchwirtschaftlichen Fach- und Meisterprüfungen absolviert haben, haben ihr Diplom erhalten.

2.3 Hauswirtschaftliches Bildungszentrum (HBZ)

	Anzahl Schüler/ Kandidaten	
– Gemeinsame Grundbildung Hauspfleger/in, Fachangestellte/r Gesundheit	55	(69)
– Hauswirtschafterin, Art. 41	35	(36)
– Vorbereitungskurs für die Fachausweis- und Diplomprüfungen	10	(–)
– Lehre für Hauswirtschafter/in	49	(40)
– Lehre für Hauspfleger/in	21	(21)

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsbildung bietet das Hauswirtschaftliche Bildungszentrum (HBZ) in Grangeneuve weiterhin deutsch und französisch sprechenden Erwachsenen die Möglichkeit, ein Fähigkeitszeugnis als Hauswirtschafter/in neben der beruflichen und hauswirtschaftlichen Tätigkeit zu erwerben. Mehrere Bäuerinnen besuchen ebenfalls die Basismodule, wo sie die nötigen Kompetenzen erlangen, um an die Vorbereitungsmodulare für den Fachausweis Bäuerin zugelassen zu werden. Diese Fachausweis-Module begannen im Frühling 2004 in Zusammenarbeit mit dem Kanton Waadt. 10 Bäuerinnen hatten sich angemeldet.

Die Anzahl deutschsprachiger Schülerinnen, die die Elementarbildung als Hauswirtschafter/in absolvieren, ist angestiegen. Die Schülerinnen des 1. und 2. Jahrgangs wurden in einer Klasse zusammengelegt. Die Allgemeinbildung wird in Freiburg an der Berufsschule und die Fachkenntnisse im HBZ angeboten.

Zum 3. Mal hat am Hauswirtschaftlichen Bildungszentrum (HBZ) die gemeinsame Grundausbildung für die Berufe Hauspfleger/in, Fachangestellte/r Gesundheit und Hauswirtschafter/in begonnen. In diesem Jahr absolvieren die Schüler/innen diese Lehre – Schule und Praktikum – gänzlich am Hauswirtschaftlichen Bildungszentrum. Alle Lehrpersonen und Schüler/innen für die Ausbildung zur Fachangestellten Gesundheit sind nach Grangeneuve umgezogen. Die Tatsache, dass die Unterrichtenden der Krankenpflegeschule und des Hauswirtschaftlichen Bildungszentrums am gleichen Ort tätig sind, erleichtert die Zusammenarbeit und hat zum besseren Verständnis unter den Klassenverantwortlichen beigetragen, was sich auf den Unterricht im Allgemeinen, die Schülerbetreuung und das Klima unter den Lehrkräften positiv auswirkt.

3. Land- und Milchwirtschaftliche Stationen und Dienstleistungen des LIG

3.1 Milchwirtschaftlicher Inspektions- und Beratungsdienst (MIBD)

In einer ersten Phase wurde die Planung eines MIBD-Westschweiz fortgesetzt. In Anbetracht der Arbeiten auf kantonaler und auf Bundesebene hat der Kanton Freiburg jedoch verlangt, dass seine Beteiligung an diesem Projekt suspendiert wird.

Der Bund hat eine neue Verordnung über die Kontrolle der Qualitätssicherung in der Milchwirtschaft vorbereitet. Gemäss Informationen werden darin die Kontroll- und Beratungsaufgaben im Milchbereich festgelegt. Die Strukturen des MIBD werden jedoch nicht mehr vorgeschrieben. Es ist Sache der Kantone und Organisationen, sich zu organisieren. Der Verordnungsentwurf wird Anfang 2005 in die Vernehmlassung gegeben.

3.2 Milchwirtschaftliche Station und Freiburgisches Agro-Lebensmittellabor, Milchwirtschaftliche Einheit

Gleichzeitig zur Umgestaltung des MIBD organisiert der Bund auch die Qualitätskontrolle der Verkehrsmilch neu. Nicht mehr der MIBD, sondern spezialisierte Labors werden für die Qualitätskontrolle der Verkehrsmilch zuständig sein. Diese Aufgabe wird nach einer Ausschreibung an ein interessiertes Labor vergeben, sobald die neue Bundesverordnung in Kraft ist.

3.3 Landwirtschaftliche Stationen und hauswirtschaftliche Beratung

Der landwirtschaftlichen Beratung sind 2080 Personen und der bäuerlich-hauswirtschaftlichen Beratung 770 Personen angeschlossen.

Die Buchhaltungsabteilung hat 1185 Buchhaltungen abgeschlossen. Die Hälfte davon wurde von den Landwirten auf Computer geführt.

2004 waren die Stationen insbesondere in folgenden Bereichen tätig:

- Informationssitzungen zu technischen und wirtschaftlichen Themen, namentlich in den folgenden Bereichen:
 - Ausstieg aus der Milchkontingentierung

- Überlegungen zu Betriebsentwicklungsstrategien
- Verwertung der Produkte vom Hof
- die Fertilität der Rinder (in Zusammenarbeit mit dem Kantonstierarzt)
- Produktionskostenanalyse in verschiedenen Betriebszweigen
- Tierproduktions- und Pflanzenbautechniken
- zahlreiche individuelle Beratungen in folgenden Bereichen:
 - Schätzung des Ertragswerts und Vermögensübergabe
 - überbetriebliche Zusammenarbeit
- Erstellung von Betriebsbudgets im Rahmen von Investitionshilfegesuchen
- Leistungen für die kantonalen Zuchtverbände und die Zuchtstier- und Milchviehausstellungen in Bulle
- Unterstützung der Projekte «Sensler Apero-Service» und «les récrés de la paysanne» im Rahmen der hauswirtschaftlichen Beratung
- Beteiligung am Projekt «Inventar des kulinarischen Erbes der Schweiz»
- Erstmalige Auswertung der Buchhaltungsergebnisse anhand der Agro-Twin-Abschlüsse (> 600 Betriebe wurden berücksichtigt)
- Schätzung der Entschädigungen für die Einschränkungen aufgrund der Reglemente für Grundwasserschutz-zonen
- Durchführung von Anbauversuchen in Zusammenarbeit mit den landwirtschaftlichen Forschungsanstalten, den Branchenorganisationen und der Hochschule für Landwirtschaft
- Intensivierung der Beratung zur Bekämpfung der Bodenerosion
- Erstellung eines Berichts über die Auswertung der Düngerbilanzen und Weiterführung des Dossiers «Hofdüngerverträge» (1480 erfasste Verträge)
- Mitwirkung bei der Arbeitsgruppe und Erstellung des Berichts «Schätzung des Milchpotentials der Freiburger Alpen» und «Revitalisierung der Alpwirtschaft im Kanton Freiburg»

Veterinäramt

1. Allgemeines

Aufgrund der neuen Normen im Bereich Lebensmittelhygiene, vor allem beim Import und Export, musste das Amt angemessene Lösungen finden. In Anbetracht der Entwicklung des europäischen Rechts konnten Übergangslösungen gefunden werden, um den Austausch so weit als möglich von Beschränkungen zu befreien. All diese Umstände erforderten vom Amt einen grossen Einsatz.

Auf kantonaler Ebene wurde nach der Annahme der Motion «Bourgeois» durch den grossen Rat in Zusammenarbeit mit der Direktion für Gesundheit und Soziales eine Projektorganisation gebildet, die die Zielsetzungen der Motion – die Harmonisierung der Tätigkeiten im Bereich Fleischhygiene, Lebensmittelkontrolle und Milchinspektion – umsetzen sollte.

2. Personal

Beim Verwaltungspersonal gab es keine Änderungen.

Das Amt arbeitet eng mit 21 Kreistierärzten, 2 Amtstierärzten, 2 Fleischinspektoren und 23 Fleischkontrolleuren zusammen.

Auf der Ebene der Amtsleitung fand eine Reorganisation statt. Die Stelle des Amtvorstehers und Verwalters der Nutztiersversicherungsanstalt (SANIMA) wurde zu 100 % in die Nutztiersversicherungsanstalt integriert.

3. Tätigkeiten

3.1 Bekämpfung der Tierseuchen

Hochansteckende Seuchen

Es liegen keine Fälle vor.

Auszurottende Tierseuchen

Es wurde kein (0) Fall von Boviner Spongiformer Enzephalopathie (BSE) festgestellt. Ein von einer an BSE erkrankten Kuh abstammendes Kalb aus dem Kanton Aargau wurde in den Kanton Freiburg verkauft und musste ausgemerzt werden.

Die Überwachung der Bovinen Infektiösen Rhinotracheitis und Infektiösen Pustulösen Vulvovaginitis (IBR/IPV), der Enzootischen Leukose der Rinder (EBL), der Brucellose der Schafe und Ziegen und der Aujeszky'schen Krankheit der Schweine erfolgte wie in der ganzen Schweiz mittels Befragungen von Betrieben, die das Bundesamt für Veterinärwesen zufällig auswählte.

Im Kanton wurden 284 (277) Betriebe kontrolliert, darunter 178 (169) auf IBR/IPV und EBL, 40 (45) auf Brucellose der Schafe, 23 (25) auf Brucellose der Ziegen und 43 (38) auf die Aujeszky'sche Krankheit der Schweine. Alle Untersuchungen fielen negativ aus.

Im Bereich Caprine Arthritis-Encephalitis (CAE) wurden die Ziegen von 307 (346) Betrieben kontrolliert. Zu diesem Zweck wurden 1817 (1292) Proben untersucht. 4 (0) Zie-

gen eines Betriebs erwiesen sich als positiv und die ganze Herde wurde ausgemerzt. Aufgrund dieses Falles wurde über 2 Betriebe sowie den sanierten Betrieb wegen Verdacht auf Ansteckung eine Sperre verhängt.

Zu bekämpfende Seuchen

5 (1) Hunde erwiesen sich als leptospirose-positiv

8 (4) Betriebe waren von Coxiellose betroffen.

3 (2) Fälle von Salmonellose, davon eine Schildkröte, Tauben und ein Wallaby, wurden festgestellt.

Auf den Alpen einiger Gemeinden des Greyerzer-, des Sense- und des Vivisbachbezirks war die Impfung gegen den Rauschbrand obligatorisch. 1089 (968) Rinder von 93 (81) Betrieben wurden geimpft.

3567 (3774) Schafe wurden vorsorglich gegen Schafräude geimpft.

Im Rahmen der Bekämpfung der Lungenentzündung der Schweine erwiesen sich 4 (18) Betriebe als positiv und mussten ihre Schweineställe sanieren. Über 5 (4) Betriebe wurde wegen Verdacht auf Lungenentzündung eine Sperre verhängt, bis der Verdacht entkräftet war. 1 (2) Betrieb wurde wegen Verdacht auf Lungenentzündung überwacht, und einem Betrieb (1) wurde eine 15-tägige Leerzeit auferlegt.

Kein Fall (2) von Chlamydiose der Vögel.

37 (48) Betriebe mit über 50 Legehennen wurden auf Salmonella Enteritidis untersucht. In 3 Betrieben ergab die serologische Untersuchung der Eier ein positives Ergebnis. Die bakteriologische Untersuchung hat den Verdacht in allen drei Fällen jedoch entkräftet.

10 (12) Fälle von bösartiger Faulbrut machte die Vernichtung von 20 (34) Völkern erforderlich.

12 (4) Fälle von Sauerbrut der Bienen machten die Vernichtung von 21 (18) Völkern erforderlich.

Zu überwachende Seuchen

1 (0) Fall von Paratuberkulose bei den Rindern.

3 (0) Fälle von Campylobacteriose, davon 2 Hunde und eine Katze.

2 (1) Fälle von Listeriose, davon ein Schaf und eine Ziege.

1 (2) Fall von Pseudotuberkulose der Ziegen.

1 (1) Fall von Chlamydienabort der Schafe.

Kein (0) Fall von Equiner Arteritis.

5 (2) Fälle von Milbenkrankheiten der Bienen.

2 Fälle von Neosporose der Rinder.

8 (1) Fall von Cryptosporidiose.

Amtliche Kontrollen

Die amtlichen Kontrollen von Betrieben mit Nutztierhaltung, die sog. Blauen Kontrollen, dienen der Überwachung des Gesundheitsstatus, des Einsatzes von Tierarzneimitteln

und der Kennzeichnungs- und Tierverkehrskontrolle. Die beiden amtlichen Tierärzte haben 197 Betriebe kontrolliert.

3.2 Fleischhygiene

Ordentliche Schlachtungen

322 321 (299 400) Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch von 321 601 (298 634) Tieren wurde für geniessbar erklärt. Das Fleisch von 720 (766) Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben; das entspricht 0,22 % (0,25 %) der Schlachtungen.

Schlachtungen von kranken oder verunfallten Tieren

1505 (1380) Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch von 1143 (969) Tieren wurde für geniessbar erklärt. Das Fleisch von 362 (411) Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben, was 24,05 % (29,78 %) der Schlachtungen kranker Tiere entspricht.

Schlachtungen von Tieren aus dem Ausland

2257 (2366) Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch von 2255 (2364) Tieren wurde für geniessbar erklärt. Das Fleisch von 2 (2) Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben, was 0,09 % (0,08 %) der Schlachtungen entspricht.

Sarkosporidiose/Zystizerkose

40 (19) Fälle von Sarkosporidiose wurden nachgewiesen, davon 2 (4) aus dem Kanton. 40 (19) Schlachttierkörper wurden daher für ungeniessbar erklärt.

608 (644) Fälle von Zystizerkose wurden in den Schlachthöfen nachgewiesen. Kein (2) Schlachttierkörper wurde für ungeniessbar erklärt. 608 (642) konnten nach Tiefkühlung zum Verzehr freigegeben werden. Die Anzahl Tiere aus dem Kanton beläuft sich auf 216 (246).

3.3 Tierschutz

1171 (961) Betriebe wurden von der Freiburgerischen Vereinigung der IP- und KF-Landwirte (FIPO) in Bezug auf den Tierschutz kontrolliert. 88,4 % (83,4 %) oder 987 Betriebe erfüllten die Kriterien des eidgenössischen Tierschutzgesetzes (TSchG). In 11,6 % (16,7 %) der kontrollierten Betriebe (130 Betriebe) wurden Verstösse festgestellt. Davon betrafen:

- 43,8 % (38,8 %) qualitative Mängel, davon 14,6 % (15 %) Kuhtrainer
- 37,7 % (47,6 %) den Auslauf der Tiere
- 36,9 % (40,8 %) angebundene Kälber
- 15,4 % (13,6 %) das Auslaufjournal
- 6,2 % (7,5 %) den Bau.

Nebst der Überprüfung des ökologischen Leistungsnachweises (ÖLN) wurden im Rahmen des Tierschutzes 74 (67) Augenscheine vorgenommen und 136 (105) Beschwerden behandelt. 11 (9) Aufträge für verschiedene Interventionen wurden an die amtlichen Tierärzte gerichtet. 11 (0) Dossiers wurden dem Amt von den Fleischkontrolleuren der Schlachthöfe des Kantons zugestellt (Anzeigen wegen Verstössen gegen die Tierschutzgesetzgebung).

25 (7) Beschwerdedossiers wurden als Aufsichtsbeschwerde an den Untersuchungsrichter überwiesen und 5 Tierhalterverbote wurden verhängt.

25 (29) Gesuche für Wildtierhaltung wurden an das Veterinäramt gerichtet. Die meisten Gesuche betrafen Frettchen (6), grosse Aras und Kakadus (5), Giftschlangen (4), Chamäleons (3) und Eulen (3): Uhu, Waldkauz und Fleckenuhu. Die übrigen Bewilligungsgesuche betrafen Leguane, Wildschweine, Damwild und Kängurus.

1434 (1465) Schreiben im Zusammenhang mit dem Tierschutz gingen beim Veterinäramt ein.

Die Aufsichtskommission für Tierversuche ist 2004 fünfmal zusammengetreten. Sie hatte folgende Aufgaben:

- 74 (68) Bewilligungsgesuche für Tierversuche wurden geprüft
- 73 (66) Bewilligungen wurden erteilt
- 4 Stellungnahmen wurden für interkantonale Gesuche abgegeben (Zustimmung)
- 4 (4) Unternehmen, wo Tierversuche durchgeführt werden, wurden besichtigt.

3.4 Importe – Exporte

Die Stellungnahmen in Bezug auf den endgültigen oder vorübergehenden Import oder Export von Lebewesen wurden dem Bundesamt für Veterinärwesen zur Genehmigung unterbreitet. Seit dem 1. Juli 2004 sind für folgende Tiere aus der EU keine Bewilligungen mehr nötig: Zucht- und Nutzgeflügel (Eier/Küken), Rinder, Schafe und Ziegen. Nach dem Import unterstehen diese Tiere jedoch der amtstierärztlichen Überwachung entsprechend den Weisungen des Kantonstierarztes.

643 (849) Zertifikate für den Export von Milchprodukten wurden ausgestellt.

3.5 Wanderschafherden

Der Kanton zählt 4 (4) Wanderherden, für die das Veterinäramt eine Bewilligung erteilt hat.

Amt für Wald, Wild und Fischerei

I. Wald

1. Allgemeines

Die Bekämpfung der Verbreitung des Borkenkäfers in den Bergwäldern sowie die Wiederherstellung der vom Sturm Lothar zerstörten Flächen hatten 2004 beim Amt Priorität. Da die letzten Arbeiten im Zusammenhang mit der Instandstellung der Nasslagerungsplätze erst im Laufe des Jahres 2004 fertig gestellt wurden, konnte das Amt den Lothar-Schlussbericht erst Ende 2004 vorlegen. Es handelt sich um einen Sonderbericht, der in diesen Rechenschaftsbericht nicht aufgenommen wurde.

Auf Bundesebene hat das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft, das Waldprogramm Schweiz (WAP-CH) veröffentlicht, ein Handlungsprogramm des Bundesamtes für die Jahre 2004 bis 2015. Ein wichtiges Element dieses Programms besteht in der Ersetzung von Subventionsprojekten durch Leistungsvereinbarungen zwischen dem Bundesamt und den Kantonen. Zur Umsetzung des WAP-CH ist eine Anpassung des Waldgesetzes vorgesehen.

2. Personal

2.1 Personalbestand (in Vollzeitstellen)

• Verwaltung (einschliesslich Lehrtochter)	8,9	(8,9)
• Forstingenieure, Sektorchefs	14,0	(14,0)
• Förster	20,0	(21,0)
• Forstwarte, Waldarbeiter, Lehrlinge	66,75	(72,25)

Ein Förster- und 4 Forstwartposten wurden aufgehoben.

2.2 Technisches und wissenschaftliches Personal

Keine Änderungen.

3. Neuerungsprojekte

3.1 Gewinnbringende Holzproduktion

Die Arbeiten zur Verbesserung und Umsetzung des Optimierungspotentials in der Logistikkette Wald – Sägerei wurden weiterverfolgt. Es bildete sich eine Initiativgruppe zur Schaffung einer Waldbesitzerorganisation in Form einer Aktiengesellschaft oder Genossenschaft für die Verbesserung von Holzproduktion und -verkauf.

3.2 Waldzertifizierung

2004 wurde eine Fläche von rund 1200 ha neu zertifiziert. Es handelt sich um die Wälder von:

- 2 Revierkörperschaften (La Sonnaz und Bas-Gibloux, insgesamt 962 ha)
- 2 Gemeinden (Giffers und Lully, insgesamt 38 ha)
- 2 privaten Waldeigentümern (insgesamt 196 ha)

Die Zertifikate wurden am 20. Oktober 2004 ausgehändigt.

3.3 Verkehrsbeschränkung auf Waldwegen

Entsprechend dem 2003 geschaffenen Konzept wurde auch 2004 für verschiedene Perimeter eine Einschränkung des motorisierten Verkehrs auf Waldwegen beschlossen. Im Oktober fand eine Informationssitzung für die Gemeinden und die Mehrzweckgenossenschaften der Sensler Voralpen statt.

3.4 Naturgefahren, IMIS-Stationen

Das 2003 lancierte Projekt für die Einrichtung zweier automatischer Schneemessstationen (IMIS: Interkantonales Mess- und Informationssystem für die Lawinenwarnung) wurde 2004 erfolgreich umgesetzt. Die Messungen stehen in Echtzeit zur Verfügung und werden vom SLF (Eidgenössisches Institut für Schnee- und Lawinenforschung) für die Erstellung des Lawinenbulletins verwendet. Gewisse Aspekte der regionalen Organisation und der Veröffentlichung eines Regionalen Lawinenbulletins durch die SLF müssen noch geklärt werden (Koordination mit den Kantonen Bern und Waadt erforderlich).

3.5 Revierkörperschaften

Die Schaffung von Revierkörperschaften und anderen Betriebseinheiten macht gute Fortschritte. Ende 2004 sieht die Situation folgendermassen aus:

- 10 Revierkörperschaften und 9 rationelle Betriebseinheiten wurden gebildet;
- 6 Revierkörperschaften und 2 Betriebseinheiten sind in Planung. Sie sollten 2005 oder 2006 gebildet werden.

27 Einheiten sind gebildet oder in Planung. Insgesamt sind im Kanton rund 35 Einheiten geplant.

3.6 Verbesserung der Bewirtschaftung in Privatwäldern

In den Privatwäldern von Vuissens wurde im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der von Lothar zerstörten Wälder eine vereinfachte Güterzusammenlegung in Angriff genommen.

4. Aus- und Weiterbildung

4.1 Weiterbildung

Zahlreiche Motorsäge- und Holzerkurse wurden als Grundausbildung oder Weiterbildung angeboten.

Wie auch im Vorjahr wurden im Mai und September Erste-Hilfe-Kurse für Forstpersonal organisiert.

Im Juni fanden Waldbaukurse in Schutzwäldern statt.

Im Zusammenhang mit der Restrukturierung des Forstdienstes fand eine Reihe gezielter Weiterbildungskurse für Förster in den Bereichen Marketing und Verkaufstechnik statt. Diese Weiterbildungskurse werden 2005 weitergeführt.

4.2 Ausbildung (Forstwartlehre)

a) Lehrabschlussprüfungen

21 Kandidaten, davon 18 französisch- und 3 deutschsprachige, legten die Lehrabschlussprüfung ab.

14 Kandidaten standen vor dem Lehrabschluss und 7 wiederholten die Prüfung.

19 Kandidaten bestanden die Prüfung, 2 fielen durch.

Seit der Einführung der Lehre im Jahre 1963 haben im Kanton Freiburg 525 Forstwirte ihren Fähigkeitsausweis erlangt.

b) Zwischenprüfungen

18 Lehrlinge im 1. Lehrjahr (16 französisch- und 2 deutschsprachige) haben die Zwischenprüfungen in den berufskundlichen und allgemein bildenden Fächern bestanden. Alle haben diese Prüfungen bestanden und sich für das zweite Lehrjahr qualifiziert.

14 Lehrlinge im 2. Lehrjahr (10 französisch- und 4 deutschsprachige) haben die praktischen Prüfungen im Wald der Burgergemeinde Freiburg abgelegt. 10 haben die Prüfungen bestanden. Mit den 4 Lehrlingen, die eine ungenügende Note hatten, wurden Sitzungen abgehalten.

c) Rekrutierung neuer Lehrlinge

Im Herbst 2004 haben 19 neue Lehrlinge ihre Lehre begonnen. Davon sind 12 französischer und 7 deutscher Muttersprache.

d) Anzahl Lehrlinge pro Lehrjahr am 1. Oktober 2004

• 1. Jahr:	19	(12 F und 7 D)
• 2. Jahr:	17	(15 F und 2 D)
• 3. Jahr:	15	(12 F und 3 D)
Total:	51	(39 F und 12 D)

4.3 Praktikanten

2 Forstingenieurstudenten der ETH Zürich und 4 Schüler der Försterschule haben ein Praktikum beim Amt für Wald, Wild und Fischerei absolviert.

5. Naturgefahren

Die wichtigsten Tätigkeiten des Amtes im Bereich Naturgefahren, die im Übrigen häufig in enger Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen erfolgen, können wie folgt zusammengefasst werden:

- **Kartierung der Naturgefahren:** Die Arbeiten an den drei verbleibenden Perimetern in den Voralpen wurden fortgesetzt. Die endgültigen Ergebnisse und ein Gesamtüberblick für die Voralpen wird Anfang 2005 vorliegen.
- **Ereigniskataster StorMe:** Bezüglich Naturereignisse (Lawinen, Hochwasser und Überschwemmungen, Rutschungen, Felsstürze usw.) war das Jahr 2004 für den Kanton Freiburg erneut relativ ruhig. Insgesamt wurden 10 neue Ereignisse im Ereigniskataster verzeichnet (5 Steinschläge/Felsstürze, 3 Rutschungen, 2 Überschwemmungen).
- **Projekte für Schutzmassnahmen:** Die Umsetzung und Planung von verschiedenen Projekten wurde fortgesetzt, namentlich die Sanierung der Rutschung Hoh-

berg, Schutzmassnahmen gegen Felsstürze in Jaun (Projekt abgeschlossen). Massnahmen im Einzugsgebiet der Mortivue in Semsales (Projekt begonnen). AMIZOM Cousimbert (Projekt begonnen), dringende Sanierungsmassnahmen nach dem Unwetter vom 12. Juni am Aettenberg.

Die Stärke des Amtes liegt in der Umsetzung von Schutzmassnahmen, häufig im Zusammenhang mit Wald. Oft werden wichtige, wenn auch wenig mediatisierte Arbeiten zur Behebung von zahlreichen Problemen von lokaler Bedeutung durchgeführt.

Seit Ende 2003 wirkt das Amt bei einer Arbeitsgruppe auf Bundesebene mit, die ein zukünftiges System zur finanziellen Unterstützung von Schutzbauten diskutiert (Leistungsauftrag ab 2008).

Gewisse finanzielle Aspekte anderer Projekte für Schutzbauten sind im 8. Kapitel «Technische Projekte» aufgeführt.

6. Holzförderung

Die Holzheizzentrale der OS Romont wurde im September 2004 in Betrieb genommen. Die bereits ausgeführten Anschlüsse entsprechen den Erwartungen.

Verschiedene andere Projekte in Zusammenarbeit mit dem Amt für Verkehr und Energie wurden weitergeführt.

Weitere Aktivitäten fanden in Zusammenarbeit mit Lignum Freiburg statt.

7. Naturschutz im Wald

7.1 Waldreservate

2004 wurde kein neues Waldreservat geschaffen. Es sind jedoch Studien und Verhandlungen für die Schaffung von Waldreservaten in Cheyres, im Gebiet la Berra-Cousimbert, sowie entlang der Neirigue im Gang. Ausserdem ist vorgesehen, das Waldreservat «En Biffé» zu vergrössern.

Das kantonale Waldreservatskonzept des Kantons Freiburg ist vom Staatsrat beschlossen worden; im Oktober 2004 wurde es vom Bund genehmigt.

7.2 Standortkartierung

Im Jahr 2004 wurden in 7 Forstkreisen 7 Lose mit einer Fläche von insgesamt 2154 ha kartiert. Das Amt für Wald, Wild und Fischerei verfügt Ende 2004 über eine kartierte Fläche von 23 275 ha Wald. Dies entspricht 58,2 % des Waldareals des Kantons (Gesamtfläche 40 000 ha).

8. Technische Projekte

8.1 2004 von Bund und Kanton genehmigte Projekte

Gemeinden, Genossenschaften und Private

Der Staat, das Amt und auch die zahlreichen Waldbesitzer räumten der Bekämpfung phytosanitärer Schäden erneut eine vorrangige Stellung ein. Verpflichtungskredite für neue technische Projekte wurden zwar weiterhin, aber nur in äusserst geringem Masse erteilt. Entlastungsprogramme

schränken die Möglichkeiten für die Erteilung neuer Verpflichtungskredite weiterhin ein. Die zweite Etappe des Sammelprojekts zur Wiederinstandsetzung der Waldwege nach den Arbeiten im Zusammenhang mit dem Sturm Lothar konnte genehmigt werden. Im Rahmen der ersten Etappe werden rund 150 km Waldwege wieder instand gesetzt. Diese Arbeiten werden zwischen 2002 und 2005 ausgeführt.

Es sind nur jene Projekte aufgeführt, die von beiden Instanzen (Kanton und Bund) bewilligt worden sind.

Wie auch schon im Vorjahr wurde vom Kanton keine neue Erschliessung bewilligt.

	Anzahl	Voranschlag Fr.	Kantons- beitrag Fr.	Bundes- beitrag Fr.
Erschliessungsinfrastruktur	2	2 330 000	419 900	1 070 450
Verbesserung der Bewirtschaftungsbedingungen 421.2*	1	604 000	149 700	199 320
Entwässerungen, Aufforstungen und Schutzbauten	–	–	–	–
Waldbauprojekte B/C**	1	1 836 000	158 760	1 111 320
Total	4	4 770 000	728 360	2 381 090

* freiwillige Zusammenlegung und gemeinsame Bewirtschaftung inbegriffen.

** Waldbauprojekte dauern in der Regel 10 Jahre. Seit 2004 ist die Dauer neuer Projekte vom Bund auf 5 Jahre beschränkt.

Staat

Es wurde kein Projekt genehmigt.

8.2 Eingereichte Abrechnungen und ausbezahlte Beträge

a) Gemeinden und Dritte

Ende Jahr waren 40 Einzelprojekte hängig. Im Verlauf des Jahres wurden 3 Projekte mit einer Schlussabrechnung abgeschlossen.

Die folgende Tabelle zeigt 2004 die vom Bund genehmigten und bezahlten Abrechnungen.

Die kantonalen Beiträge entsprechen im Durchschnitt rund 20 % der Bundessubvention.

	Anzahl Abrechnungen	Betrag Abrechnung Fr.	Bundes- beitrag bez. Fr.
Erschliessungsinfrastruktur 421.1	9	1 901 000	913 000
Verbesserung der Bewirtschaftungsbedingungen 421.2*	9	566 000	283 000
Entwässerungen, Aufforstungen und Schutzbauten 431	10	848 000	577 000
Waldbau B/C 411.2/3	29	4 019 000	2 613 000
Total	57	7 334 000	4 386 000

Alle Zahlen sind gerundet.

* Diese Abrechnungen betreffen die Unterstützung für die Bildung von Revierkörperschaften.

b) Abrechnungen der Projekte des Staates Freiburg

Ende Jahr waren 5 vom Bund subventionierte Projekte hängig. Im Verlauf des Jahres wurden 3 Projekte mit einer Schlussabrechnung abgeschlossen.

Die folgende Tabelle zeigt die vom Bund genehmigten Abrechnungen.

	Anzahl Abrechnungen	Betrag Abrechnung Fr.	Bundes- beitrag bez. Fr.
Erschliessungsinfrastruktur 421.1	2	296 000	148 000
Verbesserung der Bewirtschaftungsbedingungen 421.2	2	308 000	154 000
Entwässerungen, Aufforstungen und Schutzbauten 431	–	–	–
Waldbau B/C 411.2/3	1	70 000	51 000
Total	5	674 000	353 000

Alle Zahlen sind gerundet.

8.3 Investitionskredite

Insgesamt werden gegenwärtig 65 Verträge bearbeitet. 9 Investitionskredite mit einem Gesamtbetrag von 2 216 830 Franken wurden gewährt. 5 Kreditverhältnisse konnten mit der Rückzahlung der letzten Jahresrate beendet werden. 55 Rückzahlungen in einem Gesamtbetrag von 746 747 Franken wurden getätigt. 9 Zahlungen auf Vertragsbasis über einen Gesamtbetrag von 2 176 840 Franken wurden ausgerichtet.

Diese finanziellen Mittel werden dem Kanton vom Bund zur Verfügung gestellt. 2004 wurden keine Fondseinlagen des Bundes beantragt, da die notwendigen Transaktionen mit den laufenden Kreditrückzahlungen sichergestellt werden können. Verglichen mit dem Vorjahr bleibt die Verschuldung dieses Programms unverändert; sie beläuft sich Ende 2004 auf rund 5 878 000 Franken.

9. Forstliche Planung

Gemäss den gesetzlichen Vorschriften wurde die Revision folgender Waldwirtschaftspläne durchgeführt:

- Kreis 2: Die Betriebspläne wurden von den Gemeinden genehmigt.
- Kreis 3: Der regionale Waldplan des Jauntals wurde bei den betroffenen Dienststellen des Staates in die Vernehmlassung gegeben.
- Kreis 5 und 6: Der regionale Waldplan der Waadtländer und Freiburger Broye wurde fertig gestellt und seit Anfang November 2004 für 2 Monate öffentlich aufgelegt.
- Kreis 7: Die Betriebspläne für das Gebiet «Vivisbach-Süd» sind fertig gestellt und von den betroffenen Gemeinden sowie der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft genehmigt worden.

10. Forststatistik

10.1 Staatswälder

a) Fläche

Produktive Waldfläche	4 500 ha
Strauch- und Gebüschwald	100 ha
Anders genutzte oder unproduktive Fläche	400 ha
Total	5 000 ha

(d.h. rund 12 % der gesamten Waldfläche des Kantons)

b) Nutzungen und finanzielle Ergebnisse

Von 1999 bis 2003 entwickelten sich die die Holznutzung und der Holzverkauf wie folgt:

Jahr	Nutzungen m ³	Nutzholz %	Industrieholz %	Brennholz %
1999	35 126	76	12	12
2000	60 341	88	4	8
2001	62 300	86	7	8
2002	48 000	83	7	10
2003	47 600	80	8	11
2004	Die Zahlen stehen im Juni 2005 zur Verfügung.			

10.2 Wälder der Gemeinden und Pfarreien

a) Fläche

Produktive Waldfläche	18 000 ha
Strauch- und Gebüschwald	1 000 ha
Anders genutzte oder unproduktive Fläche	1 000 ha
Total	20 000 ha

(d.h. rund 48 % der gesamten Waldfläche des Kantons)

b) Nutzungen und finanzielle Ergebnisse

Von 1999 bis 2003 entwickelte sich die die Holznutzung wie folgt:

Jahr	Nutzungen m ³	Nutzholz %	Industrieholz %	Brennholz %
1999	145 844	75	10	14
2000	412 260	82	7	10
2001	304 500	85	7	8
2002	192 000	80	8	12
2003	189 000	77	9	14
2004	Die Zahlen stehen im Juni 2005 zur Verfügung.			

10.3 Privatwälder

Flächen und Nutzungen der Privatwälder nach Forstkreis für das Jahr 2003:

Kreis	Fläche ha	Nutzung 2003 m ³
1 Saane	1 500	10 100
2 Sense/Greyerz	4 400	25 800
3 Greyerz	3 000	29 100
4 Greyerz	3 000	24 800
5 See/Broye	1 600	9 100
6 Glane/Broye	1 800	11 700
7 Vivisbach/Glane	1 700	8 700
Total	17 000	119 300

(d.h. rund 40 % der gesamten Waldfläche des Kantons)

Die Zahlen für 2004 stehen im Juni 2005 zur Verfügung.

11. Waldschäden

Der Buchdrucker hat in den Wäldern nach wie vor grosse Schäden angerichtet, obwohl das Schadholumen verglichen mit 2003 zurückging.

Für die Wälder im Flachland wurden nur die kantonalen Beiträge bewilligt. Für die Bergwälder wurden Bundes- und kantonale Beiträge genehmigt. Geländekammern mit insgesamt rund 2000 ha Wald haben überhaupt keine Beiträge erhalten. Die Bundesbeiträge für das Jahr 2004 reichen nicht aus, um die bereits getätigten Arbeiten zu entschädigen. Um die fehlenden Bundessubventionen vorzuschüssen, wurde ein Investitionskredit verwendet.

- Betrag der abgerechneten Arbeiten: 14 003 000 Fr.
- Kantonsbeitrag: 2 188 000 Fr.
- Bundesbeitrag: 5 079 000 Fr.
- 3 500 000 Fr. vom Bund bewilligt
- 1 406 000 Fr. Vorschuss dank einem Investitionskredit
- 173 000 Fr. zu Lasten Kontingent 2005

12. Waldbau

12.1 Jungwaldpflege (Waldbau A)

In den vom Sturm Lothar nicht betroffenen Wäldern wurde Jungwaldpflege betrieben und es wurden Massnahmen zur Waldverjüngung durchgeführt. Der Umfang dieser Arbeiten blieb jedoch bescheiden, da die Borkenkäferbekämpfung und die Wiederherstellung der Wälder vorrangig waren.

- Betrag der abgerechneten Arbeiten: 988 000 Fr.
- Bundesbeitrag: 494 000 Fr.
- Kantonsbeitrag: 179 000 Fr.

12.2 Schutzwaldpflege (Waldbau B/C)

Verschiedene Arbeiten in den Schutzwäldern wurden weitergeführt, doch standen dabei wie überall im Kanton immer die Probleme im Zusammenhang mit den Folgeschäden des Sturms Lothar im Vordergrund. Der Buchdruckerbefall ist im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen.

Grundsätzlich werden diese Arbeiten unter der Rubrik «Waldschäden» aufgeführt. Die in Perimetern von genehmigten Projekten nötigen Eingriffe werden jedoch wenn möglich unter Waldbau B/C abgerechnet.

Das 8. Kapitel «Technische Projekte» enthält einige Angaben zu den für diese Arbeiten nötigen Beiträgen. Gegenwärtig gibt es 19 verschiedene Waldbauprojekte B/C.

Infolge massiver Verluste an Waldfläche in den Voralpen aufgrund von Lothar ist eine zunehmende Verschlechterung der Schutzfunktion gegen Naturgefahren festzustellen. In diesem Zusammenhang wird zwischen 2010 und 2020 eine neue Lawinengefahr ihre Höchstwerte erreichen, da in diesem Zeitraum die toten Bäume verrotten sind, ohne dass sich bereits ein Jungwald hätte festsetzen

können. Durch die klimatischen Veränderungen könnten schneereiche Perioden zwar seltener werden, dafür dürften Tauwetter und Regenfälle im Winter zunehmen.

Dieses Jahr wurde 1 neues Waldbauprojekt genehmigt.

In den Kapiteln 5 und 8 wird ebenfalls über Aktivitäten in diesem Bereich informiert.

12.3 Wiederherstellung der Wälder

Die Wiederherstellung der von Lothar und dem Borkenkäfer zerstörten Wälder wurde fortgesetzt. Die Arbeiten machten vor allem im Flachland Fortschritte, wo die Waldflächen durch Pflanzungen verjüngt werden.

• Betrag der abgerechneten Arbeiten:	2 802 000 Fr.
• Bundesbeiträge:	1 401 000 Fr.
• Kantonsbeiträge:	504 000 Fr.

13. Forstpolizei

13.1 Rodungen

Die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft erteilte 4 Rodungsbewilligungen.

Die Rodungen dienten folgenden Zwecken:

• Wasserversorgung	8 500 m ²
• Kiesgrube	12 822 m ²
• Verkauf	809 m ²
Total	22 131 m ²

13.2 Nachteilige Waldnutzung

Das Amt für Wald, Wild und Fischerei erteilte 8 Bewilligungen für nachteilige Nutzungen für Bauten und Anlagen im Wald.

13.3 Waldfeststellungen

Die Direktion erliess auf Antrag des Amts für Wald, Wild und Fischerei 13 Waldfeststellungsverfügungen.

13.4 Waldnahe Bauten

Das Amt für Wald, Wild und Fischerei gab 228 Stellungnahmen zu Gesuchen um Baubewilligungen für waldnahe Bauten ab und nahm zu Ortsplanungen und Quartierplänen im waldnahen Bereich Stellung.

II. Wild, Jagd und Fischerei

1. Verwaltung

1.1 Personalbestand (in Vollzeitstellen)

• Verwaltung (wissenschaftliche Berater, Sekretärin)	3
• Wildhüter-Fischereiaufseher	15

Maurice Clerc, Wildhüter-Fischereiaufseher seit 1967, ist am 30. September 2004 in Pension gegangen. Fabrice Maradan wurde als Wildhüter-Fischereiaufseher eingestellt und wird seine Stelle 2005 antreten.

Am 1. Januar 2004 ist die Verordnung über die Aufsicht über die Tier- und Pflanzenwelt und über die Jagd und die

Fischerei in Kraft getreten. In dieser Verordnung werden die Organisation der Aufsicht, die Aufgaben des Amtes und der mit der Aufsicht beauftragten Personen beschrieben. Diese Aufsichtspersonen werden neu als «Wildhüter-Fischereiaufseher» bezeichnet (bisher «Jagd- und Fischereiaufseher» dann «Wildhüter und Fischereiaufseher»).

1.2 Ausbildung

Das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) organisierte einen Fortbildungskurs für Fischereiaufseher in Lyss (BE) zum Thema: «Fische unter Stress»; 9 Wildhüter-Fischereiaufseher aus dem Kanton Freiburg haben daran teilgenommen.

Das BUWAL organisierte ausserdem zwei Fortbildungskurse für Wildhüter. Der eine war den Wasser- und Zugvogelreservaten gewidmet und fand in Döttingen (AG) statt; 5 freiburgische Wildhüter-Fischereiaufseher besuchten diesen Kurs. Der zweite hatte das Wildschwein zum Thema und fand in La Chaux-de-Fonds (NE) statt; 13 freiburgische Wildhüter-Fischereiaufseher nahmen daran teil.

Das Amt für Wald, Wild und Fischerei organisierte einen Weiterbildungskurs im Bereich Biotope und Kenntnis der Fischfauna.

Im August 2004 haben 2 Wildhüter-Fischereiaufseher den Eidgenössischen Fähigkeitsausweis für Fischereiaufseher erhalten.

1.3 Schriftliche Verwarnungen

2004 haben die ständigen Wildhüter-Fischereiaufseher und die Fischerei-Hilfsaufseher die folgenden Anzeigen erstattet:

Jagd und Schutz der Fauna:	25 Anzeigen
Fischerei:	24 Anzeigen
Gewässerschutz:	29 Anzeigen
Naturschutz und Pilzsammeln:	7 Anzeigen

Ausserdem wurden 20 schriftliche Verwarnungen an Personen erteilt, die die Vorschriften über die Jagd oder die Hunde nicht einhielten.

Die Abteilung Fischerei behandelte 231 Dossiers über technische Eingriffe in Wasserläufen und Seen (Verbauungen, Korrekturen, Materialausbeutungen, Reinigungsarbeiten, Wasserentnahmen usw.); die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft erliess 108 Entscheide, die die Fischerei betrafen.

2. Jagd

2.1 Jagdsaison 2004/05

Im Gebirge (Patent A) war der Abschuss der Gämse, von Murmeltieren und von Haarraubwild vom 20. September bis 2. Oktober gestattet. Zum sechsten aufeinander folgenden Mal war die Jagd auf das Reh im Gebirge auch in diesem Jahr verboten, da der Rehbestand nach wie vor sehr klein ist. Die Inhaber eines Patents B konnten vom 20. September bis 30. Oktober im Flachland jagen. Vom 20. September bis am 16. Oktober durften die Inhaber eines Patents B ein bis drei Rehe erlegen. Mindestens eines der

drei Rehe musste in einem Wildsektor erlegt werden, für den ein Abschussplan bestand. In diesen Wildsektoren war die Jagd auf das Reh bis zum 23. Oktober gestattet. Zum ersten Mal begann die Wildschweinjagd vor den übrigen Jagden, nämlich am 1. September. Auch war die Wildschweinjagd in gewissen Wildsektoren im Berggebiet im November und Dezember gestattet. Der Abschuss von Hasen war verboten (diese Massnahme wurde 1990 eingeführt).

Die Inhaber eines Zusatzpatentes für die Jagd auf den Hirsch konnten vom 20. September bis 9. Oktober im Gebirge oder im Flachland einen Hirsch erlegen. Vom 1. bis 7. Dezember fand eine Nachjagd auf den Hirsch statt. Vom 4. bis 9. Oktober fand eine Spezialjagd auf die Gämse statt, um Gämse in den beiden Eidgenössischen Jagdbannbezirken und den kantonalen Jagdbannbezirken zu erlegen. Es wurde keine Regulierungsjagd auf den Steinwildbestand durchgeführt.

Das Patent C für die Jagd auf Federwild mit Vorstehhund im Flachland berechnete zur Jagd auf den Fasan bis zum 30. Oktober. Es berechnete ausserdem zum Abschuss von Waldschnepfen bis Mitte Dezember.

An der Herbstjagd 2004 beteiligten sich 728 Jäger. Es wurden 1218 Rehe (davon 234 Junge), 345 Gämse (davon 61 Junge) und 9 Hirsche (davon 2 Junge) erlegt.

2.2 Statistik der 2004 ausgestellten Jagdpatente

383	Patente A (Jagd im Gebirge)
688	Patente B (allgemeine Jagd im Flachland)
85	Patente C (Jagd auf Federwild mit Vorstehhund im Herbst)
93	Patente für die Hirschjagd
531	Patente D (Jagd auf Haarraubwild und Wildschweine im Winter)
26	Patente E (Jagd auf Wasserwild im Winter)
0	Patente E Kormoran (Jagd nur auf den Kormoran)
0	Patente F (Jagd auf Wasserwild im Neuenburgersee)
2	Patente G (Jagd auf Wasserwild im Murtensee)
9	Patente H (Jagd auf Wasserwild auf dem Greyerzer-, Montsalvens- und dem Schiftenensee)

2.3 Statistik der ausgestellten Jagdpatente und des im Herbst 2003 und im Winter 2003/04 erlegten Wildes

376	Patente A (Jagd im Gebirge)
677	Patente B (allgemeine Jagd im Flachland)
85	Patente C (Jagd auf Federwild mit Vorstehhund im Herbst)
86	Patente für die Hirschjagd
522	Patente D (Jagd auf Haarraubwild und Wildschweine im Winter)
27	Patente E (Jagd auf Wasserwild im Winter)
28	Patente E Kormoran (Jagd nur auf den Kormoran)
0	Patente F (Jagd auf Wasserwild im Neuenburgersee)
1	Patente G (Jagd auf Wasserwild im Murtensee)
9	Patente H (Jagd auf Wasserwild auf dem Greyerzer-, Montsalvens- und dem Schiftenensee)

Anzahl Jäger 712.

Auf dem ganzen Kantonsgebiet haben die Jäger während der Saison 2003/04 folgendes Wild erlegt:

Gämse	347	Dachse	14
Rehe	1 201	Steinmarder	39
Steinwild	4	Baumwilder	7
Hirsche	6	Verwilderte Hauskatzen	17
Feldhasen	0	Fasane	0
Alpenschnepfen	0	Waldschnepfen	54
Wildschweine	28	Tauben	131
Murmeltiere	13	Raben	345
Füchse	2 146	Wasserwild	401

2.4 Verendete Tiere

Zwischen April 2003 und März 2004 wurden tot aufgefunden:

81	Gämse (33 % infolge Sturzes oder Lawinen)
647	Rehe (55 % durch den Autoverkehr)
21	Steinwild (50 % infolge Sturzes oder Lawinen)
29	Hirsche (50 % durch den Autoverkehr)
32	Feldhasen (66 % durch den Autoverkehr)
17	Wildschweine (41 % durch den Autoverkehr)
940	Füchse (74 % durch den Autoverkehr)
212	Dachse (84 % durch den Autoverkehr)

3. Fischerei

2.5 Statistik der für die Wasserläufe und kantonalen Seen ausgestellten Fischereipatente

2004 wurden folgende Patente ausgestellt:

- Flüsse und kantonale Seen (Patent A):
 - 1 422 Jahrespatente
 - 218 Halbjahrespatente
 - 86 Wochenpatente
 - 1 266 Tagespatente
- Nur Flüsse (Patent B):
 - 217 Jahrespatente
 - 37 Halbjahrespatente
- Nur kantonale Seen (Patent C):
 - 564 Jahrespatente
 - 198 Halbjahrespatente
- Zusätzliche Patente für die Fischerei vom Schiff aus auf den kantonalen Seen (Patent D und E):
 - 1 059 Jahrespatente
 - 332 Tagespatente
- Patente für den Broyekanal und die untere Bibera (Patent F):
 - 170 Jahrespatente
 - 735 Tagespatente
- 27 Kollektivfischereipatente in verschiedenen Wasserläufen und Seen

2.6 Pachtfischerei

2004 begann eine neue Pachtperiode. Sie dauert bis Ende 2009.

74 Fischereilose wurden versteigert, 70 sind verpachtet.

2.7 Fischerei im Neuenburgersee

2004 wurden im Kanton Freiburg die folgenden Patente ausgestellt:

8 Berufspatente (Patent A), kein Spezialberufspatent (Patent B), 91 Sportfischereipatente mit Schleppangel (Patent C), 153 Sportfischereipatente (Patent D) und 68 Zusatzpatente für Gastfischer.

Ergebnisse der Berufsfischerei für den ganzen See (in Tonnen):

	2004	2003	2002	2001	2000	1999	1998	1997
Felchen, Balchen	61,3	79,0	82,1	81,1	76,7	49,0	52,1	31,4
Felchen, Bondellen	121,7	118,6	123,4	152,0	161,7	135,8	105,1	87,9
Forellen	2,6	3,4	3,4	3,1	2,8	2,2	2,3	1,9
Seesaiblinge	2,6	1,8	1,3	1,0	1,2	0,8	1,5	0,7
Egli	52,7	64,5	38,1	43,5	50,5	55,2	39,2	40,4
Hechte	6,9	9,3	6,1	7,8	7,8	5,0	6,1	5,4
Vengerons	29,0	30,1	29,4	19,2	17,8	19,8	29,9	29,9
Brachsmen	0,9	1,2	1,7	0,3	0,4	1,3	2,8	0,9
Andere	7,1	7,2	3,4	1,0	1,6	2,7	1,1	1,0

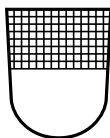
2.8 Fischerei im Murtensee

2004 wurden im Kanton Freiburg die folgenden Patente ausgestellt:

1 Berufspatent (Patent A), kein Spezialberufspatent (Patent B), 272 Sportfischereipatente mit Schleppangel (Patent C), 459 Sportfischereipatente (Patent D) und 83 Zusatzpatente für Gastfischer.

Ergebnisse der Berufsfischerei (in Tonnen), die 4 waadtländischen Berufsfischer sind inbegriffen:

	2004	2003	2002	2001	2000	1999	1998	1997
Felchen, Balchen	0,6	0,6	0,5	0,3	0,4	0,1	0,4	0,2
Forellen	0,2	0,2	0,1	0,2	0,4	0,3	0,2	0,4
Hechte	1,1	0,8	0,9	1,4	1,3	1,4	1,9	1,2
Egli	5,2	5,4	8,1	9,3	10,3	9,2	6,6	5,2
Brachsmen	1,0	1,2	0,2	1,4	1,5	1,1	2,0	2,7
Vengerons	3,5	1,9	4,6	3,0	6,3	5,1	8,0	7,0
Welse	3,3	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,5
Zander	7,7	7,8						
Andere	0,3	0,2	3,1	1,7	1,9	1,0	0,5	1,1



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2004

Volkswirtschaftsdirektion

Inhaltsverzeichnis

Direktion	5	Amt für Verkehr und Energie	17
I. Gesetzgebung	5	I. Amt	17
1. Gesetze und Dekrete	5	II. Verkehr	17
2. Verordnungen und Reglemente	5	1. Vernehmlassungsverfahren	17
II. Allgemeines	5	2. Verkehrsplanung	17
III. Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland	6	3. Fahrpläne	17
IV. Tourismus	6	4. Bahn 2000, 2. Etappe	17
Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg	7	5. Technische Verbesserungen bei den Unternehmen des öffentlichen Verkehrs ..	17
1. Die Freiburger Wirtschaft und ihr konjunktuelles Umfeld	7	6. Konzessionen und Bewilligungen zur Personenbeförderung	17
2. Aktivitäten der Wirtschaftsförderung	8	7. Seilbahnen und Skilifte	17
3. Regionale Wirtschaftsförderung	10	8. Luftfahrthindernisse	18
Amt für den Arbeitsmarkt	11	III. Energie	18
I. Allgemeines	11	1. Vernehmlassungsverfahren	18
1. Allgemeines	11	2. Aktivitäten der Energiefachstelle	18
2. Personal	11	3. Kühl- und/oder Befeuchtungsanlagen	18
3. Schulung	11	4. Holzheizungen	18
II. Abteilungen	11	5. Thermische Solaranlagen	18
1. Abteilung Arbeitslosigkeit	11	6. Photovoltaische Solaranlagen	18
2. Abteilung Arbeitsmarkt	12	7. Gebäude, die den Minergie-Standard erfüllen	18
3. Rechtsdienst	13	8. Hochspannungsleitungen	18
4. Stabsdienste	14	9. Erdgas	18
Öffentliche Arbeitslosenkasse	14	Amt für Statistik	19
1. Organisation	14	I. Allgemeines	19
2. Verfügungen	15	II. Aktivitäten	19
3. Statistik	15	1. Eidgenössische Volkszählung	19
Handelsregisteramt	16	2. Eidgenössische Betriebszählung	19
		3. Eidgenössische Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP)	19
		4. Bevölkerungsprognosen	19
		5. Schulstatistik	19
		6. Lehrkräftestatistik	19
		7. Baustatistik und Statistik der Immobilientransaktionen (Handänderungsstatistik)	20
		8. Konjunkturtest	20
		9. Beschäftigungsstatistik	20
		10. Lohnstrukturerhebung	20
		11. Veröffentlichungen	20
		12. Websites	20
		13. Andere Aktivitäten	21

Wohnungsamt	22
1. Wohnbauförderung	22
2. Frühere Aktionen	22
3. Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten	22
4. Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen	23
5. Baulandreserven	23
6. Verkauf von Grundstücken an Ausländer	23
7. Kantonale Wohnungskommission	23

Amt für Berufsbildung	24
1. Allgemeines	24
2. Kantonale Kommission für Berufsbildung ...	24
3. Berufliche Grundbildung / Vorbereitung auf die Berufliche Grundbildung	24
4. Überbetriebliche Kurse	24
5. Berufsorientierte Weiterbildung	24
6. Beruflicher Unterricht	24
7. Gewerbebibliothek – Zentrum pädagogischer Bezugsquellen für Schulen	24
8. Kaufmännische Grundausbildung	25
9. Reform in den Verkaufsberufen	25
10. Schulreglement der Lehrwerkstätten	25

Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (FHF-TW)	25
1. Tertiäre Bildung: Allgemeiner Kontext	25
2. Lokaler Kontext: Organisation und Entwicklung der FHF-TW	25
3. Aufgaben der FHF-TW	26
4. Andere Veranstaltungen	28
5. Die FHF-TW in Zahlen 2003/2004 und 2004/2005	28
6. Bautechnische Schule (BTS)	30
7. Stand der Stipendienfonds	30

Direktion

I. Gesetzgebung

1. Gesetze und Dekrete

Dekret vom 11. Februar 2004 über einen Studienkredit für den Ausbau der Lehrwerkstätten Freiburg.

Dekret vom 23. März 2004 über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Fachschulvereinbarung.

Dekret vom 23. März 2004 über die Genehmigung des Nachtrags zur Bewilligung des Vollbeitritts des Kantons Bern zum interkantonalen Konkordat über die Errichtung einer Fachhochschule der Westschweiz (FH-Westschweiz).

2. Verordnungen und Reglemente

Verordnung vom 27. Januar 2004 über die Gliederung der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg in Abteilungen und Studiengänge.

Verordnung vom 15. März 2004 über die Schulgelder und Ausbildungskosten in der Berufslehre.

Verordnung vom 6. April 2004 zur Änderung des Ausführungsreglements zum Einführungs-gesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung.

Verordnung vom 11. Mai 2004 zur Änderung des Reglements über die Beschäftigung und die Arbeitslosenhilfe.

Verordnung vom 2. Juni 2004 über die flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr (FMV).

Reglement vom 6. Juli 2004 des Weiterbildungs- und Informatikzentrums (WIZR).

Verordnung vom 21. September 2004 über den Bestand der zivilrechtlichen Bevölkerung und der Wohnbevölkerung der Gemeinden im Kanton Freiburg am 31. Dezember 2003.

II. Allgemeines

Die Direktion bereitete zu folgenden Vernehmlassungen des Bundes die Stellungnahme des Staatsrats vor:

- Änderung des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz, ArG). Herabsetzung des Schutzalters von 19 respektive 20 Jahren auf 18 Jahre;
- Konzept Windenergie Schweiz;
- Schaffung einer Rechtsgrundlage für das koordinierte Verkehrswesen;
- Seilbahngesetz;
- Gesetz über die Schweizerische Exportrisikoversicherung (SERV);

- Schutz von geografischen Angaben und Aktualisierung der zu schützenden Angaben;
- Parlamentarische Initiative de Dardel. Teilzeitnutzungsrechte an Immobilien. Konsumentenschutz;
- Änderung des Bundesgesetzes über den Binnenmarkt (BGBM);
- Bundesgesetz zur Förderung der Information über den Unternehmensstandort Schweiz;
- Revision des Gesetzes über die Information der Konsumentinnen und Konsumenten (KIG);
- Entwurf der Verordnung über Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien an Höheren Fachschulen (HF-Verordnung);
- Kernenergieverordnung;
- Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens vom 21. Juni 1999 auf die zehn neuen EU-Staaten;
- Flankierende Massnahmen im Zusammenhang mit der Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens vom 21. Juni 1999 auf die zehn neuen EU-Staaten. Bericht des Staatssekretariats für Wirtschaft über die Resultate der Arbeitsgruppe «Flankierende Massnahmen»;
- Bundesgesetz über die Regionalpolitik;
- Bundesgesetz über die Stromversorgung und Revision des Elektrizitätsgesetzes;
- Revision des Eisenbahngesetzes (Interoperabilität);
- Allgemeinverbindlicherklärung eines Berufsbildungsfonds;
- Botschaft zu Änderungen bei der Finanzierung der Infrastrukturvorhaben des öffentlichen Verkehrs (FinöV);
- Leitfadentwurf zu den Attest-Bildungen.

Der Volkswirtschaftsdirektor ist Mitglied von vier interkantonalen Konferenzen.

Konferenz kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren (VDK)

Die VDK traf sich 2004 zu zwei Sitzungen und am 28. Oktober 2004 zur Generalversammlung.

Sie befasste sich insbesondere mit:

- der Beherbergungsstatistik;
- der Änderung des Binnenmarktgesetzes;
- der neuen Regionalpolitik des Bundes.

Das Bundesamt, das 2003 bezüglich der Beherbergungsstatistik verlauten liess, dass aus finanziellen Gründen ab 2004 keine Daten mehr erhoben werden, hat dank den finanziellen Beiträgen der Kantone beschlossen, sich für die Weiterführung dieser Statistik einzusetzen.

Konferenz kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz (VDK-Westschweiz)

Die VDK-Westschweiz traf sich zwei Mal im 2004 und behandelte insbesondere folgende Gegenstände:

- Revision des Bonny-Beschlusses;
- Regionalpolitik des Bundes;
- Interkantonale Zusammenarbeit;
- Schweizerische Migrationspolitik.

Die Konferenz stellte fest, dass der vom Bund in die Vernehmlassung gegebene Entwurf einer neuen Regionalpolitik die aktuellen regionalpolitischen Instrumente und insbesondere den Bonny-Beschluss in Frage stellte. Deshalb beauftragte sie die Vorstehenden der kantonalen Dienststellen für Volkswirtschaft, einen Gegenvorschlag zum Entwurf des Bundes auszuarbeiten.

Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV)

Die KöV traf sich im Laufe des Jahres zu drei Sitzungen, von denen zwei gemeinsam mit der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz abgehalten wurden, und zur Generalversammlung am 9. September 2004.

Sie behandelte insbesondere folgende Gegenstände:

- das Entlastungsprogramm 2004 des Bundes und seine Auswirkung auf den öffentlichen Verkehr;
- die Anschlüsse ans Hochgeschwindigkeitsnetz;
- die Bahnreform 2.

Konferenz kantonalen Energiedirektoren

Diese Konferenz traf sich 2004 zu zwei Sitzungen und behandelte insbesondere:

- die CO₂-Abgabe und den Klimarappen;
- die Elektrizitätswirtschaftsordnung;
- den Entwurf des Stromversorgungsgesetzes;
- die Änderung der Energieverordnung.

Sie hat sich besonders für den Klimarappen ausgesprochen, der auf fossile Treibstoffe erhoben wird, und für eine weniger hohe CO₂-Abgabe auf fossile Brennstoffe.

III. Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

Die Kommission für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland fällte 2004 insgesamt 27 Entscheide:

- 20 Bewilligungen;
- 1 Zusatzerwerb;
- 3 Entscheide über die Nichtunterstellung unter die Bewilligungspflicht;
- 1 Erwerb (Art. 8 Abs. 1 Bst. d BewG);

- 1 Erwerb (Art. 8 Abs. 2 BewG);
- 1 Zweitwohnung (Art. 9 Abs. 1 Bst. c BewG);

Die 20 Bewilligungen betrafen:

- 1 Bewilligung für den Verkauf von Sozialwohnungen;
- 19 Ferienwohnungen:
 - Sektor Jauntal und Berra: 9
 - Sektor Vivisbach: 1
 - Sektor Sense: 1
 - Sektor Unterer Greyerzbezirk: 3
 - Sektor Oberer Greyerzbezirk: 2
 - Sektor Greyerzbezirk: 3

IV. Tourismus

Nach zwei Jahren abnehmender Geschäftstätigkeit scheint der Schweizer Tourismus im vergangenen Jahr eine leichte Erholung der Geschäftstätigkeit zu verzeichnen. In statistischer Hinsicht muss das Jahr 2004 jedoch als Ausnahmefall behandelt werden. Denn aus finanziellen Gründen wurde die Statistik über den Tourismus, der drittgrösste Wirtschaftszweig der Schweiz, auf Ende 2003 abgeschafft. Dieser Entscheid beraubte die touristischen Organisationen wie auch die Öffentlichkeit des einzigen neutralen Barometers, das es erlaubte, die Wirkung der durchgeführten Werbekampagnen einigermaßen einzuschätzen. Zum Glück konnte dank der Mobilisierung der Tourismusakteure der ganzen Schweiz eine neue Partnerschaft für die Finanzierung der Statistik zwischen dem Bundesamt für Statistik (BFS), den Kantonen, den Tourismusregionen und den Verbänden der Tourismusbranche aufgestellt werden, so dass der Schweizer Tourismus ab 2005 wieder über eine brauchbare Statistik verfügt.

Unter diesen Voraussetzungen stammen die einzigen Resultate für 2004 auf Schweizer Ebene aus einer durchweg oberflächlichen Umfrage des BFS, die eine Auswahl von 500 Hotels abdeckt. Die Umfrage sollte für 2004 eine geringfügige Verbesserung der Gesamtbilanz ergeben, die besonders auf ein etwas günstigeres Wirtschaftsumfeld und ein vermehrtes Interesse an der Schweiz als internationale Tourismusdestination besonders bei den asiatischen Gästen zurückzuführen ist. Während die Nachfrage aus dem Ausland um etwa 1 % zunahm, sank jedoch die Nachfrage durch Schweizer Gäste um etwa 2 %.

Auf der Ebene des Kantons Freiburg beruhen die einzigen Bezugsdaten auf der Einkassierung der Aufenthaltstaxe. Diese Angabe ist zwar mit viel Vorsicht zu verwenden, denn bestimmte Gäste sind von der Bezahlung der Taxe befreit, sie erlaubt aber doch die Feststellung, dass die Freiburger Hotellerie 2004 wahrscheinlich die durchschnittlichen Resultate des Vorjahres erreicht hat.

In der Parahotellerie, die im Kanton aufgrund des hohen Zweitwohnungsanteils weniger konjunkturabhängig ist, lassen die ersten Ergebnisse ebenfalls auf eine Stabilisierung der Resultate aus den Vorjahren schliessen.

Es scheint deshalb, dass das Freiburgerland noch nicht richtig von der leichten Konjunkturerholung und der Rückkehr der ersten ausländischen Gäste profitieren konnte. Diese Feststellung bestätigt eine oft konstatierte Tatsache: Die grössten Tourismusdestinationen der Schweiz sind immer die ersten, die eine Änderung der Nachfrage verzeichnen. Die übrigen Regionen spüren die Auswirkungen erst später.

Der Tagestourismus (Ausflugsdestinationen) hat dagegen zu Beginn des Jahres von einem schneereichen Winter 2003/2004 profitiert, der von den Freiburger Skigebieten voll ausgenützt wurde. Trotz des durchgezogenen Sommers, der darauf folgte, stiessen die Freiluftaktivitäten im ganzen Kanton ebenfalls auf ein starkes Interesse.

Unter den Ereignissen, die das Freiburger Tourismusjahr 2004 besonders prägen, sind zu erwähnen:

- Beginn oder Vollendung mehrerer Bau-, Umbau- oder Renovationsvorhaben touristischer Art an verschiedenen Orten im Freiburgerland: Bulle, Estavayer-le-Lac, Granges-Paccot, La Roche, Moléson-sur-Gruyères, Praz, Schwarzsee, Sugiez;
- die Durchführung zahlreicher Werbekampagnen in der Schweiz, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und den Vereinigten Staaten durch den FTV in Zusammenarbeit mit den regionalen Tourismusorganisationen und den kantonalen Entwicklungsschwerpunkten, aber auch mit Schweiz Tourismus, dem Amt für Tourismus des Kantons Waadt und Produkte aus dem Freiburgerland;
- verteilt über das Jahr und besonders in Zusammenarbeit mit Schweiz Tourismus und den wichtigsten Freiburger Tourismusregionen und -orten: Empfang von über 190 Tourismusmedien und Partnern (ein absoluter Rekord), u.a. aus Deutschland, Spanien, den USA, Frankreich, Indien, Israel, Italien, Japan und Russland;
- Durchführung der Jahresversammlungen 2004 unter anderem des Schweizerischen Tourismusverbands und von Gastro Schweiz im Freiburgerland;
- Herausgabe mehrerer Unterlangen und Materialien des FTV für die Freiburger Tourismuswerbung, u.a. die Broschüre *Freiburgerland – Emotionen* (Basisprospekt mit Infoteil zum touristischen Ganzjahresangebot) und der *Hotelführer*;
- Schaffung einer neuen grafischen Linie für die Kommunikationsmedien des FTV, die bereits von den wichtigsten Regionen und Destinationen des Kantons für ihre eigenen Unterlagen übernommen wurde;
- Betrieb und Weiterentwicklung des kantonalen Telematiksystems für Informationen und Direktreservation, parallel dazu Betrieb und Vervollständigung der umfangreichen Website des Freiburgerlands (www.pays-de-fribourg.ch – www.freiburgerland.ch – www.myfribourg.com);
- Betrieb der beiden kantonalen Tourismusinformationsstellen an den Raststätten Greyerz und Lully;
- Herausgabe des Presseorgans des FTV *Tourismus-Info*;
- Fortsetzung der Arbeiten an der Reform der Freiburger Tourismusstrukturen und der Revision des Gesetzes über den Tourismus;
- Fortsetzung der Dienstleistungen der vom FTV betriebenen Zentralkasse für die Aufenthaltstaxe zu Gunsten von achtzehn (der insgesamt fünfundzwanzig) Verkehrsvereinen im 2004;
- Weiterbetreuung der regionalen Tourismusverbände Estavayer-le-Lac und Region (ATER), Region Freiburg (ATRF), Glane-Vivisbach (ATGV), Greyerz (ATG), See (RVS), und Sense-Oberland (TVSO);
- Auszeichnung zehn touristischer Leistungsanbieter mit dem Qualitätslabel für den Schweizer Tourismus.

Mit dem ordentlichen Staatsbeitrag, zu dem etwa 1 290 000 Franken kantonale Aufenthaltstaxen zur Finanzierung der Dienstleistungen für Gäste kamen, wurden im Wesentlichen die touristischen Attraktionen des Kantons bekannt gemacht und die Qualität von Information und Empfang verbessert.

Der kantonale Tourismusförderungsfonds, der am 31. Dezember 2004 einen Saldo von 1 206 000 Franken aufwies, führte seine Aktivitäten fort, mit denen er die Verbesserung der touristischen Infrastruktur fördert und unterstützt.

In diesem Zusammenhang bestätigte der Fondsverwaltungsausschuss früher eingegangene mehrjährige Verpflichtungen in der Höhe von etwa 1 175 000 Franken und gewährte folgenden Unternehmen ordentliche Finanzhilfen (teilweise Übernahme der Zinskosten):

- *Hôtel Bel-Air*, Praz: Renovation und Erweiterung;
- *Hôtel-Motel de la Gare*, Sugiez: Renovation und Erweiterung;
- *Gedekte Kunsteisbahn, Les Paccots*: neue Ausstattung;
- *Sesselbahn und Skilifte Schwarzsee-Kaiseregg AG*, Schwarzsee: Sanierung eines Skilifts;
- *Hôtel Le Rallye*, Bulle: Renovation;
- *SwissMobile*: Beteiligung am Projekt für die Strukturierung, Ausstattung und Aufwertung der verschiedenen nationalen Routen für: Wanderer, Velofahrer, Mountainbiker, Skater und Kanufahrer.

Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg

1. Die Freiburger Wirtschaft und ihr konjunkturelles Umfeld

1.1 Weltkonjunktur

Ende 2004 hatte die Weltkonjunktur gegenüber dem Jahresbeginn etwas an Schwung verloren und bestätigte damit die Befürchtungen einer weltweiten Wachstumsverlangsa-

mung. Eine besonders starke Konjunkturbremse stellte dabei der massive Anstieg des Erdölpreises dar. Für 2005 wird ein moderates Wachstum erwartet.

Im Euroraum zog das Wachstum im Laufe des Jahres etwas an und es wird erwartet, dass dieser Trend anhalten wird. Die verhaltene Binnenkonjunktur namentlich in Deutschland bleibt jedoch anfällig auf negative wirtschaftliche Einflüsse.

In den Vereinigten Staaten nahm Anfang 2004 das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 4 % zu. Auf die Jahresmitte hin brach das Wachstum jedoch unvermittelt ein. Dies ist unter anderem auf das hohe Haushaltsdefizit der USA zurückzuführen. Auch die Exportindustrie lässt trotz des günstigen Dollarkurses Zeichen einer Abschwächung erkennen. Für 2005 wird ein Wachstum des BIP von etwa 3 % erwartet.

Japan verzeichnet eine deutlich stärkere Erholung des Wirtschaftswachstums als in den vergangenen Jahren und sollte 2005 aus seiner deflationären Lage herausfinden.

In China blieb das Wachstum stark, obwohl die politischen Behörden mit einer Zinserhöhung die Bremsen anzogen. Das chinesische Wirtschaftswachstum wird für 2005 auf 8 % prognostiziert.

1.2 Schweizer Wirtschaft

Dank der starken Exporttätigkeit und der günstigen Entwicklung der Wechselkurse und Zinsen verzeichnete die Schweiz 2004 eine konjunkturelle Erholung mit einem soliden Wachstum von 1,8 %. Diese Entwicklung hat sich jedoch noch nicht auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt (die Arbeitslosenquote liegt bei 4 %).

Der Exportsektor verzeichnete das stärkste reale Wachstum (+ 5,9 %). Diese positive Entwicklung wurde durch die Abschwächung des Schweizer Frankens hauptsächlich gegenüber dem Euro begünstigt. Die anziehenden Exporte veranlassten zahlreiche Schweizer Unternehmen ferner zu intensiverer Investitionstätigkeit. Auf Ende Jahr zeichnete sich in diesem Sektor jedoch eine leichte Wachstumsverlangsamung ab.

Die Binnennachfrage nahm zu und sollte auf ihrem Niveau verbleiben. Sie sollte zumindest teilweise die für 2005 erwartete Verlangsamung im Exportsektor kompensieren. Der Privatkonsum wird durch die schwache Inflation, die steigenden Reallöhne und die erwartete Entspannung auf dem Arbeitsmarkt gestärkt. Für 2005 wird ein Wachstum von 1,6 % erwartet.

1.3 Die Freiburger Wirtschaft

Die Konsumgüterindustrie (Maschinen, Elektromechanik, Präzisionsmechanik, Optik) war 2004 die treibende Kraft des Wirtschaftswachstums. Im Durchschnitt verzeichneten die Freiburger Unternehmen in diesen Branchen ein reales Wachstum von 5 %. Mit einer Wachstumsrate von 2 % profitierte der Handel hauptsächlich von den Nachholkäufen zahlreicher Privathaushalte für Anschaffungen, die in den vergangenen, von der Rezession gezeichneten Jahren aufgeschoben worden waren.

Für 2005 prognostiziert das Konjunkturforschungsinstitut BAK Basel Economics für die Freiburger Wirtschaft eine

geringfügige Wachstumsverlangsamung, die hauptsächlich auf die Weltkonjunktur zurückzuführen ist. Wie auf nationaler Ebene sollte die Binnennachfrage den Exportrückgang zu einem grossen Teil kompensieren. Den Prognosen des BAK zufolge sollte das BIP im Kanton um 1,9 % wachsen.

2. Aktivitäten der Wirtschaftsförderung

2.1 Aktivitäten im Ausland

Die verstärkten Interventionsmöglichkeiten der Wirtschaftsförderung auf den internationalen Märkten prägten das Jahr 2004. Die direkten Kontaktaufnahmen auf den wichtigsten Zielmärkten, nämlich Deutschland, Nordamerika und Frankreich wurden verstärkt. Für Frankreich wurde ausserdem ein lokaler Repräsentant angestellt.

Das Jahr 2004 zeichnete sich ausserdem durch eine zunehmende Besuchszahl von internationalen Unternehmen aus, die bereit sind, den Kanton als möglichen Standort ins Auge zu fassen.

2.1.1 Deutschland

Wie in den vergangenen Jahren konzentrierte sich in Deutschland die Förderung des Wirtschaftsstandorts Freiburg einerseits auf die Teilnahme an den Standort: Schweiz-Seminaren, die vom Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) organisiert werden, und andererseits auf die direkten Marketingaktivitäten auf den Zielmärkten.

Das seco organisierte Standort:Schweiz-Seminare in Kiel und Essen-Kettwig sowie ein zweitägiges Seminar in Montreux für deutsche Unternehmer und Berater und erneuerte damit die Erfahrung, die es mit einer ersten derartigen Veranstaltung in der Schweiz im Jahre 2001 gemacht hatte.

Die Zusammenarbeit mit dem Repräsentanten der Wirtschaftsförderung in Deutschland wurde auf der gleichen Grundlage weitergeführt wie im Vorjahr. Dank diverser Marketingaktivitäten konnten bestehende Kontakte vertieft und neue Kontakte geknüpft werden. Rund dreissig Besuche deutscher Unternehmen wurden organisiert und Vertreter von acht deutschen Unternehmen besuchten den Kanton Freiburg.

2.1.2 Nordamerika

Die direkte Kontaktaufnahme in Nordamerika erfolgte durch fünf Besuchsserien und verschiedene Einzeltreffen mit Leitern von internationalen Unternehmen. Die anvisierten Unternehmen verfügten entweder über die nötige Masse, um ihre Tätigkeit aufs Ausland auszudehnen, oder waren zumeist bereits international aktive Unternehmen, die ihre internationale Tätigkeit optimieren und reorganisieren wollten.

Zur Ergänzung dieser bilateralen Kontakte nahm die Wirtschaftsförderung in den Vereinigten Staaten, Kanada und Mexiko an spezialisierten Seminaren in verschiedenen technischen Bereichen teil und stellte zahlreichen Partnern, Experten und Beratern die strategischen Vorteile einer Niederlassung in der Schweiz sowie die spezifischen Unterstützungsmöglichkeiten des Kantons Freiburg vor.

Dank langjähriger Kontakte auf dem nordamerikanischen Markt konnten verschiedene Besuche von interessierten Unternehmen im Kanton organisiert werden.

Im Frühjahr 2004 trat die Wirtschaftsförderung mit einem weltweit bekannten amerikanischen Pharmaunternehmen in Kontakt, das in Europa eine neue Produktionsstätte für die Herstellung von neuartigen Arzneien plant. Dieses Projekt würde Investitionen von mehreren hundert Millionen Franken auslösen und auf Dauer 1200 mehrheitlich hoch qualifizierte Arbeitsplätze schaffen. Das Unternehmen legte einen umfassenden Anforderungskatalog vor und nahm nach einer vertieften Analyse vier mögliche Standorte, darunter ein Gelände auf dem Gemeindegebiet von Galmiz, in die engere Auswahl. Das Unternehmen wird seinen definitiven Entscheid im Laufe des ersten Halbjahres von 2005 bekannt geben.

2.1.3 Frankreich

Ein in Frankreich stationierter und auf diesen Markt spezialisierter Repräsentant wurde 2004 angestellt. Er arbeitet zu einem Pensum von 60 % für die Wirtschaftsförderung. Im ersten Halbjahr seiner Tätigkeit konnte er bereits zahlreiche Kontakte knüpfen, und die ersten Standortbesuche werden voraussichtlich Anfang 2005 stattfinden.

Um die Zusammenarbeit der vergangenen Jahre fortzusetzen, nahm die Wirtschaftsförderung ausserdem an vier vom seco organisierten Seminaren teil.

2.1.4 Verstärkte Zusammenarbeit

In Ländern wie den Niederlanden, Belgien oder Schweden, wurden Verträge mit verschiedenen Partnern – Spezialisten in den Bereichen Steuern, Recht, Logistik und Technik – abgeschlossen. Diese haben inzwischen bereits Früchte getragen, wie zum Beispiel mit der Niederlassung der Schwedischen Firma ITH International Trading House, die auf den Direktverkauf von Textilien und Kosmetika in Europa spezialisiert ist.

Der Kanton Freiburg nahm zusammen mit dem Kanton Genf an einer Prospektionsreise in China teil. Mit dem Beitrag des Swiss Center Shanghai beteiligt sich Freiburg am Pilotprojekt «China», unter dem das seco und 14 Kantone Ihre Kräfte vereinen, um gemeinsam in China für den Wirtschaftsstandort Schweiz zu werben.

Die Wirtschaftsförderung beabsichtigt, die punktuelle Zusammenarbeit zu verstärken, um Unternehmen zu kontaktieren, die auf Märkten aktiv sind, auf denen die Wirtschaftsförderung nicht vertreten ist. Zu diesem Zweck wurde eine Vereinbarung mit der Wirtschaftsförderung des Kantons Genf getroffen, die bereits positive Resultate gezeitigt hat und viel versprechende Aussichten bietet. Die Zusammenlegung bestimmter Ressourcen für einzelne punktuelle Aktionen erlaubte es dem Kanton Freiburg, sich an Werbekampagnen des Kantons Genf auf internationalen Märkten zu beteiligen, während internationale Unternehmen, die mit Freiburg in Kontakt standen, auch die Genfer Wirtschaftsförderung treffen konnten. Diese Vereinbarung über die Zusammenarbeit erlaubt es den beiden Kantonen, die Kontrolle über ihre Akquisitionstätigkeiten und Kon-

taktnetze zu behalten, ohne neue Strukturen schaffen oder finanzieren zu müssen. Gleichzeitig verbessert die Vereinbarung ihre Marktpenetration und vergrössert die Leistungspalette, die potentiellen Investoren angeboten werden kann.

2.2 Aktivitäten im Kanton

Die Begleitung und Betreuung der ansässigen Unternehmen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftsförderung. Manchmal reicht gute Beratung oder das Zusammenführen einer Firma mit einem privaten oder öffentlichen Partner aus. Zum Teil kommen aber auch die finanziellen Instrumente und steuerlichen Massnahmen für Unternehmen zum Tragen, welche die Kriterien der Wirtschaftsförderung erfüllen (Investitionen, Schaffung von Arbeitsplätzen, innovative Tätigkeit, Konkurrenzfreiheit im Kanton). 2004 konnten 13 lokale Unternehmen von dieser Unterstützung profitieren und in einigen Fällen wurde mit der Risikokapital Freiburg AG, dem Technologie-Relais Freiburg oder Genilem Freiburg zusammengearbeitet.

2.3 Regionalpolitik

2.3.1 Neue Regionalpolitik

Der Bund gab von Juni bis September 2004 den Gesetzesentwurf über die neue Regionalpolitik in die Vernehmlassung. Dieser Entwurf sieht hauptsächlich den Ersatz der heutigen Förderinstrumente und insbesondere des Bonny-Beschlusses vor. Zu diesem Entwurf äusserte der Staatsrat zahlreiche Bedenken, die ihn veranlassten, den Entwurf abzulehnen.

Das seco reichte dem Bundesrat im Dezember seinen Vernehmlassungsbericht ein. Dieser beschloss daraufhin, das Projekt zu überarbeiten, und stellte zu diesem Zweck eine Arbeitsgruppe auf.

2.3.2 Freiburger Seilbahnen

Infolge des 2002 vom seco beschlossenen Moratoriums bei der Gewährung von IHG-Darlehen an Seilbahnunternehmen wurde die Walliser Hochschule beauftragt, die Grundlagen einer kantonalen Strategie zu definieren, die es erlaubt, das Moratorium aufzuheben. Die Hochschule hat ihren Bericht über die Freiburger Seilbahnen im ersten Halbjahr 2004 abgegeben. Gestützt auf diesen Bericht und auf den kantonalen Richtplan arbeitete der Staatsrat eine kantonale Gesamtstrategie aus, derzufolge die vom Bund und Kanton gewährte Investitionshilfe für Berggebiete weiterhin auf die sieben wichtigsten Seilbahnunternehmen des Kantons anwendbar bleibt. Die Unternehmen müssen aber künftig die Bedingungen des Staatsratsbeschlusses vom 5. Oktober 2004 erfüllen, um Anspruch auf IHG-Darlehen erheben zu können. Über eine zusätzliche Studie, die voraussichtlich der Verband der Freiburger Bergbahnen durchführen wird, soll ferner ein allgemeines Konzept für den längerfristigen Erhalt dieser Anlagen aufgestellt werden, die ein Bindeglied zwischen Stadt und Berggebiet darstellen. Aufgrund dieser Entscheidungen hob das seco mit Schreiben vom 4. November 2004 das oben erwähnte Moratorium auf.

2.3.3 Gründerzentrum Fri Up

Das Gründerzentrum Fri Up begann seine Tätigkeit im Laufe des Jahres 2004, seine Räumlichkeiten befinden sich in der Schokoladefabrik Villars in Freiburg. Die vom Kanton Freiburg und vom seco finanzierte Einrichtung wird vom Technologie-Relais Freiburg (TRF) geführt. Fri Up ist beauftragt, Start-up-Unternehmen in den Bereichen Umweltwissenschaften, Nahrungsmittelindustrie, Pharmaindustrie, Biotechnologie, Informationstechnologie, Telekommunikation, Maschinenbau, Elektronik sowie Finanz- und Unternehmensdienstleistungen zu beherbergen und zu begleiten, wobei sein Hauptanliegen die Förderung des «Unternehmergeists» ist. Ende Jahr waren so drei 3 Unternehmen in Gründung begriffen.

2.3.4 Zentrum für KMU-Gründung und -Begleitung (CCAPP, ehemaliges CréACentre Romont)

Das auf regionaler Ebene tätige Zentrum ist seit Mitte 2003 aktiv und hat die Gründungs- und Expansionsvorhaben mehrerer Unternehmen aus der Region von Romont unterstützt. Zurzeit laufen die Gespräche im Hinblick auf die Beherbergung von zwei Unternehmen.

3. Regionale Wirtschaftsförderung

a) Vollzug des Bundesgesetzes vom 21. März 1997 über die Investitionshilfe für Berggebiete (IHG)

Darlehen des Bundes

Die Darlehen des Bundes, die aufgrund der vom Kanton bis Ende 2004 gefällten Entscheide gewährt wurden, beliefen sich auf 51 292 000 Franken; dies entspricht 169 Entscheiden. Diese Kredite verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Bereiche:

Bereich	Anzahl Projekte	Gesamtinvestitionen bis Ende 2004 Fr.	Bundesdarlehen Fr.
Projekte aus verschiedenen Bereichen	31	99 971 310	23 047 000
Kultur	10	16 959 784	3 053 000
Bildung	18	25 483 266	3 385 000
Gesundheit	6	7 178 594	1 568 000
Energie, Wasser, Abwasser	48	44 320 730	7 556 000
Freizeit und Sport	8	24 852 600	3 122 000
Öffentliche Verwaltung	21	30 348 215	5 993 000
Verkehr	25	18 288 860	3 476 000
Energie, Wasser, Abwasser			
Konsumgüterversorgung	0	0	0
Schutz gegen Elementarschäden	2	1 465 000	92 000
Total	169	268 868 359	51 292 000

Darlehen des Kantons

Der Kanton gewährte in Anwendung von Artikel 11 des Ausführungsgesetzes vom 27. November 1998 zum IHG folgende Darlehen:

	Darlehen des Kantons Fr.
Bis Ende 2003 gewährte Darlehen:	43 583 422
Im Jahr 2004 gewährte Darlehen:	151 000
Total	43 734 422

Bis Ende 2004 beliefen sich die Rückzahlungen auf 22 400 039 Franken. Das kantonale Ausführungsgesetz vom 27. November 1998 zum IHG sieht eine Darlehensobergrenze von 50 Millionen Franken vor.

b) Vollzug des Gesetzes vom 3. Oktober 1996 über die Wirtschaftsförderung

1. Im Jahr 2004 entschiedene Geschäfte (Unterstützung von Gemeinden, öffentlichen Körperschaften)

Im Jahr 2004 wurden der Kommission für Wirtschaftsförderungsmassnahmen keine Gesuche unterbreitet.

2. Im Jahr 2004 ausbezahlte Zinskostenbeiträge

Folgende Zinskostenbeiträge wurden 2004 bewilligt:

Gesuchstellerin	Projekt	Betrag Fr.
Domdidier	Erschliessung der Industriezone, 2. Etappe	13 420
CIG	Landkauf	28 133
Kerzers	Papiliorama-Nocturama	42 406
Châtel-St-Denis	Landkauf in der Industriezone Pra de Plan	20 814
Sportanlage Château de Vuissens SA, Vuissens	Einrichtung eines 18-Loch-Golfplatzes	16 179
Total		120 952

Finanzhilfe 2004 an die Verbände für regionale Entwicklung

Für den Betrieb ihres jeweiligen Regionalsekretariats wurden dem Gemeindeverband des Broyebezirks (Ascobroye) und dem Regionalverband des Seebezirks Finanzhilfen in der Höhe von je 27 000 Franken gewährt.

3. Im Jahr 2004 entschiedene Geschäfte (Unterstützung von Unternehmen)

Im Laufe des Berichtsjahres bewilligte die kantonale Kommission für Wirtschaftsförderungsmassnahmen fünf Gesuche.

Zudem wurden vier Gesuche dem Staatsrat unterbreitet und von diesem bewilligt.

Bürgschaften gemäss Bonny-Beschluss	Anzahl	Betrag Fr.
Stand am 31. 12. 2004	7	7 775 875

4. Vom Kanton ausbezahlte Zinskostenbeiträge

	Betrag Fr.
Bis Ende 2003 ausbezahlte Zinskostenbeiträge:	9 869 400
Bis Ende 2004 ausbezahlte Zinskostenbeiträge:	1 918 652
Total	11 788 052

Amt für den Arbeitsmarkt

I. Allgemeines

1. Allgemeines

Die Konjunktur zog 2004 wieder an, und dieser Aufschwung wurde mit einer Zunahme des Konsums und der Investitionen durch Unternehmen quittiert. Die günstigere Wirtschaftslage hat jedoch keine neuen Stellen geschaffen: Die Arbeitslosenquote sank zwar deutlich im ersten Halbjahr von 2004, stieg dann aber wieder regelmässig an und verzeichnete im November und Dezember sogar eine sprunghafte Zunahme. Einmal mehr gelang es dem Kanton Freiburg, die Arbeitslosenquote deutlich unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt zu halten.

Das Amt befasste sich 2004 besonders mit der Einführung der flankierenden Massnahmen zum Personenfreizügigkeitsabkommen: Die Verordnung über die flankierenden Massnahmen wurde in Kraft gesetzt und eine Aufsichtskommission über den Arbeitsmarkt wurde geschaffen.

2. Personal

Am 31. Dezember 2004 zählte das SPE 142 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (73 Frauen und 69 Männer), was 131,10 Vollzeitstelleneinheiten entspricht. Von diesen 142 Personen arbeiteten 111 in der Abteilung Arbeitslosigkeit, davon 16 im Sektor Arbeitsmarktliche Massnahmen, 11 in der Abteilung Arbeitsmarkt und die übrigen verteilten sich auf die Direktion des Amts, den Rechtsdienst und die Stabsdienste.

3. Schulung

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amts absolvierten 2004 insgesamt 509 Kurstage; das sind im Durchschnitt 3,6 Kurstage pro Person. Das Schwergewicht wurde auf die Ausbildung gesetzt, die gemäss Bundesverordnung über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (AVIV) von allen Personalberaterinnen und Personalberatern der regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) verlangt wird, um den eidgenössischen Fachausweis zu erlangen. Acht Personen besuchten den Einführungskurs des Amts, der sie in die Aufgaben, Tätigkeiten und Arbeitsabläufe einführte.

II. Abteilungen

1. Abteilung Arbeitslosigkeit

1.1 Arbeitslosenversicherung

Die Arbeitslosenquote des Kantons lag im Januar bei 3,3 % und erreichte Ende Dezember 3,2 %, das sind insgesamt 4037 arbeitslos gemeldete Personen. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote lag 2004 bei 2,9 %; im Vergleich dazu lag sie 2003 bei 2,7 % und 2002 bei 1,8 %.

Folgende Tabelle gibt Aufschluss über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Kanton verglichen mit dem Schweizer Durchschnitt:

Entwicklung der Arbeitslosigkeit 2004 (gestützt auf die Volkszählung 2000)

	Kanton Freiburg			Schweiz	
	2003	2004	%	2004	%
Januar	3 501	4 193	3,3	168 163	4,3
Februar	3 611	4 123	3,2	165 979	4,2
März	3 430	3 894	3,1	160 849	4,1
April	3 382	3 656	2,9	155 061	3,9
Mai	3 279	3 406	2,7	148 816	3,8
Juni	3 213	3 326	2,6	144 103	3,7
Juli	3 260	3 378	2,7	143 125	3,6
August	3 405	3 532	2,8	145 923	3,7
September	3 448	3 499	2,8	146 341	3,7
Oktober	3 593	3 608	2,8	147 911	3,7
November	3 763	3 704	2,9	152 409	3,9
Dezember	4 009	4 037	3,2	158 416	4,0

Die Zahl der Ausgesteuerten, die im Genuss von kantonalen Leistungen standen, nahm im 2004 stark zu und erreichte Ende Jahr knapp 200 Personen. Das Amt hatte damit gerechnet, dass 102 Jahresplätze in Qualifizierungsprogrammen zu organisieren sind, deren Kosten auf vier Millionen Franken veranschlagt waren. Infolge des starken Zustroms wurden schliesslich über sechs Millionen Franken für die Finanzierung von kantonalen Massnahmen aufgewendet, so dass die Mittel des Fonds bis Ende des Jahres auf 5,6 Millionen Franken schmolzen.

Bei einem Jahresdurchschnitt von 229 offenen Stellen waren im Januar 203 und im Dezember 210 offene Stellen in den RAV gemeldet. Auch wenn diese Zahl etwas höher liegt als im Vorjahr, als der Durchschnitt 219 offene Stellen erreichte, ist sie noch zu tief, um eine deutliche Verbesserung der Arbeitslosenquote herbeizuführen. Dazu wäre es nötig, dass die Wirtschaft monatlich etwa 400 Stellen auf dem Arbeitsmarkt anbietet.

1.2 Die regionalen Arbeitsvermittlungszentren

Der Kanton zählt drei RAV: das RAV Zentrum für den Saanebezirk, das RAV Süd mit seinen drei Anlaufstellen in den Bezirken Glane, Greyerz und Vivisbach und das RAV Nord mit seinen drei Anlaufstellen in den Bezirken Broye, See und Sense.

Im Monatsdurchschnitt führten die Personalberaterinnen und -berater 6675 Beratungs- und Kontrollgespräche. Sie boten den Stellensuchenden monatlich 1675 Stellen an, wodurch über 514 Vermittlungen pro Monat zustande kamen. Ebenfalls im Monatsdurchschnitt arbeiteten 1142 Stellensuchende in einem Zwischenverdienst.

1.3 Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)

Der AMM-Sektor stellt den RAV Instrumente zur Verfügung, damit sie die Stellensuchenden gezielt im Hinblick auf die Stellensuche und die Verbesserung der Vermittlungsfähigkeit beraten können. Er ist ferner für die Verwaltung des Angebots an kantonalen Massnahmen, den Qualifizierungsprogrammen (QP), zuständig.

Im Berichtsjahr besuchten 3500 Personen Weiterbildungskurse. 2378 Personen nahmen an Programmen zur vorüber-

gehenden Beschäftigung teil (PvB), die durchschnittlich 2,6 Monate dauerten (2,7 Monate im Jahr 2003).

Der AMM-Sektor schuf 32 neue Stellen in PvB bei nicht gewinnorientierten Institutionen. 24 Kontrollen wurden durchgeführt, was über 500 Audits bei diesen Institutionen und den PvB-Teilnehmern entspricht. Jede Nichterfüllung von Anforderungen wurde gemeldet, um eine allgemeine Verbesserung der Qualität zu erreichen.

Im Laufe des Schuljahres 2003-2004 nahmen 282 Jugendliche an der Plattform Jugendliche teil, und über die Hälfte von ihnen konnte an einem Motivationssemester (MoSe) teilnehmen. Das AMA verfolgt die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen besonders genau und kann ihnen geeignete Strukturen anbieten: die MoSe. Jedes der vier MoSe des Kantons (Déclit, Intervalle, Centre de préformation in Grolley und das interkantonale MoSe Broye) besitzt besondere Eigenschaften und wendet sich an ein spezifisches Zielpublikum. Das Amt setzte eine Projektoberleitung ein, deren Hauptziel es ist, die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Einrichtungen zu verbessern, die mit der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen konfrontiert sind.

Die ausgesteuerten Arbeitslosen, die die gesetzlichen Bedingungen erfüllten, nahmen an Qualifizierungsprogrammen (QP) teil und erhielten dadurch eine neue Gelegenheit, wieder eine Stelle zu finden oder zumindest eine vorübergehende Arbeit zu erhalten, die beitragspflichtig ist und es ihnen erlaubt, eine neue Rahmenfrist des Bundes für den Leistungsbezug zu eröffnen. 2004 kamen 235 Personen (350 Verträge) in den Genuss eines befristeten Arbeitsvertrags bei einer nicht gewinnorientierten Institution und 72 Personen (110 Verträge) nahmen an einem QP bei einem Unternehmen in der Privatwirtschaft teil. Die Zahl der Ausgesteuerten entwickelt sich parallel zu den Schwankungen der Zahl der Stellensuchenden, aufgrund der Rahmenfrist jedoch mit einer zweijährigen Verzögerung. Der 2004 registrierte Anstieg der Stellensuchendenzahl wird sich deshalb ab 2006 auf die Zahl der Aussteuerungen auswirken.

1.4 Arbeitssicherheit

Das AMA legt grossen Wert auf die Sicherheit der Stellensuchenden, die an einem PvB oder QP teilnehmen. 2004 wurden in PvB, die ein bestimmtes Risiko aufweisen, 84 Kontrollen durchgeführt. Diese Kontrollen zielten hauptsächlich darauf ab, Hygiene- und Sicherheitsvorschriften bezüglich des Staubs in den Werkstätten der Programmanbieter einzuführen. Ausserdem nahmen sieben Anbieter von PvB an einem Kurs für Waldarbeiter teil, und 120 Teilnehmende besuchten einen Kurs über die Sicherheit auf Baustellen, der vom Freiburgischen Baumeisterverband organisiert wurde.

1.5 Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ)

Die interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) bezweckt, Personen mit sozialen und beruflichen Eingliederungsschwierigkeiten besser zu betreuen, indem die betroffenen Instanzen verstärkt zusammenarbeiten. Um dieses Ziel zu erreichen, schlug die kantonale Koordinationskommission für die IIZ, die sich aus dem Amt für den Arbeitsmarkt, dem Kantonalen Sozialamt und der kantonalen Invaliden-

versicherungsstelle zusammensetzt, dem Staatsrat vor, ab Herbst 2004 die Erfahrungen des Pilotprojekts mit der Stadt Freiburg fortzusetzen. Der Staatsrat nahm diese Empfehlung an und ernannte eine neue Kommission, die beauftragt ist, eine kantonale Strategie bezüglich der IIZ aufzustellen, die darauf abzielt, den sozialen Ausschluss zu verhindern und die berufliche Wiedereingliederung zu fördern.

1.6 Book Trading

135 Personen nahmen in der Übungsfirma Book Trading an einem Praktikum von einer durchschnittlichen Länge von knapp 40 Tagen teil. Die Übungsfirma beschäftigt regelmässig 25 Personen pro Monat. Die Hälfte der Teilnehmer fand danach wieder eine feste Stelle oder konnte an einem Praktikum in einem Unternehmen teilnehmen.

Im April 2004 wurde das Betreuungspersonal durch einen Kursleiter in Buchhaltung ergänzt, um das kaufmännische Ausbildungsangebot zu verbessern. Ein Qualitäts- und Managementzirkel wurde ebenfalls eingeführt und im Laufe des Jahres erhielt die Übungsfirma das Qualitätslabel EduQua. Eine Lehrfrau wurde ferner angestellt, was Book Trading verpflichtete, für diese Kategorie von Lernenden ebenfalls ein Ausbildungsangebot aufzustellen.

1.7 Vermittlung im Bereich der Arbeitslosenversicherung

Obwohl 2004 etwas weniger Versicherte als im Vorjahr die Dienste des Ombudsmanns in Anspruch nahmen (17 Fälle weniger), beeinflusst die AVIG-Revision weiterhin dessen Arbeit. 177 Einsätze wurden registriert; sie betrafen besonders Probleme zwischen den Versicherten und den Arbeitslosenstellen und den RAV. Die Vermittlung hat ihren Nutzen erwiesen, denn fast alle betroffenen Versicherten waren mit der Dienstleistung des Ombudsmanns zufrieden.

2. Abteilung Arbeitsmarkt

2.1 Arbeitsinspektorat

Das Arbeitsinspektorat arbeitete in verschiedenen kantonalen und eidgenössischen Kommissionen und Arbeitsgruppen mit.

Der Kanton Freiburg bot in Zusammenarbeit mit den anderen Westschweizer Kantonen erneut eine interkantonale Ausbildung über Gesundheit am Arbeitsplatz an. Ein Kurs über Nacharbeit (46 Teilnehmer) und ein Kurs zum Thema Hygiene und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (41 Teilnehmer) wurden ebenfalls organisiert.

Das Arbeitsinspektorat organisierte im September 2004 die Jahresversammlung des Interkantonalen Verbands für Arbeitnehmerschutz (IVA). Das Hauptthema der Konferenz (Entwicklung der Arbeitswelt und neue Krankheitsformen) stiess bei den Teilnehmern auf grosses Interesse.

2.1.1 Arbeitnehmerschutz

Im vergangenen Jahr besuchten die Arbeitsinspektoren teilweise in Zusammenarbeit mit dem seco (dem Eidgenössischen Arbeitsinspektorat) und der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt 456 Betriebe (441 im Jahr 2003).

2.1.2 Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

Die 2003 lancierte Kampagne zur Abklärung des Asbestvorkommens in Bauten wurde 2004 abgeschlossen. Im Rahmen dieser Kampagne wurden 29 Gebäude besichtigt und kontrolliert. Das Interkantonale Labor für Gesundheit am Arbeitsplatz (LIST) prüfte 19 Materialproben auf Asbestvorkommen. Das Forum Asbest der Schweiz (FACH) wurde vom Staatsrat im August 2004 über die Resultate der vom Arbeitsinspektorat durchgeführten Untersuchung informiert.

In Zusammenarbeit mit dem LIST führte das Arbeitsinspektorat acht vollständige Untersuchungen in Unternehmen bezüglich Lärm, Lösungsmitteldämpfe, Mineralstaub, Raumklima und schädliche Gase durch.

2.1.3 Abweichungen von der wöchentlichen Normalarbeitszeit

	Bewilligungen erteilt durch das AMA		Bewilligungen erteilt durch das seco	
	2003	2004	2003	2004
Nachtarbeit	59	45	41	50
Sonntagsarbeit	93	90	28	36
durchgehender Betrieb	2	–	6	12
dreischichtige Arbeit	–	1	4	–
Total	154	136	79	98

Das Arbeitsinspektorat erteilt kurzfristige Bewilligungen (unter sechs Monaten). Über Abweichungen von der wöchentlichen Normalarbeitszeit während mehr als sechs Monaten entscheidet das seco. Am meisten betroffen sind das Baugewerbe und der Vertriebssektor.

2.1.4 Plangenehmigungen – Betriebsbewilligungen

	2003	2004
Vergrößerungen (Umbau) von Industriebetrieben	13	19
Betriebsbewilligungen Nichtindustrielle Betriebe	9 488	10 516
Total	510	545

Alle Vergrößerungs- und Umbauarbeiten, die von Industriebetrieben im Kanton durchgeführt werden, müssen vom Arbeitsinspektorat genehmigt werden, das auch die Betriebsbewilligung erteilt. Bei den nichtindustriellen Betrieben nimmt das Inspektorat eine Planbegutachtung im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens vor.

2.1.5 Druckbehälter

	2003	2004
Druckluft- oder Gasbehälter	70	45
Dampfkessel	5	1
Total	75	46

Aus Sicherheitsgründen müssen Unternehmen und Privatpersonen, die unter Druck stehende Behälter verwenden (in der Regel für Heiz- oder Druckluftanlagen), beim Arbeitsinspektorat eine Betriebsbewilligung beantragen.

2.2 Beobachtung des Arbeitsmarkts

Der Kanton Freiburg nahm an einer Erhebung über das Profil der Stellensuchenden teil, die vom Westschweizer und Tessiner Beobachtungsorgan des Arbeitsmarkts durchgeführt wurde. Diese Erhebung informiert die an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beteiligten Akteure über die Merkmale der stellensuchenden Personen (Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Qualifizierung, Ausbildungsniveau usw.), damit sie geeignetere Massnahmen anbieten können, um die Dauer der Arbeitslosigkeit zu verkürzen.

Das Beobachtungsorgan hat eine Website geschaffen, auf der alle durchgeführten Studien eingesehen werden können.

2.3 Wirtschaftliche Landesversorgung

Die kantonale Zentralstelle für wirtschaftliche Landesversorgung besuchte mehrere Gemeinden und konnte so feststellen, dass die Weisungen des Bundes bezüglich der Lebensmittelrationierung erfüllt wurden. Der Kanton Freiburg hat jetzt den vom Bund definierten minimalen Vorbereitungsstand erreicht.

Ein kantonaler Informationsplan zur wirtschaftlichen Landesversorgung wurde aufgestellt.

2.4 Abkommen über den freien Personenverkehr (FZA)

Das Amt beteiligt sich aktiv an der Durchführung der flankierenden Massnahmen zum FZA. Eine Informationskampagne wurde durchgeführt (Pressekonferenzen, Broschüren, Website und Konferenzen). Das Amt für den Arbeitsmarkt ist die kantonale Behörde im Sinne des Entsendegesetzes des Bundes. Es stellt das Sekretariat der Aufsichtskommission über den Arbeitsmarkt sicher.

3. Rechtsdienst

3.1 Entscheide und Rechtsgutachten

In ihrer Funktion als kantonale Amtsstelle erstellte die Sektion 3984 Entscheide und Rechtsgutachten im Bereich der Arbeitslosenversicherung und des Arbeitsrechts:

Einstellungen in der Anspruchsberechtigung:	2 972
Vermittlungsfähigkeit und andere Entscheide:	376
Erlass der Rückerstattungspflicht:	48
Rechtsgutachten zu Arbeitslosenversicherung und Arbeitsrecht:	588

Der Rechtsdienst registrierte 2004 ferner 369 Einsprachen gegen Entscheide des Amts. Er fällte 361 Einspracheentscheide. 75,62 % der Einsprachen wurden abgewiesen, oder es wurde nicht auf sie eingetreten, 14,12 % wurden gutgeheissen, 5,81 % teilweise gutgeheissen und 4,45 % als erledigt abgeschrieben (zumeist aufgrund des Rückzugs der Einsprache).

2004 wurden beim Verwaltungsgericht 47 Beschwerden gegen die Entscheide des AMA eingereicht. Der Rechtsdienst reichte in 59 Fällen Bemerkungen zur Begründung ein. Das Verwaltungsgericht fällte 66 Entscheide. 62,12 %

der Beschwerden wurden vom Verwaltungsgericht abgewiesen, oder es wurde nicht auf sie eingetreten, 18,18 % wurden gutgeheissen, 12,12 % wurden teilweise gutgeheissen und 7,58 % als erledigt abgeschlossen.

3.2 Kurzarbeit

	Betroffene Arbeitnehmer			Ausfallstunden		
	2003	2004	Schweiz	2003	2004	Schweiz
Januar	385	111	5 967	19 807	6 663	383 062
Februar	255	110	6 594	16 505	6 328	400 519
März	277	204	5 532	15 598	12 969	365 399
April	466	132	4 835	21 601	8 729	282 970
Mai	407	109	3 756	23 794	4 387	221 590
Juni	195	48	2 996	13 386	2 099	175 677
Juli	151	28	1 437	10 916	1 156	79 107
August	126	41	1 191	6 989	718	67 761
September	198	58	1 895	10 882	2 896	107 555
Oktober	238	97	2 346	11 295	4 673	141 261
November	147	37	2 933	9 065	2 791	168 572
Dezember	89	71	2 400	4 605	2 648	137 205

3.3 Private Arbeitsvermittlung und Personalverleih

2004 erteilte der Rechtsdienst 14 neue Bewilligungen: acht für die private Arbeitsvermittlung und sechs für den Personalverleih. Vier Bewilligungsgesuche wurden abgewiesen und zwei Bewilligungen wurden entzogen.

Vier neue kantonale Bewilligungen wurden ferner nach einem Wechsel der verantwortlichen Person, vier nach einem Wechsel des Firmennamens und zwei nach einer Adressänderung ausgestellt. Ein Konkurs wurde registriert und ein weiterer Konkurs, der 2003 angemeldet worden war, konnte geregelt werden. Im Rahmen dieses Konkurses konnte der Rechtsdienst 56 % der vom kantonalen Konkursamt anerkannten Lohnschulden auszahlen.

Im Laufe des Jahres führte das Amt zwei Betriebskontrollen durch. Die aufgedeckten Verstösse betrafen hauptsächlich das Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer, irreführende Lohnabrechnungen, gesetzeswidrigen Personalverleih, die gesamtarbeitsvertraglichen Mindestlöhne sowie die Form und den Inhalt der Verträge.

Auf der Ebene des Bundes hat sich der Rechtsdienst dem Informatik-Lenkungsausschuss für das EDV-System zum Vollzug des Arbeitsvermittlungsgesetzes (VZAVG) angeschlossen und vertritt die Westschweiz in diesem Gremium.

2003 vermittelten die privaten Arbeitsvermittler des Kantons Freiburg 692 Schweizerinnen und Schweizer sowie 89 Ausländerinnen und Ausländer; mit 2185 Schweizerinnen und Schweizern sowie 2066 Ausländerinnen und Ausländern wurden Personalverleihverträge über insgesamt 1 843 116 Arbeitsstunden abgeschlossen.

4. Stabsdienste

4.1 Kommunikation

Das Amt weihte im April seine neue Website ein (www.fr.ch/spe). Die vollkommen zweisprachige Site liefert praktische Informationen über den Freiburger Arbeitsmarkt und stellt eine umfassende Informationsquelle für

Stellensuchende, Beschäftigte und Unternehmen dar. Das Amt registrierte 2004 jeden Monat über 15 000 Zugriffe auf die Website und beantwortete rund 500 Fragen von Websitebesuchern.

Das Amt gab eine neue Broschüre für Unternehmen heraus, die die gesamte Leistungspalette der RAV (Personalrekrutierung, aktive Massnahmen) vorstellt.

4.2 Informatik

Seit dem Austausch eines Viertels des gesamten Computerbestands verfügt das Amt über eine leistungsfähige und für seine Tätigkeit angemessene Informatikausrüstung. Die meisten Standorte sind jetzt mit Glasfasern ausgerüstet und profitieren von der besseren Datenübertragung. Über die Hotline, die dem Personal bei Informatikproblemen zur Verfügung steht, wurde über 1200-mal Unterstützung geleistet.

4.3 Buchhaltung

Die Stabsdienste verwalten die gesamte Buchhaltung der vom Bund finanzierten Stellen sowie die Buchhaltung des kantonalen Beschäftigungsfonds. Die Hauptaufgaben liegen in der Auszahlung der Löhne von Stellensuchenden, die an einem QP im Sinne des BAHG teilnehmen, und in der Erstellung von Arbeitgeberbescheinigungen, Lohnausweisen und AHV-, SUVA- oder Quellensteuerabrechnungen.

Das seco führte 2004 eine Buchprüfung durch und hat die gesamte Buchführung der vom Bund finanzierten Stellen genehmigt. Die Betriebskosten des Amtes beliefen sich auf 13,4 Millionen Franken.

Aus dem kantonalen Beschäftigungsfonds wurden 6 233 000 Franken zur Finanzierung von Massnahmen für Arbeitslose aufgewendet, die ihren Anspruch auf Leistungen des Bundes ausgeschöpft haben. Die Qualifizierungsprogramme (QP) bei Unternehmen kosteten 2 138 000 Franken, die QP bei nicht gewinnorientierten Institutionen 2 131 000 Franken und die QP bei öffentlichen Körperschaften 1 963 000 Franken. Im Monatsdurchschnitt wurden Löhne in der Höhe von knapp 520 000 Franken ausbezahlt. Am 31. Dezember 2004 verfügte der Fonds über Mittel in der Höhe von 5 600 000 Franken.

Öffentliche Arbeitslosenkasse

1. Organisation

Die Öffentliche Arbeitslosenkasse ist eine Einheit, die der Volkswirtschaftsdirektion administrativ zugewiesen ist. Sie steht allen im Kanton wohnhaften Versicherten offen; zudem kann sie allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von im Kanton ansässigen Unternehmen ungeachtet ihres Wohnsitzes Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen ausrichten. Sie ist allein berechtigt, Insolvenzentschädigungen aus auszahlen.

2. Verfügungen

Die Kasse stellte 2711 Verfügungen aus. Sie legte dem Amt für den Arbeitsmarkt 196 Fälle zum Entscheid vor.

3. Statistik

	2003	2004
<i>Anträge auf Arbeitslosenentschädigung für Teil- und Ganzarbeitslose</i>		
Anzahl Versicherte	4 551	4 667
davon neu angemeldet	4 058	4 350
<i>Anträge auf Schlechtwetterentschädigung</i>		
Anzahl angemeldeter Unternehmen	92	94
<i>Anträge auf Kurzarbeitsentschädigung</i>		
Anzahl angemeldeter Unternehmen	73	40
<i>Anträge auf Insolvenzentschädigung</i>		
Anzahl Versicherte	186	215

Ausbezahlte Taggelder

	2003 Fr.	2004 Fr.
Ganzarbeitslosigkeit (ALE)	57 755 716.40	56 023 990.30
Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)	5 977 078.85	5 767 084.55
Projektkosten (Anbieter)	15 775 397.31	15 528 423.35
Schlechtwetter und Kurzarbeit	5 003 784.90	2 286 840.50
Insolvenz	970 017.25	1 065 468.85
Total	85 481 994.71	80 671 807.55

Handelsregisteramt

Nach der Kündigung des amtierenden Registerführers, Pascal Friolet, wurde dessen Stellvertreter, Pierre-Alain Jenny, auf den 1. Oktober 2004 zum Registerführer ernannt.

Im 2004 bearbeitete das Handelsregisteramt 6326 Dossiers (694 mehr als im Vorjahr) für insgesamt 5608 Einträge im Tagebuch des Handelsregisters (446 Einträge mehr als im Vorjahr).

Im Juli ist das neue Bundesgesetz über Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung (FusG) in Kraft getreten. Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes mussten umfassende Änderungen am Informatikprogramm angebracht werden. Das Handelsregisteramt stellte sich den Antragstellern und den Notaren zur Verfügung für Auskünfte, die vom Eidgenössischen Amt für das Handelsregister herausgegeben werden (Website, Zeitschriften usw.), und bot ihnen die Vorprüfung der Dossiers an.

Das Handelsregisteramt bildet Lehrfrauen und Lehrlinge aus und arbeitet in diesem Bereich weiterhin mit den Bezirksgericht Saane zusammen. Bei einem sechsmonatigen Praktikum erhalten die Auszubildenden einen Einblick in die Arbeit des Handelsregisters und lernen die Wirtschaft über die verschiedenen Arten der eingetragenen Gesellschaften kennen.

Am 31. Dezember 2004 umfasste das Handelsregister des Kantons Freiburg folgende aktive Eintragungen:

Vereine	151
Genossenschaften	692
Unternehmen des öffentlichen Rechts	23
Einzelfirmen (EF)	4 948
Stiftungen	580
Aktiengesellschaften	6 698
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	2 334
Kommanditgesellschaften (KG)	22
Kommanditaktiengesellschaft	1
Schweizer Zweigniederlassungen	161
Ausländische Zweigniederlassungen	348
Kollektivgesellschaften (KollG)	396
Total	16 354

Vergleich der neu eingetragenen Gesellschaften zwischen 2003 und 2004:

	Verein	Gen.	EF	Stiftung	AG	GmbH	Zweign.	KollG, KG
2003	11	1	334	14	263	271	46	41
2004	7	2	348	17	256	309	80	31

Amt für Verkehr und Energie

I. Amt

Im Rahmen von Vernehmlassungsverfahren, welche die Fachstellen für Verkehr und Energie gleichermaßen betreffen, äusserte sich das Amt unter anderem zu folgenden Projekten:

- die Vollzugsempfehlungen für publikumsintensive Einrichtungen;
- die erste Umfrage im Hinblick auf die Revision des Raumplanungs- und Baugesetzes vom 9. Mai 1983 und dessen Ausführungsreglements vom 18. Dezember 1984;
- Revision von über 60 Ortsplanungen.

II. Verkehr

1. Vernehmlassungsverfahren

Das Bundesamt für Verkehr holte die Stellungnahme des Amtes zu folgenden Gegenständen ein:

- das Kennzahlenset zum Benchmarking der Gesamtleistung von Transportunternehmen;
- die Massnahmen 2006-2007 beim regionalen Personenverkehr im Rahmen des Entlastungsprogramms 2004;

Im Rahmen der kantonalen Vernehmlassungsverfahren bezog das Amt unter anderem Stellung zur Änderung der Schiffbauverordnung und ihrer Ausführungsbestimmungen.

2. Verkehrsplanung

Die beratende Kommission für Verkehrsfragen hielt eine Sitzung ab, an der sie sich hauptsächlich mit der öffentlichen Auflage des kantonalen Verkehrsplans und des Themas «Verkehr» des kantonalen Richtplans, sowie mit dem Fahrplanentwurf 2005 befasste.

Auf regionaler Ebene setzte das Amt seine Tätigkeit mit den verschiedenen Arbeitsgruppen fort, die sich hauptsächlich aus Vertretern der verschiedenen Bezirke zusammensetzten und mit der Aufstellung der Regionalfahrpläne nach der Einführung der ersten Etappe der Bahn 2000 beauftragt wurden.

Es verfolgte ferner die Arbeiten des Verkehrsverbands der Agglomeration Freiburg und beteiligte sich an verschiedenen regionalen Planungsstudien, insbesondere über den Tarifverbund Libero und die Berner S-Bahn.

3. Fahrpläne

Im Rahmen der Vernehmlassung zum Fahrplanentwurf 2005 berief das Amt die Fahrplangruppe zur Behandlung der 500 eingegangenen Anträge ein. Der aussergewöhnliche Charakter des Fahrplanwechsels im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der ersten Etappe der Bahn 2000

erforderte eine vollständige Neugestaltung des Fahrplans. Dies erklärt die hohe Zahl der Anträge.

Gestützt auf die neue Gesetzgebung und die Offerten der Transportunternehmen verteilte das Amt nach Absprache mit dem Bundesamt für Verkehr die für den öffentlichen Verkehr zur Verfügung stehenden Mittel für die Fahrplanperioden 2004 und 2005.

4. Bahn 2000, 2. Etappe

Das Amt beteiligte sich an der Planung der 2. Etappe des Projekts Bahn 2000.

5. Technische Verbesserungen bei den Unternehmen des öffentlichen Verkehrs

Gemäss dem eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsverfahren bat das Bundesamt für Verkehr das kantonale Amt um Stellungnahme zu folgenden Vorhaben:

- Renovation des Bahnhofs Flamatt;
- Vergrösserung der Bahnsteige im Bahnhof Düdingen;
- Erneuerung der Fahrleitungen im Bahnhof Chénens;
- Schaffung eines Holzkastens auf der Teilstrecke Cheyres – Estavayer-le-Lac;
- Stabilisierung der Aufschüttung auf der Teilstrecke Flamatt – Wünnewil;
- Bau der neuen Haltestelle Kerzers, Papilliorama;
- Vergrösserung der Bahnsteige im Bahnhof Flamatt-Dorf;
- Bau der Trolleybus-Fahrleitung «Les Dailles»;
- Aufhebung des Bahnübergangs Galmiz, Scheiteraweg.

Zudem sprach sich das Amt gestützt auf Artikel 56 des Eisenbahngesetzes für die 20. Vereinbarung zu Gunsten der BLS Lötschbergbahn und für die 23. Vereinbarung zu Gunsten der Montreux-Oberland-Bahn aus.

6. Konzessionen und Bewilligungen zur Personenbeförderung

Das Bundesamt für Verkehr holte die Stellungnahme des Amtes zu vier Gesuchen um Erneuerung einer Automobilkonzession, zwei Gesuche um Ausdehnung, zwei Gesuche um Übertragung, zwei Gesuche um Änderung und acht Gesuche um Bewilligung für grenzüberschreitende Fahrten ein.

Gestützt auf das Reglement vom 3. November 1999 über die kantonalen Bewilligungen für die Personenbeförderung erteilte das Amt acht Bewilligungen für die Personenbeförderung.

7. Seilbahnen und Skilifte

Das Amt erneuerte zwei Bewilligungen zum Betrieb eines Skilifts und drei Bewilligungen zum Betrieb eines Kleinskilifts und erteilte eine Baubewilligung im Rahmen der Sanierung eines Skilifts. Es leitete 14 Inspektionsrapporte des Kontrollorgans des Interkantonalen Konkordats über Seilbahnen und Skilifte weiter.

8. Luftfahrthindernisse

Das Amt übermittelte dem Bundesamt für Zivilluftfahrt 18 Meldungen über Anlagen, die die Luftfahrt behindern, und zwei Meldungen über die Entfernung eines Luftfahrthindernisses.

III. Energie

1. Vernehmlassungsverfahren

Im Rahmen der kantonalen Vernehmlassungsverfahren bezog das Amt unter anderem Stellung:

- zu den erforderlichen Massnahmen zur Einhaltung der Reduktionsziele nach dem CO₂-Gesetz;
- zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes vom 21. Juni 1996;
- zum regionalen Waldentwicklungsplan des Jauntals;
- zur Revision der Statuten der Industriellen Betriebe der Stadt Murten;
- zu über 1400 Gesuchen um Baubewilligung.

2. Aktivitäten der Energiefachstelle

Die kantonale Energiewirtschaftskommission hielt eine Sitzung ab, an der insbesondere das Ergebnis der Studie «Geothermisches Potenzial des Kantons» und die vom Amt angestossene Solarenergie-Kampagne behandelt wurden.

Das Amt informierte wieder über den Temperaturmittelwert und die Heizgradtage, mit denen die Energiekennzahlen von Gebäuden bestimmt werden können.

Gemäss den energiepolitischen Grundsätzen des Kantons setzte es seine Informationstätigkeit in den Gemeinden in Zusammenarbeit mit den Aktionen «EnergieSchweiz in Gemeinden» und «Energho» fort.

Das Amt startete eine Werbekampagne für thermische Solaranlagen, indem es eine Ausstellung organisierte, Unterlagen an alle Wohneigentümer des Kantons versandte und einen Malwettbewerb veranstaltete. Im Rahmen des Symposiums von Charmey über die erneuerbaren Energien leistete es zusammen mit den Schülerinnen und Schülern der Orientierungsschulen des Greyerzbezirks einen Beitrag an ein Solarprojekt, das es erlaubt, die Warmwasserversorgung sicherzustellen und einen Teil des Heizbedarfs eines Gebäudes zu decken.

Das Amt setzte ausserdem seine Informationstätigkeit in den französischsprachigen Schulklassen des Kantons fort.

Es beteiligte sich u.a. an Forschungs- und Entwicklungsprojekten in den Bereichen Biogas, Sonnenenergie und Holz.

Es nahm ferner an verschiedenen interkantonalen Arbeitsgruppen teil, die vom Bundesamt für Energie und von der Konferenz der kantonalen Energiefachstellen aufgestellt wurden.

3. Kühl- und/oder Befeuchtungsanlagen

Das Amt erteilte in Anwendung des Energiegesetzes vom 9. Juni 2000 vier Bewilligungen.

4. Holzheizungen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 137 Projekte zu, was einem Betrag von 494 596 Franken für eine Leistung von 5794 kW entspricht.

5. Thermische Solaranlagen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 91 Projekte zu, was einem Betrag von 208 001 Franken für eine Fläche von 660,33 m² entspricht.

6. Photovoltaische Solaranlagen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 8 Projekte zu, was einem Betrag von 285 630 Franken für eine Fläche von 719,24 m² entspricht.

7. Gebäude, die den Minergie-Standard erfüllen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 48 Projekte zu, was einem Betrag von 989 340 Franken für eine Energiebezugsfläche von 70 823 m² entspricht.

8. Hochspannungsleitungen

Das Amt gab dem Eidgenössischen Starkstrominspektorat im Namen des Kantons eine Stellungnahme zu folgenden Projekten ab:

- L-202073 – L-202074, 60 kV-Freileitung St-Wolfgang – Wünnwil und St-Wolfgang – Giffers;
- L-0705208.03, 60 kV-Linie Cressier – Murten;
- L-076260, Änderung und Wechsel der Antennenanlage auf dem Hochspannungsmast Nr. 198, 220 kV-Leitung Col des Mosses;
- L-113063, Änderung und Wechsel der Antennenanlage auf dem Hochspannungsmast Nr. 2, 380 kV-Leitung Galmiz – Mühleberg;
- S-140419 – S-140425 – L-202617, 18 kV-Transformatorstation Balliswil, Transformatorstation Aegerte und 18 kV-Freileitung Tafers-Balliswil.

9. Erdgas

Das Amt bewilligte den Bau und den Betrieb folgender Erweiterungen des Frigaz-Netzes:

- Sektor Grand-Places – Allée des Grand-Places, Stadt Freiburg;
- Gemeinden Billens-Hennens und Romont;
- Sektor Chemin du Palatinat – Route des Neigles – Route de Berne, Stadt Freiburg;
- Gemeinden Freiburg und Düdingen;
- Gemeinden Bussy, Sévaz und Estavayer-le-Lac.

Amt für Statistik

I. Allgemeines

Da sich mehrere statistische Ämter in ihrem Kanton mit der Problematik der gesetzlichen Grundlagen konfrontiert sahen, beschloss die Konferenz der regionalen statistischen Ämter der Schweiz (KORSTAT) 1999, eine Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung eines Mustergesetzes über die kantonale Statistik zu bilden. Bis zum Ende der Arbeiten im Januar 2003 hat der Kanton Freiburg ständig an ihr teilgenommen.

Im Jahr 2004 übernahm das Amt für Statistik dieses Mustergesetz und passte es an die Bedürfnisse und Eigenheiten des Kantons Freiburg an. Der Vorentwurf des Gesetzes über die kantonale Statistik ist im Januar 2005 in die Vernehmlassung gegangen. Wie es der Titel andeutet, bezieht sich dieses Gesetz nicht nur auf das Amt für Statistik, sondern es erstreckt sich auf die gesamte kantonale Statistik.

II. Aktivitäten

1. Eidgenössische Volkszählung

Das Amt für Statistik hat an den Abklärungen über die verschiedenen Möglichkeiten zur Realisierung der eidgenössischen Volkszählung von 2010 teilgenommen. Es setzt sich für eine Variante ein, die eine Vollerhebung bei der Bevölkerung beinhaltet, gepaart mit einer Verwendung harmonisierter Register wie etwa dem Einwohnerregister und dem Gebäude- und Wohnungsregister. Angaben, die nur auf kantonaler Ebene eine Bedeutung haben, könnten aus Gründen der Wirtschaftlichkeit per Stichprobenerhebung gesammelt werden, nicht aber solche, die auf Gemeindeebene oder sogar darunter erforderlich sind (Geokodierung).

2. Eidgenössische Betriebszählung

Im Jahr 2004 hat sich das Amt für Statistik an der Vorbereitung der eidgenössischen Betriebszählung 2005 beteiligt. Gegen Entschädigung ist es bereit, ein Rückrufzentrum für mehrere Kantone zu verwalten. Wie in vergangenen Zählungen ist das Amt ausserdem für die Erhebung innerhalb der Kantonsverwaltung verantwortlich.

3. Eidgenössische Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP)

Das Amt für Statistik hat den Auftrag, die jährliche Erhebung der Zu- und Wegzüge durchzuführen, indem es die Angaben, die ihm die Gemeinden liefern, erfasst und kontrolliert. Dabei handelt es sich nur um die Bevölkerung schweizerischer Nationalität, denn das zentrale Ausländerregister und die Zivilstandesämter liefern die restlichen Angaben, die für die Statistik der Bevölkerungsfortschreibung benötigt werden. Anhand dieser Informationen errechnet das Bundesamt für Statistik (BFS) die ständige Wohnbevölkerung der Gemeinden, die dem Amt als

Grundlage zur Berechnung des Bestands der zivilrechtlichen Bevölkerung und der Wohnbevölkerung der Gemeinden dient.

Zwei Änderungen wurden im Jahr 2004 bei der Statistik der Bevölkerungsfortschreibung 2003 beschlossen. Erstens wurden die Bestände am 1. Januar 2003 an die Ergebnisse der Volkszählung 2000 angepasst. Die Gemeinden des Kantons wurden benachrichtigt und hatten die Gelegenheit, Korrekturen vorzuschlagen. Sämtliche Korrekturwünsche wurden vom BFS berücksichtigt. Zweitens stammt der Bestand der ausländischen Bevölkerung der Gemeinden bei der Berechnung der «zivilrechtlichen» Bevölkerung zum ersten Mal seit zwanzig Jahren nicht aus dem Zentralen Ausländerregister, sondern vom BFS. Diese Umstellung ist einer Harmonisierung der Bevölkerungsbegriffe beider Instanzen zu verdanken. Infolgedessen sind die Bestände der Gemeinde gemäss «zivilrechtlicher» Bevölkerung für das Jahr 2003 mit jenen der ständigen Wohnbevölkerung identisch. Trotzdem wäre es ratsam, beide Bevölkerungsbegriffe beizubehalten, selbst wenn die Bestände identisch sind. Denn so hat der Kanton Freiburg die Möglichkeit, die rechtskräftigen Bestände wenn nötig noch im Verlauf des Jahres korrigieren zu können, was bei der ständigen Wohnbevölkerung angesichts der breiten Veröffentlichung der Bestände durch das BFS unmöglich wäre.

Mit Verordnung vom 21. September 2004 hat der Staatsrat die Bevölkerungsbestände vom 31. Dezember 2003 verabschiedet.

4. Bevölkerungsprognosen

Im Februar 2004 veröffentlichte das Amt für Statistik die Bevölkerungsprognosen 2002-2040 für den Kanton Freiburg, die vom BFS errechnet worden sind. Da das Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) die Programmiersprache Fortran aufgegeben hat, kann das Amt für Statistik die Programme für Bevölkerungsprognosen, die es aufgestellt hatte, nicht mehr verwenden. Ein Abkommen zur Zusammenarbeit mit dem BFS oder mit dem Service de recherche et d'information statistiques (SCRIS) des Kantons Waadt käme als Ersatzlösung in Frage.

5. Schulstatistik

Das Amt veröffentlichte erste Zahlen zur Schulstatistik 2003/2004 in den *Statistischen Mitteilungen* vom 31. Januar 2004 und die ausführlichen Ergebnisse im *Statistischen Jahrbuch 2004*. Wie in den vergangenen Jahren wurden die notwendigen Daten dem BFS und der kantonalen Schülerunfallversicherung übermittelt.

Die Zählung für das Schuljahr 2004/2005 wurde am 12. Oktober 2004 in sämtlichen Schulen des Kantons mit Ausnahme der Fachhochschulen und der Universität durchgeführt.

6. Lehrkräftestatistik

Die Angaben für die Erhebung 2003 wurden am 4. März 2004 übermittelt, wie üblich ohne dabei die betroffenen Lehrkräfte der öffentlichen Schulen (Vorschul-, Primar-

und Sekundarstufe I und II, inklusive Berufsschulen) direkt befragen zu müssen. Diese Rationalisierung ist dank der Zusammenarbeit mit dem Amt für Personal und Organisation (POA) und dem ITA möglich.

7. Baustatistik und Statistik der Immobilientransaktionen (Handänderungsstatistik)

Die Ergebnisse der kantonalen Baustatistik (Baubewilligungen, begonnene und beendete Bauten) wie auch jene der Handänderungsstatistik wurden regelmässig im *Freiburger Konjunkturspiegel* und auf der Website *Statistik Freiburg* veröffentlicht.

Im Auftrag des BFS nimmt das Amt für Statistik die Quartalerhebung der Wohnungsproduktion vor. Diese Umfrage erfolgt per Stichprobe in 31 Gemeinden.

Ebenfalls für das BFS führt das Amt die jährliche Bauerhebung durch. Diese wird seit vielen Jahren bei den Architekten, Ingenieuren, Gemeinden und kantonalen Dienststellen vorgenommen.

Im Jahr 2004 führte das Amt für Statistik bei den Gemeinden noch eine ergänzende Erhebung durch, die zur Aktualisierung des eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregisters (GRW) notwendig ist. Gemeinsam mit dem ITA und dem Amt für Vermessung und Geomatik (VGA) führte es die Arbeiten fort, die es erlauben sollten, ab Februar 2005 den Freiburger Teil des GWR zu verwalten.

8. Konjunkturtest

Seit 1988 wird im Kanton Freiburg in enger Zusammenarbeit mit der Konjunkturforschungsstelle der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (KOF) und der Freiburgischen Industrie-, Dienstleistungs- und Handelskammer der Konjunkturtest durchgeführt.

Die wichtigsten Resultate werden vierteljährlich im *Freiburger Konjunkturspiegel* in Form von Kommentaren, Grafiken und Tabellen präsentiert.

9. Beschäftigungsstatistik

Die Beschäftigungsstatistik (BESTA) umfasst die vierteljährliche Veröffentlichung von vier Indikatoren: Schätzung der Anzahl Beschäftigte, Mangel bzw. Überfluss an Arbeitskräften, Beurteilungsziffer der Beschäftigungsaussichten. Die Ergebnisse können auf der Website *Statistik Freiburg* abgerufen werden.

In Zusammenarbeit mit dem POA und dem ITA kontrolliert das Amt für Statistik die Angaben zur Kantonsverwaltung und übermittelt sie dem BFS.

10. Lohnstrukturerhebung

Eine erste Erhebung fand im Oktober 2002 statt, die zweite im Oktober 2004. Diese Statistik kommt der ständig steigenden Nachfrage nach statistischen Angaben zum Lohnniveau entgegen. Vor allem Unternehmen, die sich im Kanton niederlassen wollen oder ihre Lohnpolitik mit jener der Branche vergleichen wollen, Arbeitsvermittlungszentren und Personen, die eine neue berufliche Orientierung suchen, interessieren sich für diese Daten.

Ausserdem ist diese Erhebung eine wichtige Arbeitsgrundlage für das Organ zur Beobachtung des Arbeitsmarkts, das mit Inkrafttreten der bilateralen Abkommen über den freien Personenverkehr geschaffen wurde.

Die Resultate der Erhebung 2002 wurden anlässlich der Pressekonferenz der Volkswirtschaftsdirektion vom 4. Juni 2004 vorgestellt. Sie wurden im *Statistischen Jahrbuch des Kantons Freiburg* und auf der Website *Statistik Freiburg* veröffentlicht.

11. Veröffentlichungen

Das Monatsbulletin *Statistische Mitteilungen* erschien im Februar 2004 zum letzten Mal. Es wurde an weniger als 300 Adressaten verschickt, von denen bloss etwa dreissig für das Abonnement bezahlten. Auf der Website *Statistik Freiburg* sind zwei Rubriken den Konjunkturindikatoren gewidmet, die jedes Mal aktualisiert werden, wenn ein neuer Wert verfügbar ist.

Die vier Ausgaben des *Freiburger Konjunkturspiegels* erschienen im Februar, Mai, August und November. Ende 2004 erhielten 360 Abonnenten diese Publikation; 35 davon bezahlten für das Abonnement. Zu diesen Zahlen ist zu bemerken, dass die Unternehmen, die am Konjunkturtest teilnehmen, die Veröffentlichung kostenlos erhalten.

Die halbjährlich erscheinende Veröffentlichung *Perspektiven – Freiburger Wirtschaft* wird mit Unterstützung der Freiburger Kantonalbank realisiert. Die Frühjahrsausgabe erschien Anfang Juni 2004, die Herbstausgabe Mitte Dezember 2004.

Anfang Januar 2005 kam die Ausgabe 2004 des *Statistischen Jahrbuchs des Kantons Freiburg* (34. Auflage, 496 Seiten, 386 Tabellen) zusammen mit der zwanzigsten Ausgabe der Taschenstatistik *Der Kanton Freiburg in Zahlen* heraus. Diese Taschenstatistik wird vom Amt realisiert und von der Freiburger Kantonalbank und der Kantonalen Gebäudeversicherung (KGV) herausgegeben. Sie erlaubt eine weite Verbreitung grundlegender statistischer Informationen über den Kanton und seine Bezirke. Sie wird über die Kantonsgrenzen hinaus vertrieben und liefert willkommene Informationen über den Kanton Freiburg.

12. Websites

Die im November 2000 eingeweihte Website der statistischen Ämter des Espace Mittelland (www.stat-em.ch) wurde Ende 2004 vom Netz genommen, da alle Ämter über eigene Internetseiten verfügen.

Die Website *Statistik Freiburg* (www.stat-fr.ch oder www.fr.ch/stat/), die am 2. Juni 2003 eröffnet wurde, ist auch im Jahr 2004 weiterentwickelt worden. Ziel dieser Website ist die grösstmögliche Verbreitung statistischer Informationen, sobald diese zur Verfügung stehen. Die Website trägt auch innerhalb des Amtes zur Rationalisierung bei der Suche nach Dokumenten und statistischen Informationen bei. Diese Website verzeichnete im Jahr 2004 rund 200 000 Besucher, wobei auch jene des Amtes dazu zählen, da sie nicht herausgefiltert werden können.

Die Website verfügt über eine Online-Datenbank, in die vor allem die wichtigsten Konjunkturindikatoren und die Strukturdaten auf den drei Ebenen Gemeinde-Bezirk-Kanton eingespeist werden. Aufgrund der Publikationskosten auf Papier wurden Daten auf Gemeindeebene bis anhin nur wenig verbreitet. Die Website ist vor allem der Verbreitung dieser Daten gewidmet.

Ausserdem sind alle Publikationen, die das Amt auf Papier veröffentlicht, auf der Website im PDF-Format abrufbar, jedoch nur die vorletzte Auflage von Veröffentlichungen, die im Verkauf sind.

Die Rubrik *Soeben erhalten* verdient besondere Beachtung. Hier können tagtäglich die bibliographischen Einträge für alle statistischen Dokumente eingesehen werden, die aus der Schweiz und dem Ausland eingetroffen sind.

13. Andere Aktivitäten

Für die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport hat das Amt für Statistik die Anwendung *Test d'aptitude des connaissances en vue du passage au CO (TAC)* des Amts für französischsprachigen obligatorischen Unterricht von Grund auf neu programmiert und die Ergebnisse des Tests 2004 berechnet. Darüber hinaus beteiligte es sich an der Vorbereitung der Umfrage OECD-PISA.

Im Juli 2004 prüfte das Amt für Statistik die Studie der AG für Werbemedienforschung (WEMF), in der eine Neueinteilung der Wirtschaftszonen vorgeschlagen wurde.

Wohnungsamt

1. Wohnbauförderung

Am 1. Juni 2004 zählte der Kanton Freiburg 1029 Leerwohnungen, das sind 17 weniger als im Vorjahr. Damit sank die Leerwohnungsziffer geringfügig von 0,97 % im 2003 auf 0,94 % des ungefähren kantonalen Gesamtwohnungsbestandes. Der Bau neuer Wohnungen erlaubte es folglich, die zunehmende Nachfrage aufgrund des starken demografischen Wachstums des Kantons Freiburg zu decken.

Je nach Bezirk fällt die Leerwohnungsziffer sehr unterschiedlich aus, sie liegt aber überall unter 1,50 %.

Saane	1,47 %
Glane	0,63 %
Greyerz	0,92 %
Broye	0,53 %
Vivisbach	0,17 %
Sense	0,76 %
See	0,42 %

Die Aufteilung der Leerwohnungen nach Kategorie fällt wie folgt aus:

1- und 2-Zimmer	28 %
3-Zimmer	29 %
4-Zimmer	27 %
5-Zimmer und mehr	16 %

Zudem sind 80 % aller leer stehenden Wohnungen zu vermieten und 20 % zu verkaufen.

Auf dem Freiburger Wohnungsmarkt ist das Angebot an Leerwohnungen von Ort zu Ort verschieden.

Das neue Wohnraumförderungsgesetz vom 21. März 2003 (WFG) ist am 1. Oktober 2003 in Kraft getreten. Der Bund kann gestützt auf das WFG zinslose oder zinsgünstige Darlehen gewähren, um das Angebot an preisgünstigen Mietwohnungen und den Zugang zu Wohneigentum zu fördern. Da aber das Bundesparlament dem Entlastungsprogramm 2003 zugestimmt hat, kommen die Artikel 12 und 24 WFG, die die gesetzliche Grundlage für diese direkten Darlehen darstellen, bis Ende 2008 nicht zur Anwendung.

Das Entlastungsprogramm 2003 hat keinen Einfluss auf die anderen Massnahmen des WFG: indirekte Hilfe für Bauherren, die nicht über ausreichend Eigenkapital verfügen (Bürgschaften, Rückbürgschaften), Unterstützung für Träger und Dachorganisationen des gemeinnützigen Wohnbaus sowie Fortsetzung der Forschungstätigkeit.

Angesichts der Lage können weder für den Bau von Mietwohnungen noch für den Zugang zu Wohneigentum Bundesbeiträge beantragt werden. Das Bundesamt für Wohnungswesen nimmt keine Prüfungen von Bauprojekten mehr vor.

Im Augenblick gibt es nur noch indirekte Finanzhilfen. Die Träger des gemeinnützigen Wohnbaus, die preisgünstigen

Wohnraum bauen oder erneuern, können bei Dachorganisationen (Schweizerischer Verband für Wohnungswesen, SVW, dessen Sekretariat sich in Lausanne befindet) zinsgünstige Darlehen beantragen. Bei Eigentumswohnungen gewähren die Hypothekar-Bürgschaftsgenossenschaften eine Bürgschaft, für die der Bund (Coopérative Romande de Cautionnement Immobilier, CRCI, mit Sitz in Lausanne) eine Rückbürgschaft eingehen kann.

Die beiden wichtigsten Aufgaben, mit denen sich das Amt befasste, waren:

- Mieterwechsel (etwa 1000 pro Jahr) und Auszahlung der Beiträge des Kantons und der Gemeinden an die Anspruchsberechtigten. Die kantonalen Beiträge zur Senkung der Mietzinse beliefen sich auf 5 462 598 Franken, während die Gemeindebeiträge 2 367 173 Franken betragen;
- Kontrolle der persönlichen und finanziellen Lage der Bezügerinnen und Bezüger von Bundesleistungen (etwa 9500 Wohnungen). Aufgrund dieser Kontrollen wurde eine Zahl von Beiträgen gekürzt oder gestrichen.

2. Frühere Aktionen

Bei Gebäuden, die aufgrund des Bundesratsbeschlusses vom 30. Juni 1942 betreffend Massnahmen zur Milderung der Wohnungsnot und zur Förderung des Wohnungsbaus, des Bundesbeschlusses vom 8. Oktober 1947 über Massnahmen zur Förderung der Wohnbautätigkeit und der verschiedenen Gesetze zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten erstellt wurden, sind die Eigentümer verpflichtet, die staatlichen Beiträge zurückzuzahlen, falls sie beim Verkauf ihrer Liegenschaft einen Gewinn erzielen. 2004 gaben acht Liegenschaftsverkäufe Anlass zur Rückerstattung von Subventionen. Der Gesamtbetrag dieser Rückerstattungen belief sich auf 102 337 Franken. Die Anteile von Bund und Gemeinden wurden zurückbezahlt. Ausserdem wurden verschiedene Verkäufe bewilligt, bei denen keine Subventionsrückzahlung notwendig war, da die Eigentümer ihre Liegenschaft zu den Gestehungskosten verkauften.

3. Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten

Das Bundesgesetz vom 20. März 1970 über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten ermöglicht es dem Amt, Eigentümern, die ihre Wohnung renovieren wollen, nichtrückzahlbare Darlehen zu gewähren. Eine Finanzhilfe wird gewährt, wenn die renovierungsbedürftige Wohnung in einem Berggebiet gemäss eidgenössischem landwirtschaftlichem Produktionskataster liegt, von einer Familie in bescheidenen Verhältnissen bewohnt wird und es sich um Wert vermehrende Arbeiten handelt. 2004 wurden Beiträge für die Sanierung von drei Wohnungen im Greyerzbezirk zugesprochen.

Die Gesamthöhe der zugesicherten Beiträge beliefen sich – bei Gesamtinvestitionen von 318 000 Franken – auf

120 000 Franken. Die Beiträge setzten sich wie folgt zusammen:

	Fr.
Beiträge der Gemeinden	2 000
Beiträge des Kantons	37 990
Beiträge des Bundes	<u>80 010</u>
Total	120 000

Drei Abrechnungen von Bauten, für deren Sanierung Beiträge von insgesamt 160 000 Franken geleistet wurden, sind genehmigt worden.

4. Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen

Die drei Schlichtungsstellen behandelten im Berichtsjahr 998 Anfechtungen. Diese Einsprachen, die hauptsächlich den Mietzins, die Nebenkosten und den Kündigungsschutz betrafen, wurden wie folgt geregelt:

Einigung	757	(76 %)
Keine Einigung	146	(14 %)
Entscheide über Kündigungsschutz und Mietzinshinterlegung	53	(5 %)
Nichteintreten, Rückzug	38	(4 %)
An das Schiedsgericht weitergeleitete Fälle	<u>4</u>	(1 %)
	998	(100 %)
Ende 2004 noch hängige Fälle	<u>156</u>	
Total Gesuche 2004	1154	

5. Baulandreserven

Im Jahr 2004 wurden keine Gesuche um Staatsgarantien für Baulandreserven gemäss Dekret vom 11. Mai 1977 betreffend Baulandreserven gestellt.

6. Verkauf von Grundstücken an Ausländer

Gemäss Artikel 25 des Gesetzes vom 26. September 1985 über die Sozialwohnbauförderung werden die Mietzinse der Liegenschaften, die Personen im Ausland gehören, durch das Wohnungsamt festgelegt. 2004 wurde dem Amt kein Gesuch in diesem Bereich gestellt.

7. Kantonale Wohnungskommission

Die kantonale Wohnungskommission wurde mit Beschluss des Staatsrats vom 20. April 1993 gebildet. Ihre Aufgaben beinhalten vor allem die Analyse von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt, die Überwachung der Mietzinse und die Förderung von Initiativen, mit denen Wohnraum zu günstigen Mietzinsen oder Kaufpreisen angeboten werden kann. Die Kommission hielt 2004 eine Sitzung ab.

Amt für Berufsbildung

1. Allgemeines

Seit dem 1. Mai 2003 hat das Amt für Berufsbildung mit der Anstellung von zwei Abteilungsleitern eine wichtige Reorganisation erfahren. Ebenso wurden dank finanzieller Unterstützung des Bundes zwei Mitarbeiter zu je 50 % für einen Zeitraum von sieben Monaten angestellt. Sie hatten den Auftrag, Betriebe zur Schaffung neuer Lehrstellen zu animieren. Diese Massnahme war von Erfolg gekrönt und wird künftig mit der Unterstützung des Bundes weitergeführt.

Im Gebäude «Ringmauer 5» wurden Renovationsarbeiten durchgeführt.

2. Kantonale Kommission für Berufsbildung

Die Kantonale Kommission für Berufsbildung hat insgesamt zwei Sitzungen mit folgenden Schwerpunkten abgehalten: Einführungsgesetz zum neuen Bundesgesetz über die Berufsbildung; Aufsichtskommission der Lehrwerkstätte; Lohnempfehlungen für Lehrfrauen und Lehrlinge; Aufnahme und Rücktritt von Mitgliedern der Lehraufsichtskommissionen.

3. Berufliche Grundbildung / Vorbereitung auf die Berufliche Grundbildung

	Verträge		Fähigkeitszeugnisse/ Ausweise	
	2003	2004	2003	2004
Berufsmaturität BMS 2	98	120	288	307
Lehre (einschliesslich lehrbegleitende Berufsmaturität)	5 611	5 899	1 496	1 492
Art. 32 BBV (Art. 41 BBG)	114	126	64	64
Praktische Ausbildung	12	15	12	9
Anlehre	154	188	93	86
Vorlehre	36	41		
Vorkurs	125	165		
Integrationskurs	75	65		
Total	6 225	6 619	1 953	1 958

4. Überbetriebliche Kurse

Im Schuljahr 2003/2004 besuchten 5905 Lehrfrauen und Lehrlinge die überbetrieblichen Kurse.

5. Berufsorientierte Weiterbildung

5.1 Verbände / Kantonale Institutionen

Im Schuljahr 2003/04 nahmen 1138 Personen an beruflichen Weiterbildungskursen teil, die von kantonalen Verbänden oder Institutionen organisiert wurden. Von diesen Personen besuchten 370 ausserkantonale Kurse.

5.2 Weiterbildungs- und Informatikzentrum (WIZ) in Granges-Paccot

Am 6. Juli 2004 erliess der Staatsrat das Reglement des Weiterbildungs- und Informatikzentrums (WIZ). Dank verschiedener Umstrukturierungen können die Aktivitäten und die finanziellen Ergebnisse des WIZ als zufrieden stellend erachtet werden.

6. Beruflicher Unterricht

a) Personen in Ausbildung

Ausbildungsstätten	Klassen	Personen in Ausbildung		Total
		Französisch	Deutsch	
GIBS Freiburg	266	2 010	793	2 803
KBS Freiburg	59	572	401	973
Lehrwerkstätte Freiburg	22	285	62	347
GKBS Bulle	62	931	–	931
Andere Schulen/ Institute	–	415	209	624
Ausserkantonale Kurse	–	549	481	1 030
Total	409	4 762	1 946	6 708

Das Total von insgesamt 6708 Personen fällt höher aus als die unter Ziffer 3 erwähnte Gesamtzahl, da auch die ausserhalb des Kantons abgeschlossenen Lehrverträge mit einberechnet wurden.

b) Lehrkräfte

Gewerbliche und Industrielle		
Berufsschule	Freiburg	234
Kaufmännische Berufsschule	Freiburg	57
Lehrwerkstätte	Freiburg	59
Gewerbliche und Kaufmännische		
Berufsschule	Bulle	61
Total Lehrkräfte		411

7. Gewerbebibliothek – Zentrum pädagogischer Bezugsquellen für Schulen

Die Gewerbebibliothek, die zur Gewerblichen und Industriellen Berufsschule gehört, baute ihre Dienstleistungen weiter aus, um weiterhin ein leistungsfähiges pädagogisches Hilfsmittel zur Verfügung stellen zu können. Die Bibliothek erwarb 1139 neue Titel und lieh 7769 Werke aus. Gemäss Statistik besuchten 332 Berufsschulklassen

und 12 638 Einzelpersonen die Bibliothek. Dies sind 3500 Besucherinnen und Besucher mehr als im Vorjahr. Dieser Besucheranstieg ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass die Bibliothek, seit sie ins Erdgeschoss des Gebäudes „Ringmauer 5« umgezogen ist, sichtbarer ist und über mehr Raum verfügt.

Die Bibliothek mit dem Zentrum pädagogischer Bezugsquellen der Gewerblichen und Industriellen Berufsschule von Bulle erwarb 1132 neue Titel und liess 1190 Werke aus. 6072 Besucher konnten registriert werden.

8. Kaufmännische Grundausbildung

Trotz der Massnahmen, die seit der Einführung der Ausbildungsreform (Sommer 2003) ergriffen wurden, haben zahlreiche Lehrmeisterinnen und Lehrmeister den Wunsch geäussert, bei der Durchführung dieser neuen KV-Lehre begleitet und unterstützt zu werden. In Zusammenarbeit mit dem Freiburger Verband für die Organisation überbetrieblicher Kurse lud das Amt für Berufsbildung alle Ausbildungsbetriebe des Kantons zu einer Informationssitzung ein und bot anschliessend drei Kurse an, die sich mit den wichtigsten Elementen dieser Reform der kaufmännischen Ausbildung befassten. 60 % der Teilnehmer besuchten alle Kurse. Dies wirkte sich positiv auf die Anstellung von Lehrfrauen und Lehrlingen aus, denn nach dem Rückgang der Anstellungen im 2003 wurde entgegen den Befürchtungen nur eine geringfügige Abnahme der Lehrverträge registriert.

9. Reform in den Verkaufsberufen

Die Berufe der Verkaufsbranche waren die ersten, die sich nach dem neuen, 2004 in Kraft getretenen Berufsbildungsgesetz und insbesondere nach den neuen Verordnungen über die berufliche Grundbildung richteten, welche die Lehrlingsreglemente der Detailhandelsangestellten und der Verkäuferinnen und Verkäufer ersetzten. Eine weitere Neuerung besteht in der Einführung der 2-jährigen Grundbildung mit eidgenössischem Attest. Die Berufe Detailhandelsfachmann/-frau und Detailhandelsassistent/-in werden an den Berufsschulen von Freiburg und Bulle ab Schulbeginn 2005/06 eingeführt. Gezielte Informationskampagnen sind geplant, um die betrieblichen Auszubildenden und Auszubildende und die verschiedenen Partner der Berufsbildung zu informieren.

10. Schulreglement der Lehrwerkstätten Freiburg

Damit eine dynamischere Partnerschaft mit den industriellen Kreisen erreicht werden kann, erhielt die Lehrwerkstätte Freiburg ein Schulreglement, das die Schaffung von neuen Organen mit Vertretern der verschiedenen betroffenen Kreise vorsieht. Die Kantonale Kommission für Berufsbildung hat Ende 2004 eine Schulkommission ernannt, die mit einer Lehraufsichtskommission vergleich-

bar ist und den Bedürfnissen der Schule entspricht. Das Amt für Berufsbildung ernannte ausserdem für jede Abteilung einen Lenkungsausschuss.

Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (FHF-TW)

1. Tertiäre Bildung: Allgemeiner Kontext

Auf Schweizer Ebene wird die tertiäre Bildung auf Universitätsstufe weiterhin zwischen den betroffenen Partnern intensiv diskutiert. Diese sind hauptsächlich die Bundesbehörden (Eidgenössisches Departement des Innern, Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement) und die Kantonsbehörden (Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren). Sie befassten sich besonders mit der Frage der Vereinfachung des Bildungssystems, die erreicht werden soll, indem die Verantwortungen neu verteilt und gleichzeitig die Führungsinstanzen reduziert werden. Ausserdem sollen die Aufgaben zwischen den verschiedenen Arten von Hochschulen, das heisst den Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH), den Universitäten und den Fachhochschulen (FHS) umverteilt werden. Bei den Fachhochschulen werden voraussichtlich Änderungen bei der Führung und der Finanzierung vorgenommen werden.

Die Einführung des Bologna-Modells stellt zweifellos die grösste Herausforderung der FHS für die kommenden Jahren dar. Es handelt sich um eine tief greifende Umformung mit grossen Auswirkungen. Einerseits muss sich der künftige Bachelor FHS auf dem Arbeitsmarkt, d.h. in der Wirtschaftswelt, etablieren. Darüber hinaus darf die Umsetzung des Bologna-Modells sowohl auf der Ebene des Bachelors als auch auf der des Masters auf keinen Fall den FHS-Ausbildungstyp schwächen oder zum Verschwinden bringen, denn dieser hebt sich klar von der Ausbildung an einer ETH oder Universität ab.

Der französischsprachige Teil des Kantons Bern hat sich 2004 offiziell der Fachhochschule Westschweiz (FH-Westschweiz) angeschlossen. Diese vereint heute sieben Kantone unter sich und ist so die grösste und komplexeste Fachhochschule der Schweiz. Eine Kommission, die speziell geschaffen wurde, stellt zurzeit eine neue Grundlage für eine Vereinbarung auf, die ab 2008 die Gründungspapiere der FH-Westschweiz und der FH-GS (Gesundheit und soziale Arbeit) ersetzen wird und so der Annäherung zwischen diesen Institutionen, die bereits im Gange ist, einen offiziellen Charakter verleihen soll.

2. Lokaler Kontext: Organisation und Entwicklung der FHF-TW

2.1 FHF-TW

Im Hinblick auf die künftige Freiburger Fachhochschule (FHF) wurden regelmässige Kontakte zwischen der FHF-TW und den beiden Partnerschulen gepflegt, die diese

FHF-Fr bilden werden. Diese Kontakte führten zur Übernahme der gesamten Informatik der Freiburger Hochschule für Sozialarbeit durch den Informatikdienst der FHF-TW. Ein entsprechendes Verfahren läuft zurzeit auch für die Hochschule für Gesundheit. Die Qualitätssicherung wird für die künftige Akkreditierung der Fachhochschulen von zentraler Bedeutung sein. Deshalb wurde in der FHF-TW 2004 ein Qualitätsmanagementprojekt (ISO 9001-Zertifizierung) auf die Beine gestellt.

Eine Arbeitsgruppe, die sich unter anderem aus Vertretern der oben erwähnten Institutionen zusammensetzt, verfasste ausserdem einen Vorentwurf des Gesetzes über die Freiburger Fachhochschule.

2.2 Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR)

In der Absicht, ihre Strategie für die kommenden Jahre festzulegen, hat sich die HTA-FR eine Charta gegeben, die die Aufgaben der Schule und ihre Ziele definiert. Die Aufgaben, die sie identifizierte, sind hauptsächlich folgende: eine praxisorientierte technische Ausbildung auf tertiärer Stufe erteilen, den Technologietransfer begünstigen, zur Innovation und zur wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Bekanntheit der Region beitragen.

In Fortsetzung der im Laufe des Jahres 2003 begonnene Umorganisation strukturierte die HTA-FR die angewandte Forschung und Entwicklung innerhalb jeder Abteilung, indem sie drei Institute nach der Bezeichnung der zuständigen Abteilungen schuf: das Institut für Bau, das Institut für Informations- und Kommunikationstechnologien sowie das Institut für industrielle Technologien. Jedes Institut ist in Kompetenzzentren eingeteilt, die zumeist multidisziplinär sind und für die einzelnen Forschungsbereiche Dozenten und Forscher aus verschiedenen Ausbildungsrichtungen unter sich vereinen.

2.3 Hochschule für Wirtschaft Freiburg (HSW-FR)

Die HSW-FR setzte ihr Wachstum fort: 120 neu immatrikulierte Studierende für das neue Schuljahr, eine Zunahme der Forschungs- und Entwicklungsaufträge sowie erste Schritte einer neuen Zusammenarbeit mit China. Auch die Nachdiplomstudien erfahren eine positive Entwicklung.

Für die Zukunft muss sich die HSW-FR verschiedenen Herausforderungen stellen. Für die Einführung des Bologna-Modells arbeitet sie zurzeit an der Umformung aller Grundstudien in Module mit einem neuen Studienplan.

3. Aufgaben der FHF-TW

Das Bundesgesetz über die Fachhochschulen weist diesen Schulen vier Aufgaben zu: Ausbildung, berufliche Weiterbildung, Forschung und Entwicklung, Dienstleistungen für Dritte und Zusammenarbeit mit anderen in- und ausländischen Einrichtungen.

Der Masterplan Fachhochschulen, der im April 2004 vom Bund und den Kantonen genehmigt wurde, enthält ein Massnahmenpaket, das zwischen 2004 und 2007 die

Kosten der FHS senken soll. Dieses Massnahmenpaket beinhaltet die Einstellung der Bundessubventionen für Dienstleistungen (ab 2004) und für die berufliche Weiterbildung (ab 2007). Letztere Massnahme wird sich negativ auf das Weiterbildungsangebot der Fachhochschulen auswirken.

Gestützt auf die innerhalb der FH-Westschweiz getroffenen Entscheide wird die HSW-FR ihren ersten Bachelor-Ausbildungsgang ab dem Schuljahr 2005 anbieten, während die HTA-FR ab dem Schuljahr 2006 nachziehen wird.

Im Bereich der Architektur scheint die Einführung eines Masters in Architektur FH sicher. Der zum Abschluss der Ausbildung erteilte Titel wird EU-kompatibel sein. Die HTA-FR spielte eine führende Rolle bei der Entwicklung des Masters in Architektur FH auf Schweizer Ebene. Dank ihrem Engagement in diesem Bereich wird die FH-Westschweiz (und zwar die Fachhochschulen in Freiburg und Genf) diese Ausbildung in Zusammenarbeit mit der Berner Fachhochschule voraussichtlich ab dem Schulbeginn 2005 anbieten.

3.1 HTA-FR: Ausbildung

Nachdem die Zahl der Studierenden über mehrere Jahre hinweg regelmässig zugenommen hatte, nahm ihr Bestand auf den Schulanfang 2004-2005 mit 517 Studierenden am 15. November 2004 zum ersten Mal ab. Diese Stagnation ist hauptsächlich auf die Reform des Militärdiensts für Unteroffiziere und Offiziere zurückzuführen, die die Betroffenen praktisch zwingt, ihr Studium zu unterbrechen, um sich exklusiv auf ihre militärische Ausbildung zu konzentrieren. Diese Situation sollte sich in den kommenden Jahren wieder normalisieren.

3.2 HSW-FR: Ausbildung

Die Zahl der Studierenden im Ausbildungsgang zur Betriebsökonomin oder zum Betriebsökonom nimmt weiter zu. Das Schuljahr 2003-2004 zählte elf parallele Klassen mit etwa 43 % Deutschsprachigen, 57 % Französischsprachigen, 41 % Frauen und 59 % Männer. Vier neue Klassen mit 120 angemeldeten Studierenden wurden auf das Schuljahr 2004-2005 eröffnet. Die Zahl der in Ausbildung stehenden Betriebsökonominnen und Betriebsökonom stieg somit von 250 auf über 340. Mit über 120 weiteren Studierenden in einer Nachdiplomausbildung zählt die HSW Freiburg insgesamt 460 Studierende.

3.3 HTA-FR: Berufliche Weiterbildung

Die Abteilung für Bau bot fünf einwöchige Module im Rahmen des Baumeisterkurses an.

Der Studiengang Architektur beteiligte sich am Nachdiplomstudium «Gebäuderenovationen und Energie» sowie an den Diplomarbeiten des Nachdiplomstudiums «Energie und Gebäude».

Der Studiengang Bauingenieurwesen beteiligte sich aktiv am Aufbau des Unterrichtsstoffs für den Einführungskurs in die neuen Swisscode-Normen sowie an der Verfassung der entsprechenden Dokumentation. Dieses Projekt, das von der HTA-FR geleitet wurde, kam dank der Zusammen-

arbeit aller Fachhochschulen mit dem Schweizerischen Ingenieur- und Architektenverein (SIA) zustande.

Im Rahmen der Nachdiplomausbildungen von Eduswiss organisierte die HTA-FR vier Module. Sie entsprachen ungefähr 200 Kursstunden über spezielle Themen der Informations- und Kommunikationstechnologie.

Die HTA-FR war 2004 wie in den vergangenen Jahren für den Unterricht der Technologiemodule des MBA-Programms des Internationalen Instituts für Management in Telekommunikation zuständig.

Wie jedes Jahr fanden Anfang Oktober die Informations- und Kommunikationstechnologietage statt. Sie boten knapp 60 Personen die Gelegenheit, während einem Tag an Kursen oder Laborarbeiten in Spitzenbereichen der Informatik und der Telekommunikation teilzunehmen. Ausserdem wurden zahlreiche Kurse und praktische Arbeiten in verschiedenen Bereichen der Telekommunikation für die Swisscom organisiert, an denen über 160 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilnahmen.

Der Studiengang Chemie empfing 24 Lehrlinge der Berufsschule Aarau, die an Kursen und Laborarbeiten teilnahmen. Insgesamt haben sie an der HTA-FR 15 Kurstage absolviert.

Der Studiengang Bauingenieurwesen organisierte eine Fachtagung zum Thema «Faserbeton, Leistungsfähigkeit und Perspektiven» mit Vorträgen verschiedener Fachpersonen aus Frankreich und Belgien.

Der Studiengang Maschinenteknik organisierte im Rahmen des Kompetenzzentrums für Materialtechnologie und Konstruktion eine wissenschaftliche Tagung zum Thema «Materialermüdung», an der über 100 Fachpersonen aus der ganzen Schweiz teilnahmen.

3.4 HSW-FR: Berufliche Weiterbildung

An der HSW-FR nahmen 2003-2004 ungefähr 120 Studierende an Nachdiplomstudien teil. Die wichtigsten vier Nachdiplomstudien sind:

- das Nachdiplomstudium FH «Integrated Management – Executive MBA», das zwei Jahre dauert und dessen Kurse in drei Sprachen angeboten werden, was schweizweit einmalig ist. Dieses Studium wird gemeinsam mit der Berner Fachhochschule und in Zusammenarbeit mit verschiedenen schweizerischen und ausländischen Universitäten organisiert;
- der Nachdiplomkurs FH «Betriebswirtschaft», der etwa ein Jahr dauert;
- der Nachdiplomkurs FH «L'entreprise horizontale», der nur auf Französisch angeboten wird und ebenfalls etwa ein Jahr dauert;
- der Nachdiplomkurs «Ökologie», der zwei Jahre dauert. Es besteht auch die Möglichkeit nur einzelne Module zu absolvieren. Der Kurs wird in Zusammenarbeit mit dem Institut für Baurecht der Universität Freiburg und mit der Universität Bern organisiert.

Seit 2004 werden ausserdem Vorbereitungskurse für die Prüfung zur/zum «Expertin/Experten in Rechnungslegung und Controlling» angeboten.

3.5 HTA-FR: Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte

Am 1. Januar 2004 wurde ein Verantwortlicher für angewandte Forschung und Entwicklung (aF&E) und Dienstleistungen für Dritte ernannt. Er vertritt die FHF-TW in der aF&E-Kommission der FH-Westschweiz.

Dieser Bereich erzielte 2004 einen Umsatz von 5 Millionen Franken, der im Vergleich zum Vorjahr um 25 % zugenommen hat. 80 % des Umsatzes wurde durch aF&E-Projekte und 20 % durch Dienstleistungen für Dritte erwirtschaftet. Die Finanzierung wird zu 23,3 % durch die regionale Wirtschaft, zu 44 % durch die FH-Westschweiz, zu 19,5 % durch die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) und zu 13,2 % durch den Bund sichergestellt. 116 Projekte wurden realisiert, von denen vier mit ausländischen Partnern und 21 mit Freiburger Partnern durchgeführt wurden. 101 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Studierende arbeiteten voll- oder teilzeitlich an diesen Projekten, was 30 Vollzeitstelleneinheiten entspricht. 43 Dozierende begleiteten oder leiteten diese Projekte im Umfang von 7,2 Vollzeitstelleneinheiten.

Die HTA-FR beherbergte 2004 das Nationale Kompetenznetzwerk für Telekommunikation (ICTnet).

Die Dozierenden der Schule hielten über 65 Vorträge an nationalen oder internationalen Konferenzen. 47 Artikel wurden in Fachzeitschriften oder Konferenzakten veröffentlicht. Dozierende des Instituts für Informations- und Kommunikationstechnologie veröffentlichten fünf Bücher zu den Themen Teleinformatik, Voice over IP und Multimedia sowie Übertragungsprotokolle und Netzanschlusstechniken.

In Partnerschaft mit der Freiburgischen Industrie-, Dienstleistungs- und Handelskammer und der Vereinigung Freiburger Industrie präsentierte die HTA-FR am 16. Juni über 100 industriellen Partnern ihre aF&E-Tätigkeit und ihr Forschungspotenzial.

3.6 HSW-FR: Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte

Die angewandte Forschung und die Dienstleistungen wurden in den drei Kompetenzzentren der Schule weiter ausgebaut. Das Kompetenzzentrum Leadership und Human Resources hat die Aufgabe, die Zusammenarbeit mit den Wirtschaftskreisen zu verstärken und den Wissenstransfer sowie die Integration wirtschaftlicher und menschlicher Dimensionen in die Unternehmensstrategie zu fördern. Seit seiner Schaffung 1999 gelang es dem KMU-Institut namentlich, seine Kompetenzen und seine Erfahrung im Bereich des Marketings und der Businesspläne zu festigen. Die Beratungsstelle für Verwaltungsführung setzte ihre Arbeit an einem Auftrag des Kantons Freiburg im Bereich der Führung mit Leistungsauftrag fort.

3.7 HTA-FR: Nationale und internationale Zusammenarbeit

Die HTA-FR empfing zwei Doktorandinnen der Universitäten Patras und Florenz, sowie neun Studierende aus Polen, Kanada, Deutschland und Frankreich, die für einige Wochen oder Monate ein Praktikum absolvierten.

Zahlreiche Studierende und Dozierende machten einen Auslandsaufenthalt. So verfassten 18 Diplomandinnen und Diplomanden ihre Diplomarbeit an einer Partneruniversität (in Kanada, Deutschland, Frankreich, Vereinigte Staaten) und trugen zur Verstärkung der Beziehungen zwischen diesen Institutionen bei. Ein Student absolvierte sein Studienjahr an der Universität von Nantes und drei weitere nahmen an Unternehmenspraktika im Ausland teil. Knapp zwanzig Lehrkräfte und Mitarbeitende haben Vorträge an Konferenzen im Ausland gehalten oder Besuche in elf Ländern abgestattet. Diese Kontakte führten zum Abschluss von Verträgen zur Zusammenarbeit insbesondere mit den Universitäten von Patras und Florenz sowie mit der Universität Laval in Québec.

Die verschiedenen Partnerschaften, die dadurch zustande kamen, gaben mehreren Studienabgängerinnen und Studienabgängern der HTA-FR die Gelegenheit, ihr Studium im Ausland bis zum Master fortzusetzen. Zurzeit arbeiten zehn an einem Master im Ausland: hauptsächlich in Kanada, aber auch in Frankreich und Deutschland.

3.8 HSW-FR: Nationale und internationale Zusammenarbeit

Da die HSW-FR sehr auf Zweisprachigkeit ausgerichtet ist, wurden nur wenige internationale Austauschprogramme durchgeführt. Denn die Schule legt Wert darauf, dass eine Mehrheit der Studierenden den zweisprachigen Studiengang absolviert. Zahlreiche ausländische Gastdozierende insbesondere aus Kanada und den Vereinigten Staaten werden jedoch regelmässig für Kurse eingeladen.

4. Andere Veranstaltungen

Von Januar bis Juni organisierte die Abteilung für Bau einen Konferenz- und Ausstellungszyklus, der Le Corbusier gewidmet war.

5. Die FHF-TW in Zahlen 2003/2004 und 2004/2005

5.1 Personalstatistik

	HTA-FR ¹		HSW-FR		FHF-TW	
	03/04	04/05	03/04	04/05	03/04	04/05
Lehrkörper						
Vollzeit	49	54	8	10	57	64
Teilzeit	58	64	22	22	80	86
Total	107	118	30	32	137	150
Wissenschaftliche und technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter						
Vollzeit	62	70	4	5	66	75
Teilzeit	13	15	1	6	14	21
Total	75	85	5	11	80	96
Verwaltung und Direktion						
Vollzeit	10	11	2	2	12	13
Teilzeit	7	8	5	5	12	13
Total	17	19	7	7	24	26

Im Mai durfte die HTA-FR anlässlich des traditionellen Ausflugs des diplomatischen Korps Bundespräsident Joseph Deiss und Bundesrätin Micheline Calmy-Rey in Begleitung von knapp 150 ausländischen Botschaftern in der Schweiz zu einem Besuch der Labors empfangen.

Das Unternehmerforum 2004, an dem knapp 40 Unternehmen teilnahmen, fand in der HTA-FR statt und gab künftigen Ingenieurinnen und Ingenieuren und ihren potentiellen Arbeitgebern die Gelegenheit, im Hinblick auf eine Stellenbewerbung miteinander Kontakt aufzunehmen.

An der Freiburger Messe hielt die HTA-FR einen Stand, an dem sie ihre Aktivitäten präsentierte.

Der Studiengang Chemie organisierte im Oktober zusammen mit der Industrie-, Dienstleistungs- und Handelskammer sowie verschiedenen Unternehmen der Branche zwei Besuchstage, die den Berufen in der Chemie gewidmet waren und an denen die Schülerinnen und Schüler der Primar- und Sekundarschulstufen einen ersten Einblick in diese Berufe erhielten. Über tausend Schülerinnen und Schüler nahmen an diesen Besuchstagen teil.

Der Studiengang Elektrotechnik organisierte zwei Praktikumstage für die Schülerinnen und Schüler der Orientierungsschulen, die sich für den Elektronikerberuf interessierten. Rund zwanzig Schülerinnen und Schüler nutzten die Gelegenheit, um den Alltag dieses Berufs kennen zu lernen.

Zum vierten Mal in Folge organisierte die HTA-FR zusammen mit der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg Praktika für Gymnasialtinnen in wissenschaftlichen und technischen Berufen. Diese Praktika boten 106 jungen Frauen die Gelegenheit, sich während einem oder zwei Tagen einen Einblick in die praktischen Arbeiten dieser Bereiche zu verschaffen.

Im Oktober reichte die HSW-FR ihre Kandidatur für die Organisation des internationalen Kongresses der Frankophonie über das Unternehmertum und die KMU von 2006 ein.

	HTA-FR ¹		HSW-FR		FHF-TW	
	03/04	04/05	03/04	04/05	03/04	04/05
Lehrfrauen und Lehrlinge	19	19	–	–	19	19
Gesamttotal						
Vollzeit	140	154	14	17	154	171
Teilzeit	78	87	28	33	106	120
Total	218	241	42	50	260	291

¹ einschl. Bautechnische Schule (BTS)

5.2 Statistik der Studierenden

Statistik der Studierenden – Schuljahr 2003-2004 (2004-2005 für die BTS)

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	Total	2004 erteilte Diplome
HTA-FR						
Architektur	25	27	18	–	70	19
Chemie	23	15	12	–	50	10
Bauingenieurwesen	15	16	9	–	40	8
Informatik	38	28	18	–	84	15
Telekommunikation	24	25	20	–	69	19
Elektronik	27	18	17	–	62	14
Elektrotechnik	24	16	20	–	60	20
Maschinenbau	33	17	31	–	81	26
<i>Total HTA-FR</i>	<i>209</i>	<i>162</i>	<i>145</i>		<i>516</i>	<i>131</i>
HSW-FR						
Betriebswirtschaft (Vollzeitstudium)	82	30	92	–	204	–
Betriebswirtschaft (berufsbegleitendes Studium)	35	49	18	50	152	14
<i>Total HSW-FR</i>	<i>117</i>	<i>79</i>	<i>110</i>	<i>50</i>	<i>356</i>	<i>14</i>
BTS						
Bauführung	13	15	15	–	43	15
Total FHF-TW	339	256	270	50	915	160
<i>Davon auf FH-Stufe</i>	<i>326</i>	<i>241</i>	<i>255</i>	<i>50</i>	<i>872</i>	<i>145</i>

5.3 Statistik nach Herkunft (Kantone, Ausland)

	HTA-FR	HSW-FR	BTS
Freiburg	307	253	26
Bern	10	68	3
Genf	4	1	–
Jura	4	1	4
Neuenburg	18	–	2
Tessin	54	–	–
Waadt	39	21	2
Wallis	28	3	6
Andere Kantone	11	4	–
Ausland	41	–	–

6. Bautechnische Schule (BTS)

Die BTS hat zum Ziel, Bauführerinnen und Bauführer auszubilden, die fähig sind, grosse Verantwortung in einem Unternehmen, einem Planungsbüro oder einem Planungsbüro zu übernehmen. Mit diesem Ziel vor Augen werden die Studierenden progressiv und systematisch in den Bau, die Sanierung und die Planung von Bauarbeiten im Hoch- und Tiefbau eingeführt.

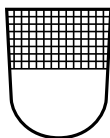
Die Ausbildung stützt sich auf eine mit einem EFZ abgeschlossene Ausbildung als Maurer, Strassenbauer, Zimmermann, Hoch- oder Tiefbauzeichner, Vermessungszeichner, Stahlbauzeichner oder Tischler. Die Ausbildung schliesst mit einem Diplom als Bauführer/in Techniker/in BTS ab.

Um besser auf die Bedürfnisse des Markts einzugehen, passte die Schule 2004 ihren Studienplan an die neuen Anforderungen im Bauwesen an.

Die Statistik der Studierenden der BTS befindet sich in den oben stehenden Tabellen unter Punkt 5.2 und 5.3.

7. Stand der Stipendienfonds

Fonds/Stiftung	Stand in CHF am	
	31.12.2003	31.12.2004
Stiftung Habricht del Soto	34 264.50	34 949.80
Fonds James Daler	68 201.35	69 565.40
Fonds Frédéric Broillet, Kunstmaler	50 483.80	51 493.50
Fonds Ampelio Regazzoni, Bildhauer	18 577.40	18 948.95
Fonds Placide Perroset	7 844.35	8 001.25
Fonds J.-B. Zbinden	4 156.80	4 239.95
Stiftung Krankenkasse der Ingenieurschule	83 020.06	84 680.46



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2004

Direktion für Gesundheit
und Soziales

Inhaltsverzeichnis

Direktion	3	VI. Dienst für Familienplanung und Sexualinformation (FSD)	29
1. Gesetzgebung	3	1. Personal	29
2. Personal	3	2. Tätigkeiten	29
3. Tätigkeiten	3	3. Statistik	30
Gesundheit	7	VII. Kantonales Laboratorium (KL)	31
I. Amt für Gesundheit (GesA)	7	1. Personal	31
1. Personal	7	2. Aufträge des Kantonalen Laboratoriums ..	31
2. Allgemeine Tätigkeit	7	3. Tätigkeit im Jahr 2004	32
3. Berufe des Gesundheitswesens	7	4. Verzeigungen	36
4. Spitäler	9	Soziales	37
5. Ausserkantonale Spitalaufenthalte	10	I. Sozialvorsorgeamt (SVA)	37
6. Spitalplanung	11	1. Personal	37
7. Pflege und Hilfe zu Hause	11	2. Tätigkeit	37
8. Gesundheitsförderung und Prävention ..	12	II. Kantonales Sozialamt (KSA)	40
9. Tätigkeit des Kantonsapothekers	13	1. Personal	40
10. Krankenversicherung	13	2. Hilfe an bedürftige Personen	41
11. Schülerunfallversicherung	14	3. Hilfe an Opfer von Straftaten	44
II. Kantonsarztamt (KAA)	15	4. Bevorschussung und Eintreibung von Unterhaltsbeiträgen	48
1. Personal	15	III. Jugendamt (JugA)	48
2. Allgemeine Tätigkeiten	15	1. Mandate, Organisation und Personal	48
3. Spezifische Tätigkeiten	15	2. Allgemeine Tätigkeit	49
III. Schulzahnpflegedienst (SZPD)	17	3. Tätigkeiten der Sektoren	49
1. Personal	17	IV. Schutzaufsichtsamt (SAA)	51
2. Tätigkeit	17	1. Personal	51
IV. Psychosozialer Dienst (PSD)	18	2. Tätigkeit	51
1. Personal	18		
2. Haupttätigkeiten	19		
3. Weitere Tätigkeiten	25		
V. Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst (KJPD)	26		
1. Personal	26		
2. Haupttätigkeiten	27		
3. Weitere Tätigkeiten	27		
4. Publikationen	28		
5. Statistik	28		

Direktion

1. Gesetzgebung

Folgende Gesetze und Dekrete sowie Reglemente und Verordnungen wurden im Jahr 2004 im Zuständigkeitsbereich der Direktion für Gesundheit und Soziales erlassen:

Gesetz vom 10. Februar 2004 zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch für den Kanton Freiburg (Unterhaltspflicht).

Gesetz vom 10. Februar 2004 zur Änderung des Gesetzes über die Familienzulagen.

Dekret vom 10. Februar 2004 über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen.

Gesetz vom 4. Mai 2004 zur Änderung des Gesetzes für Hilfe an Sonderheime für Behinderte oder Schwererziehbare.

Reglement vom 14. Juni 2004 über Gesundheitsförderung und Prävention.

Gesetz vom 12. Oktober 2004 zur Änderung des Gesetzes über die spitalexterne Krankenpflege und die Familienhilfe.

Gesetz vom 12. Oktober 2004 zur Änderung des Gesetzes für Hilfe an Sonderheime für Behinderte oder Schwererziehbare.

Gesetz vom 12. Oktober 2004 zur Änderung des Gesetzes über Pflegeheime für Betagte (PflHG).

Gesetz vom 12. Oktober 2004 zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG).

Gesetz vom 12. Oktober 2004 zur Änderung des Gesetzes betreffend Errichtung einer Schülerunfallversicherung.

Verordnung vom 6. Januar 2004 zur Änderung der Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung.

Verordnung vom 6. Januar 2004 über die Versicherten mit Anspruch auf Verbilligung der Krankenkassenprämien.

Verordnung vom 27. Januar 2004 zur Änderung des Reglements über die Anstellung der Chefärzte und stellvertretenden Chefärzte des Kantonsspitals.

Verordnung vom 15. März 2004 zur Genehmigung des Nachtrags I (Spitalpauschalen 2004) der Vereinbarung zwischen santésuisse Freiburg und dem Kantonalen Psychiatrischen Spital Marsens über die Spitalbehandlung in der allgemeinen Abteilung.

Verordnung vom 26. April 2004 über die Verwendung des Arzneimittels Mifegyne (RU 486).

Verordnung vom 2. Juni 2004 zur Genehmigung der Anhänge (Spitalpauschalen 2004) zu den Vereinbarungen zwischen

santésuisse Freiburg und dem Kantonsspital Freiburg, dem Spital des Freiburger Südens und dem Spital des Seebezirks über die Spitalbehandlungen in der allgemeinen Abteilung.

Verordnung vom 14. Juni 2004 zur Genehmigung des kantonalen Anschlussvertrags zwischen santésuisse und der Ärztesgesellschaft des Kantons Freiburg zum TARMED-Rahmenvertrag sowie der Anhänge A, B, C, D und E des Anschlussvertrags.

Verordnung vom 23. Juni 2004 über die Ärztinnen und Ärzte des Kantonalen Psychiatrischen Spitals und der kantonalen Dienste für psychiatrische Pflege.

Verordnung vom 29. Juni 2004 über die Hygiene in öffentlichen Schwimm- und Strandbädern.

Verordnung vom 21. September 2004 über die Kontrolle der Selbststeinkellerer.

Verordnung vom 26. Oktober 2004 über die Stelle für die Festlegung der bei den Ergänzungsleistungen vergüteten Pflege und Betreuung.

Verordnung vom 3. November 2004 über die Höhe der Familienzulagen.

Verordnung vom 23. November 2004 zur Genehmigung des Vertrags zwischen santésuisse einerseits und den Freiburger Spitälern, dem Psychosozialen Dienst und dem Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst andererseits über den Taxpunktwert TARMED.

Verordnung vom 13. Dezember 2004 über die Liste der Spitäler des Kantons Freiburg.

Verordnung vom 13. Dezember 2004 über die Liste der Spitäler ausserhalb des Kantons Freiburg.

Verordnung vom 13. Dezember 2004 zur Änderung des Beschlusses über die Liste der Pflegeheime des Kantons Freiburg.

Verordnung vom 13. Dezember 2004 über das Verfahren für die finanzielle Beteiligung des Kantons Freiburg an den Behandlungskosten bei einem ausserkantonalen Spitalaufenthalt.

2. Personal

Das dem Generalsekretariat der Direktion angeschlossene Personal umfasst eine Generalsekretärin und einen Generalsekretär (je 50 %), eine Direktionsassistentin (100 %), eine Übersetzerin (80 %), einen juristischen Berater (100 %), eine wissenschaftliche Beraterin (60 %) und eine Sekretärin (50 %).

3. Tätigkeiten

Spitalplanung

Im südlichen Kantonsteil ging die Restrukturierung des Spitals des Freiburger Südens weiter, mit dem Umbaupro-

jekt für den Standort Billens. Für dieses Projekt wird dem Grossen Rat in der ersten Hälfte des Jahres 2005 ein Investitionskredit unterbreitet. Mit der Umsetzung dieses Projekts verfügt das Spital des Freiburger Südens künftig über drei Standorte, die voll ausgerüstet sind, um die ihnen in Anwendung der Spitalplanung erteilten Aufträge zu erfüllen und eine optimale Pflegeversorgung im Süden des Kantons sicherzustellen.

Im nordöstlichen Kantonsteil kam der Staatsrat infolge der Vernehmlassung über den Bericht des Expertenbüros H-Focus und der Diskussionen insbesondere mit den Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden des Seebezirks zum Schluss, die Konkretisierung der Spitalplanung müsse der besonderen geografischen und politischen Situation des Seebezirks Rechnung tragen. Er erklärte sich deshalb bereit, ein neues Modell für die Verteilung der medizinischen Leistungen zu prüfen, welches sich am Walliser Modell orientiert.

Zwecks konkreter Vorschläge zu den neuen Aufträgen des Spitals Meyriez, wurde die Direktion für Gesundheit und Soziales mit der Einsetzung einer neuen Projektorganisation beauftragt. Hierfür wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die aus den folgenden Personen besteht:

Delegation des Kantons:

Staatsrätin Ruth Lüthi, Staatsrat Pascal Corninbœuf, Staatsrat Urs Schwaller (bis Ende Juni 2004) und Staatsrat Claude Lässer (ab Ende Juni 2004); Hans Jürg Herren, Generalsekretär GSD, und Patrice Zurich, Vorsteher des Amtes für Gesundheit;

Delegation des Seebezirks:

Christiane Feldmann, Präsidentin a.i. des Verbandes der Gemeinden des Bezirks, Daniel Lehmann, Oberamtmann, Siegfried Walser, Präsident des Verbandes der Gemeinden für die Führung des Spitals Meyriez, Hubert Schibli, Spitaldirektor, und Werner Zürcher, Präsident des Vereins für die Beibehaltung der Pflege im Spital Meyriez.

Delegation des Sensebezirks:

Joseph Boschung, Präsident des Verbandes der Gemeinden für die Führung des Spitals Tifers, und Marius Zosso, Oberamtmann.

Die Arbeitsgruppe tagte zehnmal von März bis Juli 2004 und wurde von Stephan Hill vom Büro H-Consulting AG beraten. Sie reichte ihren Bericht am 9. Juli 2004 ein. Für die Zukunft des Spitals Meyriez sieht der Bericht die folgenden Massnahmen vor:

- Tagsüber und während der Woche (Montag bis Freitag) Spitalversorgung für leichte und planbare orthopädische und chirurgische Eingriffe sowie innermedizinische Leistungen (insgesamt 25 Betten für diese Akutpflege-Leistungen);
- Erstellung eines geriatrischen Kompetenzzentrums (25 Betten);
- Eröffnung einer Tagesklinik für ambulante Psychiatrie;
- Notfallversorgung tagsüber (nachts und am Wochenende Versorgung durch den Dienst habenden Assistenz-

arzt); Verlegung der Patienten in die spezialisierten Spitäler, wenn chirurgische Eingriffe oder eingehendere Untersuchungen notwendig sind;

- Schliessung der Geburtsabteilung.

Der Bericht der Arbeitsgruppe wurde am 17. August 2004 vom Staatsrat verabschiedet und dann dem Verband der Gemeinden für die Führung des Spitals Meyriez übermittelt, zwecks einer Änderung der Verbandsstatuten. Diese Änderung wurde von der Delegiertenversammlung des Verbandes beschlossen und von den Gemeinden des Seebezirks genehmigt. Die Direktion für Gesundheit und Soziales änderte dementsprechend den Beschluss vom 22. Dezember 1998 über die Liste der Spitäler des Kantons Freiburg.

Reform der Gesundheitsstrukturen

Bei der im Jahr 2003 erfolgten Vernehmlassung zum Bericht über die Reform der Freiburger Gesundheitsstrukturen hatte sich eine grosse Mehrheit der befragten Kreise für die Reform ausgesprochen, wobei die Neuorganisation des Spitalsystems als vorrangig betrachtet wurde. Aufgrund der Vernehmlassungsergebnisse beauftragte der Staatsrat die Direktion für Gesundheit und Soziales, einen externen Experten mit der Redaktion eines Gesetzesvorentwurfs für die Errichtung eines Freiburger Spitalnetzes (FSN) zu beauftragen. Eine Kommission wurde beauftragt, den Experten in seiner Arbeit zu begleiten. Diese trat im Jahr 2004 unter dem Vorsitz der Direktorin für Gesundheit und Soziales fünfmal zusammen.

Mit der Errichtung des Freiburger Spitalnetzes und dem Transfer sämtlicher Lasten im Spitalbereich an den Kanton muss künftig die Frage einer allfälligen Neuverteilung der Steuerressourcen geprüft werden. Eine Übergangslösung für die Finanzierung der Spitäler wird derzeit auch geprüft.

Neuorganisation der Pflege im Bereich der psychischen Gesundheit

Im Anschluss an die Vernehmlassung über den Vorentwurf des Gesetzes über die Organisation der Pflege im Bereich der psychischen Gesundheit und an den Expertenbericht einer Delegation von Psychiatriesachverständigen der WHO hat der Staatsrat eine Kommission für die Abfassung des Gesetzesentwurfs im Laufe des Jahres 2005 eingesetzt.

Gesetz über die Jugend

Die Kommission für die Erarbeitung eines Vorentwurfs für ein Gesetz über die Jugend hat ihren Entwurf und ihren Bericht dem Staatsrat unterbreitet. In seiner Sitzung vom 18. Mai 2004 ermächtigte dieser die Direktion für Gesundheit und Soziales, den Gesetzesvorentwurf in die Vernehmlassung bei den betroffenen Instanzen und Organen zu geben. Das Jugendamt hat die Vernehmlassungsergebnisse ausgewertet. Ein zusammenfassender Bericht über diese Ergebnisse ist für Januar 2005 vorgesehen.

Projekt Labocoop

Im Rahmen der strukturellen Massnahmen 2001 für die Verbesserung des Finanzhaushaltes des Staates beauftragte der Staatsrat einen Steuerungsausschuss mit der Prüfung

allfälliger Synergien und möglicher Einsparungen dank einer Fusion der vier Laboratorien, die von der Kantonsverwaltung abhängen. Diese Studie mit Unterstützung durch das Consulting-Büro Innosphere, Bern, kam namentlich zu den folgenden Schlüssen:

- Die Fusion sollte sich auf die Zusammenlegung des Laboratoriums des Amtes für Umwelt (UmwA) mit dem Kantonalen Laboratoriums beschränken.
- Die Fusion der beiden Laboratorien würde keine grossen Einsparungen bringen, jedoch könnten bestimmte Betriebskosten reduziert werden.
- Die Fusion würde eine Konsolidierung der Stellung der öffentlichen Laboratorien im Kanton Freiburg erlauben; langfristig könnte die Beibehaltung des Status quo die Existenz dieser Laboratorien gefährden.
- Die beiden Laboratorien könnten in dem Gebäude vereint werden, das heute vom kantonalen Laboratorium belegt wird, wenn das Gebäude entsprechend hergerichtet wird.

Im Jahr 2004 befasste sich die Arbeitsgruppe, die das Projekt Labocoop zu begleiten hat, mit den Infrastrukturfragen im Zusammenhang mit dem Fusionsprojekt. Das Hochbauamt hat ein Architekturbüro mit der Erarbeitung einer ersten Studie beauftragt. Diese gilt den durchzuführenden Arbeiten, welche die Sanierung des Gebäudes, dessen Zustand den Normen nicht mehr entspricht, gewährleisten und die Integration des UmwA-Laboratoriums ermöglichen sollen.

Aufgrund des geringen Einsparungspotentials, das von dieser Restrukturierung zu erwarten ist, der erheblichen Kosten der vorzunehmenden Umbauten und der Befürchtungen des UmwA in Bezug auf die Auswirkungen der Fusion auf den Amtsbetrieb wurde das Projekt Labocoop vorläufig eingestellt. Mit der Annahme der Motion Bourgeois, die verlangt, dass die Lebensmittelkontrollen ein und derselben Instanz unterstellt werden sollen, wird erneut zu prüfen sein, ob eine Zusammenlegung der Laboratorien, die sich mit Lebensmitteln befassen, angebracht ist.

Gesundheitsrat

Als beratendes Organ des Staatsrates hat der Gesundheitsrat zu allen wichtigen Optionen in der Gesundheitspolitik Stellung zu nehmen, auch auf dem Gebiet der psychischen Gesundheit. Das Gleiche gilt für alle ethischen Fragen, die das Gesundheitsgebiet berühren. Der 13 Mitglieder zählende Gesundheitsrat besteht aus Personen, die aufgrund ihrer Kenntnisse und ihrer Erfahrung auf den Gebieten Ethik, Recht, Wirtschaft, Sozial- und Gesundheitswesen anerkannt sind, sowie aus Vertreterinnen und Vertretern der Vereinigungen oder Institutionen des Gesundheitswesens.

Unter dem Vorsitz von Eva Zimmermann, Psychologin-Psychotherapeutin, welche die Organisationen für psychische Gesundheit vertritt, übermittelte der Gesundheitsrat der Direktion seine Stellungnahmen zu den Vernehmlassungen über den Gesetzesvorentwurf über die Jugend und über den Entwurf zur Änderung des Gesetzes über die spitalexterne Krankenpflege und die Familienhilfe.

Der Gesundheitsrat äusserte auch den Wunsch, die Direktion für Gesundheit und Soziales möge sich mit der Erarbeitung einer Broschüre über die Patientenrechte befassen. Im Jahr 2004 begann er auch mit der Prüfung der Forderungen von Seiten der islamischen Gemeinde in Bestattungsbelangen.

Kommission für Gesundheitsplanung

Die Kommission für Gesundheitsplanung erarbeitet zuhanden des Staatsrats die spitalmedizinische Planung. Auch die übrigen Sparten der Planung – ambulante Gesundheitsversorgung, Pflege und Hilfe zu Hause, Pflegeheime für Betagte und andere Betagtenheime, Organisation der Pflege im Bereich der psychischen Gesundheit – gehören zu ihrem Aufgabenbereich.

Unter dem Vorsitz der Direktorin für Gesundheit und Soziales tagte die Kommission viermal im Laufe des Jahres 2004. Sie nahm insbesondere Stellung zu den Anträgen des Berichts der beratenden Kommission auf dem Gebiet der Pflegeheimplanung und unterstützte das Projekt für die Errichtung von Tagesstätten und Strukturen für Kurzaufenthalte. Sie wurde auch über die Entscheide bezüglich der Zukunft des Spitals des Seebezirks auf dem Laufenden gehalten sowie über das Projekt für die Reform der Gesundheitsstrukturen informiert. Sie befasste sich auch mit dem Gesetzesentwurf über die Pflege und Hilfe zu Hause.

Kantonale Kommission für Fragen der Seelsorge

Der juristische Berater der Direktion nahm an acht Sitzungen der kantonalen Kommission für Seelsorgefragen teil. Die Kommission erarbeitete einen Entwurf für die Rahmenvereinbarung über die Ausübung der römisch-katholischen und der evangelisch-reformierten Seelsorge in den Spitälern des Kantons. Aufgrund dieser Vereinbarung, die das System der Leistungsverträge einführt, müssen künftig besondere Abkommen zwischen jedem Spital – Kantonsspital und Kantonales Psychiatrisches Spital, was die unter die GSD fallenden Einheiten angeht – und jeder der Kirchen getroffen werden.

Bei ihrer letzten Sitzung des Jahres traf die Kommission mit einer Delegation der Freiburgischen Vereinigung der Institutionen für Behinderte und Gefährdete zusammen, um die Grundsatzfrage zu prüfen, ob das System der künftigen Rahmenvereinbarung auf die Ausübung der Seelsorge bei ihren Mitgliedern angewandt werden könnte. Die Prüfung dieser Frage wird im Jahr 2005 fortgesetzt.

Genehmigung von Gemeindereglementen für die Trinkwasserversorgung

Die Direktion genehmigte insgesamt 12 Gemeindeerlasse. 3 betrafen Teilrevisionen und 9 Gesamtrevisionen.

Behandlung von Beschwerden

In ihrer Eigenschaft als Beschwerdebehörde befasste sich die Direktion für Gesundheit und Soziales im Jahr 2004 mit 37 Beschwerden (26 im Jahr 2003, 26 im Jahr 2002, 25 im Jahr 2001 und 31 im Jahr 2000). Die meisten davon (30) betrafen den Sektor für Unterhaltsbeiträge. Die übrigen

Beschwerden galten Verfügungen des Kantonalen Laboratoriums (3), des Amtes für Gesundheit (1) und des Kantonalen Sozialamtes (3: Hilfe an Opfer von Straftaten).

Im Laufe des Jahres fällte die Direktion 37 Beschwerdeentscheide und 1 Einspracheentscheid. Die meisten dieser Beschwerden waren gegen Verfügungen auf dem Gebiet der Unterhaltsbeiträge erhoben worden (33). 3 Verfügungen stammten vom Kantonalen Laboratorium, 1 vom Kantonsarztamt und 1 vom Jugendamt.

Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)

In der Plenarversammlung vom 13. Mai 2004 beschlossen die Konferenzmitglieder namentlich das neue Profil der Fachhochschule für Gesundheit, damit dieses den Anforderungen der Bundesgesetzgebung und der Erklärung von Bologna (Diplom auf zwei Stufen: Bachelor und Master) entspreche. Sie stimmten auch der Aufnahme der Studiengänge Physiotherapie und Ergotherapie in den FH-Ausbildungsbereich zu.

Die GDK befasste sich auch mit dem Dossier der Revision des Gesetzes über die Krankenversicherung. Was insbesondere die Finanzierung der Pflegeheime angeht – diese sieht zum einen die Unterscheidung zwischen Finanzierung der Akutpflege und Finanzierung der Langzeitpflege, zum anderen eine erhöhte Beteiligung der öffentlichen Hand und einen «Beitrag» der Versicherer an die Kosten der Langzeitpflege vor – so ist die GDK der Auffassung, es müsse eine Übergangslösung gefunden werden, die von allen betroffenen Kreisen akzeptiert werden kann. Sie ist ferner der Auffassung, dass sich die Heimbewohnerinnen und -bewohner, welche die Mittel hierfür haben, an der Finanzierung der medizinischen Kosten beteiligen sollten. Was die Vertragsfreiheit, die Ausweitung der Subventionen auf die Leistungen der Privatspitäler und die Spitalplanung angeht, so wünscht die GDK praktikable Lösungen, deren finanzielle Auswirkungen für die Kantone tragbar sind.

Die Plenarversammlung hat auch ihren Präsidenten beauftragt, Verhandlungen mit *santésuisse* im Hinblick auf ein neues Abkommen über die Vergütung der Assurance-Ansprüche im Zusammenhang mit der Behandlung von Privat- und Halbprivatpatienten vor 2001 und über eine Verlängerung der Übergangsbestimmungen für die Finanzierung der Spitäler aufzunehmen.

Bei der Plenarversammlung vom 25. November 2004 verabschiedeten die GDK-Mitglieder die interkantonale Vereinbarung über die Koordination und die Konzentration der hoch spezialisierten Medizin.

Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren (SODK)

In der Generalversammlung vom 18. und 19. November 2004 in Neuenburg unter dem Vorsitz von Staatsrätin Ruth Lüthi debattierte die Konferenz über die Auswirkung des Projekts für die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) auf die Kantone. Die Mitglieder betonten namentlich die Wichtigkeit einer interkantonalen Zusammenarbeit und wünschten, dass das interkantonale Rahmenabkom-

men und die interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen so schnell wie möglich ratifiziert werden, um eine gute Zusammenarbeit unter den Kantonen sicherzustellen. Die Konferenz beharrte auch darauf, dass das neue Bundesgesetz über die Institutionen für die Integration invalider Personen (LISI) ein Rahmengesetz bleiben müsse. Auf diese Weise ermögliche es den Kantonen eine gewisse Freiheit in der Umsetzung der Politik zugunsten Invalider und gewährleiste gleichzeitig in der ganzen Schweiz die Qualität der Betreuung Behinderter.

Im Bereich der Asylpolitik teilte die SODK Bundesrat Christoph Blocher ihre Besorgnisse, Erwartungen und konkreten Anträge mit. Einer dieser Anträge lautete dahin gehend, dass der Bund die Kosten, die durch die Abschaffung der Sozialhilfe für NEE-Personen (Personen mit rechtskräftigem Nichteintretensentscheid) verursacht werden und heute zu Lasten der Kantone gehen, übernimmt. Ein anderer Antrag zielte darauf hin, die Ausdehnung der Sozialhilfe-Abschaffung auf alle abgewiesenen Asylsuchenden aufzuheben, mangels einer klaren Rechtsgrundlage und in Erwartung einer Evaluation der Auswirkungen einer solchen Massnahme auf die NEE.

In Bezug auf die Sozialhilfe diskutierte die SODK über das Projekt einer Revision der Bemessungsrichtsätze der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS), deren endgültige Fassung vom Vorstand genehmigt werden muss. Für die Anwendung dieser revidierten Richtsätze werden die Kantone dann eine Empfehlung erhalten.

Auf dem Gebiet der Familienpolitik setzte die SODK vier vorrangige Handlungsbereiche fest: die formelle Harmonisierung des Familienzulagenrechts, die Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien, die Verstärkung der Einrichtungen für die Betreuung im Vorschulalter und ausserhalb der Schule sowie die Prüfung des Steuersystems und die Einführung von Massnahmen zur Unterstützung der Familien. Die Konferenz sprach sich zudem für ein eidgenössisches Rahmengesetz über die Familienzulagen aus. Nach dem Grundsatz «ein Kind – eine Zulage» sollte die Bundesgesetzgebung alle Personen umfassen, die für den Erhalt einer solchen Zulage in Frage kommen.

Conférence romande des affaires sanitaires et sociales (CRASS)

Im Jahr 2004 erarbeitete die CRASS in Berücksichtigung der Besonderheit und der Interessen der Westschweizer Kantone mehrere Stellungnahmen zu Themen von nationaler Bedeutung wie die KVG-Revision.

Die Konferenz setzte sich für eine verstärkte Zusammenarbeit unter den Westschweizer Kantonen ein, indem sie sich für die Einführung gemeinsamer Projekte, insbesondere auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung (z. B. das Projekt «50 Jahre und +» mit Unterstützung der Schweizerischen Stiftung für Gesundheitsförderung) aussprach.

Die CRASS genehmigte den Tarifanhang 2005 der interkantonalen Spitalvereinbarung zwischen den Westschweizer Kantonen und dem Tessin. Diese Vereinbarung regelt die finanzielle Beteiligung dieser Kantone an den Aufenthaltskosten ihrer Einwohnerinnen und Einwohner in den Spitälern der übrigen Unterzeichnerkantone.

Gesundheit

I. Amt für Gesundheit (GesA)

1. Personal

Das Personal besteht aus einem Vorsteher, einer wirtschaftswissenschaftlichen Adjunktin des Vorstehers (50 %), zwei Wirtschaftswissenschaftlern mit vollem Pensum und einer Wirtschaftswissenschaftlerin zu 50 %, einem Juristen mit vollem Pensum und einem zu 80 % (seit 1. Juli 2004), einem Kantonsapotheker mit halbem Pensum, zwei höheren Verwaltungsmitarbeitern mit vollem Pensum, einer Sekretärin mit vollem Pensum, einer Sekretärin zu 80 %, einer Sekretärin zu 50 %, einer Sekretärin zu 20 % und einem Lehrling. Im Übrigen wurde die Beauftragte für Suchtprävention und Gesundheitserziehung dem Amt angeschlossen, wo sie seit dem 1. Januar 2004 zu 50 % tätig ist. Im Rahmen der Aufgaben-Neuverteilung unter dem Kanton und den Gemeinden schliesslich konnte das Amt für eine Studie über die Kantonalisierung der Gesundheitseinrichtungen des Kantons bis Ende April 2004 eine Juristin zu 50 % beschäftigen.

2. Allgemeine Tätigkeit

Das Amt für Gesundheit ist hauptsächlich mit den folgenden Aufgaben betraut:

- Verwaltung der Berufsausübungsbewilligungen für Gesundheitsfachleute;
- Stellungnahme zu Aufenthaltsbewilligungsgesuchen für Gesundheitsfachleute;
- Verwaltung der Bewilligungen zur Berufsausübung zu Lasten der obligatorischen Krankenversicherung;
- Verwaltung der Betriebsbewilligungen für Institutionen des Gesundheitswesens;
- Kontrolle der administrativen Voraussetzungen im Zusammenhang mit Gesuchen um ausserkantonale Spitalaufenthalte;
- Betreuung des Dossiers Spitalplanung;
- Subventionierung der Bezirksspitäler;
- Subventionierung der Dienste für Pflege und Hilfe zu Hause;
- Subventionierung der Institutionen für Gesundheitsförderung und Prävention und der spezifischen Projekte auf diesem Gebiet;
- Kontrolle der Heilmittel und ihrer Inverkehrbringung, Überwachung der Apotheken und Drogerien des Kantons und Betäubungsmittelkontrolle;
- Subventionierung der Krankenversicherungsprämien und der Schülerunfallversicherung.

Zusätzlich zu diesen regelmässigen Tätigkeiten engagierten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes stark in der Arbeitsgruppe, die damit beauftragt ist, dem

vom Staatsrat gutgeheissenen Bericht über die Reform der Freiburger Gesundheitsstrukturen, der im Jahr 2003 in die Vernehmlassung gelangte, Folge zu leisten. Nachdem der Staatsrat die vorrangige Reorganisation des kantonalen Spitalsystems und die Errichtung eines Freiburger Spitalnetzes (FSN), mit dessen Bewirtschaftung eine selbständige Anstalt des öffentlichen Rechts betraut werden soll, beschlossen hat, handelte es sich darum, dem Spezialisten zur Hand zu gehen, der damit betraut ist, einen Gesetzesvorentwurf für die Errichtung des FSN mit den sich daraus ableitenden Gesetzgebungsänderungen vorzubereiten. So wurden zuhanden der Kommission für die Projektbegleitung Vorschläge erarbeitet, die eine Neuverteilung der Aufgaben und Lasten unter Kanton und Gemeinden ermöglichen und namentlich eine allfällige Übergangslösung für die Finanzierung der Spitäler in Erwartung einer Änderung in der Verteilung der Steuerressourcen beinhalten.

Im Anschluss an die Vernehmlassung zum Gesetzesvorentwurf über die Organisation der Pflege im Bereich der psychischen Gesundheit und an das Gutachten einer Delegation von Psychiatriesachverständigen der WHO nahm das Amt die Weiterbetreuung des Projekts an die Hand und erarbeitete Vorschläge für die neue Kommission, die vom Staatsrat mit der Endausarbeitung des Gesetzesentwurfs beauftragt worden ist. Dieser dürfte im Laufe des Jahres 2005 vorliegen.

Das Amt unterbreitete der Direktion für Gesundheit und Soziales die Friedhofreglemente von 13 Gemeinden und 4 Gemeindereglemente über die Beteiligung der Gemeinde an den Kosten schulzahnärztlicher Behandlungen zur Genehmigung.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes befassten sich mit Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung des Freizügigkeitsabkommens mit der Europäischen Gemeinschaft (EU) und der Vereinbarung über die europäische Freihandelszone (EFTA) auf dem Gebiet der Krankenversicherung.

Das Amt befasste sich weiterhin mit der Prüfung der Betriebsbewilligungsgesuche für Institutionen des Gesundheitswesens.

Es verfügt über eine Website für die Information der Öffentlichkeit (Adresse: <http://www.fr.ch/ssp>). Die Website verzeichnete 97 218 Besuche.

3. Berufe des Gesundheitswesens

a) Berufsausübungsbewilligungen

Gemäss den Bestimmungen der Gesundheitsgesetzgebung erteilte die Direktion:

- 13 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Rettungssanitäter/in
- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufes als Chiropraktor/in
- 9 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Zahnärztin/Zahnarzt
- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufes als unselbständige/r Zahnärztin/Zahnarzt

- 3 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Assistenzzahnärztin/-zahnarzt
- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufes als Ernährungsberater/in
- 3 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Drogist/in
- 5 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Ergotherapeut/in
- 62 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Fachfrau/Fachmann für Krankenpflege
- 4 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Logopädin/Logopäde
- 2 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als medizinische Masseurin/medizinischer Masseur
- 18 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Ärztin/Arzt
- 12 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Oberärztin/Oberarzt
- 2 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als stellvertretende/r Oberärztin/Oberarzt
- 61 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Assistenzärztin/-arzt
- 28 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als unselbständige/r Ärztin/Arzt
- 2 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Augenoptiker/in
- 4 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als diplomierte/r Augenoptiker/in
- 11 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Osteopath/in
- 13 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Apotheker/in
- 2 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als unselbständige/r Apotheker/in
- 5 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Apotheker-Assistent/in
- 7 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Physiotherapeut/in
- 3 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Podologin/Podologe
- 7 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Psychotherapeutin/Psychotherapeut
- 7 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Hebamme
- 2 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Tierärztin/Tierarzt
- 2 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Assistenztierärztin/-tierarzt.

Während der vom Kontingent 2003/04 betroffenen Periode wurden 174 Dossiers mit Gesuchen um Arbeitsbewilligung für ausländisches Personal bearbeitet, somit 87 weniger als in der vorhergehenden Periode.

Die Anwendung der Beschränkung der Zulassung von Ärzten zur Tätigkeit zu Lasten der obligatorischen Krankenversicherung («Moratorium» oder «Einfrierung von Praxen») hat dem Amt weiterhin eine erhebliche Mehrarbeit administrativer und juristischer Art beschert. Mehrheitlich konnten die Probleme dank der Zusammenarbeit unter den Mitgliedskantonen der Confédération Romande des Affaires Sanitaires et Sociales (CRASS) und vor allem dank den schon im Jahr 2003 vom Amt geleisteten Anstrengungen gelöst werden.

Die gleiche Feststellung gilt für die Anwendung des Abkommens über die Freizügigkeit im Personenverkehr (und die Anerkennung der Diplome), wo die Sachlage sich am 1. Juni 2004 mit der Aufhebung des Grundsatzes der Bevorzugung einheimischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geändert hat.

In diesem Sinne kann das Jahr 2004 als Übergangsjahr betrachtet werden. Es ermöglichte das Sammeln neuer Erfahrungen und die Vorbereitung auf die künftigen Herausforderungen, insbesondere mit der Verlängerung des Moratoriums im Jahr 2005 und dem wahrscheinlichen Inkrafttreten der Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf die Länder des Ostens.

b) Aufsicht über die Berufe des Gesundheitswesens

Im vierten Jahr ihrer Tätigkeit gelangten 21 Klagen, Anzeigen oder andere Gesuche an die Kommission für die Aufsicht über die Berufe des Gesundheitswesens und die Patientenrechte. Im Übrigen wurden in diesem Jahr auch 21 in den Vorjahren von der Kommission registrierte Fälle bearbeitet werden. 20 davon wurden erledigt:

- durch Mediation: 7
- durch Begutachtung zuhanden der Direktion für Gesundheit und Soziales: 4
- durch Entscheid auf Gesuch um Aufhebung von Zwangsmassnahmen: 1
- durch Entscheid zur Klassierung oder Nichteintretensentscheid: 5
- durch den Erlass von Instruktionen: 3

Am 31. Dezember 2004 waren noch 22 Dossiers bei der Kommission hängig.

Die Kommission trat zu elf ordentlichen Sitzungen und zu einer ausserordentlichen Sitzung zusammen.

Ihre Mitglieder beteiligten sich zudem ausserhalb der Sitzungen an den Aufgaben, die mit der Instruktion der Dossiers (namentlich den Anhörungen und Inspektionen), die Vorbereitung von Direktiven oder Rundschreiben oder durch den einen oder anderen Kontakt und Meinungsaustausch (mit dem Untersuchungsrichteramt, dem Gesundheitsrat oder auch dem Kantonalen Psychiatrischen Spital) anfallen.

Das Sekretariat der Kommission wird durch das Amt für Gesundheit sichergestellt. Für das juristische Sekretariat verfügt die Kommission über die Unterstützung eines französischsprachigen und eines deutschsprachigen Juristen.

c) Ausbildung

Ende 2003 ging der ganze Sektor Ausbildung in den Berufen des Gesundheitswesens an die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport über. Dennoch hat das Amt Stellung zu nehmen, wo es um die Ausbildungskosten in bestimmten Berufen des Gesundheitswesens, um Ausbildungsvorschläge und -konzepte und um Diplomanerkenntnisse geht.

4. Spitäler

a) Allgemeine Tätigkeit

In Anwendung des Spitalgesetzes vom 23. Februar 1984 und des Gesundheitsgesetzes vom 16. November 1999 überwacht das Amt die Geschäftsführung und Verwaltung der öffentlichen Spitäler, kontrolliert die spitalmedizinische Tätigkeit und erteilt den Bezirksspitalern die kantonalen Subventionen. Hierfür verschickt es Weisungen zur Aufstellung der Voranschläge und Jahresrechnungen; anschliessend untersucht es die von den Spitalern übermittelten Dokumente. Das Amt führt das Sekretariat der spitalmedizinischen Kommission und mit der Kommission für Verwaltungsangelegenheiten, die zu den Budgetanträgen und Jahresrechnungen der Spitäler Stellung nehmen, und nimmt an den Sitzungen der Kommissionen teil. Es erarbeitet zuhanden der Direktion für Gesundheit und Soziales den Entwurf für die Beschlüsse, die über die Voranschläge und Jahresrechnungen der Bezirksspitäler gefällt werden. In diesem Zusammenhang formuliert es Anträge zum Globalbudget und zur Rechnungsberichtigung.

Das Amt für Gesundheit ist mit der Nachführung der Liste der Spitäler des Kantons und mit der Bearbeitung der Beschwerden im Zusammenhang mit deren Anpassung betraut. Durch die Aufnahme in diese Liste gilt das Spital als Leistungserbringer, der nach Artikel 39 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG) zulasten der obligatorischen Krankenversicherung zugelassen ist. Für jedes Spital nennt die Liste die Kategorie, den Leistungsauftrag und die Höchstzahl zugelassener Betten.

Infolge des bundesrätlichen Entscheids vom 15. Mai 2002 über die Beschwerde von *santésuisse* Freiburg (vormals: Kantonalverband freiburgischer Krankenversicherer) gegen die vom Staatsrat beschlossene Spitalliste vom 22. Dezember 1998 hat das Amt die neue Spitalliste des Kantons erarbeitet. Diese Revision stützt sich auch auf den vom Juli 2004 datierenden Bericht der Arbeitsgruppe «Künftiges Leistungsangebot des Spitals des Seebezirks in Meyriez».

Das Amt aktualisierte auch die Liste der Spitäler ausserhalb des Kantons Freiburg, die den Bedarf der Freiburger Bevölkerung an Leistungen decken, welche im Kanton nicht verfügbar sind.

Aufgrund dieser Arbeiten und der bei der Vernehmlassung vorgebrachten Anträge hat der Staatsrat mit Verordnung vom 13. Dezember 2004 die Liste der Spitäler des Kantons Freiburg und die Liste der Spitäler ausserhalb des Kantons Freiburg erlassen. Beide treten per 1. Januar 2005 in Kraft.

Das Amt beantwortet auch verschiedene Anfragen im Zusammenhang mit dem Spitalwesen, beteiligt sich an interkantonalen und eidgenössischen Kommissionen und ist mit allen Arbeiten der Spitalplanung und ihrer Umsetzung betraut.

Im Übrigen erarbeitet das Amt die Entwürfe für die Botschaften und Dekrete im Zusammenhang mit Bau- und Renovationsarbeiten der Spitäler. Bei der Ausführung bestimmter Bauten wird es in die Baukommissionen einbezogen. Schliesslich wacht es darüber, dass das vom Grosse Rat genehmigte Projekt eingehalten wird, und erledigt die Subventionierung der Arbeiten.

b) Subventionierung

Der Betriebskostenüberschuss der Kantonsspitäler beträgt 75 212 346 Franken: 19 634 904 Franken für das Psychiatrische Spital Marsens und 55 577 442 Franken für das Kantonsspital Bertigny. In diesen Zahlen ist die Beteiligung der Gemeinden des Saanebezirks an den Betriebskosten des Kantonsspitals (als Bezirksspital des Saanebezirks) in der Höhe von 19 071 135 Franken mit eingerechnet.

Das Amt prüfte die Jahresrechnungen 2003 und die Voranschläge 2005 der Bezirksspitäler.

Im Jahr 2004 erhielten die Bezirksspitäler Kantonsbeiträge in Höhe von 25 216 093.20 Franken für ihre Betriebskosten. In diesem Betrag sind die budgetierten Vorschüsse von 24 318 039.60 Franken sowie ein Betrag von 898 053.60 Franken für die Berichtigung der Rechnung 2003 mit eingerechnet. Die bezahlten Beträge verteilen sich wie folgt auf die Bezirksspitäler

Tafers:	Fr. 4 363 123.20 davon Fr. 250 097.60 für die Berichtigung der Rechnung 2003.
HSF:	Fr. 13 608 737.60 davon Fr. 262 032.00 für die Berichtigung der Rechnung 2003.
Meyriez:	Fr. 3 416 338.80 davon Fr. 168 296.80 für die Berichtigung der Rechnung 2003.
HIB:	Fr. 3 827 893.60 davon Fr. 217 627.20 für die Berichtigung der Rechnung 2003.

Für die Subventionierung der Arbeiten zur Renovation, Vergrösserung und zum Umbau der Spitäler Tafers, Riaz, Estavayer-le-Lac und Châtel-Saint-Denis wurde eine Gesamtsumme von 12 709 811 Franken ausgerichtet. Diese verteilt sich wie folgt:

	Subvention 2004
Spital Tafers:	Fr. 4 459 709
Spital Riaz:	Fr. 5 714 795
Spital Estavayer-le-Lac:	Fr. 2 022 900
Spital des Vivisbachbezirks:	Fr. 512 407

c) Statistik

Das Amt für Gesundheit ist auch mit der Erstellung der Bundesstatistik und der kantonalen Statistik in Verbindung mit den Spitälern betraut.

Das Amt beteiligte sich auch an der Erhebung der Bundesstatistik der Betriebe des Gesundheitswesens, deren Ergebnisse vom Bundesamt für Statistik (BFS) veröffentlicht werden. Die gesammelten Daten betreffen die Verwaltungsdaten über die Spitäler für das Jahr 2003. Was die Daten der medizinischen Bundesstatistik angeht, so werden diese vom Kantonsarztamt gesammelt.

In Absprache mit den öffentlichen Spitälern und den Privatkliniken befasste sich das Amt mit der Analyse der von

diesen Spitälern im Rahmen der Erhebung für das BFS gelieferten Daten der medizinischen Statistik 2003.

Die vom BFS erhaltenen Daten 2002, welche die Aufenthalte von Freiburger Patienten in ausserkantonalen Spitälern betreffen, wurden ebenfalls analysiert und entsprechend den behandelten Pathologien nach der nationalen Klassifikation der «APDRG» (All Patient Diagnosis Related Groups) gruppiert. Mit Hilfe dieser Informationen konnte der Fluss von Freiburger Patienten, die in den Spitälern des Kantons Freiburg und der anderen Schweizer Kantone hospitalisiert wurden, erstmals vollständig erfasst werden.

Allgemeine Betriebsstatistik 2004 der Spitäler des Kantons für somatische und psychiatrische Krankenpflege

SPITÄLER	Durchschnittliche Anzahl Betten	Anzahl Patientenauftritte	Anzahl Pflegetage	Bettenbelegungsgrad	Durchschnittlicher Aufenthalt (Tage)	Durchschnittliche Anzahl Patienten
Kantonsspitäler						
Kantonsspital Bertigny	351	10 979	105 593	82%	9.6	289
Psychiatrisches Spital Marsens	190	1 531	66 750	96%	43.6	182
Bezirksspitäler						
Bezirksspital Tafers	67	2 511	21 911	89%	8.7	60
Spital des Freiburger Südens, Standort Riaz	98	4 452	28 285	79%	6.4	77
Spital des Freiburger Südens, Standort Billens	35	546	11 069	86%	20.3	30
Spital des Freiburger Südens, Standort Châtel-St-Denis	45	598	13 812	84%	23.1	38
Bezirksspital Meyriez	49	1 759	12 813	71%	7.3	35
Interkant. Spital des Broyebezirks, Standort Estavayer-le-Lac	46	779	17 671	105%	22.7	48
Interkant. Spital des Broyebezirks, Standort Payerne	99	5 010	30 977	85%	6.2	85
Privatkliniken Freiburg	136	6 768	39 727	80%	5.9	109
Total für somatische und psychiatrische Krankenpflege	1 116	34 933	348 608	85%	10.0	952

5. Ausserkantonale Spitalaufenthalte

Nach Artikel 41 Abs. 2 und 3 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG) und den kantonalen Ausführungsbestimmungen beteiligt sich der Staat im Fall medizinischer Notwendigkeit – das heisst in Notfällen oder wenn die erforderlichen medizinischen Leistungen in keinem Spital des Kantons Freiburg erbracht werden können – an den Kosten ausserkantonaler Spitalaufenthalte. Zu diesem Zweck ist das Amt betraut mit der Aktualisierung und Veröffentlichung der Liste für die im Kanton nicht verfügbaren medizinischen Leistungen (Negativliste) sowie des Verzeichnisses der ausserhalb des Kantons Freiburg befindlichen Spitäler, die zur Deckung des vom kantonsinternen Spitalangebot nicht gedeckten Bedarfs der Bevölkerung nötig sind.

Damit der Kanton entscheiden kann, ob er sich an der Finanzierung ausserkantonaler Spitalaufenthalte beteiligt oder nicht, senden die behandelnden Ärztinnen und Ärzte oder notfalls das Zielspital dem Wohnkanton der Patientinnen und Patienten auf einem Formular, das vertrauliche medizinische Daten enthält, ein Gesuch um Kostengutsprache. Der medizinische Teil der Formulare wird von der hierfür zuständigen ärztlichen Behörde des Kantons Freiburg geprüft, das heisst von einem Mitglied des Kollegiums ärztlicher Expertinnen und Experten, die vom Kantonsarzt bezeichnet werden. Das Amt für Gesundheit prüft anschliessend, ob die übrigen gesetzlichen Bedingungen erfüllt sind (Wohnsitz der Patientin oder des Patienten, ob es sich beim Zielspital um ein öffentliches oder öffentlich subventioniertes Spital handelt, Anwendung des KVG). Rund 4300 Gesuche wurden im Jahr 2004 geprüft. Die

Entscheide der Direktion für Gesundheit und Soziales werden den Zielspitälern, den behandelnden Ärztinnen und Ärzten, den Krankenversicherern und den Patientinnen und Patienten mitgeteilt. Diese Entscheide können mit Beschwerde beim Verwaltungsgericht des Kantons Freiburg angefochten werden. Im Jahr 2004 wurden infolge von 18 beim Verwaltungsgericht eingereichten Beschwerden schliesslich 7 Kostengutsprachen erteilt, 6 Entscheide zur Ablehnung der finanziellen Beteiligung bestätigt und 5 Fälle sind noch hängig.

Im Jahr 2004 wies die Rechnung des Staates Freiburg für ausserkantonale Spitalaufenthalte eine Summe von 21 010 537 Franken aus, wohingegen im Voranschlag eine Summe von 16 500 000 Franken eingetragen war. Ein Zusatzkredit von 4 500 000 Franken wurde im Laufe des Jahres vom Staatsrat gewährt, um dem immer wiederkehrenden Mangel an Mitteln in den Budgets der Vorjahre abzuwehren – eine Situation, die von Jahr zu Jahr eine Verschiebung der Zahlung von Spitalrechnungen auf das folgende Rechnungsjahr nach sich zog. So dienten in der Rechnung 2004 rund 8,4 Millionen Franken der Zahlung der Rechnungen für Aufenthalte im Jahr 2003.

Am 31.12.2004 erfolgte Schätzung der jährlichen Aufenthalte zu Lasten des Staates:

Jahr	Jahresrechnung des Staates		geschätzter Wert je Aufenthaltsjahr	
	verbuchte Aufenthalte	Betrag	jährliche Aufenthalte	Betrag
2000	2 402	16 346 347.–	2 163	14 773 638.–
2001	2 312	15 435 000.–	2 184	15 070 219.–
2002	2 157	15 401 895.–	2 209	16 157 220.–
2003	2 136	15 703 521.–	2 465	18 250 925.–
2004	2 650	21 010 537.–	2 500	19 500 000.–

Bezüglich Herkunft der Patientinnen und Patienten können aufgrund der am 31.12.2004 erhobenen Daten die folgenden Tendenzen für die Jahre 2002 und 2003 vermerkt werden:

Bezirk	Aufenthalte 2002 auf 1000 Einwohner	Aufenthalte 2003 auf 1000 Einwohner	Kosten 2002 je Einwohner	Kosten 2003 je Einwohner
Saane	8,95	9,48	66,03	63,05
Sense	11,24	11,52	90,00	89,71
Greyerz	6,48	7,12	48,20	54,27
See	11,49	13,36	76,80	93,05
Glane	6,82	7,89	41,14	60,66
Broye	8,81	9,98	56,66	82,36
Vivisbach	10,22	12,84	87,12	118,66
Total	9,12	9,99	66,69	73,99

Es sei daran erinnert, dass Patientinnen und Patienten mit einer Zusatzversicherung ein öffentliches oder öffentlich subventioniertes Spital beanspruchen können, das sich auf der Liste der ausserkantonalen Spitäler befindet, auch ohne dass es medizinisch notwendig ist oder ein Notfall vorliegt, somit aus rein persönlichen Gründen und ohne Beitrag von Seiten des Kantons. Aufgrund der vom Bundesamt für Statistik durchgeführten Erhebung 2002 beteiligt sich der

Staat Freiburg an der Finanzierung von rund einem Drittel aller ausserkantonalen Spitalaufenthalte von Freiburger Patientinnen und Patienten.

Die Entwicklung der Aufenthalte nach Spitalkategorie zeigt, dass die Leistungen der Universitätsspitäler, namentlich des Inselspitals und des Centre hospitalier universitaire vaudois (CHUV), gegenüber den übrigen Spitaltypen überwiegen:

Spital-kategorien	Aufenthalte 2002		Aufenthalte 2003		Betrag 2002		Betrag 2003	
	Aufenthalte	%	Aufenthalte	%	Betrag	%	Betrag	%
• Universitäts-spitäler	1 646	75	1 866	76	13 551 514	84	15 167 270	83
<i>CHUV</i>	592	27	701	29	5 221 730	32	6 206 296	34
<i>INSELSPITAL</i>	916	42	1 037	42	6 585 212	41	7 494 278	41
<i>andere</i>	138	6	128	5	1 744 572	11	1 466 696	8
• Allgemein-spitäler	290	13	333	13	1 092 552	7	1 238 568	7
• Rehabilitation	110	5	96	4	580 916	4	568 405	3
• Spezialisierte	131	6	130	5	530 370	3	791 456	4
• Psychiatrie	32	1	40	2	401 868	2	485 226	3
Total	2 209	100	2 465	100	16 157 220	100	18 250 925	100

6. Spitalplanung

Das Spital des Freiburger Südens setzte seine Restrukturierung fort. Diese wird erst mit der Durchführung der Umbauarbeiten des Standortes Billens ihren wirklichen Abschluss finden. Hierfür engagierte sich das Amt erheblich in der Begleitung der Ausarbeitung des Umbauprojekts für das Spital Billens, für das im Laufe des ersten Halbjahrs 2005 dem Grossen Rat ein Investitionskredit unterbreitet werden dürfte.

Für den nordöstlichen Kantonsteil hatte sich der Staatsrat zum Ziel gesetzt, bis Ende der Legislaturperiode im Jahr 2006 eine endgültige Lösung zu finden und zu beschliessen, die das zugleich kostengünstige und gute Akutpflegeangebot für den Seebezirk gewährleistet. In diesem Rahmen beteiligte sich das Amt aktiv an den Diskussionen und stellte die Begleitung der Arbeitsgruppe «Spitalbehandlung im Seebezirk» sicher. Die Delegationen des Staatsrats und des See- und des Sensebezirks in dieser Arbeitsgruppe haben einen gemeinsamen Bericht fertig gestellt, der ein neues Leistungsangebot definiert und den Prozess bestimmt, der es ermöglicht, den künftigen Auftrag des Spitals Meyriez zu definieren. Dieser Bericht hat den Verhandlungen über die Zukunft dieses Spitals ein Ende gesetzt. Er wurde am 17. August 2004 vom Staatsrat verabschiedet.

7. Pflege und Hilfe zu Hause

Das Amt für Gesundheit ist mit der Subventionierung der Dienste für Pflege und Hilfe zu Hause beauftragt. In Wahrnehmung dieser Aufgabe schickt es den Diensten Weisungen für die Erstellung der Voranschläge und Jahresrechnungen und prüft im Detail die namentlichen Lohndaten des von ihm subventionierten Personals. Das Amt stellt auch das Sekretariat der kantonalen Kommission für Pflege

und Hilfe zu Hause sicher und verfolgt deren Dossiers. Für die Direktion für Gesundheit und Soziales prüft das Amt die Gesuche um Änderung der Personaldotation von Diensten sowie die Gesuche um Betriebsbewilligung und um Anerkennung. Es beantwortet verschiedene Fragen im Zusammenhang mit der Pflege und Hilfe zu Hause und beteiligt sich im Rahmen seiner Verfügbarkeit an interkantonalen und eidgenössischen Arbeitsgruppen.

18 Dienste für Pflege und Hilfe zu Hause erhalten einen Kantonsbeitrag, das heisst 6 Dienste für spitalexterne Krankenpflege, 5 Dienste für Familienhilfe und 7 gemischte Dienste. Die ganze Freiburger Bevölkerung wird durch diese Dienste abgedeckt. Die Beiträge werden aufgrund der Kosten für Pflegepersonal, Familienhilfen und Haushilfen gewährt, nach Abzug der von den Diensten bezogenen Bundesbeiträge und des Ertrags aus der Verrechnung der Leistungen mit den Krankenversicherern. Der Beitragsansatz beträgt 47,5 % für das Pflegepersonal und 28,5 % für die Familien- und Haushilfen. Im Jahr 2004 erreichten die Beiträge 2 625 228.40 Franken (2 265 099.35 Franken im Jahr 2003) und verteilten sich wie folgt:

Kantonsbeiträge 2004

	Pflege zu Hause	Hilfe zu Hause
Saane	607 572.60	501 623.65
Sense	94 420.05	103 058.45
Greyerz	191 177.30	234 323.10
See	95 759.50	45 516.95
Glane	171 279.55	132 078.40
Broye	112 796.85	156 152.15
Vivisbach	52 833.00	126 636.85
Total	1 325 838.85	1 299 389.55

Das Amt hat auch einen Revisionsentwurf für das Gesetz vom 27. September 1990 über die spitalexterne Krankenpflege und die Familienhilfe erarbeitet (neu: Gesetz über die Pflege und Hilfe zu Hause). Dieser beinhaltet die folgenden wichtigen Änderungen: die Pflege und die Hilfe zu Hause werden künftig gemeinsam erteilt, die Leistungen erweitert, die technischen und qualitativen Anforderungen erhöht, und das Subventionierungssystem wird revidiert. Der Revisionsentwurf befand sich vom 24. August bis zum 31. Oktober 2004 in der Vernehmlassung und dürfte dem Grossen Rat im Laufe des ersten Halbjahrs 2005 unterbreitet werden.

8. Gesundheitsförderung und Prävention (siehe II. Kantonsarztamt, Ziff. 3)

In Zusammenarbeit mit dem Kantonsarztamt stellt das Amt für Gesundheit hauptsächlich durch die Beauftragte für Suchtprävention und Gesundheitserziehung die Zweckmässigkeit der Präventionsaktionen, die Nachkontrolle sowie die Koordination zwischen den verschiedenen Gesundheitsförderungs- und Präventionsprojekten sicher.

Im Jahr 2004 befasste sich das Amt mit der Endbearbeitung des Reglements über Gesundheitsförderung und Prävention.

Dieses Reglement definiert hauptsächlich die Kompetenzen, die Zusammensetzung und Organisation der vom

Staatsrat ernannten Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention, die Kontrolle und Evaluation der Gesundheitsförderungs- und Präventionsprojekte und der auf diesem Gebiet tätigen und vom Staat subventionierten Institutionen, die Kriterien und Modalitäten der Subventionierung von Projekten und Institutionen sowie die Organisation der Gesundheitsförderung und Prävention bei Kindern und Jugendlichen, insbesondere die schulärztliche Betreuung.

Auch unterstützte das Amt das Kantonsarztamt bei der Ausarbeitung von zwei Verordnungsentwürfen über die Organisation der schulärztlichen Betreuung im Kindergarten und in der Primarschule. Diese wurden in Anwendung namentlich von Artikel 30 des Gesundheitsgesetzes vom 16. November 1999 erarbeitet und sollten anfangs 2005 vom Staatsrat verabschiedet werden.

Im Voranschlag des Amtes für Gesundheit befinden sich zum einen die Subventionen für die Leistungen von Institutionen für Gesundheitsförderung und Prävention, zum anderen die Subventionen für spezifische Projekte. Im Jahr 2004 wurde ein Gesamtbetrag von 1 149 280 Franken für Leistungen von Institutionen und eine Summe von 1 025 640.45 Franken für verschiedene spezifische Projekte ausgerichtet. Diese Beträge umfassen auch den Anteil am Alkoholzehntel, den der Kanton von der Eidgenössischen Alkoholverwaltung erhält.

Was die Leistungen von Institutionen angeht, so deckt der Subventionsbetrag die laufenden Tätigkeiten der betreffenden Institutionen, insbesondere: die Bedarfsanalyse, die Umsetzung und Nachkontrolle der ihrem Auftrag entsprechenden Leistungen, die Erarbeitung allgemeiner Konzepte und spezifischer Projekte, die Zusammenarbeit mit weiteren Partnern für die Konzipierung, die Durchführung und/oder Evaluation spezifischer Projekte sowie die Informationsarbeit. In diesem Sinne subventioniert werden die folgenden Institutionen: Release, der Verein für Gesundheitsförderung und Suchtprävention und die Freiburger Liga für die Prävention von Alkohol- und Drogenmissbrauch.

Das Amt befasste sich weiter mit der Vorbereitung von Leistungsaufträgen, die mit den meisten Institutionen für Gesundheitsförderung und Prävention abgeschlossen werden dürften. Diese Leistungsaufträge sollen zu einer vermehrten Transparenz der verschiedenen Aktivitäten einer jeden betroffenen Institution beitragen.

Spezifische Projekte sind gezielte Gesundheitsförderungs- und Präventionsaktionen, die einem besonderen Thema gelten. Sie sind befristet und müssen systematisch nach der Übereinstimmung zwischen Zielsetzung und eingesetzten Mitteln (Vorgehen, Methoden) evaluiert werden. Die spezifischen Projekte fügen sich in den Rahmen der im März 1999 vom Staatsrat gutgeheissenen «Vorrangigen Gebiete der Gesundheitsvorsorge» ein (Suizid, gesundheitsschädliche Verhaltensweisen, Unfälle, unangemessene Nutzung der Gesundheitsdienste).

Die im Jahr 2004 unterstützten spezifischen Projekte galten vielfältigen Themen wie: Gesundheitsförderung, Suizid, gesunde Ernährung, Essstörungen, Tabak, Alkohol,

Suchtverhalten, Brust- und Gebärmutterhalskrebs, psychosoziale Probleme Heranwachsender. Als Beispiel für ein subventioniertes spezifisches Projekt sei insbesondere das Gesundheitsförderungsprojekt «Familienbegleitung» genannt. Dieses mit Unterstützung der Schweizerischen Stiftung für Gesundheitsförderung durchgeführte Projekt soll im Kanton Freiburg durch die Verbesserung der elterlichen Kompetenzen familiäre Voraussetzungen fördern, die der Entwicklung und der Gesundheit von Kindern zuträglich sind. Weitere Beispiele sind: das Präventionsprogramm Choice für Jugendliche in Krisensituationen, das Stresspräventionsprojekt für Paare, das Projekt Fourchette Verte und das Programm für die Hilfe an übergewichtige Kinder.

Ebenfalls im Jahr 2004 wurde das Amt beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Kantonsarztamt und den betroffenen Dienststellen der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport ein Konzept für «Gesundheit in der Schule» zu erarbeiten. Dieses Konzept wird im Laufe des ersten Halbjahrs 2005 fertig gestellt. Parallel dazu unterstützt das Amt die Erarbeitung eines Konzepts für Suchtprävention in den Berufsschulen und den übrigen dem Amt für Berufsbildung verbundenen Gebilden.

Die Konkretisierung der interkantonalen Zusammenarbeit, an der sich das Amt beteiligt, ist eines der Highlights des Jahres 2004. Sie ermöglichte:

- einen echten Fortschritt in der Westschweizer Koordination der Programme für das systematische Brustkrebs-Screening mit Mammographie;
- die Erstellung eines interkantonalen Dispositivs der Beauftragten für Gesundheitsförderung (Dipps) mit Unterstützung der Schweizerischen Stiftung für Gesundheitsförderung, des interkantonalen Gesundheitsförderungsprogramms für Personen ab 50 Jahren in Zusammenarbeit mit den Kantonen Genf, Jura, Neuchâtel, Tessin, Waadt und Wallis;
- durch das Schweizerische Gesundheitsobservatorium in Zusammenarbeit mit dem Dipps die Abfassung eines Berichts, der den Westschweizer Kantonen die vergleichende Lektüre der Ergebnisse der Untersuchung über die Gesundheit der Schweizerinnen und Schweizer ESS02 ermöglicht;
- die Fortsetzung des Programms für Gesundheitsförderung durch eine ausgewogene Ernährung «Fourchette verte»;
- die Verstärkung der Plattform CIAO, die den Jugendlichen der Westschweiz gilt und zum Zweck hat, die Information über Prävention und Gesundheitsförderung auf rund zehn die Jugendlichen interessierenden Gebieten wie Drogen, Sexualität, Rechte, Gesundheit oder Beziehungen zu verbreiten.

Schliesslich hat das Amt aktiv bei der Vorbereitung der von der Schweizerischen Stiftung für Gesundheitsförderung organisierten 7. nationalen Konferenz für Gesundheitsförderung mitgewirkt. Diese wird am 27. und 28. Januar 2005 in Freiburg stattfinden.

9. Tätigkeit des Kantonsapothekers

Mit der Fusion zweier Apotheken in der Stadt Freiburg gibt es eine öffentliche Apotheke im Kanton weniger; deren Zahl beträgt jetzt 64. Unverändert ist die Zahl der Drogerien (13) und der Ärztinnen und Ärzte, die ermächtigt sind, in einer Ortschaft, wo die Zugangsmöglichkeiten zu einer Apotheke unzureichend sind, eine Privatapotheke zu führen (12).

Weiterhin erfolgten die Kontrolle der Räume und Installationen und die Überwachung des operationellen Verfahrens an den Stätten, wo Arzneimittel an Patientinnen und Patienten abgegeben werden. Die Spitalapotheken des Kantons Spital Freiburg und des Spitals des Freiburger Südens in Riaz sowie die Zwischenlagerung der vom regionalen Bluttransfusionsdienst Freiburg gelieferten Blutbeutel und Blutderivate vor ihrer therapeutischen Verwendung waren Gegenstand besonderer Inspektionen.

Jede Apotheke einer Institution des Gesundheitswesens muss der Verantwortung einer Apothekerin oder eines Apothekers unterstellt werden, die oder der eine pharmazeutische Betreuung sicherstellt. Drei Bewilligungen wurden im Jahr 2004 erteilt, so dass jetzt 50 Institutionsapotheken unter pharmazeutischer Betreuung bestehen.

Auf nationaler Ebene beteiligte sich der Kantonsapotheker an den Arbeitssitzungen, die der Aufteilung der Inspektions- und Kontrollaufgaben unter Swissmedic, dem Schweizerischen Heilmittelinstitut, und den Kantonen galten. Diese Neuaufteilung vermehrt und intensiviert die Interventionen der Kantonsapotheker und des Westschweizer Inspektorats für die Kontrolle der Herstellung und des Vertriebs von Heilmitteln (IRFAT). Übrigens hat im Kanton Freiburg die Zahl der betroffenen Betriebe erneut zugenommen, was in wirtschaftlicher Hinsicht erfreulich ist.

Hinzuweisen ist auch auf die verstärkte Zusammenarbeit, die im Jahr 2004 durch die Verpflichtung zur Akkreditierung des IRFAT bedingt war, eine Anforderung, die sich aus der allgemeinen wechselseitigen Anerkennung der Inspektionen unter den Mitgliedsländern der «Pharmaceutical Inspection Convention (PIC)» ableitet. Dies bedingte zahlreiche Arbeitssitzungen mit dem verantwortlichen Inspektor und den Apothekern der sechs Westschweizer Kantone, die gemeinsam die Verwaltung und die Kontrollen des IRFAT leiten. Wichtig ist auch zu wissen, dass die durch die Kontrolle der Betriebe (die der Guten Vertriebspraxis entsprechen müssen) betroffenen kantonalen Instanzen ihrerseits zertifiziert werden müssen, um die Qualitätssicherung ihrer Inspektionstätigkeit zu validieren. Die Umsetzungsphase hat begonnen, und diese Zertifizierung dürfte im Jahr 2005, spätestens 2006, abgeschlossen sein auf der Ebene der interkantonalen Zusammenarbeit der Westschweizer Sitze rund um das regionale Inspektorat für die Westschweiz.

10. Krankenversicherung

Im Jahr 2004 kamen 91 929 Personen in den Genuss einer Prämienverbilligung. Der Gesamtbetrag der gewährten Prämienverbilligungen für Versicherte in bescheidenen

wirtschaftlichen Verhältnissen belief sich auf 114 766 920 Franken.

Für nähere Einzelheiten ist der dem Grossen Rat unterbreitete Bericht der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt (KSVA) heranzuziehen.

11. Schülerunfallversicherung

Das Personal der Schülerunfallversicherung umfasst zwei Mitarbeiter mit vollem Pensum: einen Verantwortlichen, der die Schadensfälle erledigt, und einen Sachbearbeiter, der für die Fakturierung mit EDV und die Datenverwaltung zuständig ist. Gemäss den Bestimmungen der Vereinbarung zwischen dem Staatsrat des Kantons Freiburg und der Stiftung Mutualité Versicherungen ist letztere für die Buchführung verantwortlich (insbesondere für den Jahresabschluss und die Debitorenverwaltung).

Die Schülerunfallversicherung springt bei Körperverletzungen von Schülerinnen und Schülern ein und muss Folgendes gewährleisten:

- komplementär und subsidiär die Zahlung aller (unmittelbaren und künftigen) Behandlungskosten zulasten der Eltern;
- eine Entschädigung im Todesfall;
- die Zahlung eines Kapitals im Invaliditätsfall.

Bei jedem Schadensfall übernimmt die Schülerunfallversicherung die nicht von der Krankenversicherung gedeckten Kosten: die verbleibenden Kosten für Zahnbehandlungen, die Kostenbeteiligung von 10 % (ambulante Behandlung und Spitalaufenthalt), die frei wählbare Jahresfranchise, die ordentliche Jahresfranchise, Transportkosten, Kosten für Suchaktionen und Bergungen, zerbrochene Brillen, orthopädische Hilfsmittel, Prothesen, Krücken.

Todesfälle (Entschädigung von 5000 Franken) und Invaliditätsfälle (Kapital von 150 000 Franken, progressiv bis 350 %) werden der Nationale Suisse Assurances gemeldet, bei der diese beiden Risiken rückversichert sind.

Für die Erfüllung dieser Aufgaben zieht die Schülerunfallversicherung Prämien und Subventionen (Beiträge von Kanton und Gemeinden) ein. Im 2. Trimester jedes Schuljahrs verschickt sie Prämienabrechnungen (30 Franken je Schüler/in) an mehr als 21 000 Familien im Kanton. Die volle Prämie von 50 Franken (nicht subventioniert) wird für Schülerinnen und Schüler mit Wohnsitz ausserhalb des Kantons eingezogen. Fakultative Prämien werden für mehr als 400 Kinder im Vorschulalter eingezogen. Für die Zahlung des jährlichen Gemeindebeitrags (nach Schülerbestand und Klassifikation der Gemeinde) wird allen Gemeinden eine Beitragsabrechnung geschickt. Der Kanton entrichtet einen Beitrag in Höhe des Gemeindebeitrags, abzüglich der linearen Kürzung um 10 % nach dem Beschluss vom 9. Dezember 1999.

Schliesslich ist die Schülerunfallversicherung noch mit der Kontrolle des Versicherungsobligatoriums gegen Unfallrisiken betraut (Registrierung der bei einer Privatversicherung versicherten Schüler/innen).

a) Statistik

Gezahlte Leistungen	Fr. 306 294.20
Im Jahr 2004 erfolgte Unfälle	1 366
Im Jahr 2004 gemeldete, jedoch schon in den Vorjahren erfolgte Unfälle	<u>7</u>
Total	1 373

Alljährlich unterscheidet sich die Zahl der bei der Schülerunfallversicherung gemeldeten Unfälle von der Zahl der Unfälle, bei denen Leistungen erfolgt sind. Da die Schülerunfallversicherung komplementär und subsidiär zu den Leistungen anderer Krankenkassen einspringt, kommt sie nicht unbedingt in jedem Fall zum Zug oder erst später für Leistungen, die von den Krankenkassen nicht anerkannt werden. In sehr vielen Fällen muss auch mit der Behandlung gewartet werden, bis das Unfallopfer älter ist.

Unfalljahr	Anzahl der im Jahr 2004 erteilten Leistungen	Betrag
1978	1	3 094.25
1982	4	2 746.10
1984	5	5 771.25
1986	1	827.35
1987	5	3 941.70
1988	14	10 490.60
1989	6	8 369.85
1990	4	5 530.80
1991	14	16 064.90
1992	14	16 224.05
1993	18	26 430.20
1994	11	9 321.70
1995	12	11 931.05
1996	10	7 069.75
1997	9	1 575.20
1998	15	6 755.25
1999	7	3 086.25
2000	9	1 830.65
2001	18	5 075.55
2002	46	15 787.85
2003	351	58 134.70
2004	606	86 235.20
Total	1180	306 294.20

Ihrer Art nach verteilen sich die Kosten wie folgt:

Arzt- und Spitalkosten	36,30 %
Zahnbehandlungen	49,80 %
Transportkosten	7,00 %
Apparate, Prothesen, Brillen	6,40 %
Bergungskosten	0,50 %

Im Jahr 2004 wurden der Nationale Suisse Assurances ein Todesfall und zwei Invaliditätsfälle gemeldet. Diese Versicherung richtete für fünf Invaliditätsfälle insgesamt 558 388.70 Franken und für drei Todesfälle insgesamt 5038 Franken aus. Doch waren am 31. Dezember 2004 neun Invaliditätsfälle hängig, bei einer Reserve von insgesamt 1 231 900 Franken. Die Rückversicherungsprämie für Tod und Invalidität beträgt 31.40 Franken je versicherte Person, d.h. insgesamt rund 850 000 Franken.

b) Versicherungsprämien

Den 33 080 «obligatorisch» Versicherten (Prämie je 30 Franken) wurde ein Betrag von insgesamt 992 400 Franken in Rechnung gestellt, den 447 fakultativ Versicherten im Vorschulalter (Prämie je 30 Franken) ein Betrag von insgesamt 13 410 Franken und den 276 «ausserkantonalen» Versicherten (Prämie je 50 Franken) ein Betrag von insgesamt 13 800 Franken. 5383 privat Versicherte wurden von der Versicherungspflicht bei der Schülerunfallversicherung freigestellt.

c) Subventionen

Die Beiträge der 202 Gemeinden machen insgesamt 327 350 Franken aus. Der Kantonsbeitrag wurde in Berücksichtigung der von den Kantonsbehörden getroffenen Sparmassnahmen in der Subventionierung auf 294 615 Franken gekürzt.

d) Das neue Gesetz vom 12. Oktober 2004

Im Rahmen der Massnahmen 2004 für die Wahrung der Kontrolle über die Staatsfinanzen erliess der Grosse Rat am 12. Oktober 2004 ein Gesetz zur Änderung von Artikel 6 des Gesetzes vom 18. November 1971 betreffend Errichtung einer Schülerunfallversicherung.

Nach dem neuen Artikel 6 des Gesetzes vom 18. November 1971 bezahlen die Eltern statt wie bisher 60 künftig 75 % der Jahresprämie, und der Restbetrag wird von der öffentlichen Hand übernommen, 12,5 % vom Kanton und 12,5 % von den Gemeinden in Berücksichtigung ihrer Klassifikation.

Wegen der bis heute von der Schülerunfallversicherung angehäuften Reserven und dem Rückgang des Volumens der übernommenen Leistungen seit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung hat der Staatsrat auch beschlossen, die Jahresprämie von 50 auf 40 Franken zu senken. Somit bleibt der Betrag zu Lasten der Eltern (75 % von 40 Franken statt 60 % von 50 Franken) unverändert bei 30 Franken je Kind.

Die Gesetzesänderung tritt am 1. Januar 2005 in Kraft.

II. Kantonsarztamt (KAA)

1. Personal

Das Personal umfasst den Kantonsarzt, den stellvertretenden Kantonsarzt, eine Verwaltungsmitarbeiterin, zwei Sekretärinnen mit Teilzeitpensum (insgesamt 100 Stellenprozent), eine kaufmännische Lehrtochter sowie drei Krankenschwestern mit insgesamt 200 Stellenprozent.

2. Allgemeine Tätigkeit

Das Kantonsarztamt verfasste zahlreiche Stellungnahmen zu eidgenössischen und kantonalen Projekten im Gesundheitswesen. Es beteiligte sich regelmässig an verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen, die sich mit der Gesundheitsplanung, den Pflegeheimen, den sanitätsdienstlichen Notmassnahmen befassen. Es überwachte das

Verfahren der medizinischen Begutachtung von Gesuchen um ausserkantonale Spitalaufenthalte und bearbeitete einige Rekurse.

Der stellvertretende Kantonsarzt stellte die Koordination des Rettungsdienstes beim Flugmeeting von Payerne Air04 sicher. Ein Chefarzt ORKAF sowie 4 Stellvertreter wurden ernannt. In Zusammenarbeit mit diesen Ärzten aktualisierte das Amt das sanitäre ORKAF-Konzept. Schliesslich wirkte das Amt bei einer Arbeitsgruppe mit, um die Katastrophenrisiken im Kanton zu analysieren.

Über die Website des Amtes (www.fr.ch/smc) wurde die Öffentlichkeit über die Prävention von Gesundheitsproblemen infolge der Hochsommerhitze informiert. Der Kantonsarzt wurde von der Schweizerischen Akademie der medizinischen Wissenschaften zu den neuen Direktiven für die Betreuung von Patientinnen und Patienten an deren Lebensende befragt.

3. Spezifische Tätigkeiten

a) Bekämpfung übertragbarer Krankheiten

Unter den übertragbaren Krankheiten, die gemäss dem Epidemiegengesetz gemeldet wurden und epidemiologische Abklärungen erforderten, seien insbesondere erwähnt: 16 Tuberkulosefälle (davon 5 Fälle ansteckender Tuberkulose), 3 invasive Meningokokken-Infektionen, 54 Fälle von Hepatitis B (3 davon chronisch), 59 Fälle von Hepatitis C (6 davon chronisch), 44 Fälle von Salmonellose, 4 Fälle von Shigellose, 58 weitere Infektionskrankheiten (darunter 1 Fall von sporadischer Creutzfeldt-Jakob-Krankheit, 4 Fälle von Zecken-Enzephalitis, 2 Fälle von Legionellose, 4 Fälle von Haemophilus influenzae, 5 Fälle von Malaria, 4 Fälle von Hepatitis A, 3 Masernfälle, 33 Fälle von Pneumokokken). Es wurden 8 neue Fälle von Aids-Erkrankungen gemeldet sowie 18 positiv ausgefallene VIH-Tests (die erkrankten Personen inbegriffen). Ein Kinderhort wurde mit der Krätze kontaminiert, und dies bedingte Beratungsmassnahmen.

841 Impfungen wurden Reisenden verabreicht, von denen 198 in den Genuss einer spezialisierten ärztlichen Sprechstunde kamen. 153 Impfungen gegen Hepatitis B erfolgten bei den Studierenden der Krankenpflegeschule und beim Polizeipersonal. Auf Anfrage privater Firmen wurden 75 Personen gegen Grippe geimpft.

Infolge des Inkrafttretens der neuen kantonalen Verordnung über die Hygiene der öffentlichen Schwimm- und Strandbäder wirkte das Amt auf Anfrage des Kantonalen Laboratoriums bei den Kursen für Schwimmbadverantwortliche mit.

Das Amt beteiligte sich an der Ausarbeitung eines Konzepts für die Harmonisierung des Schulbesuchsverbots im Fall übertragbarer Krankheiten unter den Westschweizer Kantonen.

b) Schulärztliche Betreuung

Die Schulärztinnen und Schulärzte führten die Vorsorgekontrollen kantonsweit in den 1. und 5. Primarschulklassen sowie in einigen Orientierungsschulklassen durch. Sie ver-

abreichen ferner die Impfungen gegen Masern, Mumps und Röteln, Diphtherie, Tetanus, Keuchhusten und Kinderlähmung. Wie in den letzten Jahren hatte die Impfung Jugendlicher gegen Hepatitis B guten Erfolg, wurden doch rund 75 % der Jugendlichen geimpft.

c) Drogenabhängigkeit

386 Personen (304 Männer und 82 Frauen) stehen in einer bewilligten Substitutionsbehandlung: Methadon oral 348, Buprenorphin 35 und andere Produkte 3. Diese Patientinnen und Patienten werden von 50 praktizierenden Ärzten und 5 Ärzten der UST in Freiburg (226 Personen) und vom Psychosozialen Dienst Bulle (19) betreut. Im Laufe des Jahres endeten 79 Behandlungen und wurden 65 neue Patientinnen und Patienten zugelassen. Die Patientinnen und Patienten befinden sich im Alter zwischen 23 und 61 Jahren (86 sind älter als 41 Jahre). 7 Personen sind an einer Überdosis gestorben.

Gemäss den Schätzungen aufgrund gesamtschweizerischer Zahlen betrifft die Suchtmittelabhängigkeit im Kanton hinsichtlich Tabak 34 900 starke Raucher (mehr als 10 Zigaretten täglich); hinsichtlich Medikamente 5600 Personen; hinsichtlich Alkohol 4000 Personen mit hoch riskantem Konsum (60 g reiner Alkohol täglich bei Männern und 50 g reiner Alkohol täglich bei Frauen); dazu kommen 3600 Personen mit riskantem Cannabis-Konsum (mehr als einmal wöchentlich); 700 Heroin- und 250 Kokainabhängige. Mangels einer genügend grossen Patientenzahl wurde das Programm für intravenöse Methadonbehandlung am 1. Juli 2004 eingestellt.

d) Institutionen des Gesundheitswesens – Betagte Personen

Die Dossiers von 29 Institutionen des Gesundheitswesens wurden im Rahmen der Erteilung einer Betriebsbewilligung geprüft. 22 davon wurden aufgesucht und nach den erforderlichen Kriterien beurteilt. Diese Institutionen umfassen Pflegeheime für Betagte, Altersheime, andere Arten von Einrichtungen für die Betreuung Betagter, Institutionen für Behinderte und Gefährdete, Dienste für Pflege und Hilfe zu Hause, eine Mütterberatungsstelle.

Da in den Pflegeheimen die Anzahl Betagter mit erheblichen psychiatrischen Störungen (Alzheimer, vaskulär bedingte Demenz, Parkinson, Depression) immer grösser wird, hat das Amt Studien und Pilotprojekte initiiert, welche die Liaison-Psychiatrie, die Schaffung geschlossener Abteilungen in den Pflegeheimen und längerfristig die allfällige Errichtung eines geschlossenen Pflegeheims für stark verwirrte und fluchtgefährdete Personen betreffen. Diese laufenden Projekte werden gemeinsam vom Kantonalen Psychiatrischen Spital und vom Verein freiburgischer Alterseinrichtungen (VFA) geführt. Die Pflegeheime erhielten genauere Direktiven über die Anwendung von Massnahmen zur Einschränkung der Handlungs- und Bewegungsfreiheit. 70 weitere Betten in 8 Pflegeheimen wurden als Pflegeheimbetten anerkannt, und hierfür erfolgten verschiedene Besuche und Kontrollen. Sämtliche Pflegeheime, Altersheime und Dienste für Pflege und Hilfe zu Hause erhielten Direktiven und Empfehlungen auf dem

Gebiet der Behandlung und Betreuung von abhängigen Betagten. Diese neuen Direktiven und Empfehlungen wurden von der Schweizerischen Akademie für medizinische Wissenschaften herausgegeben. Sie gelten künftig als Referenz für die ärztliche und pflegerische Ethik, ganz besonders gegenüber betagten Personen. Das Amt beteiligte sich weiterhin an der interkantonalen Arbeitsgruppe *Qualitätsüberwachung in Pflegeheimen* und trat der Arbeitsgruppe *Integration neuer Berufe des Gesundheitswesens in die Praxis* bei.

e) Prävention und Gesundheitsförderung

Im Laufe des Jahres 2004 wurden die Ergebnisse der Umfrage zur Gesundheit der Freiburger Schülerinnen und Schüler (11-16 Jahre) vorgestellt. Diese Untersuchung war von der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme durchgeführt und gemeinsam vom Bundesamt für Gesundheit und vom Kanton Freiburg finanziert worden. Die Untersuchung basierte auf den Aussagen von 1210 Jugendlichen (571 Knaben und 639 Mädchen), die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden und beiden Sprachregionen entstammten. Sie zeigte namentlich auf, dass schon im Alter von 11 Jahren ein Drittel der Kinder sich mehrmals wöchentlich müde fühlen, und im Alter von 16 Jahren sind es schon zwei Drittel. Müdigkeit ist das am häufigsten erwähnte Gesundheitsproblem, gefolgt von Einschlafschwierigkeiten. Mehr als 20 % der befragten Schülerinnen und Schüler erklären, dass ihr Vater oder Stiefvater zu viel raucht, und 35 %, dass er zu viel arbeitet. Die Umfrage ergab auch, dass sich die 16-jährigen Jugendlichen leicht einer gleichaltrigen befreundeten Person anvertrauen, und daher ist es wichtig, ihnen geeignete Begegnungsstätten wie Freizeitzentren oder Sportzentren zu gewährleisten. Mädchen haben grössere Schwierigkeiten, über ihre Sorgen zu sprechen, als Knaben. Wie in der ganzen Schweiz ist der Alkoholkonsum deutlich im Anstieg begriffen. Im Kanton Freiburg haben 30 % der Knaben und nahezu 14 % der Mädchen im Alter von 11 Jahren schon Alkohol getrunken. Zu den häufigsten Gründen, die Jugendliche zum Konsum verführen, gehört die Lust, alkoholische Getränke zu probieren und an besonderen Anlässen Alkohol zu trinken.

Diese Ergebnisse, die im Überblick auf der Website des Amtes eingesehen werden können (www.fr.ch/smc), sind eine wichtige Quelle von Bezugspunkten für die schulärztliche Betreuung und für alle, die sich mit der Suchtprävention befassen.

Das Amt beteiligte sich mit den übrigen Westschweizer Kantonen und in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik und dem Gesundheitsobservatorium an der Auswertung der schweizerischen Gesundheitsumfrage (15 Jahre und +). Die Ergebnisse dürften im Laufe des Jahres 2005 bekannt sein und sollen als Grundlage für die Festsetzung neuer Prioritäten für die Prävention im Kanton Freiburg dienen.

Im Januar 2004 startete die Kampagne für das systematische Brustkrebs-Screening mit Mammographie. Sie wird im Auftrag des Kantons von der Freiburgerischen Krebsliga durchgeführt. Die Finanzierung wird durch die Loterie

Romande, den Kanton, die Krankenkassen und die Patientinnen (12.40 Fr.) gesichert. Der Kantonsarzt führt den Vorsitz im Steuerungsausschuss für dieses Projekt. Diese über 2 Jahre gestaffelten Vorsorgeuntersuchungen betreffen 25 000 Frauen im Alter von 50 bis 70 Jahren. Im Jahr 2004 erzielte dieses Projekt trotz ein paar Startschwierigkeiten einen lebhaften Erfolg: 12 500 Frauen wurden eingeladen, 2019 unterzogen sich dem Screening, bei dem sich rund zehn krebserkrankte Fälle herausstellten (die weitere Betreuung erfolgt durch die behandelnden Ärzte). Ende 2004 meldeten sich wöchentlich rund 150 Frauen für eine Mammographie an. Die an dieser Kampagne mitwirkenden Zentren sind das Kantonsspital, das Spital des Freiburger Südens in Riaz, das Spital Meyriez, das interkantonale Spital der Broyeregion in Payerne, das Daler-Spital und das CIMED.

III. Schulzahnpflegedienst (SZPD)

1. Personal

Zum Personal gehören ein Dienstchef, ein Vertrauenszahnarzt mit Teilpensum, 3 Kieferorthopäden (einer davon mit Teilpensum), 8 Zahnärztinnen und Zahnärzte (2 davon teilszeitlich beschäftigt), 15 Zahnarztgehilfinnen (10 davon teilszeitlich beschäftigt), drei Lehrtöchter, 2 Zahnprophylaxe-Gehilfinnen in Teilzeitbeschäftigung und 4 Halbtagssekretärinnen.

2. Tätigkeit

Die Tätigkeit des Schulzahnpflegedienstes konzentriert sich im Wesentlichen auf die Prävention, die Förderung der Mund- und Zahnhygiene, die Bekämpfung der Karies, der Parodontitis und der Missbildungen des Gebisses. Zur effizienten Erfüllung seiner Aufgaben ist der Dienst in drei Sektoren unterteilt:

a) Prophylaxe

Die Zahnprophylaxe-Gehilfinnen unterweisen die Kinder des Kantons im schulpflichtigen Alter praktisch und theoretisch in Zahnhygiene. Vom Kindergarten bis zur 6. Primarklasse wird jede Klasse grundsätzlich einmal jährlich besucht. Wegen des laufenden Anstiegs der Schülerzahl brauchen die beiden Zahnprophylaxe-Gehilfinnen derzeit rund 18 bis 20 Monate für den Besuch sämtlicher Kinder des Kantons. Damit die Schülerinnen und Schüler das Gelernte in die Praxis umsetzen können, gibt der Dienst in präventiver Absicht und unentgeltlich an jedes Kind eine Zahnbürste und didaktisches Material ab. Die Zahnprophylaxe-Gehilfinnen besuchten 877 Klassen und unterwiesen 15 949 Schulkinder.

Dank der Prophylaxetätigkeit und auch der regelmässigen Kontrolle durch den Schulzahnarzt tritt die Karies bei den Kindern im Schulalter immer seltener auf. Hingegen ist Jahr für Jahr eine nach wie vor beunruhigende Zunahme der Karies bei Kleinkindern und Kindern im Vorschulalter festzustellen.

Im September dieses Jahres organisierte der Dienst in Freiburg den Westschweizer Tag der Prophylaxe. Rund 60 Spe-

zialistinnen und Spezialisten aus der ganzen Westschweiz nahmen teil. Diese Veranstaltung bot zum einen Gelegenheit, die in unserem Kanton geleistete Arbeit vorzustellen und an die wesentlichen Werte einer guten Zahnprophylaxe zu erinnern, zum anderen, eine Bilanz über die Gesundheit im Mund- und Zahnbereich, auf die Westschweiz bezogen, zu erstellen.

b) Zahnpflegedienst

Mit diesem Dienst steht den Kindern im schulpflichtigen Alter eine Infrastruktur für die Kontrolle und Behandlung von Zähnen und Zahnfleisch zur Verfügung. Zur Verfügung stehen drei mobile Zahnkliniken, von denen eine ausschliesslich für Kontrollen verwendet wird, und über sieben ortsfeste Zahnkliniken. Die mobilen Kliniken haben den Auftrag, alle Gemeinden des Kantons zu bedienen, die keinen Schulzahnarzt haben.

Im Jahr 2004 konnte der Dienst die Massnahmen zur Restrukturierung der in den letzten Jahren erstellten Zahnkliniken anpassen und verbessern. Das Konzept sieht vor, dass der Schulzahnpflegedienst mittelfristig die Gemeinden des Kantons nicht mehr mit mobilen Zahnkliniken bedient, sondern den Gemeinden, die keinen eigenen Schulzahnpflegedienst haben und nicht mit Privat Zahnärzten zusammenarbeiten möchten, vorschlägt, dass sie ihre Kinder in ortsfesten Praxen, die in mehreren Ortschaften des Kantons bestehen, kontrollieren und behandeln lassen. In der progressiven Reorganisation des Schulzahnpflegedienstes wurden schon mehrere Etappen überschritten:

- 1999: Zusammenfassung der Gemeinden des Plateaus von Marly zur Bedienung durch die Klinik von Marly;
- 2000: Reduktion der Fahrten der mobilen Klinik Nr. 2, welche den Glanebezirk bediente;
- 2001: Abschaffung der mobilen Klinik Nr. 1, die namentlich den Sense- und den Seebezirk bediente; die Kinder dieser Bezirke wurden von den ortsfesten Kliniken von Düdingen, Marly und Freiburg sowie von einer mobilen Klinik übernommen, die abwechselnd in Tafers, Wünnewil und Schmitten stationiert ist;
- 2002: Zusammenfassung der Kinder von La Tour-de-Trême auf die Klinik von Bulle und der Kinder von Granges-Paccot auf die Klinik von Villars-sur-Glâne;
- 2003: Abschaffung der mobilen Kliniken Nr. 2 und 4, welche den Glane- bzw. den Greyerzbezirk bedienten und durch ortsfeste Zahnkliniken ersetzt wurden. Die Zahnkontrollen werden in diesen beiden Bezirken nach wie vor mit Hilfe eines hierfür ausgerüsteten Wohnmobils sichergestellt. Einrichtung einer Praxis im Kollegium des Südens in Bulle für die Ausübung der Kieferorthopädie.

Mit Befriedigung ist festzustellen, dass die verschiedenen Restrukturierungen Jahr für Jahr einen erfreulichen Anstieg der Patientenzahl gebracht und die Rentabilität des

Dienstes spürbar verbessert haben. Doch muss dieser Optimismus gedämpft werden, denn als Opfer seines Erfolgs hat der Dienst Mühe in der Bewältigung der Nachfrage. Er kann die Kinder nicht mehr so kontrollieren und behandeln, wie es dem Gesetz entspräche. Dieses verlangt, dass der Schulzahnarzt das Gebiss der Kinder mindestens einmal jährlich überprüft.

Im Lauf des Sommers wurde die Klinik von Villars-sur-Glâne vollständig renoviert und mit Installationen der neuesten Generation ausgerüstet.

Zum ersten Mal im Kanton kontrollierte und versorgte die Klinik von Marly die Kinder nach den von der WHO definierten Kriterien. Die so erhaltenen Daten werden es ermöglichen, eine vergleichende Studie zwischen einer schweizerischen Region und verschiedenen Regionen des Globus über die Entwicklung der Karies anzufertigen.

Die Fahrten der mobilen Kliniken nahmen nochmals spürbar ab. Ihre Zahl ging von 111 im Jahr 2000, auf 69 im Jahr 2001, 64 im Jahr 2002, 36 im Jahr 2003 und 34 im Jahr 2004 zurück.

Im Jahr 2004 kontrollierte der Schulzahnpflegedienst 8155 Kinder, und 6673 Kinder erhielten die geeignete Behandlung.

c) Kieferorthopädische Versorgung

Die in der Pérolles-Strasse 23 in Freiburg befindliche kieferorthopädische Klinik ist auf die Behandlung dentofazialer Missbildungen spezialisiert.

Dieses Jahr wurde der Klinikbetrieb durch den plötzlichen Abgang eines der drei Kieferorthopäden im Mai erheblich gestört. Um Abhilfe zu schaffen und vor allem die Kinder nicht unversorgt zu lassen, waren die zwei verbleibenden Kieferorthopäden gezwungen, eine erhebliche Mehrbelastung auf sich zu nehmen. Dank den gemeinsamen Anstrengungen des ganzen Personals der kieferorthopädischen Klinik musste kein einziger Patient wirklich unter dieser Situation leiden.

Im Jahr 2004 stieg die Zahl von Patientinnen und Patienten, die eine kieferorthopädische Behandlung wünschen, leicht an. Zum ersten Mal seit langem stehen noch mehr als 100 Patienten auf einer Warteliste. Der Umsatz der kieferorthopädischen Klinik beläuft sich auf 1 559 381 Franken. 2253 Kinder wurden im Laufe von 8025 Sitzungen behandelt.

Kliniken	1. Total der Kinder, die die Möglichkeit hatten, die Schulzahnklinik zu beanspruchen 2 + 5	2. In der Schulzahnklinik kontrollierte Kinder 3 + 4	3. In der Schulzahnklinik behandelte Kinder	4. In der Schulzahnklinik kontrollierte und privat behandelte Kinder	5. Privat kontrollierte und behandelte Kinder (mit Bestätigung)	Total der Rechnungen	In der Schulzahnklinik behandelte + kontrollierte Kinder in %
Freiburg	1 733	1 264	1 165	92	469	267 483.20	72,94 %
Romont / Glâne	1 404	812	678	43	592	185 568.35	57,83 %
Nr. 3 Saane	1 776	940	661	277	836	173 741.30	52,93 %
Vudalla Bulle / Greyerz	1 596	928	714	170	668	167 500.40	58,15 %
Nr. 5 Broye	2 246	991	909	82	1 255	145 224.30	44,12 %
Nr. 8 Marly, Do. + Fr.	942	511	396	115	431	89 054.75	54,25 %
Nr. 9 Villars-s-Glâne, Mo. + Di.	989	726	514	212	263	118 100.15	73,41 %
Collège Sud Bulle / Greyerz	3 020	1 175	1 052	106	1 845	220 013.25	38,91 %
Nr. 11 Düdingen, Mi., Do. + Fr.	3 697	913	663	250	2 784	90 375.00	24,70 %
Total	17 403	8 260	6 752	1 347	9 143	1 457 060.70	47,46 %

IV. Psychosozialer Dienst (PSD)

Der Psychosoziale Dienst (PSD) ist ein öffentlicher Dienst für ambulante Psychiatrie. Er übernimmt das ganze Spektrum psychiatrischer Störungen, mit einem besonderen Akzent jedoch auf Notsituationen, auf Fällen, die sozialer Interventionen bedürfen, und auf Fällen von Drogenabhängigkeit. Er stellt auch die psychiatrischen Konsultationen in den öffentlichen Spitälern und Institutionen sicher.

Der PSD entfaltet seine Tätigkeit an mehreren Standorten: im Beratungsdienst in der Stadt Freiburg, dem auch die Beratungsstelle für Drogenabhängige (UST) und die

Zweigstellen von Estavayer-le-Lac und Meyriez angehören, im Beratungsdienst in Bulle, im Kantonsspital und in anderen Spitälern und Institutionen.

1. Personal

Am Standort Freiburg-Stadt und in den angeschlossenen Einheiten arbeiten ein Chefarzt-Direktor, ein Chefarzt-Vizedirektor, ein Leitender Arzt, zwei Ständige Ärzte (teilzeitlich), zwei Oberärztinnen (teilzeitlich), vier Assistenzärzte mit vollem Pensum und ein Assistenzarzt mit Teilpensum sowie zwei Psychologen mit halbem Pensum. Die 2,1 für die Sozialarbeit bestimmten Stellen werden von

drei Sozialarbeitern mit Teilpensen besetzt. Zwei verantwortliche Krankenpfleger sowie sieben weitere Fachpersonen für Pflege teilen die Arbeit von 7 Vollzeitstellen unter sich auf.

Der Adjunkt des Dienstchefs ist für die Verwaltungsgeschäfte aller Abteilungen des Dienstes und die Personalverwaltung zuständig. Vier Sekretärinnen und eine Empfangssekretärin in Teilzeitbeschäftigung teilen die Verwaltungsarbeit unter sich auf. Eine Verwaltungsangestellte mit Teilpensum befasst sich mit der Erfassung und Verrechnung der Leistungen und mit dem Debitorenwesen.

Die Beratungsstelle für Drogenabhängige (UST) untersteht der Verantwortung des Chefarzt-Vizedirektors. Angegeschlossen sind drei Assistenzärzte mit Teilpensum, ein Psychologe, mehrere Fachpersonen für Krankenpflege (insgesamt vier Vollzeitstellen), darunter der verantwortliche Krankenpfleger, sowie eine Sekretärin mit halbem Pensum. Für die soziale Begleitung arbeitet die UST mit dem Sozialdienst der Stiftung «Le Tremplin» zusammen.

Der Leitende Arzt ist für die liaison-psychiatrischen Konsultationen am Kantonsspital zuständig und wendet dafür 60 % seiner Arbeitszeit auf. Er wird durch einen Assistenzarzt zu 50 % unterstützt.

Die ärztliche Sprechstunde der Zweigstelle in Estavayer-le-Lac wird von einer Oberärztin an zwei Tagen pro Woche wahrgenommen, diejenige in Meyriez durch einen Ständigen Arzt zu 40 %.

Der Psychosoziale Dienst in Bulle umfasst einen ärztlichen Vizedirektor, eine Oberärztin und einen Assistenzarzt mit vollem Pensum sowie eine Psychologin, eine Sozialarbeiterin und zwei Krankenschwestern mit Teilpensum. Zwei Sekretärinnen mit Teilpensum sind für die administrativen Aufgaben und die Erfassung der Leistungen zuständig.

Im Laufe des Jahres absolvierten zwei Psychologie-Stagiaires sowie zwei Studierende der Fachhochschule für Gesundheit ein Praktikum beim PSD Freiburg.

Der PSD Bulle hatte eine Studierende der Krankenpflege als Praktikantin zu betreuen. An der UST absolvierten drei Studierende der Krankenpflege und fünf Studierende des Psychologischen Instituts der Universität ein Praktikum.

Um den Personalmangel in den Beratungsdiensten Freiburg und Bulle wettzumachen, wurde der Verwaltungssektor von zwei Sekretärinnen im Rahmen eines Beschäftigungspraktikums unterstützt. Diese Praktika erfolgten innerhalb eines kantonalen Qualifizierungsprogramms gemäss dem Gesetz über Beschäftigung und Arbeitslosenhilfe (BAHG).

2. Haupttätigkeiten

a) Gesamtüberblick

Am 1. Januar 2004 wurde der neue Medizinaltarif TAR-MED im PSD eingeführt. Mehrere Neuerungen erweisen sich als sehr interessant für den Dienst. So werden etliche vom Pflegepersonal und von den Sozialarbeitern erteilte Leistungen jetzt von den Versicherungen übernommen. Es ist jetzt auch möglich, in Abwesenheit des Patienten erteil-

te Leistungen zu verrechnen – wie zum Beispiel Kontakte mit Angehörigen oder anderen Akteuren –, wie sie im PSD häufig vorkommen. Andere Leistungen wie etwa Gruppentherapien werden besser vergütet. Das neue Tarifsysteem erforderte eine erhebliche Neuorganisation auf administrativer Ebene und verlangte allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern grosse Anstrengungen ab. Die Leistungen müssen mehrheitlich in Minuten erfasst werden, sie sind viel zahlreicher und präziser aufgeschlüsselt. Dadurch hat sich die administrative Belastung stark erhöht. Dafür ist die statistische Erfassung der Leistungen vollständiger und detaillierter geworden.

Die bezifferten Ergebnisse der Tätigkeit sind wegen dieser Änderungen mit denen des Vorjahrs nicht ganz vergleichbar. Sie geben aber eine allgemeine Vorstellung über die Entwicklung.

Auf klinischer Ebene hat sich die Zahl der neuen Fälle nach einem starken Anstieg in den letzten Jahren (+ 64 % zwischen 1998 und 2003) im Jahr 2004 stabilisiert (2426, gegenüber 2423 im Jahr 2003). Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Nachfrage nach psychiatrischer Versorgung nicht mehr gestiegen ist, sondern eher, dass die vom PSD seit einigen Jahren betriebene Politik der Zusammenarbeit mit anderen Akteuren allmählich ihre Früchte trägt. So konnten vermehrt Personen, die sich an den Dienst wandten, Hilfe bei externen Therapeuten finden.

Die Zahl neuer Fälle ist deutlich zurückgegangen beim PSD der Stadt Freiburg (– 6 %) und in Bulle (– 10,8 %), gestiegen jedoch ist sie vor allem in Meyriez (+ 90 %) und bei der UST, wo derzeit ein breiteres Angebot in der Betreuung von suchbedingten Störungen eingeführt wird.

Trotz der Stabilisierung der Zahl neuer Fälle haben die ärztlichen Leistungen zugenommen (+ 18 %). Daraus ergibt sich ein Anstieg der durchschnittlichen Anzahl von Konsultationen je Fall, von 5,8 im Jahr 2003 auf 7 im Jahr 2004. Dies bedeutet eine Verbesserung der Versorgungsqualität insofern, als es weniger dringlich ist, die Konsultationen in ihrer Dauer und Intensität einzuschränken.

Seit Mai 2004 wirken die niedergelassenen Psychiaterinnen und Psychiater am psychiatrischen Bereitschaftsdienst mit, der vorher ausschliesslich vom PSD wahrgenommen wurde. Eine Aufgabenverteilung erfolgte für die Interventionen während der Nacht und an Wochenenden: der PSD befasst sich mit den Fällen, die an die Notfalldienste der Spitäler gelangen, und die Privatpsychiater unterstützen ihre allgemeinmedizinischen Berufskollegen bei den übrigen Notfällen. Vorläufig jedoch bringt diese willkommene Zusammenarbeit dem PSD noch keine nennenswerte Entlastung von dem starken Druck auf diesem Gebiet. So stellten sich 31 % der neuen Fälle als Notfälle ein (2003: 32 %) und 5,3 % als Quasi-Notfälle, das heisst mit einem Versorgungsbedarf innert 48 Stunden (2003: 4,4 %).

Das vor drei Jahren eingeführte System für die Gewährleistung der Verfügbarkeit des Dienstes ist nach wie vor aktuell: Beurteilung der Vorrangigkeit von Anrufen, Weiterleitung an externe Therapeutinnen und Therapeuten, kurzzeitige Übernahmen, Delegation und Zusammenarbeit mit externen Ärzten und Psychologen.

Der 20. Geburtstag des PSD Bulle, der in Anwesenheit der Direktorin für Gesundheit und Soziales im November gefeiert wurde, bot Gelegenheit, daran zu erinnern, dass die Zugänglichkeit der psychiatrischen Versorgung seit langem ein Anliegen der Regierung ist. Dieses Jahr konnte diese Zugänglichkeit durch die Ausweitung des Angebots in der Zweigstelle Meyriez verbessert werden, wo der Ständige Arzt nun zu 40 % beschäftigt ist (vorher: 30 %). Im Zentralgefängnis wurde eine wöchentliche, von einem Assistenzarzt sichergestellte Sprechstunde an Ort und Stelle eingeführt, so dass ein kostenaufwändiger und zuweilen gefährlicher Transfer Inhaftierter zum PSD vermieden werden kann. Die Zusammenarbeit mit dem Gefängnispersonal und insbesondere mit dessen Krankenschwester ist enger geworden. Was die Liaison-Psychiatrie angeht, so wird die Zuteilung einer halben Oberarztstelle es ermöglichen, diese Tätigkeit am Spital des Freiburger Südens (HSF) auszubauen, wo sie bisher von zwei Ärzten des Spitals Marsens ausgeübt wurde. Gespräche mit dem HSF über die Modalitäten der Organisation dieser neuen Leistung sind im Gang.

Um den Dienst in der Öffentlichkeit besser bekannt zu machen, ist ein Faltblatt in Vorbereitung, welches die Therapieangebote in deutscher und französischer Sprache vorstellen soll.

Die Zahl der vom PSD getätigten Hospitalisationen betrug 437 (2003: 485). Der verzeichnete Rückgang erklärt sich namentlich dadurch, dass sich die privat niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte seit Mai am psychiatrischen Bereitschaftsdienst beteiligen. Die Spitaleinweisungen fanden hauptsächlich in Marsens statt (413). Der Anteil der Massnahmen fürsorglicher Freiheitsentziehung ist hoch (172), gegenüber dem Jahr 2003 (213) jedoch rückläufig. Diese immer noch hohe Zahl spiegelt die Tendenz zur erhöhten Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft, wobei sich das gewalttätige Verhalten entweder als nach aussen gerichtete Aggressivität äussert (z. B. gegenüber Angehörigen, Behördenvertretern) oder in Form der Selbstschädigung (Suizidandrohungen oder -versuche).

Die von der Polizei, den Gefängnissen oder Untersuchungsrichtern verlangten Konsultationen, die häufig mit solchen Verhaltensweisen im Zusammenhang stehen, beliefen sich im Jahr 2004 auf insgesamt 181 (2003: 200).

In diesem Zusammenhang war die Sicherheit des Personals Gegenstand von Diskussionen und eine Reihe vorbeugender Massnahmen (Haltung gegenüber Patientinnen und Patienten, Verhalten im Fall von Drohungen, Verbesserung des Alarmsystems) wurden beschlossen.

Die Zahl der Leistungen des Pflegepersonals ist insgesamt rückläufig (von 34 641 auf 30 170). Dies erklärt sich hauptsächlich durch die abnehmende Methadonabgabe in der UST (17 704, - 4346) und am Standort Bulle (1543, - 674) aufgrund der Stabilisierung der Zahl in Behandlung

stehender Drogenabhängiger und der Politik des Dienstes, vermehrt die Apotheken mit der Abgabe von Substitutionsprodukten zu betrauen. Die übrigen pflegerischen Leistungen sind dagegen von 10 371 auf 10 923 gestiegen.

Die Personalausbildung nimmt nach wie vor einen wichtigen Platz ein. Mehrere Ärzte absolvierten spezifische Ausbildungen in systemischer Therapie, kognitiver Verhaltenstherapie oder psychodynamisch orientierter Therapie. Die Pflegefachpersonen vertieften ihre Grundausbildung in kognitiver Verhaltenstherapie durch spezifische Module und Supervisionen. Für die Betreuung von Borderline-Personen wurde die multidisziplinäre Zusammenarbeit durch gemeinsame Ausbildungen und Supervisionen unterstützt.

Im Rahmen der Lunchmeetings des PSD wurden sieben Referate organisiert, zu denen sich externe Psychiaterinnen und Psychiater und das Personal des Dienstes einstellten.

Im Präventionsbereich hat der Dienst aktiv an den kantonalen Tagungen über Suizidprävention (PRESUIFRI) mitgewirkt, die starken Anklang fanden. Die im letzten Jahr begonnene Forschungsarbeit über die Entwicklung der Suizidanten, die im Kantonsspital von den Ärzten des PSD untersucht worden sind, lief weiter und erbringt erste interessante Ergebnisse, die veröffentlicht werden könnten. Ebenfalls im Forschungsbereich hat der PSD auch an der Evaluation medikamentöser Behandlungen bei Schizophrenie und bipolaren Störungen mitgewirkt und zwei Studien über chronische Schmerzen bei drogenabhängigen Personen und über die Interaktion zwischen Neuroleptika und Methadon durchgeführt.

Im Jahr 2003 hatte der Dienst den Besuch einer Spezialistendelegation der WHO erhalten, die von der Direktion für Gesundheit und Soziales beauftragt war, die freiburgische Psychiatrie zu beurteilen und Vorschläge für deren Zukunft zu machen. Zu Beginn dieses Jahres hat diese Delegation ihren Bericht eingereicht. Dieser empfiehlt namentlich den Ausbau der ambulanten und der Liaison-Psychiatrie und die Arbeit in vernetzter Form. Diese Schlussfolgerungen sollten in den Vorentwurf des Gesetzes über die Organisation der Pflege im Bereich der psychischen Gesundheit eingehen.

b) Statistik

Die Statistiktabelle geben die Tätigkeit des PSD genauer wieder. Mit Ausnahme der die neuen Fälle betreffenden Tabelle beinhalten sie nicht die Tätigkeit am Kantonsspital, denn bestimmte statistische Informationen werden für die dort untersuchten Patientinnen und Patienten nicht registriert. Mit der Einführung des TARMED haben sich die Definition der Leistungen und die Art ihrer Registrierung gegenüber 2003 sehr geändert, so dass die Vergleiche mit den Zahlen des Vorjahres nicht immer ein getreues Abbild der Entwicklung geben.

Neue Fälle:

	Freiburg	Estavayer	Meyriez	UST	Bulle	HCF	Total
Psychische Störungen	1 050	88	80	106	379	664	2 367
OHG-Fälle	59	–	–	–	–	–	59
Total	1 109	88	80	106	379	664	2 426
im Jahr 2003	1 177	86	42	79	425	614	2 423

Die Gesamtzahlen belegen eine Stabilisierung insgesamt der Anzahl neuer Fälle, mit einem leichten Rückgang an den Standorten Freiburg und Bulle, einer Verdoppelung jedoch in Meyriez in Verbindung mit der Entwicklung dieser Zweigstelle.

Ärztliche Leistungen:

	Freiburg	Estavayer	Meyriez	UST	Bulle	HCF	Total
Einzelkonsultationen	5 414	419	424	718	3 230	773	10 978
Not- oder Krisenkonsultationen	423	18	2	42	241	–	726
Paar- oder Familienkonsultationen	107	–	–	–	6	–	113
Gruppentherapie	114	–	–	1	–	–	115
Konsultationen extern	17	3	1	2	8	–	31
Andere Leistungen	1 296	248	93	1 024	2 016	–	4 677
Total	7 371	688	520	1 787	5 501	773	16 640
im Jahr 2003	8 124	482	206	857	3 696	698	14 063

Die Gesamtzahl der Leistungen hat gegenüber 2003 um 18 % zugenommen, doch ist daran zu erinnern, dass sich die Art der Leistungsabrechnung durch die Einführung des TAR MED geändert hat. Die Ergebnisse sind somit nicht völlig vergleichbar.

Gutachten:

	Freiburg	Bulle	Total
IV-Gutachten	35	4	39
Gerichtliche Gutachten	13	–	13
Andere Gutachten	8	1	9
Total	56	5	61
im Jahr 2003	35	11	46

Die Gesamtzahl der Gutachten hat um 60 % zugenommen. Dies spiegelt eine steigende Nachfrage von Seiten der IV sowie der Gerichtsbehörden wider. Der PSD ist weit davon entfernt, sämtlichen Anfragen auf diesem Gebiet entsprechen zu können, und die Wartefristen sind oft erheblich.

Soziale Leistungen:

	Freiburg	Estavayer	Meyriez	UST	Bulle	Total
Soziale Konsultationen	138	–	1	–	166	305
Gruppenkonsultationen	17	–	1	–	4	22
Gruppentherapie	83	–	–	–	105	188
OHG-Konsultationen	365	–	–	–	–	365
Total	603	–	2	–	275	880
im Jahr 2003	693	–	–	–	268	961

Die Tabelle zeigt eine Stabilisierung der sozialen Leistungen in Bulle und einen Rückgang in Freiburg aufgrund von Rücktritten und Mutationen beim Sozialarbeitpersonal. Die OHG-Konsultationen haben jedoch um 18 % zugenommen.

Psychologische Leistungen:

	Freiburg	Estavayer	Meyriez	UST	Bulle	Total
Einzeltherapie	381	1	–	84	405	871
Paar-/ Familientherapie	24	–	–	10	2	36
Gruppentherapie	311	19	–	–	19	349
Tests	19	–	–	–	1	20
Testanalysen	25	–	–	–	1	26
Andere Leistungen	115	–	–	92	32	239
Total	875	20	–	186	460	1 541
im Jahr 2003	1 485	–	–	164	568	2 217

Die Gesamtzahl der Leistungen hat abgenommen, namentlich wegen des erheblichen Einsatzes der Psychologinnen und Psychologen in der internen Ausbildungstätigkeit (Praktikanten) und der Mitwirkung der am Standort Freiburg tätigen Psychologin an den laufenden Forschungsarbeiten im Dienst über Suizidversuche.

Leistungen der Krankenpflege:

	Freiburg	Estavayer	Meyriez	UST	Bulle	Total
Methadon, Buprenorphin	–	–	–	17 704	1 543	19 247
Antabus	537	–	–	6	545	1 088
Andere Medikamente	2 464	1	–	875	1 519	4 859
Injektionen, Blutentnahmen	723	19	–	116	538	1 396
Infusionen	36	–	–	–	17	53
Urinkontrollen	146	–	–	110	88	344
Körperzentrierte Therapien	62	–	–	–	136	198
Gespräche	661	23	15	625	327	1 651
Gruppentherapie	609	15	5	–	235	864
Andere Leistungen	148	1	1	69	251	470
Total	5 386	59	21	19 505	5 199	30 170
im Jahr 2003	6 276	4	5	22 920	5 436	34 641

Wegen der Einführung des TARMED ist der Vergleich mit den Resultaten der Vorjahre heikel. Zu verzeichnen ist ein Rückgang insgesamt der Leistungen, hauptsächlich wegen der geringeren Methadon-Abgabe in der UST (– 4346) und in Bulle (– 674). Die übrigen Leistungen der Krankenpflege haben leicht zugenommen (von 10 371 auf 10 923).

Verteilung der Diagnosen der neuen Fälle nach ICD-10:

F 0	Organische psychische Störungen	1,2 %
F 1	Störungen durch psychotrope Substanzen	14,2 %
	davon F 10: Alkohol	7,2 %
	davon F 11: Opiate	3,8 %
F 2	Nichtorganische Psychosen	7,1 %
	davon F 20: Schizophrenien	3,6 %
F 3	Affektive Störungen	21,7 %
	davon F 32: depressive Episoden	11,2 %
F 4	Neurotische und reaktive Störungen	36,0 %
	davon F 43: reaktive Störungen	27,0 %
F 5	Essstörungen, sexuelle Störungen und Verhaltensauffälligkeiten	1,1 %
F 6	Persönlichkeitsstörungen	6,1 %
F 7	Intelligenzminderung	0,4 %
F 8-9	Störungen mit Beginn in der Kindheit	0,4 %
Andere	Andere und ohne Diagnose	11,8 %

Diese Tabelle zeigt die Diagnosen, die der Behandlung oder Untersuchung der neuen Fälle des PSD insgesamt zugrunde lagen, mit Ausnahme der Konsultationen im Kantonsspital. Wie in den Vorjahren stehen die neurotischen und reaktiven Störungen klar an der Spitze (36 %), gefolgt von den affektiven Störungen (21,7 %) und Störungen, die auf den Missbrauch von Substanzen zurückzuführen sind (14,2 %).

Wohnort der Patienten nach Bezirk:

Saane:	44,9 %
Greizer:	17,5 %
Sense:	4,8 %
Broye:	9,4 %

Glane:	5,7 %
See:	8,7 %
Vivisbach:	4,1 %
Ausserkantonal:	4,6 %

Die Patientinnen und Patienten aus den deutschsprachigen Bezirken (See, Sense) sowie aus den Bezirken, in denen der PSD keine Zweigstelle unterhält (Glane, Vivisbach), sind deutlich untervertreten. Der Anteil des Seebezirks jedoch ist infolge der Eröffnung der Zweigstelle Meyriez im Anstieg begriffen (von 6,2 % im Jahr 2003 auf 8,7 %).

Sprache:

Insgesamt machen die deutschsprachigen Patientinnen und Patienten nur 11,5 % der Klientel aus (11,4 % am Standort Freiburg). Ihr Anteil ist jedoch gegenüber 2002 (8,4 %) und 2003 (10,2 %) leicht gestiegen.

Nationalität:

Der Ausländeranteil beträgt insgesamt 29,2 % (2003: 32,6 %), davon 32 % in Freiburg und 26,6 % in Bulle. 68 Nationalitäten sind vertreten, mit allen damit verbundenen Sprachproblemen.

Aufnahmeart:

31,2 % der neuen Fälle wurden notfallmässig, 5,3 % quasi notfallmässig (innert 48 Stunden) aufgenommen. Diese Zahlen belegen die Rolle des PSD in Krisensituationen.

Herkunft der Nachfragen:

Zum grossen Teil wenden sich die Patientinnen und Patienten aus eigener Initiative an den PSD (31 %); 19,3 % werden von ihrem behandelnden Arzt geschickt und 6,7 % von ihrer Familie. 5,8 % wurden auf Verlangen der Polizei untersucht.

Soziale Situation:

Mit 7,7 % sind Arbeitslose unter den Patientinnen und Patienten stärker vertreten als in der Freiburger Bevölkerung insgesamt, ebenso die Bezügerinnen und Bezüger von IV-Leistungen (6,6 %) und die Asylsuchenden (3,8 %). Die letztere Gruppe ist gegenüber 2003 (4,8 %) rückläufig.

Alter und Geschlecht:

Das Durchschnittsalter der Patientinnen und Patienten ist niedrig: 8,4 % sind unter 20, 21,7 % unter 25, 33,8 % unter 30 und 47,6 % unter 35 Jahre alt. Nur 5 % zählen mehr als 65 Jahre. Das Durchschnittsalter ist seit dem letzten Jahr leicht gestiegen (2003: 52 % von unter 35 Jahren). Die Männer sind mit 50,5 % etwas stärker vertreten als die Frauen.

c) Beratungsstelle Stadt Freiburg

Verzeichnet wird hier ein leichter Rückgang neuer Fälle mit psychischen Störungen (– 6 %). Dieser Rückgang wird zum Teil kompensiert durch den in Meyriez festgestellten Anstieg, wo der zuständige Arzt seinen Tätigkeitsgrad erhöht hat, zu Ungunsten des Standortes Freiburg, wo er auch beschäftigt ist.

Auf therapeutischer Ebene wurde der Akzent insbesondere bei Krisensituationen auf die pluridisziplinäre Arbeit gelegt. Die Zusammenarbeit zwischen Berufskategorien richtete sich auf die Schaffung eines gemeinsamen Arbeitsinstruments, des interdisziplinären Bordjournals (CIB), das künftig informatisiert wird.

Psychologin

Zusätzlich zu ihren verschiedenen Aufgaben (Durchführung von Tests, Psychotherapien und Gruppenanimation) überwacht die Psychologin regelmässig die für eine Dauer von sechs Monaten angestellten Psychologie-Praktikantinnen und -Praktikanten. Sie wirkte aktiv in der laufenden Forschung über Suizidversuche mit – Suizidversuche, die eine erhebliche Arbeitsbelastung für den PSD mit sich bringen. Sie bildet auch zwei Mitarbeiterinnen des PSD Bulle in der Animation der Gruppe «Umgang mit Emotionen» aus, da geplant ist, diese Gruppe an diesem Standort auszudehnen.

Therapiegruppen

Die Therapiegruppen sind ein spezifisches und bewährtes Angebot des PSD und erlauben es, einem wachsenden Hilfe- und Pflegebedarf auf wirtschaftliche Weise zu entsprechen.

Die unterschiedlichen Gruppen werden jeweils nach ihren spezifischen psychologischen Problemen gebildet, die unabhängig von diagnostischen Kategorien häufig bei den Patientinnen und Patienten anzutreffen sind. Sie beruhen auf gut strukturierten Modulen kognitiv-verhaltenstherapeutischer Art. Geleitet werden sie von Psychologinnen und Psychologen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern und von Pflegefachpersonen unter ärztlicher Supervision.

Die deutschsprachige «Gesprächsgruppe» endete im Laufe des Sommers und wird durch eine neue deutschsprachige Gruppe ersetzt, die dem Thema Selbstwertgefühl und Selbstbehauptung gilt.

Die für Borderline-Persönlichkeiten bestimmte Gruppe «Umgang mit Emotionen» entspricht einem grossen Therapiebedarf für diese schwierigen Fälle. Mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben ihre Ausbildung für die Animation dieser Gruppe vertieft.

Die Gruppen «Selbstbehauptung» und «Entspannung» sind hilfreich bei Schwierigkeiten, die sich quer durch ein breites Spektrum von Diagnosen finden.

Die Gruppen «Alkoholmissbrauch» mussten während des Jahres wegen Abgängen von Sozialarbeit-Personal, das sie geleitet hatte, eingestellt werden.

	Anzahl Sitzungen	Mittlere Anzahl Teilnehmende je Sitzung
Gesprächsgruppe (deutsch)	13	7,2
Umgang mit Emotionen	31	6
Selbstbehauptung	20	9,8
Entspannung	34	4,4

Soziale Begleitung

Am Standort Freiburg litt die Zahl der sozialen Leistungen weiterhin am Personalmangel, dies wegen dreier Abgänge im Laufe des Jahres und interner Restrukturierungen der sozialen Tätigkeit (neue Anstellungen ab September 2004, nicht ersetzte Tätigkeitsgradprozente wegen voraussichtlichem Transfer der OHG-Tätigkeit an das JugA). Die von dem neuen Sozialarbeiterinnenteam (2 Sozialarbeiterinnen zu insgesamt 130 %) geleistete soziale Begleitung nimmt allmählich wieder einen wichtigeren Platz in der interdisziplinären Tätigkeit des Dienstes ein.

d) Beratungsstelle für Drogenabhängige (UST)

Im Jahr 2004 setzte die UST ihre Tätigkeit in der Betreuung drogenabhängiger Personen fort. Sie zentriert sich hauptsächlich auf den Empfang, die Orientierung und die Betreuung von Personen, die von Opiaten abhängig sind. Sie empfängt aber auch Personen mit anderen Suchtformen, einschliesslich des missbräuchlichen Konsums anderer Substanzen wie Cannabis, Kokain oder synthetische Drogen. Die Therapieprogramme beruhen hauptsächlich auf der Abgabe von Methadon und Buprenorphin, zwei Heroinsubstituten. Die Personen unterziehen sich einer Behandlung, die psychologische Gespräche beinhaltet, und erhalten eine Substitutionsmedikation.

2004 wurden in der UST 250 Patientinnen und Patienten behandelt. Dies bedeutet eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr (240). Berücksichtigt man die Zahl der neuen Fälle (106), so ist diese Zunahme beträchtlich zu nennen (79 im Vorjahr). Unter diesen neuen Fällen betreffen die Anfragen immer häufiger Probleme des missbräuchlichen Konsums von Cannabis und Kokain.

Interessant zu wissen ist, dass im Jahr 2004 20 % der behandelten Personen Frauen waren, die Hälfte davon

Familienmütter. Die männlichen Patienten sind zu einem Viertel Väter. Ohne Unterscheidung nach Geschlecht sind 32,3 % der Patientinnen und Patienten Eltern. Unter ihnen leben die Hälfte mit ihrem oder ihren Kindern, die andere Hälfte hat das elterliche Sorgerecht verloren, und die Kinder sind in einer Krippe, einem Heim oder einer Pflegefamilie untergebracht. Bei 6 % dieser Eltern werden beide Elternteile von der UST betreut. Schliesslich hatte die UST auch 4 schwangere Frauen in Behandlung (Stand Ende 2004).

Im Laufe des Jahres 2004 starben 10 Patientinnen und Patienten an einem Unfall, einer Überdosis oder durch Suizid. Diese Zahl ist im Anstieg begriffen. Solche Todesfälle sind der schmerzliche Schlusspunkt einer manchmal sehr lange dauernden Betreuung. Die Gesamtzahl der ärztlichen Leistungen hat zugenommen, im Gegensatz zu den Leistungen der Krankenpflege, deren Rückgang hauptsächlich auf den Rückgang der Methadon-Abgabe zurückzuführen ist. Im Laufe des vergangenen Jahres haben mehrere Ereignisse das Leben der UST geprägt. Zunächst auf der Ebene des Leistungsangebots, wo das Programm der Substitutionsbehandlung mit intravenös verabreichtem Methadon aufgehoben wurde. Da im Laufe des Jahres keine neue Behandlungsnachfrage für diese Art der Methadonverabreichung erfolgte und die Zahl der intravenös behandelten Patientinnen und Patienten zurückging, wurde beschlossen, auf diese Leistung zu verzichten. Die im Jahr 2003 beobachteten positiven Auswirkungen der Änderung in der galenischen Form des Methadon, das heisst des Übergangs von der flüssigen Form zu Gelatinekapseln, haben sich bestätigt. Im Jahr 2004 war das Klima auch weniger von Spannungen und Aggressivität geprägt, was gewiss auf eine wirksamere Betreuung und noch besser strukturierte Programme zurückzuführen ist.

Die UST beteiligte sich an der Kontaktgruppe des Alt-Quartiers. Ihr Engagement im Quartierleben stellt einen zentralen Faktor für die Integration der medizinischen Einrichtung in der allgemeinen Bevölkerung dar. Wenn es im Jahr 2004 kein besonderes Vorkommnis im Zusammenhang mit der von der UST betreuten Population zu vermelden gibt, so ist dies unter anderem einer Präventionsarbeit zu verdanken, die aufgrund einer Initiative der Kontaktgruppe des Alt-Quartiers entfaltet wurde.

Nach wie vor ist die UST auch eine Forschungsstätte, und zwei Studien wurden durchgeführt: eine Studie über chronische Schmerzen bei drogenabhängigen Patientinnen und Patienten und eine Studie über die Interaktion zwischen Neuroleptika und Methadon.

Im Laufe des Jahres betreute die UST drei Krankenpflege- und fünf Psychologiepraktikantinnen und -praktikanten während kürzerer oder längerer Zeit. Trotz der Mehrarbeit, die dadurch für das ständige Personal der UST anfällt, ist es wichtig, dieses Praktikumsangebot beizubehalten, denn die meisten Absolventinnen und Absolventen haben nach ihrem Praktikum eine veränderte Wahrnehmung in Bezug auf Drogenabhängige. Dies wird dank diesen künftigen Berufspersonen, die Gelegenheit hatten, sich mit der Betreuung einer oft marginalisierten Population vertraut zu machen, auch zu einer besseren Integration drogenabhängiger Personen in die Gesellschaft beitragen.

e) *Konsultation am Kantonsspital*

Die liaison-psychiatrischen Konsultationen am Kantonsspital wurden von einem Leitenden Arzt in Zusammenarbeit mit einem Assistenzarzt des PSD durchgeführt. Die bereitschaftsdienstlichen Einsätze der Assistenzärzte des PSD in der Notfallabteilung des Kantonsspitals sind in der Statistik 2004 enthalten.

Die Gesamtzahl der im Jahr 2004 erteilten Liaison-Konsultationen ist auf 773 gestiegen. Es wurden 664 neue Fälle und 109 Folgekonsultationen verzeichnet. 209 Konsultationen erfolgten in der Notfallabteilung des Kantonsspitals, davon 197 durch den psychiatrischen Bereitschaftsdienst (ausserhalb der üblichen Dienstzeiten), worin auch einige notfallmässige Konsultationen auf den Pflegeetagen enthalten sind. 99 Fälle wurden psychiatrisch hospitalisiert, davon 8 ausserhalb des Kantons. 61 fürsorgerische Freiheitsentziehungen mussten vom Kantonsspital aus beantragt werden.

Was das Alter der Patientinnen und Patienten angeht, so wurden 35 Konsultationen an Personen unter 18 Jahren und 134 Konsultationen an Personen von über 65 Jahren erteilt. Die diagnostische Verteilung ergibt 63 organisch bedingte psychische Störungen, 93 psychische und Verhaltensstörungen im Zusammenhang mit Alkohol, 27 psychische und Verhaltensstörungen im Zusammenhang mit anderen psychotropen Substanzen, 53 psychotische Störungen, 141 affektive Störungen, 215 Anpassungsstörungen, 5 Essstörungen, 25 Persönlichkeitsstörungen ohne weitere Hauptdiagnose und 4 andere Diagnosekategorien. Die im Kantonsspital Freiburg erfassten Suizidversuche beliefen sich im Jahr 2004 auf 112 (103 im Jahr 2003).

f) *Zweigstelle Estavayer-le-Lac*

Die Zweigstelle in Estavayer-le-Lac funktioniert weiterhin nach unveränderten Modalitäten: Die Sprechstunde wird von einer Oberärztin wahrgenommen und findet an zwei Tagen der Woche statt. Auf der Ebene der Leistungen gilt der Vorrang den Konsilien, die von den Allgemeinmedizinem, der Ärzteschaft des interkantonalen Spitals der Broye-region (Liaison-Arbeit) und den Teams der Institutionen der Region verlangt werden (Les Mouettes, La Traversée und La Rosière). Die Anzahl neuer Fälle hat sich stabilisiert (88, + 2), doch ist die Versorgungsnachfrage im Anstieg begriffen, so dass ein Teil der bei Konsilien betreuten Patientinnen und Patienten an niedergelassene Psychiater weitergeleitet werden muss, hauptsächlich also nach Freiburg, was die Betroffenen häufig vor Probleme stellt. Die ausgezeichnete und wertvolle Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft und den öffentlichen Institutionen des Broyebezirks ermöglicht die Sicherstellung der Versorgungskontinuität.

g) *Zweigstelle Meyriez*

Die im Mai 2003 im Spital des Seebezirks eröffnete Zweigstelle Meyriez hat sich im Jahr 2004 weiterentwickelt, indem der Tätigkeitsgrad des mit ihr betrauten Arztes von 30 auf 40 % erhöht wurde. An drei Tagen der

Woche bietet dieser zweisprachige Spezialist für Erwachsenenpsychiatrie eine ambulante Sprechstunde an. Er stellt ausserdem die Liaison-Psychiatrie innerhalb des Spitals sicher, ein Angebot, das von der Ärzteschaft des Spitals häufig beansprucht wurde und das somit eine umfassende Beurteilung und Behandlung der hospitalisierten Patientinnen und Patienten ermöglichte. Im Laufe des Jahres erfolgten 424 Konsultationen (gegenüber 206 von Mai bis Dezember 2003), davon 80 für neue Fälle (letztes Jahr: 42).

Im Übrigen wurden im Hinblick auf den Ausbau des psychiatrischen Angebots an Ort und Stelle (im Rahmen der Planung der neuen Funktionen des Spitals) Kontakte mit der Spitaldirektion aufgenommen.

h) Psychosozialer Dienst Bulle

Der Psychosoziale Dienst in Bulle feierte sein 20-jähriges Jubiläum, indem er am 25. November einen Ausbildungsnachmittag organisierte. Dieser galt der Aktualität von Krisenbehandlungen, und es nahmen Personen aus Genf und dem östlichen Waadtland teil, die als Pioniere auf diesem Gebiet gelten.

Auf Personalebene erfolgte die Verstärkung um eine Arztassistentin, die zu 100 % tätig ist.

Im Jahr 2004 nahmen die neuen Fälle ab (379), und dies entspricht einem Rückgang um 10,8 %. Hingegen nahmen die ärztlichen Leistungen, abgerechnet nach dem neuen Tarifsystem TARMED, um 49 % zu (5501).

Die psychologischen Leistungen (460) gingen um 15 % zurück, was mit einer Ausbildungsperiode der Psychologin für die Borderline-Therapiegruppe (DBT-Gruppe) zusammenhängt. Die Leistungen der Krankenpflege gingen um 4,3 % zurück (5199 Leistungen). Dieser leichte Rückgang ist hauptsächlich auf den Rückgang bei der Methadon-Abgabe (von 2217 auf 1543) zurückzuführen. Die sozialen Leistungen nahmen um 26 % zu.

Die Ausbildung in Gruppenanimation hat sich verbessert. Die Sozialarbeiterin arbeitete wie bisher mit den sozialmedizinischen Zentren des Glane- und des Greyerzbezirks zusammen. Eine Pflegefachfrau und eine Sozialarbeiterin animierten eine Gruppe zum Selbstbehauptungstraining. Eine Psychologin und eine Pflegefachfrau animierten gemeinsam eine Borderline-Therapiegruppe (DBT-Gruppe).

Die Nachfrage nach notfallmässigen oder dringlichen Konsultationen ist nach wie vor gross (nahezu 32 % der abgedeckten Bevölkerung).

8,7 % der konsultierenden Population im Jahr 2004 sind jünger als 20 Jahre. Die Personen im Pensionsalter machen 3,4 % aus. Der Anteil der neu konsultierenden Asylsuchenden hat leicht abgenommen, macht aber noch 4 % der im Jahr 2004 neu untersuchten Fälle aus.

Fast die Hälfte (44 %) der den Dienst konsultierenden Patientinnen und Patienten kommen aus eigener Initiative (147) oder auf Anraten einer angehörigen Person (20). Ein Drittel wird durch die behandelnde Ärztin oder den behandelnden Arzt geschickt. Der letzte Teil wird von Institutionen geschickt. 5,5 % der neuen Patientinnen und Patienten

werden von der Polizei, einem Richter oder vom Gefängnis an den Dienst gewiesen. Das Spital Marsens schickt 4,7 % der neuen Patientinnen und Patienten, das Spital des Freiburger Südens 3,4 % und das Rote Kreuz 3 %.

Die neuen in Bulle betreuten Patientinnen und Patienten kommen hauptsächlich aus dem Greyerzbezirk (62 %), sodann aus dem Vivisbach- (17,1 %) und dem Glanebezirk (14 %). Der Rest verteilt sich auf die Bevölkerung der übrigen Bezirke. Die Klientel ist kosmopolitisch, sie kommt aus 31 verschiedenen Ländern, so aus Portugal, Frankreich, Spanien, Italien, der Türkei, dem Kosovo und Algerien (in absteigender Rangfolge).

Es sei darauf hingewiesen, dass die vom Dienst betreuten Personen häufig ihre Arzt- und Psychologentermine versäumen (rund 15 %), oft ohne sich abzumelden, was die Produktivität des Dienstes spürbar mindert.

825 Personen wurden im Jahr 2004 behandelt, davon wurden Ende des Jahres noch 466 betreut. Allgemein ist festzustellen, dass die Personen länger in Behandlung bleiben, und dies droht den Dienst, der schon durch die notfallmässigen Nachfragen (ein Drittel der neuen Fälle) stark gefordert ist, zu ersticken. Erklären lässt sich diese Feststellung mit dem Mangel an niedergelassenen Fachärztinnen und Fachärzten für Psychiatrie im Süden des Kantons. Die vorhandenen Privatpraxen sind daher nicht in der Lage, alle Personen zu übernehmen, die ihnen der Dienst zuweisen könnte.

3. Weitere Tätigkeiten

a) Beratungsdienst Stadt Freiburg

Der Chefarzt-Direktor hielt mehrere Referate für Berufskolleginnen und -kollegen sowie für verschiedene Vereinigungen. Er wirkte bei den Referaten der kantonalen Tagung für Suizidprävention mit (PRESUIFRI). Nach Beendigung einer Zusatzausbildung in Psychotherapie wurde er als ordentliches Mitglied der Schweizerischen Vereinigung für kognitive Psychotherapie aufgenommen. Er lehrte weiterhin in Psychopharmakologie am Psychologischen und am Heilpädagogischen Institut der Universität Freiburg. Er stellte die Supervision der Eheberatungsstelle sicher. Er nahm als Stellvertreter in der beratenden Kommission für die bedingte Entlassung aus dem Strafvollzug teil.

Der für die UST verantwortliche Chefarzt-Vizedirektor des Standortes Freiburg stellte weiterhin die interne Ausbildung des Mitarbeiterteams sicher, wobei der Supervision ein grosser Platz eingeräumt wurde. Er wirkte nach wie vor als Lehrbeauftragter am Psychologischen Institut der Universität Freiburg, wo er die künftigen Psychologinnen und Psychologen in die Drogenproblematik einführte. In punktueller Ausbildungstätigkeit unterwies er Erzieher/innen, Sozialarbeiter/innen und Werkstattleiter/innen auf dem gleichen Gebiet. Er beteiligte sich an mehreren nationalen Kongressen auf dem Gebiet der Psychiatrie und der Drogenabhängigkeit. Er wirkte bei wissenschaftlichen Publikationen mit.

Der für die Liaison-Psychiatrie verantwortliche Leitende Arzt beteiligte sich an der Fortbildung des assistenzärztli-

chen Personals des Kantonsspitals und leitet seit 2004 das Fortbildungskolloquium in Notfallpsychiatrie. Er wirkte bei der Durchführung der kantonalen Tagung für Suizidprävention mit. Diese der Prävention und der Ausbildung der betroffenen Berufspersonen geltende Arbeit wird im Jahr 2005 und in den folgenden Jahren fortgesetzt. Der Leitende Arzt führt im Psychiatrischen Spital Marsens wöchentliche Supervisionen nach systemischem und familientherapeutischem Ansatz durch und beteiligte sich an einer Studie des Psychosozialen Dienstes über die Population der Suizidanten, die zwischen 2003 und 2004 untersucht wurden.

b) Beratungsstelle Bulle

Der für den PSD Bulle verantwortliche Chefarzt-Vizedirektor war aktives Mitglied der freiburgischen Gesellschaft für psychische Hygiene, der Westschweizer Sektion der Schweizerischen Gesellschaft für Sozialpsychiatrie, und betätigte sich im Westschweizer Verband für psychoanalytische Psychotherapie (ARPP) sowie in der Freiburger Gesellschaft für Familientherapie und systemische Intervention (AFRITHEF). Er leitete einen Workshop an der Konferenz der kantonalen Vormundschaftsbehörden zum Thema «Beistand im Rahmen von vormundschaftlichen Massnahmen bei Erwachsenen mit chronischen psychischen Störungen». Er organisierte eine Teamsupervision nach dem analytischen Modell in Zusammenarbeit mit dem Psychosozialen Dienst von La Chaux-de-Fonds. Er stellte ferner ein wöchentliches Liaison-Kolloquium zwischen der Zweigstelle Bulle und der psychiatrischen Zweigstelle Marsens sicher.

Die Psychologin absolvierte eine einwöchige Ausbildung in dialektischer Verhaltenstherapie (Methode Linehan, Dr. Mc Quillan) und begann eine Ausbildung in lösungsorientierter Kurztherapie im CERFASY in Neuenburg.

Die Pflegefachfrau des Standortes erteilte dem Personal der spitalexternen Krankenpflege und den Familienhelferinnen des Greyerzbezirks Supervisionen, die dem psychiatrischen Aspekt der Pflege galten.

Die Sozialarbeiterin beteiligte sich an der sozialmedizinischen Koordinationsgruppe des Glane- und des Greyerzbezirks. In Zusammenarbeit mit der Pflegefachfrau beteiligte sie sich an einer Gruppe für Selbstbehauptung und Kommunikation. Sie organisierte im PSD drei Ausstellungen mit Zeichnungen und Gemälden von Patientinnen und Patienten mit dem Ziel, die soziale Rehabilitation zu unterstützen.

Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG)

(Beratungsstelle für Männer und Opfer von Verkehrsunfällen)

Wegen Schwierigkeiten im Personalbestand war die OHG-Beratungsstelle gezwungen, ihre Leistungen während des Jahres einzuschränken. Der Telefonanschluss wurde während des ganzen Jahres nach einem etwas reduzierten Zeitplan bedient, und in der Periode der Sommerferien blieb die Beratungsstelle für drei Wochen ganz geschlossen. Diese Einschränkungen wirkten sich auf die Anzahl der OHG-Beratungen im Jahr 2004 aus.

Nach der starken und kontinuierlichen Zunahme behandelte Fälle in den letzten Jahren gingen die Nachfragen im Jahr 2004 zurück. Mit 118 bearbeiteten Dossiers (19 davon in deutscher Sprache), in denen 59 im Jahr 2003 eröffnete Dossiers und 59 neue Fälle enthalten sind, ist eine Abnahme bearbeiteter Dossiers um 30 % gegenüber dem letzten Jahr zu verzeichnen.

Im Jahr 2004 wurden 140 Personen von der OHG-Beratungsstelle begleitet. Diese Zahl, in der auch die indirekten Opfer enthalten sind, ist gegenüber dem Jahr 2003 (188 Personen) um 25 % gesunken. Der Anteil von in deutscher Sprache begleiteten Personen geht weiterhin zurück (– 7,4 im Jahr 2003, – 3,6 im Jahr 2004).

Der Anteil der Opfer von Verkehrsunfällen an der Gesamtzahl begleiteter Personen ist praktisch unverändert geblieben (28 % gegenüber 29,4 % im Jahr 2003) und entspricht 40 im Jahr 2004 begleiteten Personen.

Die OHG-Beraterinnen und -Berater beteiligten sich an den Zusammenkünften, die regelmässig mit den übrigen OHG-Beratungsstellen von Freiburg organisiert werden. Über den Informationsaustausch und die Koordinationsarbeit hinaus diskutierten und konzipierten sie das Projekt der Zusammenlegung von zwei Beratungsstellen und nahmen an den Sitzungen für die kantonale Koordination teil sowie an den Sitzungen, die der einheitlichen Anwendung des OHG gelten und von der verantwortlichen kantonalen OHG-Instanz organisiert werden. Auf interkantonaler Ebene ging das Engagement in der Westschweizer Koordination der OHG-Akteure weiter (Coordination romande des praticiens LAVI – COROLA). Ein Mitarbeiter stellte bis zu seinem Rücktritt am 31. Oktober 2004 den Vorsitz der Westschweizer Gruppe sicher.

V. Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst (KJPD)

Der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst befasst sich mit der ambulanten psychiatrischen und psychotherapeutischen Betreuung von Kindern und Jugendlichen des Kantons Freiburg unter 18 Jahren. Im Jahr 2004 bot der KJPD ambulante Konsultationen in seiner zentralen Poliklinik in Freiburg an sowie im Spital des Seebezirks (Meyriez), im interkantonalen Spital der Broyeregion (HIB in Estavayer-le-Lac) und in Bulle. Die Zusammenarbeit mit dem Kantonsspital konnte dank der Anwesenheit eines in die Kinderklinik integrierten Konsiliar- und Liaisonstherapeuten fortgesetzt werden. Dies ermöglicht eine bessere Betreuung der in der Kinderklinik hospitalisierten Kinder.

1. Personal

Das Budget 2004 ermöglichte es dem Dienst, sein Sekretariat mit einer weiteren halben Stelle zu ergänzen und im Laufe des Jahres eine Assistenzärztin anzustellen. Ende des Jahres setzte sich das Team somit wie folgt zusammen: ein Chefarzt und eine stellvertretende Chefärztin mit vollem Pensum, 2 Oberärztinnen mit Teilpensum, 3 Assistenzärztinnen mit vollem Pensum, 3 Psychologinnen-Psychotherapeutinnen, ein Sozialarbeiter mit Teilpensum, ein

Psychologie-Praktikant mit vollem Pensum sowie 4 Sekretärinnen und ein Verwaltungsadjunkt mit Teilpensum. Die Zusammenarbeit mit Time Out, der halbgeschlossenen Beobachtungsstätte für Jugendliche, wurde fortgesetzt, mit der Bereitstellung von 20 % einer Arztstelle für diesen Zweck. Insgesamt zählt das KJPD-Team 12,3 Vollzeitstellen.

2. Haupttätigkeiten

a) Konsultationen in der zentralen Poliklinik

Die Nachfrage ist hoch geblieben. Dank der Erhöhung der Therapeutenzahl konnte die Warteliste des KJPD verkürzt werden, und Ende des Jahres umfasste sie noch 47 Fälle.

b) Regionale Sprechstunden

Obwohl die grosse Mehrheit der neuen Fälle in der zentralen Poliklinik übernommen wurde, hat sich die Zahl der Anmeldungen für die regionalen Sprechstunden erhöht, namentlich in Estavayer-le-Lac und Bulle. In Meyriez hat sich die Versorgung wegen des Wechsels der verantwortlichen Therapeuten verlangsamt.

Kinder- und jugendpsychiatrische Konsultationen in der Kinderklinik des Kantonsspitals

Dank der Anwesenheit eines kinder- und jugendpsychiatrischen Arztes des KJPD in der Kinderklinik konnte die Zusammenarbeit intensiviert werden. Dieser steht insbesondere für Konsilien zur Verfügung und für die Begleitung des Ärzte- und Pflorgeteams in der Betreuung minderjähriger Patientinnen und Patienten mit Störungen auf somatischem und psychischem Gebiet. Alle zwei Wochen stattfindende Kolloquien mit einem Arzt des KJPD dienen der Begleitung der Kinderärztinnen und Kinderärzte bei ihrer psychosomatischen Arbeit. Die gemeinsame Sprechstunde des Leitenden Arztes für pädiatrische Gastroenterologie und eines Arztes des KJPD besteht nach wie vor und ermöglicht eine gemeinschaftliche Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit Problemen im Ernährungsbereich.

Zusammenarbeit mit weiteren Diensten und Institutionen

Das interdisziplinäre Team des KJPD setzte seine Zusammenarbeit mit zahlreichen Institutionen, Akteuren und Berufspersonen fort, die pädagogisch, erzieherisch, therapeutisch oder medizinisch tätig sind, wie: Spitäler, Kinderklinik des Kantonsspitals, Psychiatrisches Spital Marsens, Kinder- und Jugendamt, die so genannten Hilfsdienste im Schulwesen (z. B. Schulpsychologen), Psychomotorikerinnen und Logopädinnen, ambulanter Dienst für Erziehungsfragen, Vormundschaftsdienste, Familienplanung, das Office familial der Stadt Freiburg und dessen Mütter- und Väterberatungsdienst, das therapeutische Tageszentrum, Jugendrichter, mehrere Gerichte und die Sonderheime für Kinder und Jugendliche. Der «Runde Tisch» ist eine unverzichtbare und täglich praktizierte Form der Zusammenarbeit oder Intervention geworden.

Die Zusammenarbeit mit den Mütter- und Väterberaterinnen des Office familial läuft weiter, zum einen in Form von Supervisionen für das Pflorgeteam, zum anderen in Form

einer gemeinsamen Sprechstunde (eine Mütter- und Väterberaterin zusammen mit einer Assistenzärztin, seit Herbst 2004 mit einer Oberärztin). Seit bald 2 Jahren ist der KJPD konsiliarisch beim Time Out tätig, einer halbgeschlossenen Institution für Jugendliche in Krisensituationen (Dachorgan ist die Vereinigung Foyer St-Etienne). Nach dem Rücktritt des stellvertretenden Chefarztes im September hat eine Oberärztin diese Funktion übernommen.

3. Weitere Tätigkeiten

Im Jahr 2004 führte die Vereinigung Suizidprävention im Kanton Freiburg (PréSuiFri), deren Präsident der Chefarzt des KJPD ist, dreimal eine zweitägige Fortbildungstagung für Berufspersonen durch. Mehrere Therapeuten des KJPD setzten sich bei diesen Fortbildungstagen ein, indem sie bei einem Vortrag oder der Leitung eines Workshops mitwirkten. Auch nach diesen Fortbildungs- und Sensibilisierungstagen setzt sich die Vereinigung weiterhin ein, indem sie Arbeitsgruppen für die verschiedenen Berufsbereiche ins Leben ruft.

Um die Stigmatisierung und Ablehnung zu bekämpfen, die sich häufig gegen Personen richtet, die einer psychiatrischen Versorgung bedürfen, ist eine breite Informationsarbeit in der Öffentlichkeit wichtig. Der Chefarzt, der stellvertretende Chefarzt und die verantwortliche Psychologin setzten diese Arbeit fort, indem sie sich an Vorträgen und Referaten über psychiatrisch betreute Kinder und Jugendliche beteiligten oder solche organisierten.

Der Chefarzt und der stellvertretende Chefarzt (seit Herbst die stellvertretende Chefärztin) unterrichten an der Fachhochschule für Gesundheit und Soziales (FH-GS) namentlich auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Die Verantwortliche für den Psychologiesektor arbeitet nach wie vor in der Arbeitsgruppe für die Verhütung von Misshandlung und sexueller Ausbeutung (GRIMABU) mit und engagiert sich in der Ausbildung der künftigen Lehrpersonen. Die Ärzte sind regelmässig an den Sitzungen des CAN-Teams anwesend, einer Arbeitsgruppe, die einmal im Monat zusammentritt, um Lösungen für oft komplexe und schwierige Situationen zu suchen, in denen Verdacht auf Vernachlässigung, Misshandlung oder sexuelle Ausbeutung von Kindern besteht.

Im Jahr 2004 wurde der Chefarzt zu mehreren Vorträgen an nationalen und internationalen Kongressen eingeladen. Beim gemeinsamen Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie (SSPP) und der Schweizerischen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie (SSPPEA) mit dem Thema «Psychischkranke und ihre Familien» hielt er einen Vortrag über: «Von der Vererbung über die Familiendynamik zur Anpassungsfähigkeit kleiner Kinder – generationsübergreifendes Konzept in der Kinder- und Jugendpsychiatrie». Als Vertreter und Delegierter der letztgenannten Gesellschaft wirkte er am internationalen Kongress der IACAPAP (International Association of Child and Adolescent Psychiatry and Allied Professions) mit, der Ende August in Berlin stattfand. Dabei handelt es sich um den wichtigsten wissenschaftlichen Anlass der Kinder- und Jugendpsychiatrie auf internationaler Ebene, der nur alle

vier Jahre stattfindet. Der Chefarzt konnte dort die Situation der helvetischen Kinder- und Jugendpsychiatrie vorstellen. Ausserdem wirkte er bei den Vorträgen der Konferenz für Sozialfragen im Frühjahr mit, die der Lebensqualität galt. Er stellte Ende Juni in Zürich beim ersten Schweizerischen Gesundheitskongress das Projekt für Suizidprävention vor und nahm an einem «Midi du social» teil, der vom Lehrstuhl für Sozialwissenschaften der Universität Freiburg organisiert wurde und den psychisch bedingten Renten der Invalidenversicherung galt.

Auf Bundesebene setzte sich der Chefarzt weiterhin als Mitglied der eidgenössischen Kommission für Familienfragen ein, die soeben den 2. Bericht über die Familien publiziert hat. Er beteiligte sich an den Sitzungen der Kommission, den wissenschaftlichen Tagen und an ihrer Klausurtagung, die den Problemen der «Sandwich-Generation» galt, das heisst der Familien, die sowohl für Kinder zu sorgen als auch pflegebedürftige Betagte zu betreuen haben. Als Präsident der SSPPEA wurde der Chefarzt im September 2004 vom Bundesamt für Gesundheit beauftragt, die für Januar 2005 vorgesehene Konferenz der europäischen Gesundheitsminister zu organisieren. Diese hat die Aspekte der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Europa zum Thema.

Der KJPD ist nach wie vor aktiv in der Ausbildung künftiger Kinder- und Jugendpsychiater und -psychotherapeuten. In diesem Zusammenhang organisierte der Chefarzt Ausbildungstage über soziale Aspekte der Kinder- und Jugendpsychiatrie, namentlich zu den Themen «neue Armut», Familien in prekären Verhältnissen und Probleme von Migrantenfamilien. Mehrere Vorträge zur KJPD-internen Weiterbildung standen externen Berufspersonen offen, insbesondere Vorträge über Misshandlung und sexuelle Ausbeutung, die psychopharmakologische Behandlung der Depression sowie über die Geschichte und die Aktualität der Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Mehrere Mitglieder des Therapeutenteams stehen in Psychotherapieausbildung nach einem der anerkannten Ansätze (psychodynamischer, familiensystemischer oder kognitiv verhaltenstherapeutischer Ansatz).

Nach einem grossen Wechsel in der Zusammensetzung des Teams kam dieses in den Genuss einer zweitägigen Klausurveranstaltung mit einem externen Supervisor. Die Arbeit in der Kinder- und Jugendpsychiatrie verlangt Fortbildung und eine ständige Supervision, damit die Qualität dieser stimulierenden, aber auch anforderungsreichen Arbeit gewährleistet ist.

4. Publikationen

Haemmerle Patrick (2004): «Kinderpsychiatrie als Sozialpsychiatrie». In: Ueli Maeder und Claus-Heinrich Daub, Hrsg. (2004) Soziale Arbeit. Beiträge zu Theorie und Praxis. Edition Gesowip, Basel.

Haemmerle Patrick (2004): «Wo Europas Kinderpsychiatrie zur Welt kam». Geschichte, Aktualität und Perspektiven der schweizerischen Kinder- und Jugendpsychiatrie. In: Bulletin SGPP und SGKJPP, Sondernummer zur Schweizer Psychiatrie, Bern.

Haemmerle Patrick (2004): «Na, wie gehts uns denn heute so?»: Zur aktuellen psychiatrischen Befindlichkeit im Lande. Editorial, Bulletin SGPP und SGKJPP, Nummer 2/04, Bern.

Haemmerle Patrick und Hans Kurt (2004): «Wir Psychosomatiker». Editorial zum 10. Oktober 2004, dem Welttag für seelische Gesundheit: Die Beziehung zwischen körperlichem und seelischem Wohlbefinden. In: Schweizerische Ärztezeitung, Nr. 41/2004.

5. Statistik

– neue Fälle:	558
– alte Fälle:	210

Besondere Leistungen und Interventionen

Notfälle (Intervention innert 24 Stunden nach Meldung)	42
Gutachten (Zivilrecht, Strafrecht, Militär, IV, OHG)	7
Konsilien	31
Rückzüge	118
Warteliste am 31.12.04	47

Die folgenden Daten betreffen nur neue Fälle:

Alter

0 – 5 Jahre	115
6 – 12 Jahre	203
13 – 16 Jahre	199
17 – 18 Jahre	37
über 18 Jahre	4
	<u>558</u>

Geschlecht

weiblich	238
männlich	320
	<u>558</u>

Sprache

französisch	485
deutsch	62
andere	11
	<u>558</u>

Auf Anmeldung durch

Mutter	358
Vater	62
Patient(in) selbst	10
Drittperson	128
	<u>558</u>

Verteilung nach Bezirk

Saane	283
Sense	33
Greyerz	74
See	36
Glane	33

Broye	61
Vivisbach	15
ausserkantonale	23
	<hr/>
	558

*Diagnose (Mehrfachdiagnosen möglich):
(nach ICD10, Internationale Klassifikation
multifaktorieller Krankheiten)*

• Verhaltens- und emotionale Störungen (F9) davon 34 Fälle von Aufmerksamkeitsdefizit mit Hyperaktivität («ADHA») (F90)	155
• Depressive Störungen, Angstzustände (F3 + F92.0)	129
• Anpassungs- und neurotische Störungen (F4)	155
• Entwicklungsstörungen davon 6 invasive Störungen (autistische Störungen)	82
• Intelligenzniveau	
– Entwicklungsverzögerung	19
– Hochbegabte	16
• Somatische, psychosomatische Störungen oder mit physiologischen Problemen verbunden, davon 3 Essstörungen (Anorexie und Bulimie) 11 Störungen der Sphinkterfunktionen (Enuresie und Enkopresis) 5 Selbstmordversuche	62
• Psychosoziale Störungen oder abnorme psychosoziale Zustände	787

(Kommentar: Die hohe Zahl in der letzten Rubrik zeigt, dass durchschnittlich bei jedem Kind 1 bis 2 psychosoziale Faktoren gefunden wurden, die als pathogen zu betrachten sind.)

VI. Dienst für Familienplanung und Sexualinformation (FSD)

1. Personal

Das Personal des Sektors Familienplanung umfasst eine Dienstchefin und drei teilzeitlich beschäftigte Beraterinnen, die 2,7 Stellen unter sich aufteilen. Die ärztlichen Sprechstunden werden an zwei Tagen in der Woche (12 Stunden) von einem Assistenzarzt der Gynäkologieabteilung des Kantonsspitals sichergestellt. Eine Arztassistentin mit halbem Pensum ergänzt das Personal der Familienberatung. Der Dienst bietet auch zwei Beratungs- und Informationszweigstellen im Kanton, eine in Bulle, die andere in Murten. Die Beratung in Bulle, die an zwei Nachmittagen wöchentlich geöffnet ist, befindet sich in den Räumen des Centre médico-social des Greyerzbezirks, diejenige von Murten, die an einem Nachmittag wöchentlich geöffnet ist, im Spital Meyriez.

Das Personal des Sektors Sexualinformation besteht aus einer stellvertretenden Dienstchefin, die für den Sektor verantwortlich ist und ein halbes Pensum hat, acht Sexualpädagoginnen mit Teilpensum (insgesamt 200 %) sowie drei Sexualpädagogen und zwei Sexualpädagoginnen, die stundenweise beauftragt werden.

2. Tätigkeiten

Der Dienst für Familienplanung und Sexualinformation ist mit der Prävention und der Förderung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit im Kanton Freiburg betraut. Im Rahmen dieses Auftrags versieht er Aufgaben in Verbindung mit der Sexualerziehung, der Verhütung unerwünschter Schwangerschaften, der Verhütung sexuell übertragbarer Krankheiten und der Aidsprävention sowie der Prävention von Misshandlung und sexueller Ausbeutung.

a) Familienplanung und Schwangerschaftsberatung

Der Dienst entsprach Anfragen von Einzelpersonen, Paaren und Gruppen, welche die sexuelle Gesundheit, das Gefühlsleben und die Schwangerschaft betrafen. Die Gespräche verteilten sich wie folgt: 56 % der Anfragen bezogen sich auf die Empfängnisverhütung, 20 % auf die Schwangerschaft, 20 % auf die sexuell übertragbaren Krankheiten und Aids, und 4 % auf andere Fragen in Verbindung mit Sexualität. 53 % der Anfragen kamen von jungen Leuten unter 20 Jahren, von denen wiederum 14 % weniger als 16 Jahre zählten.

In Anwendung des Bundesgesetzes vom 9. Oktober 1981 über die Schwangerschaftsberatungsstellen wurden 327 Beratungen erteilt, von denen 80 eine unerwünschte Schwangerschaft betrafen. Seit der Einführung des Gesetzes über die Fristenlösung wird ein deutlicher Rückgang der Beratungen im Zusammenhang mit Gesuchen um einen Schwangerschaftsabbruch verzeichnet. Die betroffenen Frauen wenden sich von sich aus an den Beratungsdienst oder auf Empfehlung ihrer Gynäkologin bzw. ihres Gynäkologen. Sie suchen ein offenes Ohr, um ihre Situation zu überdenken, die Hindernisse und Ressourcen zu evaluieren und zu einer Entscheidung zu finden.

Die notfallmässige Empfängnisverhütung wurde in 313 Fällen verschrieben (303 im Jahr 2003). Der Dienst achtet besonders darauf, schnell auf solche Anfragen zu reagieren, denn diese Situationen bieten Gelegenheit, mit den jungen Leuten über ihr Risikoverhalten im Sexual- und Gefühlsleben zu sprechen und über die Möglichkeiten, wie sie sich schützen können.

Seit fast 10 Jahren bietet der Dienst in Zusammenarbeit mit dem regionalen Bluttransfusionsdienst die Möglichkeit der Durchführung von HIV-Tests. Die zeitlich günstig gelegene Sprechstunde am Donnerstagabend von 18 bis 20 Uhr wird von den jungen Paaren rege benutzt. 295 Personen, darunter 106 Männer, unterzogen sich im Jahr 2004 einem HIV-Test im Dienst für Familienplanung.

Welt-Aidstag vom 1. Dezember 2004

Im Rahmen der Veranstaltungen des Welt-Aidstags zum Thema «Frauen und Mädchen und Aids» erarbeitete der Dienst ein Projekt «Offene Tür beim Dienst für Familienplanung und Sexualinformation». Beide Sektoren des Dienstes arbeiteten eng bei der Aufstellung und Durchführung der verschiedenen vorgeschlagenen Veranstaltungen mit, die ein lebhaftes Echo fanden.

In den Räumen des Dienstes fand zunächst eine Pressekonferenz statt, bei der vorgestellt werden sollte, was der Kan-

ton auf dem Gebiet der HIV- und Aidsprävention anbietet. An dieser Konferenz unter dem Vorsitz von Staatsrätin Ruth Lüthi nahmen die Partner der Freiburger Koordinationsgruppe gegen Aids teil. Am ersten Dezember, dem «Tag der offenen Tür», bot der Dienst die Möglichkeit anonymer HIV-Tests ohne Voranmeldung. Zwei Wochen lang erfolgte auch in Form eines Wettbewerbs eine Ausstellung von Zeichnungen und Plakaten, die von Primarschülerinnen und -schülern des Neustadt-Quartiers in Freiburg und Jugendlichen der Murtener Orientierungsschule angefertigt worden waren.

Prostitution und Aidsprävention

Der Dienst setzt seine der Aidsprävention geltende Arbeit im Prostituiertenmilieu Freiburgs fort. Es kommen regelmässig Frauen, um Präservative zu kaufen, aber auch um Fragen zu stellen, sich beraten zu lassen, medizinische Versorgung zu verlangen. Der Dienst für Familienplanung ist für sie ein Ort geworden, wo sie aufgenommen werden und sich aussprechen können. Zum Thema Prostitution hat sich eine Beraterin mit anderen Diensten und Vereinigungen Freiburgs an einer Diskussionsrunde über die Situation der im «Milieu» tätigen Frauen beteiligt.

Sexualität und Behinderung

Der Dienst verzeichnet vermehrt Anfragen aus Institutionen, die geistig oder körperlich behinderte Personen aufnehmen. Es geht dabei um Gespräche mit den Behinderten über Fragen der Sexualität und des Gefühlslebens. Die Nachfrage betrifft auch die Ausbildung der Berufspersonen, und eine Beraterin erteilte zwei Einführungskurse für Akteurinnen und Akteure von Pro Infirmis zum Thema Sexualität und Behinderung.

Zusammenarbeit und Ausbildung

Der Dienst arbeitet nach wie vor mit den Partnern des medizinischen und sozialen Netzes zusammen, namentlich mit dem Kantonsspital, dem Spital des Freiburger Südens und den Gynäkologinnen und Gynäkologen, mit dem Roten Kreuz für die Asylsuchenden und mit Fri santé für die Frauen ohne Arbeitserlaubnis. Er beteiligte sich auch an den Sitzungen des GES (Arbeitsgruppe für Gesundheitsförderung, Prävention & Gesundheitserziehung im Kanton Freiburg), an der sozialmedizinischen Koordinationsgruppe des Greyerzbezirks und an der Freiburger Koordinationsgruppe gegen Aids.

Ein besonderer Akzent galt der vernetzten Arbeit mit den Heimen und Institutionen für Jugendliche wie Seedorf, les Peupliers, Time Out, la Traversée, um eine nachhaltige Arbeit in Sexualerziehung und Prävention sicherzustellen. Der Dienst arbeitete auch mit dem Jugendamt in Schwangerschaftssituationen und bei Adoptionsverfahren zusammen.

Die Beraterinnen für Familienplanung erteilten Kurse an der Krankenpflegeschule, und im Auftrag des OHG (Gesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten) organisierte eine Beraterin eine Sitzung, die der Prävention der sexuellen Ausbeutung im Sportgebiet galt.

Eine in der GESVAP-Ausbildung (guidance en éducation sexuelle, vie affective et planning) stehende künftige Beraterin absolvierte ihr Praktikum im Dienst.

b) Sexualinformation

Die Zunahme der Unterrichtsstunden im Jahr 2004 erklärt sich durch die Diversifizierung des Kursangebots an die Gemeinden und Institutionen. Für die Primarschulen hat der Dienst neben dem Standardmodul (2 Einsätze während der Primarschulzeit) ein angereichertes Modul erarbeitet, das einen Besuch alle zwei Jahre vorschlägt. Dieses Modul entspricht der Nachfrage einiger Gemeinden, denen es ein Anliegen ist, eine Kontinuität in der Informations- und Präventionsarbeit bei den Schülerinnen und Schülern anzubieten.

Neben der regelmässigen Tätigkeit bei den Schülerinnen und Schülern, den Eltern und den Lehrpersonen konkretisierte der Dienst mehrere Projekte im Lauf des vergangenen Jahres. Er nahm insbesondere eine systematische Arbeit in Angriff, die der Information und Sensibilisierung des Personals der sechs Stätten für ausserschulische Betreuung in der Stadt Freiburg in Bezug auf Misshandlung und sexuelle Ausbeutung von Kindern galt. In der Folge musste sich der Dienst mit mehreren Situationen individuell befassen. Dieses Projekt erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Kantonsarztamt und der ASB-Koordination Freiburg (ASB = ausserschulische Betreuung).

Mit dem GRIMABU (berufsübergreifende Arbeitsgruppe gegen Misshandlung und sexuelle Ausbeutung) beteiligte sich die Verantwortliche für Sexualinformation an der Fortbildung der Lehrpersonen und an spezifischen Ausbildungstagen für künftige Lehrpersonen. Ebenfalls unter dem Thema Prävention von Misshandlung und sexueller Ausbeutung stellte der Dienst seine Arbeit bei einer Zusammenkunft mit der Schulinspektorenkonferenz in Grangeneuve vor.

Zur Beibehaltung eines hohen Kenntnisstandes nahmen die Sexualpädagoginnen und -pädagogen an einem Ausbildungstag für HIV-Aids-Prävention teil, in Anwesenheit von Fachleuten, die über diesen ständig sich entwickelnden Problemkreis referierten.

Zwei künftige Sexualpädagoginnen in GESVAP-Ausbildung (guidance en santé sexuelle, vie affective et planning) absolvierten ihr Praktikum im Dienst.

3. Statistik

a) Familienplanung

Konsultationen der Beraterinnen

Einzel- und Paargespräche	2 295
Gruppengespräche	48
Total	2 343

(französisch 87 %)

(deutsch 10 %)

(englisch 2 %)

(andere 1 %)

Telefongespräche	3 913
------------------	-------

Total	6 256
--------------	--------------

Ärztliche Konsultationen

Gynäkologische Konsultationen	1 562
Injektionen Depo-Provera	34
Total	1 596

Nationalität

Schweiz	60 %
Ausland	40 %

Wohnort

Stadt Freiburg	42 %
Saanebezirk	27 %
Sense- und Seebezirk	11 %
Greyerz- und Vivibachbezirk	11 %
Glane- und Broyebezirk	6 %
Andere Kantone	3 %

Begleitete oder unbegleitete Personen

Ohne Begleitung	69 %
Mit Elternteil, Freund, anderer Person	20 %
Mit Partner/in	11 %

*b) Sexualinformation**Einsatzart*

Einsätze in der Klasse	2 714 Stunden (+ 319)
Elternabende	106 Stunden
Telefonanrufe	481

Einsatzort

Freiburg	13 %
Andere Gemeinden des Kantons	87 %

Schulstufe der Teilnehmer/innen

Jugendliche und Lehrlinge	17 %
Kindergarten- und Primarschüler/innen	76 %
Sonderklassenschüler/innen	7 %

Anzahl Klassen

Kindergärten, 1. und 2. Primarschulklassen (Prävention sexueller Ausbeutung)	255 Klassen
– französisch	200
– deutsch	55
Primarschulen (Sexualinformation)	274 Klassen
– französisch	222
– deutsch	52
Orientierungsschulen (Sexualinformation)	97 Klassen
– französisch	97
– deutsch	0
Berufsschulen (Aidsprävention)	21 Klassen
– französisch	21
– deutsch	0
Andere Institutionen	45 Klassen
– französisch	42
– deutsch	3

VII. Kantonales Laboratorium (KL)**1. Personal**

Zum Personal gehören der Kantonschemiker, zwei Chemiker, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter zu 50 %, drei Lebensmittelinspektoren, ein Lebensmittelinspektor-Anwärter, ein Trinkwasser- und Giftinspektor, zwei Sekretärinnen, eine Büroangestellte zu 50 %, vier Laborantinnen (davon zwei zu 50 %), drei Laboranten, eine Gehilfin.

2. Aufträge des Kantonalen Laboratoriums

Das Kantonale Laboratorium ist damit betraut, die Gesundheit der Konsumentinnen und Konsumenten vor Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, die die Gesundheit gefährden, zu schützen. Es hat auch darüber zu wachen, dass der Umgang mit Lebensmitteln unter guten Hygienebedingungen erfolgt und die Konsumentinnen und Konsumenten vor Irreführung im Lebensmittelbereich geschützt werden. In den letzten Jahren haben die Kantonalen Laboratorien ihre Interventionen auf dem Gebiet der Täuschungsbekämpfung verstärkt, die eines der drei Ziele der Gesetzgebung darstellt, für die sie als Kontrollorgane wirken. Zwei Gründe rechtfertigen diese Entwicklung: zum einen legen die Konsumentinnen und Konsumenten immer grösseren Wert auf die korrekte Angabe der Herkunft von Lebensmitteln und zum anderen verlangen bestimmte Produzenten eine strengere Bekämpfung von Täuschungen. Das Lebensmittelgesetz erlaubt es, Täuschungen wirksam zu bekämpfen und zu verlangen, dass der Weg von Erzeugnissen lückenlos zurückverfolgt werden kann.

Die Interventionen des Kantonalen Laboratoriums erfolgen in Form gezielter Stichproben und konzentrieren sich in erster Linie auf die Punkte, wo die Gesundheitsgefährdung der Konsumentinnen und Konsumenten und die Täuschungsgefahr am grössten sind. Der Selbstkontrolle der Betriebe wird grosser Wert beigemessen.

Dank der aktiven Teilnahme des Kantonalen Laboratoriums an konzertierten Aktionen auf nationaler oder regionaler Ebene im Analyse- oder Inspektionsbereich kann die Lebensmittelsicherheit im Kanton mit derjenigen in den anderen Kantonen verglichen werden.

Zu diesen Aufgaben kommen die Überwachung der Badewasserqualität (Schwimm- und Strandbäder), die Überwachung des Verkehrs mit Giften, die Anwendung der Verordnung über die Deklaration landwirtschaftlicher Erzeugnisse und, seit 2004, die Kontrolle der Selbstweinkellerer nach der kantonalen Verordnung vom 21. September 2004.

3. Tätigkeit im Jahr 2004

a) Analysen und Beanstandungen

Bezeichnung	Untersuchte Proben	Beanstandete Proben
Trinkwasser / Mineralwasser	1 908	92
Quell-, Brunnen-, Seewasser	1 107	–
Wasser von Schwimmbädern	78	2
Brauchwasser / Abwasser	14	–
Andere Lebensmittel	985	140
Kosmetika und andere		
Gebrauchsgegenstände	152	29
Verschiedenes	88	–
Insgesamt	4 332	263

b) Einige Tätigkeiten im Überblick

Nationale Kampagne «Milchprodukte und Wasser in Molkereibetrieben»

Eine erste Kampagne zur Kontrolle der Milchprodukte hatte 2002–2003 stattgefunden, nachdem von europäischen Inspektoren in der Schweiz Mängel auf dem Gebiet der Herstellung von Milchprodukten festgestellt worden waren. Die Kantonalen Laboratorien hatten 10 187 Proben von Milchprodukten und 3424 Proben des in den Molkereibetrieben verwendeten Wassers untersucht.

Das Programm 2004 wurde aufgrund der Probleme definiert, die sich 2002–2003 gezeigt hatten. Es berücksichtigt die Produkte mit unbefriedigender Qualität oder für welche die Daten fehlen. Die Kantonalen Laboratorien erhielten einen Analyseplan mit der Beschreibung der zu untersuchenden Produkte und der zu suchenden Mikroorganismen.

Im Jahr 2004 musste der Kanton Freiburg sich mit der Kontrolle von 25 bis 50 % der Alpbetriebe, der handwerklichen Betriebe und der Verfeinerungs- und/oder Konditionierungsbetriebe befassen und mit der Kontrolle von 100 % der industriellen Betriebe.

Alle kontrollierten Betriebe besaßen eine vom Bundesamt für Veterinärwesen erteilte Genehmigung. Bei den kontrollierten Handwerksbetrieben (Dorfkäsereien) handelt es sich um solche, in denen anlässlich der Kampagne 2002–2003 eines oder mehrere Produkte aus mikrobiologischen Gründen beanstandet worden waren.

Insgesamt wurden 203 Proben von Milchprodukten und 46 Wasserproben untersucht. Die Proben wurden in 48 Betrieben entnommen. Die Bilanz sieht so aus:

Proben	Anzahl Proben	Aus mikrobiologischen Gründen beanstandete Proben microbiologique
Pasteurisierte Milch	8	1 (= 12 %)
Pasteurisierter Rahm	29	5 (= 17 %)
Hart-/Extrahartkäse	50	0
Halbhartkäse	53	1 (= 2 %)
Weichkäse	14	2 (= 14 %)

Proben	Anzahl Proben	Aus mikrobiologischen Gründen beanstandete Proben microbiologique
Frischkäse	6	1 (= 17 %)
Ziegenmilchkäse	8	5 (= 63 %)
Butter	27	7 (= 26 %)
Verschiedenes (Desserts, ...)	8	0
Wasser	46	10 (= 22 %)

Diese Kampagne hat bestätigt, dass die mikrobiologische Qualität der industriell gefertigten Milchprodukte unter Kontrolle ist.

Probleme gibt es bei den Produkten, die von handwerklichen und Alpbetrieben hergestellt werden. Im Rahmen der handwerklichen Betriebe wurden 24 schon 2002–2003 beanstandete Produkte im Jahr 2004 erneut beanstandet. Diese Feststellung zeigt, dass die Massnahmen, welche die betroffenen Betriebe hätten ergreifen müssen, um die Konformität ihrer Produktion sicherzustellen, nicht geeignet waren oder nicht eingehalten wurden.

Die wegen ihrer unzureichenden mikrobiologischen Qualität am meisten beanstandeten Produkte sind: Rahm, Frischkäse, Ziegenkäse, Butter. Die diesbezüglich abgegebenen Kommentare zur Kampagne 2002–2003 behalten ihre Aktualität.

Bei dieser Kampagne 2004 war auch das in den Molkereibetrieben verwendete Wasser Gegenstand von Analysen. Die Ergebnisse zeigen, dass eine grosse Anzahl (66 % im Fall der Kampagne 2004) von Alphütten, die Milchprodukte herstellen, nicht über Wasser verfügen, das den mikrobiologischen Anforderungen an Trinkwasser entspricht. In Erwartung einer Sanierung der Lage hat das Kantonale Laboratorium angeordnet, dass das in diesen Alphütten zu Lebensmittelzwecken verwendete Wasser abgekocht werden muss.

Kontrolle an der Grenze – «Quecksilber in Fischen» – Programm des Bundesamtes für Veterinärwesen

Im Rahmen des Programms des Bundesamtes für Veterinärwesen zur Kontrolle des im Jahr 2004 importierten Fleisches, funktionierte das Kantonale Laboratorium während sechs Monaten des Jahres als Referenzlabor für die Messung der Mengen von Quecksilber (bei einigen Proben von Blei und Kadmium) in importiertem Fischfleisch und importierten Fischprodukten. Das Laboratorium war beauftragt, Analysen durchzuführen und die Ergebnisse zu beurteilen. Im Fall von Nichtkonformität ging der Bericht an den Grenzveterinär, wenn die Ware noch beim Zoll war, und dieser ergriff die geeigneten Massnahmen. Wenn sich hingegen die Ware schon beim Importeur befand, ging der Bericht direkt an diesen, und die Massnahmen wurden durch den betroffenen Kantonschemiker ergriffen.

Im Laufe dieser sechs Monate entnahmen die Grenzveterinäre 125 Proben und schickten sie an das Kantonale Laboratorium Freiburg (96 Fettfische und 29 andere Fische). 23 Proben von Fettfisch (25 %) waren wegen

eines Quecksilbergehalts von über 1,0 mg pro kg Muskelfleisch zu beanstanden. 1 Fettfischprobe war wegen eines Kadmiumgehalts von über 0,050 mg pro kg Muskelfleisch zu beanstanden. Dieses ziemlich akute Problem im Gesundheitswesen bezeugt, dass Elemente, die lange in der Umwelt verstreut wurden, heute in der Lebensmittelkette wieder anzutreffen sind.

Kontrolle an der Grenze – «Malachitgrün in Süßwasserfischen aus Frankreich» – Programm des Bundesamtes für Veterinärwesen

Bei dieser Kampagne erhielt das Kantonale Laboratorium gemäss dem Projekt des Bundesamtes für Veterinärwesen 20 Proben von aus Frankreich importiertem Süßwasserfischfleisch. Hinsichtlich der untersuchten Parameter war keine Probe zu beanstanden.

Mikrobiologische Qualität von Produkten in öffentlichen Gaststätten

Im Laufe des Jahres entnehmen die Lebensmittelinspektoren Proben verschiedener Produkte in den öffentlichen Gaststätten, um sie auf ihre mikrobiologische Qualität hin zu kontrollieren. Mit diesen Kontrollen soll überprüft werden, ob die gute Praxis auf dem Gebiet der Hygiene eingehalten wird. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die entnommenen Erzeugnisse, die zur Beanstandung Anlass gaben.

Art des Produkts	Anzahl untersuchter Proben	Anzahl beanstandeter Proben
Schlagrahm	10	7
Teigwaren	36	12
Gemüse	60	8
Pâtisserie- Artikel	15	1
Dessert	32	2
Sandwich – Canapés	20	1
gekochter Reis	23	7
Fleisch – Fleischprodukte	8	3

Schlagrahm stellt aus mikrobiologischer Sicht ein besonders heikles Produkt dar. In den 7 beanstandeten Fällen untersagte das Kantonale Laboratorium die Verwendung der Emulgiergeräte, deren Unterhalt nicht beherrscht wurde.

Auch Teigwaren sind aus mikrobiologischer Sicht kritische Produkte. Verschiedene Massnahmen, insbesondere die Datierung vorgekochter Teigwaren, werden künftig vorgeschrieben.

Die Kontrolle dieser Produkte wird in den kommenden Jahren fortgesetzt.

Nickel in Metallteilen von Kleidungsstücken und Schmuck

Kleidungsstücke enthalten manchmal Metallteile, die direkt und nachhaltig mit der Haut in Kontakt kommen. In den letzten Jahren stellte das Kantonale Laboratorium fest, dass zahlreiche Metallteile einen zu hohen Nickelgehalt

aufweisen. Zahlreiche Kontrollen erfolgten im Jahr 2004 an Artikeln von Geschäften, die bisher noch nicht kontrolliert worden waren. 88 Kleidungs- und 3 Schmuckstücke wurden einem Orientierungstest unterzogen. Die kontrollierten Schmuckstücke waren frei von Nickel. Von den 88 Kleidungsstücken waren 32 mit nickelhaltigen Metallteilen versehen. Von diesen Kleidungsstücken wurden amtliche Proben genommen und der Nickelanteil unter Bedingungen, mit denen der Körperschweiss simuliert wurde, quantitativ analysiert. 17 Kleidungsstücke (19 % der kontrollierten Kleidungsstücke) mussten beanstandet und aus dem Verkauf gezogen werden, weil Metallteile unter den Testbedingungen mehr als 0,5 Mikrogramm Nickel je Quadratcentimeter und Woche freisetzte. Diese Artikel kamen aus 6 Geschäften, die dieses Risiko anscheinend nicht in ihrer Selbstkontrolle berücksichtigt hatten. Aufgrund der seit einigen Jahren gemachten Feststellungen muss die Kontrolle des Nickelgehalts in Metallteilen von Kleidern im Jahr 2005 fortgesetzt werden.

Paradichlorbenzol (PDCB; Mottenschutzmittel), Sulfonamide und Asulam im Honig von Freiburger Bienenzüchtern

Im Jahr 2003 mussten die Kantonschemiker der Ostschweiz 30 % der getesteten Honigmenge aus regionaler Produktion wegen überhöhten Gehalts an Paradichlorbenzol beanstanden. Diese Substanz ist die aktive Materie eines Produkts zur Bekämpfung der Wachsmotte. Anfangs 2004 wurden die Freiburger Bienenzüchter mit einem Rundschreiben des Kantonschemikers und des Kantons-tierarztes auf dieses Problem aufmerksam gemacht. Sie wurden ersucht, auf die Verwendung dieser aktiven Materie zu verzichten.

Im September 2004 entnahm das Kantonale Laboratorium 53 Honigproben von 46 Freiburger Honigzüchtern und kontrollierte sie. Das Ergebnis ist erfreulich, musste doch nur ein einziger Honig (2 %) wegen eines zu hohen Paradichlorbenzol-Gehalts beanstandet werden. Ein anderer Honig wies einen zu hohen Antibiotikarückstand auf (aus der Familie der Sulfonamide). Auch er musste beanstandet werden. Dieser Honig enthielt auch das Herbizid Asulam, von dem bekannt ist, dass es sich in Sulfanilamid abbauen kann.

Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Etikettierung der vorverpackten, somit zum Verkauf bestimmten Honige kontrolliert. Erfreulich ist die Feststellung, dass die obligatorischen Angaben wie Firmenbezeichnung, Adresse, Charge und Gewicht auf der Verpackung aufgeführt werden. War vor drei Jahren die Beanstandungsrate bei der Etikettierung noch hoch, so ist die Situation heute saniert.

Malachitgrün und Oxolinsäure in Fischfleisch und geräucherten und/oder gesalzenen Fischprodukten von Freiburger Fischzüchtern und Importeuren

Diese Kampagne erfolgte im Rahmen der Kontrolle der Freiburger Produktionen und Importe. Diese erstreckte sich auf 13 Proben Fischfleisch und 8 geräucherte Fischprodukte, erhoben bei 3 Fischzüchtern und 3 Betrieben im Kanton. Malachitgrün – ein Arzneimittel in der Tiermedizin

– wurde in keiner der 21 Proben festgestellt; Oxolinsäure – ebenfalls ein Arzneimittel in der Tiermedizin – hingegen im Fleisch von 2 Fischen, im einen Fall mit einem Gehalt, der deutlich über dem Grenzwert lag. Die Zuchtforellencharge, aus der diese Probe stammte, wurde mit einem Verkaufsverbot belegt.

Die Rötungsmittel Nitrit und Natriumnitrat kamen in den 21 Proben nicht vor. Kadmium und Quecksilber fanden sich in allen 21 Proben mit einem Gehalt unterhalb der jeweiligen Grenzwerte. Alle 21 Proben wiesen einen Bleigehalt von klar unter dem Grenzwert auf. Aus dieser Kampagne lässt sich schliessen, dass die an die Verwendung tiermedizinischer Arzneimittel in der Fischzucht gebundenen Risiken nicht völlig beherrscht werden. Die Kontrolle muss in den kommenden Jahren fortgesetzt werden.

Sudanrot I (Farbstoff) in Gewürzen

Im Laufe des Sommers 2003 entdeckten die französischen Behörden in Cayennepfeffer-Produkten aus Indien Sudanrot I, einen Farbstoff, dessen Verwendung in Lebensmitteln in der EU und in der Schweiz verboten ist. Diese Entdeckung löste eine Serie koordinierter Aktionen auf internationaler Ebene aus. Im Jahr 2004 führte das Kantonale Laboratorium Freiburg Analysen durch. In mehreren Proben Harissa-Sauce wurde der Farbstoff Sudanrot I nachgewiesen. Verkaufsverbote und Rückzüge nicht konformer Ware wurden ausgesprochen.

Speiseeis mit Desinfektionsmittelrückständen

Ein Konsument hatte in einem Laden eine Packung mit acht einzeln verpackten Eisportionen gekauft. Beim Konsum einer dieser Portionen spürte sein Enkel ein Brennen in Mund und Hals. Das Kind wurde in der Notfallabteilung des Kantonsspitals ärztlich untersucht. Speiseeisreste sowie weisse «Körner», die aus dem verdächtigen Eis isoliert wurden, gelangten zwecks Analyse an das Kantonale Laboratorium.

Die Analysen ergaben, dass das Speiseeis durch eine Chlor freisetzende Komponente kontaminiert war. Mit der betroffenen Firma (ausserhalb des Kantons Freiburg) und dem zuständigen Kantonschemiker wurden sofort Kontakte aufgenommen. Das noch im Verkauf befindliche Speiseeis wurde zurückgezogen. Die Untersuchung ergab, dass Rückstände eines für die Desinfektion der Installationen verwendeten Produkts das Eis bei Herstellungsbeginn kontaminierten. In einer Medienmitteilung warnte die betroffene Firma die Konsumentinnen und Konsumenten vor dem Genuss dieser Glace-Art. Der Desinfektionsprozess für die Installationen wurde so modifiziert, dass solche Zwischenfälle künftig vermieden werden.

Übergang von der amtlichen Pilzkontrolle zur Selbstkontrolle

Bis 2002 mussten wild gewachsene Pilze von den amtlichen Pilzkontrolleuren kontrolliert werden. Bei der Revision der Lebensmittelverordnung im Jahr 2002 wurden die Pilze bezüglich der den Betrieben obliegenden Kontrollverantwortung (Selbstkontrolle) den übrigen Lebensmitteln gleichgestellt. Die Verpflichtung zur amtlichen Kon-

trolle kommerzialisierter Pilze wurde aufgehoben. Seither müssen sich zum Beispiel die Restaurateure durch geeignete Massnahmen selbst vergewissern, dass sie nur solche Wildpilze verwenden, die auf den Listen der Pilzverordnung aufgeführt sind. Die amtlichen Kontrolleure befürchteten eine Zunahme von Vergiftungen. Das Kantonale Laboratorium wollte sich ein Bild von der Situation in Freiburg machen.

Von den im Jahr 2004 kontrollierten 13 Betrieben (4 Restaurants, 5 Spezialgeschäfte oder Verteiler, 1 Lebensmittelladen, 1 Supermarkt und 2 Marktsstände) kommerzialisierten nur 2 einheimische Wildpilze. Die grosse Mehrheit der Wildpilze wird aus dem Ausland importiert, etwa aus China, Frankreich, Holland, Litauen oder der Ukraine.

Die Kontrolle wird im Jahr 2005 fortgesetzt. Es wird überprüft, ob die kommerzialisierten Sorten zulässig sind, ob die Kontrollscheine den am Ort gefundenen Pilzen entsprechen (Nachweisbarkeit der Herkunft) und ob die Massnahmen der Selbstkontrolle schriftlich belegt sind.

Aprikosenverkauf – falsche Herkunftsbezeichnung

Die Organe für die Lebensmittelkontrolle wurden vom Walliser Kantonalen Laboratorium informiert, dass in verschiedenen Schweizer Kantonen Aprikosen mit der Bezeichnung «Walliser Aprikosen» verkauft würden, obwohl die letzteren noch gar nicht reif seien. Die verkauften Aprikosen kämen in Wirklichkeit aus dem Ausland. Die im Kanton durchgeführten Inspektionen ergaben, dass an einem Verkaufsstand eine falsche Herkunftsbezeichnung angeschlagen war. Massnahmen zur sofortigen Berichtigung des Plakats wurden ergriffen.

Bezeichnung von «Schinken»-Produkten – Inspektionskampagne 2004

Schinken wird aus dem hinteren Viertel des Schweins gewonnen. Produkte, in denen andere Fleischstücke vom Schwein oder das Fleisch anderer Tierarten verwendet werden, dürfen nicht die Bezeichnung «Schinken» tragen. Es besteht die Verlockung, billigeres Fleisch zu verwenden, um bestimmte Produkte herzustellen und in ihrer Bezeichnung den Zusatz «Schinken» zu verwenden, zum Beispiel sog. Schinkensandwiches, Pizzas mit Schinken usw.

Die Lebensmittelinspektoren kontrollierten 62 Betriebe, in denen solche Produkte verkauft werden. In 18 Fällen (= 29 %) war das für die Herstellung des Produkts verwendete Fleisch kein Schinken. Eine Beanstandung wurde ausgesprochen und die Bezeichnung «mit Schinken» unverzüglich verboten.

Die Beanstandungsrate von 29 % ist hoch und kann nicht hingenommen werden. Diese Täuschung der Konsumentinnen und Konsumenten wird weiter bekämpft, so dass die Situation bereinigt wird.

«Greyerzer» – Urteil

Infolge einer Reklamation betreffend den Verkauf von viertelfettem Greyerzer hatte die im Jahr 2003 durchge-

führte Abklärung ergeben, dass der verkaufte Käse kein Greyerzer war und sein Fettgehalt überdies höher war als der für Viertelfettkäse zulässige. Der fragliche Händler hatte bei einem Käsehändler Schweizer Dreiviertelfettkäse gekauft, ihn anschliessend in «Greyerzer viertelfett» umgetauft und unter dieser Bezeichnung weiter verkauft. Der Verkauf dieses Käses wurde unverzüglich verboten und der Fall bei der Strafbehörde angezeigt. Das Urteil wurde 2004 ausgesprochen.

«Greyerzer» – Abklärungen

Während des Jahres 2004 führte das Kantonale Laboratorium vor allem infolge der Informationen von Seiten der Interprofession du Gruyère verschiedene Abklärungen und Analysen durch. Einen Fall zeigte es bei den Gerichtsbehörden.

Nationale Kampagne gegen Täuschungen

Wie alle übrigen Kantonalen Laboratorien der Schweiz beteiligte sich dasjenige des Kantons Freiburg an einer nationalen Kampagne, die Folgendes bezweckte:

- Überprüfung, ob die Angabe des Produktionslandes für Früchte, Gemüse und Fleisch den gesetzlichen Bestimmungen konform ist;
- Überprüfung, ob bei importiertem Fleisch, das aus in der Schweiz verbotener Produktion stammt, die Angaben «kann mit Hormonen als Leistungsförderer erzeugt worden sein» und/oder «kann mit Antibiotika und/oder anderen antimikrobiellen Leistungsförderern erzeugt worden sein» auf der Verpackung stehen.

Die Kontrollen erfolgten im Einzelhandel, in Metzgereien und Restaurationsbetrieben. Sie erstreckten sich auf vorverpackte und auf lose verkaufte Erzeugnisse.

Trotz der in den letzten Jahren erfolgten Interventionen und Beanstandungen ist die Bilanz der 2004 im Kanton Freiburg durchgeführten Kontrollen nicht zufrieden stellend.

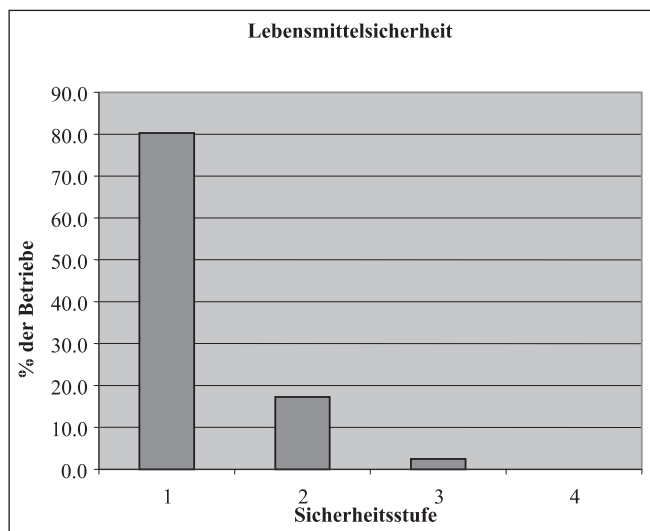
Die Beanstandungsrate beträgt 47 % bei Früchten, 31 % beim Gemüse und 37 % beim Fleisch. In 23 % der Einzelhandelsgeschäfte und Metzgereien sowie in 60 % der Restaurationsbetriebe wurden ungenügende Angaben beanstandet. In jedem nicht konformen Fall wurde eine Beanstandung ausgesprochen, Massnahmen vorgeschrieben und Gebühren erhoben. In den kommenden Jahren werden die Kontrollen fortgesetzt, damit die Situation bereinigt werden kann.

Lebensmittelsicherheit in den Betrieben des Kantons

Nach dem von den Kantonschemikern im Jahr 2000 erstellten Konzept wird jeder inspizierte Betrieb einer der vier folgenden Sicherheitsstufen zugeordnet:

- Stufe 1: Sicherheit gewährleistet: keine Mängel;
- Stufe 2: beschränkte Sicherheit: Mängel ohne direkte Auswirkung auf die Lebensmittelsicherheit;

- Stufe 3: gefährdete Sicherheit: erhebliche Mängel und Fehler;
- Stufe 4: Sicherheit nicht gewährleistet: schwere Mängel, gesundheitliche Gefährdung der Konsumentinnen und Konsumenten.



Diese Beurteilung basiert auf 892 Inspektionen von Lebensmittelbetrieben und 134 Berichten, die am Jahresende für jedes Wassernetz erstellt wurden. Bei Teilinspektion oder Abklärung erfolgt keine Beurteilung der Sicherheit. Die Ergebnisse erlauben es insbesondere, die Inspektionsprioritäten für das Jahr 2005 festzulegen.

Inspektionen des Trinkwassernetzes im Jahr 2004

40 öffentliche Trinkwassernetze, hauptsächlich problematische Netze, wurden einer Inspektion unterzogen. Die verlangten Sanierungsmassnahmen betrafen der Reihe nach:

- die Selbstkontrolle, vor allem fehlende Dokumente;
- die Instandstellung der Anlagen, manchmal die Neufassung;
- die Errichtung und die Überwachung von Schutzzonen;
- die Verbesserung der Unterhalts- und Reinigungsprozesse;
- die Korrektur der Mängel in der Desinfektion.

Die Durchführung der Massnahmen und die Einhaltung der Fristen werden vom Kantonalen Laboratorium verfolgt, und die Inspektionen werden beibehalten.

Kontrolle der Schwimmbäder

67 Proben aus 40 Badeanstalten wurden untersucht. Mit Ausnahme eines Camping-Schwimmbads wurden alle öffentlichen Schwimmbäder mindestens einmal während des Jahres kontrolliert.

48 (72 %) Proben wiesen Ergebnisse auf, die allen untersuchten Parametern konform waren (58 % im Jahr 2003, 68 % im Jahr 2002). Insgesamt ist die Wasserqualität der Schwimmbäder ein wenig besser als in den Vorjahren. Die

Beanstandungsrate bezüglich Harnstoff ist im Lauf dieses Jahres erneut zurückgegangen.

Kurs für Schwimmbadverantwortliche

Seit 1973 sind die technischen Normen und die Qualitätsnormen für das Schwimmbadwasser im kantonalen Beschluss und in den Direktiven über die Hygiene der Badeanstalten beschrieben.

Infolge des Inkrafttretens der neuen Verordnung über die Hygiene der öffentlichen Schwimm- und Strandbäder gelten ab 2004 die einschlägigen Vorschriften der SIA-Norm SIA 381/1. Im Dezember 2004 organisierte das Kantonale Laboratorium einen Kurs für alle Aufsichtspersonen der öffentlichen Schwimmbäder des Kantons. Die Teilnahme an diesem Kurs war obligatorisch. Die neuen gesetzlichen Bestimmungen wurden erläutert. An diesem Kurs erinnerte das Kantonsarztamt an die Hygieneregeln im Zusammenhang mit Schwimmbadbesuchen.

Nationale Kampagne «Recycling von Batterien – Kontrolle der Verkaufsstellen»

90 % der Verkaufsstellen für Batterien und Akkus stellen einen Behälter für die Rücknahme gebrauchter Batterien und Akkus zur Verfügung, hingegen haben nur 67 % der Verkaufsstellen die vorgeschriebene Information angeschlagen, dass gebrauchte Batterien zurückgebracht werden müssen und der Verkäufer sie zurücknehmen muss. Diese Zahlen sind das Ergebnis einer Untersuchung des Kantonalen Laboratoriums im Rahmen einer nationalen Kampagne.

Mit dem Recycling von Batterien und Akkus soll die Verschmutzung von Umwelt, Boden und Gewässern durch Schwermetalle wie Nickel, Cadmium und Quecksilber, wie sie in Batterien enthalten sind, verhütet werden. Für die Finanzierung der Entsorgung und des Recycling der Batterien und Akkus (hiermit betraut ist die Firma BATREC in Wimmis) hat die Schweiz eine Gebühr einge-

führt. Ein Teil dieser Gebühr dient auch der Finanzierung der vorgeschriebenen Information, die in den Verkaufsstellen angeschlagen werden muss, sowie der Bereitstellung von Sammelbehältern für die Öffentlichkeit. Es obliegt den Marktkontrollorganen, die Einhaltung dieser Bestimmungen zu überprüfen. Das Kantonale Laboratorium, Marktkontrollorgan im Kanton Freiburg, hat seine Untersuchung mit Hilfe eines Fragebogens durchgeführt, der an 280 Betriebe, die für den Verkauf von Batterien in Frage kommen, verschickt wurde.

Interessant ist, dass die Konsumentinnen und Konsumenten ihre gebrauchten Batterien nicht nur zu den Verkaufsstellen zurückbringen, sondern sich auch angewöhnt haben, sie gleichzeitig mit anderen Abfällen zur Abfallsammelstelle ihrer Gemeinde zu bringen. Es sei hier darauf hingewiesen, dass für alle Abfallfragen das Amt für Umwelt (UmwA) zuständig ist.

4. Verzeigungen

7 Fälle sind gerichtlich verzeigt worden:

- ein Milchhändler wegen falscher Bezeichnung von Käse;
- ein Wirt wegen wiederholter Missachtung elementarer Hygienemassnahmen;
- ein Betrieb wegen Verkauf von Dreiviertelfettkäse als Vollfettkäse;
- ein Metzger wegen verschiedenen Verstössen gegen das Lebensmittelrecht;
- ein Buvette-Wirt wegen Missachtung der Hygienevorschriften;
- ein Betrieb wegen Missachtung von Verkaufsverboten, die das Kantonale Laboratorium ausgesprochen hatte, und wegen Missachtung der Verpflichtung zur Selbstkontrolle;
- ein Käser wegen Nachahmungen von «Greyerzer».

Soziales

I. Sozialvorsorgeamt (SVA)

1. Personal

Zum Personal zählen ein Vorsteher, ein Adjunkt des Vorstehers, ein Sektorchef, eine Sonderheiminspektorin mit halbem Pensum, eine Abteilungsleiterin mit halbem Pensum, eine Juristin (50 %), eine Revisorin für die Rechnungen der Sonderheime, drei Sekretärinnen mit halbem Pensum und eine Lehrtochter. Hinzu kommt seit dem zweiten Halbjahr Unterstützungspersonal (2 x 50 %), das im Hinblick auf die Einführung einer neuen Informatikanwendung im Amt angestellt wurde, und eine Stagiaire, die seit Anfang Herbst für ein Jahr beschäftigt wird.

2. Tätigkeiten

Das Sozialvorsorgeamt stellt die Umsetzung einer Politik zugunsten behinderter oder gefährdeter sowie betagter Personen sicher.

Seine Aufgabe besteht vor allem darin, dass es stationäre Leistungen koordiniert, plant, finanziert und kontrolliert.

Zusammen mit den betroffenen Institutionen gewährleistet es das Bestehen und die Entwicklung der Dispositive für die Behandlung und Betreuung behinderter oder gefährdeter Personen (geistiger Entwicklungsrückstand, psychische Störungen, physische und sensorische Behinderungen, Suchtprobleme, Probleme der Sozialerziehung und sozial-kognitiver Art) sowie für die Betreuung betagter Personen.

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) befasst sich das Amt mit der Einführung einer neuen Informatikanwendung. Zunächst ermöglichte eine Vorstudie die Evaluation der Bedürfnisse des Amtes. Sodann mussten die Verfahren innerhalb des Amtes genau identifiziert werden, um die verschiedenen Phasen der Entwicklung des Projekts sowie den entsprechenden Zeitplan vorsehen zu können. Diese ersten Arbeiten werden in die Aufstellung eines Richtschemas zu Beginn des Jahres 2005 münden.

Das Amt besteht aus zwei Sektoren:

- dem Sektor Sonderheime für Behinderte oder Gefährdete;
- dem Sektor Pflegeheime für Betagte.

Infolge der Neuorganisation der Ämter der Direktion für Gesundheit und Soziales wurde der Sektor Unterhaltsbeiträge am 1. Januar 2004 in das Kantonale Sozialamt integriert.

a) Sonderheime

Das Netz der vom Kanton anerkannten Institutionen umfasst 82 Strukturen, die sich auf 53 Anstalten verteilen:

Auf geistigen Entwicklungsrückstand spezialisierte Einrichtungen

- 8 Heime/Wohnungen mit Werkstätten
- 5 Heime/Wohnungen ohne Werkstätte
- 1 Kultur- und Bildungszentrum

Auf psychische Störungen spezialisierte Einrichtungen

- 6 Heime/Wohnungen mit Werkstätten
- 3 Heime/Wohnungen ohne Werkstätte

Auf physische und sensorische Behinderungen spezialisierte Einrichtungen

- 1 Heim mit Werkstätte
- 1 Heim ohne Werkstätte

Auf Suchtprobleme spezialisierte Einrichtungen

- 3 Heime/Wohnungen mit Werkstätten

Auf Probleme der Sozialerziehung spezialisierte Einrichtungen

- 9 Erziehungsheime
- 2 professionelle Pflegefamilien

Auf Probleme sozial-kognitiver Art spezialisierte Einrichtungen

- 3 Sonderschulen mit Internat
- 9 Sonderschulen ohne Internat
- 2 Eingliederungsstätten

Zu Beginn des Jahres zog sich das Bundesamt für Sozialversicherung (BSV) weitgehend aus der Finanzierung der Institutionen zurück, die in den Genuss kollektiver Leistungen an den Betrieb (Art. 73 IV) kommen, was eine Reduktion der Beiträge um nahezu 6 Millionen Franken zur Folge hatte. Der Betrag konnte durch die Einsparungsvorschläge von Seiten der Institutionen, die zusätzlichen vom Amt verlangten Sparmassnahmen sowie eine Mehrfinanzierung von Seiten des Kantons und der Gemeinden kompensiert werden.

Bei den Revisionen der Geschäftsrechnungen der Institutionen und den Schlussabrechnungen über die Subventionen waren zu Beginn des Jahres erhebliche Rückstände zu verzeichnen. Um die Situation zu bereinigen, ermächtigte der Staatsrat das Amt, ein Revisionsorgan von ausserhalb der Kantonsverwaltung beizuziehen. Das Mandat wird seit Sommer 2004 ausgeführt und sollte im Sommer 2005 abgeschlossen sein. Dank dieser externen Unterstützung können bis dahin alle Rückstände aufgeholt werden.

Eine Änderung des Gesetzes vom 20. Mai 1986 für Hilfe an Sonderheime für Behinderte oder Schwererziehbare wurde vom Grossen Rat erlassen. Die am 1. Januar 2005 in Kraft tretende Änderung ermöglicht die Anerkennung professioneller Pflegefamilien, die sich sozialerzieherischer Probleme annehmen, als Sondereinrichtungen.

Der Kanton hat beim BSV den Entwurf der Bedarfsplanung für die Periode 2004 – 2006 auf dem Gebiet der Heime und Werkstätten für behinderte Erwachsene einge-

reicht. Das BSV hat die Planung des Kantons Freiburg für das Jahr 2004 gemäss den folgenden Elementen angenommen:

Anzahl Plätze in Sonderheimen 2003/2004

Geistiger Entwicklungsrückstand	Ort	2003			2004
		Heim mit Beschäftigung	Heim ohne Beschäftigung	Tages- stätte	Neue Plätze
Sonneg	Zumholz	8			
Home-Atelier «Linde»	Tentlingen	47		6	
Home-Atelier La Colombière	Misery	27		6	
Foyer La Rosière	Estavayer-le-Lac	14			1
Home Clos Fleuri	Bulle	44	30		
Wohnschule Freiburg	Freiburg	5			
Home La Colline	Ursy	30			
Homato, Les Buissonnets	Freiburg	32		8	
Wohnheime Sensler Stiftung	Tafers		44		
Communauté de La Grotte et Béthanie	Freiburg		15		
Geschützte Wohnform SSEB	Murten		13		
La Farandole	Freiburg		36		
Appartements protégés de la Glâne	Romont		11		
La Belle Etoile	Châtel-St-Denis		17		
Total Plätze		207	166	20	1

Psychische Störungen	Ort	2003		2004
		Heim mit Beschäftigung	Heim ohne Beschäftigung	Neue Plätze
Fondation Hannah	Les Sciernes			
	d'Albeuve	23		
Fondation Bellevue	Marsens	70		
La Traversée 3	Seiry	12		
Perspectives	Gumefens		26	
Foyer St-Louis	Freiburg		37	
Appartements Fondation Bellevue	Bulle		7	
Applico, Schmitten, Düdingen	Schmitten		4	8
La Traversée 1	Freiburg		13	
La Traversée 4	Freiburg		11	
Total Plätze		105	98	8

Physische Behinderung	Ort	2003		2004
		Heim mit Beschäftigung	Heim ohne Beschäftigung	Neue Plätze
Foyer St-Camille	Marly	28	12	2
Foyer des Préalpes	Villars-sur-Glâne	27		
Total Plätze		55	12	2

Sucht-Abhängigkeit	Ort	2003		2004
		Heim mit Beschäftigung	Heim ohne Beschäftigung	Neue Plätze
Le Torry	Freiburg	20		
Centre Le Radeau	Orsonnens	12		
Foyer Horizon	Pensier	14		
Geschützte Wohnung «Le Belvédère»	Freiburg		6	
Total Plätze		46	6	0

Erziehungsheime		2003	2004
Sozialerzieherische Probleme	Ort	Plätze	Neue Plätze
Le Bosquet	Givisiez	14	4
Foyer St-Etienne	Freiburg	40	
Foyer St-Etienne, Time Out	Villars-sur-Glâne	10	
Foyer. Bonnesfontaines	Freiburg	23	
Nid Clairval	Givisiez	15	
Lehrlingsheim	Freiburg	15	
La Traversée jeunes filles	Corminboeuf	7	
Les Peupliers	Oberried	5	- 5
Kinderheim Heimelig	Kerzers	12	
Centre éducatif et pédagogique	Estavayer-le-Lac	3	
Transit accueil d'urgence	Villars-sur-Glâne	10	
Total Plätze		154	- 1

Die Ecole d'autonomie, eine Wohnstruktur in der Stadt Freiburg, die es fünf Personen mit leichtem geistigem Entwicklungsrückstand ermöglicht, ein selbständigeres Leben zu erproben, wurde bis Ende 2004 von Pro Infirmis geführt. Ab Anfang 2005 wird sie von der Stiftung des Seebezirkes für erwachsene Behinderte übernommen.

Das Projekt eines neuen Finanzierungssystems für die Sonderheime hat sich im Laufe des Jahres entwickelt. Eine Versuchsphase wird für die Heime/Werkstätten auf dem Gebiet des geistigen Entwicklungsrückstands und der psychischen Störungen eingeführt. Das neue System, das im Laufe der Jahre 2005 und 2006 getestet werden soll, zielt auf eine Finanzierung nach Globalbudget hin, gestützt auf Leistungsverträge für die Betreuung der aufgenommenen Personen. Eine Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Institutionen, der Freiburgischen Vereinigung der Institutionen für Behinderte und Gefährdete (VFIBG) und des Sozialvorgesamtes befasst sich mit der Ausarbeitung von Rastern, welche die Erfassung der den Bedürfnissen der Heimbewohnerinnen und -bewohner entsprechenden Leistungen ermöglichen.

Die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren (SODK) hat den Kantonen vorgeschlagen, der neuen interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) beizutreten. Mit Dekret vom 10. Februar 2004 hat der Grosse Rat den Beitritt des Kantons Freiburg zu dieser Vereinbarung beschlossen. Diese regelt die Finanzierung von Platzierungen in Institutionen ausserhalb des Wohnkantons und ersetzt die Heimvereinbarung vom 2. Februar 1984. Die IVSE tritt am 1. Januar 2006 in Kraft.

Am 28. November 2004 hat die Schweizer Bevölkerung die Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) und die Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen angenommen. Der NFA beinhaltet mit einem Zeithorizont bis zum Jahr 2008 den Transfer aller Lasten im Zusammenhang mit der Planung, Koordination, Finanzierung und Kontrolle der Sonderheime vom Bund an die Kantone. Dies bedeutet für die Institutionen den Übergang von einer gemischten Subventionierung zu einem ausschliesslich kantonalen Subventionierungssystem. Diese Änderungen

bedürfen der Vorbereitung, und dies bedeutet für das Amt eine erhebliche Untersuchungs- und Planungsarbeit.

b) Pflegeheime für Betagte

Mit Verordnung vom 13. Dezember 2004 hat der Staatsrat die Liste der Pflegeheime geändert und 70 neue Pflegebetten für Langzeitaufenthalte sowie 20 Pflegebetten für Kurzaufenthalte anerkannt. Diese Betten wurden den folgenden Heimen zugeteilt:

Betten für Langzeitaufenthalte

- Villa Beausite, Freiburg + 10 Betten
- Maison Sainte-Jeanne-Antide, Givisiez + 5 Betten
- Alters- und Pflegeheim St. Martin, Tafers + 5 Betten
- Foyer Saint-Vincent, Vuadens + 10 Betten
- Foyer Saint-Germain, Gruyères + 5 Betten
- Foyer Saint-Joseph, Sâles + 4 Betten
- Medizinisches Pflegeheim des Seebezirks, Meyriez + 5 Betten
- Foyer Sainte-Marguerite, Vuisternens-devant-Romont + 5 Betten
- Les Fauvettes, Montagny-la-Ville + 15 Betten
- Kantonales Psychiatrisches Spital, Alterspsychiatrie + 6 Betten

Betten für Kurzaufenthalte

- Villa Beausite, Freiburg + 5 Betten
- Alters- und Pflegeheim St. Martin, Tafers + 2 Betten
- Foyer Saint-Joseph, Sâles + 2 Betten
- Medizinisches Pflegeheim des Seebezirks, Meyriez + 2 Betten
- Foyer Sainte-Marguerite, Vuisternens-devant-Romont + 2 Betten
- Les Fauvettes, Montagny-la-Ville + 5 Betten
- Maison Saint-Joseph, Châtel-Saint-Denis + 2 Betten

Ende 2003 zählte das Pflegeheimnetz 2063 Betten. Für 2005 wird es somit 2133 Betten für Langzeitaufenthalte und 20 Betten für Kurzaufenthalte umfassen. Dadurch entfallen 6,67 % Pflegebetten auf 100 Personen von über 65 Jahren.

Anzahl Betten für 100 Personen ab 65 Jahren

Nach Bezirk	Bevölkerung 2003 (eidg. Volkszählung 2000 + 2,57 %)	2004				2005			
		Anzahl Pflegeheim- betten	%	Anzahl Nicht- Pflegeheim- betten	%	Anzahl Pflegeheim- betten	%	Anzahl Nicht- Pflegeheim- betten	%
Saane	10 668	708	6,64	101	0,95	724	6,79	86	0,81
Sense	4 712	286	6,07	28	0,59	291	6,18	23	0,49
Greyerz	5 776	392	6,79	123	2,13	415	7,18	104	1,80
See	3 724	210	5,64	82	2,20	216	5,80	82	2,20
Glane	2 459	159	6,47	35	1,42	164	6,67	30	1,22
Broye	2 955	159	5,38	31	1,05	174	5,89	16	0,54
Vivisbach	1 675	149	8,90	0	0,00	149	8,90	0	0,00
Kanton	31 969	2 063	6,45	400	1,25	2 133	6,67	341	1,07

Der in der Berechnung der Ergänzungsleistungen und der Beteiligung der öffentlichen Hand an den Betreuungskosten berücksichtigte Pensionspreis wurde um einen Franken je Pflegestufe angehoben. Im Jahr 2005 beträgt dieser Preis

- 92 Franken/Tag für Personen, die keiner Pflege bedürfen oder mit Pflegestufe A
- 93 Franken/Tag für die Pflegestufe B
- 94 Franken/Tag für die Pflegestufe C
- 95 Franken/Tag für die Pflegestufe D.

In Heimen oder Heimabteilungen, die nicht als Pflegeheime anerkannt sind, wird der tägliche Pensionspreis 103 Franken betragen.

Aufgrund des Subventionsgesetzes vom 17. November 1999 muss jede Subvention periodisch überprüft werden. Im Jahr 2004 konnte die Beteiligung an den Betreuungskosten für im Pflegeheim untergebrachte Personen untersucht werden. Dieses Vorgehen in Zusammenarbeit mit der Finanzdirektion gab Anlass zu einer detaillierten Analyse der Mechanismen, welche die dieser Subventionierung zugrunde liegenden Kosten beeinflussen.

Der Staatsrat ernannte eine Arbeitsgruppe für die Analyse der Pensionspreise der Pflegeheime. Der Arbeitsgruppe gehören Vertreterinnen und Vertreter des Verbandes freiburgischer Gemeinden (4 Personen), des Vereins freiburgischer Alterseinrichtungen (VFA, 2 Personen) und des Sozialvorsorgeamtes (2 Personen) an. Ihr Auftrag bestand darin, den Standard und die Kosten für jede Hotellerieleistung zu bestimmen, ein System für die regelmässige Indexierung der Leistungen je nach ihrer Art vorzuschlagen, Regeln für die Bezahlung des Hotelleriepersonals der Pflegeheime vorzuschlagen und Massnahmen der Rationalisierung zwischen den Heimen zu prüfen. Die Arbeitsgruppe hat dem Staatsrat Ende Juni 2004 einen Bericht unterbreitet und die Einführung einer Berechnungsmethode und eines Instruments vorgeschlagen, die es ermöglichen, die Hotellerieleistungen der Pflegeheime zu beurteilen. Zusätzlich erfolgte eine Umfrage bezüglich der in den anderen Kantonen geltenden Methoden für die Durchführung dieser Berechnungsart. Ein Zusatzbericht wurde Ende 2004 vom Amt eingereicht.

Die beratende Kommission für Pflegeheime für Betagte (COMEMS) hatte Ende 2003 einen ersten Bericht über die Entwicklung des Pflegeheimnetzes und die Einführung von Interimsleistungen eingereicht. Der Bericht schlug die Errichtung von Tagesstätten, die Bereitstellung von Betten für Kurzaufenthalte, die Anerkennung von weiteren Pflegebetten und die Entwicklung eines Indikationssystems vor, mit dem die Situation Betagter beurteilt und diese der geeigneten Leistung zugewiesen werden können. Der Staatsrat hatte beschlossen, den Bericht in die Vernehmlassung bei den betroffenen Kreisen zu geben. Eine Synthese dieser Vernehmlassung wurde der Kommission für Gesundheitsplanung vorgestellt. Im Auftrag dieser Kommission machte sich die COMEMS daran, das mögliche Konzept eines Indikationssystems, das sich der freiburgischen Realität anpassen kann, zu präzisieren.

Drei Pilotprojekte für Tagesstätten wurden im Jahr 2004 eingeführt. Das Projekt des Home du Gibloux war schon in Betrieb, jedoch noch nicht als solches anerkannt. Das Projekt «Familie im Garten» von Römerswil wurde im August 2004 eröffnet, und das Projekt «Platanen» des Pflegeheims Jeuss nahm ab November 2004 Personen auf. Vier bis fünf weitere Projekte sind unserem Amt für 2005 unterbreitet worden. Damit kann diese Art Angebot auf den ganzen Kanton ausgeweitet werden.

Die Beteiligung der Krankenversicherer an den Pflegekosten, 1997 vom Bundesrat mittels Rahmentarifen festgesetzt, blieb im Jahr 2004 unverändert. Jedoch sieht eine Verordnung des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI) für die beiden höchsten Pflegestufen ab 2005 die Anpassung der Rahmentarife nach oben vor. Die Beteiligung der Versicherer für den Kanton Freiburg wird gewiss dementsprechend angepasst.

II. Kantonales Sozialamt (KSA)

1. Personal

Zum Personal gehören ein Vorsteher, eine stellvertretende Vorsteherin, ein juristischer und ein wissenschaftlicher Berater, eine Juristin, zwei Verwaltungsadjunkten, zwei Sekretärinnen, vier Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mit-

arbeiter, vier Buchhaltungssekretärinnen, ein kaufmännischer Lehrling. Das vollzeitlich oder teilzeitlich beschäftigte Personal des Amtes (insgesamt 11,55 Vollzeitstellen) befasst sich mit vier Tätigkeitsgebieten: Hilfe an bedürftige Personen, Hilfe an Opfer von Straftaten, Hilfe an Asylsuchende und Flüchtlinge, Hilfe bei der Eintreibung und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen.

2. Hilfe an bedürftige Personen

Nach dem Sozialhilfegesetz (SHG) ist das Kantonale Sozialamt zuständig für die Entscheide über die materielle Hilfe an Personen, die sich im Kanton aufhalten oder vorübergehend hier sind, sowie an Personen ohne festen Wohnsitz (Art. 8 und 21). Es unterhält die interkantonalen Beziehungen nach dem Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger, was die in anderen Kantonen wohnhaften Freiburgerinnen und Freiburger sowie die seit weniger als zwei Jahren im Kanton wohnhaften Schweizer Bürgerinnen und Bürger angeht. Hinzu kommen die Beziehungen im Zusammenhang mit den Sozialhilfevereinbarungen mit Deutschland und Frankreich für die in diesen Ländern wohnenden Freiburgerinnen und Freiburger. Das Amt hat auch zur Aufgabe, sozialpolitische Massnahmen vorzuschlagen, das kantonale Sozialhilfesystem zu evaluieren und zu verbessern, über dessen gutes Funktionieren zu wachen und für die Harmonisierung der Praxis zu sorgen, so dass eine Gleichbehandlung der begünstigten Personen gewährleistet ist. Unter anderem sorgt das Amt für die Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit unter den öffentlichen, privaten und ehrenamtlichen Akteuren und den Kirchen. Die vom Sozialhilfegesetz (Art. 21) vorgeschriebenen Aufgaben der Koordination, Information und Prävention nehmen daher einen prioritären Rang unter den Tätigkeiten des Amtes ein.

Auf der Ebene der Koordination, die wesentlich ist für ein gutes Funktionieren des kantonalen Sozialhilfesystems, hat das Amt zur Entfaltung von Synergien zwischen den Akteuren dieses Systems und ihren öffentlichen oder privaten Partnern beigetragen. Seine Bemühungen konzentrierten sich im Laufe des Jahres 2004 insbesondere auf die Integration der Freiburger Daten in die schweizerische Sozialhilfestatistik (SOSTAT), um künftig über ein gutes Steuerungsinstrument zu verfügen. Für die Organisation dieser Statistik und die dafür erforderliche Personalschulung erstellte es einen Leistungsvertrag mit dem Bundesamt für Statistik und intensivierte seine Zusammenarbeit mit den regionalen SHG-Sozialdiensten (RSD).

Im Übrigen setzte das Amt die Arbeit in der Kommission für die Koordination der interinstitutionellen Zusammenarbeit (CCII) fort, die vom Staatsrat gemäss den Empfehlungen der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (VDK) und der Sozialdirektorenkonferenz (SODK) eingesetzt worden ist. Es beteiligte sich aktiv an der Erstellung des Berichts an den Staatsrat und nahm an der Vorstellung der Ergebnisse an der Pressekonferenz vom 27. Mai 2004 teil. Es trug bei zur Aufstellung eines neuen Pilotprojekts in der Stadt Freiburg, das dazu bestimmt ist, den Wünschen des Staatsrats entsprechend der für 2006 vorgesehenen allgemeinen Ausweitung der systematischen interinstitutionellen Zusammenarbeit den Weg zu bereiten.

Das Amt war beauftragt, die Vertreterinnen und Vertreter der RSD und des Jugendamtes (JugA) sowie des Schutzaufsichtsamtes einzuberufen, um ihre Informationsaustauschprozesse zu evaluieren und Dispositionen für ihre effizientere Zusammenarbeit zu treffen. Neue Empfehlungen für die Zusammenarbeit unter den RSD und dem Schutzaufsichtsamt wurden Ende des Jahres erlassen. Für die Zusammenarbeit unter den RSD und dem JugA ist der Prozess noch im Gang.

Weiterhin bemühte sich das Amt um die Koordination auf dem Gebiet der Eingliederung, indem es den Katalog der sozialen Eingliederungsmassnahmen (MIS), der ständig auf der Website des Amtes erscheint, regelmässig aktualisierte und erweiterte. Der Katalog umfasst Ende 2004 mehr als hundert auf sechs verschiedene Kategorien verteilte Tätigkeiten (Ausbildung, persönliche Entwicklung, Aufbau des persönlichen Wohlbefindens, gemeinschaftliche Tätigkeiten, Tätigkeiten sozialer Beteiligung und Tätigkeiten von gesellschaftlichem Nutzen). Das Amt sorgt dafür, dass diese Tätigkeiten unverzüglich für die Durchführung sozialer Eingliederungsverträge verfügbar sind. Die Vielfalt dieser in französischer und deutscher Sprache und mit Hilfe von rund 50 Organismen organisierten Massnahmen erlaubt es, den unterschiedlichen Eingliederungsbedürfnissen individuell zu entsprechen. Das Amt hat auch eine Vernehmlassung beim Bundesamt für Sozialversicherung (BSV), der SUVA und bei den Krankenkassen durchgeführt, zwecks Erlass neuer Bestimmungen für die Regelung der Unfallversicherungsdeckung von Personen in Eingliederungsmassnahmen.

Das Amt unterhält enge Beziehungen mit mehreren spezialisierten Sozialdiensten (Art. 14 SHG), die im Rahmen von Vereinbarungen vom Staat subventioniert werden und auf ihrem spezifischen Gebiet die RSD unterstützen sollen. Dabei handelt es sich um das Tremplin (Hilfe an drogenabhängige Personen), La Tuile (Hilfe an Obdachlose und/oder Personen in Not) und Pro Infirmis (Hilfe an geistig und/oder körperlich behinderte Personen). Im Laufe des Jahres 2004 wurden drei neue Vereinbarungen unterzeichnet, die erste mit der Stiftung Pro Senectute für die Hilfe an Betagte (seit 1.1.04 in Kraft), die zweite mit der Freiburger Krebsliga für die Hilfe an Krebskranke und ihre Angehörigen (seit 1.1.04 in Kraft), die dritte mit der Stiftung SOS werdende Mütter für die Hilfe an werdende Mütter in Schwierigkeiten (ab 1.1.05 in Kraft). Im Übrigen beteiligte sich das Amt an den Arbeiten von Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Freiburg, des Staates und der privaten Hilfswerke für die Erstellung eines Konzepts für die Beherbergung Obdachloser und von Strassenmusikanten in der Winterpause in der Stadt Freiburg. Dieses Konzept ist seit dem Beginn des Winter 2004/05 erstmals operationell. Was den Partnerschaftsvertrag zwischen der Direktion für Gesundheit und Soziales und Caritas betreffend den spezialisierten Sozialdienst für Schuldenberatung und Entschuldung angeht, so kontrollierte das Amt die Modalitäten für die Vertragsausführung und setzte seine Untersuchung fort, die der Errichtung eines Entschuldungsfonds gilt. Dieser Fonds dürfte sich im Jahr 2005 konkretisieren. Vermerkt sei auch noch die Mitwirkung des Amtes an der von Caritas Freiburg errichteten Koordina-

tionsplattform des Netzes freiburgischer Ehrenamtlichenorganisationen.

Gleichzeitig wachte das Amt darüber, dass die RSD und die Sozialkommissionen ihre Sozialhilfenaufgaben erfüllen. Dafür übermittelte es den Sozialkommissionen und RSD regelmässig Rechtsgutachten, Informationen über die einschlägige Rechtsprechung sowie Synthesen der Antworten auf Fragen von Seiten der RSD zur Anwendung der Sozialhilferichtsätze. Dem SHG entsprechend nahm es eine Revision in einem RSD vor. Ein detaillierter Bericht wurde abgegeben. Das Amt konnte so den Betrieb des RSD überprüfen, Verbesserungsvorschläge machen, Stellung nehmen oder Empfehlungen zur Anwendung der im Kanton geltenden Sozialhilfenormen abgeben. Im Übrigen wachte es über die Anwendung der gesetzlichen Bestimmung (Art. 18 Abs. 1^{bis} SHG), wonach ein Sozialdienst mindestens dreitausend Einwohnerinnen und Einwohner abdecken und qualifiziertes Personal mit einem Tätigkeitsgrad von mindestens 50 % haben muss. Zudem stellte das Amt gemäss dem Sozialhilfegesetz (Art. 34) die Aufteilung der Kosten materieller Hilfe unter allen Gemeinden des Bezirks sicher. Mit Blick auf die Effizienz und die Arbeitsrationalisierung befasste es sich weiter mit der Automatisierung des Transfers der von den RSD gelieferten Daten sowie ihrer Buchungserfassung. In Zusammenarbeit schliesslich mit dem Amt für Gemeinden überprüfte es im Sinne des SHG und des Gesetzes über die Gemeinden die Vereinbarungen, die die Gemeinden für die Erfüllung ihrer Sozialhilfenaufgaben (Art. 16 SHG) in der Form eines Gemeindeverbandes oder einer interkommunalen Absprache abgeschlossen haben.

Auf der Informationsebene stützt sich das Amt vor allem auf seine Website (www.fr.ch/sasoc), die allen Ansprechpartnern des Amtes sowie der ganzen Öffentlichkeit eine reiche Dokumentation über alle seine Tätigkeitsgebiete anbietet (Sozialhilfe, Hilfe an Asylsuchende, Opferhilfe, Unterhaltsbeiträge, Konferenz für Sozialfragen, Förderung der sozialen Aktion). Diese häufig und regelmässig aktualisierte und mit neuen Rubriken ergänzte Website wird mehr als 9000-mal im Monatsdurchschnitt aufgesucht. Das Amt blieb in enger Verbindung mit den RSD, indem es sich an den Sitzungen der französischsprachigen und der deutschsprachigen Vereinigung der RSD des Kantons beteiligte. Am 11. November 2004 organisierte es für die RSD des Kantons in Grangeneuve zwei Informationssitzungen (eine in deutscher, eine in französischer Sprache), an denen mehr als 60 Berufspersonen teilnahmen. Dabei wurden verschiedene Probleme in Verbindung mit den Sozialhilfenormen, praktische Fälle, organisatorische Fragen und Fragen der Sozialpolitik behandelt. Auf Einladung kommunaler, kantonaler und eidgenössischer Instanzen hielt es im Laufe des Jahres mehr als 20 Referate zu Themen der Sozialhilfe, der Eingliederung, der interinstitutionellen Zusammenarbeit, der Gewaltprävention in den Sozialdiensten. Den Medien antwortete es regelmässig zu aktuellen Themen wie Freiwilligenarbeit, Familienpolitik, Working Poor, Sozialhilferichtsätze, Obdachlose. Es erteilte zwei Interviews in der Zeitschrift «Repère social» zu den Themen Datenschutz in der interinstitutionellen Zusammenarbeit und Gegenleistungen im Rahmen der

Eingliederung und veröffentlichte in dieser Zeitschrift einen Artikel über Gewaltprävention. Es veröffentlichte auch einen Artikel in der Zeitschrift «SozialAktuell», wo es das Freiburger Modell der Massnahmen zur sozialen Eingliederung vorstellte.

Das Amt engagierte sich auf dem Gebiet der Prävention, wo es darum geht, auftauchende soziale Phänomene zu erfassen und vorausschauend darauf zu reagieren. So präsidierte es die aus den RSD und den übrigen Sozialdiensten des Kantons gebildete Arbeitsgruppe, welche die Befolgung der Empfehlungen des Amtes zum Thema Gewaltprävention und Schutz vor Gewalt in den Sozialdiensten sicherstellt. Am 23. Juni 2004 beendete es die in Partnerschaft mit der Freiburger Fachhochschule für Sozialarbeit (HEF-TS) realisierte Ausbildung für das Personal der RSD und der übrigen Sozialdienste des Kantons, die eben dieser Thematik galt und an der mehr als 170 Berufspersonen aus dreissig Sozialdiensten teilnahmen. Auf diese Erfahrung gestützt beteiligte es sich weiterhin an der vom Staatsrat eingesetzten Arbeitsgruppe «Sicherheit der Behörden und des Staatspersonals». Es trug zur Abfassung des Berichts zuhanden des Staatsrats bei und wirkte bei der Steuerung der Ausbildung «Gefahrenprävention und Umgang mit Gewaltsituationen» für die Amtsträger des Staates mit. Auf dem Gebiet der Familienpolitik beteiligte sich das Amt an den Arbeiten der kantonalen Kommission für eine gesamthafte Familienpolitik und wirkte mit bei der Abfassung des Berichts zuhanden des Staatsrats. Es beteiligte sich an der Abfassung des Berichts über Familienpolitik, den der Staatsrat für den Grossen Rat erstellte. Auf dem Gebiet der Koordination der Sozialleistungen erarbeitete das Amt die Antwort des Staatsrats auf ein Postulat von Grossrätin Anne-Claude Demierre und Grossrat Jean-Jacques Collaud betreffend ein einziges massgebliches Einkommen. Um sich zu informieren und die Entwicklung sozialer Phänomene zu verfolgen, nahm es an verschiedenen Seminaren teil, die vor allem den folgenden Themen galten: Working Poor, junge Erwachsene in Schwierigkeiten, Familie, Arbeitslosigkeit und Eingliederung, interinstitutionelle Zusammenarbeit, neue Sozialmodelle, Wandlung der Sozialberufe, Einsetzung von Begleitmassnahmen zum freien Personenverkehr.

Aufgrund seiner vom SHG bestimmten Aufgaben war das Sozialamt ausserdem in den folgenden Kommissionen vertreten: kantonale Kommission für den Stellenmarkt, Kommission für die Gleichbehandlung von Frau und Mann und für Familienfragen, kantonale Kommission der Loterie Romande, Kommission für die Überwachung des Arbeitsmarkts, Plattform «Landwirtschaftsbetriebe in Schwierigkeiten». Auf interkantonaler Ebene trug es zur Ausarbeitung des «Sozialführers Westschweiz» bei (www.guidesocial.ch), in Zusammenarbeit mit der Vereinigung der freiburgischen Sozialinstitutionen (VFSI) und der Association romande et tessinoise des institutions sociales (ARTIAS), in deren Vorstand es vertreten ist. Am 20. Dezember 2004 nahm es an der Pressekonferenz anlässlich der Eröffnung der neuen Website des «Guide social romand» teil. Es ist auch vertreten im Vorstand der Schweizerischen Konferenz für Sozialfragen (SKOS) und des Groupement romand des chefs de services des affaires sociales (GRAS).

Das Amt äusserte sich zu mehreren Vernehmlassungen auf eidgenössischer oder kantonaler Ebene. Diese galten den folgenden Themen: Ergänzungsleistungen für Familien, Entwurf für die Änderung des Gesetzes über die spitalexterne Krankenpflege und die Familienhilfe, Vorentwurf des Gesetzes über die Jugend, Erwartungen an das im Sozialbereich tätige Personal und dessen Berufsbildung, Entwicklung der Ausbildungen im Sozialbereich (FH). Hinzu kommt die aktive Beteiligung des Amtes an Arbeitsgruppen, Seminaren, Ad-hoc-Kommissionen, Pressekonferenzen, Stellungnahmen, an der von der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) in die Wege geleiteten Revision der Sozialhilferichtsätze, die als Referenz für alle kantonalen Sozialhilfegesetzgebungen dienen. Diese Richtsätze dürften am 1. Januar 2006 im Kanton in Kraft treten.

Im Forschungsbereich antwortete das Amt auf rund zehn Umfragen der Universitäten und anderer Forschungszentren. Es wirkte mit bei der Studie über Migrationsbewegungen im Sozialhilfebereich, die von der Lausanner Ecole d'études sociales et pédagogiques durchgeführt wurde und auch veröffentlicht wurde. Es beauftragte den französischsprachigen Lehrstuhl für Sozialwissenschaft der Universität Freiburg mit einer Studie darüber, wie soziale Eingliederungsmassnahmen aus der Sozialhilfe hinausführen; die Ergebnisse lagen im Dezember 2004 vor. Schliesslich setzte sich das Sozialamt in Zusammenarbeit mit dem französischsprachigen Lehrstuhl für Sozialwissenschaft der Universität Freiburg in der Durchführung der dritten Konferenz für Sozialfragen ein. Diese fand am 2. April 2004 in Grangeneuve statt und galt dem Thema: «Welche Lebensqualität für morgen?». Anlässlich dieses zweisprachigen

Kolloquiums, das dem Austausch und der Aktivierung namentlich auf dem Gebiet der Sozialpolitik gilt, nahmen rund 200 Teilnehmende von den eigenständigen Beiträgen der rund zwölf Rednerinnen und Redner Kenntnis.

Wie alljährlich erstellte das Sozialamt die Statistik über die materielle Hilfe. Diese Datensammlung gibt Auskunft über die gewährte materielle Hilfe, enthält eine Bilanz über die Anwendung der sozialen Eingliederungsmassnahmen, beziffert die finanzielle Belastung der Gemeinden in Berücksichtigung der Aufteilung nach Bezirk, führt die den spezialisierten Sozialdiensten des Kantons geleisteten Subventionen auf sowie Zahlen aus den Tätigkeitsberichten der RSD-Sozialdienste. Im Übrigen hat das Amt Kenntnis genommen von den Ergebnissen der Kontrolle «Sicherheit – konkretes Funktionieren», die im Jahr 2003 von der kantonalen Behörde für die Überwachung des Datenschutzes im Amt durchgeführt wurde, und die Schlussfolgerungen daraus gezogen.

Der Aufwand für die im Jahr 2004 erteilte materielle Hilfe an Bedürftige, die im Kanton wohnen oder sich hier aufhalten, belief sich (vor der Aufteilung Kanton/Gemeinden und in Berücksichtigung persönlicher Rückerstattungen) auf 21 444 729.40 Franken (34,079 % mehr als im Jahr 2003) und verteilte sich auf 4420 Dossiers (+ 3,25 %), die insgesamt 8852 Personen umfassen (+ 1,30 %). Der Kanton übernahm zudem die materiellen Hilfeleistungen an Freiburgerinnen und Freiburger mit Wohnsitz in anderen Kantonen (2 052 000 Franken) und an Freiburgerinnen und Freiburger mit Wohnsitz im Ausland (204 000 Franken). Weitere Einzelheiten sind den Tabellen im Anschluss an diesen Bericht zu entnehmen.

Materielle Hilfe netto 2004 (1.10.2003 – 30.09.2004)

Persönliche Rückerstattungen sind berücksichtigt

Art. 7 und 8 SHG: im Kanton wohnhafte, sich aufhaltende oder vorübergehend anwesende Personen

Aufteilung Gemeinden / Staat Art. 32/33 SHG							
Personenkategorie	Zu Lasten des Staates in Fr.	% Total	Zu Lasten anderer Kantone in Fr.	% Total	Zu Lasten der Gemeinden in Fr.	% Total	Total in Fr.
Schweizer	5 798 603.30	56,68	1 424 649.35	91,23	5 456 102.00	56,52	12 679 354.65
Ausländer	4 431 411.75	43,32	137 059.85	8,77	4 196 903.15	43,48	8 765 374.75
Total	10 230 015.05	100,0	1 561 709.20	100,0	9 653 005.15	100,0	21 444 729.40

*Materielle Hilfe 2004
im Kanton wohnhafte, sich aufhaltende oder
vorübergehend anwesende Personen*

Aufteilung der Dossiers nach Sozialhilfegrund		
Sozialhilfegrund	Anzahl Dossiers	% Total
Arbeitslosigkeit/Vorschüsse ALV	750	15,40
Alleinerziehender Elternteil/getrenntes Paar	512	10,51
Krankheit/Unfall/Hospitalisation	322	6,61
Hilfe an Kinder	61	1,25
Schutzaufsicht	56	1,15
AHV/IV/EL: Vorschüsse/ungenügend	835	17,15
ungenügendes Einkommen	1493	30,67
Platzierung Pflege-/Altersheim	31	0,64
Drogen/Alkohol	204	4,19
Hospit./Unfall/Krankheit/: vorübergehend hier anwesend	58	1,19
Heimschaffung: vorübergehend hier anwesend	37	0,75
Krankenversicherungsprämie	55	1,13
Arbeitslosigkeit: ausgesteuert	456	9,36
Total Dossiers	4870	100,00

3. Hilfe an Opfer von Straftaten

Das Kantonale Sozialamt ist mit der Anwendung des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1991 über die Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG) und dessen Ausführungsgesetz vom 8. Oktober 1992 betraut. Diese bezwecken die Hilfe an jede Person, die durch eine Straftat in ihrer körperlichen, sexuellen oder psychischen Integrität direkt Schaden genommen hat. Das Amt wacht zum einen über die Einhaltung der Verfahren, die nötig sind, um eine effiziente Hilfe und eine Verstärkung der Rechte der Opfer von Straftaten zu gewährleisten. Zum anderen wacht es über den guten Betrieb der Beratungsstellen des Kantons, die sofortige und längerfristige Hilfe erteilen sollen. In diesem Zusammenhang äussert sich das Amt zu Anfragen dieser Beratungsstellen und Dritter. Im Übrigen ist es betraut mit der Information über die kantonale OHG-Gesetzgebung, mit der spezifischen Ausbildung der mit der OHG-Hilfe beauftragten Personen, der Ausrichtung der Kantonsbeiträge, der Aufteilung der Kosten für sofortige und längerfristige Hilfe zwischen Staat und Gemeinden, den Entscheidungen über die Erteilung von Entschädigungen und Genugtuungen, der Nachkontrolle im Zusammenhang mit den Vereinbarungen zwischen dem Staat und privaten Einrichtungen, die OHG-Aufgaben wahrnehmen: Frauenhaus, Dargebotene Hand und ASADE (Adultes Sexuellement Abusé(e)s Durant l'Enfance).

Infolge der Untersuchung der kantonalen OHG-Beiträge, die im Jahr 2003 im Rahmen der periodischen Untersuchungen nach dem Subventionsgesetz erfolgte, ergriff das Amt im Laufe des Jahres 2004 verschiedene Massnahmen. Dazu zählt namentlich die Zusammenlegung der Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche mit derjenigen für Männer und Opfer von Verkehrsunfällen. Da die erstere administrativ dem Jugendamt und die zweite dem Psycho-

sozialen Dienst angeschlossen war, waren mehrere Arbeitssitzungen mit den Verantwortlichen der betroffenen Dienststellen erforderlich. Die Fusion wird im Frühjahr 2005 realisiert. Somit erhält das kantonale OHG-Dispositiv ein neues Gesicht und zählt künftig zwei Beratungsstellen: eine für Kinder, Jugendliche, Männer und Opfer von Verkehrsunfällen (administrativ dem Jugendamt angeschlossen, aber an verschiedenen Orten befindlich) und eine für Frauen (nach wie vor beim Verein «Frauenhaus»).

Besondere Aufmerksamkeit galt dieses Jahr der Betreuung der Opfer im Kindesalter. Hierfür erstellte das Amt eine von zwei Psychotherapeutinnen geleitete Therapiegruppe, um es den Kindern zu ermöglichen, sich freier über die Beeinträchtigung ihrer physischen, sexuellen oder psychischen Integrität auszusprechen. Im Herbst 2004 wurde diese Therapiegruppe auf die Eltern der Opfer ausgedehnt, sofern diese selbst als Opfer gelten (Art. 2 Abs. 2 OHG). Diese Lösung ist im Interesse der Kinder und trägt zur Verwirklichung der sozialen Rechte bei, die in der am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen neuen Kantonsverfassung vorgesehen sind (s. Art. 36 Abs. 3 der neuen Verfassung).

Das Amt organisierte eine Zusammenkunft mit dem Schutzaufsichtsamt, um die kantonale OHG-Gesetzgebung und die Rechte der Opfer, vor allem im Bereich der Entschädigungen, vorzustellen. Der Austausch hatte auch zum Ziel, die interinstitutionelle Zusammenarbeit zu verbessern, um die Eintreibung der den Opfern vom Staat gewährten Entschädigungen bei Inhaftierten oder vormals Inhaftierten zu erleichtern (Art. 14 OHGI). Im gleichen Sinne intensivierte das Amt die Verfolgung der Debitoren im Zusammenhang mit Entschädigungsdossiers, indem es die Urheber von Straftaten aufforderte, dem Staat die den Opfern gewährten Entschädigungen rückzuerstatten, wenn ihre finanzielle Lage dies zulässt. Auf diese Weise konnte der Staat im Jahr 2004 sämtliche Entschädigungen wiedererlangen, die in drei OHG-Fällen ausgerichtet worden. Zurzeit sind noch fünfzehn strittige Dossiers für die Rückerstattung an den Staat offen.

Das Amt spielte eine wichtige Rolle in der Aufstellung einer kantonalen Personalaus- und Fortbildung gegen Gewalt in den Sozialdiensten, indem es vor allem Kurse in der Freiburger Fachhochschule für Sozialarbeit (HEF-TS) in Givisiez erteilte, Einsätze, die sich auf rechtliche Aspekte bezogen und in Verbindung mit dem OHG standen. Auch organisierte das Amt wie üblich im Jahr 2004 drei Fortbildungssitzungen für das Personal der Beratungsstellen. Im Übrigen präsierte das Amt zwei Sitzungen im Rahmen der kantonalen OHG-Koordination, der 18 Mitglieder aus Polizei- und Gerichtskreisen, aus dem medizinischen, sozialen und schulischen Bereich angehören, mit dem immer noch vorrangigen Anliegen, für die Erhaltung und Verbesserung der Koordination, Information und Zusammenarbeit unter den Akteuren und Institutionen im kantonalen OHG-System zu sorgen. Das Amt ist auch Mitglied der regionalen OHG-Konferenz, der die Kantone der Westschweiz, Bern und Tessin angehören. Seit vier Jahren wirkt das Amt aktiv in der interinstitutionellen Arbeitsgruppe mit, die sich mit der häuslichen Gewalt im Kanton Frei-

burg befasst und die im Laufe des Jahres als kantonale Kommission eingesetzt wurde. Diese trat in diesem Jahr dreimal zusammen. Schliesslich befasste sich das Amt mit der Vorbereitung des alle zwei Jahre stattfindenden OHG-Thementags, der 2005 stattfinden wird und dem folgenden Thema gilt: Wie lässt sich der von den Opfern erlittene Schaden aus der Sicht der Polizei, der OHG-Beratungsstellen, des Psychotherapeuten, des Richters und des Kantonalen Sozialamtes «messen», wer ist die zuständige Behörde in Sachen Entschädigung und Genugtuung zugunsten der Opfer?

Im Laufe dieses Jahres befasste sich das Amt vorrangig mit der Suche nach neuen Ideen für eine bessere Prüfung der Leistungsgesuche der Opfer und ihrer Anwälte. Das Amt ist der Auffassung, dass es hierfür oft besser ist – nicht nur für die Opfer, sondern auch für die Instruktion des Dossiers – direkt die Akten der Sozialversicherungen oder des Strafrichters einzusehen, wenn Beurteilungskomponenten für die Bestimmung des Anspruchs auf Leistungen fehlen. Allgemein fallen die den Opfern gewährten Leistungen sowohl unter die sofortige und längerfristige Hilfe als auch unter die Entschädigung und/oder Genugtuung.

Das Amt beteiligt sich an der Erstellung der Bundesstatistik über die verschiedenen OHG-Leistungen an Opfer von Straftaten. Die Statistiken der Kantone werden in einer elektronischen Datenbank unter der Adresse www.bfs.admin.ch/bfs/portal/fr/index/themen/rechtspflege.html veröffentlicht. Was die kantonale Statistik 2004 angeht, so bearbeitete das Amt 354 Dossiers, für die 541 Buchungseinträge verzeichnet wurden, alle Leistungen zusammengenommen. Der Vergleich mit den Vorjahren zeigt einen konstanten und starken Anstieg der Anzahl OHG-Fälle: das Amt bearbeitete 256 Dossiers im Jahr 2003, 225 im Jahr 2002, 200 im Jahr 2001, 142 im Jahr 2000, 121 im Jahr 1999 und 105 im Jahr 1998. Im Jahr 2004 fällte das Amt 53 formelle Entscheide: 31 Entscheide über sofortige und längerfristige Hilfe, einschliesslich der Anwaltskosten, und 22 Entscheide über Entschädigungen und Genugtuungen. Nach der vom Amt geführten Statistik liegen die den Opfern erteilten Leistungen fast immer unter den von ihnen oder ihren Anwälten gestellten Ansprüchen. Jedoch wurden die gefällten Entscheide zur grossen Mehrheit nicht mit Beschwerde angefochten. Zurzeit sind bei der Direktion für Gesundheit und Soziales, was sofortige und längerfristige Hilfe angeht (Anwaltskosten und Kosten für psychologische Hilfe), nur 6 Beschwerdeverfahren (4 davon schon im Jahr 2003 eröffnet) und beim Verwaltungsgericht 3 Verfahren im Zusammenhang mit Entschädigungen und Genugtuungen hängig (1 davon schon im Jahr 2003 eröffnet). Der OHG-Aufwand belief sich im Jahr 2004 auf insgesamt 1 147 072.35 Franken (für Einzelheiten s. Tabelle im Anschluss an diesen Bericht) gegenüber 1 271 665.60 Franken im Jahr 2003, 1 066 317.05 Franken im Jahr 2002, 927 186.65 Franken im Jahr 2001, 998 755.85 Franken im Jahr 2000, 1 160 400.05 Franken im Jahr 1999 und 960 533 Franken im Jahr 1998. Im einzelnen verteilen sich die 1 147 072.35 Franken wie folgt:

<i>OHG</i> <i>Tätigkeiten und Aufwand im Geschäftsjahr 2004</i>	
Staatliche Subventionen an die 3 Beratungsstellen	Fr. 692 115.00
Kosten für sofortige Hilfe	¹ Fr. 212 818.40
Kosten für längerfristige Hilfe	¹ Fr. 93 359.00
Anwaltskosten	¹ Fr. 12 284.30
¹ Unter Staat und Gemeinden aufzuteilender Gesamtbetrag (45 %/55 %): Fr. 318 461.70	
Entschädigung (materieller Schaden)	² Fr. 10 905.65
Genugtuung	² Fr. 125 590.00
Verschiedenes	² Fr. 0.00
² Ausgaben 100 % zu Lasten des Staates: 136 495.65	
Total	<u>Fr. 1 147 072.35</u>

Hilfe an Asylsuchende, Flüchtlinge und an Personen mit Nichteintretensentscheid (NEE-Personen)

Das Kantonale Sozialamt ist mit der Anwendung des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998 (AsylG) betraut, namentlich mit der Aufnahme, Beherbergung, Betreuung und materiellen Unterstützung von Asylsuchenden, vorläufig aufgenommenen Personen und schutzwürdigen Personen ohne Aufenthaltsbewilligung, die dem Kanton vom Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) zugeteilt werden. Dabei stützt es sich auf die Bestimmungen der Vereinbarung zwischen dem Staat und dem Freiburgischen Roten Kreuz (FRK), das mit der konkreten Ausführung dieser Aufgaben betraut wurde. Im Jahr 2004 setzte das Amt die Arbeiten in Verbindung mit der Revision dieser Vereinbarung fort. Im Übrigen hat das Amt aufgrund derselben Bundesgesetzgebung die Verantwortung für Personen mit Flüchtlingsstatus, die seit weniger als fünf Jahren im Kanton wohnhaft sind.

Das Jahr 2004 wurde durch zwei Themenkreise geprägt, die einen beträchtlichen Einsatz des Amtes erforderten. Der erste betrifft die Neudefinition der Konzepte für die Aufnahme und Betreuung Asylsuchender sowie die Restrukturierung des FRK infolge des erheblichen Rückgangs im Bestand dieser Personen, der zweite die Aufstellung eines neuen Dispositivs für die Betreuung von NEE-Personen.

Die Zahl der 2004 in der Schweiz registrierten Asylgesuche ist gegenüber 2003 stark zurückgegangen: 14 248 gegenüber 20 806. Der Bestand der im Kanton wohnenden Asylsuchenden hat sich dementsprechend verkleinert: am 31.12.2004 = 1701 gegenüber 1990. Die starke Abnahme von Gesuchen ist insbesondere auf die geringere Attraktivität unseres Landes zurückzuführen, da am 1. April 2004 die gesetzlichen Bestimmungen, nach denen die von einem Nichteintretensentscheid betroffenen Asylsuchenden (NEE-Personen) aus dem Geltungsbereich des Asylgesetzes ausgeschlossen sind, in Kraft getreten sind. Sie erklärt sich auch durch die Anwendung des Abkommens von Dub-

lin durch die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, durch die Einführung des Systems Eurodac, wonach jedes in Europa eingereichte Asylgesuch mit einem Fingerabdruck versehen wird, mit der verstärkten Überwachung der europäischen Grenzen, vor allem in Italien, und schliesslich durch eine gewisse wirtschaftliche Stagnation in der Schweiz, welche die Arbeitsmöglichkeiten für Asylsuchende einschränkt. Der Rückgang des Asylbewerberbestandes in der Schweiz dürfte sich nach den Vorhersagen des Bundes im Laufe der Jahre 2005 und 2006 fortsetzen. Demzufolge musste das vom Amt und vom FRK eingeführte Betreuungskonzept redimensioniert werden. Das FRK hat ein Aufnahmezentrum geschlossen, das Foyer Aurélie in Penser, und sieht die Schliessung zweier weiterer im Lauf des ersten Quartals 2005 vor: Foyer de la Poya in Fribourg und Foyer de La Verrerie. Dies bedingt Entlassungen beim FRK, das unter diesen heiklen Umständen Unterstützung vom Staat und vom Amt erhielt. Das Amt nahm an zwei Informationssitzungen für das FRK-Personal teil, für eine dieser Sitzungen sicherte es sich die Mitwirkung des Amtes für den Arbeitsmarkt.

Ungeachtet des abnehmenden Asylbewerberbestandes bemüht sich das Amt und das FRK weiterhin um eine bessere Verteilung der Asylsuchenden auf die Bezirke gemäss der Verordnung vom 23. April 2002, namentlich mit der Suche nach einer Liegenschaft, die sich als Erstaufnahmezentrum für die deutschsprachigen Bezirke See und Sense eignet. Ihre Wahl fiel auf eine Liegenschaft auf dem Gebiet der Gemeinde Plaffeien. Nach einer Zusammenkunft mit den Gemeindebehörden unternahm das Amt die nötigen Schritte beim Eigentümer im Hinblick auf einen Kauf. Parallel dazu wurde am 12. Januar 2004 eine Informationssitzung für die Bevölkerung organisiert. Das Projekt rief sehr lebhaft Reaktionen hervor, die sich in den Medien niederschlugen. Bei der Staatskanzlei wurde eine Petition gegen das Projekt eingereicht. Nach erneuter Abwägung der Interessen wurde beschlossen, das Projekt aufzugeben. Das Amt und das FRK setzten ihre Suche fort und nahmen nach zweijährigem Unterbruch die Verhandlungen mit der Eigentümerin einer Liegenschaft auf dem Gebiet der Gemeinde Düringen, in St. Wolfgang, wieder auf. Bei der Eigentümerin handelt es sich um eine Stiftung. Am 31. Dezember 2004 waren die Verhandlungen mit der Stiftung und den Gemeindebehörden noch nicht abgeschlossen.

Im Dezember 2004 akzeptierte das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) den vom Amt eingereichten Aktionsplan des Kantons für die Beschäftigungsprogramme, die im Jahr 2005 durch das FRK durchgeführt werden sollen. Trotz der geringeren Asylbewerberzahl werden die Vielfalt der Programme und die Zahl der verfügbaren Plätze (162) beibehalten. Das FRK wird die folgenden Programme organisieren: Allgemeinbildung, Grundkenntnisse in Informatik, Nähen, Kochen, Gärtnern, Velo-Werkstatt, Flachmalerei, Büglerei-Wäscherei, Töpfern und ein gemeinnütziges Projekt. Alle diese Tätigkeiten werden in den neuen vom FRK gemieteten Räumlichkeiten organisiert, um im Sinne der gegenseitigen Motivation, der Rationalisierung und Transportkosteneinsparung alle diese Tätigkeiten unter ein einziges Dach zu bringen. Dazu gehört auch das Programm

für die Rückkehrhilfe (Grundausbildung im Schreinerhandwerk).

Was den Anschluss Asylsuchender an die Krankenversicherung betrifft, so hat sich das Amt infolge der Vorstösse einiger Krankenkassen an einer Diskussion mit dem Amt für Gesundheit über eine neue Verteilung der Anschlüsse unter den verschiedenen Kassen beteiligt. In Anbetracht des massiven Rückgangs der Asylbewerberzahl und des sich daraus ergebenden Rückgangs der Bundessubventionen wurde schliesslich von einer als gerecht gewünschten Verteilung auf eine grössere Anzahl Kassen abgesehen. Für das Jahr 2005 wurde eine proportionale Verteilung auf die Krankenkassen beibehalten, deren Bestand sich im Kanton auf mindestens 10 000 Grundversicherte beläuft (in Berücksichtigung der Statistik 2003 des Bundesamtes für Gesundheit). Auf dieser Grundlage werden die Asylsuchenden den folgenden Krankenkassen angeschlossen: Assura, Avenir, Concordia, CSS, Helsana, CPT, Mutuel Assurances Sion und Visana.

Ab Januar 2004 erarbeitete das Amt unter Mitwirkung des Amtes für Bevölkerung und Migration (BMA), des Amtes für Militär und Bevölkerungsschutz, der Kantonspolizei, des FRK und des Vereins La Tuile einen Bericht über die Betreuung von NEE-Personen im Hinblick darauf, dass am 1. April das Bundesgesetz vom 19. Dezember 2003 über das Entlastungsprogramm 2003 und die revidierten Asylverordnungen in Kraft treten sollten. Aufgrund dieser Bestimmungen gelten die NEE-Personen, die nicht mehr unter das Asylgesetz fallen, als Personen in ungesetzlicher Situation, die unter das Gesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG) und des Bundesgesetzes über die Nothilfe fallen. Demzufolge ist es am Kanton, die Heimschaffung solcher Personen zu vollziehen und für die Nothilfe im Sinne von Artikel 12 der Bundesverfassung aufzukommen, eine Hilfe, die nach der eidgenössischen und kantonalen Sozialhilfegesetzgebung gewährt wird. Konkrete Massnahmen für die Umsetzung dieser neuen Regelung wurden vorgeschlagen.

So wurden ab 1. April 2004 die in den FRK-Strukturen beherbergten NEE-Personen, bei denen der Nichteintretensentscheid vor dem 1. April 2004 rechtskräftig wurde, vom Amt und vom BMA über die Änderung ihres Status und über ihre Pflicht informiert, die Schweiz aus eigenen Mitteln bis spätestens 31. Dezember 2004 zu verlassen. Im Sinne eines Anreizes erhielten sie ab Juli 2004 nur noch eine gekürzte Hilfe, deren Höhe von der Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) festgesetzt wurde. In FRK-Strukturen beherbergte NEE-Personen, bei denen der Entscheid nach dem 1. April 2004 rechtskräftig wurde, wurden informiert, dass sie je nach der Dauer ihres Verfahrens über eine Frist von 10 oder 30 Tagen verfügten, um die Schweiz zu verlassen. Ab dem 11. oder 31. Tag wird die Hilfe gekürzt. Für Personen, die sich weigern, die Beherbergungsstrukturen des FRK zu verlassen, wurde ein Ausweisungsverfahren in Zusammenarbeit mit dem BMA, der Kantonspolizei und dem FRK eingeführt. NEE-Personen, bei denen der Entscheid bei der eidgenössischen Registrierungsstelle rechtskräftig geworden ist, können bei dem Kanton, dem sie vom Bund für den Voll-

zug ihrer Heimschaffung zugewiesen worden sind, eine Nothilfe beantragen.

Um die Vorschriften der Bundesgesetzgebung zu vollziehen und gleichwohl zu versuchen, eine menschenwürdige Behandlung der betroffenen Personen zu gewährleisten, errichtete das Kanton für NEE-Personen eine vom FRK geführte «niederschwellige» Aufnahmestruktur. Diese ist auf 20 Plätze angelegt und erteilt den NEE-Personen eine Nothilfe in Form von Bargeld (von der GSD zunächst auf 8 Franken/Tag festgesetzt, am 22. Dezember 2004 für den Winter auf 10 Franken/Tag angehoben) oder in Form von Naturalleistungen (eine warme Mahlzeit am Abend, ein Frühstück und ein Mittagsspicknick). Die Nothilfe wird auf Entscheid des Amtes und nur Personen erteilt, die von der Kantonspolizei identifiziert worden sind. Ursprünglich auf fünf Tage befristet, wurde sie am 22. Dezember für die Dauer des Winters auf sieben Tage verlängert. Die in einem Pavillon des Foyer de la Poya in Freiburg befindliche Struktur entspricht den Empfehlungen der Schweizerischen Konferenz der Sozialdirektorinnen und -direktoren (SODK) für Nothilfe.

Am 31. Dezember 2004 wurden 55 NEE-Personen in den FRK-Strukturen beherbergt. Durchschnittlich zehn Personen täglich ersuchen um Nothilfe bei der «niederschweligen» Struktur. Aufgrund von Artikel 14f (neu) ANAG richtet der Bund den Kantonen Pauschalbeiträge aus, um die Ausgaben in Verbindung mit der Nothilfe und dem Heimschaffungsvollzug zu kompensieren. Ein Monitoring wurde vom Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen eingeführt, um die Kosten während eines auf drei Jahre befristeten Zeitraums zu evaluieren. Der Kanton hat das Amt und das BMA als Kontaktorgane des BFF für die Übermittlung der für dieses Monitoring erforderlichen Informationen bezeichnet. Es geht darum, den durch die Einführung dieser Bestimmungen verursachten Sozial-, Gesundheits- und Polizeiaufwand sowie die an die öffentliche Sicherheit gebundenen Informationen bestmöglich herauszukristallisieren.

Das Amt beantwortete zahlreiche Vernehmlassungen auf Bundesebene, namentlich in den folgenden Belangen: Teilrevision der das Verfahren und die Finanzierung betreffenden Asylverordnungen 1 und 2 sowie der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen; weitere, im Rahmen der Massnahmen 2003 zur Budgeterleichterung des Bundes vorgesehene Einsparungen im Asylwesen (namentlich die Ausweitung der Abschaffung der Sozialhilfe an Personen, deren Gesuch mit einem Nichteintretensentscheid beschieden wurde, auf alle Personen, die von einem negativen Asylercheid und einem Ausweisungsentscheid betroffen sind); im Budgetentlastungsprogramm 2004 des Bundes vorgesehene Massnahmen. Es antwortete auf die Anfragen der Grossräte Brönnimann und Bavaud zur Situation der NEE-Personen im Kanton sowie auf einen offenen Brief des Kollektivs der Sanspapiers, der von zahlreichen Personen, Vereinigungen und Parteien unterzeichnet war und die Betreuung dieser Personen im Winter betraf.

Das Amt war aktiv in der paritätischen Kommission für Asylfragen, der kantonalen Kommission für die Einschul-

lung und Integration von Migrantenkindern sowie in der Kommission für die Integration von Migrantinnen und Migranten und für Rassismusbekämpfung. Es beteiligte sich an den Sitzungen der Westschweizer Koordinatorinnen und Koordinatoren und auf nationaler Ebene an zwei vom BFF organisierten Seminaren der Schweizer Koordinatorinnen und Koordinatoren. Unter den zahlreichen aktuellen Themen, die dabei debattiert wurden, sind namentlich zu nennen: die Einführung der gegenüber NEE-Personen getroffenen Massnahmen und die ersten Erfahrungen der Kantone; das Konzept der Nothilfe für diese Personen und die ersten Ergebnisse des Monitoring; die Untersuchung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe «Sonderbeherbergung» Asylsuchender; der Revisionsentwurf für das AsylG und die Einführung einer Gesamtpauschale und deren Berechnungsmodus sowie die Einführung einer Gesamtpauschale für sozialpolitische Massnahmen; die Integrationsmassnahmen für aus humanitären Gründen aufgenommene Personen; und schliesslich den Zusammenschluss des BFF mit dem Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung (IMES) per 1. Januar 2005 zum neuen Bundesamt für Migration (BFM). Das Amt nahm an mehreren Informationssitzungen bei den Gemeindebehörden teil, insbesondere in Plaffeien, Düdingen und La Verrerie.

Die materielle Hilfe an Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen, die Kosten des Betreuungs- und Verwaltungspersonals sowie die Betriebskosten der Beherbergungszentren beliefen sich im Jahr 2004 auf 21 867 347 Franken. Diese Ausgaben werden vom Bund vollumfänglich vergütet. Es sei vermerkt, dass das Amt aufmerksam von den Revisionsberichten Kenntnis nahm, welche die Geschäftsrechnungen 2000 und 2001 des FRK betreffen (die Revision war von einem spezialisierten Organ ausserhalb der Kantonsverwaltung gemacht worden).

Die Nothilfe an Personen mit rechtskräftigem Nichteintretensentscheid, die Kosten für das Betreuungs- und Verwaltungspersonal sowie die Betriebskosten für die niederschwellige Struktur beliefen sich im Jahr 2004 auf 602 653 Franken, von denen 64 200 Franken im Lauf des ersten Quartals 2005 vom Bund vergütet werden. Der Saldo geht aufgrund der eidgenössischen und kantonalen Sozialhilfegesetzgebung zu Lasten des Kantons.

Bezüglich der Sozialhilfe an Personen mit Flüchtlingsstatus und an schutzwürdige Personen mit Aufenthaltsbewilligung traf das Amt mehrmals mit Caritas Freiburg zusammen, um Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung der Verfahren für die soziale Betreuung, mit der Unterbreitung der vierteljährlichen Abrechnungen, mit der Verrechnung an das BFF und schliesslich mit der Kontrolle der Anwendung der Sozialhilferichtsätze auf diese Flüchtlinge zu regeln. Es untersuchte den BFF-Bericht über das Controlling der Ergebnisse auf dem Gebiet der Sozialhilferteilung an Flüchtlinge. Dieses Controlling war in Form einer Studie von April bis September 2003 in den Pilotkantonen, wozu auch der Kanton Freiburg gehörte, erfolgt.

Die Ausgaben für Flüchtlinge für materielle Hilfe und Betreuung beliefen sich im Jahr 2004 auf 1 738 468 Franken. Sie werden vollumfänglich vom Bund vergütet.

4. Bevorschussung und Eintreibung von Unterhaltsbeiträgen

Das Kantonale Sozialamt ist beauftragt, die geeignete Hilfe bei der Eintreibung von Unterhaltsbeiträgen, die Kindern sowie Ehegatten oder Ex-Ehegatten geschuldet werden, zu erteilen. Ausserdem hat es Vorschüsse für den Unterhalt des Kindes auszurichten, wenn der Vater oder die Mutter ihrer Unterhaltspflicht nicht nachkommt. Zu diesen Unterhaltsvorschüssen kommen diejenigen zugunsten von Ehegatten oder Ex-Ehegatten (Art. 79 und 81 Abs.1 EGZGB). Mit diesen Aufgaben der Verwaltung und Bearbeitung der Dossiers, der administrativen, finanziellen und rechtlichen Weiterverfolgung, der Information, Beratung und Anhörung sowohl der Anspruchsberechtigten als auch der Schuldner ist das Amt seit dem 1. Januar 2004 betraut. Die Rechte, Aufgaben und Pflichten der Begünstigten und der Schuldner wie auch des Amtes im Zusammenhang mit der Inkassohilfe und der Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen sind im Beschluss vom 14. Dezember 1993 und in den Anwendungsdirektiven der Direktion für Gesundheit und Soziales niedergelegt.

Die täglichen Tätigkeiten des Amtes sind namentlich: Bestimmung des Anspruchs auf Inkassohilfe und/oder Vorschüsse, Begründung der Entscheide über Gewährung oder Verweigerung dieser Leistungen, Informierung der begünstigten Person und des Schuldners über die Bearbeitung des Dossiers, Empfang, Anhörung und Beratung dieser Personen, Bearbeitung der Probleme in Verbindung mit der Anwendung des Grundsatzes des Gläubigerwechsels, monatliche Verrechnung an die Schuldner der Unterhaltsbeiträge, Auszahlung der Vorschüsse an die Anspruchsberechtigten, Inkasso der vom Schuldner getätigten Unterhaltszahlungen und Verwaltung des Debitorenwesens bei laufenden und ausstehenden Unterhaltsbeiträgen, periodische Überprüfung der Leistungsansprüche, Aufgaben in Verbindung mit der Zwangsvollstreckung sowie mit Zivil- und Strafverfahren, Vertretung des Amtes im Rahmen dieser Verfahren. In einem weiteren Rahmen hat sich das Amt zur «Anfrage über den Betrieb des Büros für Unterhaltsbeiträge» von Grossrat Jean-Jacques Collaud geäussert. Im Übrigen nahm es an den Sitzungen der Westschweizer Konferenz der Ämter für Bevorschussung und Eintreibung von Unterhaltsbeiträgen teil.

Das Jahr 2004 war für das Amt besonders intensiv, übernahm es doch neu die oben präzierte Verantwortung und Zuständigkeiten; es befasste sich gleichzeitig mit weitreichenden Überlegungen zu einem neuen organisatorischen, strukturellen und gesetzgeberischen Konzept auf dem Gebiet der Unterhaltsbeiträge. Dieses Konzept zielt darauf hin, nicht nur die Leistungen des Amtes (gegenüber den Anspruchsberechtigten, den Schuldnern und den Akteuren des kantonalen Systems, in Berücksichtigung des Rechts und der finanziellen Kontingenzen) sondern auch die Arbeitsbedingungen des Amtspersonals zu verbessern.

Ohne auf die rund fünfzig thematischen Dossiers in engerer oder loserer Verbindung mit dieser Neuorganisation als solcher einzugehen, abgesehen von den Rechtsgutachten und den neuen Grundsätzen für eine einheitliche Praxis, ist es angebracht, bestimmte markante Fakten hervorzuheben:

Zuteilung eines eigenen Postscheckkontos an das Amt, Einführung der Einsprache bei den Rechtsmitteln, Automatisierung der Bescheinigungen an die Begünstigten oder die Schuldner für die Steuererklärung, Abschluss eines Leistungsvertrags mit einer spezialisierten Inkassostelle für die Eintreibung von ausstehenden Unterhaltsbeiträgen, die Einheitsdatenerfassung und die Fusion der von den geltenden Systemen Host und Follow me registrierten Basisdaten.

Am 31. Dezember 2004 beliefen sich die vom Staat ausgerichteten Unterhaltsvorschüsse auf 5 231 763 Franken. Von dieser Summe wurden 2 443 459 Franken (46,7 %) in Anwendung der geltenden Gesetzgebung wiedererlangt. Der nicht eingebrachte Teil wurde hälftig unter dem Staat und den Gemeinden aufgeteilt. Ausserdem wurden vom Amt 2 000 796 Franken bei Schuldnern im Rahmen der Hilfe zur Eintreibung von laufenden und ausstehenden Unterhaltsbeiträgen, welche gemäss den zivilgerichtlichen Urteilen geschuldet werden, eingetrieben. Diese Summe wurde an die Anspruchsberechtigten weitergeleitet.

Im Jahr 2004 fielen 199 Entscheide über Dossiereröffnungen gegenüber 193 im Jahr 2003, und die Anzahl «aktiver» Dossiers belief sich am 31. Dezember 2004 auf 1561. Unter den Aufgaben in Verbindung mit der Zwangsvollstreckung sind zu nennen: 119 Pfändungen, 6 Rechtsöffnungsentscheide, 52 Pfändungsprotokolle, 109 Verlustscheine, 1 Beschlagnahmung, 11 Lohnzessionen. Ausserdem wurden 36 Strafklagen eingereicht. Von den 91 Verordnungen und Urteilen der Strafbehörden betreffen 54 % eine Verurteilung, 21 % ein Nichteintreten, 25 % eine Einstellung des Verfahrens. Was die Nachkontrolle der Dossiers betrifft, so wurden 539 die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen betreffende Dossiers und 91 die blosser Inkassohilfe betreffende Dossiers revidiert, was zu insgesamt 630 Entscheiden des Amtes führte.

III. Jugendamt (JugA)

1. Mandate, Organisation und Personal

Das Jugendamt (JugA) stellt durch seine verschiedenen Sektoren die Ausführung der folgenden Aufträge sicher:

- Schutz des Kindes, durch die Ausführung von Aufträgen, die vom Friedensgericht oder Zivilgericht oder von der Jugendstrafkammer angeordnet wurden, oder Schutz des Kindes ohne amtlichen Auftrag, auf Gesuch der Kinder oder ihrer Eltern (Sektor direkte Sozialarbeit);
- Beurteilung, Bewilligung und Überwachung der Unterbringung von Kindern ausserhalb ihrer Familie (Sektor familienexterne Kinderbetreuung);
- Beratung für Kinder und Jugendliche, die Opfer einer Straftat gegen ihre physische, psychische oder sexuelle Integrität wurden (OHG-Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche).

Für die Erfüllung dieser Aufgaben im Jahr 2004 beschäftigte das Amt 44 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich wie folgt verteilen:

	Personen	Vollzeitstellen
• Direktion (davon 0,5-Stelle Juristin):	3	2,5
• Verwaltungssektor (+ 1 Lehrtochter):	8	5,5
• Sektor direkte Sozialarbeit:		
Teamverantwortliche	3	2,8
Sozialarbeiterinnen und -arbeiter	21	16,5
• OHG-Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche:	2	1,3
• Sektor familienexterne Kinderbetreuung:		
Teamverantwortlicher	1	0,9
Sozialarbeiterinnen und -arbeiter	6	3,6
Insgesamt:	44	33,1

Die Juristenstelle zu 50 % und eine Sekretariatsstelle zu 50 % wurden im Voranschlag 2004 gesprochen. Der Staatsrat bewilligte auch eine halbe Psychologen-Psychotherapeuten-Stelle für die OHG-Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche (Pool), besonders im Hinblick auf die Bewältigung therapeutischer Konsultationen im Rahmen der sofortigen Hilfe.

Die Lehrtochter hat ihr Handelsdiplom im Juli 2004 erworben.

5 Personen in Ausbildung an höheren Fachschulen für Sozialarbeit oder an der Universität absolvierten ein Praktikum im Amt. Ausserdem ermöglichte die Eröffnung von 10 temporären Beschäftigungsprogrammen es zwei Personen, eine spezifische Arbeit in Verbindung mit Pflegefamilien bzw. mit den Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter zu übernehmen; eine Psychologin konnte eine erste Berufserfahrung im Rahmen der OHG-Beratungsstelle erwerben, eine zweite Psychologin eine solche auf dem Gebiet der Sozialarbeit, und 6 Personen schliesslich hatten Gelegenheit, weitere Erfahrung im Verwaltungssektor des Amtes zu erwerben.

2. Allgemeine Tätigkeit

Das Jahr 2004 erlaubte die Konsolidierung der im Jahr 2003 eingeführten Organisation und den Weiterausbau der Tätigkeiten des Dienstes.

Das JugA beteiligte sich sehr aktiv an der Beantwortung der Vernehmlassungen über die Berichte der Kommission für die Bekämpfung der Delinquenz Jugendlicher und der Kommission, die Massnahmen zugunsten von Kindern und Jugendlichen mit ernststen Verhaltensproblemen im schulischen Bereich vorschlagen soll.

Es befasste sich auch mit der Vernehmlassung über den Vorentwurf des Gesetzes über die Jugend und der Auswertung der Vernehmlassungsergebnisse.

Weiterhin wirkte es mit in mehreren vom Staatsrat unterstützten Projekten und Kommissionen:

- Vereinigung für die Suizidprävention im Kanton Freiburg;
- Von der Stiftung Transit getragene Erziehungshilfe im offenen Umfeld;
- Vereinigung für Familienbegleitung;
- Programm CHOICE der Vereinigung Release;

- «Jugendplattform»;
- Freiburger interprofessionelle Arbeitsgruppe für die Prävention der Misshandlung und sexuellen Ausbeutung von Kindern (GRIMABU), die sich am 18. November 2004 als Verein konstituiert hat;
- Kommission für die Restrukturierung der Friedensgerichte;
- Arbeitsgruppe für die Anpassung des Gesetzes über die Jugendstrafrechtspflege an das neue Bundesstrafrecht.

In den Bezirken beteiligten sich die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter weiterhin an den von den Oberamt-männern in die Wege geleiteten Arbeitsgruppen und Veranstaltungen im Rahmen der Bekämpfung von Jugendgewalt.

3. Tätigkeiten der Sektoren

3.1 Sektor direkte Sozialarbeit

Im vergangenen Jahr liess sich die grosse Wirksamkeit der seit März 2003 in diesem Sektor eingeführten Organisation erweisen. Die Einsetzung eines Teams namens «Intake», das die Bereitschaftsdienste und die sofortige Betreuung neuer Fälle oder von Krisensituationen übernimmt, erwies sich als massgeblich für die rasche Intervention des Amtes. Ausserdem intensivierten sich für die 3 regionalen Teams die Ausführung der von den Behörden erteilten Aufträge und die verschiedenen Formen der Zusammenarbeit und Partnerschaften zugunsten von Kindern, die Schutz brauchen.

Zahlreiche Situationen von Kindern erfordern immer massivere Interventionen, denn die von ihren Schwierigkeiten oder Konflikten überbordeten Eltern sind nicht mehr in der Lage, ihre Pflichten wahrzunehmen. Hinzu kommt, dass die dem Amt und den mit der Ausführung betrauten Personen erteilten Mandate immer häufiger von den Eltern angefochten werden.

Mit dem Problem der Finanzierung des Elternbeitrags an die Betreuungskosten ihres Kindes in einem Sonderheim oder einer Pflegefamilie befasste sich eine von der Direktion für Gesundheit und Soziales eingesetzte Arbeitsgruppe, in der das Kantonale Sozialamt, die Vereinigung der regionalen Sozialdienste und das Jugendamt vertreten sind. Es handelte sich um die Frage, wer an die Stelle der Eltern treten soll, wenn diese ihren Beitrag an die Unterbringungskosten nicht zahlen.

Der Sektor setzte die Einführung der im Rahmen der Neuorganisation verlangten Controlling-Instrumente fort.

Mit einigen Zahlen kann die Tätigkeit des Sektors im Jahr 2004 wie folgt veranschaulicht werden:

Allgemeines	2003	2004
Anzahl der während des Jahres betreuten Kinder	2 581	2 496
Anzahl Interventionen während des Jahres	2 253	2 120
Anzahl der von den laufenden Interventionen betroffenen Familien	1 796	1 786

Interventionen nach Herkunft des Mandats	2003	2004
Jugendstrafkammer	84	84
Friedensgerichte	1 371	1 296
Untersuchungsrichteramt	1	1
Sonstige	40	55
Situationen ohne amtlichen Auftrag	662	583
Bezirkszivilgericht	78	81

3.2 Sektor familienexterne Kinderbetreuung

War im letzten Jahr die Anwendung des eidgenössischen Adoptionsgesetzes das dominierende Thema im Sektor, so stand im Jahr 2004 dasjenige der Pflegefamilien im Vordergrund. Das Amt erarbeitete Richtlinien für die Zusammenarbeit zwischen dem Sektor direkte Sozialarbeit und dem Sektor familienexterne Kinderbetreuung im Bereich der Unterbringung von Kindern bei Pflegeeltern. Somit werden künftig gemeinsame Kriterien für die Organisation von Platzierungen in Pflegefamilien und die Überwachung dieser Platzierungen angewendet.

Ein massgeblicher Faktor für das Voranschreiten dieses Dossiers war zweifellos die Änderung des Gesetzes vom

20. Mai 1986 für die Hilfe an Sonderheime für Behinderte oder Schwererziehbare, wodurch das Modell der professionellen Pflegefamilien eingeführt wurde. Ab Sommer 2004 erarbeiteten das Jugendamt und das Sozialvorsorgeamt gemeinsam Direktiven, um zum einen die Beurteilung, die Bewilligung und die Anerkennung der Pflegefamilien zu ermöglichen und zum anderen die Kriterien für die Finanzierung und die Beaufsichtigung dieser neuen Betreuungsstätten festzusetzen.

Auf dem Gebiet der Einrichtungen für die Betreuung von Kindern im Vorschulalter standen im Jahr 2004 die Verhandlungen mit den Tageselternvereinen über die Vergütung der ihnen übertragenen Beaufsichtigung dieser Betreuungsstätten im Vordergrund.

Auf dem Gebiet der internationalen Adoption war ein klarer Rückgang der Anzahl der in die Schweiz einreisenden Kinder festzustellen. Die Auswirkungen der Ratifizierung des Haager Adoptionsübereinkommens wurden vor allem beim ersten nationalen Adoptionskongress diskutiert, der in Bellinzona (TI) stattfand und an dem das Team des Sektors teilnahm.

Im Rahmen des Haager Übereinkommens	Herkunftsländer	Mit Vermittlungsstelle	Ohne Vermittlungsstelle	Total
nein	Marokko	5 (SOS Adoption)	5	10
ja	Frankreich	1 (Emmanuel Adoption)	–	1
ja	Bolivien	3 (MEF)	–	3
ja	Sri Lanka	–	1	1
nein	Russland	–	4	4
ja	Südafrika	–	1	1
nein, dann ja	Thailand	4 (SOS Adoption)	1	5
nein	Kongo	–	1	1
ja	Indien	2 (TdH)	–	2
nein	Senegal	–	1	1
Insgesamt	–	15	14	29

Auf administrativer Ebene erfolgte eine Neuverteilung der beaufsichtigten Einrichtungen für die Betreuung von Kindern im Vorschulalter auf die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter des Sektors. Bei dieser Neuverteilung erhielt jede/r eine Referenzregion zugesprochen.

Die zu Beginn des Jahres angestellte Juristin schliesslich befasste sich zusammen mit dem Amt für Gemeinden mit der Prüfung der Gemeindereglemente in Anwendung des Gesetzes vom 28. September 1995 über die Einrichtungen für die Betreuung von Kindern im Vorschulalter.

Die Tätigkeit des Sektors für familienexterne Kinderbetreuung lässt sich mit den folgenden Zahlen veranschaulichen:

	2003	2004
Anzahl betreuter Situationen in familienartigem Aufnahmemilieu	269	260
Anzahl betreuter Situationen in institutionellem Aufnahmemilieu	188	193
Anzahl Tageselternvereine	9	9
Total Dossiers (Bewilligungsgesuch oder Beaufsichtigungen)	466	462

Anzahl betreuter Situationen nach Aufnahmeart	2003	2004
Aufnahme bei Pflegeeltern (PN)	72	108
Aufnahme bei Pflegeeltern zwecks Adoption (PNADO)	163	128
Aufnahme tagsüber (j)	26	19
Aufnahme in Institution für Kinder im Vorschulalter	188	193
Tageselternvereine	9	9
Adoption von Kind des Ehegatten	5	4
Adoption Volljähriger	3	1

Erteilte Bewilligungen nach Aufnahmeart	2003	2004
PNADO (Grundsatzentscheid)	23	30
PNADO (endgültiger Entscheid)	20	29
PN	22	18
Institution (neue)	6	12
Institution (Änderung oder Erneuerung)	33	43

3.3 OHG-Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche

Die OHG-Beratungsstelle bietet Kindern und Jugendlichen und ihren Angehörigen eine umfassende Betreuung an (Gespräch, Beratung, Begleitung bei den zu tätigen Schritten, Weiterleitung an andere spezialisierte Dienste usw.). Die Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle beantworten auch Anfragen von Berufspersonen, die mit der Problematik konfrontiert sind, und bieten die Möglichkeit des Gesprächs über konkrete Situationen und Möglichkeiten der Hilfe an.

Die Anzahl neuer Gesuche ging im Jahr 2004 leicht zurück (159 Opfer, 175 im Jahr 2003). Die längerfristigen Betreuungen nahmen hingegen zu (300 im Jahr 2004 betreute Fälle, 262 im Jahr 2003). In 61 % der Fälle wurde ein Strafverfahren eingeleitet.

Festzustellen ist leider eine klare Zunahme von strafbaren Handlungen gegen die physische Integrität (40 % der Fälle im Jahr 2004, 30 % im Jahr 2003). In den meisten Fällen handelt es sich um Misshandlung innerhalb der Familie, aber auch um Gewaltakte, die von Jugendlichen begangen werden und deren Opfer hauptsächlich junge Mädchen sind. Die Beratungsstelle hat sich auch um eine wachsende Zahl von Kindern und Jugendlichen zu kümmern, die jahrelang Zeugen häuslicher Gewalt waren und davon traumatisiert sind. Es ist noch schwierig abzuschätzen, wie sich auf die Zahl der zu betreuenden Fälle die Einführung der neuen Strafbestimmungen auswirken wird, welche die Bekämpfung häuslicher Gewalt erlauben.

Die Mädchen machen zwei Drittel der betreuten Opfer aus, die Knaben ein Drittel. Diese Verteilung bleibt von Jahr zu Jahr stabil. Was hingegen sehr junge Kinder angeht (0-7 Jahre), so hat die Zahl der Knaben dieses Jahr erstmals diejenige der Mädchen übertroffen. 16 % der Opfer kommen aus dem deutschsprachigen Kantonsteil.

2004 stellten die Verantwortlichen der Beratungsstelle 19-mal die Arbeit der Beratungsstelle und die Betreuung von Opfern im Kindesalter vor, sei es im Rahmen der Erstausbildung von Berufspersonen oder im Rahmen der Weiterbildung. Die Leiterinnen und Leiter von Jugend- und Sportvereinen wenden sich auch häufiger an die OHG-Beratungsstelle, um Informationen und Beratung im Sinne der Prävention einzuholen. Die Informationskampagnen auf nationaler Ebene haben sicher dazu beigetragen. Dies verpflichtet die Beratungsstelle und ihre Verantwortlichen, sich in ihrer Arbeit anzupassen und sich mit diesen spezifischen Milieus vertraut zu machen.

Die Verantwortlichen der Beratungsstelle gehören mehreren Arbeitsgruppen und Vereinigungen an, die auf dem Gebiet der Opferhilfe und Kindsmisshandlung tätig sind (kantonale OHG-Koordination, COROLA, Arbeitsgemeinschaft Opferberatungsstellen Region 2, GRIMABU, CAN-TEAM, Fachstellen gegen sexuelle Ausbeutung).

Um der vermehrten Anfrage gerecht werden und eine noch geeignetere Hilfe an Opfer im Kindesalter anbieten zu können, hat der Staatsrat beschlossen, eine 50 %-Stelle für die psychologische Betreuung der Kinder und Jugendlichen zu bewilligen. Diese Person wird das bisher aus Sozialarbeiterinnen bestehende Team ergänzen. Das Jahr 2004 brachte eine erste positive Erfahrung mit einer solchen interdisziplinären Zusammenarbeit, arbeitete doch eine junge Psychologin im Rahmen eines temporären Beschäftigungsprogramms in der Beratungsstelle mit.

Am 21. Dezember 2004 beschloss der Staatsrat die Zusammenlegung der OHG-Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche mit derjenigen für Männer und Opfer von Verkehrsunfällen. Diese Fusion erfolgt im Frühjahr 2005.

IV. Schutzaufsichtsamt (SAA)

1. Personal

Der Personalbestand des Schutzaufsichtsamtes ist seit dem 1. September 2003 unverändert. Das Team besteht aus einem Vorsteher, einer Adjunktin, 3 Sozialarbeitern, 3 Sekretärinnen mit Teilpensen und einer kaufmännischen Lehrtochter. Wie jedes Jahr absolvierten Studierende der FH-GS oder der Universität Freiburg im Amt ein Praktikum in Sozialarbeit. Dieses Jahr waren es 4 Personen, die ein Praktikum zwischen 3 und 6 Monaten absolvierten.

2. Tätigkeit

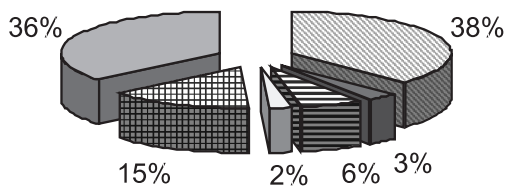
Das Schutzaufsichtsamt des Kantons Freiburg – in einigen Westschweizer und Deutschschweizer Kantonen wird es auch Bewährungshilfestelle genannt – handelt in Anwendung der Artikel 47 und 379 des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB) und des kantonalen Reglements vom 10. Dezember 1973 betreffend das Schutzaufsichtsamt. Es hat hauptsächlich zur Aufgabe, die soziale Begleitung von im Kanton Freiburg Inhaftierten und durch die Freiburger Justiz verurteilten Inhaftierten während und nach dem Strafvollzug sicherzustellen.

In der im Jahr 2003 verzeichneten starken Zunahme der Zahl der Gefangenen gab es keine Rückläufigkeit, und das Schutzaufsichtsamt war vermehrt im Untersuchungsgefängnis tätig, indem es sich während des zweiten Halbjahrs regelmässig ins Untersuchungsgefängnis La Croisée in Orbe (VD) begab, wo sich ständig rund fünfzehn Freiburger Inhaftierte befanden.

Statistik

Im Jahr 2004 führte das Schutzaufsichtsamt 1641 Gespräche in den Gefängnissen des Kantons und ausserhalb des Kantons durch sowie 1632 Gespräche in den Büros des Amtes oder ausserhalb (Behörden, Spitäler, zuhause, Heim, öffentliche Stätten usw.).

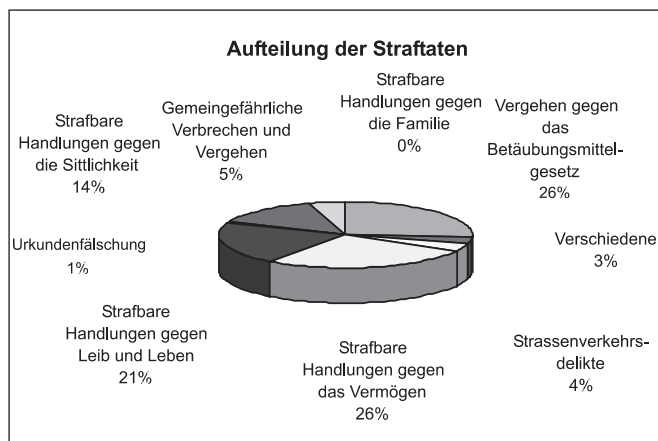
Aufteilung der Gespräche



- Untersuchungsgefängnisse des Kantons
- Untersuchungsgefängnisse ausshalb des Kantons
- Strafanstalt Bellechasse
- Strafanstalten des Konkordats der Romandie und des Tessin
- Auswärtige Gespräche (Behörden, Spitäler, zu Hause usw.)
- Gespräche beim Schutzaufsichtsamt

In Bezug auf die Entwicklung der Art der Delikte im Jahr 2004 ist zu vermerken, dass einmal mehr die strafbaren Handlungen gegen das Leben und die körperliche Integrität sprunghaft zugenommen haben. Ihre Zahl nahm innerhalb eines Jahres um nahezu 4 Punkte zu und machte ein Fünftel aller vom Amt begleiteten Fälle aus. Diese Art von Straftaten nimmt seit zehn Jahren konstant zu, von 0,6 % (1 Fall) im Jahr 1994 auf 20,5 % der vom Schutzaufsichtsamt im Jahr 2004 begleiteten Situationen.

Das Verhältnis zwischen Männern (91 %) und Frauen (9 %) hat sich während des Jahres 2004 leicht verändert, ebenso die Rückfälligkeitsrate, die auf 22 % gestiegen ist. Ein Drittel der begleiteten Personen sind jünger als 25 Jahre.



Die ausgerichtete Hilfe bezifferte sich auf eine Summe von 192 202.10 Franken. Davon wurden 102 613.80 Franken rückerstattet. Die finanzielle Hilfe besteht in Bargelddbeträgen, der Übernahme verschiedener Mietkosten, Kleidern oder Transportgutscheinen.

Entschuldungshilfe

Konfrontiert mit zahlreichen Gesuchen um finanzielle Hilfe und Schuldenverwaltung, tätig das Schutzaufsichtsamt

seit einigen Jahren Schritte für die Entschuldung der von ihm begleiteten Personen.

Diese Bemühungen bestehen darin, einen Entschuldungsplan vorzuschlagen, ihn mit den Gläubigern zu verhandeln, einen Pfändungsaufschub zu erreichen und die Person in der Verwaltung ihres Budgets zu begleiten.

Die betroffenen Schuldner müssen ein regelmässiges Einkommen haben, das es ihnen aber nicht erlaubt, die zahlreichen vom Betreibungsamt getätigten Lohnpfändungen zu bewältigen, sowie die nötige Motivation zur Erstattung ihrer Schulden. Mit finanzieller Unterstützung der «Schweizerischen Stiftung für die Hilfe an Verurteilte und ihre Familien» wird den einer Strafe unterzogenen Personen eine wirksame Hilfe erteilt, durch welche sie ermuntert werden, ihre gesellschaftliche Wiedereingliederung an die Hand zu nehmen.

Die so erreichte Schuldensanierung verschafft den Gläubigern Vorteile, die so einen Teil ihrer Forderung einlösen können, und den Schuldner, die ihre Schulden einem einzigen Gläubiger rückerstatten müssen. Auf diese Weise kann ein neuer Start ins Leben ins Auge gefasst werden.

Besucherinnen und Besucher von Gefangenen

Das Schutzaufsichtsamt erteilt die Bewilligungen und ist aufgrund des Staatsratsbeschlusses vom 18. November 1986 über die rechtliche Stellung der Besucher von Gefangenen für die Gruppe der Gefangenenbesucherinnen und -besucher zuständig.

Der Gruppe gehören 9 Personen an, die auch ehrenamtliche Besucherinnen und Besucher genannt werden, und ist nach wie vor sehr aktiv. Im Jahr 2004 fanden 342 Gefängnisbesuche statt, sowohl in der Untersuchungshaft als auch im Strafvollzug. Die Mitarbeit beruht auf einer Charta, die als Referenz für die Arbeit mit den ehrenamtlichen Besucherinnen und Besuchern dient. Das Schutzaufsichtsamt weist auf die gute Zusammenarbeit und die Vertrauensbeziehungen hin, die sich hergestellt haben und dank denen diese Personen mit Aufträgen in besonderen Situationen betraut werden können, zum Beispiel mit der Begleitung von Kindern, die ihren Vater im Gefängnis besuchen.

Alljährlich gelten zwei Tage den Zusammenkünften und der Ausbildung. Im Jahr 2004 fand ein erster Tag am 18. Juni in Freiburg statt. Unter Mitwirkung eines externen Fachmannes, der Psychologe im Gefängnismilieu ist, konnten theoretische Aspekte der von den Besucherinnen und Besuchern angetroffenen Probleme angesprochen werden. Am 24. September ermöglichte ein zweiter Tag die Analyse der Praxis der ehrenamtlich Tätigen. Diese Seminare wurden gut besucht und geschätzt.

Archivierung

Das Schutzaufsichtsamt nutzte die Installierung der Staatsarchive in ihren neuen Räumlichkeiten zur Archivierung von Dossiers und anderen Dokumenten. Diese Operation während 2 Wochen im Sommer 2004 erfolgte in enger Zusammenarbeit mit der stellvertretenden Staatsarchivarin und erforderte eine manuelle Vorbereitung der Dossiers

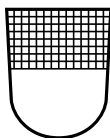
(Entfernung von Klebstreifen, Büroklammern und anderen Elementen, die für eine langfristige Lagerung ungeeignet sind) sowie die Anlegung eines Registers. Die letzte Archivierung erfolgte 1988, und 2000 Dossiers (die den Zeitraum von 1970 bis 1992 umfassen) sowie etliche Buchungs- und Korrespondenzbelege (von denen die ältesten auf das Jahr 1988 zurückgehen) fanden endgültig ihren Platz in den Regalen des Staatsarchivs.

Informatik

Das Schutzaufsichtsamt verwaltet die Finanzangelegenheiten bestimmter Klienten (Zahlung von Rechnungen, Abgabe von Taschengeld usw.). Diese Verwaltung erfolgte bis zum 31. Dezember 2003 mit der Software CPTA (DOS-System). Seit dem 1. Januar 2004 befindet sich das Buchungssystem des Schutzaufsichtsamtes unter SAP.

Verschiedenes

Anlässlich der Generalversammlung der ständigen Europäischen Konferenz für Bewährungshilfe (CEP), die am 23. September in Lugano stattfand, organisierte die Schweizerische Vereinigung der Bewährungshilfe (ASP/SVB) einen dreitägigen Kongress zum Thema «Kriminalität und Unsicherheit: die Bewährungshilfe unter dem Einfluss von Medien und Politik». An diesem Kongress, an dem mehrere Vertreterinnen und Vertreter des Schutzaufsichtsamtes teilnahmen, sprachen rund 15 Vortragende aus europäischen Ländern und aus Kanada, so dass sich eine Bestandesaufnahme über die Situation und die Entwicklung der Bewährungshilfe in Europa ergab.



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2004

Finanzdirektion

Paulusdruckerei Freiburg 2005

Inhaltsverzeichnis

I. Direktion	3	6. Entwicklung der Zahl der Steuerpflichtigen	24
1. Gesetzgebung	3	7. Die wichtigsten im Jahr 2004 verbuchten Steuereinnahmen	24
2. Allgemeines	4	8. Steuerhinterziehungsverfahren	25
3. Tätigkeiten	6	9. Steuererlasse	25
II. Finanzverwaltung	7		
1. Personal	7	VII. Amt für Erbschafts- und Schenkungssteuern	26
2. Tätigkeiten	7	1. Organisation/Personal	26
III. Finanzinspektorat	12	2. Veranlagung der Erbschafts- und Schenkungssteuern	26
1. Personal	12	3. Weitere Aktivitäten	26
2. Tätigkeiten	12	4. Gesetzgebung	26
IV. Amt für Informatik und Telekommunikation	13	VIII. Amtliche Vermessung	27
1. Informatikkommission des Staates	13	1. Lage- und Höhenfixpunkte	27
2. Kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen	13	2. Übersichtspläne	27
3. Informatikbudget	13	3. Parzellarvermessung	27
4. Aufgaben und Aktivitäten des ITA	14	4. Geomatik	28
V. Amt für Personal und Organisation des Staates Freiburg	18	IX. Grundbuch	30
1. Personal	18	1. Grundbuchämter	30
2. Tätigkeiten	18	2. Steuern	31
VI. Kantonale Steuerverwaltung	22	3. Aufsichtsbehörde über das Grundbuch ..	31
1. Im Jahr 2004 geleistete Arbeiten	22		
2. Gesetz über die direkten Kantonssteuern (DStG) – Änderung vom 18. November 2004	23		
3. Informatik bei der KSTV	23		
4. Bezug der Gemeinde- und Kirchensteuern durch die KSTV	24		
5. Steuerstatistiken	24		

I. Direktion

1. Gesetzgebung

Im Folgenden sind die Gesetze und Dekrete sowie die Verordnungen und Beschlüsse in chronologischer Reihenfolge aufgeführt, die im Jahr 2004 in den Bereichen erlassen wurden, die der Finanzdirektion unterstellt sind.

1.1 Gesetze und Dekrete

Dekret vom 11. Februar 2004 über die kompensierten Nachtragskredite zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2003;

Dekret vom 6. Mai 2004 zur Staatsrechnung des Kantons Freiburg für das Jahr 2003;

Gesetz vom 15. Juni 2004 über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Staatsräte, der Oberamtmänner und der Kantonsrichter;

Gesetz vom 12. Oktober 2004 zur Änderung des Gesetzes über den Kindergarten, die Primarschule und die Orientierungsschule (Schulgesetz) (Art. 88 und 94)¹;

Gesetz vom 12. Oktober 2004 zur Änderung des Gesetzes über den Kindergarten, die Primarschule und die Orientierungsschule (Schulgesetz) (Art. 108)¹;

Dekret vom 12. Oktober 2004 zur Änderung des Dekrets über Beiträge an den Bau von Primarschulen und Kindergärten¹;

Gesetz vom 12. Oktober 2004 zur Änderung des Gesetzes über den Mittelschul- und Sekundarunterricht [Schulbauten]¹;

Gesetz vom 12. Oktober 2004 zur Änderung des Ausführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über die Hilfe an Opfer von Straftaten¹;

Gesetz vom 12. Oktober 2004 zur Änderung des Gesetzes über die Besteuerung der Motorfahrzeuge und Anhänger¹;

Gesetz vom 12. Oktober 2004 zur Änderung des Gesetzes über die Bodenverbesserungen¹;

Gesetz vom 12. Oktober 2004 zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Berufsbildung¹;

Gesetz vom 12. Oktober 2004 zur Änderung des Gesetzes über den Tourismus¹;

Gesetz vom 12. Oktober 2004 zur Änderung des Gesetzes über die spitalexterne Krankenpflege und die Familienhilfe¹;

Gesetz vom 12. Oktober 2004 zur Änderung des Gesetzes für Hilfe an Sonderheime für Behinderte oder Schwererziehbare¹;

Gesetz vom 12. Oktober 2004 zur Änderung des Gesetzes über Pflegeheime für Betagte¹;

Gesetz vom 12. Oktober 2004 zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung¹;

Gesetz vom 12. Oktober 2004 zur Änderung des Gesetzes betreffend Errichtung einer Schülerunfallversicherung¹;

Gesetz vom 12. Oktober 2004 zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer gegen Verunreinigung¹;

Dekret vom 13. Oktober 2004 zur Änderung des Dekrets über die versuchsweise Einführung der Führung mit Leistungsauftrag in der Kantonsverwaltung;

Dekret vom 17. November 2004 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2005;

Dekret vom 17. November 2004 zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2005;

Gesetz vom 18. November 2004 zur Änderung verschiedener steuerrechtlicher Gesetzesbestimmungen.

¹ Diese Gesetzesänderungen vom 12. Oktober 2004 gehören zu den von der Finanzdirektion in Zusammenarbeit mit den betroffenen Direktionen vorbereiteten Massnahmen zur Entlastung der Staatsfinanzen.

1.2 Verordnungen und Beschlüsse

Beschluss vom 1. März 2004 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuchs der Gemeinde Cressier, Los II;

Verordnung vom 15. März 2004 über die Haftpflichtversicherung der amtlichen Geometer;

Beschluss vom 22. März 2004 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 1. Quartal 2004 (140. Gewinnverteilung);

Verordnung vom 3. Mai 2004 zur Änderung des Beschlusses über die Einreihung der Funktionen des Staatspersonals;

Beschluss vom 18. Mai 2004 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuchs der Gemeinde Surpierre;

Verordnung vom 2. Juni 2004 über den Betrieb und die Geschäftsführung der Restaurants und Mensen des Staates;

Verordnung vom 7. Juni 2004 zur Änderung des Reglements betreffend die Pensionierung der Beamten der Kantonspolizei;

Beschluss vom 14. Juni 2004 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 2. Quartal 2004 (141. Gewinnverteilung);

Verordnung vom 6. Juli 2004 zur Änderung des Beschlusses über die Einreihung der Funktionen des Staatspersonals (Lehrpersonen der Sekundarstufe I);

Beschluss vom 17. August 2004 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuchs der Gemeinde Hauterive (FR), Sektor Ecuwillens, Los II;

Beschluss vom 31. August 2004 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuchs der Gemeinden Agriswil, Büchslen und Gempnach;

Beschluss vom 21. September 2004 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 3. Quartal 2004 (142. Gewinnverteilung);

Beschluss vom 28. September 2004 über das Inkrafttreten des Übergangsregisters für den Perimeter der Güterzusammenlegung Murten-Altavilla;

Beschluss vom 28. September 2004 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuchs der Gemeinde Murten, Los «WZ Murtenbiet»;

Verordnung vom 11. Oktober 2004 zur Änderung der Verordnung über die Lohngarantie des Staatspersonals bei Krankheit und Unfall;

Verordnung vom 11. Oktober 2004 zur Änderung des Beschlusses über die Bestandteile des massgebenden AHV-Lohnes für die Berechnung des koordinierten Lohnes der Pensionskasse des Staatspersonals;

Verordnung vom 11. Oktober 2004 über die abziehbaren Prämien der Kranken- und Unfallversicherung für die Steuerperiode 2005;

Verordnung vom 9. November 2004 über den Anschluss von auswärtigen Institutionen an die Pensionskasse des Staatspersonals;

Verordnung vom 23. November 2004 zur Änderung des Beschlusses betreffend die Hundesteuer;

Verordnung vom 30. November 2004 über die Quellensteuer;

Verordnung vom 7. Dezember 2004 zur Anpassung des Subventionssatzes oder des Anwendungsgebiets gewisser kantonaler Subventionen;

Beschluss vom 7. Dezember 2004 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuchs der Gemeinde Kerzers, Los «WZ Murtenbiet»;

Verordnung der Finanzdirektion vom 10. Dezember 2004 über den Bezug der Steuerforderungen für das Jahr 2005;

Verordnung vom 21. Dezember 2004 über die Gehaltsskalen des Staatspersonals und die Teuerungsanpassung für das Jahr 2005;

Verordnung vom 21. Dezember 2004 zur Änderung des Beschlusses über die Haushaltsführung der Verwaltungseinheiten, die versuchsweise die Führung mit Leistungsauftrag anwenden;

Verordnung vom 21. Dezember 2004 zur Änderung des Beschlusses über die Personalverwaltung der Verwaltungseinheiten, die versuchsweise die Führung mit Leistungsauftrag anwenden;

Beschluss vom 21. Dezember 2004 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 4. Quartal 2004 (143. Gewinnverteilung).

2. Allgemeines

2.1 Personal

Mitte Juni 2004 trat Finanzdirektor Staatsrat Urs Schwaller von seinem Amt zurück, nachdem er in den Ständerat gewählt worden war. Claude Lässer, der bis dahin Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektor gewesen war, übernahm das Amt des Finanzdirektors.

Im Generalsekretariat kam es auch zu mehreren personellen Änderungen. Nach dem Tod des juristischen Beraters Pierre Crausaz am 7. November 2003 trat Caroline Corboz am 1. April 2004 seine Nachfolge an. Nach der Pensionierung der Direktionsassistentin Georgette Chenux Ende Februar 2004 übernahm Marthe Ducry am 1. März 2004 diese Funktion.

2.2 Staatsvoranschlag

Für die Finanzdirektion ist die Aufstellung des Staatsvoranschlags für das kommende Jahr eine der wichtigsten Aufgaben. Hier einige Fakten und Gedanken, die bei der Präsentation des Voranschlags 2005 geäußert wurden.

Der Voranschlag 2005 verzeichnet auf allen Ebenen eine deutliche Verbesserung der Ergebnisse, nämlich eine signifikante Defizitsenkung, einen grösseren Abstand zur Defizitgrenze und einen markanten Rückgang des Fremdfinanzierungsbedarfs. Die Arbeiten zur Aktualisierung des Finanzplans und die bei dieser Gelegenheit beschlossenen Massnahmen zur Kontrolle der Staatsfinanzen haben erheblich zu einer echten Haushaltsanierung beigetragen.

Mit einem Aufwand von 2383,8 Millionen Franken und einem Ertrag von 2377,3 Millionen Franken weist die laufende Rechnung im Voranschlag 2005 einen Aufwandüberschuss von 6,5 Millionen Franken aus (Voranschlag 2004: 34,6 Millionen Franken). Dies ist bei weitem das beste Voranschlagsergebnis der letzten Jahre. Die seit Anfang der laufenden Legislaturperiode bemerkbare Tendenz in Richtung Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichts setzt sich im Rechnungsjahr 2005 fort.

Die Verankerung des Grundsatzes des Haushaltsgleichgewichts in der Kantonsverfassung hat den Staatsrat gezwungen, den Regulierungsprozess zu beschleunigen. Dieser Zwang hatte denn zum Zeitpunkt, als die Sanierungsprogramme und die strukturellen Reformen erarbeitet wurden, auch entschieden einen Einfluss auf die Finanzplanung.

Ausserdem sah sich der Staatsrat veranlasst, nach Lösungen zur Einhaltung der Vorschriften von Artikel 21 des Subventionsgesetzes zu suchen, da der Anteil der kantonalen Subventionen 25 % des gesamten kantonalen Steueraufkommens überstieg.

Der Gesamtbetrag der Bruttoinvestitionen wird mit 178,7 Millionen Franken veranschlagt. Wenn man von den Fremdbeteiligungen absieht (85,2 Millionen Franken), belaufen sich die Nettoinvestitionen zu Lasten des Kantons somit auf 93,5 Millionen Franken.

Das rückläufige Investitionsvolumen betrifft die Bruttoinvestitionen (– 19,2 Millionen Franken oder – 9,7 %) mehr als die Nettoinvestitionen (– 6,4 Millionen Franken oder

– 6,4 %) und ausschliesslich die Investitionsbeiträge. In zwei Bereichen ist ein Rückgang zu verzeichnen, nämlich im Umweltschutz (– 12,7 Millionen Franken Bundessubventionen) und beim Bau der Bezirksspitäler (– 7,5 Millionen kantonale Subventionen, in Zusammenhang mit dem Fortschreiten der verschiedenen Projekte).

Bei den Sachgütern wird vor allem in die Strassen (65,1 Millionen Franken) sowie in die Bauarbeiten an der Universität (25,4 Millionen Franken) und am Gymnasium der Region Broye (10 Millionen Franken) investiert.

Mit einer Selbstfinanzierungsmarge von 78,3 Millionen Franken erreicht der Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen 83,7 %. Dies entspricht einer Verbesserung, denn im Voranschlag 2004 erreichte der Selbstfinanzierungsgrad lediglich 60,3 %, was der Mindestmarke für langfristig gesunde öffentliche Finanzen entspricht.

Dieser Voranschlag ist nicht nur ein wichtiger Schritt in Richtung Haushaltsanierung, gleichzeitig kann auch die kantonale Steuerbelastung bei gleich bleibender Qualität der staatlichen Leistungen weiter gesenkt werden.

Der Staatsrat ist sich sehr wohl bewusst, dass das Schwierigste noch bevorsteht, nämlich auf die guten Voranschlagsergebnisse 2005 weitere solche Resultate folgen zu lassen. Vorsicht ist auch weiterhin geboten, umso mehr, als die kommenden Voranschlagsjahre mit einigen grossen Unsicherheiten belastet sind. Der Staatsrat beabsichtigt deshalb, die begonnenen Arbeiten bei den strukturellen Reformen und bei der Leistungsanalyse bestmöglich zu nutzen.

2.3 Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren

Die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren hat im Jahr 2004 drei Plenarversammlungen abgehalten, nämlich am 22. Januar, am 3. September und am 19. November. Die Finanzdirektorenkonferenz ist der Zusammenschluss der 26 kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren. Zu ihren Plenarversammlungen sind in der Regel der Vorsteher des eidgenössischen Finanzdepartements, Vertreterinnen und Vertreter der Eidgenössischen Finanzverwaltung und der eidgenössischen Steuerverwaltung sowie Vertreterinnen und Vertreter der Schweizerischen Steuerkonferenz, die ihrerseits der Zusammenschluss der Vorsteherinnen und Vorsteher der kantonalen Steuerverwaltungen ist, eingeladen.

Im Berichtsjahr standen hauptsächlich folgende Traktanden auf dem Programm:

- Die Fortsetzung der Reform der Unternehmensbesteuerung. Die Unternehmenssteuerreform wird auf Bundesebene seit mehreren Jahren geprüft, einerseits für die direkte Bundessteuer und andererseits für die direkten Kantons- und Gemeindesteuern durch das Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern, das für die Kantone in diesem Gebiet zwingende Grundsätze festlegt. Trotz mehrerer Studien und Vorentwürfe ist dieses Thema noch nicht abgeschlossen. Das gleiche

gilt übrigens für die Reform der Familienbesteuerung respektive die Individualbesteuerung der natürlichen Personen nach der Ablehnung des Steuerpakets durch das Schweizer Stimmvolk am 16. Mai 2004.

- Das umfangreiche Projekt «Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen». Das Schweizer Stimmvolk hat den mit diesem Entwurf verbundenen Verfassungsänderungen am 28. November 2004 zugestimmt. Jetzt geht es darum, zahlreiche Bundesgesetze sowie andere Erlasse entsprechend anzupassen und zu ändern.
- Das Entlastungsprogramm 2004 und das vom Bundesrat vorgelegte Budget 2005 hinsichtlich der Punkte, die sich auf die kantonalen Finanzen auswirken (Goldreserven und Gewinne der SNB, Nationalstrassen, öffentlicher Verkehr).
- Kantonaler Vollzug des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden sowie der neue und gesamtschweizerisch einheitliche Lohnausweis für die Steuerverwaltungen.

2.4 Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der Westschweizer Kantone und der Kantone Bern und Tessin

Die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der Westschweizer Kantone und der Kantone Bern und Tessin hat sich im Jahr 2004 zu vier Sitzungen getroffen, nämlich am 15. Januar, 16. April, 16. August und 19. November. Sie ist der Zusammenschluss der Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren der 6 Westschweizer Kantone und der Kantone Bern und Tessin. Zu ihren Sitzungen sind in der Regel Vertreterinnen und Vertreter der kantonalen Finanzverwaltungen und Vertreterinnen und Vertreter der Eidgenössischen Steuerverwaltung eingeladen.

Im Berichtsjahr standen hauptsächlich folgende Traktanden auf dem Programm:

- Die Finanzierung der Fachhochschulen (FH Westschweiz und FH-GS), insbesondere Prüfung und Integration des Finanzierungsbedarfs im Rahmen der Verfahren zur Aufstellung der Voranschläge der einzelnen Kantone.
- Das Projekt «Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen».
- Eine Vergleichsstudie über die Pensionskassen des Personals der Gemeinwesen in der Westschweiz.
- Die finanziellen Auswirkungen verschiedener Vorhaben des Bundes wie Entlastungsprogramm des Bundes, Aufteilung der verfügbaren Goldreserven und des SNB-Gewinns, Fortführung der Reform der Unternehmensbesteuerung insbesondere auf die Westschweizer Kantone.

3. Tätigkeiten

3.1 Gesetzgebung

Siehe Punkt 1 weiter oben zur Gesetzgebung 2004.

3.2 Führung mit Leistungsauftrag (FLA)

Im Jahr 2004 führte die Hochschule für Wirtschaft die Leitung des Projekts «Versuchsweise Einführung der Führung mit Leistungsauftrag in der Kantonsverwaltung» fort. Im vergangenen Jahr konnten die Piloteinheiten den Umgang mit den Führungsinstrumenten konsolidieren. Ausserdem wurde im Jahr 2004 überlegt, wie es mit dem FLA-Projekt weitergehen soll und welche gesetzlichen Anpassungen vorzunehmen sind.

Jahresrechnung 2003 der Piloteinheiten

In Anwendung des Dekrets vom 8. Februar 2000 über die Führung mit Leistungsauftrag weisen die Jahresrechnungen der Piloteinheiten Ergebnisse aus, die sich auf den Aufwand, den Ertrag sowie den Saldo der einzelnen Produktgruppen und Produkte beziehen. Zusätzlich zu diesen finanztechnischen Angaben liefern sie eine Reihe von Kennzahlen sowie Bemerkungen zu den entsprechenden Tätigkeiten. Die Projektleitung hat in Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung das Verfahren zur Rechnungsstellung 2003 koordiniert und die Piloteinheiten dabei unterstützt.

Controlling 2004 der Piloteinheiten

Die Piloteinheiten hielten den Stand ihrer Tätigkeiten in einem Controllingbericht vom 31. August 2004 fest. Der Bericht vom 31. Dezember 2004 wird im Februar 2005 erstellt. Jeder einzelne Bericht wird zuerst von der Direktion der betreffenden Einheit genehmigt, dann nimmt eine Arbeitsgruppe dazu Stellung, und anschliessend wird er dem Staatsrat überwiesen. Die Projektleitung hat die Erstellung der Controllingberichte koordiniert und den Piloteinheiten bei speziellen Aufgaben geholfen.

Erstellung der Budgets 2005 der Piloteinheiten

Die Piloteinheiten haben die Voranschläge 2005 nach Produktgruppen und nach einzelnen Produkten im Rahmen des ordentlichen Voranschlagsverfahrens aufgestellt. Die Piloteinheiten, die eine Budgetkürzung hinnehmen mussten, konnten im Einvernehmen mit ihrer Direktion selber über die Art der Reduktion entscheiden. Das FLA-Modell, wonach der Grosse Rat die Budgets nach Produktgruppen und nach einzelnen Produkten verabschiedet, während die Verwaltung die ihr zur Verfügung stehenden Mittel selbstständig verwaltet, funktioniert ohne besondere Schwierigkeiten. Die Projektleitung hat in diesem Rahmen in Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung die Aufstellung der Budgets nach Produktgruppen und einzelnen Produkten koordiniert und den Piloteinheiten dabei geholfen.

Überlegungen zur Weiterführung des FLA-Projekts

Die Arbeiten und Überlegungen der Projektleitung und des Steuerungsausschusses im Jahr 2004 erlaubten es dem Staatsrat, dem Grossen Rat die Verlängerung des FLA-Experiments und die Anpassung des Modells entsprechend den gemachten Erfahrungen zu beantragen, und der Grosse Rat hat diesen Antrag auch gutgeheissen. Die Haltung des Staatsrates im Bericht Nr. 136 über die versuchsweise Einführung der Führung mit Leistungsauftrag in der Kantonsverwaltung besteht darin, im Rahmen der Bestimmungen des SVOG über das Management der Leistungen ein pragmatisches FLA-Modell zu entwickeln, das auf drei Ebenen zum Tragen kommt. Die erste Ebene besteht darin, grundsätzlich in der ganzen Kantonsverwaltung eine Leistungsanalyse durchzuführen, so dass für jede Verwaltungseinheit und jede Anstalt ein spezifischer Leistungskatalog entsteht. Die zweite Ebene besteht in einer leistungsorientierten Führung auf der Grundlage eines Jahresvoranschlags, indem eine speziell angepasste analytische Buchhaltung auf der Grundlage des Leistungskatalogs eingeführt wird. Die dritte Ebene besteht darin, in Anwendung von Artikel 59 SVOG zur Führung mit Leistungsauftrag überzugehen; dieser Artikel bestimmt: «Der Staatsrat kann einzelnen Verwaltungseinheiten Leistungsaufträge erteilen».

Das Projektteam, das aus der Hochschule für Wirtschaft hervorgegangen ist, bestand aus einem Projektleiter (zu 90 %) und seinem Assistenten (zu 100 %). Die für die Projektabwicklung anfallenden Kosten lagen etwas über 235 000 Franken.

3.3 Weitere Tätigkeitsbereiche

Der Betrag der beiden Gewinnfonds der Loterie Romande bei der Finanzverwaltung beläuft sich per Ende 2004 auf 4 412 742 Franken (9 167 973 Franken Ende 2003) für spätere Zweckbestimmungen und für dringliche Fälle, unter Einbezug der diesen Fonds im Jahr 2004 gutgeschriebenen Zinsen.

Im juristischen Bereich entfiel ein Grossteil der Arbeiten auf die Bearbeitung von Einsprachen, Steuerbefreiungs- und Steuererlassgesuchen sowie die Ausarbeitung von Stellungnahmen zu internen und externen Fragen bezüglich der Einregistrierungsgebühren (Erbschafts- und Schenkungssteuern) und der Handänderungssteuern. Der Arbeitsumfang ist erheblich geblieben und konnte im Jahr 2004 auch aufgrund der Reorganisation des Rechtsdienstes der Finanzdirektion nicht abgebaut werden. Die juristische Tätigkeit war überdies insbesondere im gesetzgeberischen Bereich gefordert, namentlich im Hinblick auf das Inkrafttreten der neuen Kantonsverfassung und die Totalrevision des Gesetzes über die Einregistrierungsgebühren, die im Herbst 2004 in Angriff genommen wurde.

II. Finanzverwaltung

1. Personal

Im Jahr 2004 verfügte die Finanzverwaltung (FinV) – einschliesslich Telefonzentrale – über durchschnittlich 24,4 Vollzeitäquivalente. Einige Arbeitsplätze waren vorübergehend unbesetzt.

2. Tätigkeiten

Im Jahr 2004 führte die Finanzverwaltung hauptsächlich folgende Arbeiten aus: Finanzperspektiven 2006–2008 und Massnahmen 2004 zur Entlastung der Staatsfinanzen des Kantons Freiburg, Voranschlagsentwurf 2005, Bericht über die im Legislaturfinanzplan angekündigten Reform- und Umstrukturierungsschwerpunkte, Weiterführung der Einrichtung der Neuen Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement, periodische Überprüfung der Subventionen, Pflege der Finanzbeziehungen mit dem Bund, Führung der Buchhaltung, Finanzdienst und Tresorerieverwaltung. Die Finanzverwaltung war namentlich auch in folgenden Bereichen aktiv: Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, Einsetzung des kantonalen Finanzdienstes, Arbeiten in Zusammenhang mit der versuchsweisen Einführung der Führung mit Leistungsauftrag, namentlich im Bereich Controlling.

1. Präsentation der Finanzperspektiven 2006–2008 und der Massnahmen 2004 zur Entlastung der Staatsfinanzen des Kantons Freiburg

In seinem Bericht vom 30. August 2004 an den Grossen Rat hat der Staatsrat die Ergebnisse des aktualisierten Finanzplans für das Jahr 2006 und die Planung für die Jahre 2007–2008 präsentiert. Die Finanzverwaltung hat dabei und bei der Ausarbeitung der Massnahmen 2004 zur Entlastung der Staatsfinanzen aktiv mitgewirkt.

Die Hauptergebnisse des Finanzplans 2006–2008 stellen sich nach Berücksichtigung der in die Zuständigkeit des Staatsrats fallenden und der vom Grossen Rat genehmigten Massnahmen wie folgt dar (in Millionen Franken):

	2006	2007	2008
Defizit der Laufenden Rechnung	27,8	63,0	77,3
Nettoinvestitionen	112,8	112,5	102,2
Neuverschuldung	52,8	83,6	89,2
Selbstfinanzierung in %	53,2	25,7	12,6
Anteil der kantonalen Subventionen in %	25,9	26,4	26,7

Waren die Finanzergebnisse der letzten Rechnungsjahre noch positiv, so verheissen die Finanzperspektiven für die nächsten Jahre eine deutliche Verschlechterung der Situation. Ausserdem sind die angekündigten Tendenzen aufgrund der besonders vielen Risiken und Ungewissheiten

sehr ernst zu nehmen. Was die Entwicklung der Position «Steuern» betrifft, so liegt die in Betracht gezogene Zunahme über 10 % unter Berücksichtigung einer Steuererleichterung für die natürlichen Personen von 10 bzw. 20 Millionen Franken in den Jahren 2007 und 2008. Die jährliche Zunahme der Einkommenssteuer der natürlichen Personen liegt bei rund 3 %. In den oben angegebenen Zahlen sind übrigens die meisten im Bericht vom 30. August 2004 präsentierten Massnahmen 2004 bereits enthalten. Die vom Grossen Rat genehmigten Gesetzesänderungen betrafen die folgenden Bereiche:

- Bodenverbesserungen (Begrenzung des Fondskapitals);
- Schülerunfallversicherung (Prämienreduktion) bis zur Abschaffung dieser Versicherung;
- Besteuerung der Motorfahrzeuge und Anhänger: Tarifanpassung um 5 %, sobald der Index der Konsumentenpreise 152,6 Punkte erreicht (1982 = 100);
- Förderung der freiwilligen Pensionierung (Einführung der Mitfinanzierung durch die Gemeinden).

In der Oktobersession ist der Grosse Rat übrigens nicht auf den Antrag eingetreten, die finanzielle Beteiligung der Gemeinden an der Finanzierung der AHV/IV-Ergänzungsleistungen von 25 % auf 35 % zu erhöhen, und auch nicht auf den Antrag, in der Orientierungsschule einen dritten freien Halbtage einzuführen.

2. Voranschlagsentwurf 2005

Bei der Aufstellung des Voranschlagsentwurfs 2005 konnte weitgehend von der Aktualisierung und Fortschreibung der Finanzperspektiven nach der Hälfte der Legislaturperiode für den Zeitraum 2005 – 2008 profitiert werden. Die im Rahmen dieser Planung getroffenen Entscheidungen ermöglichten Voranschlagsresultate, die sich den Anforderungen der neuen Kantonsverfassung annähern, insbesondere denjenigen eines ausgeglichenen Haushalts. Der Voranschlagsentwurf 2005, der vom Staatsrat am 13. September 2004 verabschiedet wurde, berücksichtigte alle finanziellen Auswirkungen des Massnahmenpakets 2004 zur Entlastung der Staatsfinanzen. Bei der Prüfung des Voranschlagsentwurfs 2005 hat der Grosse Rat seinen ablehnenden Entscheid teilweise revidiert und den Anteil der Gemeinden an der Finanzierung der AHV/IV-Ergänzungsleistungen auf 30 % erhöht (entgegen ursprünglich geplanten 35 %). Dieser Entscheid muss in zweiter Lesung in der Februarsession 2005 noch bestätigt werden.

Der Voranschlag 2005, der vom Grossen Rat am 17. November 2004 verabschiedet wurde, weist die folgenden voraussichtlichen Ergebnisse auf: einen Aufwandüberschuss von 6,5 Millionen Franken in der Laufenden Rechnung, einen Ausgabenüberschuss von 93,5 Millionen Franken in der Investitionsrechnung, einen Gesamtausgabenüberschuss von 100 Millionen Franken in der Verwaltungsrechnung und einen Finanzierungsfehlbetrag von 15,2 Millionen Franken. Das Ergebnis der Laufenden Rechnung liegt 64,4 Millionen Franken unter der gesetzlichen Defizitgrenze. Der Anteil der kantonalen Subventionen am kantonalen Steueraufkommen beträgt 24,97 %.

3. Bericht über die im Legislaturfinanzplan 2002–2006 angekündigten Reform- und Umstrukturierungsschwerpunkte

Die Finanzverwaltung hat die Ausarbeitung des Berichts vom 24. August 2004 über die Reform- und Umstrukturierungsschwerpunkte koordiniert und daran mitgewirkt. Dieser Bericht leistete den im Bericht vom 29. Oktober 2002 zum Legislaturfinanzplan 2002–2006 gemachten Feststellungen und Vorschlägen Folge. Im Bericht vom 24. August 2004 wurde die Projektorganisation vorgestellt, die eingesetzt worden war, und der Grosse Rat wurde über den Stand der Arbeiten der verschiedenen Arbeitsgruppen sowie über die wichtigsten Vorschläge beim damaligen Stand der Arbeiten informiert. Die Schwerpunkte der vom Staatsrat festgehaltenen Vorschläge und Massnahmen sind:

- eine bessere Nutzung des Einnahmepotenzials des Kantons;
- eine verlangsamte Zunahme der Lohnsumme;
- eine Bestandesaufnahme und Intensivierung der interkantonalen Zusammenarbeit;
- eine beschleunigte Überprüfung der kantonalen Subventionen.

Zu den wichtigsten vom Staatsrat berücksichtigten Massnahmen gehören:

- die Einführung eines «Checkdienst»-Systems;
- die regelmässige Überprüfung der Abgaben und Gebühren;
- ein Inventar der verschiedenen offenen Handlungsspielräume im Gehaltswesen;
- sehr wichtig: Durchführung einer umfassenden Leistungsanalyse der von der gesamten Kantonsverwaltung erbrachten Leistungen;
- Intensivierung der interkantonalen Zusammenarbeit über die Verabschiedung von Leitlinien, einer Koordination der interkantonalen Zusammenarbeit, der Einsetzung einer Erfolgskontrolle und neuer konkreter Vorgehensweisen für die Zusammenarbeit.

Der Grosse Rat hat sich in der Oktobersession 2004 mit diesem Bericht befasst und ihn weitgehend unterstützt. Der Staatsrat und die Arbeitsgruppen werden nun mit der Konkretisierung, Ausformulierung und soweit möglich Umsetzung der vom Staatsrat berücksichtigten Vorschläge beginnen.

4. Neue Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement

4.1 Allgemeines

Die Umsetzung der neuen Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement obliegt der Finanzverwaltung. Die Abteilung, die sich mit diesen Aufgaben befasst, kümmert sich insbesondere um den Unterhalt und den Benutzersupport des SAP-Softwarepakets. Das Jahr 2004 war aufgrund der SAP-Migration von der Version 45B auf die Version «SAP Enterprise», bekannter als Version 4.7, in

gewissem Sinne atypisch. Diese Migration dauerte das ganze erste Halbjahr 2004, und deshalb mussten in dieser Zeit alle neuen Entwicklungen gestoppt werden. Das zweite Halbjahr 2004 stand im Zeichen der Einsetzung des Fakturierungsmoduls und der Buchhaltungsmodule, aber auch verschiedener Studien, insbesondere im Rahmen des Einsatzes elektronischer Zahlungsmittel (EC-Karten, Postcard), sowie eines vereinfachten Fakturierungstools. In diesem Zeitraum wurde auch das Zugangsberechtigungskonzept revidiert für mehr Sicherheit im Zusammenhang mit dem Zugang zu Informationen und für die Vereinfachung der Benutzerverwaltung. Um die SAP-Software noch breiter gefächert zum Einsatz zu bringen, ist in Zusammenarbeit mit dem Amt für Drucksachen und Material (DMA) ein Projekt zur Entwicklung eines Moduls für die Materialbewirtschaftung begonnen worden.

4.2 Migration

Die Migration des SAP-Systems von der Version 45B auf die Version 4.7 erfolgte, weil man die Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement auf dem höchsten Niveau halten und den Benutzern ein benutzerfreundlicheres Arbeitsumfeld bieten will. Diese vor allem technische Migration erforderte ein Upgrade der SAP-Server, aber auch der vom SAP-System benutzten Datenbanken. Alle bestehenden und neuen Funktionen wurden mit Hilfe einer bestimmten Anzahl von Benutzern getestet. Mehr als zweihundert Benutzerinnen und Benutzer liessen sich für diese neue SAP-Version in Grangeneuve schulen. Während der Dauer der Migration wurden auch die Schwachpunkte beseitigt, auf die im SAP-Audit der KPMG im Jahr 2003 aufmerksam gemacht worden war.

4.3 Softwareentwicklungen für die Dienststellen

4.3.1 Fakturierung (SD)

Das Fakturierungsmodul wurde im Amt für Zivilstandswesen sowie in den ihm unterstellten sieben Zivilstandsämtern eingesetzt. Mit dieser Software werden ab dem 1. Januar 2005 rund dreissig Benutzer alle Leistungen des Amtes einheitlich fakturieren und dadurch die Buchungs- und Inkassoverfahren automatisieren können.

4.3.2 Finanzbuchhaltung und Kostenrechnung

In enger Zusammenarbeit mit der Staatsbuchhaltung konnte die alte Buchhaltungssoftware des Kollegiums des Südens, des Kollegiums Hl. Kreuz und der Diplommittelschule (KDMS) durch die Finanzbuchhaltungs- und Kostenrechnungsmodule ersetzt werden.

In diesem Bereich ist beim Jugendamt ein Projekt im Gange, in dessen Rahmen die Software CPTA durch SAP-Buchhaltungsmodule ersetzt werden soll.

4.3.3 Materialbewirtschaftung MM (Beschaffung und Lagerhaltung)

Die Einführung des Moduls für die Materialbewirtschaftung beim Amt für Drucksachen und Material befindet sich gegenwärtig im Stadium der Detailkonzeption und wird dazu führen, dass die Software Meteor, deren Unter-

halt vom Lieferanten nicht mehr gewährleistet wird, ersetzt wird.

Mit der Inbetriebnahme dieses Moduls wird eine integrierte Verwaltung der Beschaffungsverfahren, von der Ausschreibung bis zur Bezahlung der Lieferanten, aber auch die Behandlung aller Probleme in Zusammenhang mit der Lagerung der Waren möglich sein.

5. Periodische Überprüfung der Subventionen

Die Grundlagen für die vollständige Umsetzung des Subventionsgesetzes (SubG) wurden im Jahr 2001 geschaffen. Das Jahr 2002 war somit das erste Jahr, in dem das SubG in vollem Umfang zur Anwendung kam. Bis heute sind etwas mehr als die Hälfte aller Subventionen überprüft worden.

• Überprüfung der Subventionen 2004

Wie in der Planung vorgesehen wurden im Laufe des Jahres 10 Überprüfungen durchgeführt. Eine davon konnte jedoch bis Ende 2004 nicht abgeschlossen werden, vor allem wegen personeller Engpässe. Sie soll Anfang 2005 abgeschlossen werden. Die Überprüfungen der Subventionen im Bereich Raumplanung und Gewässerschutz sind bis zum Vorliegen eines neuen Entwurfs für ein Gewässerschutzgesetz eingestellt worden.

Nachdem die mit der Überprüfung beauftragten Personen von der Finanzverwaltung entsprechend geschult worden waren, haben sie die Überprüfungen von April bis Ende Oktober durchgeführt. Die Ergebnisse wurden an die Koordinationskommission für die periodische Überprüfung der Subventionen (die Kommission) weitergeleitet, die sie zum Teil in ihrer Sitzung vom Dezember behandelt hat. Die Kommission wird dem Staatsrat im ersten Quartal 2005 ihre Vorschläge zu dieser vierten Prüfungsserie unterbreiten.

• Erste Standortbestimmung zum Prozess der Überprüfung der kantonalen Subventionen

Im Bericht Nr. 147 des Staatsrats an den Grossen Rat über die im Legislaturfinanzplan 2002-2006 angekündigten Reform- und Umstrukturierungsschwerpunkte hat die Finanzverwaltung eine erste Zwischenbilanz der systematischen Überprüfung sämtlicher kantonalen Subventionen gezogen. Insbesondere werden in diesem Bericht die hauptsächlichen Massnahmen, die vom Staatsrat im Anschluss an die durchgeführten Überprüfungen getroffen wurden, aufgeführt. Deren Wirkungen werden generell davon abhängen, wie rasch und wie intensiv sie umgesetzt werden. Diese erste Zwischenbilanz hat klar aufgezeigt, dass es wirklich nötig ist, in regelmässigen Abständen sowohl die Berechtigung jeder Subvention als auch die Zweckmässigkeit des im Subventionsgesetz vorgesehenen Dispositivs zu überprüfen.

• Regelmässige Kontrolle der SubG-Vorschriften

Das SubG sieht in Artikel 21 Absatz 2 vor, dass das Gesamtvolumen der Subventionen für Funktionsausgaben nicht mehr als $\frac{1}{4}$ des gesamten kantonalen Steueraufkommens betragen darf. Im Voranschlag des Jahres 2004 wurde diese Grenze jedoch überschritten (25,46 %). Der Staatsrat

unterbreitete deshalb einen Massnahmenkatalog zur Einhaltung dieser gesetzlichen Vorschrift. In einigen Bereichen wurde der Subventionssatz dauerhaft gekürzt, um dem Ausserkrafttreten der linearen Kürzungen Rechnung zu tragen. Der vom Grossen Rat im November verabschiedete Voranschlag 2005 weist eine Subventionsquote von 24,97 % auf, die damit ganz knapp unter der gesetzlichen Obergrenze liegt.

Die Finanzverwaltung hat ferner wie im SubG vorgesehen eine detaillierte Prüfung von mehreren Textentwürfen zur Spezialgesetzgebung über die Subventionen vorgenommen. Überprüft wurde insbesondere die Übereinstimmung der vorgeschlagenen Texte mit den Vorschriften und Grundsätzen des SubG.

6. Finanzbeziehungen mit dem Bund

Die Analyse und Pflege der Finanzbeziehungen mit dem Bund wurden für den Kanton in den letzten Jahren immer wichtiger. Seit Juni 2004 wurde bei der Finanzverwaltung im Hinblick auf diese wichtige Aufgabe eine Stelle für einen Wirtschaftswissenschaftler geschaffen. Im Jahr 2004 wurden namentlich folgende Arbeiten ausgeführt:

- Eingehende Analyse der aktualisierten Gesamtbilanz der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) und die Untersuchung der finanziellen Auswirkungen des Entwurfs und der genauen Zahlen für den Kanton Freiburg. Nach Konsultation der Direktionen wurde der Kantonsregierung im September ein entsprechender Bericht vorgelegt.
- Vernehmlassung zur Änderung der Interkantonalen Rahmenvereinbarung.
- Verfassen verschiedener Dokumente und Unterlagen (Pressemitteilung, Argumentarium, Präsentationsunterlagen) für die Abstimmungskampagne im Vorfeld der eidgenössischen Volksabstimmung vom 28. November 2004, in der das Stimmvolk den Entwurf dann guthiess. Im selben Zeitraum besorgte die Finanzverwaltung auch die technischen Kontakte mit der Konferenz der Kantonsregierungen.
- Analyse der Sanierungsmassnahmen des Bundes und insbesondere des Entlastungsprogramms 2004.
- Die Beziehungen mit der SNB und insbesondere die Frage der Verteilung der überschüssigen Goldreserven und die Frage der Gewinnverteilung.

7. Staatsrechnung 2004

Die Staatsbuchhaltung erfasste sämtliche Vorgänge, die zur Erstellung der Staatsrechnung notwendig sind. Der grösste Arbeitsaufwand besteht in der Erfassung der Lieferantenumrechnungen, die zu $\frac{2}{3}$ von der Staatsbuchhaltung und zu $\frac{1}{3}$ von den Dienststellen erledigt wird, bei denen aufgrund der Menge der zu bearbeitenden Rechnungen eine dezentrale Erfassung gerechtfertigt ist. Die Buchhaltung ist für die Kontokorrente Staat-Gemeinden zuständig und kümmert sich um die Nachführung dieser Konten. Die Finanzbeziehungen mit dem Bund werden über ein Kontokorrent

geregelt, über das die meisten Finanzvorgänge laufen. Die Buchhaltung ist an den Arbeiten zur Einführung der Neuen Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement beteiligt, und sie unterstützt auch die Dienststellen bei der Reorganisation ihrer Buchhaltung. Sie war auch bei der Reorganisation der Finanzdienste sehr aktiv.

Die Staatsrechnung für das Jahr 2004 wird in einem Sonderdruck herausgegeben, der eine erläuternde Botschaft sowie die detaillierte Rechnung und Bilanz enthält. Im vorliegenden Rechenschaftsbericht sind daher nur die Hauptergebnisse der Bilanz von 1994 bis 2004 und der Gesamtrechnung von 1998 bis 2004 aufgeführt.

Bilanz

Jahr	Aktiven	Passiven	Überschuss Passiven (-) Überschuss Aktiven (+)
1994	1 462 942 882.39	1 214 516 892.52	+ 248 425 989.87
1995	1 318 987 254.13	1 226 134 760.52	+ 92 852 493.61
1996	1 349 281 615.42	1 248 477 532.84	+ 100 804 082.58
1997	1 354 753 014.34	1 281 161 321.96	+ 73 591 692.38
1998	1 291 656 616.61	1 218 180 176.58	+ 73 476 440.03
1999	1 265 488 680.33	1 209 536 997.63	+ 55 951 682.70
2000	1 366 008 196.88	1 316 114 087.06	+ 49 894 109.82
2001	1 465 029 537.96	1 420 005 433.54	+ 45 024 104.42
2002	1 394 452 926.11	1 346 014 049.99	+ 48 438 876.12
2003	1 379 603 003.23	1 267 862 379.15	+ 111 740 624.08
2004	1 342 637 275.24	1 185 169 023.44	+ 157 468 251.88

Gesamtrechnung des Staates in Millionen Franken

Jahr	Laufende Rechnung			Investitionsrechnung			Verwaltungsrechnung Saldo	Finanzierungsstehbetrag/ überschuss
	Aufwand	Ertrag	Saldo	Ausgaben	Einnahmen	Saldo		
1998	1 795,6	1 795,5	- 0,1	299,7	167,6	- 132,1	- 132,2	- 44,6
1999	1 999,3	1 891,8	- 17,5	257,8	142,5	- 115,3	- 132,8	- 32,3
2000	1 968,5	1 962,4	- 6,1	245,6	139,2	- 106,4	- 112,5	- 21,9
2001	2 048,8	2 043,9	- 4,9	262,2	135,5	- 126,7	- 131,6	- 42,1
2002	2 122,9	2 126,3	+ 3,4	173,6	81,6	- 92,0	- 88,6	- 4,2
2003	2 258,8	2 322,1	+ 63,3	188,0	85,9	- 102,1	- 38,8	+ 51,2
2004	2 409,8	2 455,5	+ 45,7	164,4	70,4	- 94,0	- 48,3	+ 47,6

8. Finanzamt und Tresorerieverwaltung

Die wichtigsten in diesem Bereich ausgeführten Arbeiten können wie folgt zusammengefasst werden:

- Ausführung der Zahlungen für die gesamten Voranschlagsausgaben des Staates, mit Ausnahme der Ausgaben einiger Anstalten;
- Erfassung der Erhebung sämtlicher veranschlagter kantonalen Einnahmen;
- Verwaltung und Führung der allgemeinen Bankkonten des Staates und Nachkontrolle des Tresoreriebudgets.

Der Umfang der vom Finanzdienst der Finanzverwaltung erledigten Geschäfte hat sich zwischen 2003 und 2004 wie folgt verändert:

	2003	2004
Bankverkehr DTA (in Millionen Franken)	909,8	1 201,4
Bank- und Postkonten:		
- Inkasso (in Millionen Franken)	2 892,3	3 610,05
- Zahlungen (in Millionen Franken)	2 736,2	3 690,06
- erfasste Buchungen	6 668	6 613

Weitere Aktivitäten dieser Dienststelle sind:

- Verwaltung der flüssigen Mittel sowie der Fonds und Stiftungen:

Im Jahr 2004 betrug das Volumen der kurzfristigen Darlehen aufgrund der stark gesunkenen Zinsen nur 210 Millionen Franken. Die Zahl der Darlehen hat stark abgenommen. Es sind dies 3 Darlehen gegenüber 23 im Jahr 2003. Die Finanzverwaltung verwaltet und führt die Buchhaltung von 48 Fonds und Stiftungen.

- Verwaltung der öffentlichen Schuld des Staates:

Im Jahr 2004 sind die mittel- und langfristigen Schulden des Staates um 96,5 Millionen Franken zurückgegangen. Es wurden sechs Anleihen in einem Gesamtbetrag von 196,5 Millionen Franken zurückgezahlt. Neu aufgenommen wurden zwei Anleihen im Betrag von je 50 Millionen Franken mit einer Laufzeit von 10 Jahren und 3 % Verzinsung.

- Verwaltung der Darlehen:

Die Finanzverwaltung kümmert sich um die Rechnungsführung und die Verwaltung der Darlehen für die Investitionshilfe in Berggebieten (19,0 Millionen, 203 Darlehen), die Landreserven (2,3 Millionen, 9 Darlehen) und für die regionale Wirtschaftsförderung (0,1 Millionen, 1 Darlehen).

- Weitere Aufgaben:

Weitere Aufgaben sind die Verwaltung des Wertschriftenportefeuilles des Staates, die Rechnungsführung für die den öffentlichen Institutionen gewährten Darlehen und Vorschüsse sowie die Rechnungsführung und Auszahlung der vom Tourismusfonds gewährten Finanzhilfen.

9. Einsetzung des kantonalen Finanzdienstes

Seit dem 1. Januar 2004 sind die Bezirksfinanzdienste und die Generaleinnemerei des Staates in einer einzigen Dienststelle vereint. Diese Dienststelle gehört zur Finanzverwaltung und hat die meisten bisherigen Aufgaben der Bezirksfinanzdienste übernommen. Insbesondere kümmert sie sich um das Inkasso, die Debitorenverwaltung und die Zahlungsausstände aller Dienststellen des Staates, die über keine entsprechende Infrastruktur verfügen und die Debitoren nicht selber verwalten. Die Einrichtung dieser zentralen Dienststelle erfolgte ohne die Schaffung neuer Stellen, und die Debitorenverwaltung und die Verwaltung der Zahlungsausstände konnten damit erheblich verbessert und rationalisiert werden.

Die wichtige Rolle des kantonalen Finanzdienstes wird auch durch eine statistische Analyse der von diesem Dienst mit SAP über das Modul SD bearbeiteten und ausgeführten

Zahlungen belegt. Im Jahr 2004 belief sich der Gesamtbeitrag der bearbeiteten Rechnungen auf über 115 Millionen Franken, davon wurden über 87 Millionen Franken mit SAP bearbeitet, was annähernd 84 000 Rechnungen entspricht. Von der Rechnungsausstellung bis zur Einzahlung verstreichen durchschnittlich 34,3 Tage. In 90 % der Fälle werden die Rechnungen fristgerecht bezahlt. Nach der 1. Mahnung steigt der Prozentsatz der bezahlten Rechnungen um 6,6 %, nach der zweiten Mahnung um 1,5 %, nach der dritten Mahnung um 1,2 % und dann nochmals um 0,1 % bevor eine Betreibung in die Wege geleitet wird. Per Ende 2004 sind Betreibungsverfahren für einen Betrag von 962 000 Franken offen.

10. Budgetkontrolle

Die Budgetkontrolle erfolgt auf zwei Ebenen. Zunächst einmal wird sie von der Staatsbuchhaltung vorgenommen, die insbesondere darauf achtet, dass die zur Zahlung vorgelegten Rechnungen mit den in den Voranschlagsnachweisen detailliert ausgewiesenen Krediten übereinstimmen, bevor sie verbucht werden. Die Budgetkontrolle befasst sich auch mit der Frage der Kreditüberschreitungen. Die Abteilung Finanzplanung und Budgetkontrolle bearbeitet sämtliche Nachtragskreditbegehren. Sie nimmt zu diesen Begehren Stellung und unterbreitet sie anschliessend dem Staatsrat. Im Jahr 2004 hat der Staatsrat 24 Begehren (23 im Jahr 2003) in einem Gesamtbetrag von 13,5 Millionen Franken (12,6 Millionen im Jahr 2003) genehmigt, was 0,57 % (0,54 % im Jahr 2003) der für das Jahr 2004 budgetierten Gesamtausgaben entspricht. Dieses Nachtragskreditvolumen liegt unter dem Durchschnitt von 0,81 % für den Zeitraum 1990–2003. Dem Grossen Rat wird in der Februarsession 2005 dazu eine ausführliche Botschaft unterbreitet.

11. Telefonzentrale der Kantonsverwaltung

Die Finanzverwaltung ist für den Betrieb der Telefonzentrale und den Empfang im Verwaltungsgebäude der Finanzdirektion verantwortlich. Im Jahr 2004 wurden insbesondere folgende Aufgaben wahrgenommen:

- Studien für die Ersetzung der Zentralen in Granges-Paccot und des KP und Aufhebung der Ersatzzentrale der Kantonspolizei;
- Regelung sämtlicher Probleme im Zusammenhang mit der Zentrale der Staatsverwaltung, in Zusammenarbeit mit Swisscom und einem Ingenieurbüro;
- Verwaltung der Telefonzentralen an der Rue Joseph-Piller 13, an der Route des Cliniques 17, des Bezirksgerichts Saane, am Impasse de la Colline in Givisiez, in Grangeneuve, in Granges-Paccot, in Domdidier (A 1), in Vaulruz (A 12), in der Grenette und in der Reichen-gasse 26, der Einsatz- und Alarmzentrale (EAZ), des KP und an der Diplommittelschule;
- Aufstellung des Voranschlags 2005 für die Telefonanlagen und das Material aller staatlichen Dienststellen;

- monatliche Aufstellung der Telefntaxen und Abonnementsgebühren für die an die Staatszentrale angeschlossenen Dienststellen;
- monatliche Fakturierung der Taxen für Privatgespräche;
- Mitwirkung an der Nachführung des Swisscom-Telefonbuchs.

Die Privatgespräche beliefen sich im Jahr 2004 auf 75 800 Franken. Dieser Betrag ist um 13 % niedriger ausgefallen als im Vorjahr. Diese Entwicklung ist sicherlich auf die vermehrte Benützung der privaten Handys zurückzuführen.

Die Telefonzentrale kümmerte sich auch um die Nachführung des internen Telefonverzeichnisses, das auf Intranet und Internet verfügbar ist, und um die Neuausgabe in Papierform.

12. Weitere Aktivitäten

- Stellungnahmen zu Vernehmlassungen;
- Stellungnahmen zu finanzwirksamen Geschäften, die dem Staatsrat unterbreitet werden (Botschaften, Gesetze, Dekrete, Beschlüsse, Verordnungen);
- Präsidium und Ausarbeitung eines Berichts für die Arbeitsgruppe der Finanzverwaltungen, die mit einer summarischen Prüfung der Voranschlagsentwürfe 2005 der FH Westschweiz und der FH-GS beauftragt ist;
- Erstellen der Statistik der Arbeitsstellen für die Staatsrechnung 2003 und den Voranschlag 2005;
- Vorbereiten der Unterlagen für die Pressekonferenzen zu Staatsrechnung und Voranschlag;
- Ausarbeitung eines Berichts über die finanziellen und personellen Auswirkungen der vom Grossen Rat im Jahr 2003 gefassten Beschlüsse;
- Nachforschungen und Analyse über die Beziehungen des Staates zur Freiburger Kantonalbank;
- Unterstützung bei verschiedenen Arbeiten in Verbindung mit der Führung mit Leistungsauftrag (insbesondere Controlling);
- Mitwirkung in Kommissionen (interkommunaler Finanzausgleich, Kantonalisierung der Spitäler) oder Arbeitsgruppen, insbesondere im Rahmen des NIGE-FI-Projekts;
- Erstellen des Faltprospekts zu den statistischen Finanzkennzahlen des Staates, Ausgabe 2003;
- monatliche Fakturierung der Ausgaben für Posttaxen an die Dienststellen;
- Unterhalt der Intranet-Site der Finanzverwaltung;
- Teilnahme an verschiedenen Seminaren und Konferenzen.

III. Finanzinspektorat

1. Personal

Zum Personal des Finanzinspektorats (FI) gehören der Dienstchef, der Adjunkt des Dienstchefs, drei Finanzinspektoren und eine zu 30 % angestellte Sekretärin.

2. Tätigkeiten

Im Jahr 2004 führte das Finanzinspektorat folgende Arbeiten aus: Kontrolle der Staatsbilanz per 31. Dezember 2003, ordentliche Überprüfung der Verwaltungsabteilungen und anderer parastaatlicher Organe und Kontrolle von Bauabrechnungen.

2.1 Kontrolle der Staatsbilanz des Kantons Freiburg

Im Jahr 2004 kontrollierte das Finanzinspektorat nach 1999 zum zweiten Mal die gesamte Staatsbilanz per 31. Dezember 2004. Diese Arbeit bestand in der Kontrolle aller Aktiv- und Passivposten der Staatsbilanz und derjenigen der Anstalten. Diese Überprüfung beschäftigte alle Finanzinspektoren, die dafür insgesamt rund 2000 Arbeitsstunden leisteten. Die 43 Feststellungen und 29 Empfehlungen wurden zuerst mit der Finanzverwaltung besprochen und dann mit der entsprechenden Stellungnahme der Finanzverwaltung in einen Bericht an den Staatsrat und die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission aufgenommen.

2.2 Ordentliche Rechnungsprüfungen und Spezialmandate

Das Finanzinspektorat führte im Jahr 2004 insgesamt 63 Revisionen, wovon 3 Spezialmandate, aus.

Von diesen 63 Kontrollen gaben 22 Anlass zu 78 Beanstandungen, Bemerkungen oder Feststellungen und zu 27 Empfehlungen. Nach Artikel 54 des Gesetzes vom 25. November 1994 über den Finanzhaushalt des Staates mussten drei überprüfte Organe schriftlich Stellung nehmen. Die entsprechenden Antworten wurden den Berichten beigelegt.

Die Revisionsarbeiten betrafen 30 Sektoren der eigentlichen Staatsverwaltung und 33 Organisationen, Institutionen oder verschiedene Fonds. Dreizehn Kontrollen wurden in Zusammenarbeit mit anderen Revisionsorganen durchgeführt. Das genaue Verzeichnis der Kontrollarbeiten wurde dem Staatsrat und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates zugestellt.

Die Revisionen teilen sich wie folgt auf:

Gerichtsbehörden:	5
Vollziehende Behörde – Verwaltung:	22
Fonds und Stiftungen:	16
Diverse Aufträge:	17
Spezialmandate:	3

Zwei der drei Spezialmandate betrafen die Universität. Einerseits hat das Finanzinspektorat die Eidgenössische Finanzkontrolle beim Audit über die der Universität gewährten Bundessubventionen unterstützt. Andererseits hat es die Gelegenheit dieses Audits genutzt, um einen Gesamtüberblick über die in der Staatsrechnung 2003 enthaltenen und die nicht darin enthaltenen Aufwendungen und Erträge der Universität zu erstellen. Auf Auftrag der GSD überprüfte das Finanzinspektorat auch die Subventionsabrechnung eines Sonderheimes.

Die 63 Revisionsberichte verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Direktionen:

Erziehung, Kultur und Sport	18
Sicherheit und Justiz	10
Institutionen und Land- und Forstwirtschaft	7
Volkswirtschaft	10
Gesundheit und Soziales	11
Finanzen	4
Raumplanung, Umwelt und Bauwesen	3

In Anwendung des Gesetzes vom 25. November 1994 über den Finanzhaushalt des Staates und seines Ausführungsreglements vom 12. März 1996 wurden 57 Berichte (einschliesslich Bilanz) an den Staatsrat, die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates und an die Finanzverwaltung überwiesen. Zwei Berichte wurden nur Stiftungsräten zugestellt und einer dem Bund (FH Westschweiz).

Vier Berichte schliesslich, die die dekretskonforme Subventionierung der Bauarbeiten der Spitäler Châtel-St-Denis, Estavayer-le-Lac, Riaz und Tafers bestätigen konnten und zusammen mit dem Hochbauamt verfasst worden waren, wurden nur der Direktion für Gesundheit und Soziales zugestellt. Vier Berichte wurden dem Kantonsgericht als oberster Aufsichtsbehörde über die Sektoren der Justiz vorgelegt. Schliesslich wurden neun Berichte über staatliche Dienststellen, denen ein Bundesbeitrag gewährt wird, verschiedenen Bundesstellen zugestellt.

2.3 Sonstige Arbeiten

- Teilnahme an den Sitzungen einer Arbeitsgruppe, einer Kommission und eines Verwaltungsrats.
- Ständige Kontrolle der Abrechnungen für Jugend und Sport.
- Abklärungen spezifischer Probleme in Zusammenhang mit der MWSt für verschiedene staatliche Sektoren.
- Vorbereitung und Nachkontrolle von Mandaten, die von Dritten ausgeführt wurden.
- Die Eidgenössische Finanzkontrolle hat die Arbeitsmethoden des Finanzinspektorats bei der Überwachung der Bau- und Unterhaltsarbeiten der Nationalstrassen analysiert. Dadurch wurde das Personal des Finanzinspektorats ebenfalls stark beansprucht.

IV. Amt für Informatik und Telekommunikation

1. Informatikkommission des Staates

Die Informatikkommission des Staates hat im Jahr 2004 unter dem Vorsitz von Finanzdirektor Staatsrat Urs Schwaller und anschliessend von dessen Nachfolger Staatsrat Claude Lässer vier Mal getagt. Gemäss den Bestimmungen ihres Pflichtenhefts hat die Kommission zu folgenden Projekten Stellung genommen oder ist darüber informiert worden:

- Rückblick 2003 und Ausblick 2004.
- Neue Sicherheitsarchitektur.
- Stand der Umsetzung des Informatikleitschemas der Kantonalen Steuerverwaltung (KSTV) mit Genehmigung des Verfahrens sowie des vorgeschlagenen Lieferanten.
- Stellungnahme zur Migration der Personalbewirtschaftungssoftware des Amtes für Personal und Organisation auf HR-Access.
- Aufgabe der Host-Plattform (Mainframe) im Jahr 2010 aus technischen und wirtschaftlichen Gründen.
- Neuentwicklung der Informatikanwendung der Betriebsämter und interkantonale Zusammenarbeit in diesem Bereich.
- Neuentwicklung und In-Produktion-Setzung der Anwendung MUSICA für das Konservatorium Freiburg und Erwerb dieser Software durch den Kanton Neuenburg.
- Genehmigung des Pflichtenhefts des Verantwortlichen für die Informatiksicherheit.
- Service Level (Hotline, Pikettdienst) des Amtes für Informatik und Telekommunikation (ITA) für die Dienststellen und Anstalten des Staates Freiburg.
- Projekte des Bundes (hauptsächlich des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements und des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport).
- Standortbestimmung der Ressourcen beim ITA.
- Änderung des Beschlusses vom 22. Dezember 1987 über die Planung und Anwendung der Informatik in der Kantonsverwaltung, im Unterrichtswesen und in den kantonalen Anstalten. Die hauptsächlichlichen Änderungen betrafen hier die Informatik der Schulen der Sekundarstufe 2, der Berufsschulen, der Bildungszentren des Landwirtschaftlichen Instituts des Kantons Freiburg, der Pädagogischen Hochschule, der Fachstelle FR-IKT sowie der anderen Schulen und Dienststellen, die das kantonale Informatiknetzwerk der Schulen benutzen.
- Kantonales Informatikbudget 2005.

- Projekt zur Neudefinition des Auftrages und der Aufgaben des ITA und Statusdefinitionen (Machbarkeitsstudie erarbeitet, Studie über mögliche Autonomie abgeschlossen; Vorgehen zur Erarbeitung des kantonalen Informatikplans definiert, Definition der Leistungsvereinbarungen, der Ziele und Konsequenzen im Finanz- und Personalbereich noch nicht bearbeitet).

2. Kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen

Die Kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen (KK-IU) hat sich unter der Leitung ihres Präsidenten Heinz Wyler im Jahr 2004 zu vier Sitzungen getroffen und sich dabei mit folgenden Aufgaben befasst:

- Der Hauptteil der Aktivitäten betraf die Vorbereitung und die Prüfung des Informatikbudgets 2005. In diesem Zusammenhang hat die Steuerungsgruppe Informatik im Unterrichtswesen unter der Leitung des ITA den Informatikvoranschlag geprüft und der Kommission ihre Stellungnahme übermittelt. Davon ausgenommen waren die Voranschläge der Universität und der FH, die einen Sonderstatus haben.
- Sie hat das Mandat und die Zusammensetzung der Begleitgruppe KK-IU des Konzepts FR-IKT genehmigt.
- Sie hat Kenntnis vom Stand des Projekts FR-IKT genommen.
- Sie hat zustimmend zur Änderung des Beschlusses vom 22. Dezember 1987 über die Planung und Anwendung der Informatik in der Kantonsverwaltung, im Unterrichtswesen und in den kantonalen Anstalten Stellung genommen.
- Sie hat die Bedürfnisse der Schulen, die Informatikstrategien und Voranschlagsverfahren geprüft.
- Die Vorbereitung des Informatikbudgets 2005 wird an die Steuerungsgruppe Informatik im Unterrichtswesen unter der Leitung des ITA delegiert.

3. Informatikbudget

In der 4. Budgetlesung hat das ITA das Informatikbudget für das Jahr 2005 im Detail mit dem aktualisierten Finanzplan 2005–2008 verglichen.

Die globale und zentrale Verwaltung des Budgets für Ersatzbeschaffungen beim ITA hat sich als effizient und Kosten sparend erwiesen. Das ITA hat festgestellt, dass einige Dienststellen ihr Budget nicht ganz ausgeschöpft haben. Das ITA wird die zentrale Verwaltung auf die gesamten Informatik-Anschaffungen derjenigen Dienststellen ausweiten, bei denen es für die Informatik zuständig ist.

Während des jährlichen Voranschlagsverfahrens und der Finanzplanung prüft das ITA die Informatik-Budgeteinga-

ben der einzelnen Dienststellen. Es macht Vorschläge zu Kürzungen und setzt Prioritäten. So hat das ITA einen Überblick über die verfügbaren Mittel und kann sie bedürfnisgerecht und entsprechend den Marktbedingungen einsetzen.

Das ITA hat erstmals auch zu den Anträgen des Informatik-Finanzplans der besonderen Sektoren Stellung genommen (Universität, Kantonsspital, die zur Fachhochschule Westschweiz gehörenden Freiburger Hochschulen).

4. Aufgaben und Aktivitäten des ITA

4.1 Übersicht über die Aktivitäten

- Das ITA hat seine Absicht bekannt gegeben, die Anzahl der Plattformen zu reduzieren, die Infrastrukturen zu konsolidieren, die Kenntnisse im Bereich der modernsten Entwicklungswerkzeuge (Bereiche JAVA, NET) zu erhalten und die Informatiksicherheit auszubauen. Der Aktionsplan für die Reduzierung der Host-Plattform steht. Die Umgestaltung bzw. die Migration der Host-Anwendungen (Anwendungen der Kantonalen Steuerverwaltung im Bereich der natürlichen Personen und des Inkassos, des Amtes für Personal und Organisation, der Betreibungsämter und des Amtes für Strassenverkehr und Schifffahrt) ist bereits im Gange. Das Projekt für eine neue Sicherheitsarchitektur befindet sich in seiner letzten Phase.
- Fortsetzung der Definition der Informatikprozesse des ITA in den Bereichen der Planung und Organisation, der Anschaffung und Einsetzung von Hardware und Software, der Erbringung von Dienstleistungen und der Sicherheit.
- Zuteilung der Rollen und Verantwortlichkeiten entsprechend den definierten Prozessen.
- Klärung des Auftrags des ITA, der Aufgabenteilung und der Zielsetzungen mit dem gesamten Personal.
- Verstärkung der Informatikführung insbesondere im Bereich der Schulen und der strategischen Projekte (Architekturen, Normen und Standards, Budgets).
- Interkantonale Zusammenarbeit in den Bereichen Informatikentwicklung, Austausch (z.B. Initiativen OpenSource und Freeware) und Produkte/Dienstleistungen.
- Aktive Mitarbeit in der Schweizerischen Informatik-Konferenz (SIK) mit zahlreichen Stellungnahmen (Bereiche Sicherheit (Firewall, PKI), Koordination von Projekten des Bundes, eCH, Entwurf des Bundesgesetzes über sektoruelle Personenidentifikatoren).
- Beratung bei der Projektumsetzung Fri-Info, mit der eine Informatiklösung zur Verwaltung und Publikation von Informationen auf dem Internet beim Staat Freiburg eingeführt werden soll (Pflichtenheft, Auswahl der Lösung und des Lieferanten, Architektur, Normen und Standards im Internetbereich, Einrichtung der erforderlichen Infrastrukturen).

- Beginn der Arbeiten zur Definition des Konzepts und der Politik bezüglich Informatiksicherheit.

4.2 GIS-Kompetenzzentrum (Geografisches Informationssystem)

4.2.1 Organisation und Rechtsgrundlagen

Mitwirkung am informellen Vernehmlassungsverfahren zum neuen Geoinformationsgesetz (GeoIG) des Bundes, in Anwendung neuer Verfassungsbestimmungen (Artikel 75a BV).

4.2.2 Koordination

Das GIS-Kompetenzzentrum hat Koordinationsaufgaben auf verschiedensten Ebenen wahrgenommen:

- Auf nationaler Ebene: Mitgliedschaft bei der neuen, im Januar 2004 gegründeten Kantonalen Konferenz der Geodaten-Koordinationsstellen und GIS-Fachstellen (KKGEO); Aktivitäten der Schweizerischen Organisation für Geo-Informationen SOGI, der SIK-GIS und geosuisse.
- Mit dem Bund und seinen Partnern: Programme und Projekte wie die NGDI und e-geo.ch, geocat.ch und envirocat; Zusammenarbeit mit verschiedenen Bundesämtern (swisstopo und KOGIS, BFS, BUWAL, BWG usw.).
- Mit anderen Kantonen: «interkantonale GIS-Zusammenarbeit mit den Westschweizer Kantonen» (BE, FR, GE, JU, NE, VD und VS); sektorielle interkantonale Zusammenarbeit (Naturgefahren, Gewässerinformationssystem, Gebäude- und Wohnungsregister); weitere Partnerschaften (z.B. mit dem Kanton AG im Bereich Forstwesen).
- Mit den Hochschulen: ETHL, Universitäten Freiburg, Lausanne und Neuenburg, HTA-FR.
- Mit Gemeinden, Regiebetrieben, diversen Verbänden und privaten Organisationen.
- Zwischen den Direktionen, Dienststellen des Staates Freiburg und ihren Partnern.

4.2.3 Mitarbeit bei wichtigen Projekten

Von den Projekten, für die sich das GIS-Kompetenzzentrum im Jahr 2004 eingesetzt hat, sind speziell zu erwähnen (in Klammer die projektverantwortlichen Ämter):

- MO2003 (VGA): Amtliche Vermessung
- Ortsplanung (BRPA)
- Tätigkeitsgebiete und leer stehende Räumlichkeiten (BRPA und WIF)
- Altlastenkataster (AfU)
- Gewässerinformationssystem (TBA, Sektion Gewässer): Wasserbewirtschaftung (Seen und Fliessgewässer)
- Lärmkataster (TBA)
- Unfallkataster (TBA)

- SAGA (Pol): Einsatzleitsystem
- Geodatenkatalog (GIS-Kompetenzzentrum): Inventar der Geodaten, Sammlung der Metadaten und Einrichtung eines Geodatenkatalogs
- SITECOF 2003 (Stadt Freiburg, Vermessungsamt): Geo-Informationssystem der Gemeinde Freiburg

4.2.4 Geographische Daten

Das kantonale GIS konnte um einige interessante Datenpakete angereichert werden:

- DTM-AV, DOM-AV: Rohdaten, interpolierte Daten und Derivatprodukte (Höhenkurvenlinien, Shading)
- Eingescannte geologische Karten: Geologischer Atlas der Schweiz im Massstab 1:25 000
- Orthophoto 2003 des Südufers des Neuenburger Sees (zur Verfügung gestellt von der Groupe d'étude et de gestion de la Grande Carrière)
- NAVTEQ: Strassendaten
- Orts- und Regionenpläne

4.2.5 Information und Förderung

SYSIF verfügt neben seiner Website (<http://www.sysif.ch>) seit Ende 2004 über eine Intranetsite, die dem internen Austausch dient.

Im Jahr 2004 wurde das GIS hauptsächlich in gegenseitigen Kontakten mit den Ämtern und bei Projekten, an denen mehrer Ämter beteiligt waren, gefördert.

Das GIS-Kompetenzzentrum hat in Zusammenarbeit mit privaten Organisationen, mit der ETHL und dem Bund verschiedene Kurse organisiert:

- Einführung in die GIS-Benutzersoftware: Es wurden für über dreissig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rund zehn Kurse organisiert.
- Umgang mit den Laser-Höhenmodellen: Dieser Kurs wurde von rund zwanzig Mitarbeitenden aus zehn Dienststellen besucht.
- Geocat.ch, Verwaltung der Metadaten: Dieser Kurs wurde von zwei Mitarbeitern des GIS-Kompetenzzentrums besucht und soll mehreren Mitarbeitenden angeboten werden, die in Ämtern tätig sind, die geographische Daten verwalten.

4.3 Sektion Solution Engineering SE (Entwicklung, Projektplanung, Integration)

Die Sektion ist mit der Konzeption, der Anschaffung, der Entwicklung und der Umsetzung von Lösungen, aber auch mit ihrer Wartung, Betreuung und Unterstützung beauftragt. Die Mitarbeiter haben die Wartung von rund dreissig spezifischen Applikationen gewährleistet und etwa dreissig Projekte unterschiedlicher Art und von unterschiedlichem Umfang durchgeführt. Zusätzlich wurden zirka 180 Datenbanken gewartet und weiterentwickelt.

Das ITA ist sich bewusst, dass die Entwicklung bei den Informatikanwendungen rasch vorangehen muss und

gleichzeitig einwandfreie Qualität gefordert ist. Es hat deshalb seine Eigenentwicklungen weiter auf Kompetenzschwerpunkte und -bereiche konzentriert, die interkantonale Zusammenarbeit ausgebaut und die Bereiche Projektführung und Qualitätssicherung verstärkt.

So konnte das ITA und namentlich die Sektion SE den Bereich der Qualitätssicherung mit der Einführung eines automatischen Testtools und eines Audittools zur Überprüfung des Softwarequellcodes verstärken. Was die Organisation betrifft, haben die Mitarbeiter der Sektion mit Enthusiasmus an der Perfektionierung der Prozesse im Bereich der Projektführung, der Anschaffung und der Einrichtung von Informatiklösungen gearbeitet.

Wichtigste Projekte im Jahr 2004

- Kantonale Steuerverwaltung (KSTV)

Im Rahmen der Umsetzung des Informatikleitschemas der KSTV managte das ITA das gesamte Programm und half mit bei der Projektumsetzung und bei der Qualitätssicherung. So wurde der KSTV besondere Unterstützung im Rahmen des Ersatzes der Anwendungen für die Veranlagung der natürlichen Personen und für das Inkasso zuteil. In der zweiten Jahreshälfte standen die Arbeiten in Zusammenhang mit der Spezifizierung dieses Projektes mit dem ausgewählten Lieferanten, der Definition der Architektur der gewählten Lösung und der Einrichtung der Qualitätssicherung im Vordergrund.

Gleichzeitig folgen aus diesem Leitschema auch verschiedene Projekte technischerer Natur, deren Lösungen nach ihrem Abschluss dann allen Dienststellen des Staates zur Verfügung stehen werden. In diesem Zusammenhang wurde im Jahr 2004 mit der Inbetriebnahme einer zentralisierten Kommunikationsplattform begonnen. Nach Abschluss dieses Projektes wird die elektronische Kommunikation rascher und günstiger sein, und die Informatiksysteme des Staates können unter sicheren und leistungsstarken Bedingungen zum Internet geöffnet werden.

Neben der Wartung des gegenwärtigen Systems wurden vom ITA in verschiedenen Bereichen mehrere Projekte durchgeführt, die im Rechenschaftsbericht der KSTV aufgeführt sind.

- Konservatorium Freiburg

Die Anwendung MUSICA, die in Partnerarbeit mit dem Konservatorium Freiburg entwickelt worden war und in Freiburg seit 2003 produktiv ist, konnte an den Kanton Neuenburg verkauft werden. Die Einrichtung erfolgt zur vollsten Zufriedenheit des Kunden, und die Lösung ist in Betrieb. Das Projekt läuft weiter bis im März 2005, bis die Buchhaltung des Kunden ins System integriert ist. Weitere Musikschulen haben ihr Interesse angemeldet, und das ITA ist zuversichtlich, dass die Anwendung im Jahr 2005 von weiteren Kantonen angeschafft wird.

- Amt für Personal und Organisation (POA)

Da der Lieferant der gegenwärtigen Anwendung deren Unterhalt ab Ende 2006 nicht mehr sicherstellt, musste eine neue Lösung gefunden werden. Es wurde eine Vergleichsstudie zwischen der Lösung HR Access (die offiziell

die gegenwärtige Anwendung ersetzt) und SAP-HR durchgeführt. Aufgrund der Ergebnisse entschied man sich für die Lösung HR Access, und das Migrationsprojekt wurde im letzten Quartal 2004 gestartet. Diese Migration wird die Mitarbeiter bis Ende 2006 stark beanspruchen.

- Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS)

Zahlreiche Modifikationen und Weiterentwicklungen der Applikation des ASS wurden im Jahr 2004 durchgeführt, unter anderem: Anpassung der Anwendung im Hinblick auf die Schaffung einer Zweigstelle in Bulle, Einführung des Strichcodes für die Nachkontrolle der technischen Inspektionen, Integration der neuen Berechnung der Steuer für Elektrofahrzeuge, Gasfahrzeuge und Hybridfahrzeuge und Zurverfügungstellung der Daten für die Transaktionen auf dem Internet wie Auskünfte über Nummernschilder und Verkauf von Nummernschildern.

4.4 Sektion Computing services & Network CS (Betrieb der Infrastrukturen, der Telekommunikation, der Arbeitsplatzsysteme und operative Informatiksicherheit)

Im Hintergrund der operativen Tätigkeiten dieser Abteilung stehen einige grosse Projekte, von denen das wichtigste (DARCS, Sicherheitsarchitektur) einen Grossteil des Personals das ganze Jahr beschäftigt hat. Die Inbetriebnahme neuer Betriebseinrichtungen hat im Übrigen dazu beigetragen, die Verfügbarkeit der technischen Infrastrukturen zu verbessern.

Dadurch, dass die Technologien immer komplexer werden, Software immer rascher ersetzt werden muss und die Sicherheitsanforderungen immer anspruchsvoller werden, müssen auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter polyvalent und flexibel sein. Sie arbeiten übrigens auch sehr intensiv in fachübergreifenden Arbeitsgruppen mit.

4.4.1 Sektor Betrieb

Dieser Sektor umfasst vier Haupttätigkeitsbereiche in Zusammenhang mit den zentralen Infrastrukturen und dem Benutzersupport. Er war deshalb stark in allen wichtigen Änderungen der Informatikinfrastruktur eingebunden. Der Betriebssektor ist auch in den Studien- und Konzeptphasen für die neuen Applikationen sehr präsent.

Der Host (Mainframe), der 2010 aufgegeben werden soll, ist weiterhin ein wichtiges Element. Die Migration der Anwendungen ist im Gang, aber das ITA muss dennoch Software und Hardware dieses Systems auf einem optimalen Niveau halten, solange dieser Transfer nicht abgeschlossen ist. Der Betrieb muss also mit Technologien in Zusammenhang mit diesem Transfer zurechtkommen, und das Personal muss auch diesbezüglich geschult werden.

Die ständige Weiterentwicklung auf dem Gebiet der Software und des Infrastrukturbedarfs, insbesondere zur Gewährleistung der Sicherheit und Verfügbarkeit, verlangt einen grossen Einsatz in der Serveradministration. Dieser Bereich hat sich auf die Verwaltung von spezifischen Systemen und Software (Virenschutz, Patches, E-Mail usw.) sowie auf die Serveradministration für diverse Kun-

den des ITA konzentriert (Rechenzentrum der Gemeinden Deutschfreiburgs (RZGD), ASS usw.)

Die wichtigste Aufgabe im Bereich SAP war die Migration des ganzen Systems auf die neue Version «4.7 – Enterprise», also die Ersetzung aller SAP-Server, das Update des Softwarepakets und der Oracle-Datenbank sowie die Einführung eines einheitlichen Zugriffsmechanismus auf SAP, mit dem Mehrfach-Benutzerdefinitionen verhindert werden.

Die Anzahl der jährlich auf der User-Support-Datenbank registrierten Problemfälle ist in etwa gleich geblieben (10 020 im Jahr 2004 gegenüber 10 594 im Jahr 2003). Rund drei Viertel der Probleme werden am gleichen Tag und fast zwei Drittel direkt vom User Support gelöst.

4.4.2 Sektor Arbeitsplatzsysteme

Der Sektor Arbeitsplatzsysteme hat im Jahr 2004 rund 400 PCs der alten Generation durch neue ersetzt. Dadurch steht den Benutzerinnen und Benutzern ein zuverlässiger, einheitlicher und leistungsfähiger Computerpark zur Verfügung, der zudem die Wartungsarbeiten des ITA erleichtert.

Mit der Auswechslung von 250 Druckern konnte die Vielfalt der Modelle und auch die Pannenhäufigkeit verringert werden. Im Rahmen der Standardisierungspolitik der ITA-Infrastrukturen hat dieser Sektor die Anzahl der Druckermodelle um mehr als 25 % verringert.

Mit 800 telefonischen Auskünften und Hilfeleistungen vor Ort beweist dieser Sektor auch seine Benutzernähe und sein ständiges Bemühen, den Bedürfnissen der Benutzer zu entsprechen.

Mit der automatischen Softwareverwaltung und -verteilung SMS (system management services) konnte unser Computerpark vor Virusattacken und anderen Störungen geschützt werden. Damit konnten auch Windows und Office zum besseren Komfort für die Benutzer optimiert werden.

4.4.3 Sektor Telekommunikation

Einige neue Glasfaserabschnitte konnten in Betrieb genommen werden, insbesondere in Bulle und der Stadt Freiburg. Um die Verlässlichkeit und Stabilität des Netzes zu erhöhen, wurden gewisse «neuralgische» Netzknoten redundant verbunden und neue, pannentolerante Betriebseinrichtungen installiert. Das Projekt «Frinet», das die Verkabelung der Hauptorte des Kantons Freiburg mit Glasfasern vorsieht, kommt demnächst zum Abschluss. Das Investitionsbudget für die Verkabelung konnte im Vorschlag 2005 um 50 % gesenkt werden. Es ist jedoch wichtig, dass Mittel zur Verfügung stehen, um das kantonale Informatiknetz zu unterhalten und den diversen Bedürfnissen der Dienststellen und Anstalten entsprechen zu können (z.B. Umzüge).

Das Projekt DARCS (neue Sicherheitsarchitektur), das in seiner 1. Phase den Sektor Informatiknetz betraf, erforderte die Aufrechterhaltung der alten Sicherheitsinfrastrukturen, bevor das ganze Netz sukzessive in dieses neue Umfeld überführt wird. Im Rahmen dieses Projekts, das

übrigens im Jahr 2005 abgeschlossen wird, mussten neue Technologien assimiliert werden.

Die Realisierung von Projekten zur Umsetzung der Telefonielösung der neuen Generation (VoIP-Technologie – Voice over Internet Protocol) war ebenfalls einer der Schwerpunkte für den Sektor Telekommunikation. Diese Technologie, mit der der interne Telefonverkehr auf das kantonale Informatiknetz transportiert werden kann, ermöglicht längerfristig erhebliche Einsparungen, weil auf die Mietleitungen von Telekommunikationsanbietern verzichtet werden kann. Per Ende 2004 sind nicht weniger als 600 Telefone dieser Art beim Staat Freiburg in Betrieb. Angesichts der neuen Anfragen und der bereits in die Wege geleiteten Projekte rechnet das ITA für Ende 2005 mit einer Verdoppelung dieser Zahl.

4.4.4 Sektor WebServices

Der Sektor WebServices koordiniert die gesamte Web-Tätigkeit in der Kantonsverwaltung, hauptsächlich im Rahmen des Intranet-Portals <http://spweb044/> und der Internetportale <http://www.fr.ch/> und <http://www.edufr.ch/>. Er verwaltet auch die wichtigsten Server.

Dieser Sektor, der von den Dienststellen des Staates stark beansprucht wurde, stand den Benutzern für Projekte, Websites und Web-Applikationen mit Rat und Tat zur Seite.

Eine grössere technische Migration im Web erfolgte über das ganze Berichtsjahr auf für die Benutzer transparente Weise, termingerecht und unter Wahrung der Dienstleistungsqualität. Ausserdem wurde eine Software zur Überwachung der Verfügbarkeit und der Leistungsfähigkeit der Web-Systeme in Betrieb genommen, um den Betrieb der Infrastrukturen zu erleichtern.

Das ITA stellt fest, dass die dem Internet ausgesetzten Web-Server regelmässig mit Angriffen konfrontiert waren, die jedoch erfolglos blieben. Die Sicherheit und Integrität der Web-Inhalte waren immer gewährleistet.

Es ist darauf hinzuweisen, dass die Direktübertragung der Grossratsdebatten jetzt auch über Internet möglich ist.

Schliesslich konnte mit der Einrichtung der im Rahmen des Projekts Fri-info verwendeten Infrastruktur (neue Lösung für die Websites auf der Ebene des Staates Freiburg, von der Kanzlei geleitetes Projekt) wie geplant Ende 2004 begonnen werden.

V. Amt für Personal und Organisation des Staates Freiburg

1. Personal

Der Personalbestand des Amtes für Personal und Organisation (POA) wurde im Jahr 2004 um drei neue Mitarbeitende aufgestockt. Hinzugekommen sind eine Spezialistin im Bereich Human Resources für die Leitung der neuen Projekte im Zusammenhang mit dem StPG, ein Mitarbeiter für die Verwaltung der Gehaltssoftware und eine in Teilzeitarbeit angestellte Verantwortliche für die Berufsbildung. Der Stellenbestand ist somit auf 23,8 VZÄ (Vollzeitäquivalente) aufgestockt worden.

2. Tätigkeiten

2.1 Allgemeines

Das Jahr 2004 war geprägt vom Inkrafttreten des zweiten Teils des Gesetzes vom 17. Oktober 2001 über das Staatspersonal (StPG), der das neue Gehaltssystem betrifft. Dank der umfassenden Vorarbeiten im Hinblick auf dieses Inkrafttreten und der diesbezüglichen Informationen, die das POA im Januar 2004 allen Mitarbeitenden zugestellt hat, kann der Wechsel vom bisherigen zum neuen Gehaltssystem als Erfolg gewertet werden, sowohl bei der technischen und administrativen Abwicklung des Wechsels als auch bei der Akzeptanz und des Verständnisses des neuen Gehaltssystem beim Personal. Zu diesem Erfolg beigetragen hat auch die gute Zusammenarbeit mit den Anstellungsbehörden und mit den dezentralen Personaldiensten. Der Dachverband des Personals öffentlicher Dienste des Kantons Freiburg hat sich übrigens lobend über die gute Information geäußert.

Am 15. Juni 2004 hat der Grosse Rat dem Gesetz über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Staatsräte, der Oberamtmänner und der Kantonsrichter zugestimmt, an dessen Ausarbeitung des POA mitgewirkt hat.

a) Administrative Tätigkeiten

Einen Grossteil der Verwaltungsarbeiten des POA machten das neue StPG, sein Ausführungsreglement StPR und hauptsächlich das neue Gehaltssystem aus.

Die Personalrekrutierung hat sich weiter intensiviert, und es wurden in verschiedenen Zeitungen und auf dem Internet über 400 Stelleninserate veröffentlicht, was zu zahlreichen Bewerbungseingängen führte. Der Rekord liegt bei 251 Bewerbungen für eine Verwaltungsstelle.

Im vom POA verwalteten Personalbereich haben 261 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gekündigt oder sind pensioniert worden und zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben eine Änderung ihres Beschäftigungsgrads beantragt.

Im Jahr 2004 hat das POA 566 Verträge und Vertragsänderungen ausgestellt (570 im Jahr 2003). Darin nicht inbegriffen sind die Verträge der Anstalten des Staates und die Verträge der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport, die nicht vom POA ausgestellt werden. Die 566 Verträge und Vertragsänderungen verteilen sich wie folgt auf die Direktionen:

Direktionen	Anstellungs- verträge	Vertrags- änderungen
Staatskanzlei	5	4
Erziehung, Kultur und Sport	12	6
Sicherheit und Justiz	104	67
Institutionen, Land- und Forstwirtschaft	33	22
Volkswirtschaft	55	34
Gesundheit und Soziales	53	39
Finanzen	48	45
Raumplanung, Umwelt und Bauwesen	21	18
Total	331	235

b) Gesetzgebungsarbeiten

Nach dem Inkrafttreten des zweiten Teils des StPG über das Gehaltssystem musste sich das POA mit zahlreichen rechtlichen Fragen namentlich in Zusammenhang mit den Übergangsregelungen befassen. Die am 1. Januar 2004 in Kraft getretene Verordnung über die Lohngarantie des Staatspersonals bei Krankheit und Unfall erforderte die rechtliche Prüfung mehrerer Fälle, insbesondere wenn der Beginn der krankheitsbedingten Abwesenheit auf einen Zeitpunkt vor dem Inkrafttreten der Verordnung fiel.

Das POA hat eine Verordnung und ein Konzept zur Förderung der Integration von jungen Menschen in die Arbeitswelt erarbeitet, die beiden Vorlagen werden dem Staatsrat im Januar 2005 unterbreitet. In diesem Zusammenhang hat das POA auch neue Weisungen über die Praktika beim Staat Freiburg ausgearbeitet. Ferner hat das POA in Zusammenarbeit mit dem Amt für den Arbeitsmarkt eine Informationsbroschüre zum Thema Förderung der Anstellung von Praktikantinnen und Praktikanten sowie jungen Stellensuchenden bei der Kantonsverwaltung erarbeitet.

Neben diesen Arbeiten hat das POA auch seine allgemeine Beratungs- und Unterstützungsfunktion für die Direktionen und Anstalten des Staates mit eigener Rechtspersönlichkeit wahrgenommen und Stellungnahmen abgegeben. Der Bereich der Beratungs- und Unterstützungsfunktion hat sich tendenziell auf die Gemeinden und die subventionierten Institutionen ausgeweitet, da diese Einheiten für ihre Belange vermehrt auf die Personalgesetzgebung des Staates verweisen.

Das POA hat ferner die Ausarbeitung des neuen Gesetzes über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Staatsräte, Oberamtmänner und Kantonsrichter weitergeführt, das am 15. Juni 2004 vom Grossen Rat gutgeheissen wurde.

Das POA hat im Januar 2004 dem gesamten Staatspersonal eine Informationsbroschüre zum neuen Gehaltssystem sowie einen Faltprospekt und einen Leitfaden zu den Leistungen des Staates und der Sozialversicherungen bei Arbeitsabwesenheit wegen Unfall, Krankheit, Schwangerschaft, Mutterschaft und Adoption zugestellt.

c) Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

Im Jahr 2004 wurde grosses Gewicht auf die Schulung der in das System Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (System SGA) eingebundenen Personen gelegt. Je ein Mitarbeiter der Universität Freiburg und der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg haben den Kurs «Sicherheitsbeauftragter» der EKAS absolviert und erfolgreich die Prüfung bestanden. Für das Personal des Landwirtschaftlichen Instituts des Kantons und der Kantons- und Universitätsbibliothek wurden Kurse zur Ergonomie am Bildschirmarbeitsplatz organisiert. Ein spezieller Kurs über den Umgang mit gefährlichen Stoffen wurde für das betroffene Personal der verschiedenen Anstalten und Dienststellen des Staates durchgeführt. Alle Jugendlichen, die während den Sommerferien Reinigungsarbeiten beim Staat ausführen, wurden ausserdem über die Sicherheitsvorschriften informiert. Über 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben im Rahmen des Ausbildungsangebots «Prävention von Risiken und Umgang mit Gewalt am Arbeitsplatz» den Kurs «Prävention von Risiken» besucht, der von der Arbeitsgruppe «Sicherheitsmassnahmen» vorgesehen wurde, die den Auftrag hat, die Sicherheitsmassnahmen für die Behörden und das Personal der Staatsverwaltung zu untersuchen.

Um den Anforderungen der ASA-Richtlinie zu entsprechen, haben die Verantwortlichen der SGA-Systeme der Kantone Neuenburg, Waadt und Freiburg eine Arbeitsgruppe gebildet, die den Auftrag hat, ein Handbuch zum SGA-System zu erarbeiten, das die Umsetzung der SGA-Systeme in den verschiedenen Anstalten, Direktionen und Dienststellen erleichtern soll. In diesem Zusammenhang wurden mehrere spezifische Weisungen verfasst. Das SGA-System wurde beim Hochbauamt in der Abteilung Hauswartsdienst eingesetzt. Mehreren Anstalten, Dienststellen und Abteilungen wurden ausserdem konkrete Ratschläge zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen erteilt.

d) Bewertung der Funktionen

Im Jahr 2004 wurde das zweite Mandat zur Funktionsbewertung abgeschlossen, das der Staatsrat der Kommission für die Bewertung und Einreihung der Funktionen (KBF) am 3. Juli 2001 erteilt hatte. Der Staatsrat hat im Anschluss an den Bericht der KBF und der Stellungnahme des POA die Einreihung von über 45 Funktionen in den Bereichen Verwaltung, Justiz, Handwerk und Betrieb, technisch-wissenschaftlicher Bereich, Spital- und Sozialwesen bestätigt oder geändert. Die Einreihungsänderungen erfolgten rückwirkend auf den 1. März 2004. Im Juli 2004 hat der Staatsrat auf der Grundlage zweier neuer Berichte der KBF und der Stellungnahmen des POA über die Einreihungen im Unterrichtswesen, genauer gesagt über die Einreihung der Funktionen auf der Sekundarstufe I (Orientierungsstufe) entschieden. Für diese Funktionen waren die Einreihungsänderungen ab 1. September 2004 gültig. Somit wurde entsprechend den Bewertungsergebnissen der KBF und den Vorschlägen des POA mit den Verordnungen vom 3. Mai 2004 und vom 6. Juli 2004 der Beschluss vom 19. November 1990 über die Einreihung der Funktionen des Staatspersonals geändert.

Im Jahr 2004 hat sich die KBF, die vom POA präsiert wird, das auch das Sekretariat führt, zu 16 Kommissions-sitzungen getroffen, um die Bewertungsarbeiten des zweiten Mandats abzuschliessen. Ende 2004 wurden die zahlreichen hängigen Gesuche (rund 60) dem Staatsrat für ein drittes Mandat unterbreitet, das im Frühjahr 2005 zu laufen beginnen soll.

2.2. Informatik und Planung

Die Abteilung Informatikdienste des POA ist für die Entwicklung, den Betrieb und den Unterhalt der Informatiksysteme für die Personalbewirtschaftung aller Anstaltsbehörden zuständig. Ihre Tätigkeit umfasst dabei folgende Bereiche: Planung aller Prozesse im Zusammenhang mit der «elektronischen» Verwaltung des Personals, Abwicklung der Gehaltszahlungen und der dazugehörigen Informationen. Sie ist verantwortlich für die Stellenbewirtschaftung und erstellt ferner den Voranschlag, die Rechnung und die Kontrolle des Personalbestandes.

Die Informatikdienste nahmen im Jahr 2004 insbesondere auch noch folgende Aufgaben wahr:

- Inkrafttreten des neuen Gehaltssystems nach StPG am 1. Januar 2004: Bereinigung des Verfahrens zur Gehaltsauszahlung, Durchführung von Änderungen für die Berechnung der Treueprämie, Änderung der Modalitäten für die Auszahlung des 13. Monatsgehalts, Unterstützung der Personalsachbearbeiter.
- Entwurf zuhanden des Staatsrates für die Migration von der Sigagip-Software, Modul «Gehälter-Voranschlag» zur neuen Version HR-Access. Initialisierung des Projekts.
- Umstrukturierung der Bildschirmarbeitsplätze: Es wurden über 1300 Bildschirmarbeitsplätze geschaffen, aufgehoben, umgestellt oder geändert, das entspricht rund 20 % der gesamten Arbeitsplätze.

Ausserdem mussten verschiedene umfassende Studien im Hinblick auf die Ersetzung des Systems «SIGAGIP» durch die neue Version «HR-ACCESS» durchgeführt werden.

2.3 Personalverwaltung und Sozialversicherungen

a) Obligatorische Unfallversicherung (UVG)

Nach Abschluss des Ausschreibungsverfahrens wurde mit der National Versicherung ein Vertrag mit einer vierjährigen Laufzeit ab 2005 abgeschlossen. Das gesamte Personal des Staates und seiner Anstalten ist gemäss UVG versichert (einschliesslich des teilzeitlich oder vorübergehend angestellten Personals). Der versicherte Lohn beträgt 80 % von maximal 106 800 Franken, bei einer UVG-Lohnsumme von über 800 Mio. Franken. Die Prämien für Nichtberufsunfallrisiken gehen ganz zu Lasten des Personals.

Die Prämienzahlungen gehen zu einem Fünftel an die SUVA und zu vier Fünftel an einen Pool von Privatversicherern, der durch die National Versicherung vertreten ist. Für die Nichtberufsunfallversicherung betrug der Prämien-satz des Pools 8,66 ‰ für Männer und Frauen, derjenige der SUVA 14 ‰. Für die Berufsunfallversicherung betrug

der Prämiensatz des Pools 1,59 ‰ und derjenige der SUVA 6,928 ‰ und 28,514 ‰, wobei letzterer für die Bereiche mit erhöhtem Risiko gilt (Forsten, Jagd und Fischerei).

Die Dienste des UVG-Büros als Verbindungs-, Koordinations- und Informationsorgan für die bei der SUVA und der National Versicherten werden das ganze Jahr hindurch in Anspruch genommen. Mehr als 2000 Unfälle von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurden aufgenommen, kontrolliert und ergänzt, wobei 17 % davon auf die SUVA und 83 % auf die National Versicherung entfallen. Die Unfallmeldungen betrafen zu 1/6 Berufsunfälle und zu 5/6 Nichtberufsunfälle. Ungefähr 50 % der Unfallmeldungen sind auf Stürze oder Sportverletzungen zurückzuführen, und etwa 30 % der Unfälle führten zu Arbeitsunfähigkeit.

	2002	2003	2004
Anzahl Versicherungsfälle UVG	1 954	2 053	2 011
– Berufsunfälle	310	336	352
– Rückvergütete Taggeldentschädigungen (Mio. Fr.)	2,09	2,32	2,06
Anzahl Taggelder (30 Tage pro Monat)	14 495	16 713	13 614
Rückvergütungen Dritter:			
• Invalidenversicherung	Fr.	68 836.35	
• Militärversicherung	Fr.	13 892.60	
• Haftpflichtversicherung haftbarer Dritter:	Fr.	—	

b) Andere Sozialversicherungen

Das POA ist auch mit der Betreuung invalider Angestellter beauftragt. Im Jahr 2004 wurden sechs ehemalige Mitarbeiter/innen auf der Grundlage der dafür vorgesehenen Budgetrubriken angestellt. Zudem musste das Amt für Personal und Organisation 62 IV-Rentengesuche behandeln. Gegenwärtig sind 36 Personen gemäss dem Staatsratsbeschluss über die Anstellung invalider Personen angestellt.

Im Rahmen des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) musste das UVG-Büro im Jahr 2004 fast 230 Unfallversicherungsbestätigungen ausstellen.

88 Personen konnten im Jahr 2004 von der «Förderung der freiwilligen Pensionierung» in Form einer AHV-Überbrückungsrente profitieren.

c) Sozialfonds

Das POA verwaltet die Dossiers und führt das Sekretariat des Sozialfonds für das Staatspersonal. Im Jahr 2004 wurden 14 Darlehen gewährt, es wurde kein Gesuch abgelehnt und zwei Personen haben ihren Antrag zurückgezogen. Es laufen insgesamt 23 Darlehen in einem Betrag von 114 525 Franken (Stand am 22.12.2004).

Die Gründe der Gesuchstellenden stehen meistens in Zusammenhang mit einer finanziellen Notlage auf Grund unvorhersehbarer Ausgaben, des Auseinanderbrechens der Familie oder von Verschuldung. Die Rückerstattung erfolgt über einen Lohnrückbehalt auf dem Monatsgehalt der betreffenden Person. Anträge für Darlehen für Konsumkredite (Kleinkredite) werden immer abgelehnt. Die Darlehen werden den Gläubigern direkt von der Finanzverwaltung ausbezahlt.

2.4 Organisation

Das POA hat neue Unterlagen und ein neues, effizienteres Verfahren für die Beantragung neuer Stellen eingeführt, wobei gegebenenfalls eine Bedarfsabklärung für die beantragte neue Stelle gemacht werden kann. Es wurde auch ein Bericht darüber verfasst, wie sich die Ausweitung des ArG (Arbeitsgesetzes) auf die Assistenzärztinnen und -ärzte auf die Anzahl VZÄ (Vollzeitäquivalente) der beiden kantonalen Spitäler auswirkt.

Das POA hat in Zusammenarbeit mit der Konferenz der Generalsekretäre eine ausführliche Studie über das Führen mit Zielen vorgelegt, wie es im SVOG (Gesetz über die Organisation des Staatsrates und der Verwaltung) und im StPG (Gesetz über das Staatspersonal) vorgesehen ist. Das Projekt heisst denn auch «Führen mit Zielen», auf Französisch «Conduite Par Objectifs», kurz CPO. Der Staatsrat hat es validiert und lanciert, und der nächste Schritt besteht in der Realisierung einer für den Staat Freiburg spezifischen Methode bis Ende 2005.

Für die umfassende Leistungsanalyse beim Staat wurde in Zusammenarbeit mit dem FLA-Steuerungsausschuss (Führen mit Leistungsauftrag) eine Projektdefinition aufgestellt. Diese wurde gutgeheissen, und die Abteilung Organisation wird in den kommenden vier Jahren hauptsächlich mit diesem Projekt beschäftigt sein.

Es wurde ein Vorschlag für eine Personalzeitung ausgearbeitet, dem der Staatsrat aber hauptsächlich aus finanziellen Gründen ablehnend gegenüberstand.

Wie im StPG vorgesehen, hat das POA die Schaffung der Fachstellen für die Personalbewirtschaftung in die Wege geleitet, die in der Fachstellenkonferenz vertreten sein werden, die Mitte 2005 geschaffen werden wird.

2.5 Ausbildung und Entwicklung

Das Aus- und Weiterbildungsprogramm des Staates soll es dem Verwaltungspersonal, den Kadermitgliedern sowie den Lernenden erlauben, ihre beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten auf einem aktuellen Stand zu halten und sie weiterzuentwickeln.

Mit der Ausarbeitung des Ausbildungsprogramms für das Jahr 2004 konnten die Anstrengungen im Hinblick auf die Einführung einer wirklichen «Ausbildungskultur» beim Staat Freiburg weitergeführt und den Bedürfnissen sowohl des Arbeitgebers wie denjenigen des Personals entsprechen werden.

Die Einführung eines Ausbildungsprozesses hat den Weiterbildungsbedarf aufgezeigt und den Wissenstransfer von der Ausbildung zum Arbeitsplatz begünstigt.

a) Berufliche Ausbildung der Berufsbildner/innen und der Lernenden

Die Reform der kaufmännischen Grundbildung erforderte erhebliche Anstrengungen in der Ausbildung der Berufsbildnerinnen und Berufsbildner beim Staat Freiburg. Rund 60 Ausbildungsverantwortliche haben einen Kurs über die Neuerungen der Reform der kaufmännischen Grundbil-

dung besucht. Ausserdem wurden im Jahr 2004 zehn neue Ausbildungsmodulare für die Lernenden der Branche «Öffentliche Verwaltung» eingerichtet.

Die Ausbildung während der Lehre ermöglicht es den Auszubildenden, sich rasch ins Berufsleben einzufügen und sich mit der Kantonsverwaltung vertraut zu machen. Über 360 Auszubildende haben an den verschiedenen Kursen zu den folgenden Themen teilgenommen: Einführung in die Staatsverwaltung, erfolgreiche Lehrzeit, effiziente Kommunikation, Besuch des Grossen Rates, sich in zwei Sprachen ausdrücken können, Vorbereitung des Schlussexamens und Bewerbungstechnik.

b) Personalweiterbildung

Das Weiterbildungsangebot für das Personal umfasst zehn Hauptthemen. Die folgende Aufstellung nach Kernbereichen und die Anzahl Teilnehmer/innen geben einen Überblick über den Besuch der angebotenen Kurse:

Allgemeine Kenntnisse	74 Personen
Arbeitsmethoden	189 Personen
Gesundheit am Arbeitsplatz	62 Personen
Kommunikation und soziale Kompetenzen	134 Personen
Managementschulung	45 Personen
Projektbegleitung	12 Personen
massgeschneiderte Ausbildung/Coaching	63 Personen
Prävention von und Umgang mit Gewalt am Arbeitsplatz	188 Personen
Sprachkurse	195 Personen
Informatikausbildung	451 Personen

c) Kaderfortbildung

Für die Kadermitarbeiter ging im Jahr 2004 der Ausbildungszyklus FOCAFRI – formation des cadres de l'Etat de Fribourg – zu Ende, an dem 16 Personen teilgenommen hatten. Es wurde ein Pilotzyklus zur Vermittlung von Management-Grundkenntnissen organisiert, an dem 15 Personen teilnahmen.

Ausserdem konnten dank einer interkantonalen Vereinbarung Kaderseminare im Rahmen des Programms der öffentlichen Verwaltungen der Westschweizer Kantone und des Kantons Tessin besucht werden.

Die Kaderfortbildung ist eines der vorrangigen Ziele des Ausbildungsprogramms. Die Kurse sollen es ermöglichen, persönliche, zwischenmenschliche und organisatorische Kompetenzen zur Effizienzsteigerung der Kadermitarbeitenden in ihren Verwaltungs- und Führungsaufgaben zu entwickeln. 238 Kadermitglieder haben Weiterbildungskurse besucht.

Im Jahr 2004 haben insgesamt 2100 Personen am Fortbildungsprogramm des Staates Freiburg teilgenommen.

d) Rekrutierung von Lernenden

Im Jahr 2004 bewarben sich über 260 Jugendliche für eine Lehrstelle in der Verwaltung und absolvierten eine Aufnahmeprüfung. Ihre Dossiers wurden nach der Auswertung an die Dienststellen und Anstalten weitergeleitet, die dann die

definitive Auswahl trafen. Im kaufmännischen Bereich wurden für die Profile Basisbildung (B-Profil) und erweiterte Grundbildung (E-Profil) 45 Jugendliche angestellt. Die Schaffung neuer Lehrstellen wurde durch die Vorbereitung eines Konzepts für den Bereich der Ausbildung von jungen Leuten gefördert. Insgesamt absolvieren über 260 Lernende ihre Berufsbildung beim Staat Freiburg.

2.6 Gehälter / Gehaltsauszahlung

Die Tätigkeit der Abteilung Gehälter war im Jahr 2004 hauptsächlich geprägt vom Inkrafttreten des neuen Gehaltssystems: Überführung der Gehälter in die neue Gehaltsskala, die nicht mehr 10 sondern 20 Gehaltsstufen umfasst; Anwendung der Lohngarantie für die Personen, deren Gehaltsanspruch erloschen ist; Nachführung der Personaldossiers der Personen, die in den Genuss der Übergangsbestimmungen kamen, namentlich bezüglich Treueprämie. Zu den Aufgaben gehören auch die Verwaltung der gesamten am 1. Januar 2003 in Kraft getretenen Neuerungen bezüglich des Dienstverhältnisses, insbesondere der Anspruch auf die Arbeitgeberzulagen für Kinder, die offizielle Anerkennung, die Bestimmung der Dienstjahre im Hinblick auf das Dienstaltersgeschenk nach 25 und 35 geleisteten Dienstjahren. Das POA verwaltet die Gehälter für über 8300 Personen, was rund 9500 Personaldossiers entspricht. Darin ist auch die Anzahl der Funktionen berücksichtigt, in denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig sind, insbesondere diejenigen, die mehrere Funktionen ausüben.

Die neuen Entscheide aufgrund der Funktionsbewertung EVALFRI erforderten zahlreiche Änderungen und Kontrollen. So wurde ein Teil der diesbezüglichen Beschlüsse rückwirkend auf den 1. März 2004 wirksam (Verwaltungspersonal) und der das Lehrpersonal betreffende Teil auf den 1. September 2004 (Beginn des neuen Schuljahres). Weitere grosse Reorganisationsarbeiten betrafen die neuen Stundenpläne 2004-2005 im Unterrichtswesen.

Dazu kommen die üblichen Aufgaben in Zusammenhang mit der Verwaltung der Gehälter: Bestätigungen für den Erwerbssersatz, Auszahlung der Entschädigungen und Rückerstattung von Auslagen, Auszahlung der Sitzungsgelder für die Kommissionsmitglieder sowie diverse Bestätigungen (für Krippen, Versicherungen, Steuerbehörden usw.). Was die kantonalen Familienzulagen betrifft, wurde die Prioritätenordnung für die Gewährung im entsprechenden kantonalen Gesetz (FZG) geändert. Es wird jetzt den gesetzlichen Vorschriften anderer Kantone Rechnung getragen, die Bestimmungen der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union sind sinngemäss anwendbar. Diese Neuerung hat zu zahlreichen Gesuchen um Revision der Aufteilung des Anspruchs geführt (in einem anderen Kanton erwerbstätiger Ehepartner, besondere familiäre Verhältnisse, Trennung, Scheidung, Wiederverheiratung usw.). Es herrscht hier eine so grosse Vielfalt, dass dieser Bereich sowohl verwaltungsmässig als auch bezüglich der entsprechenden Kenntnisse einen beträchtlichen Umfang angenommen hat.

VI. Kantonale Steuerverwaltung

1. Im Jahr 2004 geleistete Arbeiten

1.1 Veranlagung der natürlichen Personen

Das Gesetz vom 6. Juni 2000 über die direkten Kantonssteuern (DStG) ist am 1. Januar 2001 in Kraft getreten. Seitdem kommt für die vom Kanton, den Gemeinden und dem Bund erhobenen Einkommens- und Vermögenssteuern nicht mehr die zweijährige Vergangenheitsbesteuerung, sondern die einjährige Gegenwartsbesteuerung zum Tragen.

Dank dem Umstand, dass das Personal das neue Veranlagungssystem gut im Griff hat, haben bis Ende Dezember 2004 über 95 % der Steuerpflichtigen ihre Steueranmeldung und die Schlussabrechnung 2003 erhalten. Die noch nicht veranlagten Steuerdossiers betreffen hauptsächlich Selbstständigerwerbende, die ihre Steuererklärung häufig etwas später einreichen. Die Kantonale Steuerverwaltung (KSTV) behandelte parallel zu den Veranlagungen auch die eingegangenen Einsprachen und Beschwerden.

Um den Steuerpflichtigen das Ausfüllen der Steuererklärung zu erleichtern, organisierte die KSTV 9 Informationsveranstaltungen. Diese Veranstaltungen fanden abends und nachmittags statt. Wie schon im Vorjahr ist die Zahl der Teilnehmer stark zurückgegangen (305 Teilnehmer gegenüber 650 im vergangenen Jahr). Es scheint also, dass solche Informationsveranstaltungen eher dann sinnvoll sind, wenn es auf Gesetzesebene grosse Änderungen gibt. Im Jahr 2005 werden diese Veranstaltungen durch Treffpunkte mit den Steuerpflichtigen ersetzt.

Es wurde auch eine Software entwickelt, die den Steuerpflichtigen seit der Veranlagungsperiode 2003 zur Verfügung steht, so dass sie ihre Steuererklärung zu Hause am PC ausfüllen können. Diese Software heisst FRItax und muss von der Website der Steuerverwaltung heruntergeladen werden. Sie bietet zwei verschiedene Möglichkeiten für die Erfassung der Steuerdaten: Es steht eine mit einem Assistenten geführte Eingabe zur Verfügung oder die Daten können direkt auf den Formularen am Bildschirm eingegeben werden. Die ausgedruckten Formulare und das dazugehörige Barcode-Blatt müssen anschliessend per Post der KSTV zugestellt werden. Die in den Barcodes enthaltenen Daten erlauben ein rascheres Erfassen der Steuererklärungen. Mehr als 12 000 Steuererklärungen konnten mit optischen Lesern erfasst werden, was 8,7 % der eingegangenen Steuererklärungen entspricht.

1.2 Veranlagung der juristischen Personen

Für die juristischen Personen gilt die einjährige Gegenwartsbesteuerung. Der erste Teil des Jahres wurde darauf verwendet, die Veranlagungen des Steuerjahres 2002 abzuschliessen. Die Hauptarbeit bestand im Jahr 2004 in der Prüfung der Steuererklärungen des Steuerjahres 2003. Mit der einjährigen Gegenwartsbesteuerung werden die Experten parallel zu den Veranlagungsarbeiten durchgeführt.

1.3 Vorarbeiten und Sonstiges

Ausser der Veranlagung und dem Bezug der verschiedenen Steuern, mit denen sich das Personal grösstenteils beschäftigt, erfüllt die KSTV auch andere Aufgaben, insbesondere im Rechtswesen, im Bereich der Statistik und bei der Aufstellung von Rechnung und Voranschlag. Den verschiedenen Instanzen im Kanton und beim Bund wurden zahlreiche Stellungnahmen, Bemerkungen, Berechnungen von finanziellen Auswirkungen und Antworten auf Vernehmlassungen abgegeben. Die KSTV hat auch Antworten auf parlamentarische Vorstösse bezüglich des Steuerwesens vorbereitet. Bei der KSTV fiel auch im Vorfeld der Steuererklärung 2004 viel Arbeit an, vor allem mit der inhaltlichen Überarbeitung der zahlreichen Steuerformulare und der Wegleitung für das Ausfüllen der Steuererklärung, aber auch mit der Aufstellung der neuen Steuertarife für die Quellensteuer.

1.4 Personalschulung

Die neuen Mitarbeitenden kamen in den Genuss einer zentralen internen Schulung. Die Vertiefung gewisser Themen und Fallstudien gaben Gelegenheit, sich die notwendigen Grundkenntnisse anzueignen und sich mit dem Steuersystem vertraut zu machen. Von der Schweizerischen Steuerkonferenz wurde ein Aus- und Weiterbildungskonzept für alle Steuerverwaltungen bereitgestellt. Der erste Ausbildungskurs I (Basiskurs), der rund 10 Tage dauert, hat im November 2004 begonnen. Drei unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen daran teil.

1.5 Zusammenarbeit

1.5.1 Innerkantonal

Dadurch, dass die KSTV im Besitz von umfangreichem Zahlenmaterial ist, das für gewisse Untersuchungen sehr wertvoll ist, wird sie unter Wahrung des Datenschutzes von anderen Dienststellen des Staates, wie beispielsweise der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt, dem Amt für Gemeinden oder dem Amt für Statistik um Statistiken angefragt. Im Bereich Verwaltung hat sie im Jahr 2004 für sich und auch für andere Dienststellen des Staates (Amt für Personal und Organisation, Öffentliche Arbeitslosenkasse, kantonale Ausgleichskasse, Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt) mit mehr als 1 500 000 Postsendungen rund 2 900 000 Unterlagen versandt. Die für die anderen Dienststellen ausgeführten Arbeiten machen 35 % des Arbeitsumfangs aus. Ferner beantwortete sie zahlreiche von Gemeinde- und Kirchenbehörden eingegangene Fragen im Zusammenhang mit der Aufstellung ihrer Budgets.

1.5.2 Steuerwesen

Mit der Steuerharmonisierung hat die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen stark zugenommen. Man spricht von vertikaler Harmonisierung beim Vergleich des Gesetzes über die direkten Bundessteuern mit den kantonalen Gesetzgebungen und von horizontaler Harmonisierung beim Vergleich der kantonalen Gesetzgebungen untereinander.

Die Eidgenössische Steuerverwaltung und die kantonalen Steuerverwaltungen sind in der Schweizerischen Steuerkonferenz vereinigt. Die Mitglieder des Stabs der KSTV sowie gewisse Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in diesem Gremium stark engagiert. So ist der Kanton Freiburg im Vorstand vertreten und in den Kommissionen «Selbstständigerwerbende und juristische Personen», «Einkommens- und Vermögenssteuern», «Verfahren, Bezug und Strafen» sowie in verschiedenen Arbeitsgruppen, namentlich in derjenigen zur beruflichen Vorsorge und der WVK (Software zur Übermittlung der Wertschriftenverzeichnisse). Für alle Beteiligten bedeutet dies einen beträchtlichen zusätzlichen Arbeitsaufwand.

2. Gesetz über die direkten Kantonssteuern (DStG) – Änderung vom 18. November 2004

Am 1. Januar 2004 ist das Bundesgesetz vom 13. Dezember 2002 über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen in Kraft gesetzt worden. Es sieht steuerliche Erleichterungen für Behinderte vor, die eine Änderung des DStG mit Wirkung auf den 1. Januar 2005 erforderlich machten, da diese steuerrechtlichen Bestimmungen an diesem Datum in Kraft getreten sind. Gemäss dem neuen Buchstaben h^{bis} von Artikel 34 Abs. 1 DStG sind die behinderungsbedingten Kosten ohne Selbstbeteiligung voll abzugsfähig.

Das Bundesgesetz vom 3. Oktober 2003 über die Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung (FusG) ist am 1. Juli 2004 in Kraft getreten. Das Inkrafttreten des FusG machte Anpassungen des DStG nötig.

Das FusG will mit der Schaffung neuer privatrechtlicher Optionen eine grössere Beweglichkeit in der rechtlichen Organisation von Unternehmen (Personenunternehmen und/oder Kapitalgesellschaften), Vereinen und Stiftungen ermöglichen. Es soll Lücken des geltenden Rechts schliessen und durch klare gesetzliche Grundlagen für die Anpassung der rechtlichen Unternehmensstrukturen die erforderliche Rechtssicherheit und Transparenz gewährleisten. Die neuen Vorschriften erweitern in beachtlicher Weise die Handlungsmöglichkeiten und erleichtern die Anpassung der Rechtsformen der Unternehmen an veränderte Bedürfnisse, ohne die Interessen der Gläubigerinnen und Gläubiger, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Personen mit Minderheitsbeteiligungen zu vernachlässigen. Das Gesetz sieht weiter auch dringend benötigte gesetzliche Grundlagen für die Überführung öffentlich-rechtlicher Institute in privatrechtliche Rechtsformen vor. Die neue Regelung ermöglicht ferner eine gewisse Harmonisierung der schweizerischen Rechtsordnung mit dem Recht unserer Nachbarstaaten und der Europäischen Union.

Das Gesetz vom 18. November 2004 ist am 1. Januar 2005 in Kraft getreten.

3. Informatik bei der KSTV

3.1 Ersetzung der Software zur Veranlagung der natürlichen Personen und zum Steuerbezug

Anfang 2002 war ein Projekt «Informatik-Leitschema der KSTV» lanciert worden. Das Ziel des Projekts war es, eine Planung der Entwicklungen und der Anschaffungen von Steuerapplikation über einen Zeitraum von drei bis vier Jahren aufzustellen und die dafür nötigen personellen und finanziellen Mittel abzuschätzen.

In Weiterführung der Arbeiten des Jahres 2003 wurden Anfang 2004 die ausgewählten Unternehmen eingeladen, bis zum 1. März 2004 eine Offerte einzureichen. Dieses Verfahren richtete sich nach dem Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen.

Die Offerten wurden anhand organisatorischer und finanzieller Kriterien sowie hinsichtlich der funktionalen und technischen Eignung beurteilt. In seiner Sitzung vom 18. Mai 2004 hat der Staatsrat den Auftrag für 4,3 Millionen Franken an die Cross Systems SA in Carouge vergeben.

Nach Unterzeichnung der Verträge wurde sofort mit der Auftragsausführung begonnen. Ab Anfang September 2004 mussten auch die Benutzerinnen und Benutzer im Rahmen von Interviews, der Analyse der Spezifikationen sowie der Vorbereitung von Testfällen ihren Beitrag leisten. Sie haben auch bei der ergonomischen und grafischen Gestaltung (Bildschirmbilder) sowie bei der Analyse der gemeinsamen Anwendungen für die Veranlagung und den Steuerbezug mitgewirkt.

Einige Mitarbeitende der KSTV haben auch an technischen Studien teilgenommen, die am ITA durchgeführt wurden (Kommunikationsplattform, zentrales Telefonverzeichnis, Architektur). Informationen dazu finden Sie im Rechenschaftsbericht des ITA.

3.2 Sonstige Entwicklungen und Wartungsarbeiten

- Projekt «Steuerrückerstattungen per Überweisung»

Bis Herbst 2004 wurden zu viel bezahlte Steuern bis 10 000 Franken den Steuerpflichtigen mit ESR zurückerstattet und grössere Beträge auf ein Bank- oder Postkonto einbezahlt. Nachdem angekündigt worden ist, dass die Kosten für die Ausgabe von ESR erheblich steigen werden, hat die KSTV ein Informatikprojekt in die Wege geleitet, mit dem man von der systematischen Verwendung der ESR wegkommen will und nur noch direkt auf Bank- oder Postkonten der Steuerpflichtigen eingezahlt werden soll. Diese neue Art der Steuerrückerstattung ist seit Oktober 2004 in Anwendung.

- Auch die übrigen Informatikanwendungen der KSTV mussten gewartet werden.
- Die Abteilung EDV und Logistik der KSTV stellt folgende Arbeiten sicher: Planung, Starten und Kontrolle aller Vorgänge in Zusammenhang mit den Veranlagungsarbeiten, Wartung der Daten, Ausgabe der Akon-

tozahlungen und der Abrechnungen, Debitorenverwaltung sowie Druck und Kuvertieren der Dokumente. Sie ist ebenfalls zuständig für die Verwaltung der gesamten Arbeitsplätze, die Zugriffsberechtigungen und den Maschinenpark.

4. Bezug der Gemeinde- und Kirchensteuern durch die KSTV

Während des Berichtsjahrs 2004 nahmen 61 (70) Gemeinden diese Dienstleistung des Staates für den Bezug ihrer ordentlichen Steuern in Anspruch. Vier weitere Gemeinden (Lurtigen, Billens-Hennens, Rue und Praratoud) haben die KSTV neu mit dem Bezug ihrer ordentlichen Steuern beauftragt. Weitere Änderungen sind aufgrund der vielen Gemeindezusammenschlüsse im Jahr 2004 erfolgt. Die neuen Gemeinden Torny, Saint-Martin, Le Flon und La Verrerie haben die KSTV mit dem Bezug ihrer Steuern beauftragt. Auf der anderen Seite aber fällt der Steuerbezug durch die KSTV für die nicht mehr bestehenden Gemeinden La Corbaz, Chavannes-les-Forts, La Neirigue, Prez-vers-Siviriez, Villaraboud, Frasses, Mannens-Grand-sivaz und Montet weg.

Mit der Informatikanwendung, die 1995 eingerichtet wurde, kann diese Dienstleistung auch den Pfarreien des Kantons angeboten werden, sofern die Steuern bei allen Pfarreimitgliedern einer bestimmten Gemeinde erhoben werden. Seit dem 1. Januar 2003 nimmt die KSTV die Steuern der natürlichen Personen für zahlreiche Pfarreien in 140 Gemeinden des Kantons ein. Diese Steuern werden auf der Grundlage einer Vereinbarung bezogen.

Die von den juristischen Personen geschuldete Kirchensteuer wird gemäss dem neuen Artikel 17a des Gesetzes vom 26. September 1990 über die Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat seit dem Steuerjahr 2001 von der Kantonalen Steuerverwaltung bezogen.

5. Steuerstatistiken

Mit dem alten System der zweijährigen Vergangenheitsbesteuerung wurden die Steuerstatistiken zum Kantonssteuerertrag alle zwei Jahre herausgegeben. Mit dem Steuergesetz vom 6. Juni 2000 wurde auch für die natürlichen Personen die einjährige Gegenwartsbesteuerung eingeführt, wie sie schon seit 1995 für die juristischen Personen zur Anwendung kommt.

Die Steuerstatistiken 2002 wurden im November 2004 veröffentlicht. Auf 40 Seiten geben sie mit Kommentaren, Tabellen und Grafiken Auskunft über den Ertrag der Kantonssteuern auf dem Einkommen und dem Vermögen der natürlichen Personen und über den Ertrag der kantonalen Gewinn- und Kapitalsteuer der juristischen Personen für das Jahr 2002. Diese Statistiken wie auch diejenigen der Vorjahre sind auf der Website der KSTV verfügbar, unter der Adresse www.fr.ch/scc/.

6. Entwicklung der Zahl der Steuerpflichtigen

Die Höhe der Steuereinnahmen ist auch von der Zahl der Steuerpflichtigen abhängig, und es ist interessant zu sehen, wie stark diese zugenommen hat. Sie ist auch ein Indikator für die Mehrarbeit bei der KSTV, obwohl der Faktor «Komplexität der Dossiers» in einer solchen Statistik nicht zum Tragen kommt.

In den letzten Steuerperioden haben sich die Steuerdossiers zahlenmässig wie folgt entwickelt:

Bezirke	Anzahl Steuerpflichtige per 31. Dezember					
	1983	1993	1997	2002	2003	2004
– Natürliche Personen						
Freiburg-Stadt	18 815	19 588	19 319	18 445	18 695	18 776
Saane Land	16 739	23 661	25 399	25 900	26 231	26 747
Sensebezirk	16 421	20 465	21 527	22 077	22 268	22 707
Greyerzbezirk	17 759	20 801	21 889	22 509	22 937	23 397
Seebezirk	11 581	14 489	15 901	16 688	16 881	17 204
Glanebezirk	7 884	9 589	9 831	9 741	9 763	9 855
Broyebezirk	11 415	13 578	14 057	14 333	14 575	14 645
Vivisbachbezirk	5 659	7 276	7 729	7 661	7 705	7 836
	106 273	129 447	135 652	137 354	139 055	141 167
– Juristische Personen						
Freiburg-Stadt	3 839	4 176	3 934	3 634	3 889	4 037
Saane Land	573	1 248	1 457	1 161	1 832	1 950
Sensebezirk	739	1 000	1 095	1 083	1 228	1 248
Greyerzbezirk	568	926	1 014	988	1 168	1 238
Seebezirk	423	513	831	918	1 036	1 087
Glanebezirk	302	326	413	454	495	498
Broyebezirk	386	472	640	692	731	796
Vivisbachbezirk	227	330	363	444	482	524
	7 057	9 341	9 747	10 133	10 861	11 378

7. Die wichtigsten im Jahr 2004 verbuchten Steuereinnahmen

7.1 Kantonale Steuereinnahmen

	Fr.	Fr.
Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen	618 888 615	
Gewinn- und Kapitalsteuer der juristischen Personen	71 684 074	
Quellensteuern	16 483 906	
Steuern der Vorperioden	70 903	
Steuern auf Kapitalabfindungen	14 353 687	
Steuern und Bussen infolge Hinterziehungsverfahren	3 049 624	
Besondere Liegenschaftssteuern	5 890 363	
Liegenschaftsgewinnsteuern	13 915 076	
Kapitalgewinnsteuern (Berichtigungen)	– 7 898	744 328 350

7.2 Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer

– natürliche Personen	48 388 196	
– juristische Personen	36 982 651	
– Finanzausgleich	72 063 767	157 434 614
Total		901 762 964

8. Steuerhinterziehungsverfahren

8.1 Kantonssteuern

In Anwendung von Artikel 220 ff. DStG hat das Steuerinspektorat 237 (246) Entscheide eröffnet, die sich wie folgt aufteilen:

203 (195) Fälle von Steuerhinterziehung und Steuerbussen

24 (30) Fälle von versuchter Hinterziehung und Gehilfenschaft

10 (21) Fälle von Nachsteuern.

Gegen diese Entscheide wurden bei der KSTV 11 (11) Einsprachen erhoben und 4 (3) Beschwerden an den Steuergerechtshof des Verwaltungsgerichts gerichtet.

Die Nachsteuern oder hinterzogenen Steuern und Steuerbussen ergeben folgende Beträge:

	Fr.	Fr.
Steuern	2 617 074	(1 048 052)
Bussen	432 550	(346 075)
Total	3 049 624	(1 394 127)

8.2 Direkte Bundessteuer

Im Jahr 2004 hat das Steuerinspektorat auch in Anwendung von Artikel 175 ff. des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 1990 über die direkte Bundessteuer (DBG) Nachsteuerverfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet und Bussenverfügungen erlassen.

Der Gesamtbetrag der Nachsteuern und Steuerbussen beläuft sich auf 1 351 662 Franken (591 670 Franken).

8.3 Steuervergehen

Wer zum Zweck einer Steuerhinterziehung gefälschte, verfälschte oder inhaltlich unwahre Urkunden zur Täuschung der Steuerbehörden gebraucht, wird zusätzlich zu den administrativen Massnahmen mit Gefängnis oder Busse bis zu 30 000 Franken bestraft (Art. 231 DStG – Art. 186 DBG).

Im Laufe des Jahres 2004 wurde beim Untersuchungsrichteramt des Kantons Freiburg 1 (1) Anzeige erstattet. Die Gerichte erliessen 1 (2) Urteil.

Es wurde eine Strafe von 12 Monaten Gefängnis mit einer Probezeit von 5 Jahren und 5000 Franken Busse verhängt.

9. Steuererlasse

Gestützt auf Artikel 212 DStG entscheidet die Finanzdirektion nach Anhören der Gemeindebehörde über Steuererlassgesuche. Zu diesem Zweck stellt die KSTV die notwendigen Ermittlungen an, unterbreitet eine Stellungnahme und bereitet die von der Finanzdirektion getroffenen Entscheide vor.

Im Berichtsjahr wurden 618 (652) Erlassgesuche gestellt, über die wie folgt entschieden wurde: 224 (225) Steuerpflichtige erhielten einen abschlägigen Entscheid, während 229 (220) Steuerpflichtigen ein Steuererlass gewährt wurde. In 217 (211) Fällen wurde die Steuer für ein Jahr erlassen, in 10 (9) Fällen die Steuer für zwei Jahre und in 2 (0) Fällen die Steuer für mehr als zwei Jahre. 190 (171) Gesuche wurden schlussendlich nicht als Steuererlassfälle erledigt. Die Zahl der Dossiers berücksichtigt auch die laufenden Gesuche, nämlich 93 zu Beginn des Jahres und 68 am Ende des Jahres.

Der Betrag der erlassenen Kantonssteuern beläuft sich auf 353 061 Franken (221 819 Franken).

VII. Amt für Erbschafts- und Schenkungssteuern

1. Organisation/Personal

Das Amt für Erbschafts- und Schenkungssteuern (ESSA) verfügt seit 1998 unverändert über 2,30 Vollzeitäquivalente, die sich wie folgt aufteilen: ein Dienstchef zu 100 %, eine Verwaltungssachbearbeiterin zu 60 %, eine Sekretärin zu 40 %, eine Verwaltungsangestellte zu 30 % und ein Auszubildender.

2. Veranlagung der Erbschafts- und Schenkungssteuern

Im Jahr 2004 bearbeitete das Amt 1917 Steuerinventare bei Todesfall (1888 im Jahr 2003). Es stellte 383 Erbschafts- und Schenkungssteuerrechnungen aus (337 im Jahr 2003), welche einer Gesamtsteuereinnahme für den Kanton von 8 939 871 Franken entsprachen, womit ein um 3 774 150 Franken besseres Ergebnis erzielt werden konnte als im Vorjahr. Ein einziger Fall ist für dieses ausserordentliche Ergebnis im Jahr 2004 verantwortlich.

Die Erbschafts- und Schenkungssteuern teilen sich wie folgt auf:

- Erbschaftssteuern: 347 Rechnungen in einem Gesamtbetrag von 8 723 924.20 Franken
- Schenkungssteuern: 36 Rechnungen in einem Gesamtbetrag von 215 946.80 Franken

Der Erbschafts- und Schenkungssteuerertrag der letzten acht Jahre (1997–2004) – das heisst seit Inkrafttreten der neuen Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Einregistrierungsgebühren (Erbschafts- und Schenkungssteuern) mit dem Wegfall der Ehegattensteuer und der Begünstigungssteuer – beläuft sich auf durchschnittlich 4 767 543.10 Franken jährlich. Der Einnahmenüberschuss gegenüber dem Voranschlag 2004 beträgt 4 739 871 Franken, also ein Plus von rund 113 %. Die Erbschafts- und Schenkungssteuern haben sich seit 1997 wie folgt entwickelt:

1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
3608370	3707577	4063581	4090467	4011707	4553051	5165721	8939871

Das im Vergleich zum Jahr 2003 um 3 774 150 Franken bessere Resultat beruht nicht eigentlich auf einer Zunahme bei den Rechnungen (+ 46), sondern auf einem aussergewöhnlichen Einzelfall. Ohne diesen Fall würde der Jahresdurchschnitt der Jahre 1997-2004 weiterhin bei rund 4 Millionen Franken liegen.

3. Weitere Aktivitäten

Das Amt sorgt für die Kontrolle und die Koordination mit den Friedensgerichten, die die Steuerinventare bei Todesfall erstellen, und es ist Bindeglied zur Kantonalen Steuerverwaltung.

Das Amt, bei dem jedes Jahr mehr Anfragen von Banken, Treuhandbüros und vor allem Notaren zur Erbschafts- und Schenkungssteuer eingehen, hat in Zusammenarbeit mit der Kantonalen Steuerverwaltung (KSTV) eine zweisprachige Website eingerichtet, die in die Website der KSTV integriert ist. Diese Website mit ihrem umfassenden Informationsangebot gibt Antwort auf die wichtigsten Fragen auf dem Gebiet der Erbschafts- und Schenkungssteuer (Gesetz, Steuertarif, Abzug für Beerdigungskosten, Versicherungen usw.). Die Website wird rege besucht, und die eingegangenen Rückmeldungen stuft sie als benutzerfreundlich und informativ ein. Seit der Aufschaltung dieser Website am 1. Oktober 2003 werden auch weniger telefonische Auskünfte erteilt, weil die Betroffenen die Antworten auf ihre Fragen häufig selber suchen, wenn sie eine entsprechende Internetadresse zur Verfügung haben. Offenbar sind also die wichtigsten Informationen, nach denen gesucht wird, auf der Website enthalten.

4. Gesetzgebung

Rechtsgrundlage ist das Gesetz vom 4. Mai 1934 betreffend die Einregistrierungsgebühren (Erbschafts- und Schenkungssteuern). Es enthält die Bestimmungen über die Erhebung verhältnismässiger Gebühren auf den unentgeltlichen Zuwendungen unter Lebenden (Schenkungssteuern) und von Todes wegen (Erbschaftssteuern) sowie auf den Stiftungsurkunden.

Nach rund 18-monatiger Anwendung der Weisung vom 24. Juni 2003 über die Anwendung von Artikel 16 Bst. b des Tarifs der Einregistrierungsgebühren werden die Gesuche für diesen ermässigten Steuersatz immer zahlreicher. Entsprechend dieser Weisung der Finanzdirektion kann nämlich der Satz der von nicht verwandten Begünstigten geschuldeten Gebühren gesenkt werden, wenn diese mit der oder dem Zuwendenden in einer Beziehung gelebt haben, die mit einer engen familiären Bindung vergleichbar ist. Dies trifft vor allem auf Formen des Zusammenlebens wie das Konkubinat und gleichgeschlechtliche Partnerschaften sowie auf in der gleichen Familiengemeinschaft aufgewachsene Kinder der Ehegattin oder des Ehegatten zu. Diese Weisung wurde in der Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg (ASF 2003 Nr. 099) veröffentlicht und ist auch auf der Website des Amtes für Erbschafts- und Schenkungssteuern verfügbar. Mit ihr steht eine offizielle Grundlage zur Verfügung mit einer Skala, in der die Beträge festgesetzt sind, auf denen der privilegierte Steuersatz je nach Anzahl geleisteter Dienstjahre oder der Anzahl Jahre enger Lebensgemeinschaft mit der oder dem Zuwendenden gewährt werden kann.

Seit Herbst 2004 laufen die ersten Vorarbeiten für ein neues Gesetz über die Erbschafts- und Schenkungssteuern.

VIII. Amtliche Vermessung

1. Lage- und Höhenfixpunkte

Die Arbeiten zur Änderung des nationalen Bezugsrahmens für die Lage (LV03 – LV95) wurden gemäss den Instruktionen und Vorschriften des Bundes (Swisstopo) weitergeführt. Die auf dem Submissionsweg vergebenen Vermessungsarbeiten sind beendet. Die Detailanalyse der ersten Resultate wird zeigen, ob Nachmessungen nötig sind. Damit die Transformationsdreiecke das ganze Kantonsgebiet abdecken können, ist der Kanton Freiburg auch vom Stand der Vermessungsarbeiten der Nachbarkantone abhängig. Im Broyebezirk fehlen leider immer noch die Vermessungsergebnisse des Kantons Waadt.

Beim Höhenfixpunktnetz wurden keine besonderen Arbeiten ausgeführt.

2. Übersichtspläne

Die in «Raster»-Form gespeicherten topographischen und parzellaren Übersichtspläne sind für die Dienststellen noch immer auf dem Netzwerk des Staates via FTP-Server jederzeit verfügbar. Die Abgabe an Dritte erfolgt hauptsächlich mit CD-ROM.

Das Kantonsgebiet wird von einem Gitternetz von 172 Plankarten im Massstab 1:5000 abgedeckt. Für 30 % des Gebiets (51 Pläne), vorwiegend im Berg- und Grenzgebiet, geht die Nachführung auf das Jahr 1990 zurück; für 17 % des Gebiets (29 Pläne) wurde die Nachführung zwischen 1992 und 1995 grafisch durchgeführt; für den Rest des Gebiets (53 % und 92 Pläne) erfolgt die Nachführung numerisch entsprechend dem Verlauf des Vermessungsprogramms. 70 dieser Pläne sind nach dem Jahr 2000 nachgeführt worden. 2004 wurden 17 Planblätter nachgeführt, und zwar die Blätter 1165.11, 12, 21, 22, 23, 24 und 31, 1184.21, 24 und 43, 1185.13 und 43, 1186.11, 1203.24 und 42, 1224.41 und 42.

Die Originaldaten der Orthophotos SWISSIMAGE von 1998 werden im Rahmen der amtlichen Vermessung namentlich für die Kontrolle der landwirtschaftlichen Nutzflächen verwendet. Die Orthophotos werden ebenfalls den Benutzern der Staatsverwaltung zur Verfügung gestellt. Bestellungen von Gemeinden und Drittpersonen können direkt über die Homepage des Amtes abgewickelt werden.

3. Parzellarvermessung

3.1 Neue Parzellarvermessungen (Katastererstellungen)

Im Jahr 2004 beschlossene Operate:

- Auf Grund des im März 2002 vom Staatsrat erstellten Richtprogramms und nach Anhörung der betroffenen Gemeinden wurden Vorprojekte für Bas-Intyamion Los

3, Chésopelloz, Grandvillard Los 3, Kerzers Los 7, Kleinbösing, La Brillaz, La Roche Los 2, La Sonnaz, Le Glèbe, Muntelier, Plaffeien, Pont-en-Ogoz, Prez-vers-Noréaz, Villaz-Saint-Pierre, Vuisternens-devant-Romont (Sektor La Neirigue) und Wallenried angeordnet.

- In Anwendung der Bestimmungen über das öffentliche Beschaffungswesen wurden die definitiven Arbeiten für die neue Parzellarvermessung für Bas-Intyamion Los 3, Bollion Los 2, Bussy Los 6, Brünisried, Châbles Los 3, Chésopelloz, Cugy Los 2, Cressier, Estavayer-le-Lac Los 7, Grandvillard Los 3, Hauteville, Kerzers Los 7, La Roche Los 2, Le Châtelard, Les Montets Lose 2 und 3, Massonnens, Murten Los 8, Oberschrot, Ried, Rue Los 3 (Gillarens, Promasens), Seiry, Tafers Los 2, Villarepos und Villeneuve vergeben.
- Die Numerisierungen für Cerniat, Estavayer-le-Lac Los 8, Kerzers, Les Montets, Murten, Ried, Villarepos (Sektor Chandossel) und Vuisternens-devant-Romont (Sektoren La Magne, Lieffrens und La Joux) wurden vergeben.
- Periodische Nachführungen der Bodenbedeckung im Rahmen der notwendigen Kontrollen für die Aktualisierung der landwirtschaftlichen Nutzflächen (LWN) wurden in den numerisierten Gemeinden Barberêche, Bösing, Chénens, Corbières, Ferpicloz, Le Pâquier, Marly, Progens, Senèdes und Überstorf vergeben.

Operate in Bearbeitung:

- Die gegenwärtig in Bearbeitung stehenden Operate betreffen 59 441 ha (49 293 ha im Jahr 2003 und 29 585 ha im Jahr 2002), was 35,62 % (29,53 %) des Kantonsgebietes entspricht, während bereits 56 861 ha (50 174 ha) oder 34,07 % (30,06 %) des Kantons definitiv in der Datenbank verwaltet werden. Seit dem 1. Januar 1998 ist das Programm für die Verwirklichung der Vermessungs- und Numerisierungsarbeiten Gegenstand einer mit der Eidgenössischen Vermessungsdirektion abgeschlossenen Leistungsvereinbarung. Seither wurden 48 507 ha in die Datenbank abgespeichert und auf dem Vermessungs-Server zur Verfügung gestellt.

Im Jahr 2004 beendete Operate:

- Die Vermessungen von Botterens, Châtel-Saint-Denis Los 3, Corminboeuf, Domdidier Lose 1 und 3, Les Montets (Sektoren Granges-de-Vesin und Montet Los 2), Kerzers Lose 5 und 6 und Russy, sowie die Numerisierungen von Châtel-Saint-Denis Los 4, Domdidier Los 2, Granges, Pierrafortscha, Vaulruz Los 1a und Vuissens sind beendet und wurden von der Eidgenössischen Vermessungsdirektion anerkannt. Dies entspricht einer Gesamtfläche von 6939 ha, die auf dem Server zur Verfügung gestellt worden sind.
- Nach Abzug der Kostenbeteiligungen des Bundes und des Kantons wurden die Restkosten der Neuvermessungen von Billens-Hennens, Rechthalten, Villars-sur-Glâne Los 3 und Villarsel-sur-Marly verteilt und den

Gemeinden und den betroffenen Eigentümern in Rechnung gestellt. Das Inkrafttreten des neuen Gesetzes über die amtliche Vermessung hat es erlaubt, ebenfalls die Kosten der Parzellarvermessungen infolge einer Güterzusammenlegung von Domdidier, Granges-de-Vesin, Cheiry-Prévondavauy-Chapelle und Russy zu fakturieren.

3.2 Unterhalt und Nachführung

Mutationen: Die amtlichen Geometer haben dem Amt für Vermessung und Geomatik 3033 (2936) Mutationsverbale zugestellt. 1101 (1065) dieser Verbale sind Grenzänderungs- oder Teilungsverbale, 1100 (1005) wurden nach der Kontrolle durch das Amt für Vermessung und Geomatik visiert. Betreffend die Katasteraufnahme der neuen oder abgeänderten Gebäude hat das Amt für Vermessung und Geomatik 2961 (2573) Mandate und 2084 (2496) Kontrollvisen erteilt. Im Jahr 2004 lagen 70 % (62 %) der Mutationen in den 34 % des Gebiets, die bereits numerisch in der Datenbank verwaltet werden. Dieses Verhältnis zeigt, dass die Prioritätensetzung bei der Planung richtig war.

Nachführung: Die im Jahre 2003 erstellten Mutationsverbale wurden auf den Plänen der Grundbuchämter und der Gemeinden nachgeführt.

3.3 Organisation

Ende Mai hat das Amt mit Erfolg die Erneuerung seiner Zertifizierung ISO 9001:2000 und PM 9001 (Public Management) bestanden. Die Zertifizierung umfasst: «Die Führung des Amtes, die Leitung, Aufsicht und Kontrolle der amtlichen Vermessung, die Nachführung und Abgabe ihrer Daten im Rahmen des Landinformationssystems».

Mit Inkrafttreten per 1. Februar 2004 des neuen Gesetzes über die amtliche Vermessung konnte das bewährte Verfahren für die Durchführung der Submission auf der Grundlage von Vorprojekten konsolidiert werden. Diese Vorbereitungsarbeiten wurden so optimiert, dass sie weniger Zeit beanspruchen. In all seinen Aktivitäten steht das Amt für Vermessung und Geomatik in engem Kontakt mit der swisstopo respektive der Eidgenössischen Vermessungsdirektion, die die Richtlinien und die notwendige Strategie zur Erfassung der Daten über das gesamte Gebiet der Eidgenossenschaft erlassen hat.

Die französisch- und deutschsprachigen Nomenklaturkommissionen haben die für die Rechtschreibung der Orts- und Strassennamen anzuwendenden Regeln festgelegt.

Die Ausarbeitung eines Entwurfs für ein Reglement der amtlichen Vermessung wurde fortgeführt und gab Anlass zu zahlreichen Kontakten mit der Geometergesellschaft und den wichtigsten Partnern des Amtes auf diesem Gebiet.

4. Geomatik

4.1 Koordination mit dem Grundbuch

Das Amt für Vermessung und Geomatik hat nach jeder Vermessung den Grundbuchämtern die Daten der Liegenschaftsbeschreibungen übermittelt, die automatisch aus

den numerischen Daten der amtlichen Vermessung hervorgegangen sind.

Das Grundbuchamt und das Amt für Vermessung und Geomatik sind im Rahmen des Projekts «kleine Schnittstelle» Partner des Bundes und der Informatik-Lieferanten (Bedag und c-plan). Die Arbeiten wurden 2004 weitergeführt. Ziel ist es, ein Transferformat für die Daten zu definieren, das den Transfer der Daten der Ersterfassung oder Nachführung zwischen Grundbuch und amtlicher Vermessung vereinfacht. Der Kanton verfolgt jedoch diesbezüglich ein höher gestecktes Ziel. Die Datenbanken des Grundbuchs und der amtlichen Vermessung müssen so miteinander verbunden werden, dass die Anwendungen die angeforderten Daten automatisch aus der einen oder der anderen Datenbank auslesen können. Diese Verbindung soll die Verfahren bei der Deponierung von Dokumenten beim Grundbuch vereinfachen. Somit erübrigt sich die doppelte Nachführung der Nicht-Grundbuch-Elemente (Bodenbedeckung, Einzelobjekte). Die Einreichung eines technischen Dossiers beim Amt für Vermessung und Geomatik würde somit genügen. Diese Arbeiten werden jedoch nicht vor 2006 beendet sein.

4.2 Geometrische Datenbank der amtlichen Vermessung

Aufgrund der Nachführungsarbeiten der amtlichen Geometer hat das Amt für Vermessung und Geomatik nach Prüfung der Daten deren Transfer in die Datenbank «SYSIF» veranlasst. Ende 2004 waren 2001 (1770) Katasterpläne auf dem Server abgespeichert, 231 (169) mehr als Ende 2003, und 2 660 968 (2 379 521) Objekte, 281 447 (250 815) mehr als Ende 2003. Durch die Nachführungen des LIS waren 4258 (5460) Bodenbedeckungselemente und 6326 (4396) Liegenschaften durch 766 (683) Grenzänderungen betroffen, von denen 435 (373) definitiv rechtsgültig im Grundbuch eingetragen wurden.

Das Amt für Vermessung und Geomatik hat 2004 die Arbeiten für die Ersetzung des Informatiksystems für die Daten der amtlichen Vermessung fortgesetzt. Dieses gestattet die Erfassung, die Bereitstellung, die Nachführung, die Ausgabe und die Publikation der Daten im Intranet und im Internet in Zusammenarbeit mit über zwanzig Geometerbüros. Die Sektoren Informatik und Geomatik des Amtes arbeiten eng mit den Lieferanten zusammen, um dieses neue Produkt zu vollenden und den Transfer der Millionen in der Datenbank enthaltenen Objekte mittels der Nachführungsprozedur durchzuführen. Das kantonale Datenmodell (MD01MOFR24F) wurde auf Grund der neuen Anforderungen des Bundes erarbeitet und von der Eidgenössischen Vermessungsdirektion genehmigt, die die Oberaufsicht über die Vermessung innehat. Die Datenmigration ist gemäss der mit dem Lieferanten und den Partnerkantonen Waadt und Neuenburg revidierten Terminplanung für Ende des ersten Semesters 2005 vorgesehen.

Im Rahmen der Überprüfung der landwirtschaftlichen Nutzflächen hat das Amt verschiedene Derivate des numerischen Höhenmodells bestellt und konnte so den Dienststellen der kantonalen Verwaltung die Höhenkurven (Äqui-

distanz 1m), das Drahtgittermodell oder etwa das Höhenmodell mit (DOM) oder ohne (DTM-AV) Bewuchs und Bebauung der Erdoberfläche zur Verfügung stellen. Diese Daten haben auch die Website bereichert, die eine interaktive Kartographie anbietet.

Schliesslich hat sich das Amt an den Arbeiten zur Integration der Gebäudeadressen in den Datenkatalog der amtlichen Vermessung beteiligt. In Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Vermessungsdirektion, der Post, dem Bundesamt für Statistik (BFS) und dem Amt für Statistik (StatA) werden die Elemente erarbeitet, die die Ersterfassung und Nachführung der Adressen und die Koordination mit dem vom StatA und dem BFS geführten Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) ermöglichen. Diese Arbeiten werden im Rahmen des Pilotprojekts (GABMO) des Bundes durchgeführt. Die Dienststellen des Staates und die Internetbenutzer können bereits jetzt von den vom BFS gelieferten GWR-Adressdaten profitieren, um sich auf den interaktiven Karten zurechtzufinden.

4.3 Intranet und Internet

Das Amt für Vermessung und Geomatik nutzt seine Internet- und Intranet-Seiten regelmässig als seine wichtigsten Informationsträger. Es hat seine Arbeiten zur Publikation der Daten der amtlichen Vermessung, wie der Übersichtspläne, des Parzellarrasters, der numerischen Katasterpläne (vektorielle Parzellen, Bodenbedeckungen, Adressen), der Orthophotos (orthogonal entzerrte Luftbilder) und der numerischen Höhenmodelle (Höhenkurven, schattierte Höhenmodelle mit oder ohne Bewuchs und Bebauung) weiter ausgebaut. Die diesbezügliche Zusammenarbeit mit der Stadt Freiburg, mit der es sich die Infrastruktur und die Kosten teilt, wurde erfolgreich fortgesetzt.

IX. Grundbuch

1. Grundbuchämter

1.1 Ordentliche Tätigkeiten

Die Hauptaufgabe der sieben Grundbuchämter besteht in der Führung des Grundbuches. Das Arbeitsvolumen lässt sich anhand folgender Indikatoren abschätzen: Anzahl der Eintragungsbegehren, ausgestellte Grundbuchauszüge und eingegangene Auskunftsbeglehen.

Im Jahr 2004 wurden 29 582 Eintragungsbegehren gestellt (29 464 im Jahr 2003). Die Urkunden werden innert vier bis zehn Wochen nach Eingang beim Grundbuchamt ins Grundbuch eingetragen.

Die Grundbuchauszüge, insbesondere die maschinengeschriebene Übertragung der handschriftlichen Angaben im Kataster, machen weiterhin einen Grossteil des Arbeitsvolumens aus. Im Jahr 2004 wurden 16 936 Grundbuchauszüge ausgestellt gegenüber 19 561 im Jahr 2003.

Die Auskunftsbeglehen betreffen vor allem die Dienstbarkeiten. Sie sind manchmal rechtlicher Natur, oder es geht um Fragen im Zusammenhang mit dem Vorhandensein oder dem Inhalt von Rechten.

1.2 Arbeiten zur Anlegung des eidgenössischen Grundbuchs

Die Einführung des eidgenössischen Grundbuchs, der ordnungsgemäss eine neue Parzellarvermessung oder eine Güterzusammenlegung vorausgeht oder die unter gewissen Voraussetzungen ohne vorhergehende Neuvermessung erfolgt, umfasst eine Phase, in der die Rechte gesichtet und bereinigt werden. Sie stellt eine Verbesserung im Hinblick auf klarere Eintragungen dar und macht eine spätere Arbeitsrationalisierung möglich, insbesondere was die Informatisierung der Daten und das Erstellen der Auszüge betrifft.

Alle Grundbuchämter führten Arbeiten zur Anlegung des eidgenössischen Grundbuchs aus. Im Jahr 2004 wurde das eidgenössische Grundbuch in folgenden Gemeinden oder Teilen von Gemeinden in Kraft gesetzt: Ecuwillens Los 2, Surpierre, Cressier (Dorf), Agriswil-Büchslen-Gempnach, Murten-Altavilla (Teil von Murten sowie die Sektoren Burg-Altavilla), Murten (Waldzusammenlegung), Kerzers (Waldzusammenlegung).

1.3 EDV-Grundbuch

Das Projektkomitee für die Informatisierung der Grundbuchämter, das von Bertrand Renevey, Grundbuchverwalter des Saanebezirks, präsiert wird und in dem Marc Rotzetter, Informatiker und Projektleiter, René Aeby, Grundbuchverwalter des Sensebezirks, und Camille Roulin, Adjunkt des Grundbuchverwalters des Broyebezirks, vertreten sind, ist mehrmals zusammengekommen, um die Prioritäten bei den Informatikprojekten zu setzen und gewisse Arbeitsabläufe in Zusammenhang mit der Informatisierung zu definieren. Im Jahr 2004 wurden verschiedene interne Projekte

parallel zur elektronischen Bewirtschaftung der Grundbuchämter in Zusammenarbeit mit einem während des Berichtsjahres zu 60 % angestellten Programmierer geführt.

Das Projekt GeDiA (Gestion et Diffusion des Avis): Dieses Modul bezweckt die elektronische Generierung und Zustellung der Veräusserungsanzeigen und der Anzeigen von Eigentümerwechseln an die verschiedenen Adressaten wie die Kantonale Steuerverwaltung, die Kantonale Gebäudeversicherung, das Amt für Statistik, Gemeinden, Gläubigerbanken. Dieses dreistufige Projekt (Anpassung der Capitastra-Software, Entwicklung des Moduls zur Verwaltung der Anzeigen, Entwicklung des Moduls für den automatischen Versand der Veräusserungsanzeigen), das intern von der Grundbuch-Informatikabteilung geleitet und entwickelt wurde, ist im Oktober 2004 abgeschlossen worden. So werden die Grundbuch-Veräusserungsanzeigen seit dem 3. Januar 2005 den verwaltungsinternen Adressaten sowie allen Gemeinden des Kantons automatisch per E-Mail zugestellt.

Im Rahmen des «e-Government» des Bundes haben das Eidgenössische Amt für Grundbuch- und Bodenrecht (EGBA) und das Bundesamt für Topografie (Swisstopo) ein Projekt namens eGris (elektronisches Grundstückinformationssystem) in die Wege geleitet, das darin besteht, eine standardisierte Datenstruktur für das Grundbuchwesen und die amtliche Vermessung zu definieren, damit Daten zwischen Grundbuch, amtlicher Vermessung und Bund ausgetauscht werden können, um ein zentrales Grundstückregister auf gesamtschweizerischer Ebene zu schaffen. Im Zusammenhang mit eGris ist in einigen Kantonen entsprechend den verschiedenen in der Schweiz verwendeten Softwarepaketen ein Unterprojekt namens «Kleine Schnittstelle» eingeleitet worden. Seine Aufgabe besteht darin, eine gemeinsame Datenstruktur zu bestimmen, um mit Datenausügen Dateien im XML-Format zu generieren, die es jedem Partnersystem erlauben, Daten zu übernehmen. Weitere Informationen finden Sie auf dem Internet unter der Adresse www.grundbuchverwalter.ch/deu/ (Rubrik Infos).

Seit Herbst 2004 nimmt der Kanton Freiburg an diesem Pilotprojekt teil. Ziel ist es, eine Schnittstelle bereitzustellen, über die Daten zwischen dem Informatiksystem des Grundbuchs (Capitastra) und demjenigen der amtlichen Vermessung (TopoBase) ausgetauscht werden können. Die Projektorganisation setzt sich aus mehreren Mitgliedern aus verschiedenen Bereichen zusammen (Vertreter der Bundesämter, von Anbietern von Informatiklösungen, des Vermessungsamts und der Grundbuchämter). Die Validierung des Pilotprojekts ist für Februar 2005 geplant, mit einem Testlauf für den Datenaustausch zwischen den beiden Dienststellen.

Bei den Datenausügen und Datenlieferungen in elektronischer Form mit oder ohne Abonnement, eine Dienstleistung für die Gemeinden, Geometer und gewisse Dienststellen des Staates (Amt für Vermessung und Geomatik, Meliorationsamt, Amt für Wald, Wild und Fischerei, Amt für Landwirtschaft), hat die Nachfrage zugenommen. Insgesamt gingen 88 Bestellungen ein (57 im Jahr 2003),

wovon 55 Lieferungen gemäss Verordnung über die Grundbuchgebühren (Art. 2 Ziff. 17) fakturiert wurden. Die fakturierten Leistungen verteilen sich auf 32 Abonnemente mit periodischen Lieferungen und 23 Einzelauszüge. Es wurden Gebühren im Betrag von rund 17 451 Franken in Rechnung gestellt.

Die mit Benutzererkennung mit der Software Intercapi über Internet oder Internet mögliche Konsultation der Grundbuchdaten hat um rund 24 % zugenommen. Im Jahr 2004 erfolgten über alle 962 Benutzer gerechnet – wovon rund 439 zahlende Kunden – durchschnittlich 642 Abfragen täglich (518 im Jahr 2003), mit Spitzen von über 1380 Abfragen. Die fakturierten Abfragegebühren haben um 18 % zugenommen und beliefen sich auf 129 327 Franken.

Die Ersterfassung der Daten ist ein wichtiger Teil der Arbeit bei der Umstellung auf das EDV-Grundbuch, denn es müssen ca. 200 000 Liegenschaften und über 1 Million Rechte manuell erfasst werden. In Anbetracht sowohl der juristischen als auch der wirtschaftlichen Bedeutung dieser Daten muss diese Erfassung unter der Verantwortung der Grundbuchverwalter/innen erfolgen. Im Jahr 2004 wurden von den Grundbuchämtern insgesamt rund 18 000 Grundstücke informatisiert. Vollständig informatisiert wurden die Grundbücher der Gemeinden und Sektoren der Gemeinden Attalens, Bösingens, Chavannes-les-Forts, Düdingen, Echarlens, Enney, Ependes, Grolley, La Magne, Le Mouret, Marly, Matran, Prez-vers-Siviriez, Le Saugy, Vaulruz und Villars-sous-Mont.

1.4 Organisation der Grundbuchämter

Die Grundbuchämter verfügen über durchschnittlich 31,1 Vollzeitäquivalente und bilden 10 Personen aus (Berufsmatura, KV-Lehre oder Bürolehre). Isabelle Favrod-Coune, Juristin beim Grundbuchamt des Greyerzbezirks, wurde als Adjunktin des Grundbuchverwalters des Greyerzbezirks angestellt und übernimmt damit die Funktion von Frau Germaine Morand Offner. Sie hat ihr Amt am 1. Februar 2004 angetreten.

1.5 Freiburger Vereinigung der Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter

Die Änderungen vom 7. Oktober 2003 des Gesetzes vom 28. Februar 1986 über das Grundbuch sind am 1. Januar 2004 in Kraft getreten. Es musste im Anschluss daran noch das entsprechende Ausführungsreglement angepasst werden. Eine Arbeitsgruppe hat einen Entwurf ausgearbeitet, der voraussichtlich im Frühling 2005 in Kraft treten dürfte.

Die Vereinigung hielt im Jahr 2004 drei Arbeitssitzungen ab mit dem Hauptziel, die Praxis zu vereinheitlichen.

Präsident der Vereinigung ist Josef Haag, Grundbuchverwalter des Seebezirks. Die beiden anderen Vorstandsmitglieder sind Anita Bulliard, Grundbuchverwalterin des Vivisbachbezirks, und Jean-Jacques Gummy, Grundbuchverwalter des Broyebezirks.

1.6 Grundbuchgebühren

Das Grundbuch kennt zwei Arten von Gebühren, nämlich die festen und die verhältnismässigen Gebühren. Was die

verhältnismässigen Gebühren betrifft, wurde in Anwendung des Äquivalenzprinzips ein Höchstbetrag von 5000 Franken eingeführt. Einsprachen fallen in den Zuständigkeitsbereich der Grundbuchverwalter/innen. Im Jahr 2004 beliefen sich die Gebühren auf 6 953 465 Franken (6 349 958 Franken im Jahr 2003).

2. Steuern

2.1 Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes

Diese Steuer wird gemäss Gesetz vom 28. September 1993 bei der Veräusserung von produktivem Boden erhoben, die eine Verringerung des Kulturlandes zur Folge hat. Die Erhebung dieser Steuer bereitet schon seit einigen Jahren die gleichen Schwierigkeiten, und zwar insbesondere auf Grund des Zeitpunktes der Steuererhebung (die Steuer wird bei der Veräusserung erhoben, und diese kann lange nach der Umzonung in Bauland erfolgen) sowie auf Grund des möglichen Abzugs der Detailerschliessungs- und Baukosten. Der Gesamtbetrag dieser Steuer belief sich im Jahr 2004 auf 3 835 000 Franken (2 428 448 Franken im Jahr 2003).

2.2 Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern

Diese Steuern werden in Anwendung des Gesetzes vom 1. Mai 1996 über die Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern erhoben. Der Gesamtbetrag für das Jahr 2004 beläuft sich bei den Handänderungssteuern auf 17 116 975 Franken (16 733 789 Franken im Jahr 2003) und bei den Grundpfandrechtssteuern auf 8 046 178 Franken (6 787 758 Franken im Jahr 2003).

2.3 Schätzungskommission für die Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes und die Handänderungssteuer

Sieht man von den zurückgezogenen Gesuchen ab, wurde die Schätzungskommission im Laufe des Jahres 2004 nur dreimal für die Schätzung des Verkehrswertes von überbauten Grundstücken oder Land beigezogen. Diese drei Gesuche betrafen sechs Artikel (Gebäude oder Grundstücke). Eine dieser Schätzungen war Ende 2004 noch im Gange. Die Kommission hat neun Schätzungsberichte für einen geschätzten Gesamtwert von rund 4,23 Millionen Franken abgeliefert (vier Dossiers waren Ende 2003 noch hängig).

Im November 2004 traf sich die Kommission anlässlich ihrer Vollversammlung mit der juristischen Beraterin der Finanzdirektion und konnte mit ihr gewisse Fälle prüfen, die die Gruppen der Kommission bearbeitet hatten. Es wäre für die Kommissionsmitglieder interessant, über die Einsprachen und deren Bearbeitung informiert zu werden.

3. Aufsichtsbehörde über das Grundbuch

a) Organisation

Im Jahr 2004 wurde die Aufsichtsbehörde über das Grundbuch von Hubert Bugnon, Kantonsrichter, präsiert. Bettina Hürlimann-Kaup, Lehrbeauftragte an der Universität

Freiburg und Vizepräsidentin der Aufsichtsbehörde, und Catherine Overney, Gerichtsschreiberin beim Kantonsgericht und Sekretärin der Aufsichtsbehörde, amtierten als Mitglieder. Alexandra Rumo-Jungo, Universitätsprofessorin, und Jérôme Delabays, Präsident des Zivilgerichts des Bezirksgerichts Saane, amtierten als Ersatzmitglieder.

b) Tätigkeiten

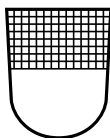
Die Aufsichtsbehörde hielt fünf Sitzungen ab, in denen sie die laufenden Geschäfte erledigte und juristische Fragen behandelte. Sie hat den Entwurf zur Änderung des Ausführungsreglements zum Gesetz über das Grundbuch geprüft, der von der Freiburger Vereinigung der Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter ausgearbeitet worden war, und hat der Vereinigung ihre Bemerkungen unterbreitet. Sie wurde von der Finanzdirektion auch zur Teilrevision des Zivilgesetzbuchs konsultiert (dingliche Rechte an Grundstücken und Grundbuchrecht) und hat auf Anfrage des eidgenössischen Amtes für Grundbuch- und Bodenrecht zur Revision der Verordnung betreffend das Grundbuch Stellung genommen. Sie hat sämtliche Grundbuchämter besucht und Stichproben zur Kontrolle der Eintragungen gemacht.

Neben den vorrangigen Arbeiten in Zusammenhang mit der Einführung des eidgenössischen Grundbuchs laufen

auch die im Jahr 2000 in Angriff genommenen Informatisierungsarbeiten (elektronische Datenerfassung) weiter. Die Informatisierung der Grundstücke des eidgenössischen Grundbuchs hat im Vergleich zum Vorjahr um über 11 % zugenommen und bei den Grundbuchämtern des Saanebezirks und des Greyerzbezirks sind über 80 % der Grundstücke des eidgenössischen Grundbuchs informatisiert. Die Anzahl der Anmeldungen war im Vergleich zum Vorjahr stabil, im Jahr 2003 war der seit 1989 stärkste Zuwachs bei den Anmeldungen zu verzeichnen. Der Rückstand bei den Eintragungen beträgt bei den Grundbuchämtern des Greyerzbezirks, des Seebezirks und des Vivisbachbezirks zehn Wochen; diese Grundbuchämter konnten jedoch die Rückstände, die im Vorjahr noch 16, 14 und 16 Wochen betragen hatten, etwas aufholen, und das Grundbuchamt des Seebezirks hatte umfangreiche Arbeiten in Zusammenhang mit der Anlegung des eidgenössischen Grundbuchs zu erledigen. In den anderen Grundbuchämtern beträgt der Rückstand bei den Eintragungen zwischen acht und dreieinhalb Wochen.

c) Beschwerden

Bei der Aufsichtsbehörde wurden zwei Beschwerden (2 im Jahr 2003) eingereicht. Sie fällte zwei Entscheide. Ein Verfahren wird ins Jahr 2005 übernommen.



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2004

Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion

Inhaltsverzeichnis

Direktion	5	9. Aufwertung des Strassenraums von Ortsdurchfahrten (VALTRALOC) ..	12
I. Gesetzgebung	5	10. Bundesverordnung über den Schutz gegen Störfälle (StFV)	12
1.1 Gesetze und Dekrete	5	11. Teilnahme an Arbeitsgruppen	12
1.2 Verordnungen und Reglemente	5	IV.2 Sektor Grundstückerwerb	12
II. Allgemeines	5	IV.3 Sektor Bauleitung	12
III. Personal	5	IV.4 Sektor Bewirtschaftung der Strassen ...	14
IV. Forschung nach Kohlenwasserstoffen	5	1. Schutz gegen den Strassenlärm	14
V. Natur und Landschaftsschutz	5	2. Verkehrszählungen	14
VI. Öffentliches Beschaffungswesen, das SIMAP-Projekt	6	3. Geschwindigkeitsmessungen	14
Tiefbauamt	7	4. Baubewilligungen und Bebauungspläne	15
I. Allgemeine Tätigkeit	7	5. Sondertansporte	15
1. Stab	7	6. Sicherheitsanalysen und Verkehrsuntersuchungen	15
2. Kommissionen und Arbeitsgruppen	7	7. Verkehrsverbund der Agglomeration Freiburg (CUTAF)	15
3. Vernehmlassungen	7	8. Revision des Ausführungsreglements zum Strassengesetz (ARStrG)	15
4. Allgemeine Planung	8	9. Unfallkataster	15
5. Informatik	8	10. Andere Kommissionen und Arbeitsgruppen	15
II. Personal	8	V. Sektion Unterhalt der National- und Kantonsstrassen	15
III. Sektion Verwaltung	8	1. Unterhalt der Kantonsstrassen	15
1. Statistik über die Verwendung der Strassenkredite	8	2. Unterhalt der Nationalstrassen	18
2. Statistik über die erteilten Bewilligungen	8	VI. Sektion Gewässer	18
IV. Sektion Projektierung und Realisierung von Strassen	8	1. Studien	18
IV.1 Sektor Projektierung von Strassen und Kunstbauten	8	2. Bauten	21
1. Öffentliche Auflage von Plänen für Strassen und Kunstbauten	8	Bau- und Raumplanungsamt	22
2. Genehmigung von Plänen für Strassen und Kunstbauten	9	I. Allgemeine Tätigkeit	22
3. Planungsstudien 2004	9	II. Personal	22
4. Ausführungsprojekte für Kantonsstrassen	10	III. Kantonalplanung	22
5. Kontrolle und Unterhalt der Kunstbauten im Kantonalstrassennetz für das Jahr 2004	11	1. Richtplanung	22
6. Gemeindestrassen	11	2. Arbeitsgruppe für die Unterstützung und Koordination der Arbeitszonen von kantonaler Bedeutung	22
7. Kantonales Strassennetz – Vergabe von Aufträgen gemäss Reglement über das öffentliche Beschaffungswesen	12	IV. Regionalplanung	22
8. Baubewilligungen, Bebauungspläne, GEP, Güterzusammenlegungen ...	12	V. Naturgefahren	22
		VI. Ortsplanungen	23
		VII. Subventionierung der Planungen	23

VIII. Koordination, Verwaltung und Studien 23

1. Allgemeines 23

2. Tätigkeiten innerhalb von Verbänden und Kommissionen 23

3. Koordination mit den anderen kantonalen Dienststellen 23

4. Informatik 23

IX. Kommissionen 23

1. Beratende Raumplanungskommission .. 23

2. Kommission für Architektur und Siedlungsgestaltung 23

3. Naturgefahrenkommission 23

4. Verwaltungskommission für das Südufer des Neuenburgersees 24

X. Kiesgruben und Materialausbeutungen 24

XI. Baubewilligungen und Detailbebauungspläne . 24

XII. Beschwerden 25

1. Entscheide der RUBD über Beschwerden gegen Gemeindeentscheide zu Einsprachen betreffend die Raumplanung 25

2. Beschwerden an das Verwaltungsgericht gegen Entscheide der RUBD über Bauten ausserhalb der Bauzone 25

3. Entscheide des Verwaltungsgerichtes ... 25

4. Beschwerden an das Verwaltungsgericht gegen Entscheide der RUBD zu Genehmigungen von OP 25

XIII. Architekten- und Ingenieurregister 25

Hochbauamt 26

I. Allgemeine Tätigkeit 26

II. Personal 27

III. Unterhalts- und Renovationsarbeiten 27

1. Für die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport 27

2. Für die Sicherheits- und Justizdirektion .. 27

3. Für die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft 27

4. Für die Volkswirtschaftsdirektion 27

5. Für die Direktion für Gesundheit und Soziales 28

6. Für die Finanzdirektion 28

7. Für die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion 28

8. Für die Zentralverwaltung 28

9. Für die Kirchen, Kapellen und historischen Kunstdenkmäler 28

10. «Télégestion» 28

IV. Laufender Unterhalt 28

1. Laufender Unterhalt 28

2. Vermietung (Stockwerkeigentum) 28

3. Vermietung 28

4. Heizung 29

5. Unterhalt 29

6. Versicherungen 29

7. Gebäudeverwaltung 29

V. Kosten 30

Amt für Umwelt 31

I. Allgemeine Tätigkeit 31

1. Aussenbeziehungen 31

2. Gesetzgebung 32

3. Information 32

II. Personal 32

III. Abteilung Gewässerschutz 32

1. Sektor Kanalisationen und Abwasserreinigungen 32

2. Sektor Industrie 33

3. Sektor Kohlenwasserstoffe und wassergefährdende Flüssigkeiten ... 33

4. Sektor Landwirtschaft 33

IV. Wasserbewirtschaftung 34

1. Sektor Grundwasser 34

2. Sektor Oberflächengewässer 34

V. Labor und Analysen 35

1. Akkreditierung nach ISO 17025 35

2. Abwasserreinigungsanlagen (ARA) 35

3. Industrieabwasser 35

4. Oberflächengewässer 35

5. Verschmutzungen 35

6. Verschiedenes 35

VI. Abteilung Luftreinhaltung 35

1. Massnahmenplan 35

2. Sektor Emissionskontrolle 35

3. Sektor Immissionsüberwachung 36

VII. Abteilung Lärmschutz und nichtionisierende Strahlung 36

1. Schutz gegen Strassenlärm 36

2. Nichtionisierende Strahlung 36

VIII. Abteilung Koordination und Umweltverträglichkeitsprüfungen 36

IX. Abteilung Abfallbewirtschaftung 37

1. Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) 37

2. Abfallreglemente der Gemeinden 37

3. Reaktordeponien 37

4. Inertstoffdeponie 37

5. Sanierung von Deponien und diversen Lagerplätzen 37

6. Baustellenabfälle 38

7. Organische Abfälle 38

8. Sonderabfälle 38

9. Klärschlämme 38

10. Prüfung von Baubewilligungsgesuchen .. 38

11. Sanierung belasteter Standorte 38

Autobahnamt	39	4. Umweltbelastungen	40
I. Allgemeine Tätigkeit	39	5. Elektronische Datenverwaltung (GEDARC)	40
II. Personal	39	6. Verwendung der Kredite	41
III. Staff	39	V. Ausarbeitung – Ausbau, Unterhalt, Erneuerung (UPlaNS)	41
Ständige Verbesserungen	39	1. Pavement Management System (PMS) ..	41
IV. Ressourcen	39	2. Bridge Management System (BMS)	44
1. Erwerb von Liegenschaften	39	3. Electrical Management System (EMS) ..	46
2. Entschädigung für vorzeitige Inbesitznahme und für Schäden während der Bauzeit ...	40	4. Vergaben	47
3. Güterzusammenlegungen	40		

Direktion

I. Gesetzgebung

1.1 Gesetze und Dekrete

Dekret vom 10. Februar 2004 über einen Verpflichtungskredit für den Ausbau der Kantonsstrasse Plasselb-Oberschrot.

Dekret vom 4. Mai 2004 über einen Beitrag an das Wasserbauprojekt in der Ärgera auf dem Gebiet der Gemeinde Marly.

Dekret vom 15. Juni 2004 über einen Verpflichtungskredit für die Erneuerung und die Erweiterung des Schweizerischen Glasmalerei-Museums im Schloss von Romont.

Dekret vom 15. Dezember 2004 über einen Beitrag für das Wasserbauprojekt im Crausabach auf dem Gebiet der Gemeinden Misery-Courtion und Courtepin.

Dekret vom 15. Dezember 2004 über einen Rahmenkredit für den Ausbau der Bushaltestellen auf dem Kantonsstrassennetz.

1.2 Verordnungen und Reglemente

Verordnung vom 17. Februar 2004 betreffend Schifffahrts-, Bade- und Tauchverbot für den Lac des Joncs.

Verordnung vom 17. Februar 2004 über die Änderung des Ausführungsbeschlusses zur Störfallverordnung des Bundes.

Verordnung vom 24. August 2004 über das Strassenunterhaltspersonal.

Verordnung vom 21. Dezember 2004 zur Änderung des Reglements über das öffentliche Beschaffungswesen.

II. Allgemeines

1. Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK)

Die Konferenz kam dreimal zusammen.

Dabei wurden das Entlastungsprogramm des Bundes, die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA), die Ozonproblematik sowie der eidgenössische Sachplan Verkehr behandelt.

Die Konferenz beschloss, die Position der Kantone in den behandelten Fragen zu bekräftigen und zu verteidigen, namentlich gegenüber dem Bund.

2. Conférence des directeurs des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de la protection de l'environnement de Suisse occidentale et latine (CDTAP-SOL)

Die Konferenz kam zweimal zusammen.

Dabei wurden strategische und zukunftsorientierte Überlegungen zu Entwicklung und Raumplanung in der westlichen Schweiz angestellt sowie der Finanzausgleich und die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantone behandelt.

Die Konferenz beauftragte die CORAT (Conférence des offices romands d'aménagement du territoire et d'urbanisme), einen Entwurf für die Stellungnahme zum Raumentwicklungsbericht, der 2005 vom Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) in Vernehmlassung geschickt werden wird, zu verfassen.

3. Conférence romande des responsables de la protection de l'environnement (CREPE)

Die Konferenz kam nur einmal zusammen.

Dabei wurde unter den Westschweizer Kantonen die Koordination der Verbrennungskapazitäten zur Behandlungen der Abfälle, die Vernetzung der Westschweizer Laboratorien für den Gewässerschutz, das Fortschreiten der baulichen Lärmschutzmassnahmen sowie die Partikelfilter diskutiert. Es ging um die Umsetzungspolitik der Kantone.

III. Personal

Am 1. Juli 2004 löste Staatsrat Beat Vonlanthen Staatsrat Claude Lässer als Direktor für Raumplanung, Umwelt und Bau ab.

2004 umfasste der Personalbestand 8,59 Stellen (Vollzeitäquivalenz).

IV. Forschung nach Kohlenwasserstoffen

Die Gesellschaft FREAG Erdöl AG besitzt eine Forschungsbewilligung für das nordöstliche Kantonsgebiet, die bis zum 15. Juni 2005 gültig ist. Für das restliche Kantonsgebiet wurden keine Forschungsbewilligungen erteilt.

V. Natur und Landschaftsschutz

Büro für Natur- und Landschaftsschutz

Die Zahl der Dossiers, die vom Büro für Natur- und Landschaftsschutz behandelt werden, steigt beständig. Im Jahr 2004 hat das Büro insgesamt 477 Dossiers geprüft und begutachtet, was einer Zunahme von 10 % im Vergleich zum Vorjahr entspricht:

- 207 Bauvorhaben innerhalb von Landschaftsschutzgebieten
- 137 Ortsplanungen, Detailbebauungspläne, Quartierpläne oder generelle Entwässerungspläne
- 37 Projekte von Gewässerverbauungen

- 22 Projekte für Strassen- oder Eisenbahninfrastrukturen
- 15 land- und forstwirtschaftliche Meliorationsprojekte
- 14 Touristische Anlagen
- 13 Gesuche für den Betrieb von Kiesgruben oder Deponien
- 12 Gesuche für die Benützung der öffentlichen Gewässer
- 11 Vernehmlassungsdossiers im Rahmen von Gesetzesänderungen und Richtkonzepten
- 3 Projekte für Hochspannungsleitungen
- 6 weitere Dossiers, die nicht in eine der genannten Kategorien eingeteilt werden können

Für die Prüfung dieser Dossiers wurden zahlreiche Ortsbesichtigungen sowie Arbeits- und Koordinationssitzungen mit den Gesuchstellern, den Projektverfassern und den betroffenen kantonalen Dienststellen durchgeführt.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Büros für Natur- und Landschaftsschutz wirken zudem in mehreren kantonalen und interkantonalen Arbeitsgruppen mit, insbesondere im Rahmen der Umsetzung der einzelnen Bundesinventare, im Bereich ökologischer Ausgleich sowie bei der Ausarbeitung und der Umsetzung neuer Instrumente für die Agrarpolitik des Bundes.

Die Feldequipe der Personen, die Zivildienst oder gemeinnützige Arbeit leisten, erbrachte erneut mehrere tausend Arbeitsstunden für den Schutz, den Unterhalt und die Revitalisierung von Biotopen im ganzen Kanton.

Bei den spezifischen Untersuchungen wurde der Schwerpunkt auf die Erarbeitung von Schutz- und Unterhaltsplänen für Auen- und Amphibienlaichgebiete sowie auf die «Vernetzungsprogramme» im Rahmen der Öko-Qualitätsverordnung gelegt.

Als Folge davon verzeichnet die Zahl der Landwirte, die für die angemessene Nutzung von Magerwiesen und Streuflächen, für die Nutzungseinschränkungen in den Pufferzonen um die geschützten Lebensräumen herum oder für weitere Leistungen zu Gunsten des Natur- und Landschaftsschutzes entschädigt werden, einen stetigen Anstieg.

VI. Öffentliches Beschaffungswesen, das SIMAP-Projekt

Die RUBD hat in verschiedenen Arbeitsgruppen im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens mitgewirkt, und zwar sowohl auf kantonaler Ebene (Westschweizer Kompetenzzentrum für das öffentliche Beschaffungswesen und GIMAP-Arbeitsgruppe, die von der Conférence romande des marchés publics – CROMP – eingerichtet wurde) als auch auf gesamtschweizerischer Ebene (SIMAP-Betriebsgruppe, die, zusammen mit dem Bund, vom Vorstand des Vereins SIMAP.CH eingesetzt wurde).

Der kantonale Administrator und Webmaster hat im Rahmen des SIMAP-Projekts auch die zukünftigen Anwender von simap.ch ausgebildet.

Ziel war, die Website des Kantons spätestens im Februar 2004 in Betrieb zu nehmen. Mit der Veröffentlichung der ersten Ausschreibung am 16. Januar 2004 wurden die gesetzten Fristen eingehalten. Bis Ende 2004 wurden 61 Ausschreibungen und 29 Zuschläge veröffentlicht.

Der Administrator unterstützte die Verfasser der Publikationen und trug auf diese Weise dazu bei, dass die Freiburger Seiten auf simap.ch von den verschiedenen Vergabestellen und von den potenziellen Auftragnehmern rege benutzt wurden. In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, dass mehr als 500 Anmeldungen direkt über die Website aufgenommen wurden.

Dank der Erfahrung, die er mit dem Betrieb von simap.ch sammeln konnte, konnte der kantonale Administrator eine aktive Rolle in der Revision des Reglements über das öffentliche Beschaffungswesen (ÖBR) einnehmen. Mit der Verordnung vom 21. Dezember 2004 wurde die Revision offiziell abgesegnet.

Da mit der Revision des ÖBR auch die Gemeinden verpflichtet werden, ihre Ausschreibungen im offenen oder selektiven Verfahren ab einem bestimmten Betrag auf simap.ch zu veröffentlichen, werden die Kurse über die Benutzung von simap.ch, die 2003 den Dienststellen des Staats vorbehalten waren, nun auch Gemeinden und Auftragnehmern (Architekten- und Ingenieurbüros) angeboten. Insgesamt wurden bisher 39 Vertreter von Gemeinden (aus 32 Gemeinden) und 21 Vertreter von Auftragnehmern (aus 17 Architekten- und Ingenieurbüros) ausgebildet.

Der Betrieb der Website wurde im Rahmen der oben erwähnten Betriebsgruppe und im Rahmen der Instruktionen in zahlreichen Punkten verbessert.

2005 soll die Ausbildung der zukünftigen Benutzer fortgeführt und die Benutzung von simap.ch verstärkt werden. Ausserdem muss die Schnittstelle in technischer Hinsicht in verschiedenen Punkten umgestaltet werden, um die Datenübertragung zwecks Veröffentlichung im Amtsblatt zu verbessern.

Tiefbauamt

I. Allgemeine Tätigkeit

Die Tätigkeiten des Tiefbauamts (TBA) waren im Jahr 2004 hauptsächlich von folgenden Ereignissen geprägt:

- Wiederherstellungsarbeiten an Abschnitten der Kantonsstrassen, darunter insbesondere die B340 St-Aubin – Delley. Diese Arbeiten wurden nötig, weil das Alter, das erhöhte Verkehrsaufkommen und der strenge Winter an besonders exponierten Stellen den Strassen zuge-setzt hatten;
- Beginn der Bauarbeiten für die Umfahrungsstrasse H189 auf dem Gebiet der Gemeinde Bulle. Der Bau des Trême-Tunnels wurde wegen einer Beschwerde gegen die Vergabe verzögert;
- Abschluss der Ausbauarbeiten auf den Kantonsstrassen zwischen Pensier und Courtepin (B040) sowie zwischen Matran und Posieux (B025), inklusive neue Brücke über die Glane; Abschluss der Arbeiten an der B060 Menziswil – Tafers;
- Weiterführung der bedeutenden Baustellen auf der B101 Montbovon – La Tine, der B150 Châtel-St-Denis – Bossonens und der Ortsdurchfahrt von Fétigny (B251);
- Beginn der Ausbauarbeiten an der Ärgera (Durchque-rung von Marly);
- Mitwirkung bei den Studien zum Agglomerationsver-kehr, beim Ausarbeiten des kantonalen Verkehrsplans sowie beim Ausbau der Murtenstrasse in Freiburg und in Granges-Paccot (Planung);
- Mitarbeit bei der Revision des Ausführungsreglements vom 7. Dezember 1992 zum Strassengesetz (ARStrG).

1. Stab

Die Kadermitglieder des TBA wirken in zahlreichen Kom-missionen mit. Sie beteiligen sich an interdisziplinären und interdepartementalen Koordinationsaufgaben. Sie nehmen zu den Vernehmlassungen von Bund, Kanton und Gemein-den Stellung. Sie pflegen die Beziehungen zum Bundesamt für Strassen (ASTRA), um Bundesbeiträge für Strassenar-beiten zu erhalten. Die Mitarbeiter des Stabes übernehmen Aufgaben in den Bereichen Qualitätssicherung, Planung, Informatik, Verwaltung des Personals, Führung mit Leis-tungsauftrag und analytische Buchhaltung.

2. Kommissionen und Arbeitsgruppe

Das TBA wirkte in folgenden Kommissionen und Arbeits-gruppen mit:

- Association mondiale de la route (AIPCR), technische Kommission 4.1, Bewirtschaftung der Strassen
- Schweizerischer Verband der Strassen- und Verkehrs-fachleute (VSS), technische Kommission 7, Bewirt-schaftung der Unterhaltsarbeiten

- Verkehrskommission der Stadt Freiburg
- technische Kommission des Verkehrsverbunds der Agglomeration Freiburg (CUTAF)
- Kommission Organisation für den Katastrophenfall im Kanton Freiburg (ORKAF)
- Kommission Kantonaler Führungsstab der Gesamtver-teidigung (KFS)
- Kommission für den Verkehr auf Meliorations- und Forststrassen
- Kommission für Verkehrserziehung
- Kommission Schweizer Sicherheitsfunknetz (Polycom)
- Unterkommission Fussgänger in der Stadt Freiburg
- Unterkommission Fahrräder in der Stadt Freiburg
- Arbeitsgruppe Koordination der Verkehrsfragen
- Arbeitsgruppe Revision des kantonalen Verkehrsplans
- Arbeitsgruppe über den Übertrag der Aufgaben und Befugnisse an die Gemeindepolizei
- Arbeitsgruppe Aufwertung des Strassenraums VAL-TRALOC;
- Arbeitsgruppe Strassenverkehrssicherheit
- Bundesamt für Strassen, Projekt MISTRA, Strategi-scher Ausschuss
- Bundesamt für Strassen, Projekt STRADA, Strategi-scher Ausschuss

3. Vernehmlassungen

Das TBA hat bei den Vernehmlassungen folgender Angele-geheiten Stellung genommen:

- SJD Änderung von Bundesverordnungen im Bereich Strassenverkehr
- ASTRA Revision des Europäischen Übereinkommens über die internationale Beförderung gefährli-cher Güter auf der Strasse (ADR)
- RUBD Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA)
- VEA Schaffung einer juristischen Basis auf Bun-desebene für die Verkehrscoordination
- EKSD Sportkonzept
- SJD Reglementsorentwurf über die Ausarbeitung der Erlasse (AER)
- RUBD Revision des RPBG und des ARRFBG
- BRPA Sachplan Arbeitszonen, Inventar
- VWD Änderung des Bundesgesetzes über den Bin-nenmarkt (BGBM)
- BRPA Bundesgesetz über Regionalpolitik (NRPG)
- BRPA Publikumsintensive Einrichtungen – Harmo-nisierung des Richtplans und des Luftreinhal-temassnahmenplans

- BRPA Waldentwicklungsplan der Broye (Waadt und Freiburg)
- VWD Vorentwurf Tourismusgesetz
- SJD Revision der Schiffbauverordnung und der diesbezüglichen Ausführungsbestimmungen
- RUBD Vorentwurf für eine Verordnung über den Internetauftritt des Staats Freiburg

4. Allgemeine Planung

Das TBA nahm an Verkehrsstudien in der Agglomeration, an der Ausarbeitung des kantonalen Verkehrsplans und am Umbau der Murtenstrasse in Freiburg und Granges-Paccot teil.

5. Informatik

Bei den laufenden Projekten hielt sich das TBA an die im Richtschema Informatik (SDI) von 2003 definierten Prioritäten.

Laufende Projekte:

- Strassendatenbank STRADA-DB, Version 3.01: operationelle Phase, in der Daten verwaltet und ausgetauscht werden können, um Ergebnisse für das Management der Strassenerhaltung (MSE) zu erhalten. Anfangs Februar 2005 soll die neue Version STRADA-DB 3.02 installiert werden;
- STRADA-VIEW / Axeband (Version 3.01P3a): Das Tool zur graphischen Darstellung von Angaben aus der Strassendatenbank STRADA-DB wurde von den verschiedenen Westschweizer Kantonen installiert. Anfangs Februar 2005 soll die neue Version Axeband 3.02 installiert werden;
- Bereits wird mit MISTRA am Nachfolgeprodukt von STRADA gearbeitet: Dieses Projekt wird vom Bundesamt für Strassen geleitet, wobei die Kantone in den verschiedenen Phasen des Projekts zu Rate gezogen werden. 2004 wurden 5 Prototypen bewertet. Einer davon wird ausgewählt werden. Der Prototyp wird von 2005 bis 2007 von den berücksichtigten Unternehmen weiterentwickelt werden. 2007 soll STRADA durch MISTRA ersetzt werden;
- Lärmkataster: Migration von Géobruit (DOS) auf eine neue Anwendung, die mit Windows XP kompatibel ist;
- Verwaltungssystem für Gewässer SI-Eaux: Im Laufe der Vorstudie hat sich gezeigt, dass eine kantonale und interkantonale Koordination dringend nötig ist. Die Koordinationsbestrebungen sind im Gange und die Wahl der Software wird davon abhängen;
- Verwaltungssystem für Unfälle SI-Accidents: Bei diesem Projekt ist eine enge Zusammenarbeit und eine entsprechende Koordination mit der Verkehrspolizei nötig; davon hängen gewisse Entscheide über die derzeit verwendete Software BD-Unfall ab. Die Polizei hat sich diesbezüglich bereits für bestimmte Optionen entschieden. Die Koordinationsbemühungen sind im Gange;

- Verwaltungssystem für die Kanalisationen SI-Canalisations: Die Priorität dieses Projekts wurde gemäss SDI neu festgelegt. Es besteht eine Beziehung zwischen diesem Projekt und SI-Eaux. Ausserdem braucht es dieses Projekt, damit unsere Abwasserbeseitigungsanlagen bestmöglich verwaltet werden können. Entsprechend wurde mit der Vorstudie begonnen.

II. Personal

2004 umfasste der Personalbestand 210,68 Stellen (Vollzeitäquivalenz).

III. Sektion Verwaltung

1. Statistik über die Verwendung der Strassenkredite

Die Verwendung der Strassenkredite erfolgte auf der Grundlage verschiedener Dekrete des Grossen Rats.

Die Bruttogesamtausgaben betragen 31 638 922 Franken. Die am 31. Dezember 2004 verfügbaren Verpflichtungskredite betragen einschliesslich Beiträge des Bundes und Dritter 280 333 067 Franken.

2. Statistik über die erteilten Bewilligungen

- 209 Gesuche zur Benützung der öffentlichen Strassen und Gewässer wurden geprüft und bewilligt.
- 20 Vereinbarungen zwischen dem TBA und verschiedenen Gemeinden, gemeinnützigen Verbänden und Privaten wurden ausgearbeitet und unterzeichnet.
- 15 Gesuche für einen Anschluss der Abwasserleitungen an die Kanalisation entlang der Kantonsstrassen wurden geprüft und provisorisch bewilligt.
- 30 Dienstbarkeitsverträge.

IV. Sektion Projektierung und Realisierung von Strassen

IV.1 Sektor Projektierung von Strassen und Kunstbauten

1. Öffentliche Auflage von Plänen für Strassen und Kunstbauten

Vor der öffentlichen Auflage werden die Strassenpläne den betroffenen Dienststellen und Organen zur Vorprüfung und Begutachtung vorgelegt. 64 Dossiers wurden in die Vernehmlassung geschickt; die Gutachten wurden im Durchschnitt 3,8 Wochen nach Eingang ausgestellt.

Strasse	Sektor	Nr.	Gemeinde
011	14		Neyruz; Ausbau der Ortsdurchfahrt, 2. Etappe
012	3		Le Glèbe, Estavayer-le-Gibloux; Einrichtung zweier Sichtbermen

Strasse	Sektor Nr.	Gemeinde
016	17 – 18	Wünnewil-Flamatt; Massnahmen zur Erhöhung der Fussgängersicherheit innerhalb der Ortschaft
030	9 – 10	Grolley; Ausbau der Ortsdurchfahrt (VALTRALOC)
035	7	Estavayer-le-Lac; Ausbau des Kreisels der Tuilière und der Strasse, die zur Pyramide Suisse führt
080	7	Tentlingen; Ausbau Kreuzung Fromatt – Dorfstrasse
080	7 – 8	Tentlingen; Ausbau zweier Bushaltestellen und Errichtung einer Mauer
095	4	Ferpicloz; Einrichtung einer Sichtberme
104		Bulle; H189, Änderungen am Projekt infolge einer Sicherheitsstudie
110	9	Charmey; Wiederherstellung der Kantonsstrasse zwischen der Javrozbrücke und der Ortschaft
110	11	Charmey; Wiederherstellung der Kantonsstrasse und eines Trottoirs auf dem Abschnitt Gondelbahn – Le Chêne
110	17	Im Fang; Bau einer Kanalisation
150	1	Châtel-St-Denis; Errichtung eines Kreisels mit überfahrbarer Mittelinsel auf der Kreuzung der Coula
200	1	Montet (Glâne); Ausbau zweier Bushaltestellen und Errichtung eines Trottoirs
240	16	Treyvaux; Vergrösserung der Kantonsstrasse und Errichtung eines Trottoirs am Eingang der Ortschaft
280	1	Ménières; Errichtung eines Trottoirs in Richtung Granges-Marnand

2. Genehmigung von Plänen für Strassen und Kunstbauten

Nach Abschluss der öffentlichen Auflagen für die oben genannten Projekte sowie für die früheren Projekte wurden 21 Einsprachen eingereicht. Einschliesslich der hängigen Einsprachen konnten 5 Einsprachen in Einigungsverhandlungen erledigt werden. 13 Einsprachen waren Gegenstand eines Entscheids der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion.

Vor der Genehmigung und abhängig vom Ergebnis der Vorprüfung sowie der öffentlichen Auflage wurden die Pläne den zuständigen Dienststellen und Organen zur Schlussprüfung vorgelegt. 55 Dossiers wurden in die Vernehmlassung geschickt; durchschnittliche Dauer: 4,0 Wochen.

Folgende Projekte wurden geprüft und der zuständigen Behörde zum Entscheid vorgelegt:

a) Kantonale Objekte

Strasse	Sektor Nr.	Gemeinden
012	3	Le Glèbe, Estavayer-le-Gibloux; Einrichtung zweier Sichtbermen
050	17	Plaffeien, Rufenen – der Hubel; Vergrösserung der Kantonsstrasse, zweier Bushaltestellen und der Gemeindestrasse in Richtung Sense
080	8	Tentlingen; Einrichtung zweier Bushaltestellen
095	4	Ferpicloz; Einrichtung einer Sichtberme
141	6	Le Crêt; Neugestaltung der Kreuzung zwischen der Kantonsstrasse und der Gemeindestrasse Le Crêt-Grattavache
150	4 – 5	Attalens – Bossonnens; Wiederherstellung, Korrektur und Ausbau der Kantonsstrasse, Sektor 4, La Verna – Es Granges und Sektor 5 Es Granges – En Biolley
200	1	Montet (Glâne); Ausbau zweier Bushaltestellen und Errichtung eines Trottoirs
340	5	Delley, Trottoir

b) Städtebauliche Objekte

Strasse	Sektor Nr.	Gemeinden
010	7	Bouloz; Bau eines Trottoirs entlang der Kantonsstrasse
011	14	Neyruz; Ausbau der Ortsdurchfahrt, 2. Etappe
016	17 – 18	Wünnewil-Flamatt; Massnahmen zur Erhöhung der Fussgängersicherheit innerhalb der Ortschaft
037	7	Cheyres; Bau eines Trottoirs und einer Sammelleitung
080	7	Tentlingen; Ausbau Kreuzung Fromatt – Dorfstrasse
280	1	Ménières; Errichtung eines Trottoirs in Richtung Granges-Marnand
340	5	Delley; Einrichtung eines Kreisels auf der route de Villars
420	2	Vuisternens-dt-Romont; Bau eines Trottoirs und einer Bushaltestelle entlang der Kantonsstrasse

3. Planungsstudien 2004

Die Beteiligung Dritter an der Planung wurde namentlich für folgende Projekte fortgesetzt oder beendet:

- Stiftung «Veloland Schweiz» / Schweizer Velorouten: Einrichtung von Routen für Fahrräder, Skates usw. im Kanton und Koordination mit den schweizerischen

- Velorouten auf Kantonsboden; Prüfung von Optimierungsvorschlägen für das kantonale Velonetz; Aktualisierung der Signalisation;
- Freiburg – Granges-Paccot: genossenschaftliches Projekt Plateau d’Agy;
 - Stadt Bulle; Begleitmassnahmen zum Bau der H189, Aufträge für parallele Studien.
- Projekt für den Unterhalt der Wälder entlang der Kantonsstrassen.
- Nachfolgende Planungsstudien wurden weitergeführt oder beendet:
- CIG – Moncor: Konzept für den Umbau der Kreuzung Belle-Croix in Villars-sur-Glâne;

4. Ausführungsprojekte für Kantonsstrassen

Strasse	Sektor	Bezeichnung	Merkmale			Stand der Arbeiten		
			Länge m	Breite m	Durch- messer m	Vor- projekt	Aus- führungs- projekt	%
011								
140	1	Romont; Vorstudie für die Umfahrung	1 500	7		x		80
011	20	Villars-sur-Glâne; Neubau der route du Condoz inkl. Errichtung zweier Kreisel und einer Bushaltebucht	900	6	26		x	75
016	17-18	Wünnewil-Flamatt; Sicherheitsmassnahmen für Fussgänger					x	100
019	1	Freiburg; Poya-Projekt (Brücke und gedeckter Einschnitt)	1 500	14,5		x		30
030								
032	8	Grolley; Errichtung eines Kreisels bei La Rosière			36	x		100
030	9-11	Grolley; Ortsdurchfahrt und Bau eines Kreisels	1 750	6	24		x	75
037	7	Cheyres; Bau eines Trottoirs und einer Kanalisation beim Ausgang von Cheyres	250	6			x	100
040	7	Courtepin; Ausbau des Kreisels «La Colline»			26	x		20
040	7-8	Courtepin; Ortsdurchfahrt	1 570	6,5-7		x		10
040	14	Courgevaux; Bau eines Trottoirs und einer Kanalisation bei Champ Olivier	320	1,65			x	100
050	3	Salvenach; Bau eines Kreisels			26	x		40
050	8	Kleinböisingen; Kreisel und Sichtberme			26	x		40
050	11-12	Düdingen; Ortsdurchfahrt, VALTRALOC-Studie	1 500	7			x	100
050	17	Plaffeien; Rufenen – Der Hubel, Ausbau der Kantonsstrasse, zweier Bushaltestellen und der Gemeindestrasse in Richtung Sense	600	6			x	100
050	20-21	Alterswil; Ortsdurchfahrt, VALTRALOC-Studie	500	6		x		100
080	8	Tentlingen; Einrichtung von Bushaltebuchten in Dürrenberg					x	100
080	14-15	Plasselb, Oberschrot; Ausbau der Kantonsstrasse und von Radstreifen	2 200	6			x	100
080	14-15	Plasselb, Oberschrot; Errichtung einer Bushaltebucht in Plasselb, Ausbau dreier Rückhaltebecken	60	3			x	75
080	18	Plaffeien; Rufenen – Der Hubel; Ausbau der Kantonsstrasse und der Bushaltestellen	450	6			x	100
080	19	Plaffeien; Sanierung der Mauern unterhalb von Riedle	56	2			x	70
090	10-11	Le Mouret; Ortsdurchfahrt und Ausbau zweier Kreisel	675	7	26-28		x	75
101	15-16	Haut-Intyamon; Ausbau der Ortsdurchfahrt von Montbovon und der 5-Brücken-Stätte (site des 5 ponts)	600	6			x	75
102	1	Freiburg; SBB-Überführung bei der Fonderie	34	16,7		x		70
104		Bulle; H189, Umgestaltung des Projekts infolge der Sicherheitsstudie	1 600	7		x		100
104		Bulle; H189, Umgestaltung des Projekts infolge der Sicherheitsstudie	1 600	7			x	50
110	7	Châtel-sur-Montsalvens; Einrichtung einer Bushaltebucht		6			x	100
110	11	Charmey; Ortsdurchfahrt von Charmey, Wiederherstellung der Kantonsstrasse und eines Trottoirs auf dem Abschnitt Gondelbahn – Le Chêne	500	7			x	100
110	17	Im Fang; Bau einer Kanalisation und mehrerer Banketten	530	6			x	100
120	1	Gruyères; Brücke über die Trême in Epagny	400	6,5		x		
136	1	Vaulruz; Ausbau der Kantonsstrasse zwischen Croix-Verte und dem Rathaus	650	5,5			x	100

Strasse	Sektor	Bezeichnung	Merkmale			Stand der Arbeiten		
			Länge m	Breite m	Durch- messer m	Vor- projekt	Aus- führungs- projekt	%
140	1-9	Romont-Vaulruz; allgemeine Planungsstudie für die Verbesserung der Strassenverbindung	11 000	7		x		25
141	6	Le Crêt; Ausbau der Kreuzung «Le Crêt»	50				x	100
150	4-5	Attalens, Bossonnens; Neubau, Korrektur und Vergrösserung der Kantonsstrasse Châtel-St-Denis – Palézieux (Kantonsgrenze VD) Abschnitt 4 La Verna-Es Granges und Sektor 5 Es Granges-En Biolley					x	100
242	4	La Roche; Serbache-Brücke	13	6,2		x		80
351	5	Kerzers; Einrichtung eines Trottoirs, Mühlegasse-Kreuzbergstrasse	30	1,65		x		75
410	1	Zumholz; Breitenacker, Ausbau und Stabilisierung der Kantonsstrasse	500	6		x		100

5. Kontrolle und Unterhalt der Kunstbauten im Kantonsstrassennetz für das Jahr 2004

Anzahl kontrollierter Bauten:

Brücken: 41 Inspektionen (20 Haupt- und 21 Zwischeninspektionen), wovon 1, die von externem Auftragnehmer durchgeführt wird, noch im Gange ist.

Durchlässe: Keine Inspektion

Mauern: 17 Inspektionen

Unterhalts- und Instandsetzungsarbeiten, namentlich:

Strasse	Sektor Nr.	Gemeinde, Bauwerk, Arbeiten
016	12	Wünnewil; Mühlitalmauer, Dorfkreuzung, Unterfangen der Mauer mit Beton um ein Absinken der Mauer zu verhindern (Unterfangen in Tranchen von 1 m auf einer Länge von ungefähr 10 m auf der Seite Schmitten).
090	3	Freiburg; Pérollesbrücke, Reparaturarbeiten an den Randsteinerhöhungen und am Trottoirbelag. Verbesserung der Fahrbahnübergänge beim Trottoir.
090	20	Hauteville; Stützmauer der Schule, Instandsetzung und Erhöhung inklusive Austausch der Leitplanken.
110	5	Broc; Brücke über den Jaunbach, Beseitigung der Zugangskammern zu den Kästen auf der Fahrbahn (da undicht und gefährlich); Einrichtung eines Mannlochs in der unteren Platte für Zugang mittels Turmwagen oder Gelenksteiger, Bohrung für die Belüftung der Kästen sowie kleinere Arbeiten.
110	8	Charmey; Brücke über den Javrozbach, Test-Reparaturarbeiten bei der Trottoirhebung an zwei Orten.

Strasse	Sektor Nr.	Gemeinde, Bauwerk, Arbeiten
110	19	Jaun; Brücke über den Allmendbach, Instandsetzung des Voutenträgers und der Stützmauer direkt bachaufwärts, Verlegung eines neuen Fahrbahnbelags.
250	3	Villeneuve; Mauer der Côte de Vigny, Instandsetzung und Stabilisierung mit Nägeln und Drahtgittern.
331 und	332	Bas Vully; Brücke über den Broyekanal in Sugiez und Brücke über den Broyekanal in Sauge, Beseitigung des Gatik-Deckels für den Zugang zu den Pfeilern von der Brückenplatte her (da gefährlich, laut und undicht) gleichzeitig zur Beseitigung der Armeeinstallationen.

Insgesamt wurden an weiteren 31 Bauwerken – d.h. an 21 Brücken, 3 Durchlässen und 7 Mauern – Reinigungs- und kleinere Reparaturarbeiten vorgenommen.

Statische Kontrollen der Bauwerke im Hinblick auf die Einführung des 40-t-Verkehrs auf dem Strassennetz:

Anzahl geprüfter Bauwerke: 18 Brücken, davon 10 durch externe Auftragnehmer und 8 intern

Anzahl Bauwerke, deren Überprüfung im Gange ist: 4 Brücken

6. Gemeindestrassen

Genehmigungen und Entscheide

Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen und auf Antrag der betroffenen Gemeinden wurden Vorschläge und Projekte für Strassen, Trottoirs, Kreisel-Kreuzungen, Fussgängerwege, Ausweichstellen, Tempo-30-Zonen, verkehrsberuhigende Massnahmen, Bushaltestellen, Strassengabelung, Sammler für Abwasser und unverschmutztes Wasser, eine Brücke, Kanalisationen, die Errichtung einer Sackgasse, den Bau eines Eingangstors geprüft und anschliessend den zuständigen Behörden zum Entscheid vorgelegt.

Die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion hat 33 Pläne für Gemeindestrassen und Trottoirs genehmigt.

7. Kantonales Strassennetz – Vergabe von Aufträgen gemäss Reglement über das öffentliche Beschaffungswesen

Der Staatsrat beschloss den Zuschlag zweier Mandate (über 100 000 Franken) für folgende Objekte:

Strasse	Sektor Nr.	Gemeinde
102	1	Freiburg; SBB-Überführung bei der Fonderie, Austausch der Stützplatte
104	–	Bulle, La Tour-de-Trême; Überprüfung des Bauwerks vor Beginn der Bauarbeiten für den Tunnel unter der Trême

Ausserdem wurden von der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion bzw. vom TBA weitere 36 Mandate vergeben.

8. Baubewilligungen, Bebauungspläne, GEP, Güterzusammenlegungen

Folgende Objekte waren Gegenstand einer internen Stellungnahme des Sektors P+R:

108 Vorprüfungsgesuche und Baubewilligungen für Arbeiten entlang der Kantonsstrassen sowie Detailbebauungspläne und Ortsplanungen;

23 Dossiers zu generellen Entwässerungsplänen (GEP);

14 Dossiers zu Güterzusammenlegungen und Bestandsaufnahmen der öffentlichen Sachen.

9. Aufwertung des Strassenraums von Ortsdurchfahrten (VALTRALOC)

Das VALTRALOC-Büro und die Untergruppe VALTRALOC setzen sich aus Vertretern der Dienststellen zusammen, die hauptsächlich von VALTRALOC-Projekten betroffen sind. Sie beraten die Gemeindebehörden und die Urheber der Projekte in den verschiedenen Phasen der Studie.

Folgende Bewerbungsdossiers wurden 2004 dem VALTRALOC-Büro unterbreitet:

Strasse	Sektor Nr.	Projekt
190	1	Ortsdurchfahrt von Auboranges
130	6	Ortsdurchfahrt von Semsales

Folgende Vorprojekte wurden 2004 der Untergruppe VALTRALOC unterbreitet:

Strasse	Sektor Nr.	Gemeinde
090	10 – 11	Ortsdurchfahrt von Le Mouret
030	9 – 10	Ortsdurchfahrt von Grolley
020	9 – 10	Ortsdurchfahrt von Rosé
040	7 – 8	Ortsdurchfahrt von Courtepin
240	13 – 14	Ortsdurchfahrt von Rossens
H189		Begleitmassnahmen zur Umfahrungsstrasse Bulle – La Tour-de-Trême

10. Bundesverordnung über den Schutz gegen Störfälle (StFV)

Zweck der StFV ist es u.a., die Bevölkerung und die Umwelt vor schweren Schädigungen infolge von Störfällen bei der Beförderung gefährlicher Güter zu schützen. Das Tiefbauamt ist in seiner Funktion als Eigentümer der Verkehrswege für die Anwendung der StFV auf den Hauptachsen des Kantonsstrassennetzes verantwortlich.

11. Teilnahme an Arbeitsgruppen

Der Sektor P+R nahm an folgenden internen Arbeitsgruppen teil:

Revision des Ausführungsreglements vom 7. Dezember 1992 zum Strassengesetz (ARStrG);

EDV-Projekt, Verwaltungssystem für die Kanalisationen (SI-Canalisations);

EDV-Projekt, Verwaltungssystem für Unfälle (SI-Accidents).

IV.2 Sektor Grundstückerwerb

Für 17 Ausbau-Baustellen und 1 Unterhaltsbaustellen wurden Verhandlungen mit den betroffenen Grundeigentümern geführt.

Ausserdem sind Mutationsverbale für 70 Ausbau- und Unterhaltsbaustellen im Zusammenhang mit Gemeindearbeiten auf den Kantonsstrassen (Kreisel, Vorsortierungen, Trottoirs usw.) entweder erledigt worden oder in Bearbeitung.

Die Verwaltung der Privatgrundstücke des Staates (Gesamtfläche rund 1 785 580 m²) und die Fakturierung der Pachtzinse für an Dritte vermietete Grundstücke wurde fortgeführt, wobei sich die Mieterträge insgesamt auf 157 143 Franken beliefen.

Behandlung der Dossiers im Zusammenhang mit Neuvermessungen und laufenden Güterzusammenlegungen.

Mitarbeit bei den Arbeiten der Melorationskörperschaft La Tour-de-Trême und der Güterzusammenlegungsgenossenschaft Bulle (H189).

IV.3 Sektor Bauleitung

Die Gesamtlänge des Kantonsstrassennetzes beträgt zurzeit 634 km (zuzüglich die Bewirtschaftung von 5,478 km der Strasse Montbovon-Allières).

Das Vorankommen der Bauarbeiten in Prozenten per Ende 2003 und per Ende 2004 ist aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich:

Nr.:	Nummer der Kantonsstrasse
B:	nominale Fahrbahnbreite in m
L:	Streckenlänge in m
F:	Fläche in m ²

Str. Nr.	Abschnitt	B	L	F	SRB	INFRA		BELAG	
						2003	2004	2003	2004
	<i>b) 2004 durchgeführte Arbeiten</i>								
	1. Strassen								
	<i>Dekret vom 18. Oktober 2000</i>								
104	Bulle – La Tour-de-Trême, Umfahrungsstrasse, Los 121 Überführung und Anpassungen La Léchère Strassenarbeiten (provisorische Umleitung und Anpassung)	6,00	290	1 740	01.07.03	–	30	–	–
	Los 122 Überführung und Anpassungen Planchy Strassenarbeiten (provisorische Umleitung und Anpassung mit Velostreifen)	6,00	280	1 680	01.07.03	–	30	–	–
	Los 131 Kanalisation Nord, Ø 40 – 90 cm	–	236	–	04.02.03	–	80	–	–
	Los 221 Verwaltung der Baustoffe und Betonherstellung	–	–	–	06.04.04	–	–	–	–
	<i>Dekret vom 25. März 2003</i>								
080	Plaffeien; Rufenen – Der Hubel	6,00	430	2 800	18.05.04	65	–	–	–
	2. Kunstbauten								
	<i>Dekret vom 18. Oktober 2000</i>								
104	Bulle – La Tour-de-Trême, Umfahrungsstrasse, Los 121 Überführung und Anpassungen La Léchère	10,00	29,5	295	01.07.03	–	30	–	–
	Los 122 Überführung und Anpassungen Planchy	13,20	27	355	01.07.03	–	30	–	–
	Los 212 Trême-Tunnel	7,50	580	4 350	23.06.04	–	–	–	–

IV.4 Sektor Bewirtschaftung der Strassen

1. Schutz gegen Strassenlärm

Alle nachstehend aufgeführten Aufgaben wurden entsprechend der Lärmschutzverordnung (LSV) vom 15. Dezember 1986 und dem Ausführungsbeschluss des Staatsrats vom 8. Juli 1988 ausgeführt.

- Erstellung von 135 LSV-Gutachten, hauptsächlich im Zusammenhang mit Baugesuchen, aber auch Detailbebauungsplänen, Detailerschliessungsplänen, Ortsplanrevisionen und Strassenprojekten. Für jedes Gutachten wurde eine Berechnung des Lärmpegels im Vergleich zum Lärmbelastungskataster des betreffenden Sektors durchgeführt.
- Messung des Lärmpegels an 27 Standorten sowie Verfassung der entsprechenden Lärmbelastungsberichte.
- 10 Lärmmessungen im Rahmen eines Programms zur Überwachung der akustischen Vorteile von lärm-schluckenden Belägen auf den Kantonsstrassen.
- Aufnahme von 9 Studien zur Bekämpfung des Strassenlärms; die Überwachung und Überprüfung in diesem Zusammenhang wurden gewährleistet. Für 7 Dossiers mussten gemäss dem Umwelt-Konzept Nr. 301 «Aspekte über die wirtschaftliche Vertretbarkeit und die Verhältnismässigkeit der Massnahmen zum Lärmschutz» die Verhältnismässigkeit der Kosten berechnet werden. 7 dieser Studien konnten bereits abgeschlossen werden.

- Derzeit ist eine Studie zur Integration einer Lärmschutzwand für den Sektor des Motels in Epagny (Gruyères) im Gange.
- Follow-Up der Migration des Lärmkatasters von Géo-bruit nach ArcView. Dieses Projekt befindet sich in seiner Schlussphase.
- Ausarbeitung und Weiterleitung an das BUWAL zur Genehmigung von 5 Teilsanierungsprogrammen gegen den Strassenlärm.
- Ausserdem wurden 13 Klagen von Privaten oder Gemeinden behandelt, die übermässige Lärmbelastungen entlang der Kantonsstrassen betrafen (Lärm-messungen vor Ort und akustische Berichte).
- Die Strassenlärmschutzmassnahmen auf dem Abschnitt «Les Epinettes» der Kantonsstrasse in Marly sowie in der Ortsdurchfahrt von Epagny (Gruyères) konnten abgeschlossen werden.

2. Verkehrszählungen

Entlang der National- und Kantonsstrassen wurden punktuelle Zählungen vorgenommen. Dadurch kann die Verkehrsentwicklung verfolgt werden.

3. Geschwindigkeitsmessungen

Der Sektor Bewirtschaftung der Strassen hat an 13 Standorten Verkehrs- und/oder Geschwindigkeitsmessungen vorgenommen. Dank dieser Messungen konnten Entschei-

de über die Signalisation gefällt werden. Einige dieser Messungen werden es zudem erlauben, Vergleiche zwischen der Situation vor einer verkehrsberuhigenden Massnahme und der Situation danach anzustellen.

4. Baubewilligungen und Bebauungspläne

2004 wurden 2409 Baubewilligungsgesuche oder Bewilligungsgesuche für Umbauten von Gebäuden entlang der öffentlichen Strassen geprüft und begutachtet. Für 2395 dieser Gesuche wurden günstige Gutachten, für 2 provisorisch ungünstige Gutachten und für 12 ungünstige Gutachten erstellt.

Ferner wurden 251 Abweichungen mit Grundbucheintrag und 116 Abweichungen ohne Grundbucheintrag gewährt. Ausserdem wurden 421 Vorgesuche, insbesondere für Zufahrten zum öffentlichen Strassennetz, geprüft. Weiter waren 147 Dossiers für Ortsplanungen, 59 Detailbebauungspläne und 12 generelle Entwässerungspläne Gegenstand von Vorprüfungen oder Gutachten im Hinblick auf deren Genehmigung.

5. Sondertransporte

Die Erhaltung der Routen für Sondertransporte konnte in Zusammenarbeit mit den zuständigen Diensten der Nachbarkantone gewährleistet werden.

6. Sicherheitsanalysen und Verkehrsuntersuchungen

Folgende Analysen und Untersuchungen wurden durchgeführt:

- 24 Unfallstatistiken,
- 11 Sicherheitsanalysen,
- 8 Verkehrsuntersuchungen.

Diese Untersuchungen ermöglichen die Planung und Realisierung von Verkehrs- bzw. Signalisationsmassnahmen auf Kantons- und Gemeindestrassen.

Im Rahmen seiner Tätigkeit als Kantonsdelegierter bei der Schweizerischen Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) und im Hinblick auf eine bessere Unterstützung der Gemeinden hat ein Mitarbeiter des Sektors Bewirtschaftung der Strassen an 3 Kursen und Seminaren zum Thema Sicherheit auf der Strasse teilgenommen.

7. Verkehrsverbund der Agglomeration Freiburg (CUTAF)

Der Sektor Bewirtschaftung der Strassen hat das Tiefbauamt bei den 7 Sitzungen der technischen Gruppe des CUTAF vertreten. Aufgabe dieser Gruppe ist die technische Begleitung des CUTAF-Generalprojekts.

8. Revision des Ausführungsreglements zum Strassengesetz (ARStrG)

Der Sektor Bewirtschaftung der Strassen leitet die interne Arbeitsgruppe, die mit der Revision des ARStrG betraut ist.

9. Unfallkataster

Der Sektor Bewirtschaftung der Strassen leitet die interne Arbeitsgruppe, die mit dem EDV-Projekt für einen Unfallkataster betraut ist.

10. Andere Kommissionen und Arbeitsgruppen

Der Sektor Bewirtschaftung der Strassen ist ausserdem Mitglied folgender Instanzen:

- VALTRALOC-Büro und Untergruppe;
- technische Gruppen für die Begleitung der «Plateau d'Agy-Studien»;
- technische Gruppe und Ausschusskomitee für die «CIG-Moncor-Studien»;
- technische Gruppe für die Wiederinstandsetzung des Glion-Tunnels;
- Unterkommission Fussgänger / Fahrräder in der Stadt Freiburg;
- Kommission Verkehrserziehung.

V. Sektion Unterhalt der National- und Kantonsstrassen

1. Unterhalt der Kantonsstrassen

Auf der Grundlage des Budgets 2004 wurden 6 800 000 Franken für den Unterhalt der Kantonsstrassen eingesetzt, und zwar:

1.1 Baulicher Unterhalt – Von Bauunternehmen im Jahr 2004 ausgeführte Arbeiten:

a) Fundamente	7 100 m ²
b) Verstärkungen und Neuprofilierungen	1 823 m ²
c) Beläge: Trag- und Deckschicht	68 395 m ²
d) Oberflächenbehandlung	0 m ²
e) Einprofilierungen durch Fräsen	62 647 m ²
f) Böschungen und Strassenschultern	0 m ²
g) Kanalisationen	68 m
h) bituminöses Mischgut	8 351 t

Anzahl ausgeführter Analysen des bituminösen Mischgutes: 62

Die Kosten dieser Arbeiten beliefen sich auf 2 614 571 Franken.

1.2 Ausserordentliche Ausgaben

1.2.1 1 191 847 Franken wurden aufgewendet, um die Finanzierung der Baustelle auf der Kantonsstrasse Pensier – Courtepin zu ergänzen.

1.2.2 771 279 Franken wurden aufgewendet, um die Überschreitung des Winterdienstbudgets zu decken.

1.2.3 99 551 Franken wurden aufgewendet, um Aufwendungen für die Instandsetzung und für Lärmschutzmassnahmen zu decken, die nicht budgetiert waren.

1.3 Vom Unterhaltsdienst des Werkhofs der Kantonsstrassen ausgeführter betrieblicher Unterhalt

Insgesamt belaufen sich die Kosten auf 1 427 089 Franken, wobei sich die Leistungen wie folgt aufteilen:

1.3.1 Die Equipen des Unterhaltsdienst des Werkhofs Kantonsstrassen haben folgende Arbeiten ausgeführt:

Tiefbau: Kanalisationen, Strassenschultern, Reparaturen und Instandstellungen der Fahrbahn, Reparaturen und Mähen der Strassenböschungen, Verlegen und Instandstellung der Pflästerungen, Fällen von Bäumen, Fussgängerwege, Abbruch von Kieskästen, Mauern, Blockwürfe, Reinigung und Platzierung von Blöcken, Entwässerung, Reinigung der Sandfänge in: Promasens – Rue – Siviriez, Villeneuve – Lucens, Villars-sur-Glâne, Corpataux, Kleingurmels, Ependes, Treyvaux, Promasens, Freiburg, St. Silvester, Courlevon – Murten – Cressier, Montagny, Ménières, Le Mouret, Estavayer-le-Lac, La Vounaise – Murist, Rossens, Pont-la-Ville, Farvagny, Châtonnaye, Corserey, Prez-vers-Noréaz, Chénens, Montagny-la-Ville, Chénens, Villaz-St-Pierre – Romont, Marly – La Crausa, Galtern – Alterswil, Alterswil, Delley, Marly – Broc, Freiburg – Murten, Murten, Bulle, Menzswil – Tafers, Delley – St-Aubin, Tafers, Litzistorf – Bundtels, Le Pâquier – Pringy, Farvagny – Grenilles, Châtel-St-Denis – Remaufens.

Kunstbauten: Unterhalts- und Instandsetzungsarbeiten an 46 Kunstbauten.

Aufstellen von neuen und Ersetzen von bestehenden Signalisationen, Reparatur von Signalisationen und Leitplanken nach Unfällen.

Markierung: 219 258 m Mittellinien, 74 065 m Randlinien und 60 038 m Linien bei Kreuzungen.

Werkstatt: Unterhalt und Reparatur von Fahrzeugen und Maschinen des Werkhofs und der Kreise. Diese Arbeiten wurden vom Personal des Werkhofs Kantonsstrassen ausgeführt.

1.3.2 In den Kreisen ausgeführte Arbeiten

Die Tätigkeit der Strassenwärter umfasste hauptsächlich folgende Aufgaben:

Winterdienst:

- Pikettdienst, Aufstellen von Schneezäunen, Reinigen von Abzugsgräben: 31 060 Stunden

Grünflächen:

- Pflanzen von Bäumen und Sträuchern, Mäharbeiten, Ausschneiden und Fällen: 45 520 Stunden

Reinigung:

- Unterhalt der Strassenschultern und Abzugsgräben, Reinigung und Videoüberwachung der Kanalisationen: 25 437 Stunden

Ausbesserungen:

- Fahrbahn, Kunstbauten, Kanalisationen, Randabschlüsse, Mauern usw.: 16 083 Stunden

1.4 Unterhalt der Kunstbauten

Die Kosten für den Unterhalt der Kunstbauten belaufen sich auf 695 663 Franken.

1.5 Instandstellung und Erhaltung der Substanz der Kantonsstrassen

Für die Wiederherstellung und die Substanzerhaltung von Abschnitten der Kantonsstrassen wurde vom Grossen Rat am 10. September 2003 ein Verpflichtungskredit von 4 775 900 Franken gesprochen. Der gewährte Betrag wurde wie folgt aufgeteilt:

Ausgaben vor dem 1. Januar 2004	1 194 868 Franken
– Achse 2010 Sektor 5, Siviriez – Esmont	506 768 Franken
– Achse 1310 Sektor 5, Grenilles – Farvagny	78 519 Franken
– Achse 1070 Sektor 2, Le Pâquier – Pringy	307 771 Franken
– Achse 3220 Sektor 1, Bundtels – Litzistorf	297 880 Franken
– Achse 1300 Sektor 11, Magnedens – Le Bry	577 408 Franken

Verfügbarer Saldo per 1. Januar 2005: 1 812 686 Franken

Im Sommer 2003 wurden entsprechend dem Vierjahresprogramm die Durchbiegungs- und Ebenheitsmessungen (Längs- und Querebenheit) vorgenommen.

- Die nachfolgend aufgeführten Angaben für das 1. Quartal 2004 beziehen sich auf die Auswertungen der Tragfähigkeit (i5 im Verhältnis zur Lebensdauer) von 18,9 km Hauptstrassen (HS) und 36,6 km Nebenstrassen (NS). Für die Längsebenheiten (i2) sowie für die Querebenheiten (i3) wurden 76,1 km HS und 197,2 km NS berücksichtigt.

Die Ergebnisse dieser umfassenden Bewertung, die für die Tragfähigkeit auf 50 m langen Abschnitten, für die Längsebenheit auf 250 m langen Abschnitten und für die Querebenheit auf 50 m langen Abschnitten durchgeführt wurde, sind in der folgenden Tabelle festgehalten.

Ergebnisse der Erhebung von 2003 auf einem Teil des Strassennetzes (Kreis 3)
(Auslegung gemäss neuer VSS-Norm SN 640925b vom 1. August 2003).

Kriterien	Bewertung	Hauptstrassen	Nebenstrassen
Tragfähigkeit (i5)* (im Verhältnis zur restlichen Lebensdauer)	gut	92,0	90,6
	mittelmässig	3,0	2,5
	<u>genügend</u>	<u>1,7</u>	<u>3,6</u>
	kritisch	2,1	1,6
	schlecht	1,2	1,7
Längsebenheit (i2)**	gut	27,2	23,8
	mittelmässig	52,8	55,0
	<u>genügend</u>	<u>17,7</u>	<u>21,1</u>
	kritisch	2,3	0,1
	schlecht	0	0
Querebenheit (i3)***	gut	0,1	0,5
	mittelmässig	6,0	8,7
	<u>genügend</u>	<u>32,3</u>	<u>31,5</u>
	kritisch	40,5	45,3
	schlecht	21,1	14,0

* Messung der Widerstandsfähigkeit unter einem Rad von 10 t (FWD und nicht mehr LACROIX) Berechnung der restlichen Lebensdauer.
 ** Messung der Standardabweichung Sw (%)
 *** Messung der Fahrrinntiefe (in mm)

Die Qualität des Strassennetzes kann hinsichtlich Tragfähigkeit im Allgemeinen als gut bewertet werden. Die Längsebenheit ist ebenfalls in Ordnung. Beide Faktoren sind im Vergleich zu den früheren Erhebungen relativ stabil geblieben. Die Auswirkungen der Kürzung der Finanzmittel auf den Strassenzustand sind bei den Querebenen (Rinnenbildung) besonders deutlich.

1.7 Signalisation und Reklamen

Der Sektor Strassensignalisation hat gesamthaft 755 Gesuche in folgenden Bereichen geprüft:

- 104 Beschlüsse über definitive Verkehrsbeschränkungen
- 6 Beschlüsse über temporäre Verkehrsbeschränkungen
- 15 Beschwerden
- 133 Bewilligungen
- 55 Dossiers über verschiedene Signalisationen
- 293 technische Gutachten
- 149 Gesuche für das Aufstellen von Strassenreklamen

Ferner wurden zahlreiche Bodenmarkierungen auf Kantons- und Gemeindestrassen vorgenommen sowie Ortsbesichtigungen durchgeführt.

1.8 Kommission für den Verkehr auf Meliorations- und Forststrassen

Die Kommission hielt 3 Sitzungen ab. Sie begutachtete folgende Objekte:

- Châtonnaye – Waldwege;
- Cerniat – Waldwege der Gemeinde;
- Waldgebiet von Botteys – Allières, Waldweg von Javroz;

- Pont-en-Ogoz – Waldwege der Gemeinde: Route du Gibloux Nr. 1, Chemin de Bibou Nr. 2 und 3, Chemin de Russille Nr. 4 und 5;
- Charmey – Alperschliessung Vi-Chalet;
- Hauterive – Farvagny – Waldwege der Gemeinden:
- Waldgebiet von Châtillon Nr. 1 bis 9, La Pila Nr. 10, Waldgebiet von Monterban – Wege Nr. 1 bis 7, Waldgebiet von Pra Novy Nr. 1 bis 3, Waldgebiet Le Sac Nr. 1 – 2 und 3, Waldgebiet von Bois Cornard Nr. 1 bis 9;
- Haut-Intyamont – Alpwege Saugeruaz;
- Châtel-sur-Monsalvens – route du Commun und route du Perry;
- Gurmels – Jeuss – Lurtigen – Salvenach – Ulmiz – Waldgebiet von Galm Nr. 1 bis 26;
- Broc – route des Marches – route des Ciernes;
- Cerniat – chemin des Féguelenets;
- Autafond – Belfaux – Grolley – Ponthaux – Waldgebiet vom Bois de Pra Ottonet – Staatswald – Bois de Combes – Bois Derrey – Les Dailles – Bois des Devins;
- Belfaux – Misery – Courtion – La Sonnaz – Waldgebiet vom Bois de Cudré – Bois du Fossé – Kantonswald – Waldgebiet vom Bois de St-Théodule;
- Cottens – Autigny – Waldgebiet vom Bois de Chavailles, Les Vernex und Grands Champs;
- Le Mouret – Waldgebiet des Bürgerwalds, Zugang zum Forstzentrum;

- Romont – Bois de Boulogne und Bois de Bossens;
- Cheyres – Nr. 21 und 22;
- Grandvillard – verschiedene Landwirtschafts- und Waldwege;
- Chatonnaye – Route de la Brévière;
- Kerzers – Fräschels – verschiedene Waldwege;
- Cerniat – Chemin de La Carrat.

2. Unterhalt der Nationalstrassen

Gegenwärtig beträgt die Länge des Autobahnnetzes auf freiburgischem Gebiet 62,4 km für die A12. Zudem übernimmt der Kanton Freiburg den Unterhalt der A1 auf einer Länge von 38,92 km, wovon sich 16,14 km auf waadtländischem und 1,14 km auf bernischem Gebiet befinden.

Die vom Unterhaltspersonal erbrachten Arbeitsleistungen teilen sich im Wesentlichen auf folgende Tätigkeiten auf:

- 10 637 Arbeitsstunden für den Winterdienst, wobei 3237,73 Tonnen chemische Auftaumittel verwendet wurden.
- 23 218,50 Arbeitsstunden für die Reinigung der Fahrbahnen, Halteplätze und Kanalisationen sowie für den Unterhalt der Grünzonen.
- Bei der Erneuerung von Markierungen bei Anschlüssen oder in Tunnels durch die Signalisationsequipe wurden 68,90 km Mittel- und Randlinien markiert, wofür 4543 kg Farbe verwendet wurden.
- Es wurden 328 Unfälle registriert (in 78 Fällen konnten die Verursacher nicht ausfindig gemacht werden); 3294,50 Arbeitsstunden waren für die Reparaturarbeiten erforderlich und der finanzielle Aufwand belief sich auf 973 078 Franken.

VI. Sektion Gewässer

1. Studien

1.1 Generelle Studien

a) Gewährleistung der Niederwassermengen

Die Sektion Gewässer setzt den Betrieb eines hydrologischen Messnetzes fort und führt monatliche Wasserstandsmessungskampagnen durch, um die natürlichen Restwassermengen der Wasserläufe bei Niederwasser zu ermitteln. Diese Daten werden in eine systematische Datenbank eingegeben.

Die 2002 von der Sektion in Auftrag gegebene Sanierungsstudie der Wasserentnahmen aus dem Jaunbach wurde in Zusammenarbeit mit der Ad-hoc-Arbeitsgruppe weitergeführt. Die Arbeitsgruppe hat für die Sanierung einen Vorschlag ausgearbeitet, den sie der RUBD unterbreiten wird.

Die Niederschlagsmengen während des Winters 2003/04 reichten nicht aus, um die Wasserreserven, die als Folge

der Trockenperiode im Sommer 2003 ein Defizit aufwiesen, in genügendem Masse aufzufüllen. Im Sommer 2004 ist der Wasserstand zahlreicher Gewässer unter die kritische Marke gesunken. Die Verwaltung der Niederwassermengen war nur dank interkantonalen und interdisziplinärer Zusammenarbeit möglich, wodurch die Wasserentnahmen gemäss der von der Ad-hoc-Arbeitsgruppe festgelegten Prioritätenliste so lange wie möglich gewährleistet werden konnten.

b) Kartographie der Gefahren

Das Kartographierungsprogramm der Naturgefahren wird gemäss dem von der KNG erarbeiteten Programm weitergeführt. Für die 2004 durchgeführten Untersuchungen wurden Bundesbeiträge gewährt.

Die Kartographie für die voralpinen Regionen konnte mit dem Abschluss der Untersuchungen in der Region Schwarzsee beendet werden. Die Gemeinden hatten die Möglichkeit, sich an der Ausarbeitung der Karten zu beteiligen, indem sie einen Vertreter in die Begleitgruppe für den betroffenen Perimeter entsendeten.

Im Mittelland führt die Sektion die Kartographie der Naturgefahren durch Wasser gemäss der von der KNG erarbeiteten Planung fort. Der Perimeter, der den unteren Teil des Broyebezirks umfasst, wurde in Zusammenarbeit mit dem Kanton Waadt kartographiert.

Zur Behebung der aus den Gefahrenkarten ersichtlichen Sicherheitsmängel hat die Sektion eine Studie über mögliche Schutzmassnahmen in Auftrag gegeben (namentlich für die Albeuve in Greyerz). Die Gemeinde Düdingen gab in Zusammenarbeit mit der Sektion Gewässer die Durchführung einer punktuellen Studie für den Sektor Dorfzentrum in Auftrag.

c) Naturgewalten

2004 ereignete sich nur ein bedeutendes Hochwasserereignis, und zwar am 13. Januar im Einzugsgebiet der Saane (Intyamou). Die Abschluss Spitze überschritt die 50-jährige Spitze in der Pegelmessstation von Broc. Auch wurden Schäden an den Dämmen festgestellt. Dringliche Arbeiten mussten zwar keine ausgeführt werden, doch wird zurzeit abgeklärt, welche Instandsetzungsarbeiten nötig sind.

Aus hydrologischer Sicht war das anhaltende Defizit der Wasserreserven (siehe weiter oben) die wichtigste Begebenheit.

d) Revitalisierung der Fliessgewässer

Derzeit werden – auf der Grundlage der Prioritäten, die im Inventar der zu revitalisierenden Fliessgewässer des Kantons definiert wurden – verschiedene Projekte ausgearbeitet. Diese Projekte gehen die Probleme aus einer ganzheitlichen Perspektive an und streben insbesondere den Schutz vor Hochwasser, die Abführung des Sickerwassers und den ökologischen Ausgleich im Zusammenhang mit andern Infrastrukturen an.

An dieser Stelle seien stellvertretend für die ins Auge gefassten Revitalisierungsprojekte die Projekte für die

Ondine in Bulle sowie für den Crausabach in Misery-Courtion und Courtepin erwähnt. Das Projekt für den Crausabach wurde bereits genehmigt, so dass die Arbeiten 2005 beginnen können.

e) Raumbedarf

In Anwendung des neuen kantonalen Richtplans erstellt die Sektion Gewässer systematisch bei jedem neuen Nutzungsplan einen Kataster des vom Fliessgewässer benötigten Raumbedarfs. Die Übertragung dieses Katasters in die Nutzungspläne erfolgt in Zusammenarbeit mit den betroffenen Dienststellen.

Es wurden drei Pilotstudien parallel in Auftrag gegeben. Damit sollte der Raumbedarf in sechs Gemeinden systematisch ermittelt werden. Diese Vorgehensweise der systematischen Erfassung soll in einer weiteren Phase auf den gesamten Kanton ausgeweitet werden.

1.2 Studien über Wasserbauprojekte

a) Grundstudien, Konzepte:

- Sanierung des Jaunbachs, mehrere Gemeinden
- Perimeter Schwarzsee, mehrere Gemeinden (Gefahrenkarte)
- Raumbedarf der Fliessgewässer (Kataster)
- Ärgera, Plasselb (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Albeuve, Gruyères (Massnahmenkonzept)
- Düdingerbäche, Düdigen, (Massnahmenkonzept)
- Jaunbach, Jaun (Massnahmenkonzept)
- Javro, Cerniat (Geschiebeführung, Entwicklung)
- Mortivue, Semsales (Massnahmenkonzept)
- Bäche in Le Pâquier (Massnahmenkonzept)
- Saane, Oberer Greyerzbezirk (Unterhaltskonzept)
- Sense, Plaffeien (Massnahmenkonzept)
- Vivisbach, Châtel-St-Denis (Massnahmenkonzept)

b) Wasserbauprojekte:

- Ärgera, Tentlingen (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Bibera, Gempenach und Ulmiz
- Düschtbach und Zuflüsse, Oberschrot und Plaffeien
- Corsallettes, Grolley
- Crausabach, Misery-Courtion und Courtepin (Ausbau und Revitalisierung)

- Glâne und Neirigue, Autigny und Chavannes-sous-Orsonnens (Verbesserung des ökologischen Wertes und der Zustände für die Fischfauna)
- Ärgera, Marly (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Jaunbach, Charmey
- Löwenbergbach und Altavillabach, Murten und Muntelier (Revitalisierung)
- Marivue, Haut-Intyamou (Zusatzarbeiten)
- Moulin, Vuisternens-en-Ogoz
- Ondine, Bulle
- Pra Riondet, Villarvolard
- Warme Sense beim Rohrmoos, Plaffeien
- Taverna, Mühletal und Wünnewil-Flamatt

1.3 Im Jahr 2004 beendete Projekte und Studien

a) Grundstudien, Konzepte:

- Perimeter Schwarzsee (Gefahrenkarte)
- Schätzung der Grundlagen für die Bestimmung des Raumbedarfs (Kataster)
- Sanierung des Jaunbachs, mehrere Gemeinden

b) Wasserbauprojekte (Abschluss der Arbeiten):

- Braielenbach, Salvenach
- Branches, Hauteville
- Broye, Villeneuve
- Carrey, Le Pâquier
- Caudra, Châtonnaye
- Chandon und Corsallettes, Léchelles (Revitalisierung)
- Hochwasser März 2001, mehrere Gemeinden
- Hochwasser Aettenberg, MZG Schwyberg-Aettenberg
- Dorfbach, Kerzers
- Goulets, Barberêche
- Jaunbach, Jaun
- Luggiwilbach, Düdigen
- Praz Mory, Semsales
- Seeligraben, St. Antoni
- Sense, Burstera, Plaffeien

1.4 Projekte mit Beitragsleistungen

Wasserläufe, Gemeinden	Kostenvoranschlag Fr.	Ansatz %	Beiträge Fr.
<i>a) auf Kantonsebene:</i>			
Longivue, Farvagny und Rossens	272 563.10	27,90	76 045.10
Hochwasser 2000 Berra-Biffé, mehrere Gemeinden (ergänzend)	130 557.70	34,20	44 650.75
Nitou, Misery-Courtion	4 649.75	30,60	1 422.80
Ärgera, Marly	1 680 000.00	27,90	468 720.00
Caudra, Châtonnaye	335 000.00	27,00	90 450.00
Pra Mory, Semsales	35 000.00	33,30	11 655.00
Branches, Hauteville	32 000.00	34,20	10 944.00
Bouleyres d'Amont, Pont-en-Ogoz	410 000.00	37,00	110 700.00
Löwenbergbach, Murten	1 144 000.00	21,60	247 104.00
Dorfbach, Kerzers	128 044.00	28,80	36 876.00
Total	4 171 814.55		1 098 567.65
<i>b) auf Bundesebene:</i>			
Hochwasser Aettenberg, MZG Schwyberg-Aettenberg	266 500.00	45,00	119 925.00
Goulets, Barberêche	222 000.00	40,00	88 800.00
Luggiwilbach, Düdingen	308 500.00	40,00	123 400.00
Longivue, Farvagny und Rossens	400 000.00	45,00	180 000.00
Hochwasser 2000 Berra-Biffé, mehrere Gemeinden (ergänzend)	69 100.00	45,00	31 061.00
Ärgera, Marly	1 720 000.00	42,00	722 400.00
Caudra, Châtonnaye	335 000.00	38,00	127 300.00
Jaunbach, Jaun	20 000.00	43,00	8 600.00
Gefahrengrundlagen, mehrere Gemeinden	353 000.00	70,00	247 100.00
Total	3 694 100.00		1 648 586.00

1.5 Detail- und Ausführungstudien

Die Sektion hat generelle Projekte ausgearbeitet und Studien beaufsichtigt, die Ingenieurbüros anvertraut worden waren. Parallel dazu hat sie Detailstudien durchgeführt, Pläne ausgearbeitet, mehrere Arbeitsetappen ausgeschrieben und deren Ausführung geleitet. Ferner hat die Sektion unter Mitwirkung von Ingenieurbüros weitere Arbeitsetappen geprüft und deren Ausführung geleitet. Sie hat ebenfalls die Abrechnungen für die Gesamtarbeiten erstellt.

1.6 Zusatzarbeiten

Die Sektion führte Kontrollen und Inspektionen durch. Ausserdem hat sie Aufstellungen gemacht sowie hydrologische Berechnungen vorgenommen und die entsprechenden Genehmigungen ausgestellt (davon 530 Dossiers für Bauten und Planungsdossiers). Das betraf folgende Angelegenheiten:

- Nutzung öffentlicher Gewässer (Wasserkraft, Wasserpumpenanlagen, Ableitungen, Bootsverankerungen und andere Flächenbenutzungen, Materialentnahmen usw.) und damit einhergehend die Berechnung der Gebühren für die Nutzung der Wasserkraft des Kantons durch die FEW;

- Wasserbaupolizei (Bauten im Zusammenhang mit Wasserläufen, Brücken, Stegen und Bachquerungen);
- Dossiers im Zusammenhang mit Ortsplanungen und generellen Entwässerungsplänen;
- Baugesuche sowie verschiedene Angelegenheiten im Zusammenhang mit Gemeinde-, Kantons- und Nationalstrassen.

1.7 Überwiesene Beiträge

Im Jahr 2004 wurden für Wasserbauarbeiten (Kostenpunkt: 4 305 922 Franken) Kantonsbeiträge von insgesamt 1 161 590 Franken überwiesen.

Die subventionierten Wasserbauarbeiten wurden an 20 Wasserläufen ausgeführt und machten ein Beitragsvolumen von 94 638 Franken aus. Dem ist anzufügen, dass weitere Arbeiten für einen Gesamtbetrag von 46 000 Franken ausgeführt wurden, die nicht mehr im Rechnungsjahr 2004 subventioniert werden konnten. Entsprechend erfolgt ein Übertrag aufs Jahr 2005.

2. Bauten

2.1 Subventionierte Verbauungsarbeiten

Wasserläufe, Gemeinden	Ausbau	Beiträge	
	Arbeiten Fr.	Bund Fr.	Kanton Fr.
Gefahrengrundlagen: Untere Sense, Intyamou, Jauntal und Schwarzsee	130 856.25	91 599.40	
Gefahrengrundlagen: Mortivue, Veveyse, Jaunbach, Sense, Albeuve, Düdingerbach	123 784.20	86 648.95	
Biolleyre, Fétigny		7 071.10	
Botheys, Charmey	2 250.00	897.70	769.50
Braielen, Salvenach	6 059.00		1 745.00
Branches, Hauteville	13 361.60		4 562.85
Brêts, Vuisternens-devant-Romont		14 453.00	
Carrey, Le Pâquier	22 838.50		8 221.90
Caudra, Châtonnaye	229 674.95	87 276.50	62 012.25
Chandon, Léchelles	63 028.90	22 931.00	15 883.30
Chandon und Corsallettes, Léchelles	276 648.05	110 000.00	72 205.15
Hochwasser 2000 Berra-Biffé, mehrere Gemeinden (ergänzend)	233 483.55	77 593.90	72 061.15
Hochwasser März 2001, mehrere Gemeinden	143 005.15	64 603.85	43 759.55
Crau de la Cuvaz, Villeneuve	54 032.10	20 532.50	14 588.65
Frasse und Bria, Châtel-St-Denis	77 794.35		24 505.20
Ärgera, Marly	557 460.60		155 460.60
Jaunbach, Jaun	64 141.70	176 281.95	24 289.00
Longivue, Farvagny und Rossens	106 544.10	45 027.40	29 300.35
Luggiwilbach, Düdingen	230 080.15		47 626.60
Nitou, Misery-Courtion			1 422.80
Obere Taverna, mehrere Gemeinden	478 620.20		32 240.00
Praz, Bas-Intyamou	44 903.95	22 914.80	17 972.40
Pra Mory, Semsales	26 292.20		8 755.30
Riggisalpbach, Plaffeien	763 772.25	312 514.50	274 958.00
Rio Ste-Anne, Romont		27 134.00	
Rüttibach, Plaffeien	14 336.85	42 305.05	24 448.00
Schwarzsee Unwetter 2003, Plaffeien	2 262.45	65 746.05	753.40
Stoutz, La Roche	230 535.75		76 768.40
Tiguelet, mehrere Gemeinden	404 947.00		145 780.90
Longeigue, mehrere Gemeinden	5 208.70		1 500.10
Total	4 305 922.50	1 275 531.65	1 161 590.35

2.2 Subventionierte Erhaltungsarbeiten

Wasserläufe	Begünstigter	Kantonsbeitrag Fr.
Arbogne	Gemeinde La Brillaz	716.70
Bibera	Gemeinde Ulmiz	310.10
Botheys und Revers	Gemeinde Charmey	1 109.70
Diverse und Combodon	Gemeinde Cheyres	2 774.50
Verschiedenes	Gemeinde Domdidier	10 609.50
Spital und Arbogne	Gemeinde Dompierre	1 150.20
Murtensee	Gemeinde Muntelier	1 957.50
Thaouana	Gemeinde Grandvillard	1 787.00
Bibera, Grosses Moos	WBU Bibera im Grossen Moos	39 660.95
Kleine Glane und Fossé Neuf	Gewässerregulierungsunternehmen	33 766.80
Sionge	Wasserbauunternehmen Sionge	632.00
Trême	Wasserbaukommission Trême	163.80
Total		94 638.75

Bau- und Raumplanungsamt

I. Allgemeine Tätigkeit

Das Bau- und Raumplanungsamt (BRPA) befasst sich mit der Koordination der kantonalen, regionalen und kommunalen Planung. Im Kapitel der aussergewöhnlichen Tätigkeiten sind für das Jahr 2004 der Beginn der Arbeiten für die Totalrevision des Raumplanungs- und Baugesetzes (BRPG) – einem Projekt, an welchem 12 Mitarbeitende des Amtes direkt beteiligt sind – sowie die Veröffentlichung der Nachführung des Sachplans Arbeitszonen von kantonaler Bedeutung hervorzuheben.

Das BRPA beschäftigte sich mit der Prüfung der Ortsplanungen (OP) und der Detailbebauungspläne (DBP) sowie deren Reglemente und behandelte die Baubewilligungsgesuche. Ferner hat es die Reglemente über Verwaltungsgebühren und Ersatzabgaben sowie die Materialausbeutungsgesuche geprüft und sämtliche juristischen Probleme in diesem Zusammenhang und die Probleme in Bezug auf Naturgefahren behandelt. Im Namen der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD) hat das BRPA zudem die gegen OP und DBP eingereichten Beschwerden instruiert.

Es hat zu parlamentarischen Vorstössen in Sachen Raumplanung und Bauwesen Stellung genommen und in verschiedenen Kommissionen für die Raumplanung und das Bauwesen mitgewirkt. Weiter hat das BRPA verschiedene Gesetzesentwürfe und Sachpläne geprüft, die ihm vom Bund oder von den Nachbarkantonen zur Vernehmlassung unterbreitet wurden.

II. Personal

Herr Christian Wiesmann verliess seine Stelle als Kantonsplaner und wurde in dieser Funktion durch Herrn Hans Flückiger ersetzt.

2004 umfasste der Personalbestand 25,64 Stellen (Vollzeitäquivalenz).

III. Kantonalplanung

1. Richtplanung

Am 24. September 2004 genehmigte der Bundesrat den Richtplan des Kantons Freiburg.

Als Reaktion auf die Beobachtungen der betroffenen Bundesstellen im Rahmen der Vernehmlassung zum Thema «Erhaltenswerte Alpbetriebe» nahm das BRPA Gespräche mit dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) auf. Dem ARE wurde darauf ein neuer Entwurf unterbreitet. Der Grosse Rat erhielt den Text zu seiner Information.

Der kantonale Verkehrsplan und die Änderungen des Kapitels «Verkehr» im kantonalen Richtplan wurden gleichzeitig zur öffentlichen Vernehmlassung aufgelegt.

2. Arbeitsgruppe für die Unterstützung und Koordination der Arbeitszonen von kantonaler Bedeutung

- Die Arbeitsgruppe hat die Aktualisierung der Angaben im Sachplan Arbeitszonen weitergeführt. Diese Arbeit wurde in Zusammenarbeit mit den Vertretern der Regionen ausgeführt. Auch wurden Gespräche mit den betroffenen Gemeinden geführt. Diese Aktualisierungsarbeit ermöglicht auch die Erstellung einer Website, die in der Folge von der Wirtschaftsförderung verwaltet werden soll.

IV. Regionalplanung

Das BRPA nahm Einsitz in der technischen Begleitgruppe zur Ausarbeitung eines Agglomerationsprojekts für Freiburg. Das Projekt soll in einen regionalen Richtplan münden. Dieser regionale Richtplan sollte im Laufe des Jahres 2006 in die Vernehmlassung geschickt werden können.

Das BRPA prüfte eine Änderung des regionalen Richtplans für den Seebezirk und bereitete seine Zustimmung vor. Durch diese Änderung kann die Thematik «Landschaft» an die neuen Grundsätze des kantonalen Richtplans angepasst werden.

Zudem begleitete das Amt die Ausarbeitung des Projekts Seeland-Biel, das die Gruppierung von mehreren grenznahen regionalen Organisationen anstrebt.

V. Naturgefahren

Das BRPA hat in Zusammenarbeit mit der Naturgefahrenkommission (KNG) die Umsetzung der im kantonalen Richtplan festgelegten vorsorglichen Massnahmen in den Bereichen Raumplanung und Bauwesen weitergeführt. Dazu gehört insbesondere:

- Berücksichtigung der Grundlagenstudien (Gefahrenkarten, BATGLISS-Bericht, spezifische Studien) durch die betroffenen Gemeinden in deren Gemeindeplanung (OP, DBP) und durch die Baupolizei;
- systematische Prüfung aller Dossiers für OP, DBP oder Baubewilligungsgesuche bezüglich Naturgefahren.
- Prüfung der von den Gesuchstellern eingereichten geologischen und geotechnischen Expertisen.

Das BRPA hat Gemeinden, Privaten und kantonalen Dienststellen zahlreiche Auskünfte über die Art und den Grad der Naturgefahren erteilt, die Auswirkungen auf bestimmte Projekte oder Regionen haben könnten. Das Volumen der abgegebenen Informationen und die Anzahl Eingriffe auf diesem Gebiet nehmen ständig zu.

Das Amt hat sich aktiv bei der Koordination der Grundlagestudien beteiligt. Es übernimmt namentlich die administrative Leitung des Kartographierungsprogramms der Naturgefahren (2000–2005).

Auch 2004 wurden mehrere Rutschgebiete regelmässig überwacht.

VI. Ortsplanungen

Die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD) genehmigte 4 Generalrevisionen von OP. Es handelte sich um die OP der Gemeinden Bulle, Romont, St-Martin (Besencens) und Torny (Torny-le-Grand). Zudem wurden der RUBD 86 Änderungen an OP oder an Gemeindebau-reglementen (GBR) zur Genehmigung unterbreitet.

Das BRPA hat die Vorprüfung für 4 Generalrevisionen von OP (Gemeinden Greng, Hauteville, Schmiten und Übers-torf) sowie 26 Änderungen von OP und GBR vorgenom-men. Dazu kommen 7 Vorstudienberichte für OP-Revisio-nen.

VII. Subventionierung der Planungen

Den Gemeinden wurden Kantonsbeiträge in der Höhe von 41 172 Franken als Anzahlung oder endgültiger Beitrag für die Studien- oder Ausarbeitungskosten der Ortsplanungen sowie der Übersichten über den Stand der Erschliessung ausbezahlt. Es handelt sich dabei um Beiträge, die vor der Änderung des RPBG im Jahr 1994 bewilligt wurden.

VIII. Koordination, Verwaltung und Studien

1. Allgemeines

Die Zusammenarbeit mit den Raumplanungsämtern der Kantone Waadt und Bern sowie mit dem ARE wurde wei-tergeführt. Zudem fanden über die CORAT regelmässige Kontakte mit den übrigen Westschweizer Raumplanungs-ämtern statt.

2. Tätigkeiten innerhalb von Verbänden und Kommissionen

Das BRPA hat sich an den Arbeiten der in seinem Tätig-keitsbereich aktiven kantonalen, interkantonalen und natio-nalen Instanzen, Konferenzen und Kommissionen beteiligt.

3. Koordination mit den anderen kantonalen Dienststellen

Das BRPA hat seine Koordinationsaufgaben mit den ande-ren kantonalen Dienststellen in Sachen Raumplanung wei-tergeführt.

4. Informatik

Die Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) und dem Berater des BRPA für die Umsetzung des Informatikkonzepts des BRPA wur-de fortgesetzt.

Die Informatisierung des Amtes betraf namentlich folgen-de Bereiche:

- Eingabe der Zonennutzungspläne (ZNP) und der GBR. Was die Nutzungspläne angeht, muss nur noch eine Gemeinde erfasst werden; die Angaben der übrigen

Gemeinden sind schon erfasst und geprüft worden. Die Erfassung und Prüfung der GBR wird im Jahr 2005 fortgeführt.

- Machbarkeitsstudie für die Ausarbeitung einer Daten-bank für die Verwaltung der administrativen Daten (Adressdateien, Verwaltung der Veröffentlichungen, Verfolgung der OP- und DBP-Dossiers).
- Einführung einer Applikation zur Verwaltung der Infor-mationen über die zur Verfügung stehenden Standorte und Liegenschaften, die Unternehmen nutzen könnten (im Rahmen der Überprüfung des Sachplans Industrie- und Gewerbezone und in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung und dem ITA).

Die Website des BRPA (www.fr.ch/seca) wird regelmässig oder je nach Bedarf aktualisiert (Statistiken zu den Baube-willigungsgesuchen und den Genehmigungen von Pla-nungsdokumenten durch die RUBD). Auf den Internetsei-ten zum kantonalen Richtplan wurde die Öffentlichkeit über den Stand der Arbeiten informiert.

IX. Kommissionen

1. Beratende Raumplanungskommission

2004 hielt die Kommission vier Sitzungen ab. Sie nahm Stellung zu den Änderungen im kantonalen Richtplan («Erhaltenswerte Alpbetriebe» und «Verbauung, Renatu-rierung der Fliessgewässer»), zur Aktualisierung des Sach-plans Arbeitszonen von kantonalen Bedeutung und zum kantonalen Verkehrsplan.

2. Kommission für Architektur und Siedlungsgestaltung

Die Kommission für Architektur und Siedlungsgestaltung wurde im Jahr 2004 viermal zu Bau- und Raumplanungs-projekten konsultiert.

3. Naturgefahrenkommission

2004 hielt die Kommission 8 Plenarsitzungen ab, an denen folgende Angelegenheiten behandelt wurden:

- Umsetzung der Vorsorgeprinzipien, die im kantonalen Richtplan definiert sind.
- Koordination der Grundlagestudien im Bereich Natur-gefahren: systematische Kartographie der Naturgefah-ren und Gefahrenhinweiskarte für Hochwasser und Überschwemmungen (für das Mittelland).
- Begleitung von Massnahmenkonzepten (insbesondere Semsales).
- Prüfung von Dossiers für die Änderung von OP und DBP sowie Prüfung von Baubewilligungsgesuchen.

Die Kommission trat zweimal mit dem Staatsrat zusam-men, um die Gefahr von Rutschungen im Schwarzseetal zu erörtern.

Die Kommission hat durch ihr Sekretariat gesamthaft 79 OP, DBP und Generelle Entwässerungspläne (GEP) sowie

366 Baudossiers (Baubewilligungsgesuche, Gutachten an die KGV und andere Dienststellen) begutachtet; in 22 weiteren Fällen war ein spezifischer Einsatz vor Ort nötig. Diese Fälle gaben Anlass zu Anmerkungen (Standortbestimmungen, Ratschläge zu dringenden Massnahmen oder Sanierungsmassnahmen usw.).

4. Verwaltungskommission für das Südufer des Neuenburgersees

2004 hielt die Kommission 4 Plenarsitzungen ab.

X. Kiesgruben und Materialausbeutungen

Am 31. Dezember 2004 umfasste das Inventar der Materialausbeutungen:

56 Kiesausbeutungen,
13 Gesteinsausbeutungen,
2 Tonausbeutungen.

Es bestehen zudem 6 Kiesausbeutungen von geringer Bedeutung von Gemeinden sowie 2 Gruben, die durch das kantonale Amt für Wald, Wild und Fischerei und weitere 2 Gruben, die durch das Autobahnamt ausgebeutet werden.

Ferner bestehen 18 Ausbeutungen, deren Materialvorkommen in den bewilligten Perimetern abgebaut sind und zurzeit wieder in Stand gesetzt werden.

Im August/September 2004 wurden die Arbeiten für die Revision des Teilrichtplans der verwertbaren Materialvorkommen, TVM (neu: Sachplan Materialabbau, SaM) aufgenommen.

XI. Baubewilligungen und Detailbebauungspläne

Die 1778 bewilligten Neubauten teilen sich nach ihrer Zweckbestimmung wie folgt auf:

Bauten in den Jahren:	2004	2003	2002
– Einfamilienhäuser	1 026	854	701
– Mehrfamilienhäuser	155	190	97
– Ferienhäuser, Zweitwohnungen	14	9	12
– landwirtschaftliche Bauten	120	115	168
– Industriegebäude	21	9	27
– Geschäftshäuser	12	15	23
– Verwaltungsgebäude	5	2	7
– Schulgebäude	6	1	2
– Sport- und Militärgebäude	20	17	13
– soziale Einrichtungen und Gebäude für gemeinnützige Zwecke	52	42	44
– Gebäude für religiöse und kulturelle Zwecke	3	5	9
– Tiefbauten	196	220	264
– Lager, Benzin- und Ölbehälter, Tankstellen	40	47	37
– geringfügige Bauten und andere Bauten	63	56	77
– Garagen (exklusive Garagen in Neubauten)	40	73	59
– Heizungen und Warmwasser	5	7	72
Total	1 778	1 662	1 612

Die Gesamtbaukosten dieser Bauvorhaben werden auf 1 004 863 280 Franken geschätzt.

Zudem wurden 1057 Bewilligungen für Erweiterungen, Reparaturen, Abbrüche oder Renovationen von Gebäuden erteilt, deren Gesamtbetrag sich auf 258 434 160 Franken beläuft.

Gesamthaft wurden 2835 Neu- und Umbauten für insgesamt 1 263 297 440 Franken bewilligt.

Auf Antrag des BRPA hat die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion 606 Sonderbewilligungen für Bauten oder Umbauten ausserhalb der Bauzone (Projekte in Verbindung mit der Landwirtschaft oder andere) und für

Deponien erteilt, die sich in folgende Kategorien einteilen lassen:

131 Neubauten,
202 Umbauten,
273 verschiedene Bauwerke, wie Kanalisationen für Abwasser oder unverschmutztes Wasser, Trinkwasser- oder Löschwasserleitungen, Erdarbeiten, Antennen usw.

Im gleichen Zeitraum wurden 18 Sonderbewilligungen für nicht zonenkonforme Neubauten, Ausbauten, Umbauten oder Anlagen verweigert.

313 Dossiers wurden in Bezug auf bauliche Hindernisse geprüft.

Ferner behandelte das BRPA 64 Abweichungen von Gemeindebaureglementen, wovon 5 zurückgewiesen wurden.

Das BRPA hat der RUBD 8 Detailbebauungspläne sowie 20 Änderungen zur Genehmigung unterbreitet. Ausserdem waren 26 Detailbebauungspläne Gegenstand einer Vorprüfung.

3 Detailbebauungspläne wurden aufgehoben; 4 Reglemente über den Tarif der Verwaltungsgebühren und Ersatzabgaben im Raumplanungs- und Bauwesen wurden von der RUBD genehmigt.

XII. Beschwerden

1. Entscheide der RUBD über Beschwerden gegen Gemeindeentscheide zu Einsprachen betreffend die Raumplanung

Am 31. Dezember 2004 waren 71 Beschwerden bei der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion hängig.

2004 wurden 63 Beschwerden gegen Gemeindeentscheide eingereicht, wovon eine zurückgezogen wurde.

Die RUBD hat im Jahr 2004 19 Entscheide zu Beschwerden getroffen. Dagegen wurden 8 Beschwerden beim Verwaltungsgericht eingereicht.

2. Beschwerden an das Verwaltungsgericht gegen Entscheide der RUBD über Bauten ausserhalb der Bauzone

Beim Verwaltungsgericht wurden 7 Beschwerden gegen Sonderbewilligungen der RUBD oder Verweigerungen dieser Bewilligungen eingereicht.

3. Entscheide des Verwaltungsgerichts

2004 hat das Verwaltungsgericht über 13 Beschwerden gegen Entscheide der RUBD über die Raumplanung oder Bauten ausserhalb der Bauzone befunden. 9 dieser Beschwerden wurden abgewiesen, 4 gutheissen.

4. Beschwerden an das Verwaltungsgericht gegen Entscheide der RUBD zu Genehmigungen von OP

Seitens der Gemeinden wurde eine Beschwerde beim Verwaltungsgericht anhängig gemacht.

XIII. Architekten- und Ingenieurregister

2004 wurden 88 neue Eintragungen in die verschiedenen Kategorien gemäss Artikel 187, 188 und 189 des Raumplanungs- und Baugesetzes vom 9. Mai 1983 vorgenommen.

Hochbauamt

I. Allgemeine Tätigkeit

Das Hochbauamt bemühte sich, den Bedarf an Immobilien und Mobilien aller staatlichen Dienststellen und Anstalten zu decken. Im Rahmen seiner Beratertätigkeit im Bereich Bau und Nutzung von Gebäuden hat das Hochbauamt in verschiedenen Arbeitsgruppen bei der Ausarbeitung folgender Vorhaben mitgewirkt:

- Kollegium Gambach, Verhandlung mit der Kongregation der Ursulinerinnen im Hinblick auf den Kauf der Liegenschaft sowie Mitwirkung beim Verfassen der Botschaft an den Grossen Rat;
- Kantons- und Universitätsbibliothek, Mitwirkung in der Arbeitsgruppe, die sich mit der Erweiterung der Zentralbibliothek befasst;
- Fachhochschule für Gesundheit und Soziales (FH GS), Mitwirkung in der Arbeitsgruppe für die Eruierung des Raumbedarfs;
- Lehrwerkstätte, Mitwirkung in der Arbeitsgruppe für die Projektierung neuer Gebäude auf der Perolles-Ebene sowie Mitwirkung beim Verfassen der Botschaft an den Grossen Rat;
- Psychiatrisches Spital Marsens und Kantonsspital, Mitwirkung in der Studiengruppe für die Rationalisierung der Waschküchen;
- Johanniterkomturei in Freiburg, Weiterführung der Studien für die Umnutzung;
- Mitwirkung in der Arbeitsgruppe, die sich mit Sicherheitsmassnahmen für die staatlichen Behörden und das Staatspersonal befasst;
- Mitwirkung in der Arbeitsgruppe für die Studien und den Bau eines neuen Gebäudes des Kantonsspitals;
- Mitwirkung in der Arbeitsgruppe für die Studien und die Vergrösserung des Musée du vitrail in Romont.

Im Rahmen der Interessenvertretung des Staates bei Bauten, Umbauten und Renovationen von Gebäuden durch Privatunternehmungen hat das Amt die Ausführungspläne geprüft sowie die Masse und Abrechnungen stichprobenweise kontrolliert. Es nahm an Bau- und Baustellenkommissionen folgender Vorhaben teil:

- | | |
|----------|--|
| Freiburg | Universität, Projektierung und Bauarbeiten für die Erstellung von drei neuen Gebäuden (Nr. 20 Mensa und Turnhalle), Nr. 21 (Wirtschaftswissenschaften und Informatik, Unterrichtszimmer und Hörsaal), Nr. 22 (grosser Hörsaal und Bibliothek); |
| | Kantonale Diplommittelschule, Abschluss der Bauarbeiten; |
| Payerne | Interkantonales Gymnasium der Region Broye, Mitwirkung in der interkantonalen Arbeitsgruppe und in der Baukommission. |

Granges-Paccot Konservatorium, Vorsitz, Mitglied und Sekretariat der Baukommission, Beginn der Bau- und Erweiterungsarbeiten.

Marsens Psychiatrisches Spital, Renovation der Fassaden vom Klinikgebäude; Projekt für zwei Sicherheitsabteilungen im Pavillon A; Umbau des Eingangs für die Verwaltung; Begutachtung des Daches des medizinischen Pflegeheims von Humilimont.

Sugiez Strafanstalten von Bellechasse, Renovation der Kirche, Mitwirkung in der Baustellenkommission, Innenarbeiten; Mitwirkung in der Baustellenkommission für die Renovation des Pavillons; Auftrag für parallel geführte Vorprojekte und Ausarbeitung eines Projekts für die Überwachungszentrale.

Zivilschutz-Ausbildungszentrum, Projekt für die Abwasserentsorgung.

Das Hochbauamt hat regelmässig an den Sitzungen folgender Organe teilgenommen:

- kantonale Kulturgüterkommission;
- kantonale Energiewirtschaftskommission;
- kantonale Kommission für Planung und Bau von Schulgebäuden;
- Pensionskasse des Staatspersonals und weitere davon betroffene Kommissionen;
- Kommission für das Universitätsstadion St. Leonhard (Erneuerung des Eingangs);
- Kantonale Unterkommission des Sport-Totos;
- Stiftungsrat des Schweizerischen Zentrums für Forschung und Information zur Glasmalerei;
- Stiftungsrat des Schlosses Greyerz und dessen Erhaltungskommission (Studien zur Sanierung der Abwärtswohnung);
- Stiftungsrat Pro Vallon.

Ferner wirkte es an Studien oder Verwirklichungen von Bauten für weitere Körperschaften mit:

- Vereinigung des kantonalen Berufszentrums, Studie für den Bau der Berufsschulen auf dem Gelände «Derrière les Remparts» in Freiburg;
- KGV, Bau eines neuen Zentrums in Granges-Paccot;
- Stiftung Les Buissonnets in Freiburg, Bau des Homato;
- Heim St. Stefan in Freiburg, Bau von neuen Gebäuden.

Das Hochbauamt hat ferner technische Gutachten zu Beitragsgesuchen für Um- oder Ausbauten von Spitälern und Pflegeheimen erstellt.

Das Hochbauamt hat Schulbauprojekte und Bauvorhaben von Sportanlagen für den Sport-Toto entsprechend den Gesuchen der Erziehungsdirektion begutachtet.

Verschiedene Tätigkeiten

Das Hochbauamt hat teilgenommen an:

- den Sitzungen beruflicher und kultureller Organisationen;
- den Sitzungen für die Nachführung des Westschweizer Leitfadens zum öffentlichen Beschaffungswesen;
- der Ausarbeitung der französischen Merkblätter für umweltverträgliche Bauten im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit.

Das Amt hat regelmässig Auftraggeber, Auftragnehmer sowie berufliche Organisationen im Zusammenhang mit der neuen Gesetzgebung im öffentlichen Beschaffungswesen beraten.

II. Personal

2004 setzte sich das Personal des Hochbauamts wie folgt zusammen (in Vollzeitäquivalenzen): 18,64 Mitarbeitende als technisches und administratives Personal; 21,11 Hauswart- und Handwerkerstellen und umgerechnet 48,29 Vollzeitstellen in der Raumpflege.

Mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besuchten Weiterbildungskurse, und zwar insbesondere in den Bereichen Dauerhafte Entwicklung und Ausarbeitung von Fachnormen.

III. Unterhalts- und Renovationsarbeiten

Im Bereich Unterhalts- und Renovationsarbeiten von Gebäuden und Installationen des Staates hat die technische Abteilung des Hochbauamts die Leitung der Arbeiten an folgenden Gebäuden übernommen.

1. Für die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport:

- Kollegium Gambach, Bau eines Regieraums in der Aula, Installation neuer Schränke für die Produkte der Sektion Chemie;
- Kantons- und Universitätsbibliothek, Instandsetzung der Bedachung (Fortsetzung), Umzug und Neueinrichtung der Mediathek, Generalüberholung der Heizinstallationen und Umrüstung der Reguliereinheit, Einrichtung eines neuen Portalrahmens und einer neuen Kontrolle am Ausgang, Erneuerung der Büros;
- Kollegium des Südens, verschiedene Unterhaltsarbeiten, Renovation der Klassenzimmer;
- Kollegium St. Michael, Renovation des Erdgeschosses und Erneuerung der Schulungseinrichtungen in fünf Klassenzimmern, Restaurierungsarbeiten an der Totenkapelle St. Peter Kanisius (Fortsetzung und Abschluss); Beleuchtung des Kirchenschiffs, statische Begutachtung der Bodenplatten des Sportzentrums sowie Instandstellung und Umrüstung eines Teils der Sportgeräte;
- Güter des Kollegiums St. Michael, Umbauarbeiten im Erdgeschoss des Wohnhauses Les Molettes in Vaulruz

sowie Einrichtung einer Küche, Instandsetzung des Trinkwassernetzes auf der Alm von Tissinivaz;

- Pädagogische Hochschule I, Installation von Brandmeldern (Fortsetzung), Einrichtung des neuen Hörsaals und von zwei grossen Seminarzimmern, Ausstattung des Didaktischen Zentrums im Erdgeschoss (1. Phase);
- Pädagogische Hochschule II, Laufender Unterhalt und Installation von Verdunklungsstoren in zwei Klassenzimmern, Instandsetzung des alten Hygienebereichs im 4. und 5. Stock;
- Universität, Umbau verschiedener Räumlichkeiten (Büros und Laboratorien) für die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät (Zoologie, Biochemie, Physik und Physiologie) sowie Unterhaltsarbeiten;
- Naturhistorisches Museum, kompletter Umbau des kleinen Saals für Sonderausstellungen, Installation einer neuen Plakatwand vor dem Gebäude, Umrüstung der elektrischen Anlage im 2. Stock, neue Einrichtung der Säle für die Dauerausstellungen («Hai-Vitrine») und Installation von elektronischen Informationssäulen im Saal der einheimischen Fauna);
- Museum für Kunst und Geschichte, Sanierung der Beleuchtung für die Dauerausstellung, Einrichtung von Glasmalerei-Galerien auf zwei Ebenen und Instandsetzung des Ratzé-Ausstellungssaals.

2. Für die Sicherheits- und Justizdirektion:

- Zeughaus, Sanierung des Waffensaals, Einrichtung eines Zauns am Rande der alten Eisenbahnlinie entlang des Quais;
- Kaserne la Poya, Erneuerung der Markisen vor der Garage (1. Etappe), Sanierung des Verteildispositivs der Hauptfeuerungsanlage, Einrichtung der Wohnung für Vertragsangestellte (Haus des Kasernenwarts);
- Militärlager Schwarzsee, Instandsetzung des Abwartshauses: Fenster, Isolation des Dachs und der Decke, äussere Isolation, Sanierung der Kanalisationen;
- Zentralgefängnis, Sanierung der Hauptfeuerungsanlage, Installation einer Gegensprechanlage (2. Phase) und von Kameras;

3. Für die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft:

- Rebgut Faverges, Renovationsarbeiten am Bellevue-Haus für den neuen Winzer, Umbau der Räumlichkeiten im Hauptgebäude für das Önologielabor.

4. Für die Volkswirtschaftsdirektion:

- Lehrwerkstätte, laufender Unterhalt;
- Hochschule für Technik und Architektur Freiburg, Installation von vier Schacht-Schiebetüren, Inbetriebnahme der Feuerlösch- und der Klimaanlage im Informatikraum (1. Phase), Umbau der Eingangshalle der Verwaltung, Erneuerung des Systems für die Zugangskontrolle (1. Phase); Gebäude E1, Änderung der

Beleuchtung, Installation einer neuen Glocke im Chemielabor, Umbau der Abfallsammelstelle.

5. Für die Direktion für Gesundheit und Soziales:

- Kantonales Laboratorium, laufender Unterhalt und Studien für die Sanierungsmassnahmen am Gebäude.

6. Für die Finanzdirektion:

- Amt für Informatik und Telekommunikation, Umbau des Eingangs (Fortsetzung) und Verstärkung der Sicherheitsmassnahmen, Erneuerung der Installationen für die Zugangskontrolle.

7. Für die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion:

- Werkhöfe Tour Rouge und Stadtberg, laufender Unterhalt.

8. Für die Zentralverwaltung:

in Freiburg:

- Chorherrengasse 17, 19 und 21, laufender Unterhalt, Ausbau von Büroräumlichkeiten und Einrichtung eines Konferenzzimmers für die Staatskanzlei sowie Ausbau verschiedener Räumlichkeiten für das Bau- und Raumplanungsamt, Um- und Ausbau des Archivräumlichkeiten im Untergeschoss (Compactus);
- Grenette, Massnahmen zur Beachtung der Richtlinien zum Opferhilfegesetz (OHG) im Untersuchungsrichteramt;
- Rue Joseph-Piller 11-13, Einrichtung der provisorischen Räumlichkeiten für das Amt für Personal und Organisation;
- Studie Polizeiposten der Stadtpolizei Freiburg, les Pilettes;

In den Bezirken:

- Schloss Murten, Oberamt, Umbau des Konferenzraums, Einrichtung der neuen Beleuchtung sowie eines neuen Brandschutzsystems für die Räumlichkeiten des Oberamts;
- Schloss Châtel-St-Denis, Oberamt, Umbau des Oberamts im Rahmen der Umbauarbeiten am Schloss;
- Schloss Estavayer-le-Lac, Oberamt, Einrichtung von Büroräumlichkeiten für den Zivilstandsdienst, Machbarkeitsstudie für die Neuorganisation und die Optimierung der Nutzung des Schlosses;
- Polizeiposten von Bulle, Schaffung eines vom Posten unabhängigen Überwachungskomplexes (Räumlichkeiten für Verhöre und für Polizeihaft).

9. Für die Kirchen, Kapellen und historischen Kunstdenkmäler:

- Rathaus, Auffrischung der Mauern im 1. Stock («Pas Perdus») und verschiedene Sanierungsmassnahmen;

- Bollwerk, Sanierung der Bedachung und Reparaturarbeiten, Modernisierung der elektrischen Anlagen, Installation einer neuen WC-Kabine;
- Türme und Tore, ausführliche Studie über den allgemeinen Zustand der Türme und Tore, verschiedene Reparaturarbeiten sowie laufender Unterhalt;
- Pfarrkirche St. Moritz, Instandsetzung der Uhr.

10. «Télégestion»

Der vollständige Energieverbrauch sämtlicher Gebäude der Zentralverwaltung kann laufend überwacht werden. Es kann jederzeit eine Energiebilanz erstellt werden.

IV. Laufender Unterhalt

Der administrative Dienst des Hochbauamts ist aufgeteilt in eine Abteilung Gebäudeunterhalt und eine Abteilung Gebäudeverwaltung. Der laufende Unterhalt wurde von der Abteilung Gebäudeunterhalt in folgenden Bereichen gewährleistet:

1. Laufender Unterhalt

Das Budget für das Mobiliar der Dienste und Anstalten des Staates wurde auf die verschiedenen Kostenstellen verteilt. Aus diesem Grund hat das HBA das Mobiliar der Dienststellen kontrolliert und bestellt, jedoch nicht jenes der Anstalten. Diese Ausgaben betragen 1 096 857 Franken (darin nicht enthalten sind die Beträge für die Universität Freiburg, die Anstalten von Bellechasse, das kantonale Zeughaus, die Kasernen, das Lager von Schwarzsee, die Anstalten von Marsens und das Kantonsspital). Ausserdem wurden 668 Gebäudeversicherungsprämien und 591 Unterhaltsabonnemente überprüft und wo nötig korrigiert.

Die Handwerker leisteten 1489 Einsätze, die sich wie folgt aufteilen:

- | | |
|----------------------|----------------|
| – Malerarbeiten | 100 Baustellen |
| – Schreinerarbeiten | 727 Einsätze |
| – Elektrikerarbeiten | 391 Einsätze |
| – Sanitärarbeiten | 115 Einsätze |

2. Vermietung (Stockwerkeigentum)

Die Abteilung Gebäudeunterhalt hat den Staat Freiburg an den Versammlungen für das folgende Stockwerkeigentum vertreten:

- Givisiez, Route André-Piller 21;
- Wünnewil-Flamatt, Bernstrasse 21;
- Charmey, la Soldanelle;
- Schmitten, Wirtshausmatte.

3. Vermietung

Die Mieten für die verschiedenen Dienstwohnungen werden auf die entsprechenden Dienstbereiche aufgeteilt. Die

Vermietung der gedeckten und ungedeckten Parkplätze brachte Einnahmen von 737 786 Franken ein. Es wurden 269 Änderungen vorgenommen. Seit Ende 2002 ist das Unternehmen Securitas mit der Überwachung der Parkierungsanlagen beauftragt. Im Jahr 2004 wurden dem Oberamt des Saanebezirks über 870 Anzeigen eingereicht. Das Hochbauamt seinerseits hat 250 Anzeigen verfasst und eingereicht.

Das Bollwerk wird auch weiterhin regelmässig für öffentliche Anlässe genutzt.

4. Heizung

Es wurden 1 644 000 Liter Heizöl bei 4 Lieferanten bestellt und in 82 Lieferungen an 54 Gebäude verteilt.

Ferner werden 29 Gebäude mit Gas beheizt:

	2001	2002	2003	2004
Niedertarif (14 Gebäude)	7 039 904	7 260 289	7 615 123	7 620 921
Volltarif (8 Gebäude)	2 534 106	2 460 900	3 274 890	3 047 210
Fernheizung (Placad) (7 Gebäude)	12 159 342	10 888 839	12 423 864	12 494 139
Total	21 733 352	20 610 028	23 313 877	23 162 270

5. Unterhalt

Der Wartungsdienst zählt für den technischen Bereich 23 Hauswarte und 209 Raumpflegerinnen (226 Stellen), die die Reinigung der Verwaltungs- und Schulräume übernehmen. Die Hochschule für Technik und Architektur Freiburg und das Amt für den Arbeitsmarkt (Regionales Arbeitsvermittlungszentrum + Book Trading) sind hier nicht mit eingerechnet.

Für die Raumpflege wurden gesamthaft 343 Bestellungen, insbesondere für Putzmittel, aufgegeben.

Die Abteilung Gebäudeverwaltung übernahm die Aufstellung der Salärabrechnungen und die Ausarbeitung der Arbeitsverträge.

6. Versicherungen

Die Abteilung Gebäudeverwaltung führt die Inventare der Dienststellen nach und verwaltet die Schadenfälle. Bei der Sachversicherung ist der Staat gegen Brand an Gebäuden (KGV) und Mobiliar, Wasserschäden an Gebäuden und Mobiliar, Einbruch und Diebstahl sowie Schäden an elektronischen Anlagen versichert. Im Jahr 2004 wurden 19 Schadensmeldungen behandelt (die Schäden an der Universität, die seit 2003 nicht mehr in diesem Rahmen behandelt werden, ausgenommen).

7. Gebäudeverwaltung

Die Abteilung Gebäudeverwaltung befasste sich mit folgenden Aufgaben:

- Umzug und Einrichtung zweier Einheiten des Amts für Informatik und Telekommunikation an der Adresse Route Mont-Carmel 1 in Givisiez;
- Ausarbeitung und Unterzeichnung eines Mietvertrags für das Büro der Schulinspektorinnen und Schulinspektoren für den Süden des Kantons, Grand-Rue 15 in Romont;

- Ausarbeitung und Unterzeichnung eines Mietvertrags für das Büro der Schulinspektorinnen und Schulinspektoren für den Norden des Kantons, Route Neuve 9 in Freiburg;
- Ausarbeitung und Unterzeichnung eines Mietvertrags für die Räumlichkeiten der Mediation, Zähringergasse 1 in Freiburg;
- Erweiterung Staatsanwaltschaft, Zähringergasse 1 in Freiburg;
- Ausarbeitung und Unterzeichnung eines Mietvertrags für die Erweiterung des 2. Forstkreeses, Kurschürliweg 4 in Plaffeien;
- Ausarbeitung und Unterzeichnung eines Mietvertrags für die Vermietung einer Wohnung, Gros Plan 12 in Charmey;
- Ausarbeitung und Unterzeichnung eines Mietvertrags für die Vermietung einer Wohnung, Mariahilfstrasse 2 in Tafers;
- Ausarbeitung und Unterzeichnung mehrerer Mietverträge für die Installation von Mobilfunkantennen in Freiburg, Murten, Granges-Paccot, Givisiez und Saint-Saphorin;
- Ausarbeitung und Unterzeichnung eines Mietvertrags für die Zurverfügungstellung einer Fläche von 430 m² (Parkplatz) in Estavayer-le-Lac;
- Ausarbeitung und Unterzeichnung eines Vertrag über die Begründung eines selbständigen und dauernden Baurechtes, dank dem die Société Fribourgeoise de Recyclage SA (SFR) nun in Châtillon – Hauterive über eine Landparzelle von 283 m² verfügt;
- Verkauf Artikel 198 des Grundbuchs Cressier (Kapelle St-Urbain) an die Kirchgemeinde von Cressier;
- Kauf einer Landparzelle (Artikel 7502 des Grundbuchs Freiburg) von 182 m² an der Giessereistrasse in Freiburg;

- Ausarbeitung eines Dossiers für die Vermietung des ehemaligen Polizeipostens in Châtonnaye;
- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe, die das Dossier über den Betrieb und die Verwaltung der staatlichen Restaurants und Mensen betreut; Ausarbeitung eines Mietvertragsentwurfs;
- Prüfung möglicher Standorte im Hinblick auf den Kauf von Immobilien für die Nutzung durch verschiedene kantonale Dienststellen in Granges-Paccot und Bulle;
- Prüfung von Dossiers für die Miete von Nutzflächen in den Hauptorten der Bezirke;
- Überprüfung und Änderung von Mietverträgen für die Abteilung Gebäudeunterhalt des Hochbauamts;
- Unterzeichnung eines Mietvertrags für Parkplätze in Freiburg und Umgebung;
- Prüfung möglicher Standorte für den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst in Freiburg;
- Studie für die Restrukturierung der Friedensgerichte in 8, 9 oder 10 Kreisen (neue Standorte);
- Ausarbeitung und Unterzeichnung eines Mietvertrags für Personen, die der Hochschule für Wirtschaft Freiburg angeschlossen sind, Rue Jacques Gachoud 3 in Freiburg;
- Ausarbeitung und Unterzeichnung eines Mietvertrags für zwei Klassenzimmer in der Lehrwerkstätte, Rue Wilhelm Kaiser 3 in Freiburg;
- Die Abteilung Gebäudeverwaltung hat ausserdem bei den einzelnen Direktionen beratend gewirkt.

V. Kosten

Die Ausgaben für diese Arbeiten teilen sich wie folgt auf:

	Fr. *	Fr. **
Gebäudeunterhalt	3 907 496	5 046 589
Unterhalt und Reparaturen von Kirchen, Kapellen und Kunstdenkmäler	1 334 985	79 997
Bau, Erweiterung und Ausbau sowie ausserordentliche Arbeiten, Kauf von Gebäuden	1 500 000	41 582 442

* zu Lasten des Hochbauamts
 ** zu Lasten der übrigen Direktionen, vom Hochbauamt verwaltet, Anstalten ausgenommen

Amt für Umwelt

I. Allgemeine Tätigkeit

1. Aussenbeziehungen

Das Amt für Umwelt war in folgenden Kommissionen, Verbänden und Arbeitsgruppen aktiv tätig:

a) auf nationaler Ebene

- Konferenz der Vorsteher der Umweltschutzämter der Schweiz (KVU);
- Verband Schweizerischer Abwasserfachleute (VSA);
- Vereinigung kantonaler Gewässerschutzchemiker und -limnologen (Cercl'eau), in deren Vorstand es mitwirkt;
- Schweizerische Gesellschaft der Lufthygienefachleute (Cercl'Air), in der es die Aktivitäten im Emissionsbereich koordiniert und in deren Arbeitsgruppen es mitwirkt;
- Vereinigung der kantonalen Lärmschutzfachleute (Cercle Bruit);
- Schweizerischer Verband der kantonalen Verantwortlichen für geologische und hydrologische Fragen;
- Schweizerische Gesellschaft für Hydrogeologie;
- Kontaktgruppe des Bundesamtes für Umwelt (BUWAL) für den Vollzug der Störfallverordnung (StFV);
- interkantonale Gruppe für den Vollzug der Störfallverordnung im Bereich der biologischen Sicherheit (ERFA BIO);
- interkantonale Konferenz für die Sonderabfälle;
- Koordinationsgruppe des BUWAL für den Kataster der belasteten Standorte;
- Studien- und Arbeitsgruppen des BUWAL zur Verbesserung der Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP);
- Arbeitsgruppe Netzwerk Umwelt Daten (NUD), das vom BUWAL und der KVU ausgearbeitet wurde und für dessen Anwendung der Kanton Freiburg als Pilotkanton bestimmt wurde.

b) auf interkantonaler Ebene

- Konferenz der Westschweizer Umwelt- und Gewässerschutzvorsteher (CREPE);
- interkantonale Kommission für die Abfallbehandlung (CIRTD)
- Verwaltungsrat des Zentrums für Sammlung und Identifizierung von Sonderabfällen (CRIDEC) in Eclépens;
- Westschweizer Vereinigung für Gewässerschutz und Luftreinhaltung (ARPEA), in der sich das Amt an der Ausarbeitung von Ausbildungskursen beteiligt;
- Gruppe der Verantwortlichen für den Grundwasserschutz der Westschweiz und des Kantons Bern;

- Gruppe der Verantwortlichen der Westschweiz und des Tessins für die Umweltverträglichkeitsprüfungen (grEIE), deren Vorsitz zurzeit das AfU innehat;
- interkantonale Gruppe der Westschweiz und des Tessins für die Umweltinformation (Info-environnement);
- interkantonale Gruppe Bern-Neuenburg-Freiburg für die Kontrolle der Seen des Mittellands (Neuenburger-, Bieler- und Murtensee);
- Deutschschweizer Sachbearbeitertagungen für Industrie und Gewerbe;
- Westschweizer Gruppe für Industriesanierung (GRAIN);
- Westschweizer Gruppe für die Sanierung belasteter Standorte (GLASP);
- Westschweizer Gruppierung der Gewässer- und Umweltschutzlaboratorien der Kantone (Lab'Eaux);
- Methodikgruppe der internationalen Kommission zum Schutz des Genfersees (CIPEL);
- Koordinationsgruppe für die EXPO.02, in der es den Vorsitz der Gruppe «Umweltmonitoring» führt und für die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands der Expo-Standorte verantwortlich ist.

c) auf kantonaler Ebene

- kantonale Kommission für Umwelt-, Natur- und Landschaft, für die das AfU das Sekretariat führt;
- «Umwelt-Club» des Grossen Rates, dessen Sekretariat es führt;
- kantonale Kommission für Schiessstände, deren Sekretariat das Amt führt;
- beratende Raumplanungskommission (CCCAT);
- kantonale Kommission für Fischerei;
- kantonale Kommission für Pflanzenschutz;
- kantonale Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention;
- Verwaltungsrat und Leitungsausschuss SAIDEF;
- Verwaltungsrat der Kompostieranlage Seeland AG;
- Kommission für die Abfallbewirtschaftung der kantonalen Bauwirtschaftskonferenz (KBWK);
- ständige Kommission des Kompostierzentrums Châtillon;
- Verkehrsverbund der Agglomeration Freiburg (CUTAF);
- kantonale Koordinationsgruppe zum Schutz gegen Störfälle (GROPAM), deren Vorsitz das Amt innehat;
- Arbeitsgruppe der Verwaltung für einen nachhaltige Entwicklung, in der es die Vizepräsidentschaft übernommen hat;
- technische Gruppe für den Unterhalt und die Begleitung der Kompensationsmassnahmen für die A1, deren Vorsitz das AfU innehat;

- Arbeitsgruppe der Verwaltung für die Nachführung des Sachplans Materialabbau (SaM);
- Arbeitsgruppe der Verwaltung für die Begleitung des kantonalen Richtplans;
- Arbeitsgruppe für den Sachplan Arbeitszonen von Grossfreiburg;
- Arbeitsgruppe für die Verbesserung der Staatseinnahmen;
- Arbeitsgruppe mit Vertretern mehrerer Dienste für die Anwendung der Gesetzgebung über den Bodenschutz, deren Vorsitz es innehat.
- Messerat Fachmesse Aqua 05.

2. Gesetzgebung

Der Vorentwurf für das kantonale Gesetz über die Gewässer wurde unter Berücksichtigung der in der Vernehmlassung formulierten Stellungnahmen und Bemerkungen der betroffenen Instanzen angepasst. Insbesondere ist nun vorgesehen, das Thema Trinkwasser im Gesetz zu regeln, um so einen ganzheitlichen Ansatz bei der Bewirtschaftung des Wassers sicherzustellen. Es ist vorgesehen, dass der Staatsrat den neuen Entwurf im Laufe des Jahrs 2005 dem Grossen Rat übergibt.

3. Information

Die Information im Umweltbereich ist eine wesentliche Aufgabe, die auf der Gewässer- und Umweltschutzgesetzgebung des Bundes beruht. Im Jahr 2004 richtete das Amt deshalb sein Augenmerk vor allem auf die Beratung der Gemeinden, zuhanden derer spezifische Dokumentationen ausgearbeitet wurden, damit diese die Bürgerinnen und Bürger über aktuellen Themen informieren können.

Das Amt hat zudem an Publikationen für die breite Öffentlichkeit mitgearbeitet. Es hat mit den Redaktoren verschiedener Informationsbulletins, insbesondere mit denjenigen von «Energie et environnement» und «Forum déchets» zusammengearbeitet, deren Verteilung an alle Gemeinden des Kantons es unterstützt.

Das Amt hat seine Mitarbeit in der interkantonalen Arbeitsgruppe «Info-environnement» fortgeführt. Das Amt hat an der Entwicklung einer Datenbank mitgearbeitet, in der alle Westschweizer Unternehmen, die im Bereich der Abfallbearbeitung tätig sind, aufgeführt sind. Die Datenbank sowie Informationen zum Recycling können auf der Website des AfU abgerufen werden.

Zusammen mit der KBWK hat das Amt für Vorarbeiter und Equipenchefs ein Seminar über die Bewirtschaftung von Baustellenabfällen durchgeführt; 170 Personen nahmen daran teil.

Auf Ersuchen des Freiburgerischen Baumeisterverbands hat das Amt 6 Kurse über die Sicherheit beim Lagern von Kohlenwasserstoffen und den Umgang mit ihnen sowie über den Gewässerschutz durchgeführt. Diese Kurse fanden im Kantonalen Berufsbildungszentrum statt.

Das Amt beteiligte sich ferner aktiv an der Ausbildung der Polizeiasspirantinnen und -aspiranten des Kurses 2004. In

den Kursen werden praktische Kenntnisse über den Umweltschutz vermittelt, die den Ordnungshütern bei ihren künftigen Einsätzen nützlich sein werden.

Auf seiner Website (<http://www.fr.ch/sen>) informiert das AfU wöchentlich über die Luftqualität, die in den verschiedenen über das ganze Kantonsgebiet verteilten Messstationen gemessen wurde. Auf der Website findet man zudem Grundinformationen über sämtliche Tätigkeitsgebiete des AfU und Informationsbroschüren über die Abfallentsorgung, die heruntergeladen werden können, sowie nützliche Internet-Adressen und Zugang zum Umweltbericht im pdf-Format. Die Website wurde zudem durch einen gemeinsam mit dem Autobahnamt (ABA) ausgearbeiteten Internetauftritt über die ökologischen Ausgleichsmassnahmen für die A1 vervollständigt. Eine weitere Website (<http://www.les3lacs.ch>), die von den drei Kantonen Bern, Freiburg und Neuenburg gemeinsam verwaltet wird und direkt über die Site des AfU angeklickt werden kann, liefert monatlich aktualisierte Informationen über die Entwicklung der Wasserqualität in den drei Seen des Mittellands (Bieler-, Murten-, und Neuenburgersee).

II. Personal

2004 umfasste der Personalbestand 33,94 Stellen (Vollzeitäquivalenz).

Herr Denis Volery verliess seine Stelle als Dienstchef und wurde in dieser Funktion durch Herrn Marc Chardonnens ersetzt.

III. Abteilung Gewässerschutz

1. Sektor Kanalisationen und Abwasserreinigungen

a) Sanierungsstand

Folgende Gemeinden haben ihr öffentliches Abwasserkanalisationsnetz erweitert: Alterswil, Bulle, Charmey, Créruz, Dompierre, Féigny, Grandvillard, Granges, Hauteville, Jaun, Léchelles, Neyruz, Pont-en-Ogoz, Ponthaux, La Roche, St. Antoni.

b) Ausführung von Bauwerken

2004 betragen die überwiesenen Kantonsbeiträge 500 000 Franken, was Baukosten von rund 2,5 Millionen Franken entspricht.

Diese Subventionen erforderten 16 Beitragsabrechnungen, die 2 Abwasserreinigungsanlagen (ARA), 5 Kanalisationen, 6 Generelle Entwässerungspläne (GEP) und 3 Abfallbehandlungsanlagen betrafen. Die Bundessubventionen beliefen sich auf rund 10 Mio. Franken.

c) Gemeindeplanungen

Das Amt hat 106 Ortsplanungen (OP) mit Revisionen und Änderungen sowie 66 Detailbebauungspläne (DBP) geprüft. Zudem hat es 81 Bauprojekte für öffentliche oder private Anlagen begutachtet. Es befasste sich mit 40 Kanalisationsreglementen und den entsprechenden Gebühren,

wobei die meisten die Annahme der geltenden Reglemente betrafen. Auf Grund der Einführung von kostendeckenden Gebühren nach Artikel 60a des Bundesgesetzes über den Gewässerschutz (GSchG) sind noch zahlreiche Gemeindeglemente anzupassen.

d) Baubewilligungsgesuche

Das Amt für Umwelt hat 2720 Baubewilligungsgesuche geprüft und begutachtet.

e) Generelle Entwässerungspläne (GEP) und globale Pläne

Zurzeit sind 24 GEP-Dossiers in der Vorprüfung und 12 Dossiers im Genehmigungsverfahren. 8 globale GEP, die GEP von Verbänden und Gemeinden zusammenschliessen, werden derzeit ausgearbeitet.

f) Betrieb der ARA

2004 ist das Amt den Betreibern der 29 ARA im Kanton vermehrt mit Rat und Tat zur Seite gestanden, damit die in der Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998 (GSchV) definierten Wirkungsgrade und Normen für die abgeleiteten Mengen und Konzentrationen von Stoffen eingehalten werden. Zu diesem Zweck hat das AfU für die Betreiber eine Datenbank sowie ein neues Kontrollformular zusammengestellt. 2004 haben 14 ARA speziell von dieser Betreuung profitiert.

2. Sektor Industrie

Das Amt hat für Industrie und Gewerbe 220 Baugesuche, 39 Dossiers für Sanierungen, 39 OP- und DBP-Dossiers sowie 35 GEP- und UVP-Dossiers bezüglich Abwasserbehandlung und Bestimmung der StfV geprüft und begutachtet. Darin sind auch die Prüfungsdossiers für ISO 14001-Projekte enthalten.

Im Rahmen der Störfallverordnung hat das AfU die Bewertung von 7 Objekten im Bereich stationäre Anlagen vorgenommen. Ende 2004 waren rund 80 % der festen Anlagen und etwa 80 % der Verkehrsachsen in Kurzberichten oder anderen Studien bewertet worden. 2 Risikoberichte wurden im Zusammenhang mit der Raumplanung erstellt und untersucht. Ein Geschäft ist zurzeit beim Verwaltungsgericht hängig. Die Projektierungs- und Sanierungsarbeiten werden weitergeführt. In enger Zusammenarbeit mit der Kantonalen Gebäudeversicherung (KGV) hat das Amt 32 Einsatzpläne für die Feuerwehrstützpunkte des Kantons gutgeheissen.

Der Risikokataster wurde aktualisiert.

3. Sektor Kohlenwasserstoffe und wassergefährdende Flüssigkeiten

a) Neue Lageranlagen für Kohlenwasserstoffe

Das AfU hat 569 Bewilligungen für 812 Tanks geprüft und begutachtet.

b) Garagen, Autospenglereien und andere Betriebe der Autobranche

Das AfU hat 96 Baubewilligungsgesuche und 10 Umbaugesuche von Betrieben der Automobilbranche geprüft und

begutachtet. Auf Grund des vom Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt verlangten Konformitätsberichts mussten 26 Betriebe ihre Anlagen gemäss Umweltschutzanforderungen sanieren. Die Sanierungsarbeiten erforderten insgesamt 59 Ortsbesichtigungen.

c) Unfälle und Verschmutzungen durch Kohlenwasserstoffe

Das Amt hat 158 Dossiers von Verschmutzungen durch Kohlenwasserstoffe behandelt. Für diese Dossiers mussten 309 Rechnungen ausgestellt werden, deren 5 Gegenstand von Beschwerden und deren 17 Gegenstand von Einsprachen waren.

d) Revisionen von Tankanlagen

Es wurden 2412 Tankanlagen revidiert und registriert. 84 Tanks wurden wegen Undichtigkeit oder anderen Mängeln definitiv ausser Betrieb gesetzt. Zudem mussten 70 Revisionsaufforderungen verschickt werden. Dafür waren insgesamt 36 Ortsbesichtigungen nötig.

e) Leckerkennungsgeräte

Es wurden 2010 Kontrollberichte über Leckerkennungsgeräte geprüft. 564-mal mussten die Besitzer schriftlich aufgefordert werden, die Geräte zu kontrollieren.

f) Tankregister

Am 31. Dezember 2004 waren 48 995 Tankanlagen im Register eingetragen.

g) Kontrolle der Revisionsunternehmen

5 Tankrevisionsunternehmen sind geprüft worden. Dazu waren 32 Ortsbesichtigungen nötig.

h) Abnahme von Tankanlagen

Von den 74 Installationen, die abgenommen wurden, mussten 21 nachgebessert werden.

i) Verwaltung des Tankanlagenkatasters, Gemeindefusionen und neue Katastervermessungen

Das Amt hat 63 allgemeine Tankanlagenlisten nachgeführt (je Gemeinde) und wo nötig Korrekturen angebracht. Die Inbetriebnahme des neuen Verwaltungstools für den Kataster erforderte eine umfangreiche Überarbeitung der Daten und zahlreiche Änderungen.

4. Sektor Landwirtschaft

Im Rahmen der Kampagne für die Sanierung der Lagervolumen von landwirtschaftlichen Betrieben des Kantons hat das Amt 80 Betriebe auf die Einhaltung der Anforderungen und gesetzten Fristen hin kontrolliert. Ein paar Dossiers wurden dem Amt für Landwirtschaft für allfällige administrative Massnahmen übergeben.

Von den 269 behandelten Dossiers wurden 21 Gesuche vom Meliorationsamt eingereicht (im Rahmen der Subventionsgesuche). Bei den übrigen 248 handelte es sich um gewöhnliche Dossiers.

Das Gesamtvolumen der dieses Jahr begutachteten Jauchegruben betrug 11 452 m³, was 25 Kontrollen erforderte.

IV. Wasserbewirtschaftung

1. Sektor Grundwasser

a) Karten über Gewässerschutzbereiche 1:25 000

Im Rahmen der regelmässigen Aktualisierung der Gewässerschutzbereiche wurde 1 der 16 für den Kanton existierenden Karten gemäss den Bestimmungen der neuen Bundesverordnung über den Gewässerschutz (GSchV) nachgeführt.

b) Grundwasserschutzzonen

Die Studien und öffentlichen Auflagen von Schutzzonen bei den öffentlichen Wasserfassungen wurden weitergeführt. Sie führten zur Legalisierung von 12 Grundwasserschutzzonen in den Gemeinden Cheyres (1), Domdidier (1), Jeuss-Gurmels (1), La Brillaz (1), Lurtigen (3), Plaffeien (2), Salvenach (1), St. Antoni (1) und Tornay (2).

Von den insgesamt 65 Gemeinden, die von der Änderung der Bestimmungen über die Grundwasserschutzzonen S2 betroffen sind, haben 4 weitere ihr Zonenreglement angepasst. Damit haben insgesamt 32 Gemeinden ein vorschriftsgemässes Reglement.

c) Zuströmbereiche (Sektoren Zu)

In Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftlichen Institut Grangeneuve (LIG), dem Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) und dem BUWAL hat das AfU hydrogeologische Studien in 3 neuen Zuströmbereichen auf den Gebieten der Gemeinden Misery-Courtion, Salvenach und Wünnwil-Flammatt (Elswil) durchgeführt. Diese Studien erfolgen im Rahmen der vom Bund ausgearbeiteten Strategie zur Reduktion des Nitratgehalts in den unterirdischen Gewässern und werden durch Bundesbeiträge gefördert. Zwei oder drei weitere Zuströmbereiche werden 2005 untersucht werden.

Die Veränderungen der Wasserqualität in den Einzugsgebieten von Avry-sur-Matran, Courgevau, Domdidier, Féigny, Lurtigen und Midde wurden allmonatlich analytisch kontrolliert. Die Standorte in La Brillaz und Gurmels wurden dagegen alle zwei Monate kontrolliert.

d) Kiesgruben, Materialausbeutungen

Es wurden 2 Gesuche zur Ausbeutung von sandig-kiesigem oder steinigem Material begutachtet.

e) Baubewilligungsgesuche, Bewilligungen und verschiedene Gutachten

Es wurden rund 1900 Baudossiers und Baubewilligungsgesuche, 106 OP, 66 DBP sowie 24 GEP, Wasserkonzessionen und Pumpbewilligungen sowie 430 Installationen von geothermischen Sonden und Wärmepumpen in Bezug auf den Grundwasserschutz begutachtet.

f) besondere Studien

Das in Zusammenarbeit mit dem BUWAL ausgearbeitete Projekt für ein Netz zur Überwachung der Grundwasser-

qualität konkretisierte sich 2002 und wurde weitergeführt, indem insbesondere gezielte Studien über bestimmte Mikroverschmutzer in das Projekt aufgenommen wurden. Es handelt sich dabei um ein Projekt auf nationaler Ebene namens NAQUA, für das jährlich vier Messkampagnen in 12 Freiburger Messstationen durchgeführt werden, die auf dem Kantonsgebiet gemäss hydrogeologischer Besonderheit der Trinkwasserreserven verteilt sind. Die Arbeiten werden vom Bund subventioniert.

g) Überwachung der Entwicklung der Grundwasserqualität

Die Überwachung der Grundwasserqualität ist eine Aufgabe des Kantons. Dafür wurde ein Konzept für ein Netz zur Überwachung der Grundwasserqualität auf regionaler Ebene ausgearbeitet (49 Standorte). Das Konzept sieht jährlich zwei Messungen vor.

2. Sektor Oberflächengewässer

Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen Bern, Neuenburg und Freiburg hat das AfU für die Studie und Analyse der Wasserqualität in den Seen des Mittellands 12 Proben (1 pro Monat) aus dem Murtensee entnommen. Das AfU hat sich ebenfalls an den Probeentnahmen aus dem Bieler- und Neuenburgersee beteiligt. Ferner hat das AfU die Kontrolle der Wasserqualität im Greyerz- und im Schifflensee durch eine jährliche Probeentnahme weitergeführt.

Die jährliche Analyse der Wasserqualität in den Zuflüssen des Murtensees (Arbogne, Broye, Chandon, Kleine Glane) und des Neuenburgersees (Broyekanal) wurde mit 12 Probeentnahmen weitergeführt. Dabei wurden auch die Ableitungen der ARA von Murten, die sich im betroffenen Einzugsgebiet befindet, einer Qualitätskontrolle unterzogen.

Das Amt hat die Arbeiten im Hinblick auf die Bestimmung des ökomorphologischen Zustands der Bäche im Kanton fortgeführt. Im Einzugsgebiet des Jaunbachs wurden 8 Messkampagnen zur Erstellung der Verschmutzungsbilanz durchgeführt. Zudem hat das AfU die ökomorphologischen Studien im Einzugsgebiet des Jaunbachs weiter verfolgt.

2004 startete das AfU eine neue Kampagne für die Untersuchung des Gesundheitszustands der Gewässer im Kanton Freiburg. Dabei verwendete das Amt die so genannte IBGN-Methode (Genormte Biologische Gesamtzahl), die auf der Beobachtung der Gemeinschaften der Wirbellosenlarven (Makro-Invertebraten) basiert. Drei Einzugsgebiete wurden untersucht: Arbogne, Chandon und Sonnaz-Crausa.

Um eine bessere Koordination innerhalb der Verwaltung im Bereich Wasserbewirtschaftung sicherzustellen, nahm das Amt an Sitzungen verschiedener Arbeitsgruppen teil. Folgende Bereiche werden dabei behandelt:

- Verbauung und Unterhalt der Fliessgewässer und Seen;
- landwirtschaftliche Wasserentnahmen durch Pumpen;
- Restwassermengen und Unterhalt der Elektrizitätswerke (in Zusammenarbeit mit den FEW). In diesem Bereich hat das AfU insbesondere die Arbeiten für die

Instandsetzung des Staudamms von Maigrage verfolgt. Auch nahm das AfU aktiv an der Nutzwertanalyse für die Sanierung des Staudamms von Montsalvens teil. Wie schon die Studie für den Staudamm von Rosens sollten auch mit dieser Studie die Restwassermengen gemäss GSchG bezeichnet werden;

- Revitalisierung der Fließgewässer

Im Rahmen des Schutzes der Oberflächengewässer hat das AfU 77 Dossiers für OP, DBP, GEP, Meliorationen, Materialausbeutungen, Hafenausbauten, Wasserpumpwerke sowie Verbauungen und Unterhalt von Fließgewässern geprüft und begutachtet, wobei 7 Dossiers eine Reinigung, 4 Dossiers eine Revitalisierung, 1 Dossier eine Ausdolung des Baches und 1 Dossier die Entnahme von Material zum Gegenstand hatten, für die das AfU an den entsprechenden Sitzungen und Ortsbesichtigungen teilgenommen hat. Auch hat das AfU an den Untersuchungen zur Revitalisierung der Fließgewässer mitgewirkt, die von einer Arbeitsgruppe aus Vertretern verschiedener Dienste geleitet wurden.

V. Labor und Analysen

1. Akkreditierung nach ISO 17025

Im Rahmen des Qualitätsmanagement-Systems führte das AfU verschiedene Ringanalyse-Serien durch, die entweder von der Arbeitsgruppe «Analysen und Methoden» der CIPEL, von Lab'Eaux oder von WEPAL (Wageningen Evaluating Programme for Analytical Laboratories) aus den Niederlanden organisiert worden waren. Auf diese Weise konnten sämtliche Analysematrizen abgedeckt werden. Insgesamt erfolgten 658 Analysen, dank denen die Qualität der vom Laboratorium des AfU erbrachten Leistungen bescheinigt werden konnten.

2. Abwasserreinigungsanlagen (ARA)

Den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend, namentlich der Gewässerschutzverordnung und der kantonalen Weisung vom 21. Juli 1991 über die Ausstattung und die Kontrolle von ARA-Betrieben hat das AfU die 29 in Betrieb stehenden ARA von Gemeinden oder Gemeindeverbänden kontrolliert. Im Rahmen dieser Kontrollen wurden 2201 Analysen durchgeführt.

Das AfU hat die regelmässige Qualitätskontrolle der von den ARA produzierten Klärschlämme mit vier Probeentnahmen für die grossen und mittleren Anlagen und zwei Probeentnahmen für die kleinen Anlagen durchgeführt, was gesamthaft 1870 Analysen entspricht. Das AfU hat ferner seine Mitarbeit am MARSEP-Programm fortgesetzt, das von der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Agrarwirtschaft und Landtechnik zur Qualifizierung der Laboratorien eingeführt wurde. Das AfU-Labor ist dadurch offiziell für die Kontrolle der Klärschlämme und des Kompostes gemäss Verordnung vom 9. Juni 1986 über umweltgefährdende Stoffe (StoV) zugelassen.

3. Industrieabwasser

Wegen Personalmangel konzentriert sich das AfU auf die vorrangigen Fälle, insbesondere die Abnahme neuer Anla-

gen. So wurden 148 Analysen von Industrieabwässern vorgenommen. Zudem setzte das Amt seine umfassenden Untersuchungen der Qualität der Abwasserableitungen und des Grundwassers unter der Deponie von En Craux in Châtel-St-Denis sowie die Studien zur Qualität des Grundwassers unter der Deponie von Châtillon in Hauterive fort. Es wurden dafür alles in allem 1163 Proben analysiert.

4. Oberflächengewässer

Das AfU hat im Rahmen der Wasserbewirtschaftung 5049 Untersuchungen der Oberflächengewässer vorgenommen.

5. Verschmutzungen

Das Amt musste in 30 Fällen von Fließgewässerverschmutzung einschreiten. Die identifizierten Urheber der Verschmutzungen wurden bei der zuständigen Behörde angezeigt. Diese Verschmutzungen gaben Anlass zu 111 Untersuchungen.

6. Verschiedenes

Das AfU hat die Untersuchung von 900 Erdproben und 97 andere Proben in Auftrag gegeben.

VI. Abteilung Luftreinhalteung

1. Massnahmenplan

Das Amt hat den Entwurf für die Revision des Massnahmenplans in die interne Vernehmlassung geschickt; die öffentliche Vernehmlassung ist für 2005 geplant. Das AfU beteiligte sich im Rahmen der Koordinationsgruppe für Verkehr an der Ausarbeitung des kantonalen Verkehrsplans sowie an den Arbeiten der technischen Kommission für die Umsetzung des CUTAF-Generalprojekts. Zudem war es in der technischen Gruppe für die raumplanerischen Tätigkeiten im Rahmen des Agglomerationsprojekts aktiv tätig.

Auf interkantonaler Ebene nahm das AfU an zahlreichen Sitzungen zur Koordination des gesetzlichen Vollzugs zwischen den Kantonen teil.

2. Sektor Emissionskontrolle

Zur Überprüfung der gasförmigen Emissionen von industriellen und gewerblichen Heizungsanlagen wurden 25 Holzfeuerungsanlagen, 8 Öl- oder Gasfeuerungen und 1 ortsfester Verbrennungsmotor mit Abgasantrieb kontrolliert. Ebenso wurden die Emissionen von 3 industriellen Produktionsstätten untersucht. Auf Grund dieser Untersuchungen mussten 10 Installationen reguliert werden.

Die Kaminfeger haben 14 700 Hausfeuerungen kontrolliert. In 187 Fällen musste eine Frist zur Sanierung der Feuerung angeordnet werden. Heute gelten noch 1054 Anlagen als sanierungsbedürftig.

Das AfU hat 201 Dossiers für Baubewilligungsgesuche behandelt, davon 27 für Industrie- und Gewerbebetriebe, 55 im Rahmen landwirtschaftlicher Tierhaltung, 41 für den Bau von Parkierungsanlagen, 16 für den Betrieb von Gasthöfen, 13 für den Bau von Tankstellen oder mechani-

schen Werkstätten. Die restlichen Dossiers betrafen verschiedene Bereiche. Es wurden zudem 31 Gesuche für die Installation von neuen Heizkesseln (nur kontrollierbare Anlagen) begutachtet. Das AfU hat ferner 28 Dossiers von OP oder DBP sowie verschiedene weitere Dossiers bezüglich Luftreinhaltung geprüft und 23 Klagen über Geruchsemissionen übernommen, wovon einige noch in Behandlung sind. Es handelt sich dabei um Fälle, die von den Gemeindebehörden nicht geklärt werden konnten.

Das AfU beriet die von der Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV) betroffenen Unternehmen des Kantons. Die Bilanz der flüchtigen organischen Verbindungen von 16 Unternehmen wurde überprüft und nach Anbringung der nötigen Anpassungen und Korrekturen der Eidgenössischen Oberzolldirektion für die Entschädigung zugestellt.

3. Sektor Immissionsüberwachung

Ein Teil der Messresultate für die Luftqualität von 2003 wurde wie jedes Jahr im statistischen Jahrbuch des Kantons Freiburg «STAT-FR 2004» sowie auf der Website des BUWAL (http://www.umwelt-schweiz.ch/buwal/de/fachgebiete/fg_luft/luftbelastung/blick_zurueck/immissionsmesswerte_schweiz/index.html) veröffentlicht. Auf der Website des AfU (www.fr.ch/sen) werden die aktuellen Stickstoffdioxidwerte wöchentlich und die Ozonwerte stündlich veröffentlicht.

Die kritischen Schadstoffe sind weiterhin Stickstoffdioxid, Ozon und der Feinstaub. Diese Substanzen überschreiten regelmässig die in der Bundesverordnung für die Luftreinhaltung festgelegten Grenzwerte.

Das AfU betreibt weiterhin eine ständige Station für Immissionsmessungen an der Route de la Fonderie 2 in Freiburg. Zudem wurden zwei Messwagen wie folgt eingesetzt:

- a) Messung der Schadstoffbelastung an der Rue de Vevey in Bulle, in der Nähe der Place Nicolas-Glasson.
- b) Messung der Schadstoffbelastung im Gambach-Quartier in Freiburg, entlang der Avenue Louis-Weck-Reynold.

Das Netz der NO₂-Passivsammler musste in Folge der Budgetreduktion für das Jahr 2004 verkleinert werden. Das Netz umfasste im Jahr 2004 folgende Gemeinden: Bulle (3 Standorte, davon 1 bei der Messstation, um Vergleiche anstellen zu können), Cormérod (1 Standort), Freiburg (4 Standorte, davon 2 bei der Messstation), Granges-Paccot (1), Murten (2), Villars-sur-Glâne (1) und Vuisternens-en-Ogoz (1), was ein Total von 13 Messstandorte ergibt. An 5 dieser Standorte wurden Vergleichsmessungen zwischen zwei verschiedenen Methoden durchgeführt.

VII. Abteilung Lärmschutz und nichtionisierende Strahlung

1. Schutz gegen Strassenlärm

Die Arbeit des AfU konzentrierte sich im Bereich Lärmschutz insbesondere auf die Umsetzung des Vorsorgeprin-

zips. In diesem Rahmen wurden 136 Dossiers für OP und DBP, 744 Baubewilligungsgesuche und 83 Patentgesuche oder Gesuche um Verlängerung der Öffnungszeiten von öffentlichen Anstalten begutachtet.

Die Zahl der Klagen wegen übermässiger Lärmbelastung bleibt weiterhin hoch: 22 neue Dossiers wurden eröffnet.

Während die Umsetzung des Vorsorgeprinzips Priorität genießt (Baubewilligungen, OP, DBP), ist die akustische Sanierung bestehender Anlagen (Schiessstände, Industrieanlagen, Strassen) von den zur Verfügung stehenden Mitteln abhängig. Wegen des eindeutig ungenügenden Personalbestands konnte die erste Frist von 15 Jahren (31. März 2002), wie sie für die akustische Sanierung im Bundesrecht vorgesehen ist, nicht eingehalten werden. So kommt es, dass ein nicht zu vernachlässigender Teil der Bevölkerung Lärmbelastungen ausgesetzt ist, die – zum Teil massiv – über den zulässigen Höchstwerten liegen. Und ohne zusätzliche Mittel wird es nicht möglich sein, diese Situation zu verbessern. Für die Sanierung der Strassen wurde vom Bund eine zusätzliche Frist gewährt. Jedenfalls ist davon auszugehen, dass – betrachtet man nur den Strassenlärm – rund 30 000 Personen im Kanton übermässigem Lärm ausgesetzt sind.

2. Nichtionisierende Strahlung

Der Grossteil der Arbeit in diesem Bereich erfolgt im Zusammenhang mit der Mobiltelefonie (Antennen und Basisstationen). Durch das Aufkommen neuer Kommunikationstechnologien und wegen der Notwendigkeit, die bestehenden Installationen an die ständig steigende Nachfrage anzupassen, bleibt die Zahl der eingereichten Baubewilligungsgesuche, die für jede Änderung mindestens eines Parameters der Basisstation nötig sind, auf konstant hohem Niveau: Rund 100 Dossiers wurden behandelt. Der Anteil der Dossiers, gegen die Einsprache erhoben wurde, ist tendenziell steigend und liegt nun bei etwa 75 %. Ebenfalls steigend sind die Klagen gegen in Betrieb stehende Anlagen, weil das Bewusstsein um die Mobilfunkinstallationen in der Bevölkerung zunimmt. Im Laufe des Jahres 2004 wurden ungefähr 10 Dossiers behandelt.

VIII. Abteilung Koordination und Umweltverträglichkeitsprüfungen

Das AfU hat sich in folgenden Bereichen engagiert:

a) Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP)

- Begleitung bei der Ausarbeitung von Berichten zur Umweltverträglichkeit (Teilnahme an Begleitsitzungen, Ausarbeitung von Richtlinien, Auswertung von Zwischenberichten usw.);
- Auswertung von Voruntersuchungen, Berichte und Kurzberichte zur Umweltverträglichkeit, einschliesslich Koordination mit anderen Behörden auf Kantons- und Bundesebene: 11 Berichte zur Umweltverträglichkeit (UVP-Berichte), 12 Pflichtenhefte und 1 Kurzbericht zur Umweltverträglichkeit. Derzeit sind 26 UVP-Berichte in Ausarbeitung;

- Mitarbeit in Arbeitsgruppen rund um UVP-Projekte: Arbeitsgruppe Hafen von Gletterens, Arbeitsgruppe Agy Granges-Paccot, Arbeitsgruppe Hafen von Delley-Portalban;
- Koordination der Baustellenbegleitung: SBB-Tunnel von Vauderens, route des Muëses, Strasse Montbovon-La Tine, Lehmgrube Wallenried, Wiederherstellungsarbeiten nach der Expo.02.

b) Bodenschutz

- Ausarbeitung des kantonalen Konzepts für den Schutz des Bodens, allgemeine Koordination, Ausarbeitung eines Programms zur Überwachung des Bodens in der Stadt und Umsetzung eines ersten Massnahmenplans; Zusammenarbeit mit dem Freiburger Kiesverband im Bereich der Rekultivierung;
- Mitarbeit in Arbeitsgruppen rund um den Schutz des Bodens: ROSOL; Erfa-Austausch Fachstellen Bodenschutz; Arbeitsgruppe für die Überwachung der Erosion FR; Begleitgruppe des Bundes für das Projekt «Assainissement des ruissellements concentrés» VD-OFEFP-srva; Fachkommission PROSOL-GELAN.

c) Biologische Sicherheit

- Bearbeitung von Zustellungs- und Genehmigungsgesuchen: Das Amt hat sich zu 5 Projekten zur Verwendung von Organismen in geschlossenen Systemen geäussert;
- Mitarbeit beim Verfassen technischer Richtlinien über die biologische Sicherheit, interkantonale Harmonisierung bei der Ausführung der entsprechenden Bundesverordnung.

d) Allgemeine Koordination

- Koordination der ISO14001-Projekte und Erteilung von Konformitätszertifikaten;
- Prüfung und Zusammenfassung der OP, der DBP und der wichtigen Baubewilligungsdossiers;
- verschiedene Stellungnahmen zu Projekten, die dem AfU unterbreitet wurden;
- Entwicklung und Webmastering des AfU-Internetauftritts;
- Vorbereitung und Verwaltung des Projekts «Umweltbericht 2004»;
- Verwaltung des schweizerischen Umweltdatenkatalogs envirocat (enthält die Beschreibung der umweltrelevanten Daten (Metadaten) des Bundes und verschiedener Kantone).

IX. Abteilung Abfallbewirtschaftung

1. Kehrichtverbrennungsanlage (KVA)

Im Oktober 2004 mussten gewichtige Unterhaltsarbeiten am Heizkessel ausgeführt werden, was zur Folge hatte, dass während mehr als 2 Wochen keine Abfälle verbrannt

werden konnten. Zu diesem ausserplanmässigen Stopp kam noch die ordentliche jährliche Revision hinzu. Das Volumen der 2004 verbrannten Abfälle fällt deshalb geringer aus als in den Vorjahren (80 000 Tonnen statt deren 88 000). Da der KVA 84 445 Tonnen Abfälle geliefert wurden, musste ein Teil der Abfälle in Ballen gepresst und in der Deponie Châtillon zwischengelagert werden. Sobald als möglich werden diese Abfälle dann wieder zur KVA gebracht und dort verbrannt. Gestützt auf die Ergebnisse der laufenden Messungen der Hauptverschmutzer kann gesagt werden, dass 2004 keine besonderen Probleme während des Betriebs der KVA aufgetreten sind. Die umfassende Messung im September 2004 hat bestätigt, dass alle Normen eingehalten werden.

2. Abfallreglemente der Gemeinden

17 Gemeinden haben ihr Abfallreglement der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion zur Genehmigung unterbreitet.

Da diese Gemeinden bereits eine proportionale Gebühr für die Entsorgung der Abfälle erheben, verändert sich der Prozentsatz der Gemeinden oder der Bevölkerung, die von einer proportionalen Gebühr betroffen werden, nicht (98 % der Gemeinden und 99 % der Bevölkerung).

3. Reaktordeponien

Die Reaktordeponie der Sorval SA hat inzwischen das definitive Auffüllprofil erreicht, so dass sie endgültig abgedeckt wurde. Wie schon während des Betriebs werden auch weiterhin Wasserproben entnommen und analysiert.

In der Deponie Châtillon in Hauterive wurden vom Amt zwei Betriebskontrollen durchgeführt.

4. Inertstoffdeponie

Von 8 in Betrieb stehenden Inertstoffdeponien neigt sich diejenige von Villorsonnens ihrem Betriebsende zu. Die Deponie Montet (Glane), wurde am 20. Dezember 2004 geschlossen, weil das zulässige Volumen erreicht worden war. Zurzeit arbeitet der Betreiber ein Erweiterungsprojekt für diese Deponie aus. Das Vorhaben wird nun von den Freiburger und Waadtländer Raumplanungsdiensten vorgeprüft. Die offizielle Vernehmlassung wird Mitte 2005 beginnen.

Nachdem diese Anlagen nun fünf Jahre in Betrieb sind, wurde die Arbeitsgruppe, die an der Inertstoffdeponieplanung beteiligt war, reaktiviert, damit sie die Erfordernisse im Hinblick auf eine Aktualisierung des Programms abschätze.

Die Lagerung von Aushub-, Abraum- und Ausbruchmaterial in den dafür vorgesehenen Deponien wurde auch diesmal systematisch kontrolliert. Diese Kontrollen haben gezeigt, dass die Betriebsnormen auf breiter Basis respektiert werden.

5. Sanierung von Deponien und diversen Lagerplätzen

Es wurden rund 20 neue Dossiers über wilde Abfalldeponien eröffnet, welche die Sanierung von kleineren wilden

Deponien für organische Abfälle mit Feuerstelle sowie Inertstoffdeponien am Waldrand oder bei Bächen betrafen.

6. Baustellenabfälle

Die Inspektoren der kantonalen Bauwirtschaftskonferenz (KBWK) haben ihre Kontrollen der Abfallbewirtschaftung auf den Baustellen weitergeführt. Im Laufe des Jahres haben sie 595 Baustelleninspektionen durchgeführt.

7. Organische Abfälle

Alle durchgeführten Kontrollen zeigen eine perfekte Konformität des Endproduktes, das hauptsächlich in der traditionellen Landwirtschaft in Form von halbverrottetem Kompost verwertet wird. Zurzeit wird ein neues Kontrollsystem evaluiert, das die Delegation der Kompetenzen vom Kanton an den Verband Kompost- und Vergärwerke Schweiz (VKS) beinhaltet.

8. Sonderabfälle

Die Datenbank zum Verkehr mit Sonderabfällen wird jetzt noch – und bis zum Inkrafttreten der revidierten Verordnung über den Verkehr mit Sonderabfällen (VVS) am 1. Januar 2006 – mit der Software ELISA verwaltet. Dieses Programm wird in der Schweiz von weiteren 8 Kantonen benutzt. Das Gesamtvolumen der Sonderabfälle, die durch die Abgeber des Kantons produziert wurde, stieg von 12 600 Tonnen (2003) leicht auf 13 500 Tonnen (2004) an.

9. Klärschlamm

Die Bauarbeiten für die neue Klärschlammverbrennungsanlage auf dem Gelände der Kehrichtverbrennungsanlage Hauterive sind im Gange. Die ersten Tests sollten im Oktober 2005 beginnen.

10. Prüfung von Baubewilligungsgesuchen

484 Baubewilligungsgesuche aus Gewerbe, Industrie und Gemeinden wurden hinsichtlich der Abfallbewirtschaftung geprüft. Darin enthalten sind auch die Abbruch- und Aufschüttungsgesuche sowie die Gesuche für das Erstellen oder Betreiben von Deponien.

Es wurden zudem 33 Dossiers (Revisionen von OP und DBP, Quartierpläne und Umweltverträglichkeitsprüfungen) bezüglich Abfallbewirtschaftung begutachtet.

11. Sanierung belasteter Standorte

Die Ausarbeitung des Katasters der belasteten Standorte nähert sich seinem Ende. 2004 ging es hauptsächlich darum, rund 1500 Ausbeutungsstandorte vorläufig zu bewerten.

Etwa 30 Gesuche um Informationen zur spezifischen Situation von Parzellen wurden bearbeitet.

Mangels eines Katasters der belasteten Standorte musste das AfU in rund zwanzig Verschmutzungsfällen, in denen es die Umstände erforderten, Untersuchungen und eingreifende Massnahmen anordnen.

Autobahnamt

I. Allgemeine Tätigkeiten

2004 war ein äusserst arbeitsreiches Jahr für das Autobahnamt (ABA). Dies war vor allem auf die Fortführung und den termingerechten Abschluss der ersten Unterhaltsbaustelle in der Westschweiz zurückzuführen, die nach den Grundsätzen der Unterhaltsplanung Nationalstrassen (UPLaNS) vom Bund geplant und realisiert wurde. Der fragliche Unterhaltsabschnitt befindet sich auf der A12 zwischen Ottisberg (Gemeinde Düdingen) und der Grenze zwischen den Kantonen Freiburg und Bern.

Der Bau- und Ausbaurkredit betrug 12 Mio. Franken, wovon der Hauptteil für die Abschlussarbeiten der A1 und das verbleibende Geld für die Umbauarbeiten auf der A12 verwendet wurde. Der Unterhaltskredit seinerseits belief sich auf 64,4 Mio. Franken; er wurde hauptsächlich für die Arbeiten auf der A12 und zum Teil für die laufenden Projektierungsarbeiten für die künftigen UPLaNS-Projekte für beide Nationalstrassen (2005 bis 2010) verwendet.

Die Überwachungs- und Einstellungsarbeiten an den elektromechanischen Ausstattungen auf der A1 sowie die letzten Bau- und Bepflanzungsarbeiten entlang der Fahrbahn wurden weitergeführt. Die Arbeiten für den Abschluss und die Wiederherstellung der Strassen, Meliorationswege und die Realisierung der ökologischen Ausgleichsmassnahmen sind abgeschlossen.

Auf der Umfahrung von Murten, zwischen Greng und dem Löwenberg, wurden im vergangenen Jahr verschiedene Studien und Erneuerungsarbeiten ausgeführt. Die Überwachungs- und Einstellungsarbeiten der elektromechanischen Einrichtungen sowie der Ersatz eines Teils dieser Einrichtungen wurden fortgeführt. Ferner kann nun die Entwässerung des Sondierstollens unterhalb des Les Vignes-Tunnels an die Hand genommen und im Frühjahr 2005 realisiert werden.

Im Rahmen der Unterhaltsplanung der Nationalstrassen (UPLaNS) und in Übereinstimmung mit den Richtlinien des Bundesamts für Strassen (ASTRA) wurde die Intervention im Unterhaltsabschnitt auf der A12, der zwischen Vevey (La Veyre) – Châtel-St-Denis – Semsales liegt, durch die betroffenen Dienststellen des Bundes gutgeheissen. Die Vorarbeiten werden 2005 und die eigentlichen Arbeiten 2006 bis 2007 stattfinden. Die Studien für die UPLaNS-Projekte zwischen Löwenberg und Gurbrü auf der A1 und zwischen Semsales und Riaz auf der A12 sind im Gange.

Die sehr engen Beziehungen zum ASTRA sowie zu den Gemeinden und Güterzusammenlegungsgenossenschaften wurden im Rahmen der genannten Projekte und Arbeiten weitergeführt. Zur A1 ist zu sagen, dass die Güterzusammenlegungsgenossenschaft Domdidier 2004 aufgelöst wurde.

Die Informationspolitik des ABA wurde fortgesetzt, indem unter anderem die Website des ABA regelmässig aktuali-

siert wurde und indem Mitarbeiter des ABA Vorträge hielten bzw. an Informationsveranstaltungen anwesend waren.

Und im Juni letzten Jahres unterzog sich das ABA mit Erfolg dem Kontrollaudit seines Qualitätsmanagement-Systems nach ISO 9001-2000.

II. Personal

2004 umfasste der Personalbestand 26,1 Stellen (Vollzeitäquivalenz).

Die 1999 eingeleitete Umstrukturierung des ABA wurde fortgeführt. So wurde der Personalbestand des ABA von 62 Arbeitsplätzen im Jahr 1998 auf 26,1 Stellen (Vollzeitäquivalenz) im Jahr 2004 reduziert, wobei darin 2 Teilzeitstellen und 2 Lehrlingsstellen mitberücksichtigt sind.

III. Staff

Ständige Verbesserungen

- Vorbereitung des Kontrollaudits;
- Betreuung und Anpassung der QM-Unterlagen;
- internes Audit und Audit mit den vom Abschnitt UPLaNS P3 auf der A12 betroffenen Unternehmen.

IV. Ressourcen

1. Erwerb von Liegenschaften

A1

- Abgabe von 15 723 m² zum Preis von 54 214 Franken auf dem Gebiet der Gemeinde Font (im Rahmen der Güterzusammenlegung von Châtillon-Font-Lully);
- Verkauf von zwölf Parzellen (insgesamt 285 802 m² zum Preis von 1 663 416 Franken) auf dem Gebiet der Gemeinden Murist, Seiry, Châtillon, Lully und Font nach einer öffentlichen Ausschreibung; diese Transaktion betraf auch vier Gebäude, wovon eines als Infopavillon für die A1 gedient hatte;
- Abgabe einer Parzelle von 26 440 m² mit Landwirtschaftsgebäude an das Tiefbauamt zum Preis von 185 000 Franken auf dem Gebiet der Gemeinde Murten;
- laufendes Enteignungsverfahren für die Schwerkraftentwässerung des Sickerwassers aus den Sondierstollen am Westportal des Les Vignes-Tunnels in der Gemeinde Courgevoux.

A12

- Es wurde kein Kauf vorgenommen;
- Fortführung der Verhandlungen mit den Grundeigentümern im Rahmen der Baustelleninstallationen und Arbeiten für das UPLaNS-Projekt P3 und für den Kauf eines kleinen Grundstücks, das als Folge der Sanierung der

Autobahnüberführung (Gemeindestrasse Friseneit-Uttwil) für die Verlegung eines Melorationsweges nötig ist;

- Aufnahme von Verhandlungen mit den Grundeigentümern im Rahmen der Baustelleninstallationen und Arbeiten für das UPlaNS-Projekt P12 zwischen Châtel-St-Denis und Semsales;
- laufendes Enteignungsverfahren in der Region Prayoud, um das Land zu erstehen, das für die Errichtung einer Wendemöglichkeit (unabdingbar für den Betrieb) und für die Erweiterung der Autobahnbrücke über die Veveyse de Châtel nötig ist;

2. Entschädigung für vorzeitige Inbesitznahme und für Schäden während der Bauzeit

- Den Landwirten wurden Entschädigungen für Verdienstausfälle von insgesamt 102 188 Franken ausbezahlt.

3. Güterzusammenlegungen

A1

Cheyres – Yvonand (VD)

- die Vermessungsarbeiten sind im Gange.

Murist und Umgebung

- die Vermessungsarbeiten wurden abgeschlossen; Auflösung der Genossenschaft im Jahr 2005.

Bollion – Châbles – Seiry

- obligatorische Autobahngenossenschaft;
- das Übergangskataster wird zurzeit erstellt;
- die Vermessungsarbeiten sind in Ausführung.

Châtillon – Font – Lully

- die Vermessungsarbeiten sind in Ausführung.

Frasses und Umgebung

- obligatorische Autobahngenossenschaft;
- das Übergangskataster wird zurzeit erstellt;
- die Vermessungsarbeiten sind in Ausführung.

Cugy – Bussy

- das Übergangskataster wird zurzeit erstellt;
- die Vermessungsarbeiten sind in Ausführung.

Domdidier und Umgebung

- Auflösung der Genossenschaft im Herbst 2004.

Rueyres-les-Prés (Unterperimeter A1)

- Auflösung der Genossenschaft im Jahr 2005.

Missy (VD) – Vallon (FR)

- Erweiterung des Perimeters auf Vallon (Abschnitt der ehemaligen Streckenführung der A1) auf Beschluss des Staatsrates hin;

- die Kollektivarbeiten sind im Gange.

Courgevoux

- Bildung einer freiwilligen Genossenschaft;
- die Vermessungsarbeiten wurden beim Grundbuchamt hinterlegt (pendent);
- Auflösung der Genossenschaft im Jahr 2005.

Murten – Altavilla

- freiwillige Genossenschaft gebildet;
- die Vermessungsarbeiten sind im Gange.

A12

Farvagny – Grenilles – Posat

- freiwillige Genossenschaft von der konstituierenden Versammlung beschlossen (pendent).

Grandvillard – Estavannens

- die Kollektivarbeiten sind im Gange.

4. Umweltbelastungen

- Fortführung der Studie für das Teilprogramm zur Lärmsanierung auf der A12 des Sektors «Luxit» und des Weilers Prayoud auf dem Gebiet der Gemeinde Châtel-St-Denis;
- Abschluss der Studie für das Teilprogramm zur Sanierung der A12 in der Region Chamblieux auf dem Gebiet der Gemeinden Freiburg, Givisiez und Granges-Paccot; Weiterleitung des Dossiers an das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft, um die Einhaltung der Lärmschutzverordnung sicherzustellen;
- Beginn einer Lärmstudie auf dem Sektor der A12, der sich zwischen der Ausfahrt «Freiburg Nord» und der Autobahnüberführung der Gemeindestrasse Chavully (Gemeinde Granges-Paccot) befindet;
- Vorbereitung der Unterlagen und der Metadaten für die elektronische Archivierung der Gutachten und der EDV-Daten des Jahres 2002;
- Beteiligung an der Umsetzung eines neuen Verwaltungskonzepts für den Lärmkataster;
- Studien und Gutachten für 84 Baubewilligungsgesuche sowie 26 Vor- und Schlussprüfungen von Quartierplänen, Revisionen von Ortsplanungen und Ähnlichem;
- Auswertung der Resultate der automatischen Verkehrszählungen auf den Autobahnen A1 und A12 sowie Veröffentlichung der Ergebnisse auf der Website des ABA (www.sar-fr.ch);

5. Elektronische Datenverwaltung (GEDARC)

Das Pilotprojekt GEDARC ist im Einverständnis mit dem ASTRA angelaufen. Ende 2004 waren bereits 98 % der Pläne und 50 % der Unterlagen elektronisch archiviert.

6. Verwendung der Kredite

a) Nettoausgaben für den Bau von Nationalstrassen			
Projektierung, Bauleitung	A1 in Franken 2 913 396.65	A12 in Franken 573 572.15	
Landerwerb und Umlegungen	1 268 876.60	127 921.55	
Bauausführung	3 777 868.05	3 318 501.65	
Total der verwendeten Kredite	7 960 141.60	4 019 995.35	11 980 136.95
./. Einnahmen ausserhalb der Kreditverwendung	1 478 565.40	10 704.35	1 489 269.75
Total der Nettoausgaben			10 490 867.20
b) Total der Bruttoausgaben für den baulichen Unterhalt der Nationalstrassen:			64 315 333.70
c) Verpflichtungskredit des Kantons vom 26. Juni 2001			
Saldo per 1. Januar 2004:			7 796 440.70
Verwendung 2004:			1 050 714.55
Am 1. Januar 2005 verfügbarer Saldo:			6 745 726.15

V. Ausarbeitung – Ausbau, Unterhalt, Erneuerung (UPlANS)

1. Pavement Management System (PMS)

A1 Bau- und Ausbauarbeiten

Abschnitt Cheyres – Cugy

- topographische Überwachungsmassnahmen für zwei Kunstbauten;
- Eintragung der Dienstbarkeiten in das Grundbuch für die Kanalisationen der Autobahnen gemäss fixer und definitiver Streckenführung (im Gange);
- hydrogeologische Überwachung der Fassungen und Quellen dieser Sektion;
- hydrogeologische Überwachung des Arrissoules-Tunnels;
- Überwachung des Grundwassers am verschmutzten Standort von La Faye.
- Überwachung des Wassers beim Steinbruch in Les Saux.

Abschnitt Greng – Gurbrü

- Inventar der ökologischen Ausgleichsmassnahmen, die von der fachstellenübergreifenden technischen Gruppe verwaltet werden müssen;
- Studie für die Errichtung eines Sandfangs beim Dy- und Mühlebach (im Gange);
- Ausschreibung für die Instandsetzung der Baupiste auf der Länggasse sowie für die Erweiterung der Dämme entlang der Autobahn;
- topographische Überwachungsmassnahmen für neun Kunstbauten;

- Eintragung der Dienstbarkeiten in das Grundbuch für die Kanalisationen der Autobahnen gemäss fixer und definitiver Streckenführung (im Gange);

- photogrammetrische Rekonstruktion.

Abschlussarbeiten

A1

Sektion Cheyres – Cugy und Enklave Domdidier

Folgende Arbeiten wurden abgeschlossen:

- Ausbesserungsarbeiten an der Gemeindestrasse La Vounaise – Montborget
- ökologische Ausgleichsmassnahmen (öAM) beim Péchau-Hügel;
- öAM in der Fläche zwischen den Wäldern von Les Mâts und Chèvrefu;
- natürliche öAM auf dem Hügel «Bois de la Faye»;
- Ausbau des Depots von Arignon und der Rampe B, Bepflanzung der Böschung mit der Lärmschutzwand beim Lully-Viadukt;
- zusätzliche Entwässerungsarbeiten;
- Unterhaltsarbeiten an den Bepflanzungen entlang der Autobahn zwischen km 107 540 und km 117 120;
- verschiedene Anpassungen und Arbeiten zu Gunsten der Sicherheit.

Folgende Arbeiten sind im Gange:

- öAM bei den Bächen Chèvrefu und Pra des Vernes;
- Erweiterung der Installationen in den Kabinen, von denen aus die motorisierten Schranken kontrolliert werden;

- Begleitung der Garantiearbeiten;
- Unterhalt der Bepflanzungen (öAM) beim Durchgang Chèvrefu – Bois des Râpes;
- Unterhalt der Feuchtzone (öAM) von Pra Bosset;
- Unterhalt und Aufforstung des Durchgangs Sévaz, der Deponien «Fin de la Râpe» und Arignon;
- Kompensationsaufforstungen unter dem Lully-Viadukt und beim Autobahnrastplatz «Rose de la Broye»;
- Unterhalt der Feuchtwiese (öAM) und des Wildwechsels von Carronet;
- Unterhalt (öAM) der Steingrube von Les Saux.
- Unterhalt (öAM) beim gedeckten Einschnitt von Sévaz und bei der Deponie «Fin de la Râpe»;
- Unterhalt (öAM) beim Wald von Chèvrefu und beim Bois des Râpes sowie der Unterführung des Râpes;
- Unterhalt (öAM) beim Péchau-Hügel;
- Unterhalt (öAM) in der Fläche zwischen den Wäldern von Les Mâts und Chèvrefu;
- Unterhalt (öAM) auf dem Hügel «Bois de la Faye»;
- Unterhalt des Depots von Arignon und der Rampe B, Bepflanzung der Böschung mit der Lärmschutzwand beim Lully-Viadukt;
- Archäologie: Probeanalysen und Ausarbeitung eines Vorberichts;
- von der technischen Gruppe fortzusetzen, Unterhalt (öAM) des Übergangs von Chèvrefu;
- von der technischen Gruppe fortzusetzen, Unterhalt (öAM) des Korridors von Arignon und des Wildwechsels von Tembley;
- von der technischen Gruppe fortzusetzen, Unterhalt (öAM) der Hecke in Domdidier und dem Areal unter der Broye-Brücke;
- Die Massnahme 12 (M12) wird 2005 auf dem Gebiet der Gemeinde Dompierre stattfinden.

Abschnitt Greng – Gurbrü

Folgende Arbeiten wurden abgeschlossen:

- Ausbau der Wasserfassung «Feuchtwiese» des Mühlebachs;
- Einzäunung Im Loch und Zusatzbepflanzung beim Mühlebach;
- Ausserbetriebsetzung der provisorischen Trinkwasserleitung Greng – Courgevoux;
- verschiedene Anpassungen und Arbeiten zu Gunsten der Sicherheit.

Folgende Arbeiten sind im Gange:

- Errichtung eines Stegs über den Chantemerlebach;
- Erweiterung der Installationen in den Kabinen, von denen aus die motorisierten Schranken kontrolliert werden;

- Begleitung der Garantiearbeiten;
- Unterhalt des Chantemerlebachs und der Pflanzung auf der Galeriebedachung;
- Unterhalt der Forstbepflanzungen beim Mühlebach;
- Unterhalt der Bepflanzungen bei der Dienstzufahrt von La Parralle;
- Unterhalt (öAM) des Biotops beim Löwenberg;
- Unterhalt (öAM) des Feuchtbiotops beim Mühlebach;
- Unterhalt (öAM) der Pflanzungen beim Dy-Bach sowie Unterhaltsarbeiten am Sandfänger;
- Wiederaufnahme des Unterhalts (öAM) der Bepflanzungen entlang der Kantonsstrasse Murten – Düdingen durch die technische Gruppe;
- Wiederaufnahme des Unterhalts (öAM) des Weihers von Courgevoux durch die technische Gruppe;
- Wiederaufnahme des Unterhalts (öAM) der Pflanzungen beim Mühlebach und der Evergreen-Mauer entlang der Autobahn durch die technische Gruppe;
- Archäologie: Ausarbeitung der Vorberichte.

A12 Bau- und Ausbauarbeiten

Abschnitt Châtel-St-Denis – Vaulruz

- Analyse der Kreuzung zwischen der Strasse, die zum Zubringer Châtel-St-Denis führt, und der route de Montreux im Zusammenhang mit den in den letzten fünf Jahren registrierten Unfällen (Carrefour d'En Craux);
- topographische Überwachungsmassnahmen für sechs Kunstbauten;
- Eintragung der Dienstbarkeiten in das Grundbuch für die Kanalisationen der Autobahnen, gemäss fixer und definitiver Streckenführung (im Gange);

Abschnitt Vaulruz – Bulle

- Im Zusammenhang mit der H189 und in Koordination mit dem Tiefbauamt, Studie der nördlichen Verbindung bei «La Sionge» an den Zubringer Bulle und Änderung des Anschlusses Riaz;
- Genehmigung des Detailprojekts für den Ausbau des Kreisels auf der nördlichen Verbindung bei «La Sionge» durch das Bundesamt für Strassen (ASTRA);
- öffentliche Ausschreibung für den Ausbau des Kreisels auf der nördlichen Verbindung bei «La Sionge»;
- topographische Überwachungsmassnahmen für 5 Kunstbauten;
- Eintragung der Dienstbarkeiten in das Grundbuch für die Kanalisationen der Autobahnen, gemäss fixer und definitiver Streckenführung (im Gange);

Abschnitt Bulle – Corpataux

- topographische Überwachungsmassnahmen für 3 Kunstbauten;

- Eintragung der Dienstbarkeiten in das Grundbuch für die Kanalisationen der Autobahnen, gemäss fixer und definitiver Streckenführung (im Gange);

Abschnitt Corpataux – Freiburg

- Im Zusammenhang mit dem Anschluss der Zufahrtsstrasse zur SAIDEF und in Koordination mit dem Tiefbauamt, Studie für die Änderung des Anschlusses bei Matran;
- topographische Überwachungsmassnahmen für 3 Kunstbauten;
- Eintragung der Dienstbarkeiten in das Grundbuch für die Kanalisationen der Autobahnen, gemäss fixer und definitiver Streckenführung (im Gange);

Sektion Freiburg – Düdingen

- topographische Überwachungsmassnahmen für 3 Kunstbauten;
- Eintragung der Dienstbarkeiten in das Grundbuch der Kanalisationen der Autobahnen gemäss fixer und definitiver Streckenführung (im Gange);
- funktionelle Analyse des Anschlusses Düdingen, im Zusammenhang mit dem Rückstau auf der Autobahn.

Sektion Düdingen – Flamatt

- Vorbereitung eines Dossiers zur Genehmigung zuhanden des ASTRA, um die Studien zur Umfahrung Flamatt in Form eines generellen Projekts fortführen und um einen Variantenvergleich, der auch die heutige Situation beinhaltet, mit Hilfe von NISTRA vornehmen zu können. Dabei sollen die neuen Richtlinien über nachhaltige Entwicklung berücksichtigt werden;
- topographische Überwachungsmassnahmen für sechs Kunstbauten;
- Realisierung gemäss Massnahmenprojekt P3 (2004), und zwar auf den Abschnitten: Autobahn ab km 54 511 bis km 56 207 (Düdingen), Autobahn ab km 59 375 bis km 62 393 (Uttwil), Autobahn ab km 65 883 bis km 68 850 (Flamatt) und Zubringer Flamatt;
- Abbruch der mittleren Aufschüttung und Ersetzen durch eine betonierte Mittelberme mit Rückhaltevorrückung H1 vom Typ varioguard.

A1 bauliche Unterhaltsarbeiten und Erneuerungen

Abschnitt 14 Kantonsgrenze VD/FR – Kantonsgrenze FR/BE

- Aktualisierung der Liste der Bauten zu Lasten der Nationalstrassen;
- Erhebung der topographischen Daten für die Pläne für den Erhalt der Autobahn;
- periodische Inspektionen folgender Bauwerksteile: Fahrbahn, Belag, Strassenränder, Mulden, Kanalisationen, Rückhaltevorrückung, Abschlüsse, Signalisation, Markierungen, elektromechanische Ausstattungen, Umgebungsarbeiten;

- Aufnahme der Bauwerksteile in das geographische Informationssystem (GIS) Arcview;

- Start des UPLaNS-Projekts TE6 «Löwenberg – Gurbrü»;

- TE6: Zusammenstellung des Teams für das Projekts;

- TE6: Gesamtkonzept, Studie, Begleitung des Projekts;

- Aufbereitung der Daten für das UPLaNS-Projekt TE6 «Löwenberg – Kantonsgrenze FR/BE».

Folgende Arbeiten wurden abgeschlossen:

- Inspektion von zwölf Objekten vor Ablauf der Garantie;
- verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten.

A12 bauliche Unterhaltsarbeiten und Erneuerungen

Abschnitt 76 Châtel-St-Denis – Rossens

- Aktualisierung der Liste der Bauten zu Lasten der Nationalstrassen;

- Erhebung der topographischen Daten für die Pläne für den Erhalt der Autobahn;

- periodische Inspektionen folgender Bauwerksteile: Fahrbahn, Belag, Strassenränder, Mulden, Kanalisationen, Rückhaltevorrückung, Abschlüsse, Signalisation, Markierungen, elektromechanische Ausstattungen, Umgebungsarbeiten;

- Aufnahme der Bauwerksteile in das geographische Informationssystem (GIS) Arcview;

- Vorbereitung der Daten für das UPLaNS-Projekt TE1 «Semsales – Riaz»;

- öffentliche Ausschreibung für die Inspektion der Kanalisationen im Rahmen des Projekts UPLaNS TE1;

- Erhebung der topographischen Angaben für das UPLaNS-Projekt P12;

- P12 Interventionskonzept: Studie und Begleitung des Dossiers, Begleitung und Genehmigung des Projekts durch das ASTRA;

- P12 Massnahmenprojekt: Studie und Begleitung des Dossiers, Begleitung und Genehmigung des Projekts durch das ASTRA;

- P12 Ausschreibungsunterlagen: Studie und Begleitung des Dossiers;

- P12 Koordination mit dem Kanton Waadt;

- P12 Vorarbeiten: Studie und Begleitung des Dossiers, Fertigstellung der Ausschreibungsunterlagen, Submission, Analyse der Angebote;

- P12 Dienstzufahrt in Prayoud: Studie und Begleitung des Projekts, Auflage, Bearbeitung der Einsprachen, Fertigstellung der Ausschreibungsunterlagen, Submission, Analyse der Angebote.

Folgende Arbeiten wurden abgeschlossen:

- Inspektion eines Objekts vor Ablauf der Garantie;

- verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten;
- Nummerierung der Anschlüsse von Châtel-St-Denis, Vaulruz, Bulle und Rossens.

Folgende Arbeiten sind im Gange:

- Inspektionen der Kanalisationen im Rahmen für das Projekt UPlaNS TE1.

Abschnitt 80 Rossens – Kantonsgrenze FR/BE

- Aktualisierung der Liste der Bauten zu Lasten der Nationalstrassen;
- Erhebung der topographischen Daten für die Pläne für den Erhalt der Autobahn;
- topographische Arbeiten für das Projekt UPlaNS P3.

Folgende Arbeiten sind im Gange:

- verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten.

Folgende Arbeiten wurden abgeschlossen:

- Nummerierung der Anschlüsse von Matran, Freiburg Süd und Freiburg Nord;
- Realisierung gemäss Massnahmenprojekt P3 (2004), und zwar auf den Abschnitten: Autobahn ab km 54 511 bis km 56 207 (Düdingen), Autobahn ab km 59 375 bis km 62 393 (Uttiwil), Autobahn ab km 65 883 bis km 68 850 (Flamatt) und Zubringer Flamatt;
- Erneuerung des Strassenbelags, der Rückhaltevorrichtungen, der Signalisation und der Markierungen, der Abschlüsse für beide Seiten (Alpen und Jura);
- Inspektion und Reinigung der Kanalisationen beider Fahrbahnseiten (Alpen und Jura);
- Vergrösserung der Überfahrten;
- Wiederinstandsetzung und Unterhalt der Abstellplätze von Fillistorf (Alpen und Jura);
- Anpassung der Inseln und Randabschlüsse bei den Kreuzungen von Düdingen und Flamatt;
- Übernahme der laufenden Unterhaltsarbeiten auf dem Unterhaltsabschnitt P3 (2004) gemäss Richtlinien des ASTRA.

Kiesgruben

Arbanet:

- Die Güterzusammenlegungen und die Vermessungsarbeiten wurden durchgeführt. Das Objekt konnte definitiv abgeschlossen werden.

Basilea:

- bei der Kiesgrube wurden die Ausbeutungs- und Rekultivierungsarbeiten fortgeführt, eine 3. Etappe wurde realisiert; das Ende der Arbeiten ist für Anfangs 2006 vorgesehen;
- Vergabe der Arbeiten für die Instandsetzung der Depots und für den Abbruch der provisorischen Kreuzung bei der Kiesgrube.

Grandvillard:

- Übergabe der Sickerleitungen an die Gemeinde Grandvillard und Eintrag in das Grundbuch mit fester und definitiver Linienführung;
- Anhängigmachung einer Streitigkeit zwischen dem ABA und der Association intercommunale pour le captage d'eau dans la nappe phréatique de Grandvillard (AICEG) bei der Enteignungskommission;
- die Wiederinstandsetzung sollte im Herbst 2005 beginnen können; die betreffenden Studien sind bereits im Gange.

STRADA-Projekt

Realisierungseinheit A:

- Eingabe der vom ASTRA für die A1 und A12 erhobenen Angaben über deren Zustand;

Verschiedenes

- Installation der Überwachung der PMS-Bauwerke (Pavement Management System) pro Einzugsgebiet;
- Einführung eines Systems zur Verwaltung der Daten zur Autobahn über ein geographisches Informationssystem (GIS);
- Erhebung topographischer Daten auf den Autobahnbaustellen;
- Ausarbeitung von Weisungen für die PMS-Überwachung;
- Erstellung mehrerer Gutachten für Bauten innerhalb der Baugrenzen der Nationalstrassen;
- Mitwirkung in der Arbeitsgruppe «Routes/Strassen» im Rahmen des Projekts Managementinformationssystem Strasse und Strassenverkehr (MISTRA) des ASTRA;
- Mitwirkung in der Arbeitsgruppe zur Qualitätssicherung: FBV/SIA/TBA/ABA;
- Mitwirkung im CEES (Club environnement, énergie et sécurité).

2. Bridge Management System (BMS)

A1 Bau- und Ausbauarbeiten

Abschnitt Cheyres – Cugy

- verschiedene Anpassungen und Arbeiten zur Verbesserung der Sicherheit.

Abschnitt Greng – Gurbrü

- Ausschreibung für die Schwerkraftentwässerung des Sickerwassers aus den Sondierstollen am Les Vignes-Tunnel.

A12 Bau- und Ausbauarbeiten

Abschnitt Châtel-St-Denis – Vaulruz

- nichts zu vermelden

Abschnitt Vaulruz – Bulle

- nichts zu vermelden

Abschnitt Bulle – Corpataux

- Ausschreibung für den Bau der Lärmschutzwand «Chapelle» in Riaz;
- Ausschreibung für den Bau der Lärmschutzwand «Sus Fey» in Gumefens;

Abschnitt Corpataux – Freiburg

- nichts zu vermelden

Sektion Freiburg – Düdingen

- nichts zu vermelden

Abschnitt Düdingen – Flamatt

- Vergrösserung und Teilsanierung der Richterwilbrücke (Erneuerung der zentralen Randabschlüsse auf beiden Fahrbahnen, Sanierung der Abdichtung und der Fahrbahn auf der Jura-Seite).

A1 bauliche Unterhaltsarbeiten und Erneuerungen

Abschnitt 14 Kantonsgrenze VD/FR – Kantonsgrenze FR/BE

- Inspektion von 28 Kunstbauten;
- Inspektion von sieben Objekten vor Ablauf der Garantie;
- verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten;
- Finalisierung der Konvention zwischen Bund und Kanton für den Werkhof von Domdidier.

A12 bauliche Unterhaltsarbeiten und Erneuerungen

Abschnitt 76 Châtel-St-Denis – Rossens

- periodische Inspektion von 46 Kunstbauten;
- Eingriff zur Verbesserung der Sicherheit einer Kunstbaute;
- Genehmigung der Interventionsprojekte für 4 Kunstbauten entlang des Zubringers Châtel-St-Denis durch das ASTRA;
- Erstellung der Ausschreibungsunterlagen sowie Ausschreibung für die 4 Kunstbauten entlang des Zubringers Châtel-St-Denis;
- Planung des Massnahmenprojekts für 18 Kunstbauten auf dem UPlaNS-Unterhaltsabschnitt P12;
- Genehmigung des Massnahmenprojekts für 18 Kunstbauten im UPlaNS-Unterhaltsabschnitt P12 durch das ASTRA;
- Mitwirkung an der Planung des interkantonalen Projekts P12 für die Instandsetzung des UPlaNS-Unterhaltsabschnitts P12 «La Veyre – Outre Broye»;
- Mitwirkung in der Projektgruppe P12;

- Überprüfung der konstruktiven Sicherheit von 18 Kunstbauten gemäss neuen Normen;
- Erstellung der Ausschreibungsunterlagen für Kunstbauten auf dem UPlaNS-Unterhaltsabschnitt P12;
- Finalisierung der Konvention zwischen Bund und Kanton für den Werkhof von Vaulruz.
- Inspektion von zehn Objekten vor Ablauf der Garantie;
- verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten.

Abschnitt 80 Rossens – Kantonsgrenze FR/BE

- periodische Inspektionen von 16 Kunstbauten;
- Studie neuer Längsprofile für die neuen Beläge von neun Kunstbauten im UPlaNS-Unterhaltsabschnitt P3;
- Fortsetzung der Studie für das Ausführungsprojekt von Kunstbauten im UPlaNS-Unterhaltsabschnitt P3;
- Begleitung der Realisierung der Kunstbauten im UPlaNS-Unterhaltsabschnitt P3;
- Überprüfung der konstruktiven Sicherheit einer Kunstbaute;
- Finalisierung der Konvention zwischen Bund und Kanton für den Werkhof von Granges-Paccot.
- Inspektion von neun Objekten vor Ablauf der Garantie;
- verschiedene Arbeiten unter Garantie;
- Realisierungen gemäss Massnahmenprojekt P3;
- Teilsanierung der Brücke über die Sense: Änderung des Widerlagers gemäss ASTRA-Richtlinien und Erneuerung der Abdichtung und des Belags Jura-Brücke, Instandsetzung und Schutz der Pfeilerfundamente, Erneuerung der Rückhaltesysteme;
- teilweise Instandsetzung der Überführung bei der Kreuzung von Flamatt: Reparaturarbeiten an den Betonelementen, Änderung der Widerlager, Erneuerung der Randabschlüsse, der Abdichtung, des Belags und der Rückhaltesysteme sowie Einrichtung eines Systems zur Glatteisbeseitigung;
- Wiederinstandsetzung der Fussgängerunterführung bei der Kreuzung in Flamatt: Reparatur der bestehenden Betonelemente, Erneuerung der Rückhaltevorrichtung, Instandsetzung der Zugänge;
- Wiederinstandsetzung der Fussgängerunterführung beim Bahnhof Flamatt: Reparatur der bestehenden Betonelemente, Erneuerung der Abdichtung und der Rückhaltevorrichtung, Instandsetzung der Zugänge;
- Wiederinstandsetzung der Gemeindestrasse Uttiwil – Friseneit: Reparatur der bestehenden Betonelemente, Erneuerung der Strassenränder, der Abdichtungen, des Belags und der Rückhaltevorrichtung;
- Wiederinstandsetzung der Gemeindestrasse Uttiwil – Elswil: Reparatur der bestehenden Betonelemente, Erneuerung der Strassenränder, der Abdichtungen, des Belags und der Rückhaltevorrichtung;

- Wiederinstandsetzung der Unterführung der Gemeindestrasse Staffels – Elswil: Erneuerung der bestehenden Betonelemente, der Abdichtungen und der Rückhaltevorrichtung;
- Wiederinstandsetzung der Überführung der Gemeindestrasse Bonn – Düdingen: Erneuerung der bestehenden Betonelemente, der Strassenränder und der Trottoirs, der Abdichtungen, des Belags und der Rückhaltevorrichtung, sowie Änderung der Beleuchtung;
- Wiederinstandsetzung der Überführung bei der Kreuzung von Düdingen: Erneuerung der bestehenden Betonelemente, der Strassenränder und der Trottoirs, der Abdichtungen, des Belags und der Rückhaltevorrichtung, sowie Änderung der Beleuchtung;
- Wiederinstandsetzung der Lärmschutzwand Flamatt Nord: Erneuerung der bestehenden Betonelemente, Entfernung der Bepflanzung durch Stockausreissen, punktuelle Erneuerung der Verankerung;
- Wiederinstandsetzung der Lärmschutzwand beim Anschluss Rampe D: Erneuerung der bestehenden Betonelemente, Entfernung der Bepflanzung durch Stockausreissen, punktuelle Erneuerung der Verankerung;
- Wiederinstandsetzung der Lärmschutzwand Oberflamatt: Erneuerung der bestehenden Betonelemente, Entfernung der Bepflanzung durch Stockausreissen, punktuelle Erneuerung der Verankerung;

Verschiedenes

- Mitwirkung in Arbeitsgruppen der VSS und des ASTRA;
- Eingabe in die Datenbank KUBA-DB der Daten zu den Kunstbauten auf der A1 und der A12;
- Mitwirkung in der Gruppe des ASTRA für die Entwicklung einer Software zur Erfassung vor Ort der Schäden und einer Software zur Erfassung der Kontrollberichte für deren Einspeisung in die Datenbank KUBA-DB;
- Aktualisierung der Ausführungspläne gemäss Ausführung der Arbeiten;
- Ausarbeitung und Aktualisierung der allgemeinen Ausführungspläne;
- Ausarbeitung der Inspektionsblätter aller Kunstbauten auf der A1 und der A12 für die periodischen Inspektionen;
- Mitwirkung in der Koordinationsgruppe für das Qualitätsmanagement, die aus Vertretern des Kantons, der SIA, der AFI, des Freiburgerischen Baumeisterverbands (FBV) und des TBA besteht;
- Jahreskontrolle der Fingerübergänge (Fahrbahn) auf den Kunstbauten der A1 und A12 sowie Austausch der defekten Elemente; Festlegung der Prozedur für die Verwaltung der Einsätze aller Betroffenen;
- kleine Arbeiten an den Kunstbauten der A1 und der A12 zur Sicherstellung ihrer Funktionalität während der gesamten Lebensdauer der Baute;

- Vorbereitung der Pläne und der Dokumente für die Archivierung in GEDARC.

3. Electrical Management System (EMS)

- Eine Studie, die derzeit noch im Gange ist, wurde mit dem Ziel in Auftrag gegeben, einen Richtplan für das Verwaltungssystem auszuarbeiten und die Informatik- und Telematikplattform im Zusammenhang mit den elektromechanischen Ausrüstung auf der A1 und A12 sowie auf der künftigen Umfahrung von Bulle (H189) zu bestimmen.
- Mit diesem Richtplan soll ein umfassendes Bild zum elektronischen Verwaltungssystem der Autobahnabschnitte auf Freiburger Boden gezeichnet werden. Dieses Dokument wird als Referenz für alle elektromechanischen Installationen dienen.

A1

Abschnitt Cheyres – Cugy

- Bei vierzehn Losen wurden die Bauwerke vor Ablauf der Garantie kontrolliert. Dabei wurden ein paar Mängel festgestellt, die bereits behoben wurden oder deren Behebung im Gange ist.
- Die Brandmeldeanlagen in den Tunnels dieses Abschnitts konnten im Juni 2004 endgültig abgenommen werden. Bei diesen Anlagen kann es bei starken Unwettern vereinzelt noch zu Stabilitätsproblemen kommen. Dies gilt insbesondere im Les Bruyères-Tunnel. Zusammen mit dem Lieferanten, der Firma Securiton, wird an der Lösung des Problems gearbeitet. Das ASTRA wurde detailliert über die Lage informiert.
- Die Zahl der Anomalienblätter, die durch den Sektor Unterhalt der Nationalstrassen ausgestellt wurden, konnte drastisch reduziert werden. Am 31. Dezember 2004 waren nur noch deren drei pendent. Die Liquidierung ist im Gange.

Abschnitt Greng – Gurbrü

- Die Inspektion vor Ablauf der Garantien für das Los Erneuerung der Beleuchtungsanlage im Les Vignes-Tunnel wurde bereits 2003 durchgeführt. Wegen eines technischen Problems auf allen Beleuchtungskörpern wurde der komplette Austausch im Jahr 2004 verlangt, durchgeführt und am 4. November 2004 abgenommen.
- Die Verkehrseinrichtungen waren nach sieben Jahren am Ende ihrer Lebensdauer angekommen und wurden 2004 mit Erfolg und ohne nennenswerte Beeinträchtigung des Verkehrs erneuert. Diese Arbeiten wurden am 26. August 2004 abgenommen.
- Lüftungssystem des Les Vignes- und des Combette-Tunnels.

Bei den alljährlichen Reinigungsarbeiten in den Tunnels stellte der Sektor Unterhalt der Nationalstrassen Mängel in der Verschraubung der Tragwerkteile für die Ventilation fest. Nachdem definiert worden war, wie das Problem zu beheben sei, wurde der Sektor Unterhalt der Nationalstras-

sen beauftragt, die Installationen auszutauschen. Diese Arbeiten sind zurzeit im Gange.

Derzeit wird die Steuerung der Ventilation begutachtet, um gestützt auf den neuen Richtlinien des ASTRA zu bestimmen, welche Massnahmen zur Erneuerung der heute in Betrieb stehenden Anlagen zu treffen sind.

- Zurzeit wird die Videoüberwachungsanlage in den Tunnels ausgetauscht.
- Im Hinblick auf die Sanierung des Unterhaltsabschnitts TE6 «Löwenberg – Gurbrü» im Jahr 2008 wurde vor Ort eine Inspektion durchgeführt, um den aktuellen Zustand des 1981 in Betrieb genommen Abschnitts zu eruieren.

A12

- Die Studien für die Instandsetzung der veralteten Starkstrominstallationen konnten abgeschlossen werden. Derzeit werden die Ausschreibungsunterlagen vorbereitet.

Abschnitt 76 Kantonsgrenze VD/FR – Rossens

- Das Ausschreibungsdossier für die Demontage der elektromechanischen Anlagen im Hinblick auf die Bauarbeiten für den Nordanschluss von La Sionge, die im Zusammenhang mit der Umfahrung von Bulle (H189) stehen, wurde zur internen Prüfung und Billigung weitergeleitet.
- Die Studien für die Erneuerung der elektromechanischen Anlagen auf den überdeckten Einschnitten von Avry-devant-Pont und Gumefens haben begonnen.

Abschnitt 80 Rossens – Kantonsgrenze FR/BE

- Die verbleibenden Arbeiten für die Glasfaserverbindung Kantonsgrenze VD/FR – Kantonsgrenze FR/BE (genauer gesagt zwischen Freiburg und Flamatt) wurden ausgeführt, wobei diese Arbeiten mit den Arbeiten im UPLaNS-Unterhaltsabschnitt P3 koordiniert wurden.

P12 interkantonaler UPLaNS-Unterhaltsabschnitt «La Veyre – Outre-Broye (Semsales)».

- Die allgemeine Koordination der Auftragnehmer und der Studien für die Schwachstrom-, Starkstrom- und Verkehrsinstallationen ist im Gange. Die Ausschreibungsunterlagen wurden im Dezember 2004 zur internen Prüfung und Billigung sowie zur Genehmigung durch das ASTRA weitergeleitet.

UPLaNS-Unterhaltsabschnitt P3 «Ottisberg – Kantonsgrenze FR/BE»

- Die Studien und Arbeiten betreffend oberirdische Starkstromanlagen, Nationalstrassentelefon, Glatteismelder, allgemeines Verwaltungssystem, programmier-

bare Automaten und Videoüberwachung sowie Fiberglaskabel und automatische Störfallerfassung wurden zusammen mit den Bauarbeiten ausgeführt. Sämtliche EMS, die mit dem Tiefbau in Zusammenhang stehen, wurden 2004 abgenommen. Und die noch verbleibenden Anlagen sind auch fast soweit, sodass sie anfangs 2005 abgenommen werden können (Ausstellung der Konformitätserklärung).

4. Vergaben

A1 Bauten

- Es wurde 1 Los für einen Betrag von 3 424 614 Franken inkl. MWST vergeben.

A12 Bauten

- Es wurden 3 Lose für einen Gesamtbetrag von 873 082 Franken inkl. MWST vergeben.

A1 Unterhalt

- Es wurden keine Lose vergeben.

A12 Unterhalt

- Es wurden 2 Lose für einen Gesamtbetrag von 2 338 468 Franken inkl. MWST vergeben.

Der Gesamtbetrag der im Jahr 2004 vergebenen Bau- und Unterhaltsarbeiten beläuft sich auf 6 636 164 Franken.

Kontrolle Einkäufe

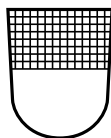
2003 wurde der neue Posten des Einkaufsverantwortlichen geschaffen. Bereits hat er zahlreiche Überprüfungen in zwei spezifischen Bereichen unternommen: Überprüfung der von Unternehmen und Lieferanten ausgestellten Rechnungen sowie Überprüfung des Ablaufs der Beschaffungen von Material und Leistungen.

Neben weniger gewichtigen Fragen wurden in diesen beiden Bereichen 19 interne Berichte mit zahlreichen Bemerkungen, Feststellungen und Vorschlägen verfasst. Damit ist auch gesagt, dass es richtig und wichtig war, diesen Posten zu schaffen. So konnten notwendige Anpassungen und Korrekturen vorgenommen werden, die dem ABA zugute kamen.

Öffentliches Beschaffungswesen

Das ABA hat aktiv in verschiedenen Arbeitsgruppen im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens mitgewirkt.

In der Person seines Vertreters, Administrator und Webmaster der Site simap.ch, hat das ABA an der Inbetriebnahme der Website mitgearbeitet (siehe Abschnitt über das öffentliche Beschaffungswesen im Kapitel «Direktion») und die Ausbildung der zukünftigen Anwender sichergestellt.



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2004

Staatskanzlei

Inhaltsverzeichnis

Staatskanzlei	3
Konferenz der Generalsekretäre	4
Aussenbeziehungen	4
Sprachendienst	8
Dienst für Wahlen und Abstimmungen	8
Presse	9
Dienst des Grossen Rates	10
Amt für Drucksachen und Material (DMA)	10

Staatskanzlei

Der Staatsrat hielt 56 Sitzungen, davon 4 für den Vorschlag 2005 und 7 für den Zwischenbericht zu den Regierungsrichtlinien und zum Finanzplan der Legislaturperiode 2002-2006 (die für die Jahre 2005 und 2006 auf den neusten Stand gebracht wurden) sowie für die Finanzplanung 2007-2008. Er erliess 1585 Beschlüsse (47 Sitzungen und 1707 Beschlüsse 2003). Den Direktionen wurden 1010 (1039) Schreiben für Bericht und Antrag oder zur direkten Beantwortung überwiesen. Die Kanzlei beglaubigte 4078 (3271) Schriftstücke. Zudem wurden zahlreiche Bestätigungen, Erklärungen und andere Zertifikate ausgestellt. Der Ertrag der Gebühren ist in der Staatsrechnung unter Rubrik 3105/431.000. aufgeführt.

Der Staatsrat hat an folgenden traditionellen weltlichen und kirchlichen Feierlichkeiten und Anlässen teilgenommen: Hochamt an Ostern und Fronleichnam, Gedenkfeier zur Schlacht bei Murten, Solemnität, Feier zum eidgenössischen Buss- und Betttag, Feier in Memoriam, Europatag und Dies Academicus der Universität Freiburg sowie Weihnachtsmesse.

Nach der Wahl von Joseph Deiss zum Bundespräsidenten für 2004 im Dezember 2003 durfte der Staatsrat den Gewählten offiziell in Freiburg empfangen. Diese Feier war als einfaches und gemütliches Fest geplant; es fand am 29. Januar 2004 im Forum Freiburg statt, und ausser den kantonalen und eidgenössischen Behörden war auch die Freiburger Bevölkerung eingeladen.

Der Staatsrat traf sich zu Arbeitstagen mit dem Gemeinderat von Freiburg und dem Vorstand des Freiburger Gemeindeverbandes.

Die traditionelle Arbeitstagung mit den Oberamtännern fand dieses Jahr im Vivisbachbezirk statt.

Auf Wunsch des Staatsrats fand in den Räumlichkeiten der «Kehrichtverbrennungsanlage SAIDEF SA» in Châtillon/Posieux eine Sitzung mit den Mitgliedern der Konferenz der höheren Kader der Kantonsverwaltung statt.

Die Neujahrswünsche wurden nach dem traditionellen Protokoll ausgetauscht. In den Räumen der Kantonalen Gebäudeversicherung nahmen am Empfang teil: die Präsidentinnen und Präsidenten des Grossen Rates, des Verfassungsrats, des Kantonsgerichts und des Verwaltungsgerichts, die Vertreter des Bistums, der katholischen kirchlichen Körperschaft, der Synode der Evangelisch-reformierten Kirche und der Israelitischen Kultusgemeinde sowie der Dompropst des Domkapitels St. Nikolaus.

Nach der Wahl von Beat Vonlanthen in den Staatsrat wurde im Garten des Museums für Kunst und Geschichte ein Empfang für den Gewählten organisiert. Dazu waren die

Vertreter der gesetzgebenden und richterlichen Gewalt und Vertreter der Armee und der Kirchen eingeladen.

Eine Delegation der Regierung war an der offiziellen Feier zum 25-Jahr-Jubiläum der Unabhängigkeit des Kantons Jura und zur 30-Jahr-Feier des Plebiszits vom 23. Juni 1974 eingeladen.

Die Regierung hat auch an den Veranstaltungen zu den 200-Jahr-Feiern des Musikkorps der Landwehr und der Freiburger Gendarmerie teilgenommen.

Das Wahlkollegium (Staatsrat und Kantonsgericht in gemeinsamer Sitzung) hielt 2 Sitzungen ab, in denen mit der Rechtspflege betraute Personen in ihren Ämtern bestätigt oder ernannt wurden. Der Staatsrat und das Verwaltungsgericht hielten eine gemeinsame Sitzung ab, in der Mitglieder der Enteignungskommission in ihrem Amt bestätigt oder ernannt wurden.

Es fanden sechs protokollarische Besuche statt; die Regierung hat die Botschafter folgender Länder in der Schweiz empfangen: Mexiko, Marokko, Vereinigte Staaten von Amerika, Republik Korea, Islamische Republik Iran und Portugal.

Eine Delegation der Regierung wurde vom Botschafter der Volksrepublik China in der Schweiz eingeladen.

Die Regierung von Appenzell-Innerrhoden lud sie an die traditionelle Landsgemeinde ein.

Die ehemaligen und neuen höheren Stabsoffiziere, die durch ihre Tätigkeit in engem Kontakt mit dem Kanton Freiburg stehen, wurden vom Staatsrat empfangen.

Auf dem Weingut Faverges hat er die obersten Justizbehörden, d. h. die Mitglieder des Kantons- und des Verwaltungsgerichts, empfangen.

Anlässlich des traditionellen Ausflugs in den Kanton des Bundespräsidenten hat der Staatsrat die in der Schweiz akkreditierten Diplomaten empfangen.

Ausserdem hat sich der Staatsrat mit dem Bundesrat getroffen; dieser begab sich, wie es Tradition ist, auf seiner jährlichen «Schulreise» in den Kanton des Präsidenten.

Der Staatsrat nahm am Staatsbesuch des Präsidenten der Republik Polen, Alexander Kwasniewski, beim Grossen Rat des Kantons Freiburg und beim Besuch an der Universität Freiburg teil.

Er hatte Gelegenheit, bei einem Halt des Extrazugs, der Philippe Maître in seinen Herkunftskanton Genf brachte, im Bahnhof Freiburg dem neu gewählten Nationalratspräsidenten seine Glückwünsche zu überbringen.

Bei seinem Besuch in der Schweiz konnte die Regierung Kardinal Georges Cottier treffen.

Der Staatsrat hat auf Einladung der religiösen Gemeinschaften an folgenden Essen teilgenommen: am Fasnachtdonnerstag im Franziskanerkloster, am Mittfasten im Kapuzinerkloster und am Andachtsessen in der Abtei Altenryf; er nahm auch eine Einladung von Diozösanbischof Bernard Genoud an.

Die Gemeinschaft der Zisterzienser von Altenryf wurde vom Staatsrat im Weingut Faverges empfangen.

Die Regierung wurde auch zur Einsetzungsfeier für den neuen Domprobst der Kathedrale St. Nikolaus, Claude Ducarroz, eingeladen.

Wie jedes Jahr hat er verschiedene Unternehmen im Kanton besucht und so seinen ständigen Bemühungen um die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung des Kantons Ausdruck gegeben. Ausserdem hat er das Präsidium und die Generaldirektion der Freiburger Kantonalbank getroffen.

Er traf sich mit den ehemaligen Mitgliedern der Regierung und ihren Ehegatten und Ehegattinnen zu einem gemütlichen Beisammensein.

Ebenfalls zu den gemütlicheren Anlässen gehörte die Teilnahme des Staatsrats am Wintersporttag des Grossen Rates und des Verfassungsrates.

Konferenz der Generalsekretäre

Die Konferenz der Generalsekretäre, die unter dem Vorsitz des Staatskanzlers steht, hielt 2004 sieben Sitzungen, während denen hauptsächlich die Entwürfe zur Umsetzung des Gesetzes über die Organisation des Staatsrats und der Verwaltung behandelt wurden.

Aussenbeziehungen

1. Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen

2004 war das erste ganze Tätigkeitsjahr der neuen Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen, die direkt dem Präsidium des Staatsrats unterstellt ist und der Staatskanzlei administrativ zugewiesen ist. In diesem Jahr hat der Staatsrat die Ziele und Prioritäten dieser neuen Dienststelle klarer umschrieben; sie lauten kurz zusammengefasst wie folgt:

- Verstärkung der Verbindungen zum Bund, insbesondere mit den Freiburger National- und Ständeräten und mit den obersten Bundesbehörden;

- Gewährleistung der Koordination bei der Beteiligung des Kantons an den verschiedenen Regierungskonferenzen (siehe unten: KdK und CGSO) sowie längerfristig die Prüfung der Entwicklungen der interkantonalen Zusammenarbeit und deren Folgen für den Kanton;
- Koordination der Information und der Stellungnahmen zu den Fragen im Zusammenhang mit der europäischen Integration und den bilateralen Abkommen im Besonderen.

2. Interkantonale Zusammenarbeit

2.1. Multilaterale Zusammenarbeit

2.1.1 Konferenz der Kantonsregierungen

Die Konferenz der Kantonsregierungen hielt 2004 fünf Plenarversammlungen ab. Für unseren Kanton hat der amtierende Staatsratspräsident oder die Vizepräsidentin des Staatsrats daran teilgenommen. Von den wichtigsten behandelten Themen seien an dieser Stelle erwähnt: Die Integrationspolitik der Schweiz, insbesondere die Bilateralen II und die Erweiterung der Europäischen Union, die finanzpolitischen Massnahmen des Bundes (Steuerpaket 2001, Entlastungsprogramme 2003 und 2004 des Bundes, Verwendung der Goldreserven der Nationalbank, Reform des Finanzausgleichs). Damit die Information innerhalb der Regierung und der Kantonsverwaltung besser zirkuliert, wurde von der Koordination der Aussenbeziehungen eine interne Informationsplattform eröffnet.

2.1.2 Konferenz der Kantonsregierungen der Westschweiz (*Conférence des Gouvernements de Suisse occidentale; CGSO*)

Die Konferenz der Kantonsregierungen der Westschweiz hielt 2004 vier Plenarversammlungen ab. Diese Konferenz hat sich in den letzten Jahren entwickelt und ist eine zentrale Einrichtung der interkantonalen Zusammenarbeit in der Westschweiz geworden. Es wurde eine interne Standortbestimmung durchgeführt, damit die Stellung dieser Region gegenüber den Bundesbehörden und gegenüber den Fachkonferenzen gestärkt und koordiniert werden kann. Ein Vorschlag, diese regionale Struktur mit einem ständigen Sekretariat zu verstärken, wurde gutgeheissen und sollte im Verlauf des Jahres 2005 verwirklicht werden.

Nebst diesen Tätigkeiten hat die CGSO auch von sich reden gemacht, als sie forderte, dass eine Übersicht über die Auswirkungen der finanzpolitischen Entwürfe des Bundes auf die Kantonsfinanzen ausgearbeitet werden sollte. Sie hat auch die Kandidatur des Kantons Freiburg für die Organisation der nationalen Föderalismuskonferenz unterstützt; Freiburg erhielt schliesslich den Zuschlag, und die Konferenz findet am 15. und 16. September 2005 in der Universität Freiburg statt.

2.1.3 Espace Mittelland (EM)

Ursprünglich war der EM ein relativ homogenes Gebilde zwischen den grossen Wirtschaftsregionen Zürich, Basel, Genferseeregion und Zentralschweiz. Mit der Aufnahme der Kantone Waadt und Wallis in den EM im Jahr 2000 wurde diese Homogenität in Frage gestellt.

Man muss zugeben, dass der erweiterte EM bis jetzt nicht zu einer neuen Identität gefunden hat. Er wird oft als ein einfaches Instrument der interkantonalen Verwaltungszusammenarbeit wahrgenommen. Der EM und die Konferenz der Kantonsregierungen der Westschweiz decken fast dasselbe Gebiet ab. Das führt zu Doppelspurigkeiten, insbesondere bei den Aufgaben und Tätigkeiten. Der Regierungsausschuss des EM hat deshalb seine Reflexionen zur Schaffung einer Region Westschweiz, die den EM in Form einer Fachkonferenz einschliessen würde, fortgesetzt. Dieser Vorschlag stiess nicht bei allen Kantonen auf Zustimmung, so dass die Neugestaltung des EM immer noch Gegenstand einer Studie ist.

Im Verlauf des Jahres 2004 hat der EM sein Tätigkeitsprogramm hauptsächlich auf 4 Gebieten weitergeführt:

- **Tourismus und Kultur:** Der EM hat ein kulturelles Projekt der vier Expo.02-Städte unterstützt; des Weiteren wurde die Lancierung des Tourismus-Labels «Dreiseenregion» weiterverfolgt.
- **Kommunikation:** 2004 wurde der EM zehnjährig; dieses Jubiläum wurde mit verschiedenen Veranstaltungen begangen (Ausstellung «Röstigraben», Parlamentarierforum in Freiburg usw.).
- **Wirtschaft:** Zwei neue Projekte wurden aufgegleist: «Auto-Cluster EM», ein Projekt, das die Zulieferfirmen der Autoindustrie vereinigt, und «Energie-cluster.ch», ein Projekt für den Technologietransfer bei der Energie.
- **öffentlicher Verkehr:** mit der Verwirklichung der Anschlüsse des EM an das internationale Hochgeschwindigkeitsnetz wurde ein langfristiges Projekt in Angriff genommen.

2.1.4 ch Stiftung

Die ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit hat den Auftrag, die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen zu fördern. Ihr gehören von Rechts wegen alle Kantone an, die durch ein Mitglied ihres Staatsrats an der Plenarversammlung vertreten sind; diese findet mindestens zu Beginn jedes Jahres statt. Der leitende Ausschuss tritt viermal im Jahr zusammen. Er setzt sich aus sieben Mitgliedern, die von der jährlichen Plenarversammlung gewählt werden, zusammen. Der Direktor der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft, Pascal Corminboeuf, wurde von der CGSO als Nachfolger für die Genfer Staatsrätin Martine Brunschwig-Graf als Präsident vorgeschlagen.

Das Tätigkeitsfeld der ch Stiftung ist grundsätzlich auf die Pflege des Föderalismus auf politischer und kultureller Ebene ausgerichtet; ein Schwerpunkt bildet dabei der Jugendaustausch.

Ausgehend von der Feststellung, dass die Schweiz eine «Willensnation» ist, fördert die Stiftung in Zusammenarbeit mit der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) alle Initiativen, mit denen das Gefühl der Zugehörigkeit zu einem Land, dessen Einheit in der Vielfalt und aus vielen Minderheiten besteht, vermittelt werden soll.

Ein «Monitoring-Konzept» zur Verstärkung des Föderalismus wurde 2004 vom leitenden Ausschuss vorgeschlagen und von der Plenarversammlung angenommen.

Dieses Konzept wird im Übrigen bei der ersten nationalen Föderalismuskonferenz, die Freiburg im September 2005 organisieren darf, im Zentrum stehen.

Die ch Stiftung setzt sich auch dafür ein, dass die von der Bundesverfassung vorgegebene Sprachenpolitik mit einem Sprachengesetz verwirklicht wird.

Der Jugendaustausch wurde mit den finanziellen Mitteln der Stiftung weiter unterstützt; er wird als wichtigen Beitrag zu einem besseren Zusammenhalt als Ergebnis von Kultur- und Sprachaufenthalten betrachtet.

In der ch-Reihe werden jedes Jahr Übersetzungen von bedeutenden Werken in die anderen Landessprachen herausgegeben.

Schliesslich organisiert die ch Stiftung jedes Jahr ein dreitägiges Seminar über aktuelle Themen und bringt auf diese Weise rund 100 Staatsrätinnen und Staatsräte aus der ganzen Schweiz zusammen. Am letzten Seminar bestritten Bundesrätin Micheline Calmy-Rey und Bundesrat Rudolf Merz je einen halben Tag mit den Kantonsvertretern, um die Bilateralen II und die kürzlich vom Volk angenommene NFA zu behandeln.

Die aktive Beteiligung des Kantons Freiburg an der interkantonalen Zusammenarbeit und der Umstand, dass an der Universität Freiburg das Föderalismusinstitut besteht, bestätigt das Image eines engagierten Kantons auf diesem Gebiet.

2.2 Bilaterale Zusammenarbeit

Am 18. Februar 2004 hat sich die Freiburger Regierung mit dem Staatsrat des Kantons Waadt zu einer Arbeitssitzung getroffen. Diese jährliche Begegnung, die seit einigen Jahren zur Tradition geworden ist, bot die Gelegenheit unter anderem folgende Themen zu behandeln: das interkantonale Spital der Broye im Rahmen der Waadtländer Spitalplanung, das milchwirtschaftliche Inspektions- und Beratungszentrum der Westschweiz, den «Aéropôle» Payerne, die Verkehrspolizei auf der Autobahn A1, die Berufsbildung in der Broye-Region, die interkantonale Zusammenarbeit bei der Verwaltung der Naturschutzgebiete am Südufer des Neuenburger Sees, den künftigen Betrieb der Nationalstrassen im Rahmen des neuen Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen.

Er ist am 3. November 2004 auch mit dem Staatsrat des Kantons Neuenburg zusammengesessen. Es wurden folgende Punkte besprochen: die Zukunft des Espace Mittelland (insbesondere unter dem Gesichtspunkt von Synergien mit der CGSO), das Projekt zur Schaffung eines milchwirtschaftlichen Inspektions- und Beratungsdiensts der Westschweiz, die Seepolizei auf dem Neuenburgersee, die Organisation von Lottos im Kanton Freiburg.

3. Angelegenheiten des Bundes

3.1 Vernehmlassungen des Bundes

Der Staatsrat hat auf 68 Vernehmlassungsverfahren des Bundesrats, der eidgenössischen Departemente und der Bundesämter, der Konferenz der Kantonsregierungen oder verschiedener Konferenzen kantonaler Departementsvorsteher geantwortet. Er verzichtet wie bereits für den Rechenschaftsbericht 2003 auf die Zusammenfassung seiner Vernehmlassungsantworten im Rechenschaftsbericht. Die Grossrätinnen und Grossräte, die das wünschen, können den Text der Vernehmlassungsantwort bei der Staatskanzlei einsehen. Diese Vernehmlassungsantworten werden den Freiburger Vertretern in der Bundesversammlung und der Presse mitgeteilt. 2004 kamen folgende Vorlagen in die Vernehmlassung:

1. Vereinheitlichung des Zivilprozessrechts (Schaffung einer gesamtschweizerischen Zivilprozessordnung)
2. Änderung des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz). Herabsetzung des Schutzalters von 19 beziehungsweise 20 Jahren auf 18 Jahre
3. Revision des Zivilgesetzbuches (Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindsrecht) und Vorentwurf für ein Bundesgesetz über das Verfahren vor den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (VKE)
4. Bericht über das Fakultativprotokoll vom 25. Mai 2000 zur Kinderschutzkonvention betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornografie und über die entsprechende Änderung der Strafnorm über den Menschenhandel (Art. 196 StGB)
5. Teilrevision der Asylverordnung 1 über Verfahrensfragen (AsylV 1), der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (AsylV 2), und der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VVWA)
6. Gesuch der Freiburger Elektrizitätswerke AG um eine Ausnahmebewilligung
7. Verfahren zur Einsetzung einer interparlamentarischen Kommission
8. Parlamentarische Initiative: Schutz vor Gewalt im Familienkreis und in der Partnerschaft
9. Schaffung einer Rechtsgrundlage für das koordinierte Verkehrswesen auf Bundesebene
10. Beitritt der Schweiz zum UNO-Übereinkommen gegen transnationale organisierte Kriminalität, zum Zusatzprotokoll zur Verhinderung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Handels mit Frauen und Kindern, und zum Zusatzprotokoll gegen den Menschenschmuggel auf dem Land-, Luft- und Seeweg
11. Konzept Wolf Schweiz und Konzept Luchs Schweiz
12. Seilbahngesetz
13. Bundesgesetz über die schweizerische Exportrisikoversicherung
14. Totalrevision der Pflanzenschutzmittel-Verordnung
15. Verordnungsentwurf über die Einführung regionaler ärztlicher Dienste der IV
16. Teilrevision des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes
17. Änderung der Bestimmung über die internationale Amtshilfe im Bundesgesetz über die Börsen und den Effektenhandel
18. Bilaterale II (1. Vernehmlassung)
19. Horizontale und vertikale Zusammenarbeit in den Agglomerationen
20. Grenzüberschreitender Verkehr mit gentechnisch veränderten Organismen (Cartagena-Verordnung)
21. Unternehmenssteuerreform II
22. Bundesgesetz über die Anlagefonds
23. 1. BVG-Revision – Änderung der BVV 2 – 2. Paket
24. Bundesgesetz über den Binnenmarkt (gemeinsame Stellungnahme der Kantone)
25. Bahnreform
26. Weisungen des Bundesrates für die UKW Sendernetzplanung und für die Gestaltung der Mittelwellen-Sendernetzplanung (zwei Konzessionsgesuche) (Radio Tropic und Radio BE I/Extrabern)
27. DNA-Profile
28. Erneuerung der Konzession von TeleBärn
29. Änderung des Bundesgesetzes über den Binnenmarkt
30. Verordnung über Glücksspiele und Spielbanken und Verordnung über Überwachungssysteme und Glücksspiele
31. Verordnung über Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien an Höheren Fachschulen (HF-Verordnung)
32. Bundesgesetz zur Förderung der Information über den Unternehmensstandort Schweiz
33. Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien auf Bundesebene nach dem Tessiner Modell
34. Teilrevisionen in der Krankenversicherung
35. Revision des Bundesgesetzes über die Information der Konsumentinnen und Konsumenten
36. Bundesgesetz über die sektoriellen Personenidentifikatoren
37. Flankierende Massnahmen zur Ausdehnung des Personen-Freizügigkeitsabkommens vom 21. Mai 1999 auf die neuen Mitgliedstaaten der EU
38. Bilaterale II (2. Vernehmlassung)

39. Zusätzliche Massnahmen im Rahmen der Revision des Asylgesetzes: Vernehmlassungsverfahren
40. Ausdehnung des Abkommens über die Freizügigkeit vom 21. Juni 1999 auf die neuen EU-Mitgliedstaaten
41. Bundesgesetz über die Regionalpolitik
42. Teilrevision des Gewässerschutzgesetzes, Anpassung der Gewässerschutzverordnung sowie Aufhebung der Verordnung über den Schutz der Gewässer vor wassergefährdenden Flüssigkeiten
43. Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (neu strukturierte interkantonale Rahmenvereinbarung)
44. Verordnung über die Ausrichtung von Beiträgen an die Kosten der Entsorgung von tierischen Nebenprodukten
45. Bundesgesetz zum Zinsbesteuerungsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft
46. Neuordnung der Pflegefinanzierung – Teilrevision der Bundesgesetze über die Krankenversicherung, die Alters- und Hinterlassenenversicherung sowie über die Ergänzungsleistungen
47. Empfehlungen «Publikumsintensive Einrichtungen – Abstimmung der kantonalen Luftreinhalte-Massnahmeplanung mit der kantonalen Richtplanung»
48. Bundesgesetz über die Stromversorgung und Revision des Elektrizitätsgesetzes
49. Revision des Eisenbahngesetzes (Interoperabilität)
50. Vorlage für die Einführung der jährlichen Abrechnung in das Bundesgesetz über die Mehrwertsteuer
51. Revision des Patentgesetzes
52. Änderung der Technischen Verordnung über Abfälle
53. Bildungsrahmenartikel in der Bundesverfassung
54. Verordnung über den internationalen Kulturgütertransfer
55. Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung und der Verordnung über den Risikoausgleich in der Krankenversicherung
56. 5. IV-Revision
57. Interkantonale Vereinbarung über die Aufsicht, Bewilligung sowie die Ertragsverwendung und -verteilung der Lotterierträge von interkantonalen und gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten
58. Allgemeinverbindlicherklärung eines Berufsbildungsfonds
59. Änderung bei der Finanzierung von Infrastrukturprojekten des öffentlichen Verkehrs
60. Verordnung über den Bau von Schiffen und Ausführungsbestimmungen
61. Bedarfsleistungen an Eltern: praktische Anwendung in den Kantonen im Verhältnis zu den EU-Staaten
62. Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches in der Fassung vom 13. Dezember 2002 betreffend die Umsetzung von Artikel 123a BV über die lebenslängliche Verwahrung extrem gefährlicher Straftäter
63. Revision des allgemeinen Teils des Schweizerischen Strafgesetzbuches: Datum des Inkrafttretens
64. Expertenbericht des BAKOM «Welche Zukunft hat die UKW-Radiolandschaft in der Schweiz?»
65. Teilrevision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Immobiliarsachen- und Grundbuchrecht)
66. Entwurf eines Leitfadens Attest-Bildungen bei der Berufsbildung: Vernehmlassungsantwort
67. 5. IV-Revision
68. Konzessionsgesuch für Radio Kaiseregg

3.2 Beziehungen zu den Freiburger National- und Ständeräten

Der Staatsrat und die Freiburger National- und Ständeräte haben die neue Legislaturperiode zum Anlass genommen, um ihre Zusammenarbeit zu verstärken. So wurde im Verlauf des Jahres ein regelmässiger und systematischer Informationsaustausch gepflegt. In der Person von Nationalrat Hugo Fasel wurde für 2004 ein «Koordinator» der National- und Ständeräte bezeichnet; 2005 tritt die Nationalrätin Thérèse Meyer seine Nachfolge an. Die Koordination der Aussenbeziehungen hat im Übrigen eine regelmässige Beziehungen zu den Freiburger Mitgliedern der eidgenössischen Kammern sichergestellt, insbesondere während den Sessionen; sie hat sich auch um einen systematischen Rückfluss der Information zur Kantonsregierung bemüht.

Der Staatsrat und die National- und Ständeräte haben sich 2004 viermal getroffen und Gegenstände diskutiert, die vor allem den Kanton Freiburg und seine Institutionen betreffen. Ein besonderes Augenmerk galt den finanziellen Projekten des Bundes, die schwer wiegende Auswirkungen auf die Kantonsfinanzen haben (Entlastungsprogramme 2003 und 2004, Verteilung des Goldes und des Gewinns der Nationalbank, Reform des Finanzausgleichs, ...).

Die Koordination der Aussenbeziehungen hat auch einige besondere Treffen zwischen einer Delegation des Staatsrates und den National- und Ständeräten organisiert zur vertieften Diskussion einzelner Projekte des Bundes, die für den Kanton von grossem Interesse sind (Projekt zur Sanierung der Bundesfinanzen, neue Regionalpolitik).

3.3 Beziehungen zu den Bundesbehörden

Auf Initiative des Staatsrats und der Freiburger National- und Ständeräte wurde am 6. Dezember eine Veranstaltung im Bundeshaus organisiert. Alle Mitglieder des Parlaments und die obersten Bundesbehörden wurden eingeladen. Dieser Veranstaltung unter dem Motto «Freiburg; eine Brücke zwischen Kulturen und Sprachen» war ein grosser Erfolg beschieden, der auch in der Regionalpresse Niederschlag fand.

Besondere Treffen zu aktuellen Themen wurden auch zwischen einer Delegation des Staatsrats, den Freiburger National- und Ständeräten, dem Bundespräsidenten Joseph Deiss und Bundesrat Hans-Rudolf Merz organisiert.

Es fand auch eine Veranstaltung des Staatsrats mit den hohen Bundesbeamten aus dem Kanton Freiburg statt.

4. Europäische Integration

4.1 Sektorielle Abkommen mit der EG – Bilaterale I und II, Erweiterung der EU

Nach dem Abschluss der bilateralen Abkommen II und der Anpassung des Abkommens über die Freizügigkeit im Personenverkehr wurde bei der Kantonsverwaltung eine breite Vernehmlassung durchgeführt. Einige der ausgehandelten Abkommen, insbesondere Schengen/Dublin, werden vom Kanton bedeutende administrative und legislative Begleit- und Umsetzungsarbeiten verlangen.

4.2 Weitere Verbindungen mit Europa

4.2.1 Versammlung der Regionen Europas (VRE)

An der Generalversammlung der VRE am 25. und 26. November 2004 in Wien trat der Walliser Staatsrat Wilhelm Schnyder, der Vertreter der Westschweizer Kantone, von seinem Amt als Vizepräsident und Kassier der VRE zurück. In seinem Schlussbericht erwähnte er insbesondere, dass die Schweiz von den grossen Regionen Europas viel lernen könnte und dass umgekehrt die Mitgliedkantone im Rahmen der Diskussionen über die Verfassung auf das Subsidiaritätsprinzip hingewiesen haben, das die Basis des politischen Systems in der Schweiz bildet. Das Büro der VRE hat am 29. Oktober 2004 in Bern getagt. Während des Jahres wurden verschiedene bedeutende Themen behandelt: die neue Kohäsionspolitik, die Bewahrung einer traditionellen Landwirtschaft und die ausgewogene ländliche Entwicklung, die Bildungssysteme angesichts der Globalisierung, die Entwicklung von regionalen Partnerschaften usw.

4.2.2 Conseil du Léman

Der Kanton wird zu den Sitzungen dieser Gemeinschaft eingeladen und nimmt je nach Traktandenliste daran teil.

4.2.3 Interreg-Programm

Das INTERREG-Programm geht auf eine europäische Initiative zurück, und die Schweiz ist daran beteiligt. Mit diesem Programm soll die Zusammenarbeit zwischen den grossen Regionen Europas gefördert werden.

Der Kanton Freiburg macht aktiv in 5 Projekten innerhalb des Programms INTERREG III mit: Projekt «E-Motion», ein Projekt für Fernunterricht im Recht, bei dem Freiburg in der Schweiz die Führungsrolle spielt, «Nachhaltige Bewirtschaftung der Gebirgswälder»; «Léman sans frontière», ein Tourismusprojekt rund um den Genfersee, «Réseau alpestre francophone» et «RENE – Rural Extension Network in Europe», ein Projekt zum Erfahrungsaustausch und zur grossflächigen landwirtschaftlichen Beratung.

4.2.4 Alpenkonvention

In der Sommersession hat der Ständerat 3 der 9 Protokolle der Alpenkonvention genehmigt, es handelt sich um die Protokolle über den Bodenschutz, über den Verkehr und über die Raumplanung. Gleichzeitig hat er eine Motion der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie angenommen, mit der der Bundesrat beauftragt wird, einerseits festzustellen, in welchem Mass das nationale Recht angesichts der Umsetzung der Protokolle zur Alpenkonvention die nachhaltige Entwicklung des Berggebiets sicherstellt, und andererseits dem Parlament die allenfalls erforderlichen Massnahmen und Gesetzesänderungen zu beantragen (diese Massnahmen und Gesetzesänderungen sollten sich nicht auf die neue Regionalpolitik beschränken).

In der Herbstsession hat der Nationalrat die Motion des Ständerats genehmigt; er hat die Beratungen über die Ratifikation des Protokolls aufgeschoben, bis er vom Bundesrat Antwort auf die erwähnte Motion erhält.

Sprachendienst

Die Übersetzungs- und Korrekturarbeiten für die amtlichen Rechtssammlungen des Kantons Freiburg, die Medienmeldungen usw. wurden im selben Umfang wie letztes Jahr weitergeführt.

Für das Terminologiepraktikum konnte Susanne Streit angestellt werden, die das Projekt über die Universität Freiburg in Angriff nahm. Im Dezember konnten die Ergebnisse dann den betroffenen leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rektorats, der Fakultäten und der Erziehungsdirektion im Rahmen einer Präsentation gezeigt werden, die auf reges Interesse stiess. Es zeichnet sich eine engere Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zwischen Universität und Übersetzungsdienst ab.

Dienst für Wahlen und Abstimmungen

1. Abstimmungen

a) Eidgenössische Abstimmungen

Es fanden 4 eidgenössische Abstimmungen statt:

- am 8. Februar 2004 stimmte das Freiburger Volk über 3 Vorlagen ab:
 1. Gegenentwurf der Bundesversammlung vom 3. Oktober 2003 zur Volksinitiative «Avanti – für sichere und leistungsfähige Autobahnen» (abgelehnt mit 41 758 gegen 21 699 Stimmen);
 2. Änderung vom 13. Dezember 2002 des Obligationenrechts (Miete) (abgelehnt mit 46 059 gegen 18 479 Stimmen);
 3. Volksinitiative vom 3. Mai 2000 «Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährli-

che Sexual- und Gewaltstraftäter» (angenommen mit 37 010 gegen 28 084 Stimmen).

- am 16. Mai 2004 stimmte das Freiburger Volk über 3 Vorlagen ab:
 1. Änderung vom 3. Oktober 2003 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) (11. AHV-Revision) (abgelehnt mit 64 529 gegen 19 989 Stimmen);
 2. Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2003 über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze (abgelehnt mit 63 526 gegen 19 988 Stimmen);
 3. Bundesgesetz vom 20. Juni 2003 über die Änderung von Erlassen im Bereich der Ehe- und Familienbesteuerung, der Wohneigentumsbesteuerung und der Stempelabgaben (abgelehnt mit 62 725 gegen 20 522 Stimmen).
- am 26. September 2004 stimmte das Freiburger Volk über 4 Vorlagen ab:
 1. Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2003 über die ordentliche Einbürgerung sowie über die erleichterte Einbürgerung junger Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation (angenommen mit 41 622 gegen 40 687 Stimmen);
 2. Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2003 über den Bürgerrechtserwerb von Ausländerinnen und Ausländern der dritten Generation (angenommen mit 48 294 gegen 34 238 Stimmen);
 3. Volksinitiative vom 26. April 2002 «Postdienste für alle» (angenommen mit 46 126 gegen 34 660 Stimmen);
 4. Änderung vom 3. Oktober 2003 des Bundesgesetzes über die Erwerbsersatzordnung für Dienstleistende in Armee, Zivildienst und Zivilschutz (Erwerbsersatzgesetz, EOG) (angenommen mit 55 292 gegen 27 297 Stimmen).
- am 28. November 2004 stimmte das Freiburger Volk über 3 Vorlagen ab:
 1. Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2003 zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) (angenommen mit 34 530 gegen 15 954 Stimmen);
 2. Bundesbeschluss vom 19. März 2004 über eine neue Finanzordnung (angenommen mit 36 577 gegen 13 244 Stimmen);
 3. Bundesgesetz vom 19. Dezember 2003 über die Forschung an embryonalen Stammzellen (Stammzellenforschungsgesetz, StFG) (angenommen mit 36 205 gegen 15 161 Stimmen).

b) Kantonale Abstimmung

Es fand eine kantonale Volksabstimmung statt:

- am 16. Mai 2004 stimmte das Freiburger Stimmvolk über den Entwurf für eine neue Verfassung des Kantons

Freiburg (vom Verfassungsrat am 30. Januar 2004 angenommener Entwurf) ab (angenommen mit 44 863 gegen 32 446 Stimmen);

2. Wahlen

Am 16. Mai 2004 wurde das Freiburger Stimmvolk an die Urnen gerufen für eine Ergänzungswahl in den Staatsrat, die wegen dem Rücktritt von Urs Schwaller nötig geworden war. Folgende Kandidatinnen und Kandidaten haben Stimmen erhalten:

VONLANTHEN Beat	30 717 Stimmen
THALMANN-BOLZ Katharina	18 210 Stimmen
ACHERMANN Marius	17 367 Stimmen

Da keine Kandidatin und kein Kandidat das absolute Mehr erreicht hat, wurde ein zweiter Wahlgang nötig. Der Staatsrat hat mit Beschluss vom 18. Mai 2004 die Wahlberechtigten zum zweiten Wahlgang einberufen. Beat Vonlanthen und Katharina Thalmann-Bolz konnten am zweiten Wahlgang noch teilnehmen.

Mit einer persönlichen Erklärung an die Staatskanzlei innerhalb der gesetzlichen Frist hat Katharina Thalmann-Bolz ihre Kandidatur für den zweiten Wahlgang zurückgezogen. Deshalb wurde Beat Vonlanthen in stiller Wahl als Mitglied des Staatsrats gewählt. Er hat sein Amt am 15. Juni 2004 angetreten. Auf Grund einer Neuverteilung der Direktionen unter den Mitgliedern des Staatsrats hat Beat Vonlanthen die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion übernommen. Claude Lässer, der bisherige Vorsteher dieser Direktion, wechselte in die Finanzdirektion, die vorher von Urs Schwalle geleitet wurde.

3. Initiative – Referendum

a) Initiative

Das Gesetzesinitiativbegehren «Steuerrabatt für Familien», das am 20. August 2003 eingereicht wurde, ist mit 7029 gültigen von insgesamt 7403 gesammelten Unterschriften zustande gekommen.

b) Referendum

Am 2. November 2004 wurde mit 78 Unterschriften ein Referendumsbegehren gegen das Gesetz vom 14. Oktober 2004 zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels angekündigt.

Presse

	2004	2003	
Medienmitteilungen: Staatsrat	35	36	
	Staatskanzlei	39	32
	Wahlkollegium	2	3
	Staatsrat und Verwaltungsgericht in gemeinsamer Sitzung	1	1
Pressekonferenzen: Staatsrat	1	0	
	Staatskanzlei	28	22

Dienst des Grossen Rates

Wie üblich seien einige statistische Daten für das Jahr 2004 erwähnt:

	2004	2003
Vom Grossen Rat angenommene Gesetzesentwürfe	29	18
Vom Grossen Rat angenommene Dekretentwürfe	31	36
Berichte zuhanden des Grossen Rates	23	15

	eingereicht		beantwortet	
	2004	2003	2004	2003
Motionen	34	22	18	27
Postulate	27	20	23	17
Anfragen	90	109	102	106

	2004	2003
Sitzungen des Grossen Rates	24	22
Kommissionssitzungen	95	105

Amt für Drucksachen und Material (DMA)

Allgemeines

Das Amt für Drucksachen und Material (DMA) hat das Experiment als Piloteinheit des New Public Management im Rahmen der Bestimmungen über die Verwaltungsreform in der Kantonsverwaltung fortgesetzt.

Im Verlauf des Jahres 2004 hat das DMA sich weiterhin bemüht, die günstigsten Quellen für die Lieferung von Maschinen und Apparaten und des übrigen Materials zu finden. Die Feststellung, die schon in den vergangenen Jahren gemacht werden musste, nämlich, dass es immer schwieriger wird, Maschinen und Apparate zu annehmbaren Konditionen reparieren zu lassen, hat sich bestätigt. Das DMA musste sich regelmässig dazu entschliessen, Apparate, die einer einfachen Reparatur bedürften, durch neue zu ersetzen. Wie bisher war das DMA bemüht, die Druckaufträge und Veröffentlichungen, die nicht in der eigenen Reprografie- oder Druckwerkstatt ausgeführt werden konnten, an die meist im Kanton ansässigen Druckereien zu verteilen. Das DMA hat auch auf Verlangen, insbesondere der Gerichte, Bindearbeiten ausgeführt und in Anwendung der kantonalen und Bundesgesetzgebung Mikrofilmaufnahmen der Dokumente des Staates, insbesondere für die Grundbuchämter und das kantonale Amt für Zivilstandswesen gemacht. Das DMA hat die Information der Kunden verbessert und stellt ihnen periodisch ein von ihm herausgegebenes Bulletin mit Informationen und Hinweisen auf neue Dienstleistungen zu.

Personal

Das DMA hat Corinne Perroud als neue Sekretärin und Mitarbeiterin beim Empfang angestellt; sie ist die Nachfolgerin von Sonia Schafer.

Die DMA hat darauf verzichtet, einen Lehrling in Handbuchbinderei auszubilden.

Weiterbildung

Die kaufmännische Lehrtochter hat im Rahmen der Berufsmatur ein Sprachpraktikum gemacht.

Eine Mitarbeiterin der Mikrofilmabteilung hat einen beruflichen Weiterbildungskurs besucht.

Büromaterial

Dank gründlicher Suche nach Lieferanten konnte das DMA von der sinkenden Tendenz bei den Preisen für Material und Apparate profitieren. Das DMA hat seine aktive Zusammenarbeit mit der Westschweizer Einkaufsgemeinschaft für Schul- und Büromaterial (GRAFOSA) fortgesetzt, der fast alle Kantone und die wichtigsten Städte der Westschweiz angehören. Dank Gurppenbestellungen bei zahlreichen Lieferanten konnte das DMA den Kunden Papier und Standardmaterial für die Verwaltung zu sehr vorteilhaften Preisen anbieten. Auf der anderen Seite hat das DMA auch mit mehreren Fachmärkten Abkommen abgeschlossen, damit es Material, das nicht in seinem Standardsortiment figuriert, zu Sonderkonditionen beziehen kann. Es hat auch direkten Kontakt mit gewissen Importeuren von Maschinen und Apparaten aufgenommen.

Büromaschinen und -apparate

Das DMA hat bei seiner Tätigkeit die seit einiger Zeit angenommene Linie weiterverfolgt und so die Ausrüstungen weiterhin so weit wie möglich vereinheitlicht. Leider muss es immer öfter Lieferanten ausserhalb des Kantons Freiburg berücksichtigen, da zahlreiche Unternehmen ihre Tätigkeit an einem einzigen Standort in der Schweiz zusammengefasst haben.

Unterhalt der Maschinen und Apparate

Wie bereits erwähnt wird es wegen den Arbeitskosten immer schwieriger, Maschinen und Apparate zu reparieren. So muss das DMA regelmässig relativ neue Maschinen und Apparate ausrangieren und sie durch entsprechende neue Modelle ersetzen, wenn es weiterhin mit den staatlichen Geldern sorgfältig umgehen will.

Drucksachenbüro

Die Tätigkeit des Drucksachenbüros wird durch den Staatsratsbeschluss vom 18. November 1985 über die Stellung und die Aufgaben des Amtes für Drucksachen und Material geregelt.

Im Jahr 2004 hat es sich weiter bemüht, für die Dienststellen des Staates die besten Lösungen zu finden, die unter Einhaltung der Fristen die technischen und wirtschaftlichen Anforderungen berücksichtigen.

Das Drucksachenbüro steht weiterhin allen Dienststellen und Anstalten des Staates zur Verfügung. Die wichtigsten Tätigkeiten sind das Entwerfen und das Produzieren von Drucksachen, das Einkaufen bei anerkannten Lieferanten und die technische Beratung für Drucksachen, Veröffentlichungen und Arbeitsunterlagen. Die Aufträge werden im Allgemeinen ausgeschrieben, daher können noch bessere Konditionen erzielt werden.

Die Entwicklung der Informatik zwingt die Dienststelle, die neuen Tendenzen, die sich auf dem Markt abzeichnen, genau zu verfolgen. Deshalb muss die Ausrüstung für das Electronic Publishing mit dieser Entwicklung auch mithalten. Wie bisher wird jede Arbeit, die dem Drucksachenbüro anvertraut wird, auf Grund der technischen Kriterien (Auflage, Format, Papier, Farben usw.) geprüft. Scheinen diese Kriterien mit den Produktionsmitteln des Amtes vereinbar zu sein, so wird die Arbeit entweder im Offsetdruck oder digital (Schwarzweiss- oder Vierfarbentkopien) vom Amt ausgeführt. Das Aufkommen des Drucks auf Verlangen (kleine Auflagen, kurze Fristen) trägt zum ständigen Aufschwung des Digitaldrucks bei. Die Qualität und die Möglichkeiten dieses Druckverfahrens ergeben ein gut gemachtes Endprodukt. Man kann jedoch feststellen, dass diese Entwicklung beim Farbdruck ausgeprägter verläuft, denn dieser wird sowohl in qualitativer als auch in preislicher Hinsicht immer leistungsfähiger.

Für die verschiedenen und komplexen Arbeiten braucht es immer leistungsfähigere Einrichtungen. Das Drucksachenbüro kann die Hilfe eines Mitarbeiters im Beschäftigungsprogramm in Anspruch nehmen; er wird vor allem für Schlussarbeiten eingesetzt (Zusammenstellen, Lochen, besondere Falzungen usw.).

Die Druckarbeiten, die nicht mit den Einrichtungen des Amtes ausgeführt werden können, werden hauptsächlich an Unternehmen im Kanton vergeben; deren Einrichtungen müssen eine qualitativ hoch stehende und günstige Produktion ermöglichen. Jede neue Arbeit wird ausgeschrieben; die Unterlagen werden den Unternehmen zugesandt, die den Kriterien für die auszuführende Arbeit am besten entsprechen. Die Angebote werden dann geprüft, und die Arbeit wird hauptsächlich unter Berücksichtigung der finanziellen Gesichtspunkte, aber auch einer angemessenen Verteilung vergeben. Das grafische Gewerbe hat in den letzten Jahren eine ständige Entwicklung durchgemacht. Die neuen, auf dem Markt erhältlichen Maschinen bieten eine sehr hohe Produktionskapazität und können für gewisse Arbeiten Preissenkungen zur Folge haben. Deshalb muss regelmässig geprüft werden ob der Lieferant, dem regelmässige Aufträge übergeben werden, immer noch die leistungsfähigste Einrichtung (und den günstigsten Preis) für das gewünschte Produkt anbieten kann.

Um der starken Nachfrage entsprechen zu können, hat das Büro einen Vervielfältigungsapparat für CD-ROM mit integriertem Vierfarbendrucker erworben. Es hat ebenfalls einen Drucker für Legitimationskarten im Kreditkartenformat angeschafft.

Bindewerkstatt

Wie bisher führte die Buchbindewerkstatt für die ganze Kantonsverwaltung Bindearbeiten aus, hauptsächlich für die Gerichte und die Verwaltungseinheiten der Sicherheits- und Justizdirektion (Amt für Zivilstandswesen) und der Finanzdirektion (Grundbuch).

Die in der Buchbindewerkstatt ausgeführten Arbeiten können wie folgt aufgeteilt werden:

Leinenbände	918 Bände
Halbleinenbände	144 Bände
Halblederbände	28 Bände
Bände Einbanddecke	411 Bände
Restaurierung und Reparieren von Büchern	123 Bände
Neue Register in Halbleder mit Metallgleitern	32 Bände
Restaurierung von Registern in Halbleder mit verstärkten Gleitern am Pergament	14 Bände
Kartonierte Bände	4 Bände
Etuis in Buchform für Pläne	7 Bände
Total Bände in Handbuchbinderei	1681 Bände

darunter:

- Restaurierung des Grossen Buches der Beratungen des Staatsrats und des Grossen Rates aus dem Jahr 1834
- Restaurierung der Mediationsakte von 1803 Louis-d'Affry
- Ledereinband und Kassette für die Originaldokumente der neuen Freiburger Verfassung
- 31 Collagen von verschiedenen Karten auf Leichtkarton oder Holz 70 × 100 cm

Im halbindustriellen Verfahren wurden 8130 Broschüren und 500 verschiedene Pressbände ausgeführt, darunter:

Thermoplastik-Broschüren (Bindo)	
A4 + Schneiden	4721
Spiraleinbände aus Plastik oder Metall A4	3771
geheftete und verstärkte Broschüren + Schneiden	950
«Fastback»-Einbände	208
Halbindustrielle Bände insgesamt	9650

Verschiedene Arbeiten wie Schneiden, Heften, verschiedene Aushilfen in der Druckerei, maschinelles oder manuelles Falzen von Papier, Rillen von Einbänden, Perforierung, Herstellung von Notizblöcken aus Papierabfall, Kleben, Unterhalt von Maschinen wurden ausgeführt.

Mikrofilmzentrale

Im vergangenen Jahr wurden hauptsächlich die Aufnahmen auf Mikrofilm der Zivilstandsregister und der Grundbücher der Bezirke fortgeführt; insgesamt wurden rund 77230 Aufnahmen aus folgenden Gebieten gemacht:

- *Kantonales Zivilstandsamt*

Familienregister

Grundbuch

Kataster, Hypothekenverzeichnis, Register

- *Verschiedenes*

Staatsarchiv Freiburg

Amt für Kulturgüter

Dominikanerinnenkloster

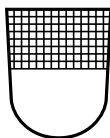
Franziskanerkloster

Die Mikrofilmzentrale erfasst verschiedene Dokumente aus dem Staatsarchiv und der Kantonsbibliothek auf Mikrofilm, um der Nachfrage der Studierenden und Forschenden zu entsprechen. Diese Arbeiten werden in Rechnung gestellt.

Die Mikrofilmzentrale hat auf Verlangen der Dienststellen der Kantonsverwaltung 285 Kopien von Filmen erstellt.

Das Personal der Mikrofilmzentrale führt ausserdem auf Verlangen der Staatskanzlei Fotoreportagen aus. Im vergangenen Jahr waren es 13.

Im Jahr 2004 hat die Mikrofilmzentrale für Leistungen an Dritte einen Betrag von 9241 Franken in Rechnung gestellt.



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2004

Stand der hängigen Motionen, Postulate und Aufträge

Inhaltsverzeichnis

Stand der hängigen Motionen, Postulate und Aufträge	3
1. Direktion für Erziehung, Kultur und Sport	3
2. Sicherheits- und Justizdirektion	3
3. Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft	4
4. Volkswirtschaftsdirektion	4
5. Direktion für Gesundheit und Soziales	5
6. Finanzdirektion	5
7. Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion	6
8. Staatskanzlei	6

Stand der hängigen Motionen, Postulate und Aufträge

Artikel 78 des Gesetzes vom 15. Mai 1979 über das Reglement des Grossen Rates

Der Artikel 78 des Gesetzes vom 15. Mai 1979 über das Reglement des Grossen Rates schreibt vor: «Der Staatsrat unterbreitet dem Grossen Rat jedes Jahr in seinem Rechenschaftsbericht einen besonderen, hinreichend begründeten Bericht über den Stand der hängigen Motionen, Postulate und Aufträge und über die Folgen, die er ihnen gegeben hat oder zu geben gedenkt.»

Dieser besondere Teil des Rechenschaftsberichts enthält somit:

- a) die Motionen, die im Berichtsjahr oder früher erheblich erklärt wurden, sofern die endgültige Folge, die ihnen geleistet wurde, nicht bereits in einem früheren Rechenschaftsbericht behandelt wurde;
- b) die Postulate, die im Berichtsjahr oder früher erheblich erklärt wurden, sofern die endgültige Folge, die ihnen geleistet wurde, nicht bereits in einem früheren Rechenschaftsbericht behandelt wurde;
- c) die Aufträge, die im Berichtsjahr oder früher erheblich erklärt wurden, sofern die endgültige Folge, die ihnen geleistet wurde, nicht bereits in einem früheren Rechenschaftsbericht behandelt wurde;

Hingegen sind nicht enthalten die Motionen, Postulate und Aufträge, die der Staatsrat noch nicht beantwortet hat, da die gesetzliche Frist noch nicht abgelaufen ist, und die Motionen und Postulate, deren Erheblicherklärung der Grosse Rat abgelehnt hat.

Bemerkung:

Dieser Teil des Rechenschaftsberichts ist für die Beratung im Grossen Rat nach Direktionen gegliedert.

1. Direktion für Erziehung, Kultur und Sport

Motionen

Jacques Baudois / Bernard Garnier: Sprachenlernen während der obligatorischen Schulzeit. Diese Motion wurde am 2. Oktober 2001 erheblich erklärt; das Büro des Grossen Rates hat für den Bericht eine Fristverlängerung bewilligt. Dieser wird 2005 vorgelegt werden können, wenn der Konzeptentwurf an die Resultate der Vernehmlassung von 2004 angepasst ist.

Postulate

Christine Bulliard / Beat Vonlanthen: Schulleitung in den Primarschulen (Nr. 203.02). Der Bericht zu diesem Postu-

lat wurde dem Grossen Rat am 9. Dezember 2003 vorgelegt; das Parlament hat ihn am 11. Februar 2004 zur Kenntnis genommen.

Jean Deschenaux / Isabelle Joye: Wiedereinführung von Noten an der Primarschule. Dieses Postulat wurde am 12. September 2003 erheblich erklärt; das Büro des Grossen Rates hat für den Bericht eine Fristverlängerung bis zur ersten Jahreshälfte 2005 bewilligt.

Solange Berset / Jacques Bourgeois: Kantonale Gesetzgebung über den Sport und dessen Förderung, insbesondere bei den Jugendlichen. Dieses Postulat wurde am 7. Mai 2003 erheblich erklärt; ein Bericht wird vorgelegt werden, wenn die Ergebnisse der Vernehmlassung über das Sportkonzept von 2004 ausgewertet sind.

Catherine Keller-Studer: Sozialpädagogische Struktur. Dieses Postulat wurde am 12. September 2003 erheblich erklärt; ein Bericht wird vorgelegt werden, wenn die Ergebnisse der Vernehmlassung zum einschlägigen Bericht von 2004 ausgewertet sind.

Christine Bulliard / Yvonne Stempfel: Schulgesetz vom 23. Mai 1985. Zu diesem Postulat wurde dem Grossen Rat am 21. Dezember 2004 ein Bericht vorgelegt, den das Parlament 2005 zur Kenntnis nehmen wird.

2. Sicherheits- und Justizdirektion

Motionen

Armin Haymoz / Michel Losey: Gesetz über die Spielapparate und Spielsalons. Die Motion wurde am 12. September 2003 teilweise überwiesen: Ein Gesetzesentwurf ist dem Grossen Rat am 29. Juni 2004 unterbreitet worden.

Christian Ducotterd: Missbräuchliche Benutzung eines Namens oder einer Marke von alkoholhaltigen Getränken anlässlich einer Veranstaltung. Die Motion wurde am 6. Mai 2003 überwiesen: Ein Gesetzesentwurf wird dem Grossen Rat im Jahre 2005 unterbreitet.

Joe Genoud / Joseph Binz: Forderung, den Ortspolizeien mehr Kompetenzen und Vorrechte zu gewähren. Die Motion wurde am 6. November 2003 überwiesen: Ein Gesetzesentwurf wird dem Grossen Rat im Jahre 2005 unterbreitet.

Jean-Jacques Collaud / Charles-Antoine Hartmann: Änderung des Gesetzes über die Gerichtsorganisation (Zusammensetzung des Zivilgerichts bei Beschwerden). Die Motion wurde am 14. Oktober 2004 überwiesen: Ein Gesetzesentwurf wird dem Grossen Rat im Jahre 2005 unterbreitet.

Louis-Marc Perroud / Charles-Antoine Hartmann: Änderung der Strafprozessordnung (Protokollführung). Die Motion wurde am 14. Dezember 2004 überwiesen: Ein Gesetzesentwurf wird dem Grossen Rat im Jahre 2005 unterbreitet.

Postulate

Dominique Viridis Yerly: Jugendkriminalität. Das Postulat wurde am 12. Dezember 2002 überwiesen: Ein Bericht ist dem Grossen Rat im Jahre 2004 vorgelegt worden.

Jacques Morand: Schaffung eines Gerichts für frisch begangene Verbrechen. Das Postulat wurde am 7. November 2003 überwiesen: Ein Bericht ist dem Grossen Rat im Jahre 2004 vorgelegt worden.

Denis Boivin: Reorganisation der Friedensgerichte. Das Postulat wurde am 12. Dezember 2002 überwiesen: Ein Bericht wird dem Grossen Rat im Jahre 2005 vorgelegt.

Josef Fasel: Infolge der Klimaveränderungen durch Naturgewalten verursachten Schäden. Das Postulat wurde am 24. Juni 2003 überwiesen: Ein Bericht wird dem Grossen Rat im Jahre 2005 vorgelegt.

Antoinette Badoud / Beat Vonlanthen: Informationspolitik in Strafsachen. Das Postulat wurde am 24. März 2004 überwiesen: Ein Bericht wird dem Grossen Rat im Jahre 2005 vorgelegt.

Michel Losey: Aufhebung des Landwirtschaftssektors der Strafanstalt Bellechasse. Das Postulat wurde am 24. März 2004 überwiesen: Ein Bericht wird dem Grossen Rat im Jahre 2005 vorgelegt werden.

3. Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft

Motionen

Madeleine Genoud-Page: Artikel 20 des Gesetzes über die Gemeinden: Wiedererwägung (angenommen am 22. Juni 2001): Die Änderung des Gesetzes über die Gemeinden wurde vom Grossen Rat am 10. Februar 2004 angenommen.

Beat Vonlanthen/Jean-Pierre Dorand: Preis zur Förderung der Zweisprachigkeit und des Verständnisses zwischen den Sprachgemeinschaften (angenommen am 6. Mai 2003): Diese Motion wird im Rahmen der Projekte zur Umsetzung der Kantonsverfassung behandelt werden.

Christine Schneuwly: Neues Gesetz über die Hundehaltung (angenommen am 25. Juni 2003): die Umsetzung dieser Motion wird in einen Gesetzesentwurf integriert, der aufgrund der Erheblicherklärung der Motion Antje Burri-Escher ausgearbeitet wird.

Georges Godell/Jean-Louis Romanens: Finanzausgleich und Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (angenommen am 26. März 2003): Diese Motion wird im Rahmen des Finanzausgleichsprojekts, das gegenwärtig in Bearbeitung ist, behandelt.

Denis Grandjean: Änderung des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte (PRG) (Teilnahme am zweiten Wahlgang bei Staatsratswahlen) (angenommen am 4. Mai 2004): Ein Gesetzesentwurf im Sinn der Antwort vom 4. Mai 2004 wird dem Grossen Rat 2005 vorgelegt.

Albert Bachmann: Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsge-

genstände (Kantonalisierung der Fleischhygienekontrolle) (angenommen am 16. Juni 2004): Diese Motion wird zusammen mit der Motion Nr. 079.04 Jacques Bourgeois über die Optimierung der Kontrollen und der Bekämpfung von Betrug im Lebensmittelbereich behandelt.

Antje Burri-Escher: Gesetz betreffend die Hundesteuer (angenommen am 16. Dezember 2004): Dieser Motion wird innert der gesetzlich vorgeschriebenen Frist Folge gegeben.

Postulate

Jean-Pierre Dorand: Finanzausgleich zugunsten der Städte mit Zentrumsfunktion (angenommen am 11. Februar 2003): Diesem Postulat wird im Rahmen der laufenden Arbeiten zur Planung eines neuen Finanzausgleichssystems Rechnung getragen.

Jean-Louis Romanens/Willy Audergon: Bussen bei der Ausübung der Jagd (angenommen am 9. November 2001): Dem Grossen Rat wird im Laufe des Jahres 2005 ein Bericht vorgelegt.

Michel Losey/Joe Genoud: Neuer Schlüssel für die Berechnung der Finanzkraft und neue Klassifikation der Gemeinden (angenommen am 26. März 2003): Dieses Postulat wird im Rahmen des Finanzausgleichsprojekts, das gegenwärtig in Bearbeitung ist, behandelt.

Beat Vonlanthen/Jean-Pierre Dorand: Politische Bildung der Jugendlichen (angenommen am 15. Juni 2004): Dem Grossen Rat wird im Laufe des Jahres 2005 ein Bericht vorgelegt.

Mandat

Felser Max: Leistungsaufträge des LIG/Landwirtschaftlichen Instituts Grangeneuve (eingereicht am 7. November 2001): Dieses Mandat wurde abgeschrieben (sinngemäss nach Art. 70 Abs. 3 und Art. 74 Abs. 6 GRRG).

4. Volkswirtschaftsdirektion

Motion

Louis-Marc Perroud: Kantonales Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über Fuss- und Wanderwege.

Beat Vonlanthen: Gesetz über Fuss- und Wanderwege: Diese Motionen wurden am 12. Juni 2002 erheblich erklärt und werden im Entwurf des Gesetzes über den Tourismus berücksichtigt, der 2005 vorgelegt werden wird.

Postulate

Laurence Terrin / Michel Monney: Ausbau des Angebots im öffentlichen Verkehr; erheblich erklärt am 19. September 2002: Dieses Postulat ist Gegenstand eines Berichts, den der Grosse Rat am 23. März 2004 zur Kenntnis nahm.

Nicolas Bürgisser: Bahnerschliessung der hinteren Perolles-Ebene; erheblich erklärt am 15. November 2002: Dieses Postulat ist Gegenstand eines Berichts, den der Grosse Rat am 23. März 2004 zur Kenntnis nahm.

Jacques Bourgeois / Pascal Kuenlin: Entwicklung einer starken und koordinierten Regionalpolitik; erheblich erklärt am 9. September 2003: Das Büro des Grossen Rats bewilligte am 1. Oktober 2004 die Verlängerung der Frist für die Unterbreitung des Berichts um ein Jahr. Der Staatsrat wird diesen Bericht erstellen, sobald das vom Bund aufgestellte Konzept einer neuen Regionalpolitik genügend ausgereift ist, um nützliche Folgerungen auf kantonaler Ebene zuzulassen.

Christine Bulliard / Madeleine Genoud-Page: Sinkende Zahl der Lehrstellen; Verantwortung des Staatsrats; erheblich erklärt am 9. September 2003: Dieses Postulat ist Gegenstand eines Berichts, den der Staatsrat dem Grossen Rat am 11. November 2004 vorlegte.

Antoinette Romanens: Folgen der Revision des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung für den Kanton; erheblich erklärt am 7. November 2003: Dieses Postulat ist Gegenstand eines Berichts, den der Grosse Rat am 19. November 2004 zur Kenntnis nahm.

Beat Vonlanthen / Claudia Cotting: Wirtschaftsförderung und Schaffung von Arbeitsplätzen mit hoher Wertschöpfung; erheblich erklärt am 23. März 2004: Dem Grossen Rat wird 2005 ein Bericht unterbreitet.

5. Direktion für Gesundheit und Soziales

Motionen

Catherine Keller-Studer: Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (Nichtzahlung von Prämien, Rückbehaltung auf Gehaltsbezügen). Die Motion wurde am 7. November 2001 erheblich erklärt. Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Gemeinden und der kantonalen Dienststellen wurde ernannt und beauftragt, einen Vorentwurf für eine Gesetzesänderung im Sinne der Motion auszuarbeiten. Dieser Entwurf wurde im Jahr 2004 in die Vernehmlassung gegeben und wird dem Grossen Rat im Laufe des Jahres 2005 unterbreitet.

Jacques Bourgeois: Optimierung der Kontrollen – der Repression von Betrug im Lebensmittelbereich. Die Motion wurde am am 16. Juni 2004 erheblich erklärt. Der Staatsrat hat einen Steuerungsausschuss und eine Projektgruppe ernannt, die einen Gesetzesentwurf ausarbeiten sollen. Dieser wird dem Grossen Rat im Laufe des Jahres 2005 unterbreitet.

Gilles Schorderet: Änderung des Gesetzes über die Familienzulagen (nur in der Schweiz wohnende Kinder haben Anspruch auf die Familienzulage). Die Motion wurde am 15. September 2004 in Bezug auf die Geburts- oder Aufnahmezulage angenommen und in Bezug auf die Kinder- und die Ausbildungszulage abgelehnt. Ein Entwurf zur Änderung des Gesetzes wird dem Grossen Rat im Laufe des Jahres 2005 unterbreitet.

Postulate

Françoise Morel / Antoinette Romanens: Kantonalisierung der Strukturen des Gesundheitswesens: Spitäler, Pflegeheime, spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe.

Dieses Postulat wurde am 11. Februar 2000 angenommen. Eine Arbeitsgruppe wurde beauftragt, die im Postulat aufgeworfenen Probleme zu prüfen. Sie hat ihren Bericht dem Steuerungsausschuss im Jahr 2003 überreicht. Der Bericht wurde in die Vernehmlassung geschickt. Ein Gesetzesentwurf wird dem Grossen Rat im Laufe des Jahres 2005 unterbreitet.

Antoinette Romanens / Isabelle Chassot: Gesetz vom 20. Mai 1986 für Hilfe an Sonderheime für Behinderte oder Schwererziehbare. Das Postulat wurde am 20. März 2002 angenommen. Der entsprechende Bericht wird in die Botschaft zur Revision der kantonalen Gesetzgebung über die finanzielle Hilfe an die Sonderheime eingehen.

Françoise Morel / Jacques Crausaz: Multidisziplinäre Gesundheitsstruktur für Jugendliche. Das Postulat wurde am 12. Februar 2003 angenommen. Es wird ihm im Rahmen der Botschaft zum Gesetzesentwurf über die Organisation der Pflege im Bereich der psychischen Gesundheit entsprochen.

Nicolas Bürgisser: Errichtung einer stationären Psychiatrie-Einheit für den deutschsprachigen Teil des Kantons Freiburg. Das Postulat wurde am 15. September 2004 angenommen. Es wird ihm im Rahmen der Botschaft zum Gesetzesentwurf über die Organisation der Pflege im Bereich der psychischen Gesundheit entsprochen.

Anne-Claude Demierre / Yves Menoud: Errichtung eines Informationsdienstes für Familien und Kinder. Das Postulat wurde am 15. September 2004 angenommen. Es wird ihm innert der gesetzlichen Frist entsprochen.

Anne-Claude Demierre / Jean-Jacques Collaud: Ein einziges massgebendes Einkommen. Das Postulat wurde am 16. Dezember 2004 angenommen. Es wird ihm innert der gesetzlichen Frist entsprochen.

Françoise Morel / André Ackermann: Hoch technisierte Installationen. Das Postulat wurde am 16. Dezember 2004 angenommen. Es wird ihm innert der gesetzlichen Frist entsprochen.

6. Finanzdirektion

Motionen

Louis-Guy Vorlet / Robert Bielmann: Änderung des Gesetzes über die Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern in dem Sinn, dass für Grundstückserwerb bei Zwangsverwertung eine Bemessungsgrundlage verankert wird, die – unabhängig vom Verkehrswert – nur dem vereinbarten Preis entspricht. Die Motion wurde am 17. November 1999 angenommen. Der Grosse Rat hat im Rahmen der strukturellen Massnahmen zur Verbesserung des Finanzhaushalts des Staates (Botschaft Nr. 286 vom 13. Februar 2001) einem Aufschub der Gesetzesänderung auf das Jahr 2004 zugestimmt. Der Grosse Rat hat das Gesetz in der Novembersession 2004 geändert.

Paul Vonlanthen: Änderung der Gesetzgebung über die Pensionsregelung der Magistraten. Die Motion wurde am 19. September 2001 angenommen. Der Staatsrat hat eine

Arbeitsgruppe aus Grossratsmitgliedern und Magistraten eingesetzt. Der Staatsrat hat dem Grossen Rat einen Gesetzesentwurf unterbreitet, und dieser hat dem neuen Gesetz am 15. Juni 2004 zugestimmt.

Georges Godel / Jean-Louis Romanens: Änderung des Gesetzes über die direkten Kantonssteuern (DStG), damit die Kapitalgewinne der Selbstständigerwerbenden als Leistung der Säule 3a gelten und dementsprechend besteuert werden. Diese Motion wurde am 19. März 2002 angenommen. Der Staatsrat wird dem Grossen Rat einen Antrag unterbreiten, sobald sich das Eidgenössische Parlament zu diesem Thema bei der direkten Bundessteuer und im Gesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden geäussert hat. Auf Bundesebene wurde im Rahmen der zweiten Reform der Unternehmensbesteuerung ein Gesetzesentwurf bis Ende April 2004 in die Vernehmlassung geschickt. Die interessierten Kreise wurden über die Vernehmlassungsergebnisse informiert, so dass sie gegenseitig ihre Standpunkte erläutern konnten. Bis Ende 2004 ist noch keine Entscheidung in dieser Sache gefallen.

Denis Boivin / Claude Masset: Änderung des Gesetzes betreffend die Einregistrierungsgebühren mit der Abschaffung der Erbschaftssteuer für die Verwandten des zweiten Stammes und der Herabsetzung für die Verwandten des dritten und vierten Stammes sowie die nicht Verwandten. Diese Motion wurde am 2. Dezember 2003 angenommen. Der Staatsrat wird sie in den Entwurf eines neuen Gesetzes integrieren, der dem Grossen Rat bis Ende der Legislaturperiode 2002–2006 unterbreitet werden soll.

Denis Boivin / Alex Glardon: Herabsetzung der Defizitgrenze des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Staates. Diese Motion wurde am 24. März 2004 angenommen. Dem Grossen Rat soll innert der gesetzlichen Frist ein Entwurf unterbreitet werden, der auch den Artikel 83 der neuen Kantonsverfassung über das Haushaltsgleichgewicht berücksichtigt.

Georges Godel / Bruno Tenner: Senkung der Steuerlast im DStG. Diese Motion wurde am 16. September 2004 mit Wirkung ab 2007 angenommen. Dem Grossen Rat wird innert nützlicher Frist ein Gesetzesentwurf unterbreitet.

Postulate

Beat Vonlanthen / Charly Haenni: Bericht über die Informatik-Applikationen beim Staat Freiburg in Zusammenhang mit der Informationsgesellschaft (Guichet virtuel, E-Government, E-Voting). Dieses Postulat wurde am 7. März 2001 angenommen. Im Jahr 2005 wird ein Bericht über die durchgeführten und laufenden Arbeiten vorgelegt.

Hans Stocker: Studie über den Personalaufwand und den Personalbestand des Staates. Dieses Postulat wurde am 7. Mai 2003 angenommen. Dem Grossen Rat wurde in der Dezembersession 2004 ein entsprechender Bericht vorgelegt.

Ernst Maeder / Solange Berset: Analyse der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen. Dieses Postulat wurde am 16. September 2004 angenommen, mit den mündlichen Erläuterungen des Finanzdirektors anstelle eines schriftlichen Berichts.

Solange Berset: Ausweitung des Kreises der an die Pensionskasse des Staatspersonals des Kantons Freiburg angeschlossenen Versicherten. Dieses Postulat wurde am 13. Oktober 2004 angenommen. Dem Grossen Rat wird entweder innerhalb der gesetzlichen Frist von einem Jahr oder gegebenenfalls im Rahmen eines Gesetzesentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Pensionskasse ein entsprechender Bericht unterbreitet werden.

7. Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion

Postulate

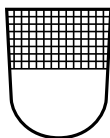
Christine Bulliard / Nicolas Bürgisser: Prüfung einer Verkehrsreduktion auf der Ortsdurchfahrt Flamatt; das Postulat wurde am 10. Februar 2004 erheblich erklärt; dem Grossen Rat wird innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Frist ein Bericht unterbreitet werden.

Bruno Tenner / Claire Peiry-Kolly: Verwaltung der Kantonsgebäude; das Postulat wurde am 4. Mai 2004 erheblich erklärt; dem Grossen Rat wird innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Frist ein Bericht unterbreitet werden.

8. Staatskanzlei

Motion

Solange Berset / Dominique Rhône: Gesetz über die Information der Öffentlichkeit und den Zugang zu den Akten. Die Motion wurde am 9. Februar 2001 angenommen (vom Grossen Rat wurde eine zweijährige Frist für die Realisierung dieser Motion bewilligt). Der Staatsrat hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit dem Auftrag, die entsprechende Gesetzgebung auszuarbeiten. Ein Vorentwurf für ein Gesetz wird im Verlauf des Jahres 2005 in Vernehmlassung gegeben, und der Entwurf dürfte dem Grossen Rat im ersten Halbjahr 2006 unterbreitet werden.



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2004

Finanzielle und personelle Auswirkungen
der vom Grossen Rat im Jahr 2004
gefassten Beschlüsse

Inhaltsverzeichnis

Finanzielle und personelle Auswirkungen der vom Grossen Rat im Jahr 2004 gefassten Beschlüsse	3
a) Investitionsrechnung	3
b) Laufende Rechnung	3
Im Jahr 2004 verabschiedete Gesetze und Dekrete ..	4

Finanzielle und personelle Auswirkungen der vom Grossen Rat im Jahr 2004 gefassten Beschlüsse

(Art. 66 Abs. 5 des Gesetzes vom 15. Mai 1979 über das Reglement des Grossen Rates)

Im Laufe des Jahres 2004 hat sich der Grosse Rat zu 29 Gesetzesentwürfen und 31 Dekreten geäussert. Nur zwei beantragte Gesetzesänderungen wurden abgewiesen, alle anderen mit oder ohne Änderungen des Grossen Rates angenommen. Rund ein Drittel der im Grossen Rat beratenen und gutgeheissenen Erlasse, nämlich 8 Gesetze und 11 Dekrete, haben keine oder nur sehr geringfügige Auswirkungen in finanzieller Hinsicht.

Es ist schwierig, die zum Teil einmaligen, zum Teil sich wiederholenden finanziellen Auswirkungen sowohl auf die Laufende Rechnung als auch auf die Investitionsrechnung zusammenzuzählen; unter diesem Vorbehalt können die finanziellen und personellen Auswirkungen der anderen Gesetzes- und Dekretsentwürfe wie folgt zusammengefasst werden:

a) Investitionsrechnung

Hier hat der Grosse Rat im vergangenen Jahr 9 Verpflichtungskredite gesprochen, die insgesamt einem Investitions- oder Investitionsbeitragsvolumen von 38 494 500 Franken entsprechen. Zu den betragsmässig am stärksten ins Gewicht fallenden Krediten gehören der Kredit für Orientierungsschulbauten (18,9 Millionen Franken) und zwei Strassenbaukredite für ein Arbeitsvolumen von rund 11,5 Millionen Franken.

b) Laufende Rechnung

Die Auswirkungen der 19 Gesetze und 11 Dekrete, die sich erheblich auf die Laufende Rechnung niederschlagen, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- eine Nettoverbesserung der Ergebnisse um jährlich rund 10,1 Millionen Franken (mit einem Ertragszuwachs von 8,5 Millionen Franken und einer Aufwandsenkung um 1,6 Millionen Franken), die sich aus der Verabschiedung der diversen Massnahmen 2004 zur Entlastung der Staatsfinanzen des Kantons Freiburg ergeben;
- ein einmaliger Aufwand in Höhe von 2,6 Millionen Franken bei den Gemeindezusammenschlüssen (8 Zusammenschlüsse);
- verschiedene wiederholte neue Ausgaben von rund 2,1 Millionen Franken durchschnittlich pro Jahr sowie eine einmalige Ausgabe von 575 000 Franken;
- eine Zunahme der Netto-Personalausgaben um 14,5 Millionen Franken, die in Zusammenhang mit der Schaffung neuer Stellen im Voranschlag 2005 steht.

Übrigens wurden mehrere vom Staatsrat vorgelegte Entwürfe vom Grossen Rat im Hinblick auf die finanziellen Folgen geändert.

IM JAHR 2004 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verab- scheidung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats	
				GR: bei Änderung, personell Vollzeitaquivalente (VZÄ)	GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe finanziell
G zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinden	115	ILFD	10.02.04	Neutral	jährlich auf Laufende Rechnung in Franken
G zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch für den Kanton Freiburg (Unterhaltspflicht)	111	GSD	10.02.04	Keine finanziellen Auswirkungen	gesamthaft über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
G zur Änderung des Gesetzes über die Familienzulagen	113	GSD	10.02.04	Keine direkten Auswirkungen auf die Kantonsfinanzen	
D über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen	109	GSD	10.02.04	Keine neuen finanziellen Auswirkungen	
D über einen Verpflichtungskredit für den Ausbau der Kantonsstrasse Plasselb–Oberschrot	114	RUBD	10.02.04		Ausgaben: + 7 478 100 Fr.
D über einen Beitrag an die Werkstatt für Bühnenkunst in Villars-sur-Glâne und den Aufführungssaal der Glâne in Romont	102	EKSD	11.02.04		Ausgaben: + 1 753 000 Fr.

IM JAHR 2004 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verab- scheidung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats	
				<u>GR: bei Änderung</u> personell Vollzeitaquivalente (VZÄ)	<u>GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe</u> finanziell jährlich auf Laufende Rechnung in Franken
D über einen Studienkredit für den Ausbau der Lehrwerkstätten Freiburg	107	VWD	11.02.04		gesamthaft über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken Ausgaben: + 2 000 000 Fr.
D über die kompensierten Nachtragskredite zum Vorschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2003	118	FIND	11.02.04		Keine finanziellen Auswirkungen
G zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch für den Kanton Freiburg (Eheschutzmassnahmen)	92	SJD	12.02.04		Keine finanziellen Auswirkungen GR: Mehrkosten gegenwärtig nicht bezifferbar
G über den Zivilschutz	117	SJD	23.03.04		Aufwand 2005: - 227 930 Fr. GR: + 147 000 Fr. (d.h. + 163 000 Fr. und - 16 000 Fr.)
D über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Fachschulvereinbarung	110	VWD	23.03.04		Positive und negative Auswirkungen heben sich auf

IM JAHR 2004 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verab- scheidung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats	
				<u>GR: bei Änderung,</u> <u>personell</u> Vollzeitaquivalente (VZÄ)	<u>finanziell</u> jährlich auf Laufende Rechnung in Franken
					gesamthaft über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
D über die Genehmigung des Nachtrags zur Bewilligung des Vollbeitritts des Kantons Bern zum interkantonalen Konkordat über die Errichtung einer Fachhochschule der Westschweiz (FH-Westschweiz)	108	VWD	23.03.04		Positive Auswirkungen netto: + 330 000 Fr.
D über die Einbürgerungen	121	ILFD	24.03.04		Keine finanziellen Auswirkungen
G zur Änderung des Gesetzes für Hilfe an Sonderheime für Behinderte oder Schwererziehbare	127	GSD	04.05.04		Aufwand + 1 080 000 Fr. für den Staat (45 %) und die Gemeinden (55 %)
D über einen Beitrag an das Wasserbauprojekt in der Ägera auf dem Gebiet der Gemeinde Marly	126	RUBD	04.05.04		Ausgaben: + 520 800 Fr.
D zur Staatsrechnung des Kantons Freiburg für das Jahr 2003	125	FIND	06.05.04		Keine finanziellen Auswirkungen
G über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Staatsräte, der Oberamtmänner und der Kantonsrichter	119	FIND	15.06.04		Langfristig insgesamt Einsparungen

IM JAHR 2004 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

Gesetzesentwurf / Dekretentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats	
				GR: bei Änderung personell Vollzeitaquivalente (VZÄ)	GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe finanziell
D über den Zusammenschluss der Gemeinden Cugy und Vesin	131	ILFD	15.06.04	jährlich auf Laufende Rechnung in Franken	gesamthaft über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
D über die Einbürgerungen	133	ILFD	15.06.04	Keine finanziellen Auswirkungen	
D über einen Verpflichtungskredit für die Erneuerung und die Erweiterung des Schweizerischen Glasmalerei-Museums im Schloss Romont	129	RUBD	15.06.04		Ausgaben: + 3 526 000 Fr.
G Zivilstandsgesetz	138	ILFD	14.09.04	+ 12,50 VZÄ (s. finanz. Auswirkungen in nebenstehender Spalte)	Einmaliger Aufwand: + 575 000 Fr. Jährlicher Mehraufwand: +739 354 Fr. (neue Lastenverteilung)
D über die Gültigkeit der Gesetzesinitiative «Steuerrabatt für Familien»	130	ILFD	14.09.04	Keine finanziellen Auswirkungen	
D über die Einbürgerungen	142	ILFD	14.09.04	Keine finanziellen Auswirkungen	

IM JAHR 2004 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verab- scheidung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats	
				GR: bei Änderung, personell Vollzeitaquivalente (VZÄ)	GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe finanziell
D über die Anwendung neuer Techniken zur Resultatermittlung bei Volksabstimmungen	137	ILFD	15.09.04	jährlich auf Laufende Rechnung in Franken	gesamthaft über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
Botschaft zu den Finanzperspektiven 2006–2008 und den Massnahmen 2004 zur Entlastung der Staatsfinanzen des Kantons Freiburg	146	FIND	12.10.04	Keine finanziellen Auswirkungen	
G zur Änderung des Gesetzes über den Kindergarten, die Primarschule und die Orientierungsschule (Schulgesetz) (Art. 88 und 94)	146/P	EKSD	12.10.04	Ertrag: + 350 000 Fr.	
G zur Änderung des Gesetzes über den Kindergarten, die Primarschule und die Orientierungsschule (Schulgesetz) (Art. 108)	146/B	EKSD	12.10.04	Aufwand: – 370 000 Fr.	
D zur Änderung des Dekrets über Beiträge an den Bau von Primarschulen und Kindergärten	146/C	EKSD	12.10.04		Ausgaben: - 225 000 Fr. (Jahresdurchschnitt für 3 Jahre)
G zur Änderung des Gesetzes über den Mittelschul- und Sekundarunterricht [Schulbauten]	146/D	EKSD	12.10.04		Ausgaben: –

IM JAHR 2004 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verab- scheidung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats	
				<u>GR: bei Änderung</u> personell Vollzeitaquivalente (VZÄ)	<u>finanziell</u> jährlich auf Laufende Rechnung in Franken
					gesamthaft über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
G zur Änderung des Ausführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über die Hilfe an Opfer von Straftaten	146/A	GSD	12.10.04		Ertrag: + 25 000 Fr.
G zur Änderung des Gesetzes über die Besteuerung der Motorfahrzeuge und Anhänger	146/N	SJD	12.10.04		Ertrag: + 2 450 000 Fr. (Jahresdurchschnitt für 3 Jahre) ab 2006
G zur Änderung des Gesetzes über die Bodenverbesserungen	146/L	ILFD	12.10.04		Aufwand: – 300 000 Fr.
G zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Berufsbildung	146/E	VWD	12.10.04		Aufwand: – 96 000 Fr.
G zur Änderung des Gesetzes über den Tourismus	146/K	VWD	12.10.04		Aufwand: – 100 000 Fr.
G zur Änderung des Gesetzes über die spitalexterne Krankenpflege und die Familienhilfe	146/G	GSD	12.10.04		Aufwand: – 150 000 Fr.
G zur Änderung des Gesetzes für Hilfe an Sonderheime für Behinderte oder Schwererziehbare	146/H	GSD	12.10.04		Ertrag: + 3 186 000 Fr. (Jahresdurchschnitt für 3 Jahre)

IM JAHR 2004 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verab- scheidung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats	
				<u>GR: bei Änderung</u> personell Vollzeitaquivalente (VZÄ)	<u>GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe</u> finanziell jährlich auf Laufende Rechnung in Franken
G zur Änderung des Gesetzes über Pflegeheime für Betagte	146/I	GSD	12.10.04	Ertrag: + 1 531 000 Fr. (Jahresdurchschnitt für 3 Jahre)	gesamthaft über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
G zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung	146/J	GSD	12.10.04	Ertrag: + 978 000 Fr. (Jahresdurchschnitt für 3 Jahre)	
G zur Änderung des Gesetzes betreffend Errichtung einer Schülerunfallversicherung	146/M	GSD	12.10.04	Aufwand: – 170 000 Fr.	
G zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer gegen Verunreinigung	146/F	RUBD	12.10.04		Ausgaben: – 183 000 Fr. (Jahresdurchschnitt für 3 Jahre)
G zur Änderung des Gesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung	146/O	GSD		Ertrag: + 7 823 000 Fr. GR: Entwurf abgelehnt	
G zur Änderung des Gesetzes über den Kindergarten, die Primarschule und die Orientierungsschule (Schulgesetz) (Art. 22)	146/Q	EKSD		Aufwand: – 1 263 000 Fr. (Jahresdurchschnitt für 3 Jahre) – 1 750 000 Fr. ab 2008 GR: Entwurf abgelehnt	

IM JAHR 2004 VERABSCHIEDETE GESetze UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verab- scheidung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats	
				<u>GR: bei Änderung,</u> personell Vollzeitaquivalente (VZÄ)	<u>Auswirkungen der Entwürfe der vom Grossen Rat angen. Entwürfe</u> finanziell jährlich auf Laufende Rechnung in Franken
D über den Zusammenschluss der Gemeinden Lussy und Villarimboud	143	ILFD	13.10.04		Einmaliger Aufwand: + 316 949 Fr. (70 % von 452 784 Fr.)
D zur Änderung des Dekrets über die versuchsweise Einführung der Führung mit Leistungsauftrag in der Kantonsverwaltung	144	FIND	13.10.04		Aufwand: + 500 000 Fr.
G zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels	141	SJD	14.10.04		Ertrag: - 31 500 Fr. GR: + 20 000 Fr.
D über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2005	160	FIND	17.11.04		Keine finanziellen Auswirkungen
D zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2005	155	FIND	17.11.04	+ 150,82 VZÄ GR: + 143,02 VZÄ	Aufwand: + 18 505 000 Fr. (neue Stellen) GR: - 7,80 VZÄ (- 761 160 Fr.) Ertrag: - 3 911 500 Fr.
D über den Zusammenschluss der Gemeinden Botterens und Villarbeney	153	ILFD	18.11.04		Einmaliger Aufwand: + 134 814 Fr. (70 % von 192 591 Fr.)

IM JAHR 2004 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verab- scheidung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats	
				<u>GR: bei Änderung,</u> personell Vollzeitaquivalente (VZÄ)	<u>Auswirkungen der Entwürfe der vom Grossen Rat angen. Entwürfe</u> finanziell jährlich auf Laufende Rechnung in Franken
D über den Zusammenschluss der Gemeinden Bulle und La Tour-de-Trême	158	ILFD	18.11.04		Einmaliger Aufwand: + 798 000 Fr. (70 % von 1 140 000 Fr.)
D über den Zusammenschluss der Gemeinden Cordast und Gurmels	164	ILFD	18.11.04		Einmaliger Aufwand: + 246 250 Fr. (70 % von 351 785 Fr.)
D über den Zusammenschluss der Gemeinden Delley und Portalban	163	ILFD	18.11.04		Einmaliger Aufwand: + 203 855 Fr. (70 % von 291 222 Fr.)
G zur Änderung verschiedener steuerrechtlicher Gesetzesbestimmungen	150	FIND	18.11.04		Ertrag: leichter, nicht beziehbare Rückgang
G über die Neuorganisation des Sekretariats des Grossen Rates	162	-	19.11.04	+ 1 VZÄ	Aufwand + 270 000 Fr. (Jahresdurchschnitt für 5 Jahre, einschl. Personalaufwand)
G zur Änderung des Gesetzes über die Spielapparate und die Spielsalons	140	SJD	14.12.04		Negative Auswirkungen auf den Ertrag
D über die Einbürgerungen	167	ILFD	14.12.04		Keine finanziellen Auswirkungen

IM JAHR 2004 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verab- scheidung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats	
				<u>GR: bei Änderung,</u> personell Vollzeitaquivalente (VZÄ)	<u>Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats</u> finanziell
				jährlich auf Laufende Rechnung in Franken	gesamthaft über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
D über die Beiträge an den Bau, den Umbau und die Erweiterung von Orientierungsschulen für die Jahre 2004 ff.	165	EKSD	15.12.04		Ausgaben: + 18 879 000 Fr.
D über einen Rahmenkredit für den Ausbau der Bushaltestellen auf dem Kantonsstrassennetz	161	RUBD	15.12.04		Ausgaben: + 4 000 000 Fr.
D über einen Beitrag für das Wasserbauprojekt im Crausa-Bach auf dem Gebiet der Gemeinden Misery-Courtion und Courtepin	157	RUBD	15.12.04		Ausgaben: + 562 600 Fr.
D über den Zusammenschluss der Gemeinden Chapelle (Broye) und Cheiry	172	ILFD	16.12.04	Einmaliger Aufwand: + 439 445 Fr. (70 % von 627 778 Fr.)	
D über den Zusammenschluss der Gemeinden Praratoud und Surpierre	173	ILFD	16.12.04	Einmaliger Aufwand: + 110 124 Fr. (70 % von 157 320 Fr.)	
G zur Änderung des Gesetzes über die Zahl und den Umfang der Verwaltungsbezirke	174	ILFD	16.12.04	Keine finanziellen Auswirkungen	